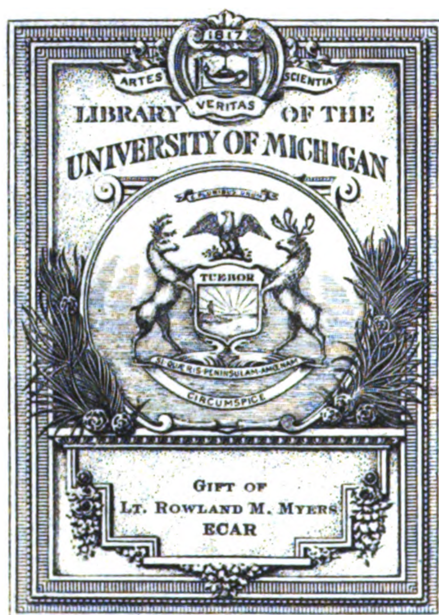

1817
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUÆRIS PENINSULAM AMŒNAM
CIRCUMSPICE
GIFT OF
LT. ROWLAND M. MYERS
ECAR

Der Führer

Gerd Rühle
Regierungsrat, M. d. R.

Das Dritte Reich

Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation

Mit Unterstützung des Deutschen Reichsarchivs

Das vierte Jahr
1936

Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten
sowie einem Sachregister

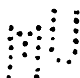


Hummelverlag

Verlag und Versand für Deutsche Literatur
Hans Eugen Hummel
Berlin NW 7

Bild und Dokumente: Schriftleiter **Rolf Heller**

Die Aufnahmen lieferten: Anders, Argusfot, Bauer, Bein, Bieber, Fischer, Heller, Hoffmann, Pressebild-Zentrale, v. Samson-H., Sandstedte, Scherl, Schirner, Weltbild, Wild.



„Gegen die Herausgabe dieser Schrift bestehen seitens der NSDAP. keine Bedenken."

Der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums. Berlin, 8. Oktober 1937

Druck: Vaterländische Verlags- und Kunstanstalt G. m. b. H., Berlin SW 61
Bilddruck: Piererische Hofbuchdruckerei, Altenburg.

All denen, die mir bei der Gestaltung dieser dokumentarischen Darstellung durch Zurverfügungstellung von Dokumenten, Berichten, Auskünften und in anderer Weise halfen, sage ich auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank, insbesondere den Herren

Brey, SA.-Standartenführer, Reichsleitung der NSKOV.

Dr. Conti, Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern

Diewerge, Regierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Geschke, Geschäftsführer der Fachschaft der Verlagsangestellten in der Reichspressekammer

Heller, Schriftleiter

Knöpfel, Schriftleiter, Pressestelle des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes

Kramarz, SA.-Sturmhauptführer, stellv. Gauführer im NSRB.

Kurzbein, SS.-Hauptsturmführer, Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Ludwig, Magistratsrat

Dr. Medicus, Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern

Dr. Rogge, Archivrat im Reichsarchiv

Dr. Thomalla, Regierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Wagner, Oberstleutnant a. D.

Ebenso sage ich allen Mitarbeitern Dank, die bei der Schaffung dieses Buches geholfen haben, insbesondere meinem Bruder Klaus Kühle.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis

— Erste Pflegestätte für Germanenkunde in Detmold — 550-Jahrfeier der Universität Heidelberg — Arbeitstagung des NS.-Dozentenbundes — Akademie für Landesforschung und Reichsplanung — Zehnjahresfeier des NSDStB. — Das Ende der Korporationen — Adolf Hitler zu seinen Studenten — Stamm-Mannschaften im NSDStB. — Reichstagung des NSDStB. in Dresden — Reichsleistungskampf der Studenten — Nationalsozialistische Studentenkampfhilfe — Reichsstudentenführer Pg. Dr. Scheel — Neuaufbau des Deutschen Studententums — NSDStB. und DSt. — Der neue Reichsberufswettkampf — Vereinbarung des NSDStB. mit dem DLV. — Verfassungsausschuß der Reichsstudentenführung — Jahresende — Weihnachtsbotschaft des Stellvertreters des Führers

1. Abschnitt:

Volksführung und Ordensburg

Als das Jahr 1936 anbrach, konnte das deutsche Volk auf drei inhaltsreiche Jahre zurückblicken. Der dritte Jahreswechsel im nationalsozialistischen Reiche war herangerückt, das entgegen den verlogenen Prophezeiungen seiner Feinde und zur Verbitterung aller Juden und Emigranten immer stärker und fester geworden war. Adolf Hitler brachte das in seiner Neujahrsbotschaft mit den Worten zum Ausdruck: Neujahrsbotschaft des Führers

„... Zum drittenmal wurde uns am Beginn der vergangenen zwölf Monate der bevorstehende Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes prophezeit.

Zum drittenmal ist Deutschland unter diesem Regime stärker und gesünder geworden auf allen Gebieten seines nationalen Lebens. Es ist für uns, die wir diese große geschichtliche Wende unseres Volkes gestalten und erleben durften, schwer feststellbar, welchem der drei zurückliegenden Jahre die größere Bedeutung für die Wiederauferstehung des deutschen Volkes zukommt. 1933 eroberten wir die innere Macht, 1934 gelang es uns, sie zu befestigen und zu erweitern durch die Vorarbeiten für die Erringung der äußeren Freiheit. 1935 steht im Zeichen der errungenen Freiheit nach außen und der weiteren Durchsetzung der nationalsozialistischen Idee und ihrer Grundsätze im Innern. Daß es uns neben dieser gewaltigen Arbeit der politischen Wiederherstellung Deutschlands auch gelang, den wirtschaftlichen Aufbau durchzuführen und fortzusetzen, kann uns alle mit besonderem Stolz erfüllen.

In derselben Zeit, in der wir mit Recht zufrieden zurückblicken dürfen auf eine wahrhaft gewaltige, politische, kulturelle und wirtschaftliche Arbeit des Aufbaues, wird uns von journalistischen Hellsehern soeben wieder der neue Termin für den deutschen Zusammenbruch mitgeteilt. Auch damit können wir zufrieden sein. Denn diese Phrasen werden vergehen, aber die Ergebnisse unserer Arbeit werden bleiben.

Und das vor uns liegende Jahr 1936 soll und wird ein weiteres Jahr nationalsozialistischer Entschlossenheit und Tatkraft sein..."

Klar und eindeutig sprach der Führer aus, daß Weg und Zukunft des Reiches unlösbar mit der NSDAP. verbunden sind, und er sagte in seiner Botschaft an das deutsche Volk:

„... Ich bin mir bewußt, daß, was immer auch Deutschland treffen könnte, die Partei der feste und unzerstörbare Träger des deutschen Lebenswillens sein wird, wie sie dies in den zurückliegenden 15 Jahren war. Eine fanatisch verschworene Gemeinschaft deutscher Männer, deutscher Frauen und deutscher Jugend wird hinter

mir stehen, wie in der Vergangenheit in ihren guten und schlechten Tagen, so auch in der Zukunft!

Ich wende mich daher am Beginn des neuen Jahres wie immer an meine alten Mitkämpfer. Ich gedenke ihrer Treue und ihrer Disziplin.

Ich gedenke all der Führer in der politischen Organisation der Nationalsozialistischen Partei, der SA., SS., der Hitlerjugend, des Arbeitsdienstes, des NSKK., der Bauernorganisation, der Arbeitsfront usw., sowie der Führerinnen der Frauenschaften und des BDM. Ich danke ihnen auch in diesem Jahr für die unentwegte Treue und den Gehorsam, den sie mir entgegenbrachten, und die es mir ermöglichten, schwerste politische Entscheidungen im sicheren Bewußtsein des hinter mir stehenden und durch sie geführten Volkes zu treffen. Ich danke all den unzähligen namenlosen Parteigenossen und Anhängern, den braven Männern meiner SA. und SS., des Arbeitsdienstes, des NSKK. und der gesamten Arbeitsfront für ihre Hingabe an die Bewegung und für ihre gebrachten großen Opfer.

Ich danke besonders den Millionen deutscher Bauern, die die Ernährung unseres Volkes auch in diesem Jahre gelingen ließen.

Und ich danke endlich allen jenen Bekannten und Unbekannten, die auch als Nichtparteigenossen durch ihre treue Mitarbeit das Deutschland des Dritten Reiches emporführen halfen. Ich danke vor allem den deutschen Frauen, die durch die neugeborenen Kleinen unseren Kampf durch ihre Tapferkeit erst der Zukunft unseres Volkes zugute kommen lassen. . ."

Mit einem Aufruf zu neuem heiligen Eifer für das deutsche Volk und der Bitte an den Allmächtigen, Deutschland auch in seinem zukünftigen Schicksal nicht zu verlassen, schloß die Botschaft des Führers an seine Nation.

Das Jahr 1936 nahm seinen Lauf. Neue Kämpfe und Anstrengungen um Schicksal und Zukunft der Nation erwarteten den Führer und sein Volk.

Gedenkfeier für die Lippischen Landtagswahlen 1933

„Sie alle wissen es, daß die Zukunft uns keine Rosen streuen wird, sondern daß alles hart erkämpft werden muß und Opfer kosten muß, was wir brauchen und haben müssen. Der Enderfolg wird immer dem zuteil, der standhaft bleibt und niemals die Nerven verliert" —

so sagte der Führer am 15. Januar in Detmold — anläßlich der Gedenkfeier für die Lippischen Landtagswahlen 1933 (siehe Band 1918—33, Seite 238), die den Auftakt für die Machtergreifung am 30. Januar 1933 bedeutet hatten.

Dritter Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution

Dieses historischen Geschehens der nationalsozialistischen Revolution wurde an ihrem dritten Jahrestage (30. Januar 1936) in einer würdigen Feier gedacht, in deren Mittelpunkt der Aufmarsch der 30000 ältesten SA.-Männer aus dem ganzen Reich stand. Hier war es, wo der Führer die Worte sprach:

„Alles, was ihr seid, seid ihr durch mich, und alles, was ich bin, bin ich nur durch euch allein! Es kann in der Geschichte kein engeres Band gegeben haben, das Führer und Gefolgschaft zusammenfügte, als das unsere!"

Parteigründungsfeier

An die Zeit des schweren opfervollen Ringens um die Macht im Staate erinnerte Adolf Hitler auch am 25. Februar — anläßlich der Parteigründungsfeier im Saale des Münchner Hofbräuhauses.

Die politische Führungsaufgabe der NSDAP.

Heute, im Jahre 1936, ist die Partei zum Träger des politischen Willens der Nation geworden. Neue und gewaltige Aufgaben sind ihr gestellt — und vor allem eine für die Gestaltung der Zukunft ausschlaggebende Aufgabe: die politische Führungsauslese im Volk!

Beginn der Ausmusterung für die Ordensburgen

Und es war ein Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgabe, als am 21. Februar 1936 der Reichsorganisationsleiter Pg. Dr. Robert Ley in Köln mit der Ausmusterung jener Parteigenossen begann, die demnächst in den Ordensburgen der NSDAP. ihre Erziehung zur politischen Führung erhalten sollten.

Ordensgedanke und Führernachwuchs

Denn die NSDAP. als organisch gewachsene Volksführung will auch den Führernachwuchs einer natürlichen Auslese unterwerfen, die auf die deutschen Charakterwerte und die Erkenntnisse über Menschenführung abgestellt ist. Die aus der NSDAP. gewachsene Führerschicht ist durch die Auslesewirkung der Kampfzeit erprobt. Für den Führernachwuchs Auslesemöglichkeiten zu schaffen, die denen der Kampfzeit der Bewegung in ihrer Wirkung entsprechen, war die Aufgabe — eine Aufgabe, die nicht durch Schulung allein zu bewältigen ist. So entstand der Gedanke der Ordensburg, denn wie die Führerschaft der Bewegung mehr und mehr zum Orden zusammenwächst, soll ihr Nachwuchs Läuterung und Prüfung auf den Burgen dieses Ordens erfahren. (Zum Ordensgedanken sei auf die Rede Pg. Rosenbergs in der Marienburg am 30. 5. 1934 über den „Deutschen Ordensstaat" — siehe Band 1934, Seite 300 — und insbesondere seinen Aufsatz über den „Ordensgedanken des XX. Jahrhunderts" in der ersten Nummer des „Schwarzen Korps" — siehe Band 1935, Seite 79 bis 81 — verwiesen.)

Die Ordensburgen

So entstanden zunächst drei Ordensburgen — Vogelsang in der Eifel, Crössinsee in Pommern, Sonthofen im Allgäu — architektonische Schöpfungen von wuchtigen Ausmaßen, die organisch ihrer Landschaft entsprechen und Zeugnis ablegen vom Zukunftswillen des im Nationalsozialismus wiedererwachten deutschen Volkes. (Neben diesen wuchtigen Zeugen einer neuen deutschen Baukultur sei noch daran erinnert, daß bereits am 24. November 1935 die alte Burg Erwitte an den Ausläufern des Teutoburger Waldes ihrer neuen Bestimmung als Reichsschulungsburg übergeben worden war. Im Auftrage der Deutschen Arbeitsfront aufgebaut, dient sie jetzt Schulungszwecken der NSDAP. und der DAF.) Die drei Ordensburgen Vogelsang, Crössinsee und Sonthofen sollen der Erziehung des mehrfach ausgemusterten Führernachwuchses der NSDAP. gewidmet sein.

Auslese zur Ordensburg

In seiner Denkschrift „Der Weg zur Ordensburg“ sagt Pg. Dr. Ley über Auslese und Erziehung der politischen Führung (Dr. Robert Ley, „Wir alle helfen dem Führer“, Seite 122 bis 123):

„Der 9. November 1918 kam nicht, weil das deutsche Volk feiger und minderwertiger geworden war, sondern deshalb, weil seine bürgerliche Führung versagte, weil das System der Auslese und der Erziehung in den voraufgegangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten falsch war. Dieses System der mittleren, höheren und Hochschulreife ist ausgezeichnet für die Schaffung von fachlichen Sachwaltern der Nation. Es ist sicher, daß die deutschen Aerzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, Diplom-Volkswirte und Diplom-Landwirte usw. die weitaus besten der Welt sind. Um solche Fachleute zu erziehen, eignet sich das bürgerliche Erziehungssystem ausgezeichnet, und man soll es deshalb erhalten und belassen. Jedoch grundfalsch ist es, zu glauben, daß dadurch auch politische Führer herangebildet werden können, daß sich ein guter Sachwalter auch zum Führer von Menschen eignet. Das sind an sich schon zwei verschiedene Typen. Ein guter Zahlmeister ist selten ein guter Kompanieführer und ein guter Hauptmann selten ein guter Zahlmeister. Fast nie ist es der Fall, daß diese beiden grundverschiedenen Veranlagungen der Menschen in ein und demselben Menschen vereinigt sind...

... Wenn der 9. November 1918 der negative Beweis dafür ist, daß die bürgerliche Führerauslese und -erziehung für die politische Leitung Deutschlands falsch war, so ist das Führerkorps der NSDAP. der positive Beweis für dieselbe Erkenntnis; denn dieses Führerkorps ist nicht nach den bürgerlichen Prinzipien der Auslese und Erziehung zusammengesetzt worden, sondern nach ganz neuen und selbstgewählten Grundsätzen.

Wir stellen an den politischen Führer des Volkes folgende drei Grundforderungen:

1. er muß einen sicheren Instinkt und damit einen gesunden Menschenverstand besitzen,
2. er muß in jeder Beziehung ein ganzer Kerl sein und
3. er muß den Willen haben, sein Wissen soweit wie möglich zu vervollkommnen.“

Ueber die hierzu erforderliche Auslese führt er aus (Seite 123 bis 124):

„Die Auslese für den Nachwuchs der Politischen Leiter darf sich nie den Weg zu der breiten Masse des Volkes versperren. Deshalb darf sich die Auslese niemals binden an Besitz, reich oder arm. Sie muß die Männer des Volkes aus allen Schichten des Volkes zu finden suchen, aus dem Arbeiter und Bauern und Handwerker genau wie aus dem Studenten und Akademiker. Wir dürfen nie danach fragen: Was bist du, katholisch oder evangelisch, welchem Stande gehörst du an und welcher Klasse? Kannst du die Erziehung auf diesen Ordensburgen bezahlen oder nicht? Wir müssen eifersüchtig darüber wachen, daß alle Geschlechter, die nach uns kommen, diese Erkenntnis, die uns der Kampf gelehrt hat und die uns den Sieg über alle Parteien und Organisationen gegeben hat, bis in die spätesten Zeiten dogmatisch festlegen“

und stellt hierfür folgende drei Grundsätze auf (Seite 125 bis 127):

„1. Der Anwärter muß selbstverständlich Mitglied der NSDAP. sein. Jedoch das allein genügt nicht. Es ist einfach technisch unmöglich, die mehr als drei Millionen Mitglieder der Partei durch die vorhandenen Ordensburgen zu schicken, und ebenso ist es unmöglich, die notwendige

Anzahl von Ordensburgen zu errichten, um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb mußte diese Bedingung weiter eingeengt werden. Ich muß von dem nationalsozialistischen Anwärter wissen, was er in der Partei getan hat, ob er überhaupt schon irgendwo in seinem Leben bewiesen hat, daß er freiwillig und ohne Entgelt und ohne Vorteile zu haben, eine Arbeit an der Gemeinschaft geleistet hat. Es genügt nicht, daß der Betreffende das Braunhemd trägt und Mitglied der NSDAP. ist und seinen Beitrag entrichtet. Es genügt nicht, daß er den Befehlen seiner Dienststelle gehorcht und dann eine Arbeit vollführt, wenn er dazu befohlen wird, sondern wir müssen wissen, ob es ihn innerlich zu dieser Gemeinschaftsarbeit drängt, ob er die Arbeit an seinem Volke zu seinem Lebensinhalt gemacht hat...

2. Die zweite Bedingung der Auslese ist ebenso einfach. Wir fragen: Bist du gesund, und zwar absolut gesund, ohne Fehler, tauglich Ia? Ich bin der Meinung, daß das Wort: in einem gesunden Körper leben eine gesunde Seele und ein gesunder Geist, in tausend Jahren und noch später dieselbe Gültigkeit haben wird wie heute und daß sich das Volk einem an Leib und Seele gesunden Führer freudig unterordnen wird. Wir meinen hier nicht allein die Gesundheit der menschlichen Organe, wie sie die bisherige Aerztebetrachtung nach liberalistischen Grundsätzen kannte, sondern wir glauben auch daran, daß man aus dem Auge und dem Gesicht des Menschen in seiner Seele lesen kann. Wir greifen nicht zu mechanischen Hilfsmitteln allein, sondern wir verlassen uns vor allem auch auf den Wert des natürlichen Instinktes. Auch hier ist es wiederum nötig, daß immer dieselben Männer, und zwar die am höchstverantwortlichen Männer, die Hoheitsträger selber und ihr Vertrauensarzt, die Musterung vornehmen.

3. Die dritte Frage, die wir an den Anwärter richten, ist die Frage: Bist du erbgesund, ist deine Ahnentafel in Ordnung? Wir glauben daran, daß der Mensch nicht allein das Produkt der Gegenwart, sondern vor allem auch das Produkt seines Blutes ist."

Die Erziehung in der Ordensburg

Die nach solchen Gesichtspunkten für den Führernachwuchs ausgesuchten Parteigenossen (die ihrer Arbeitsdienstpflicht und ihrer Wehrpflicht genügt haben müssen) sollen in den Ordensburgen durch die besten Lehrer in Geschichte und Rassenkunde, Philosophie und Kultur, Wirtschafts- und Soziallehre usw. unterrichtet werden. Den geistigen Inhalt dieser Schulung zu bestimmen, die geeigneten Lehrer auszusuchen bzw. heranzubilden, ist Aufgabe des Reichsleiters Pg. Alfred **Rosenberg** in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Führers für die Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP. (siehe Band 1934, Seite 78 bis 79).

Zur wissensmäßigen Schulung soll in den Ordensburgen der NSDAP. vor allem die charakterliche Erziehung und Erprobung treten. Pg. Dr. Ley sagt darüber in seiner Denkschrift (abgedruckt in Dr. Robert Ley „Wir alle helfen dem Führer", Seite 131 bis 132):

„... Bist du ein Kerl und willst du dies unter Beweis stellen? Das ist die Grundlage für den zweiten Teil der nationalsozialistischen Erziehung auf den Ordensburgen. Zu diesem Zweck stellen wir den Sport in den Mittelpunkt dieser Er-

ziehung. Nicht um den Körper allein spannkräftig zu erhalten oder um eine Langeweile auszufüllen oder um Matadore oder sogar Olympiakämpfer heranzuzüchten, sondern wir benutzen den Sport, um folgende drei Grundeigenschaften des Mannestums zu prüfen und zu fördern:

1. Wir wollen den Mut, die Entschlußkraft und die Kühnheit der Menschen erproben, und wenn sie vorhanden sind, weiter fördern. Deshalb muß jeder Teilnehmer auf den Ordensburgen z. B. mit dem Fallschirm aus dem Flugzeug abspringen oder vom Zehn-Meter-Brett ins Wasser springen oder — dies in Sonthofen — alpine Mutproben absolvieren. Er muß fechten und boxen lernen. Mit einem Wort: wir werden immer wieder neue Methoden erfinden, um seinen Mut, seine Kühnheit, seine Entschlußkraft zu prüfen oder zu beobachten, ob ihn irgendwelche Hemmungen und Hindernisse beeinträchtigen.
2. Wir wollen wissen, ob diese Männer den Willen zum Führen in sich tragen, zum Herrsein, mit einem Wort: zum Herrschen. Die NSDAP. und ihre Führer müssen herrschen wollen. Wer die Totalitätsansprüche auf die Führung des Volkes nicht erhebt oder gar gewillt ist, sie mit einem anderen zu teilen, kann nie Führer der NSDAP. sein. Wir wollen herrschen, wir haben Freude am Herrschen, nicht um ein Despot zu sein oder um einer sadistischen Tyrannei zu huldigen, sondern weil wir felsenfest daran glauben, daß in allen Dingen nur einer führen und auch nur einer die Verantwortung tragen kann. Diesem einen gehört auch die Macht.
3. Wer andere beherrschen will und soll und darf, muß sich selbst beherrschen können. Das allein gibt ihm das Recht auf den Herrschaftsanspruch gegenüber anderen. Deshalb wollen wir auch das erproben. Es gehört zum Mannestum. Wer ein ganzer Kerl sein will, muß sich selber beherrschen können, d. h. er muß sich in der Gewalt haben. So werden wir denn auf diesen Ordensburgen Disziplinübungen durchführen, nicht im Stillstehen und Marschieren und im äußeren soldatischen Drill — das ist eine Selbstverständlichkeit — sondern in der inneren Disziplin. Zum Beispiel wir werden verlangen: es wird auf der Ordensburg acht Tage nicht geraucht oder kein Alkohol getrunken, oder irgendein anderes persönliches Opfer wird von dem einzelnen verlangt. . ."

Uebergabe der Ordensburgen

Am 24. April konnte Pg. Dr. Ley die Ordensburgen Vogelsang, Crössinsee und Sonthofen dem Führer übergeben. Bei dem feierlichen Akt, der in der Burg Crössinsee stattfand, schloß Pg. Ley seine kurze Ansprache mit den Worten:

„. . . Ein Gelöbnis lege ich gleichzeitig ab:
Ich hoffe und wünsche und will alles, was an mir liegt, tun, daß in diesen Burgen Männer erzogen werden, die Ihr großes Erbe würdig und treu verwalten.
Und ein weiteres Gelöbnis gebe ich Ihnen, mein Führer: Diese Männer, die hier hinausgehen, werden gehorchen gelernt haben, werden treu und Kameraden für das ganze Leben sein."

Der Führer Adolf Hitler übergab die Burgen ihrer großen Bestimmung.

Die Auserwählten des ersten Jahrgangs konnten die Schwelle der Ordensburgen überschreiten — mit dem letzten Erziehungsziel: „daß

sie diesem Orden auf Gedeih und Verderb verfallen sind und ihm unbedingt gehorchen müssen" (wie Pg. Dr. Ley es am Schlusse seiner bereits weiter oben angeführten Denkschrift zum Ausdruck gebracht hatte).

Alle Arbeit der Bewegung ist Dienst am Werk des Führers, der Deutschland aus tiefster Nacht rettete. Adolf Hitler ist Deutschland — das wurde vom ganzen deutschen Volke erneut empfunden, als es am 20. April den Geburtstag seines Führers feierte. „In der ganzen Welt mit Achtung umgeben, von seinem Volke aber geliebt! Das ist das Höchste, was ein Mensch in diesem Erdenleben erreichen kann. — Geburtstag des Führers

Morgen nun werden von überallher, wo Deutsche wohnen, die Glück- und Segenswünsche zu ihm emporsteigen. Möge ein gütiges Geschick ihm Gesundheit, Kraft und eine gesegnete Hand geben. Und ihn uns noch lange, lange erhalten; denn wenn er bei uns ist, dann wird alles wohlgeraten.

Er ist uns, was er uns war, und er wird uns bleiben, was er uns ist: Unser Hitler!"

— so schloß am Vorabend dieses Tages der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels, seine Ansprache über alle deutschen Sender. In diesem Geiste wurden am 19. April Hitlerjungen und Mädel des BDM. in die Partei aufgenommen. Und am Geburtstag des Führers erfolgte im ganzen Reiche die Vereidigung der noch nicht vereidigten Politischen Leiter — durch den Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, der auf dem Königlichen Platz in München die Eidesleistung über alle deutschen Sender vornahm und in seiner grundsätzlichen Rede u. a. sagte: — Vereidigung der Politischen Leiter

„... Jeder von euch, der nun durch seinen Eid hinzutritt zur Führerschaft Adolf Hitlers, sei sich bewußt:

Nicht die Rechte sind das Wesentliche an eurem Amt, das Wesentliche sind die Pflichten. Die Rechte sollen nur dazu dienen, euch die Ausübung eurer Pflichten zu erleichtern. Nicht die Uniform und nicht die Abzeichen sind das Wesentliche, sondern wesentlich ist das Herz darinnen, wesentlich ist der Charakter.

Nicht der Titel, nicht der Rang, nicht die Abzeichen schaffen euch die wahre Autorität, sondern eure Haltung und die Frucht eures Wirkens schafft euch die wahre Autorität. Die höchste Autorität, die je einer in Deutschland besaß, schuf sich ein Mann ohne jeden Titel, ohne jeden Rang, ein Mann im schlichten braunen Rock, ein Mann, der nur eines war und nur eines ist: Führer!

Führer in seinem Wesen, Führer in seiner Haltung, Führer in seinem Verantwortungsbewußtsein, Führer in der Hingabe an sein Werk ..."

Am Geburtstage des Führers wurde von der SA. erstmalig das Dankopfer der Nation geschaffen, über das der Stabschef Pg. Lutze an den Führer schrieb: — Dankopfer der Nation

„Mein Führer, Ihre Sturmabteilungen bitten Sie, mit dem heutigen Tage, der Sie vor 47 Jahren dem deutschen Volke gab, ein neues Opferwerk zu beginnen und es Ihnen als Dankopfer der Nation bringen zu dürfen. Es soll alljährlich in Ihre Hände gelegt werden zur Schaffung neuer großer Kulturwerte und von der steten Einsatzbereitschaft und ewigen Dankbarkeit des deutschen Volkes zeugen."

Sein an das ganze deutsche Volk gerichteter Aufruf schloß mit den Worten:

„... So rufe ich heute alle auf, die sich zu dieser Kampfgemeinschaft bekennen.

Alljährlich sollen sie am Geburtstag des Führers mit uns zeugen von unserer unlösbaren Verbundenheit und sich mit einem Dankopfer für den Führer in die Ehrenlisten eintragen. Stets einsatzbereit für den Führer, für die Partei, für Volk und Vaterland, wollen wir als ewige Hüter der nationalsozialistischen Weltanschauung für alle Zeit zusammenstehen in dem einzigen Gedanken: Alles für Deutschland!

Mit diesem Geschenk für unseren Führer soll zum Ausdruck kommen unsere Geschlossenheit und unser Wille, dem Führer und unserem Volk stets aufs neue zu dienen, im alten Kampfgeist immer wachsam und immer bereit.

Heil Hitler! Lutze."

Als ersten Baustein zu diesem Dankopfer übernahm es die SA., in diesem Jahre eine Siedlung für den deutschen Arbeiter zu schaffen. —

Die körperliche Erziehung des deutschen Volkes durch die SA.

In diesem Zusammenhang sei auf die neuen Aufgaben des SA.-Führerkorps hingewiesen, die in einer Anordnung Adolf Hitlers vom 24. Februar zum Ausdruck kamen:

„Die Leistungen im Reichswettkampf der SA. haben mir gezeigt, daß die SA. befähigt ist, die körperliche Ertüchtigung des deutschen Volkes im Sinne der völkischen Grundsätze des Nationalsozialismus erfolgreich durchzuführen. Diese körperliche Ertüchtigung auf möglichst weite Kreise des Volkes zu übertragen, ist eine besondere Aufgabe des SA.-Führerkorps. Ich ordne daher eine Leistungsprüfung aller SA.-Führer für den Herbst an. Das Ziel dieser Leistungsprüfung ist die Erringung der Lehr- oder Prüfberechtigung für das SA.-Sportabzeichen unter verschärften Bedingungen.

Die Ausführungsbestimmungen erläßt der Stabschef. Er erstattet mir bis Ende des Jahres Meldung über das Ergebnis.

Der Oberste SA.-Führer:
gez.: Adolf Hitler."

Nationalsozialistisches Reiterkorps

Einen Ausschnitt aus diesen Aufgaben betraf die Anordnung des Stabschefs Pg. Lutze (vom 19. April) über die Aufstellung eines Nationalsozialistischen Reiterkorps:

1. Durch Verfügung des Führers und Reichskanzlers vom 10. März 1936 ist die Aufstellung eines Nationalsozialistischen Reiterkorps (NSRK.) angeordnet.
2. Dem NSRK. müssen alle 18- bis 20jährigen und dürfen auch jüngere sowie ältere Jahrgänge beitreten, die für die Reit- und Fahrausbildung vor der Dienstzeit in Frage kommen und den Reiterschein erwerben wollen, um bei einer berittenen oder fahrenden Truppe dienen zu können.

3. Das NSRK. wird in der SA.-Reiterei, die etwa 80 % der deutschen Reiterei umfaßt, gebildet. Die hierzu notwendigen Anordnungen trifft der Reichsinspekteur für Reit- und Fahrausbildung, SA.-Obergruppenführer Litzmann.
4. Aufgabengebiet und Tätigkeit des Reichsinspekteurs für Reit- und Fahrausbildung bleiben unverändert.

Der Stabschef:
Lutze.

Die Führungsaufgabe der nationalsozialistischen Bewegung findet ihren Niederschlag auf allen ihren Arbeitsgebieten, so auch bei der NS.-Frauenschaft — wie es in einer Anordnung des Stellvertreters des Führers (über eine Mitgliedersperre ab 1. Februar) zum Ausdruck kam: Mitgliedersperre bei der NS.-Frauenschaft

„Die NS.-Frauenschaft hat einen Mitgliederstand erreicht, der zur Lösung der ihr als Führerinnenorganisation der deutschen Frauen gestellten Aufgaben vollkommen genügt.

Ich bestimme daher, daß die weitere Aufnahme in die NS.-Frauenschaft am 1. Februar 1936 gesperrt wird.

Die Reichsfrauenführerin ist mir für die genaue Beachtung dieser Anordnung verantwortlich.

Von dieser Anordnung wird die Uebernahme von Führerinnen des BDM., des deutschen Frauenarbeitsdienstes und aus dem Frauenamt der DAF. in die NS.-Frauenschaft nicht berührt.

Die hierfür notwendigen Anordnungen erläßt die Reichsfrauenführerin im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen.

gez.: R. Heß.“

Ueber die Frauenfragen und den Arbeitsbereich der Reichsfrauenführerin Pgn. Gertrud Scholtz-Klink schrieb die NSK. (Folge 114 vom 18. Mai): Vom Arbeitsbereich der Reichsfrauenführerin

„... Es ist kennzeichnend für das nationalsozialistische Deutschland, daß die Frauenfragen bei ihrer Neuordnung nicht durch einen ministeriellen Federstrich bestimmt, sondern der aus dem Volke erwachsenen und im Volke verwurzelten Partei anvertraut wurden. Frau Scholtz-Klink, eine alte Nationalsozialistin, vereinigt in ihrer Hand vier Aemter, die sie mit nationalsozialistischer Energie und fraulichem Instinkt leitet: Die Frauenschaft der NSDAP. mit dem Deutschen Frauenwerk, den Reichsmütterdienst, das Frauenamt der Deutschen Arbeitsfront und den Frauenarbeitsdienst.

Durch diese organisatorische Vereinigung ist jedes Nebeneinanderarbeiten, jeder Zuständigkeitsstreit von vornherein vermieden. Denn alle vier Aemter dienen einer großen, gleichen Aufgabe: die deutsche Frau zur Nationalsozialistin zu erziehen und als solche zu erhalten und die Stellung der deutschen Frau im Gefüge des Gesamtvolkes nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten zu vertreten...“

Das Jahr 1936 brachte auch wieder eine Reihe von Arbeitsabkommen der Reichsfrauenführerin (so am 29. Juni mit dem Nationalsozialistischen Lehrerbund — siehe auch Band 1935, Seite 75).

Der Mai 1936 nahm der Bewegung zwei erprobte Kämpfer: Am 16. Mai starb der SS.-Brigadeführer Pg. Julius Schreck, der SS.-Brigadeführer Schreck †

langjährige Fahrer Adolf Hitlers, einer der ältesten Kameraden des Führers und Kämpfer der Bewegung, der bereits vor 1923 den „Stoßtrupp Hitler“ ins Leben gerufen hatte. — Und am 28. Mai verschied Pg. General Karl Litzmann im Alter von 86 Jahren, aus dem Weltkrieg als der „Löwe von Brzeziny“ bekannt, der — trotz seines Alters — in der Kampfzeit der Bewegung zu Adolf Hitler gestoßen und einer seiner treuesten Gefolgsleute geworden war. — Voll Trauer stand Deutschland an der Bahre dieser beiden vorbildlichen Nationalsozialisten und gedachte ihrer Leistungen in der Kampfzeit und im nationalsozialistischen Reiche, ihrer unbedingten Treue und ihres unerschütterlichen Glaubens, in dem sie dem Führer gefolgt waren.

General Litzmann †

Erinnerungsfeier an den Weimarer Reichsparteitag 1926

„Vom ersten Augenblick an war ich damals davon überzeugt: Diese Partei wird ganz Deutschland erobern und wird alle anderen Parteien beseitigen“ — so sprach der Führer in Weimar anläßlich der 10jährigen Erinnerungsfeier (3. bis 5. Juli) an den Weimarer Reichsparteitag (siehe Band 1918—1933, S. 130), den ersten Parteitag der NSDAP. nach dem 9. November 1923 und der Verbotszeit. Der Stellvertreter des Führers, Pg. Heß, sagte in seiner Ansprache:

„... Der Weimarer Tag 1926 war für uns eine Demonstration des Trotzes, des Aufbegehrens, ein Tag, an dem wir den damals Herrschenden, unseren Unterdrückern nach dem 9. November 1923, unser „Nun erst recht!“ entgegenschmetterten — dieses „Nun erst recht!“, das auf unseren Abzeichen der Verbotszeit stand.

Es war die erste Heerschau nach dem Zusammenbruch der Bewegung 1923, eine Heerschau, durch die wir feststellten, daß nicht nur die formelle Neugründung der Partei durch den Führer erfolgt, sondern darüber hinaus eine neue Bewegung entstanden war, in der sich zusammenfanden die Kämpferischen in Deutschland.

Der Befehl des Führers, nach Weimar zu marschieren, war im Grunde ein gewagtes Experiment, dessen Erfolg freilich ebenso überwältigend war, wie es gewagt war.

Die neue NSDAP. trug ihre Fahnen aus ganz Deutschland in das Herz Deutschlands. Und sie holte sich aus des Führers Hand neue Standarten für den Kampf. Sie zeigte der Welt: Hier sind wir wieder! Hier stehen wir wieder! Und wir werden in Deutschland stehen, aufrechter und entschlossener denn je!...“

Und die alten Kämpfer aus dem Jahre 1926 marschierten voller Stolz und Begeisterung an ihrem Führer vorbei. Der Geist, den Adolf Hitler in der Kampfzeit auf seine Gefolgschaft ausgestrahlt hat, ist auf das deutsche Volk in seiner Gesamtheit übergegangen. Diesen Geist, der die Voraussetzung zur siegreichen Gestaltung unseres Schicksals ist und bleiben wird, stets in der Nation zu erhalten, ist Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung.

2. Abschnitt:

Das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes

Daß Deutschland auch wirtschaftlich wieder lebte und daß sich dieses Leben von Jahr zu Jahr steigerte, bewies erneut die Leipziger Frühjahrsmesse 1936. Die Messe (die auch noch in anderer Richtung bemerkenswert war — nämlich durch das erste öffentliche Fernsehgespräch zwischen zwei deutschen Städten am 1. März, zwischen Berlin und der Messestadt Leipzig, zwischen dem stellv. Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters", Pg. Weiß, und dem nach Leipzig entsandten VB.-Schriftleiter) erwies sich als die erfolgreichste Messe seit Jahren. Sie dauerte vom 1. bis zum 9. März und zeigte in ihren Zahlen den klaren wirtschaftlichen Aufstieg. Auch die ausländische Presse konnte nicht umhin, sie als die stärkste, reichhaltigste und lebendigste Messe der Nachkriegszeit zu bezeichnen. So betrug die Zahl der Aussteller: Leipziger Frühjahrsmesse

1933: 6417
1934: 7406
1935: 8070
1936: 8163 (also 1746 = 27% mehr als zu Beginn des Aufstiegs im Jahre 1933).

Die Zahl der Besucher betrug:

1933: 107 000
1934: 160 000
1935: 200000
1936: 240 000

Unter ihnen waren ausländische Einkäufer:

1933: 15 500
1934: 16 400
1935: 22 000
1936: 25 000

Eine ganz erhebliche Steigerung ist besonders aber auch bei den Umsätzen zu erkennen. Sie beliefen sich auf etwa 390 Millionen (also 100 Millionen mehr als 1935, 250 Millionen mehr als 1934), wovon auf Auslandsaufträge 125 Millionen entfielen.

Bei der im Rahmen der Messe wiederum veranstalteten Kundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. sagte der Vorsitzende der Kommission, Pg. Köhler, u. a.:

„... Was wir unter Leitung der Wirtschaft verstehen, ist auf das entschiedenste anders als die marxistischen Wirtschaftskontrollen, ob sie nun radikal oder gemäßigt sind, und ebenso etwas entschieden anderes als die Lenkungssysteme, die eine in veralteten Anschauungen großgewordene Theorie für zulässig hält.

Wenn der Führer befiehlt, daß 7000 Kilometer Autobahnen gebaut werden, so ist das eine stärkere und eingreifendere Wirtschaftslenkung, als was jemals mit allen Künsten der Diskontpolitik, der Kreditausweitung, der industriellen Planung, Marktregelung und sonstigen Versuchen durchgeführt werden kann.

Wenn der Führer verlangt, daß die Automobilindustrie für drei bis vier Millionen Deutsche den Kraftwagen schafft, dessen Erwerb, Betrieb und Unterhaltung ihren Einkünften angemessen ist, so ist dies eine wahrhafte Wirtschaftslenkung und eine Kaufkraftsteigerung, die alles im Schatten lassen wird, was jemals durch manipulierte Währungen oder durch Preis- und Lohnexperimente erreicht werden könnte...“

Die Richtigkeit dieser Worte war durch die Erfolge auf dem Gebiete der Kraftwagenindustrie und deren wirtschaftliche Auswirkungen klar erwiesen worden. Bei der am 15. Februar eröffneten IV. Internationalen Automobilausstellung in Berlin konnte Rückschau gehalten werden auf die erfolgreiche Arbeit der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung. In seiner bedeutsamen Eröffnungsrede sagte Adolf Hitler u. a.:

Internationale Automobilausstellung in Berlin

Führerrede

„... Wenn ich in Deutschland auf einen Kraftwagenbestand von drei bis vier Millionen zu kommen hoffe, so müssen der Preis und die Erhaltungskosten dieser Kraftwagen eine ähnliche Staffelung aufweisen wie die Einkommen der drei oder vier Millionen der dafür in Frage kommenden Käufer. Ich empfehle der deutschen Kraftverkehrswirtschaft, sich einmal von diesen Gesichtspunkten aus ein Bild über das Einkommensverhältnis der vier oder fünf Millionen bestgestellten Deutschen zu verschaffen, und Sie werden dann verstehen, weshalb ich mit rücksichtsloser Entschlossenheit die Vorarbeiten für die Schaffung des deutschen Volkswagens durchführen lasse und zum Abschluß bringen will, und zwar, meine Herren, zum erfolgreichen Abschluß.

Ich zweifle nicht, daß es der Genialität des damit betrauten Konstrukteurs sowie der späteren Produzenten in Verbindung mit höchster nationalwirtschaftlicher Einsicht aller der daran Beteiligten gelingen wird, die Anschaffungs-, Betriebs- und Erhaltungskosten dieses Wagens in ein tragbares Verhältnis zum Einkommen dieser breiten Masse unseres Volkes zu bringen, wie wir dies in Amerika in einem so glanzvollen Beispiel bereits als gelungen gelöst sehen können...

... Und wenn uns für die Zukunft ganz große Aufgaben gestellt sind, meine Herren, dann dürfen wir an ihrer Erfüllung um so weniger zweifeln, als das heute Geschaffene uns das höchste Recht gibt, eine solche Hoffnung zu hegen. Zwei Momente möchte ich hier nur besonders herausgreifen:

1. Die Not der deutschen Brennstoffversorgung, deren ausschlaggebende Bedeutung wir in der Jetztzeit gerade auch politisch ermessen können, kann als überwunden angesehen werden. Der Weg zum deutschen Brennstoff ist frei. Gerade auf diesem Gesamtgebiet haben unsere Chemiker und Erfinder wahrhaft Bewunderungswürdiges geschaffen. Und vertrauen Sie auf unsere Entschlußkraft, dieses theoretisch Geschaffene praktisch zu verwirklichen!

2. Sie finden in dieser Ausstellung zum erstenmal Reifen aus deutschem synthetischen Gummi. Und ich bin glücklich, Ihnen und dem deutschen Volk hier mitteilen zu können, daß die Erprobungen, die von der Wehrmacht seit ungefähr einem Jahr vorgenommen worden sind, zu dem Resultat führten, daß dieser synthetische Gummi an Dauer und Haltbarkeit den natürlichen Rohgummi um 10 bis 30 % übertrifft..."

Dieser synthetische deutsche Gummi — Buna genannt — wurde zum großen Ereignis der Ausstellung. Buna

Ein Rückblick auf den verflossenen Monat bewies erneut das unaufhaltsame Anwachsen der deutschen Motorisierung. Die Zahlen der Zulassungen im Februar 1936 gegenüber den Vorjahren ergaben folgendes Bild: Zahlen der Motorisierung

	Personenwagen	Lastwagen	Krafträder
Februar 1934:	4 386	1 039	2 647
Februar 1935:	11 599	1 934	2 568
Februar 1936:	12 391	2 428	4 435
und im März 1936:	17 305	4 407	14 924

Am 11. Februar fand die erste Tagung des im Vorjahre geschaffenen (siehe Band 1935, Seite 145) Reichsarbeits- und Wirtschaftsrates statt, um sich mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenwartsproblemen vom Standpunkt nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung aus zu beschäftigen. Erste Tagung des Reichsarbeits- und Wirtschaftsrates

Ueber dieses nationalsozialistische Wirtschaftsdenken hat der Reichspressechef der NSDAP., Pg. Dr. Dietrich, am 28. Januar in Essen (in einer Veranstaltung der Gauwaltung Essen der DAF.) eine derart grundlegende Rede gehalten, daß es notwendig erscheint, diese Ausführungen zum größten Teile hier im Wortlaut wiederzugeben. Pg. Dr. Dietrich erklärte: Nationalsozialistisches Wirtschaftsdenken

„Wenn man im nationalsozialistischen Deutschland von der Wirtschaft sprechen will, dann muß man bei der Weltanschauung beginnen. Alle wirtschaftlichen Ideen, die die Geschichte der Menschen bewegt haben und die in der Geschichte etwas bedeuten, haben eine weltanschauliche Wurzel, aus der sie erwachsen sind. Und wie man ein politisches System durch ein anderes nur dann erfolgreich ersetzen kann, wenn es von einer besseren Weltanschauung getragen ist, so kann man auch ein wirtschaftliches System nur dann mit Erfolg durch ein anderes ablösen, wenn dieses auf einem richtigeren weltanschaulichen Fundament ruht. Das ist jene große Wahrheit, die uns der Führer am wundersamen Beispiel des deutschen Volkes gelehrt hat.

Durch eine Leistung, die einzigartig ist und in der Geschichte der Völker auf einsamer Höhe steht, hat der Führer das deutsche Volk aus tiefster Zerrissenheit zur politischen Einheit und weltanschaulichen Geschlossenheit gebracht. Er hat es zu einer einzigen Gemeinschaft, zu einem einzigen Block zusammengeschweißt und dadurch wieder zu nationaler Kraft emporgeführt. Kraftgewinnung durch Konzentration, Beseitigung aller Kraftvergeudung im Innern, um alle Energien der Nation zum Einsatz nach außen frei zu machen, das ist letzten Endes das große politische Grundgesetz, das der Nationalsozialismus im deutschen

Volke zur Geltung erhoben hat, — das Geheimnis des Erfolges der nationalsozialistischen Politik und ihrer fruchtbaren Wirkungen für die Nation.

Wir wissen, daß die unheilvolle Zersplitterung des politischen Denkens, die der Nationalsozialismus beseitigt hat, von der Wirtschaft ausgegangen war. Skrupelloser kapitalistischer Wirtschaftsgeist und blinder marxistischer Haß sind die Ursache dieser nationalen Zerrissenheit gewesen. Und deshalb ist es von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß der gewonnenen einheitlichen Weltanschauung im deutschen Volke auch eine einheitliche Wirtschaftsanschauung entspricht. Wir brauchen eine Einheit und innere Geschlossenheit des wirtschaftlichen Denkens, das nicht nur die wirtschaftlichen Quellen politischer Uneinigkeit ein für allemal verstopft, sondern auch eine Quelle neuer Kraftgewinnung für die Wirtschaft erschließt.

Im Dritten Reich ist die Deutsche Arbeitsfront der organisatorische Zusammenschluß aller in der Wirtschaft Schaffenden. Die Deutsche Arbeitsfront ist die äußere Ordnung der sozialen Arbeit, die die gesamte Volkswirtschaft umfaßt. Was liegt näher als der Wunsch und die Notwendigkeit, daß der geistige Inhalt, der diese Gemeinschaft der Arbeit trägt und beseelt, die Einheit eines wirtschaftlichen Denkens ist, das seine Wurzeln in der nationalsozialistischen Weltanschauung hat, aber auch die Richtigkeit seiner wirtschaftlichen Prinzipien tagtäglich in der Verbundenheit mit dem wirtschaftlichen Leben der Nation bestätigt findet.

Wir Nationalsozialisten, alle die wir nationalsozialistisch denken und empfinden, fühlen mit absoluter Gewißheit, daß die geschlossene nationalsozialistische Weltanschauung auch ein einheitliches wirtschaftliches Ideengebäude in sich birgt. Wir wissen, daß all unser Handeln und Streben, all unser Ringen um das Für- und Miteinander im wirtschaftlichen Leben der Nation, um die seelische Einheit der wirtschaftlich schaffenden Volksgenossen, auch die innere Logik der Dinge für sich hat. Wir wissen es, denn wo würden all die Männer in den Betrieben sonst den Mut und die Kraft hernehmen, tagein, tagaus dieses einzigartige Werk der wirtschaftlichen Gemeinschaft zu predigen und unermüdlich an ihm zu arbeiten. Aber zu diesem Wissen um uns selbst und um die Richtigkeit unseres Handelns muß die festgegründete und unangreifbare, wirtschaftliche Begriffsbildung hinzukommen: Die Lehre, die unser wirtschaftliches Ideengut gedanklich zusammenfaßt und es jedermann verständlich so darbietet, daß seine Logik wirtschaftliche Afterweisheit des kapitalistischen Liberalismus und des klassenkämpferischen Marxismus in hohem Bogen aus dem Sattel wirft. Es darf nicht sein, daß ein Teil der Nation, die Betriebsführer und Unternehmer, in der Deutschen Arbeitsfront marschieren, aber über ihre wirtschaftlichen Auffassungen etwa lächeln und sie für wirklichkeitsfremd halten. Und es darf nicht sein, daß ein anderer Teil, die Gefolgsmänner in den Betrieben, sich innerlich deshalb noch nicht ganz frei machen können von der marxistischen Irrlehre und der nationalsozialistischen Auffassung von der Wirtschaft noch verständnislos gegenüberstehen, weil sie ihnen nicht in logischer und populärer Form dargeboten wird. Mit anderen Worten:

Nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre muß zu einem festen Bestandteil unserer Volksbildung werden, mit dem sich nicht nur der Gelehrte, der Betriebsführer usw. befaßt, sondern die auch dem Arbeiter in Fleisch und Blut übergegangen ist....

... Vor etwa einem Jahr habe ich in Köln einen Vortrag gehalten über die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus und dort den wissenschaftlichen Nachweis geführt, daß nicht das Individuum, nicht

der einzelne, sondern die Gemeinschaft der notwendige Ausgangspunkt unseres Denkens und der Schlüssel zur menschlichen Erkenntnis ist.

Ich habe dort den Gemeinschaftsbegriff als weltanschauliche Grundlage unseres Denkens umrissen und erkenntnis-theoretisch verankert, und ich fügte damals hinzu, daß von dieser neuen Grundlegung des Denkens aus sich auch alle anderen wissenschaftlichen Forschungsgebiete im nationalsozialistischen Geiste erschließen und sinnvoll gliedern lassen. An diese Feststellung möchte ich heute anknüpfen und für das Gebiet der Wirtschaft darlegen, daß auch hier die Gemeinschaftsidee nicht nur eine sittliche Forderung, sondern die ökonomisch notwendige und die wissenschaftlich zwingende Grundlage unserer Wirtschaft ist.

Die wirtschaftliche Gedankenwelt des Liberalismus war über ein Jahrhundert lang beherrscht von der sogenannten klassischen Nationalökonomie.

... Diese sogenannte klassische Nationalökonomie geht aus von dem Einzelmenschen und seiner wirtschaftlichen Vernunft, die ihn verpflichte, mit dem kleinstmöglichen Einsatz von Arbeit nach dem größtmöglichen Erfolge zu streben. Es ist der reine, nackte Egoismus, der hier zum höchsten Prinzip, zum Träger des wirtschaftlichen Lebens überhaupt erhoben wird. Diese Lehre sagt: Der wirtschaftliche Egoismus des einzelnen ist die erhabenste und wichtigste Antriebskraft zur menschlichen Wohlfahrt. Wenn alle Menschen diesen Egoismus nur in der rechten Weise anwenden und betätigen und wenn er nicht gehemmt wird durch außerhalb der Wirtschaft liegende staatliche Einflüsse, dann wird dieser selbsttätige wirtschaftliche Mechanismus am Ende die Interessen aller zur höchsten Harmonie zusammenführen.

Mit einem Wort, der oberste Leitsatz der klassischen Wirtschaftsdoktrin lautet: Durch Eigennutz zum Gemeinnutz! Wenn wir daraufhin das vornationalsozialistische kapitalistische Deutschland betrachten, dann müssen wir feststellen: Dieser Egoismus ist zur höchsten wirtschaftlichen Entfaltung gekommen. Er hat am Baum der Praxis seine höchsten Blüten hervorgebracht. Aber das Paradies, das er nach dieser Lehre hätte bringen müssen, ist ausgeblieben. In der Praxis hat dieses Prinzip uns den Klassenkampf von oben und unten beschert — den Kampf aller gegen alle. Statt der Harmonie, die es versprach, hat es einen wirtschaftlichen und politischen Trümmerhaufen erzeugt und mit der gesamten Nation auch seine gutgläubigsten und überzeugtesten Anhänger in den Abgrund gerissen.

Aber wir haben in Deutschland nicht nur den Bankerott dieser kapitalistischen Wirtschaftslehre, dieser „Nationalökonomie für Unternehmer" erlebt, die der Arbeiter nie verstanden und stets gehaßt hat. Wir alle waren auch Zeugen des Zusammenbruchs jener ebenso verhängnisvollen Wirtschaftslehre, die sich der Arbeiterbewegung bemächtigte, als diese sich in berechtigter Abwehr gegen den Kapitalismus und das verständnislose Bürgertum zu organisieren begann. — Der Jude Karl Marx, der — aus Deutschland ausgewiesen — in England lebte und dort die Lehre der klassischen Nationalökonomie studierte, entwickelte aus ihren Grundbegriffen in seinen Büchern „Zur Kritik der politischen Oekonomie" und im „Kapital" eine ökonomische Gegenlehre für die Arbeiter, den sog. Marxismus, dessen vergiftende Wirkungen auf die Arbeiterschaft in Deutschland eine so unheilvolle Bedeutung gewinnen sollten. Man übersieht oft, daß Marx in seiner sich als streng wissenschaftlich bezeichnenden Lehre und auf Grund seiner dialektischen Methode den Kapitalismus selbst in seiner schärfsten Form als notwendig bezeichnet und anerkennt, als eine ge-

schichtliche Uebergangsstufe zu jenem internationalen klassenkämpferischen Sozialismus, den er als die Fata Morgana der Zukunft der Arbeiterschaft vorgegaukelt hat. Er mußte den Kapitalismus als geschichtlich notwendig anerkennen, denn wie hätte er sonst die Tatsache begreiflich machen wollen, daß er sein ganzes wirtschaftliches System auf den Grundbegriffen eben jener kapitalistischen Wirtschaftslehre aufgebaut hatte, die er zu überwinden vorgab. Auf der wirtschaftlichen Wertlehre der kapitalistischen Wirtschaftsdoktrin, auf der Wertlehre des Juden David Ricardo, hat der Jude Marx das ökonomische Gebäude seines sog. wissenschaftlichen Sozialismus aufgebaut. Er hat diese objektive Wertlehre, die sagt, daß der Wert einer Ware durch die darauf verwendete Arbeitszeit bestimmt wird, zwar für seine Zwecke ein wenig geändert, aber im Kern übernommen. Diese Werttheorie ist ein geradezu lächerlicher wissenschaftlicher Irrtum. Sie hat sich für die Erklärung wirtschaftlicher Vorgänge als völlig unfruchtbar erwiesen; wie überhaupt die Beschäftigung mit der Wertlehre, die man solange als das zentrale Problem der Wirtschaftswissenschaft ansah, die Nationalökonomie wissenschaftlich geradezu kompromittiert hat....

Aus dieser Wertlehre entwickelte Marx seine berüchtigte Lehre vom Mehr-Wert. Er machte dem Arbeiter glauben, daß es seine Arbeit sei, die den Wert einer Ware bestimmt. Er sagte dem Arbeiter, daß der Unternehmer ihm bei der Entlohnung einen Teil dieses Wertes, den sog. Mehrwert, vorenthalte. Aus der Mehr-Wertlehre leitete Marx seine **Ausbeutungstheorie** ab: Er sagte dem Arbeiter, daß diese Ausbeutung nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufhören könne, bis das System der Privatwirtschaft selbst vernichtet sei. **Und aus dieser Ausbeutungstheorie wiederum folgerte er die volkszerstörende Klassenkampftheorie.** Erkennt man diese Wertlehre als glatten Unsinn und zieht man sie unter der marxistischen Konstruktion fort, dann fällt auch das ganze Gebäude des wirtschaftlichen Marxismus mit seinen wirtschaftlichen Wahnvorstellungen wie ein Kartenhaus zusammen.

Erst der Nationalsozialismus hat diesem Spuk, der das wirtschaftliche Denken vernebelt, ein gründliches Ende bereitet. Jeder deutsche Arbeiter, der auch nur eine Spur von Empfinden für die natürlichen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens hat, in dem er selbst steht, weiß, daß weder seine Arbeit noch die des Unternehmers oder dessen Kapital den Wert der Ware bestimmen, die sie gemeinsam produzieren. Wenn die Ware nicht verkauft werden kann, hat sie wirtschaftlich **überhaupt** keinen Wert. Ob sie aber verkauft werden kann und ob zu angemessenen Preisen oder nicht, das hängt von zahlreichen Faktoren und Umständen ab, die durch die gesamte volkswirtschaftliche und politische Lage der Nation bestimmt werden. Erst der **Absatz** gibt der Ware ihren Wert. **Kaufkraft und Qualität, technischer Fortschritt und Dispositionstalent, Verkaufsorganisation und Handelsverträge und vieles andere sind für den Wert einer Produktion ebenso mitbestimmend, wie Arbeit und Kapital.** Sie alle haben ihren Anteil am Erfolg, und dieser Erfolg ist in seiner Gesamtheit um so größer, je reibungsloser ihr Zusammenwirken ist.

Die Qualität einer Nation, die Form, in der sie sich befindet, ist es, die letzten Endes über den Wert ihrer Arbeit und die Höhe ihres Lohnniveaus entscheidet.

Es ist nicht so, daß der einzelne durch seine Arbeit wirtschaftliche Werte hervorbringt, deren Summe die Volkswirtschaft ausmacht. Sondern es ist **umgekehrt: wirtschaftliche Werte werden nur durch Zusammenarbeit in der Gemeinschaft geschaffen, und der**

Anteil des einzelnen an ihnen leitet sich aus der Gemeinschaft nach Maßgabe seiner Leistung für sie ab. Mit anderen Worten: Das Wohl der Gemeinschaft ist das erste, die Voraussetzung und Bedingung für das wirtschaftliche Wohlergehen des einzelnen. Das ist der einzig richtige, weil allein mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmende Ausgangspunkt alles wirtschaftlichen Denkens, den sowohl der Kapitalismus wie das marxistische Denken mißachtet haben. Und deshalb mußten sie in der Praxis zur Zerstörung und zum Chaos führen.

Der Nationalsozialismus begann den Neubau von Grund auf. Der oberste wirtschaftliche Leitsatz seines Programms lautet nicht „durch Eigennutz zum Gemeinnutz", sondern umgekehrt: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Der ökonomische Wirkungskreis dieses Grundsatzes ist nicht die „Wirtschaft" als etwas Eigengesetzliches, über oder neben der Nation stehendes, sondern es ist die Volkswirtschaft als wirtschaftlicher Organismus der Nation, der alle ihre Glieder zu dienen haben, wie sie allen ihren Gliedern dient. Die Zelle, auf der sich die Volkswirtschaft aufbaut, aber ist die Betriebsgemeinschaft, in der alle, Führer wie Gefolgschaft, wissen, daß sie aufeinander angewiesen sind, in der alle ihr Wirken und Werken begreifen als Dienst an der Volksgemeinschaft, die sie alle trägt und erhält....

... Es muß einmal grundsätzlich mit dem Irrtum aufgeräumt werden, daß das private Erwerbsstreben mit der Respektierung des Gemeinwohls, das der Nationalsozialismus fordert, wirtschaftlich nicht vereinbar sei und dadurch in seinem natürlichen und erfolgreichen Wirken beeinträchtigt werde. Wir Nationalsozialisten sind nicht so hirnverbrannt, das gesunde persönliche Erfolgsstreben zu unterbinden und damit den stärksten Motor der menschlichen Wirtschaft abzudrosseln. Im Gegenteil, wie der Nationalsozialismus mit allen Kräften bestrebt ist, die Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft zur Entfaltung und für die Gemeinschaft zur Geltung zu bringen, so fordert er auch im Rahmen seiner Volkswirtschaft die Persönlichkeitsleistung als ihre stärkste und durch nichts zu ersetzende Kraft. Wir wissen, daß sie der stärkste Träger des wirtschaftlichen Fortschritts und die unerläßliche Voraussetzung unserer Kultur ist. Was wäre uns allen das Leben ohne die Möglichkeit und Aussicht, durch unsere persönliche Leistung nach Höherem zu streben und es zu erreichen, und seien es auch nur Wünsche und Träume? Ohne sie wäre uns das Leben nicht wert gelebt zu werden. Wir setzen dem persönlichen Erfolgsstreben im Wirtschaftsleben nur diejenigen gemeinnützigen Grenzen, die für das Ganze unerläßlich sind und die letzten Endes auf dem Wege über die Gemeinschaft den Interessen jedes einzelnen selbst wieder dienen. Indem wir die volkswirtschaftliche Solidarität als die Grundlage unseres Wirtschaftens stützen, schützen wir jeden einzelnen selbst und fördern seine eigenen wohlverstandenen Interessen — — auch wenn er es oft in seiner wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit nicht erkennt. Möglich, daß es manchmal als Zwang empfunden wird. Aber dann ist es der Zwang zur Wahrung der eigenen Interessen, der hier auferlegt wird. Die Rücksicht auf das Gemeinwohl ist für den Volksgenossen im nationalsozialistischen Staat die Wahrnehmung seines eigenen Interesses, das mit dem der Gemeinschaft unlöslich verbunden ist. Wer jedoch an diesen Vorteilen innerhalb der Gemeinschaft teilnimmt und sich als einzelner trotzdem von seinen Verpflichtungen auf Kosten der Anständigen drücken zu können glaubt, der ist nichts anderes als ein Betrüger am gemeinsamen Werk und verdient die Verachtung aller.

Und was der Gemeinschaftsgedanke dem Betriebsführer und Arbeitgeber bedeutet, bedeutet er auch dem Gefolgsmann und Arbeitnehmer. Wie oft hört man den Nationalsozialismus wirtschaftlich in der Form ausgedrückt, daß man dem Arbeiter lediglich sagt, er sei wie alle anderen und jeder an seiner Stelle dazu da, um in der Volksgemeinschaft seine Pflicht zu erfüllen. Das sind Reden, die auf die Dauer nicht überzeugen. Auch das muß einmal gesagt werden. Von der Pflicht und der Selbstlosigkeit allein läuft die Weltgeschichte nicht weiter. Wer beispielsweise Tag für Tag in der Grube, im Dreck und Schweiß vor der Kohle arbeitet, den kann man mit solchen wohlgemeinten, aber unzulänglichen Argumenten nur sehr schwer von seiner hohen volkswirtschaftlichen Mission überzeugen. In der Praxis sieht das ein wenig anders aus. Die Menschen leben letzten Endes, um glücklich zu werden und nicht nur deshalb, um ihre Pflicht zu tun. Jedenfalls stellen sie sich das alle irgendwie ein bißchen vor. Auch der einfachste Arbeiter will vorwärtskommen im Leben. Und nur die Hoffnung auf dieses persönliche Fortkommen für sich und seine Kinder und der Glaube an die Möglichkeit, es zu erreichen, läßt viele ihre schwere Arbeit leichter tun. Ihnen allein die Pflichterfüllung ohne die Befriedigung ihres persönlichen Strebens als Lebensziel zu setzen, ist das Gerede weltfremder Moralisten oder unsozialer Kapitalelemente, die auf die Einfältigkeit ihrer Mitmenschen spekulieren. Mit nationalsozialistischer Weltanschauung hat das wenig zu tun. Der Nationalsozialismus lehrt etwas ganz anderes. Er lehrt die arbeitenden Volksgenossen begreifen, daß sie selbst nur dadurch und eben nur dann ihr eigenes persönliches Glück finden können, wenn sie ihre Pflicht gegenüber der Gemeinschaft tun. Diese Gemeinschaft, in der sie arbeiten und für die sie arbeiten, das sind sie selbst. Die Gemeinschaft ist die Voraussetzung und Bedingung, durch die das eigene Glück erst Wirklichkeit werden kann. Wer in der Wirtschaft anderen hilft, hilft ihnen, um sich selbst zu helfen. Daß man den eigenen Interessen am besten dient, wenn man das Wohl der Gemeinschaft an die Spitze seiner eigenen Wünsche stellt, das zu erkennen und andere erkennen zu lassen, darauf kommt es an! Das ist das wahre Grundgesetz wirtschaftlicher Vernunft, das jede gesunde Volkswirtschaft beherrscht und ihre Entwicklung bestimmt.

Dieser Gemeinschaftsgedanke des Nationalsozialismus ist keine theoretische Phrase, kein leerer Begriff, kein billiges Schlagwort, sondern hat zum ersten Male dem Wort Sozialismus lebendigen Inhalt gegeben. Unser Sozialismus ist nicht weltfremde Utopie, sondern naturgegebenes blutvolles Leben. Er ist der Sozialismus der Hilfsbereitschaft für die Aermsten der Armen und der Sozialismus der Leistung für alle Schaffenden. Er gibt kein Versprechen auf die Seligkeit, gaukelt den Arbeitern keine unerreichbaren Trugbilder vor, um sie in der Praxis nur um so tiefer ins Elend zu führen. Er predigt nicht die kindliche und aller Wirklichkeit hohnsprechende Lehre von der Gleichheit der Menschen und ihrem gleichen Anspruch auf die Zuteilung der Güter dieser Erde, sondern er gibt ihnen das Bewußtsein zurück, einem großen Volke anzugehören, mit dem sie auf Gedeih und Verderb verbunden sind und in dem jeder genau so viel erreichen kann, wie er an Können und Leistung einzusetzen imstande ist. Der einzige gleiche wirtschaftliche Anspruch, den er allen Volksgenossen zubilligt, ist das Recht auf Arbeit. Dieser wahre, weil einzig mögliche Sozialismus sorgt dafür, daß die Bedingungen zum Aufstieg für jeden Volksgenossen die gleichen sind, so daß Charakter, Fähigkeit und Leistung der

einzige Maßstab des Fortkommens sind. Der Nationalsozialismus hat alle Vorrechte der Geburt und des Standes beseitigt, dafür aber das **Vorrecht der Natur wiederhergestellt.** Indem er allen Volksgenossen — nach den gegebenen Maßen der Natur — die **gleiche** Chance gibt, unternimmt er es nicht — welch kindliche Utopie! — die Ungleichheit der **Menschen** zu beseitigen, sondern die Ungleichheit der **Bedingungen, unter denen sie arbeiten!**

Das ist ein großer und entscheidender Gedanke, größer als er im ersten Augenblick erscheinen mag. Seine Verwirklichung im nationalsozialistischen Staat bedeutet für Millionen die Befreiung aus der Aussichtslosigkeit ihres bisher rein kapitalistischen Arbeitsverhältnisses. Bedeutet die Erlösung aus der erschlaffenden Hoffnungslosigkeit eines Arbeiterdaseins, das sich bisher als ohnmächtiges Handelsobjekt kapitalistischer Mächte fühlte, ohne sich jemals aus dieser Lage zum Lichte schöpferischer Mitgestaltung am Leben der Nation erheben zu können. Diesen Ausgestoßenen und Enterbten einer unheilvollen kapitalistischen Entwicklung gibt der Nationalsozialismus die **wirtschaftliche Gleichberechtigung....**

... Wir haben im deutschen Volke eine wirtschaftliche und soziale Ordnung eingeleitet, in der jeder Volksgenosse, was er auch sei und woher er auch kommt, zu den höchsten Stellen der Wirtschaft und des Staates emporsteigen kann, wenn er nur die Kraft, den Willen und die Fähigkeit dazu hat. Das ist unsere Idee und das ist unser Wille. Der Wille des Führers, von dem wir alle wissen, daß er Berge zu versetzen vermag, und von dem ich weiß, daß er für seine deutschen Arbeiter, wenn nötig, die Hölle zu stürmen bereit ist. Wenn sich hier und da noch Hindernisse in den Weg stellen, sie werden niedergerissen werden, um diesen Marschweg des unbekannten deutschen Arbeiters nach aufwärts bis zu den höchsten Stellen der Nation freizulegen. Vielleicht wird die ältere Generation unserer Arbeiterschaft diesen Weg nicht mehr in so erfolgreichem Maße beschreiten können. Dann werden ihn ihre Söhne gehen!...

... Mit Stolz dürfen wir feststellen: In der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft hat die Jahrhunderte alte sozialistische Sehnsucht aller Schaffenden zum ersten Male ihre praktische Erfüllung gefunden. Und zwar ihre einzig mögliche Erfüllung! Was sich in dieser Gemeinschaft verwirklicht, ist der **Sozialismus der Leistung, die natürliche und daher einzige Harmonie der wirtschaftlichen Interessen, die es gibt.** Der Nationalsozialismus, der dem persönlichen Erfolgstreben aller im Rahmen des ihm übergeordneten Prinzips der Gemeinschaft freien Raum läßt und es für alle nutzbar macht, hat zum ersten Male in der modernen Wirtschaftsgeschichte, ich möchte sagen — das Kunststück fertiggebracht, Gemeinnutz und Eigennutz auf einer gemeinsamen Ebene miteinander zu vereinen. Und wenn man fragt, wie war das möglich?, dann antworten wir: Es wurde möglich, weil das **deutsche Volk aus den schmerzlichen Erfahrungen seines Schicksals heraus eine höhere Stufe der nationalen Entwicklung beschritten hat, als sie die Geschichte bisher kennt.** Der Führer hat dies in seiner Münchener Rede am Sonntag so überzeugend ausgeführt, welchen schweren Weg das deutsche Volk wählen mußte, damit aus seinen verschiedenen Rassewesen, aus seinen Stämmen und Werten endlich trotz allen störrigen Widerständen die Volkwerdung der deutschen Nation wurde. Nur so konnte die Entwicklungsstufe erreicht werden, auf der die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze der Vergangenheit sich auflösen und zu einer höheren Einheit des Lebens der Nation zusammenwachsen. **Unser Sozialismus** ist deshalb keine

starre Gedankenkonstruktion, die der Natur Gewalt antun muß, sondern die sinnvolle Gestaltung und höchste Form des wirtschaftlichen Lebens, aus der die Nation immer wieder die Kräfte zu neuer Blüte entwickeln kann.

Dieser Sozialismus reißt nicht in blinder Zerstörungswut, wie der Marxismus im Sowjetparadies, die Grundlagen der Wirtschaft ein, gibt nicht Millionen dem Hungertode preis, um dann den verruchten Kapitalismus zur Rettung herbeizurufen.

Dieser Sozialismus ist nicht der Sozialismus der Nichtskönner, der Sozialismus der Unterleistung, der, wie immer im marxistischen Sowjetstaat, ein barbarisches Antreibersystem, das System Stachanow, zwangsweise einführen muß, um Leistungen aus der Arbeiterschaft herauszupumpen, das das System als solches von innen heraus unmöglich macht.

Dieser unser Sozialismus beseitigt nicht das Eigentum und damit die Triebkraft jeden Fortschritts überhaupt, sondern er beseitigt Mißbrauch des Eigentums und erschließt damit den Fortschritt für alle.

Dieser Sozialismus sagt nicht: Eigentum ist Diebstahl an der Gemeinschaft, sondern er erhebt das ehrlich erworbene Eigentum zur verdienten Leistung für die Gemeinschaft.

Dieser Sozialismus sagt nicht: Eigentum gibt Vorrechte in der Nation, sondern Eigentum verpflichtet für die Nation....

... Wie wir gesehen haben, stellt sich diese Ausrichtung der wirtschaftlichen Interessen auf das Gemeinwohl nicht von selbst ein. Die Wirtschaft ist kein Mechanismus, der sich selbst schaltet und in dem jeder schalten und walten kann wie er will. Sie ist ein Organismus, der von einer Zentralstelle geführt und geleitet wird. Die Wirtschaft ist kein Ding an sich, wie das kapitalistische und marxistische Wirtschaftsdenken vorgeben, sie ist, seitdem überhaupt Menschen beisammen wohnen, ohne den übergeordneten Zusammenhang mit der Nation nicht denkbar. Wirtschaft ist nur als Volkswirtschaft möglich, wobei allerdings die einzelnen Volkswirtschaften in internationalen Austausch miteinander treten; aber eine Weltwirtschaft im Sinne der Auflösung der nationalen Grenzen aller Volkswirtschaften gibt es nicht. Ausgangs- und Endpunkt ist stets die nationale Gemeinschaft. Und deshalb ist es nicht nur richtig, sondern für das Gedeihen der Wirtschaft notwendig, daß der nationalsozialistische Staat als Repräsentant der Volksgemeinschaft die Führung und auf allen Wirtschaftsgebieten das oberste Aufsichtsrecht übernimmt, das die Harmonie der Interessen in Unterordnung unter die höhere Idee der Arbeit für das ganze Volk gewährleistet. Er überwacht in engster Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeitsfront die Befolgung der nationalsozialistischen Grundsätze im Wirtschaftsleben. Er unterstützt und fördert alles Gute in der privaten Wirtschaft, er merzt alles Ungesunde und Schlechte aus. Und er gibt von seiner Zusammenschau des Ganzen aus die Richtlinien für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Augenblicks....

... Das Reich der Wirtschaft ist keine Welt für sich, die — einmal geschaffen — ihr Leben lebt eigengesetzlich und unabhängig von der Seele und dem Willen der Menschen, denen zu dienen sie bestimmt ist. Wirtschaft, ich sagte es schon, ist immer Volkswirtschaft. Das Volk ist aber nicht der Knecht seiner Wirtschaft, sondern ihr Herr! Es gestaltet seine Wirtschaft nach Maßgabe seiner Kräfte und seiner Fähigkeiten, nach Maßgabe seiner besonderen Bedürfnisse und volklichen Notwendigkeiten.

Wie es keine Wirtschaft als ewig gleichbleibendes Gebilde der Natur gibt, so gibt es auch kein ewig geltendes Gesetz des

Wirtschaftslebens, in deren Besitz man seinen Lauf nun ein für allemal vorher bestimmen könnte. Das haben die Wirtschaftswissenschaften des Kapitalismus und die marxistische Lehre lange genug geglaubt, und deshalb hat die Wirklichkeit sie auch so oft Lügen gestraft. Man kann innerhalb eines bestimmten und für eine bestimmte Zeit geltenden Wirtschaftssystems zur Erkenntnis typischer Beziehungen und auch gewisser gesetzmäßiger Tendenzen gelangen, niemals aber zu ewig geltenden Naturgesetzen der Wirtschaft. Das gibt es nicht und ist ein wissenschaftlicher Nonsens.

Ich habe zu Anfang auf den Unsinn der wirtschaftlichen Wertgesetze und ihre Folgen hingewiesen, und ich möchte diesen Punkt hier grundsätzlich unterstreichen, weil er später im Zusammenhang unserer Gedanken von Bedeutung ist. Der Führer selbst hat es in klarer und eindeutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Er sagte:

„Es gibt keine Doktrin. Im Laufe der Jahrtausende hat sich die Wirtschaftsform ununterbrochen gewandelt. Aber es liegt im Wesen der Menschen, daß sie in einer bestimmten Zeit nur zu leicht der Doktrin zuneigen, daß die diese Zeit bestimmende Wirtschaftsform die allein mögliche und die allein erträgliche ist; mit anderen Worten, daß die Menschheit einer Doktrin verfällt, die genau so schädlich ist wie vielleicht das Bekenntnis zur umgekehrten Doktrin schädlich sein könnte. Wir haben eine einzige Doktrin, nämlich die, daß es in der Wirtschaft keine Doktrin gibt."

Das sagte der Führer und traf damit das Entscheidende. Die Wirtschaft der zivilisierten Völker war immer, in jeder Phase ihres Daseins und in der Höhe ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe, das Produkt ihres schöpferischen Geistes; wenn ihre Organisation in unsoziale, überstaatliche und volkszerstörende Bahnen gelenkt wurde, dann war es die Schuld unfähiger Führer oder führender Schichten. Die Wirtschaft ist kein toter, ewig gleichbleibender Mechanismus, sondern sie hat ihre lebendige Geschichte, deren Träger der menschliche Geist und die menschliche Arbeit ist. Die patriarchalische Hauswirtschaft, die handwerklich gebundene Wirtschaft des Mittelalters, die arbeitsteilige Wirtschaft und die Gewerbefreiheit, das Zeitalter der Maschinen und der modernen Industrialisierung, sie lösten einander ab, weil menschlicher Geist und menschliche Organisation der Arbeit den Weg zu neuer Entwicklung gebahnt hatten.

Technik und geniale Organisation sind immer die Bahnbrecher der Wirtschaft gewesen. Wie stets in der Geschichte der Handel dem Schwerte kühner Eroberer folgte, so sind auch alle großen wirtschaftlichen Erschließungen und Konjunkturperioden der Völker durch den ihrer Zeit weit vorauseilenden Unternehmungsgeist wagemutiger Männer in Marsch gesetzt worden. Bedenken Sie, was ein Friedrich Krupp für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt bedeutet und was er ihr und darüber hinaus der deutschen Nation gegeben hat. Und soweit wir auch zurückblicken in unsere Geschichte: germanischem Erfindergenius, der der Natur ihre Geheimnisse entrang und mit der Fackel seines Geistes der Wirtschaft voranleuchtete, — und abenteuerlicher Unternehmungslust nordischer Seefahrer verdanken die weißen Rassen ihre jahrhundertelange wirtschaftliche Vormachtstellung in der Welt.

Immer waren es geniale Ideen und vorausschauende Tatkraft, die die Plattform geschlagen haben zu neuer Entwicklungsstufe der menschlischen Wirtschaft, auf der sie dann Fuß fassen und sich zu neuer Blüte entfalten konnte. Wirtschaftlicher Fortschritt aber bedeutet

fortschrittliche soziale Lebenskultur. Und auch hier waren es immer die Nationen, deren Männer vorangingen, auf neuen, nie beschrittenen Wegen, die ihren schaffenden Volksgenossen den Segen dieser Entwicklung, den Lebensstandard hoher Zivilisation und Kultur werden lassen konnten. Und wenn ich diese Gedanken zusammenfasse, dann ergeben sie einen fundamentalen Satz aller Volkswirtschaft, den ich so ausdrücken möchte: Das Lohn- und Lebensniveau einer Nation ist nichts anderes als das Produkt ihres eigenen Geistes und der Qualität ihrer schaffenden Menschen.

So ist es unzweifelhaft im ganzen und auf die Dauer gesehen. Aber auch der Wellenspiegel der Wirtschaft hat Ebbe und Flut. Das haben gerade jene, die Wirtschaft anderer Länder befruchtenden Völker, und voran die deutsche Nation, erfahren müssen. Was sie der Welt gaben, durch den genialen Aufbau höherer Stufen der Technik, fiel oft nach Jahrzehnten des wirtschaftlichen Aufschwungs schmerzlich auf sie zurück, wenn andere Völker und andere Erdteile folgten und wenn sie sich unsere technischen Fortschritte nutzbar und die Produktion unserer hochwertigen Industrieerzeugnisse in Selbstversorgung zu eigen machen konnten. Die Perioden der Exportblüte wurden abgelöst durch wirtschaftliche Depressionen, die bedingt waren durch eine Verlagerung und Angleichung der weltwirtschaftlichen Struktur. Wir wissen alle, wie dieser wirtschaftliche Strukturwandel in der Welt zum Mittel handelspolitischer Drosselung und oft genug zur politischen Waffe anderer Völker gegen uns wurde. Diese gefährliche weltwirtschaftliche Abhängigkeit seines nationalen Lebens beseitigt das nationalsozialistische Deutschland, indem es die liberalistische, kapitalistische Wirtschaftshülle abstreift und sie ersetzt durch ein aus seinem Organisationsgeist geborenes und seinem Leben entsprechendes neues Wirtschaftssystem.

Den Geist der Gemeinschaft, von dem es getragen ist, habe ich Ihnen nicht nur weltanschaulich, sondern auch in seiner inneren wirtschaftlichen Notwendigkeit zu erläutern versucht. Von außen gesehen ist es die Brotfreiheit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation, die wir durch die grundlegende Neugestaltung unserer Volkswirtschaft gewinnen wollen und gewinnen werden. Niemand wird erwarten, daß sich eine stärkere Umlagerung unseres wirtschaftlichen Schwergewichts auf den inneren Markt und seine wechselwirkende Durchorganisation von heute auf morgen bewerkstelligen läßt. Von der Erfindung notwendiger Ersatzrohstoffe bis zur wirtschaftlichen Großherstellung dieser Produkte bedarf es einer gewissen Zeit. Aber das Ziel werden wir erreichen. Es heißt keineswegs Lösung vom Welthandel und internationalen Güteraustausch. Das kann nicht entschieden genug gesagt werden. In dem Maße, in dem wir in der Lage sind, die Erzeugnisse unserer hochwertigen Qualitätsarbeit auszuführen, werden wir immer auch die Produkte anderer Völker einführen. Wir wollen lediglich unser Volk sichern vor den Wechselfällen politisch-wirtschaftlicher Situationen, die zu meistern wir im Notfall nicht in der Lage sein würden; eine Verantwortung, die eine zielbewußte Führung vor der Nation nicht tragen kann. Aber diese Selbsthilfe durch die Organisation nationaler Selbstversorgungsmöglichkeiten wird die deutsche Nation niemals verzichten lassen auf ihre stolze, schöpferisch-technische Tradition und ihre große kulturelle Aufgabe im Kreise der Völker! ...

... Wer bisher dem lächerlichen Irrtum verfallen war, daß die moderne Technik und der dadurch bedingte wirtschaftliche Fortschritt mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden sei, den werden die Tatsachen eines Besseren belehren. Der Nationalsozialismus befruchtet die Technik in einem bisher kaum vorstellbaren Maße. Denn er weiß,

daß es gerade die breite Masse der schaffenden Volksgenossen ist, deren wirtschaftliche Lage von der Stellung der Nation im internationalen Kraftfeld abhängig ist. Er weiß, wie unmöglich es ist, daß ein starkes, gesundes Volk, das sich vorwärtsentwickelt, technisch auf einer Stufe zurückbleibt, die seine schaffenden Menschen zu Sklaven anderer fortschrittlicherer Nationen werden läßt. Und deshalb macht er es den geistig führenden Schichten zur nationalen Pflicht, im Wettbewerb der Völker unaufhörlich den technischen Fortschritt für die breite Masse ihrer Volksgenossen zu erkämpfen.

Das Beglückende der schöpferischen Technik ist für den Nationalsozialisten der Ruhm der sozialen Leistung. Denn das Glück, das der Erfinder den Menschen bringt, ist die Erlösung aus Sorge und Not für Millionen, die im Räderwerk der nationalen Wirtschaft, jeder an seiner Stelle, in schwerer, gemeinschaftsbewußter Arbeit ihr Brot verdienen. Ihnen allen ihr Los zu erleichtern und sie teilhaben zu lassen auch an den Annehmlichkeiten des Lebens, das ist die große, erhabene Aufgabe des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts, für den der Nationalsozialismus so leidenschaftlich eintritt. Er läßt die Technik nicht zur Knechtschaft und zum Fluch werden für das schaffende Volk, sondern gibt ihm durch seine herrlichen, der Erholung dienenden Einrichtungen der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ wieder die Natur und die Freude an den Schönheiten des Vaterlandes zurück. So verstanden und dem Volke nutzbar gemacht, dient die Technik in höchster schöpferischer Synthese wieder der Natur, zu deren Bezwingung sie ausgezogen war, indem sie ihre unerschöpfliche Schönheit und Kraft auf höherer sozialer Stufe den schaffenden Volksgenossen wieder erschließt...

... Heute möchte ich aussprechen, was vielleicht vielen noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß der Nationalsozialismus auch auf dem Gebiete der Wirtschaft die Schwelle eines neuen Zeitalters überschritten hat: Eine Wende des Schicksals nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft!...

... Wir stehen mitten in einer wirtschaftsorganisatorischen Aufgabe von gewaltigem Ausmaß: Das deutsche Volk, das unter einer neuen großen Idee politisch geeint und zusammengefaßt ist, um den Marsch in eine neue Zukunft anzutreten, errichtet auf den Trümmern einer vergangenen Zeit ein neues Wirtschaftsfundament, das in seinem Umfange und in seiner Anlage der Größe jener neuen Wirtschaftsepoche gemäß ist, die vor ihm liegt, und in die es mit seinen neuentfalteten Kräften hineinzuwachsen im Begriff ist. Es ist die Wirtschaftsaufgabe, die uns das Schicksal gestellt und zum Wohle der Nation zu lösen für würdig befunden hat.

Dürfen wir vor der Größe dieser Aufgabe zagen? Dürfen wir zögern, den Fuß in dieses wirtschaftliche Neuland zu setzen, ohne den finanziellen Erfolg zahlenmäßig im voraus errechnen zu können? Dürfen wir an notwendige volkswirtschaftliche Investitionen auf weite Sicht, die für Millionen brachliegende Arbeitskräfte Arbeit und Brot schaffen, den Rechenstift kurzfristiger kapitalistischer Rentabilität anlegen? Wenn wir volkswirtschaftlich denken, wenn wir wirtschaftlich weitschauend denken, dürfen wir es nicht! Dürfen es nicht in einem so grundlegenden Aufbauabschnitt wie dem, in dem wir uns jetzt befinden. Denn auch da, wo „kapitalistische Rentabilität“ und Verzinsung zahlenmäßig nicht vorausberechenbar sind, kann das Vertrauen in die produktiven Kräfte, in die Qualität und Leistungsfähigkeit eines Volkes Kapitalaufwendungen rechtfertigen, ja wirtschaftlich notwendig machen, wenn sie dem Bau

einer Wirtschaftsapparatur dienen, in die eine im Aufstieg begriffene Nation hineinwächst. In einer solchen Periode stehen wir heute...

Aber woher nehmen sie das viele Geld für all diese Anlagen und Unternehmungen, wird man fragen, und diese Frage hört man ja heute nicht selten. Kapitalbildung und Auftragsvolumen müssen im Einklang miteinander stehen, sagt die kapitalistische Wirtschaftslehre, oder gemeinverständlich ausgedrückt, man kann auf die Dauer nicht mehr ausgeben als man verdient, nicht mehr anlegen als man erarbeitet und erspart, sonst müssen es die Nachfolgenden für uns sich absparen und wieder hereinbringen. In diesem Punkte allerdings stimmt das nationalsozialistische Wirtschaftsdenken mit der bisherigen wirtschaftlichen Auffassung überein. Auf die Dauer gesehen und für den Ablauf einer gesamten Konjunkturperiode ist es so. Aber ich darf daran erinnern, daß es auch von jeher ein Grundsatz des privatwirtschaftlichen Denkens gewesen ist, daß bei Beginn jeder Konjunktur ein kreditpolitischer Vorgriff auf die Zukunft nicht nur erlaubt, sondern sogar notwendig ist. Aber ist das, was bei uns geschieht, etwas anderes als ein ebenso berechtigter Vorgriff auf eine Konjunktur- und Wirtschaftsausweitung, die unsere steigende Wirtschaftskraft und wachsende nationale Stellung in der Welt naturnotwendig im Gefolge haben muß? Solange wir Ausgaben anwenden, um bisher brachliegende unproduktive Arbeitskräfte für die Nation produktiv zu machen, solange wir Geld ausgeben, um Leute zu Verdienern zu machen, die bisher nur Verzehrer waren, solange wir Geld ausgeben zur notwendigen wehrpolitischen Sicherung des Wirtschaftsraumes, in dem wir leben und von dem wir leben, solange wir Geld verwenden, um vorhandenen unfruchtbaren Boden zu kultivieren und ertragreich zu machen — solange ist die Finanzierung dieser Dinge der echteste wirtschaftliche Bedarf, den man sich überhaupt denken kann!...

Das nationalsozialistische Wirtschaftssystem hat nicht mit theoretischen Erörterungen begonnen, sondern mit praktischer Arbeit. Es ließ das Notwendige zur Tat werden. Der sichere Faktor in seiner Wirtschafts- und Rentabilitätsrechnung ist das Vertrauen in die produktiven Kräfte der wiedererstandenen Nation. Der Zuwachs dieser Kräfte ist unerhört groß, und diese Kräfte werden von einem starken Willen geführt. Wer darauf baut, steht fest und sicher. Was heute investiert wird, wird in der Zukunft tausendfältige Frucht tragen. Die gewaltigen Straßen und Ackerflächen, die Bauten und Anlagen, die heute geschaffen werden, werden noch in Jahrhunderten Zeugen eines kühnen und erfolgreichen Wirtschaftsdenkens sein. Könnten sie reden, sie würden vor unseren Nachfahren Zeugnis ablegen, um unendlich wieviel mehr sie sich bezahlt gemacht haben, als kleine Geister ihnen einst zugestehen wollten.

Die Lehre aber, die unserem Volke aus dieser Tat erwächst, wird einst — das ist meine Ueberzeugung — zur klassischen Theorie nationalsozialistischen Wirtschaftsdenkens werden. Dann wird man auf den Schulen und Universitäten etwa folgendes lehren:

„Dem kapitalistischen Wirtschaftsprinzip ‚Kapital muß erzeugen' setzte das nationalsozialistische Wirtschaftssystem damals die Wahrheit entgegen: ‚Arbeit schafft Arbeit'!"

Auch das Kapital ist nichts anderes als ersparter, nicht verzehrter Arbeitsertrag. Auch das Kapital ist ein Produkt der Arbeit. Es wurde durch Arbeit geschaffen, und daher ist es seine Bestimmung, auch wieder der Arbeit zu dienen. Ein System aber, das den Mißbrauch des Kapitals herausfordert, ja, überhaupt zur inneren Voraussetzung hat, nennen wir Kapitalismus.

Der Nationalsozialismus brachte den fundamentalen Grundsatz zum Durchbruch, daß die Wirtschaft kein Kapitalproblem, sondern ein Organisationsproblem ist.

Durch den konzentrischen Antrieb der wirtschaftlich notwendigen Investitionen, die zugleich der Arbeitsbeschaffung für Millionen von Volksgenossen dienen, erwachte die am Boden liegende Wirtschaft zu neuem Leben.

Aus dem Kapital wurden Löhne und Baustoffe, aus den Löhnen und Einkommen wiederum erwuchsen Kaufkraft und Nachfrage nach den Waren. Aus dem Bedarf an Waren und Baustoffen entstand neue Arbeit, neue Nachfrage, neues Einkommen, neues Kapital und neues Unternehmen. Aus der Arbeit erwuchs mehr Arbeit und aus vermehrtem Acker größeres Brot.

Das Geld wurde vom Selbstzweck zum Mittel. Und das Kapital, das damals aufgewendet wurde, diente nicht sich selbst, sondern dem Leben der Nation und ihrer Entfaltung, denen zu dienen seine Bestimmung ist.

Mit einem Wort: Damals hat das nationalsozialistische Wirtschaftsprinzip der „volkswirtschaftlichen Produktivität" das liberalistische Dogma von der „kapitalistischen Rentabilität" abgelöst und praktisch den wirtschaftlichen Aufstieg der Nation begründet. Es hat den Weg frei gemacht zu einer neuen Epoche wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs, zu neuer Blüte und Entfaltung abendländischer Kultur...

Zeigen wir uns würdig unserer großen Zeit und ihren Erfordernissen.

Man muß nicht nur kämpfen, um zu leben, sondern wir sind verpflichtet, Kämpfer zu sein, um innerlich frei und stark zu werden zu schöpferischer Leistung für das Leben unseres Volkes. Rechnen wir nicht, wo wir glauben müssen! Wägen wir nicht, wo wir wagen müssen! Handeln wir in gläubigem Vertrauen auf die Kraft unseres Volkes und den unsterblichen Geist der deutschen Nation!" —

Daß die nationalsozialistische Wirtschaftslenkung die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes steigerte, fand seinen Niederschlag und Beweis in dem stetigen Wachsen des Steueraufkommens. Die Einnahmen des Reiches waren im Rechnungsjahr 1935/36 um mehr als eine Milliarde höher als im Vorjahre. Gegenüber 1932 ist das Steueraufkommen um rund 3 Milliarden gestiegen, wie Staatssekretär Pg. Reinhardt am 5. Mai in seiner Eröffnungsrede zur Eröffnung der zweiten Reichsfinanzschule in Ilmenau erwähnte. *Entwicklung des Steueraufkommens* *Zweite Reichsfinanzschule in Ilmenau*

(Einen Monat später — am 5. Juni — wurde in Starnberg die Reichssteuerschule durch Pg. Reinhardt feierlich eröffnet.) *Reichssteuerschule Starnberg*

Vor dem Lehrgang der bereits oben erwähnten Reichsfinanzschule Ilmenau hielt Pg. Reinhardt im Juni einen Vortrag, in dem er über die Begriffe Steuern und Finanzbehörden folgende grundsätzliche Ausführungen machte: *Steuer- und Finanzbehörden*

„Die Ausgaben des Staates erfolgen einzig und allein um des seiner Führung anvertrauten Volkes willen. Die zur Bestreitung der Aus-

gaben erforderlichen Mittel müssen, soweit nicht dem Staat Einnahmen aus eigenem Vermögen zufließen, in Form von Steuern und sonstigen Abgaben auf die Glieder der Volksgemeinschaft umgelegt werden. Ohne Steuern kein Staat, und ohne Staat keine Daseins- und Entwicklungsmöglichkeiten des Volkes, des Berufsstandes, der Familie und der Einzelperson.

Der Staat, an den die Volksgenossen Steuern zahlen, ist ihr Staat. Der Staat stellt die Rechtsform dar, in der sich das Leben der Volksgemeinschaft und aller ihrer Glieder vollzieht. Jede Steuerzahlung geschieht durch den einzelnen Volksgenossen nicht fremder Interessen wegen, sondern mittelbar in jedem Fall um seiner selbst willen. Jeder Steuerpflichtige ist Glied der Volksgemeinschaft, die die Voraussetzung für sein persönliches Sein ist.

Steuerzahlen heißt nicht „Opfer bringen“ sondern einzig und allein seine Pflicht tun, die die Natur dem einzelnen um seiner selbst willen auferlegt, und deren Merkmale geregelt sind durch Gesetze des Staates.

Es steht nicht das Volk auf der einen und der Staat auf der anderen Seite, sondern es steht und lebt das Volk in seinem Staat.

Die Finanzbehörde ist eine Einrichtung dieses Staates, die niemand anderem dient als der Volksganzheit und mittelbar jedem einzelnen. Das Finanzamt steht den Steuerpflichtigen nicht gegenüber, sondern es ist das Amt des Steuerpflichtigen, das in letzter Schlußfolgerung um der Steuerpflichtigen selbst willen die Aufgaben erfüllt, die ihm das Gesetz vorschreibt. Der Finanzbeamte tut bei der Erfüllung seiner beruflichen Aufgaben ebenso wie der Steuerpflichtige bei der Erfüllung seiner steuerlichen Aufgaben nichts anderes als seine Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft und damit gegenüber sich selbst.“

Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen

Ueber neue Aufgaben der Reichsfinanzverwaltung, Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen, berichtete er, daß bisher gezahlt wurden:

600 000 Ehestandsdarlehen: 340 Millionen RM.,
190 000 Kinderbeihilfen: 75 Millionen RM.,
wodurch etwas mehr als eine Million Kinder bedacht wurden.

Staatssekretär Pg. Reinhardt berichtete ferner, daß ab 1. Juli 1936 auch laufende Kinderbeihilfen gezahlt werden — und zwar an alle Arbeitnehmer, deren Monatslohn den Betrag von 185 RM. nicht übersteigt, je 10 RM. für das fünfte und jedes weitere Kind unter 16 Jahren. Pg. Reinhardt betonte, daß auch diese laufenden Kinderbeihilfen, durch die zunächst 300000 bis 400000 Kinder bedacht werden, noch keine Verwirklichung der großen bevölkerungspolitischen Ziele auf dem Gebiete des Familienlastenausgleichs darstellen, sondern nur als Uebergangsmaßnahmen im Rahmen des augenblicklich finanziell Möglichen anzusehen sind. —

Neue Reichsanleihe

Ein sichtbarer Beweis der wirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands war auch wieder im Ergebnis der neuen Reichsanleihe zu erkennen. Am 22. Juni wurde bekanntgegeben, daß das Reich 700 Millionen 4,5prozentige auslosbare Reichsschatzanweisungen zum Kurse von

98,75 Proz. begibt, um diese Mittel den vom Reich übernommenen Aufgaben zuzuführen. Der „Völkische Beobachter“ schrieb darüber am 28. Juni:

„... Die finanzielle Seite der Arbeitsbeschaffung sieht, nüchtern betrachtet, so aus: Das Reich verschuldet sich zunächst kurzfristig bei der Reichsbank sowie am Geldmarkt und benutzt das ihm zur Verfügung gestellte Geld zur Bezahlung seiner Arbeitsbeschaffungsaufträge. Diese der Wirtschaft zugeleiteten Beträge dienen nicht vollständig dem laufenden Güterverbrauch, sondern Teile von ihnen schlagen sich, nachdem sie einen mehr oder weniger langen Weg zurückgelegt haben, in dreierlei Form nieder. Ein Teil fließt unmittelbar an das Reich zurück in Form von vermehrten Steuereingängen. Ein anderer Teil gelangt zu Kreditinstituten, indem die Unternehmer ihre Bankschulden tilgen oder das Geld vorübergehend auf Bankkonto stehen lassen, um erst zu einem späteren Zeitpunkt darüber zu verfügen. Diese Beträge kommen gleichfalls der Arbeitsbeschaffung in beträchtlichem Umfange zugute, da den Kreditinstituten hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, neben den Ausleihungen an die Wirtschaft Reichsschatzanweisungen oder Solawechsel der Deutschen Golddiskontbank zu erwerben. Die Deutsche Golddiskontbank wiederum verwendet den Erlös der Solawechsel, um der Reichsbank in entsprechendem Umfang Arbeitsbeschaffungswechsel abzunehmen. Schließlich werden die von der Arbeitsbeschaffung Begünstigten — und das ist der überwiegende Teil des deutschen Volkes — in die Lage versetzt, Rücklagen zu bilden. Um auch diese Ersparnisse heranzuziehen, legt das Reich von Zeit zu Zeit eine Anleihe auf, die zur Abdeckung der kurzfristig aufgenommenen Kredite dient.

Das Reich tut also im Grunde dasselbe wie derjenige, der sich ein Haus bauen will. Es borgt sich, um bei diesem Bilde zu bleiben, soweit die eigenen Mittel nicht ausreichen, zunächst bei einer Bank das Geld zur Bezahlung der Bauhandwerker und Lieferfirmen, um nach Fertigstellung des Baues eine Hypothek aufzunehmen und deren Gegenwert zur Abdeckung des Bankkredits zu verwenden. Zwar ist dem Reiche die Zusicherung der Darlehnshingabe auf längere Zeit nicht wie bei einem privaten Hausbau vorher gegeben worden. Das ist auch nicht notwendig, weil das Reich unbedingt auf die Unterstützung des Volkes, dem es zu Arbeit und Brot, Ehre und Ansehen verholfen hat, bei der Durchführung seiner vordringlichen Gemeinschaftsaufgaben rechnen kann. Würde die Reichsregierung auf die Ausgabe von längerfristigen Reichsanleihen und Schatzanweisungen verzichten, so wäre die Folge, daß die aus der Arbeitsbeschaffung gebildeten Ersparnisse in andere Anlagen gehen würden, die sich später leicht als Fehlinvestitionen erweisen könnten. Gleichzeitig müßte die öffentliche Arbeitsbeschaffung eingeschränkt werden. Das ist der Grund, weshalb die sonstigen Ansprüche an die erfreulich gestiegene, wenn auch teilweise noch geringe Sparkraft des Volkes nach Möglichkeit begrenzt werden. Würde man den Kapitalmarkt sich selbst überlassen, so würden z. B. vielleicht mehr Luxuswohnungen gebaut werden, auf der anderen Seite müßte aber auf die dringend notwendigen Kleinwohnungen und Siedlungen und die zur Selbstbehauptung notwendigen Verteidigungsanlagen verzichtet werden...“

Und Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht sagte am 8. Juli in Dortmund in einer Sitzung der Wirtschaftskammer für Westfalen und Lippe:

„In diesem Kreise darf ich besonders betonen, daß es letzten Endes nur zwei Wege für die Finanzierung staatlicher Aufgaben gibt, und zwar entweder Steuern oder Anleihen. Die bisher verfolgte Methode der Anleihebegebung verteilt die Lasten auf eine Reihe von Jahren und vermeidet eine rigorose Anspannung von Steuern, die die Industrie natürlich in erster Linie treffen würden. Ich glaube, daß ich Ihrer vollen Zustimmung gewiß bin, wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß die gewerbliche Wirtschaft auch auf diesem Felde ihr Interesse erkennen und ihre Pflicht tun wird."

Kurze Zeit nachher konnte das erfreuliche Ergebnis festgestellt werden, daß die Reichsanleihe um einige Millionen überzeichnet worden war.

Gesetz über Hypothekenzinsen

Die Reichsregierung hielt den Zeitpunkt für gekommen, um einen weiteren Schritt in der Frage der Zinssenkung zu unternehmen. Nachdem die Zinssenkungsaktion des Jahres 1935 (siehe Band 1935, Seite 121 bis 125) erfolgreich verlaufen war, beschloß die Reichsregierung das „Gesetz über Hypothekenzinsen" vom 2. Juli, das sich nun auch an die Gläubiger der freien Hand, die den Zins ihrer Hypotheken noch nicht ermäßigt hatten, wendete, um eine freiwillige Zinsherabsetzung auf einen angemessenen Satz in entsprechender Weise zu erreichen. —

Gesetz zur Aenderung des Finanzausgleichs

Urkundensteuergesetz

Von den finanzpolitischen Maßnahmen der ersten Jahreshälfte seien ferner erwähnt das „Gesetz zur Aenderung des Finanzausgleichs" vom 30. März, das die Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Ueberweisungssteuern (Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer) einer Neuregelung unterzog, und das „Urkundensteuergesetz" vom 5. Mai, das an die Stelle von 15 verschiedenen Landesgesetzen betr. die Urkundensteuer ein einheitliches Reichsgesetz setzte, nach dem auch diese Steuern endlich im ganzen Reiche nach den gleichen Steuersätzen erhoben werden. —

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands fand nicht zuletzt seinen eindeutigen Beweis in der siegreichen Weiterführung der Arbeitsschlacht: Die Zahl der Arbeitslosen hatte Ende November 1935 1985000 betragen (siehe Band 1935, Seite 363) und war entsprechend der winterlichen rückläufigen Konjunktur und insbesondere wegen des damals herrschenden Frostes bis zur Jahreswende auf 2506806 angewachsen. Trotzdem lag sie damit um etwa 100000 unter der Jahreswende 1934/35! Während des verhältnismäßig milden Januar stieg die Zahl nur noch um wenige Tausend auf 2520000 und war damit am Monatsende um 453000 niedriger als im Vorjahre um die gleiche Zeit. Bis zum Ende des Februar (der im wesentlichen eine ungünstige Witterung hatte) sank die Zahl dennoch auf 2516000, im März um über eine halbe Million auf 1937000,

und Ende April belief sich die Arbeitslosenziffer nur noch auf 1763074. (Diese Ziffer liegt um fast eine halbe Million unter der Ziffer Ende April 1935, obwohl auch die Zahl der Notstandsarbeiter in der gleichen Zeit um 150000 gesunken war, so daß der Unterschied eigentlich mit 650000 beziffert werden müßte.) Im Mai sank die Arbeitslosenzahl wiederum um mehr als eine Viertelmillion und belief sich am Monatsende auf 1491201. Damit war der günstigste Stand des Vorjahres (1706000 am 31. August 1935) um 200000 unterschritten! Die Zahl sank dann bis Ende Juni auf 1314000 und bis Ende Juli auf 1170000!

Besonders erfreulich war die Tatsache, daß der Rückgang dieser Ziffern besonders stark in den industriellen Bezirken der Landesarbeitsämter Brandenburg, Rheinland und Sachsen zu verzeichnen war. So war endlich auch in Berlin die Arbeitslosigkeit auf weniger als ein Viertel des am 30. Januar 1933 übernommenen Bestandes herabgesunken.

Fragen des Arbeitseinsatzes und des Mangels an Facharbeitern

Die siegreiche Arbeitsschlacht kam auch immer stärker in der Tatsache zum Ausdruck, daß nach und nach ein fühlbar werdender Mangel an Arbeitskräften auf verschiedenen Gebieten, insbesondere an Facharbeitern einsetzte. Diese Tatsache findet ihre Beleuchtung in einer Anordnung, die der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 25. Juni erlassen mußte, in der im Interesse eines geregelten Arbeitseinsatzes verfügt wurde, daß der Bedarf an Arbeitskräften für öffentliche Bauten größeren Umfanges (d. h. wenn sie mehr als 25000 RM. Arbeitslöhne erfordern) sowohl unmittelbar nach der Beschlußfassung als auch vier Wochen vor Beginn der Arbeit anzuzeigen ist.

Einkommenszahlen

Der wirtschaftliche Aufstieg ist aber auch aus einer Gegenüberstellung der Lohn- und Gehaltssummen seit der nationalsozialistischen Revolution zu ersehen. Vergleich man das Einkommen des ersten Vierteljahres 1936 mit den vorhergehenden Jahren, so ergab sich folgendes Bild:

1. Vierteljahr 1933: 6,05 Milliarden RM.,
1. Vierteljahr 1934: 6,95 Milliarden RM.,
1. Vierteljahr 1935: 7,65 Milliarden RM.,
1. Vierteljahr 1936: 7,85 Milliarden RM.

Das ergibt eine Steigerung von 30 %!

Zahlen der Industrieerzeugung und Ausfuhr

Diesem Aufstieg entsprach auch die Entwicklung in der deutschen Industrie. Verglich man die Produktion, d. h. den Wert der industriellen Erzeugung, der ersten fünf Monate des Jahres 1936 mit den entsprechenden Monaten der Vorjahre, so ergaben sich folgende Zahlen:

1933: 15,5 Milliarden RM.,
1935: 23,5 Milliarden RM.,
1936: 26,5 Milliarden RM.

Und erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß hierbei der Wert der Ausfuhr ins Ausland um 15% höher lag als im Vorjahre (1935).

Reichshandwerkertag

Auch im deutschen Handwerk war eine stetig aufsteigende Entwicklung zu verzeichnen, was auch auf dem Reichshandwerkertag in Frankfurt a. M. (6. bis 10. Juni) und der gleichzeitig dort durchgeführten Internationalen Handwerkerkonferenz zum Ausdruck kam.

Hauptamt für Handwerk und Handel

Bei dieser Gelegenheit sei die am 21. Februar in der Presse veröffentlichte Anordnung über das „Hauptamt für Handwerk und Handel" angeführt:

„Mit Genehmigung des Stellvertreters des Führers ergeht folgende Anordnung:

1. Das Hauptamt für Handwerk, Handel und Gewerbe (NS.-Hago) führt in Zukunft die Bezeichnung: Hauptamt für Handwerk und Handel.

Im Rahmen der Reichsleitung gehört es zum Dienstbereich des Reichsorganisationsleiters; bei den Gauleitungen untersteht die Hauptstelle für Handwerk und Handel den Gauleitern; in den Kreisen und Ortsgruppen ist der Aufgabenkreis des Hauptamtes für Handwerk und Handel durch Parteigenossen, die ehrenamtlich als Berater der Hoheitsträger tätig sind und auch keine hauptamtlichen Mitarbeiter haben dürfen, wahrzunehmen.

2. Der Leiter des Hauptamtes für Handwerk und Handel betreut weltanschaulich im Auftrage des Reichsorganisationsleiters die Reichsbetriebsgemeinschaften 17 und 18 der Deutschen Arbeitsfront. In den inneren Dienstbetrieb der Reichsbetriebsgemeinschaften darf er aber nicht eingreifen. Für die Propaganda, Schulungs- und Pressetätigkeit gelten die Anweisungen des zuständigen Hoheitsträgers bzw. der von ihm beauftragten Amtsleiter.

Das gleiche gilt sinngemäß für das Verhältnis in den übrigen Hoheitsbereichen. Es betreut z. B. der Fachbearbeiter für Handwerk und Handel bei einer Gauleitung die Betriebsgemeinschaften 17 und 18 über den Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront.

Dem Leiter des Hauptamtes für Handwerk und Handel und seinen Organen bei den Hoheitsträgern der Partei ist Gelegenheit zu geben, sich vor Besetzung von Stellen in den Reichsbetriebsgemeinschaften 17 und 18 zu den personellen Vorschlägen der Gau-, Kreis- und Ortsgruppenwalter der Deutschen Arbeitsfront zu äußern.

Die Vertretung wirtschaftlicher Einzelinteressen ist nicht Aufgabe des Hauptamts für Handwerk und Handel und seiner Dienststellen.

gez. Dr. Robert Ley."

Reichsbetriebsgemeinschaft 18 „Das deutsche Handwerk"

— außerdem die in der Presse am 23. August veröffentlichte Anordnung des Reichsleiters Pg. Dr. Ley, nach der diese obenerwähnte Reichsbetriebsgemeinschaft 18 die Bezeichnung „Das deutsche Handwerk" erhielt. Als Aufgaben dieser Reichsbetriebsgemeinschaft bezeichnete die Anordnung:

1. Berufsschulung;
2. Bildung der Betriebsgemeinschaft, Schaffung und Erhaltung des Wirtschaftsfriedens, Ausgleich und alleinige Vertretung der berechtigten Interessen ihrer Mitglieder;
3. die Deutsche Arbeitsfront umfaßt wiederum als alleinige Organisation Betriebsführer und Gefolgschaft;
4. Vorschlag zu den Vertrauensräten und
5. alleinige soziale Betreuung jeglicher Art.
   Hierunter fällt:
   a) „Kraft durch Freude",
   b) Gesunderhaltung,
   c) Einbeziehen aller Handwerker in unser großzügiges Selbsthilfewerk, um sie vor der Not im Beruf und im Alter zu schützen, Erhaltung von selbständigen Existenzen und Neugründung derselben. Deshalb bilden die Berufsschulung der Lehrlinge, der Reichsberufswettkampf, Fortbildung des Gesellen in Verbindung mit Gesellenwandern, Hergabe von Darlehen zur Gründung einer Existenz als Meister und Meisterkurse eine unlösbare Einheit, die wir besonders pflegen wollen (die staatlichen Aufgaben werden hiervon nicht berührt),
   d) in Verbindung mit der Sicherung und Gründung einer selbständigen Existenz eine planmäßige und großzügige Ansiedlung des Handwerks.
6. Das gesamte öffentliche Auftreten bei politischen Kundgebungen und Veranstaltungen ist Angelegenheit der NSDAP. Damit ist für das deutsche Handwerk hierzu nur die Deutsche Arbeitsfront als ein der NSDAP. angeschlossener Verband berechtigt. —

Das pulsierende Leben in der deutschen Wirtschaft zeigt sich besonders aber auch in den unvergänglichen Werken der Jahre seit 1933, den fertiggestellten gewaltigen Bauten als Zeugen einer großen Zeit. Erinnert sei an die Ordensburgen, die im vorhergehenden Abschnitt behandelt wurden. Erinnert sei an die 1000 km Reichsautobahnen, deren Fertigstellung das Bauprogramm 1936 vorsah. 1000 Kilometer Reichsautobahnen

Am 23. April konnte der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Pg. Dr. Todt, die gewaltige neue Elbbrücke bei Dömitz dem Verkehr übergeben, die in knapp zwei Jahren geschaffen worden war. Ein 1 km langer Damm führt auf der mecklenburgischen Seite zur Brücke hinauf, die dann (9 m breit) in einer Länge von 960 m die Elbe und ihr Ueberschwemmungsgebiet überspannt (die Schiffahrtsöffnung ist 153,8 m breit). Elbbrücke bei Dömitz

Am 8. Juli nahm der Reichsstatthalter und Gauleiter Pg. Sprenger die Weihe und Eröffnung des neuen Flug- und Luftschiffhafens Rhein—Main in Frankfurt a. M. vor. Auf seine telegrafische Meldung antwortete der Führer mit folgendem Telegramm: Flug- und Luftschiffhafen Frankfurt a. M.

„Für die Meldung von der Eröffnung des Flug- und Luftschiffhafens Frankfurt/Main dankend, spreche ich Ihnen meine besten Wünsche für eine gute Weiterentwicklung dieses neuen europäischen Verkehrsmittelpunktes in Deutschland aus. Möge die durch die erfolgreichen Fahrten des „Graf Zeppelin" und des „Hindenburg" so hoffnungsvoll begonnene

neue Luftschiffverbindung mit dem amerikanischen Kontinent der Ausgangspunkt werden für ein erweitertes Netz der Luftfahrt im Dienste des völkerverbindenden Verkehrs.

Mit deutschem Gruß Adolf Hitler."

Erste Teilstrecke der Berliner Nord-Süd-Bahn

Am 27. Juli — noch rechtzeitig vor Beginn der Olympischen Spiele — konnte die erste Teilstrecke der Berliner Nord-Süd-Bahn, eine Tunnelstrecke, dem Verkehr übergeben werden. —

Wohnungsbau

Neben großen öffentlichen Bauten, Straßenbauten, Bahnen usw. zeugte die Errichtung zahlreicher Wohnungen und Siedlungen von der wirtschaftlichen und sozialen Arbeit des nationalsozialistischen Reiches.

Gesetz zur Uebernahme von Reichsbürgschaften

Durch das „Gesetz zur Uebernahme von Reichsbürgschaften" vom 4. Februar wurden die bisherigen Maßnahmen auf diesem Gebiet (siehe Band 1935, Seite 138) folgerichtig weitergeführt und die Bürgschaftsermächtigung, die bisher auf 150 Millionen gelautet hatte, auf 250 Millionen erhöht. Die bis zu diesem Zeitpunkt mit Reichszuschüssen erbauten Wohnungen beliefen sich bereits auf rund 75 000. Zur Begründung des neuen Gesetzes schrieb der „Reichsanzeiger" am 8. Februar:

„Der Höchstbetrag der jeweiligen Bürgschaftsverpflichtungen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde nach dem bisherigen Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930... im Reichshaushaltsgesetz festgestellt. Für das Rechnungsjahr 1935 ist der Höchstbetrag durch das Gesetz über die Haushaltsführung im Reich vom 29. März 1935... auf 150 Mill. RM. festgestellt worden. Dieser Betrag ist erschöpft.

Eine Einstellung der Reichsbürgschaftsmaßnahmen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues ist bis auf weiteres ausgeschlossen, da die Bürgschaftsübernahme durch das Reich einen wichtigen, ständig wachsenden Anreiz zur Begebung nachstelliger Hypotheken bietet. Es ist daher unerläßlich, über den bisherigen Betrag hinaus weitere Bürgschaften zunächst bis zu einem Gesamthöchstbetrag von 250 Mill. RM. in Aussicht zu nehmen. Gleichzeitig wird durch die Neufassung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 künftig der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister den Höchstbetrag solcher Bürgschaften festzusetzen, so daß die Festsetzung durch das Reichshaushaltsgesetz, die mit Schwierigkeiten verbunden war, fortfällt.

Gesetz zur Aenderung der Vorschriften über die Steuerbefreiung des Neuhausbesitzes

Außerdem verlängerte das „Gesetz zur Aenderung der Vorschriften über die Steuerbefreiung des Neuhausbesitzes" vom 2. April die Frist, innerhalb deren Kleinwohnungen bezugsfertig sein müssen (und zwar bis zum 31. März 1937 bzw. bis zum 31. Mai 1937, sofern sie bis zum 31. Dezember im Rohbau vollendet waren), um von der Steuer befreit zu sein.

Volkswohnungen

Für den Bau von Volkswohnungen wurden außerdem in der zweiten Jahreshälfte weitere 36 Millionen aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt (nachdem bereits im Jahre 1935 48 Millionen bereitgestellt worden waren).

Neben dem Bau von Kleinwohnungen wurde auch die Errichtung der Kleinsiedlungen zielbewußt weiter gefördert. Eine neue Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 21. April faßte die Verwaltungsvorschriften über die Förderung der Kleinsiedlung einheitlich zusammen und erleichterte gleichzeitig die Durchführung der Siedlungsbauten. U. a. sei erwähnt, daß Zusatzdarlehen für Kinderreiche und Schwerkriegsbeschädigte eingeführt wurden. Außerdem wurden im Laufe des Jahres weitere 80 Millionen zur Fortführung der Kleinsiedlung vom Reiche zur Verfügung gestellt. Kleinsiedlungen

Eine weitere Erleichterung für den Wohnungs- und Siedlungsbau brachte am 30. September das „Gesetz über die Zahlung und Sicherung von Anliegerbeiträgen", das die Stundung dieser Beiträge in Form einer „Anliegerrente" ermöglichte. Gesetz über die Zahlung und Sicherung von Anlieger-beiträgen

Von wesentlicher Bedeutung wurde auch die Reichstagung des Reichsheimstättenamtes (24. bis 27. Oktober in Würzburg), wo bekanntgegeben wurde, daß die Vorbereitungsarbeiten für das im Jahre 1939 beginnende große Siedlungsprogramm dem Reichsleiter der DAF. übertragen ist, und wo Pg. Dr. Ley mitteilte, daß die Deutsche Arbeitsfront beim Siedlungsbau die zweite Hypothek übernehmen wird. Reichstagung des Reichsheim-stättenamtes

Der Betreuung aller Heimstättensiedler dient der „Deutsche Siedlerbund e. V.", dessen Leitung der Leiter des Reichsheimstättenamtes, Pg. Dr. Ludowici, im Sommer 1936 selbst übernahm. Im November teilte der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß allen Länderregierungen mit, daß der Deutsche Siedlerbund die alleinige Vereinigung aller deutschen Heimstätten- und Eigenheimsiedler ist. — Die erste deutsche Reichssiedlerschule wurde am 15. Juni in Erlangen durch Pg. Dr. Ley ihrer Bestimmung übergeben. Deutscher Siedlerbund; Erste deutsche Reichssiedler-schule

Um den Wohnungs- und Siedlungsbau auch einheitlich, schön und sinnvoll nach den Gegebenheiten der Landschaft, der Verkehrslage, der Versorgung usw. zu gestalten, hatte die „Verordnung über die Regelung der Bebauung" vom 15. Februar an Stelle einer planlosen unbeschränkten „Baufreiheit" die Möglichkeit geschaffen, daß die zuständigen Behörden die Bautätigkeit nach vernünftigen, einheitlichen Richtlinien lenken. — Ein Runderlaß des Reichsarbeitsministers über die Regelung des Anbaues an Verkehrsstraßen (vom 8. September) forderte, daß Durchgangsstraßen außerhalb bebauter Ortsteile von jeder Bebauung freizuhalten sind, da Verkehrsstraßen keine Baulanderschließungsstraßen sein dürfen, wenn nicht sowohl für die Siedlung wie für den Verkehr große Gefahren entstehen sollen. — (Schließlich sei noch die „Verordnung über die Zulässigkeit be- Verordnung über die Regelung der Bebauung; Runderlaß über die Regelung des Anbaues an Verkehrsstraßen; Verordnung über die Zulässigkeit befristeter Bausperren

fristeter Bausperren" vom 29. Oktober erwähnt, die der Sicherung öffentlicher Bauten dienen sollte.) —

Der Wohnungsbau in einzelnen Teilen des Reiches

So sorgte das Deutschland Adolf Hitlers sowohl für die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Wohnungsbaues wie auch für seine sinnvolle Durchführung. In allen Teilen des Reiches war eine rege Bautätigkeit festzustellen. Aus der Fülle der Beispiele sei erwähnt: (Ostpreußen) Nachdem das Wohnungsbauprogramm Ostpreußens für das Jahr 1935 (10 000 Wohnungen) mehr als erfüllt und 13 370 Wohnungen in diesem Jahre erstellt worden waren, nahm das Bauprogramm 1936 erneut 10 000 Wohnungen in Angriff. — (Kriegsopfersiedlung) Am 6. Januar konnte auch in Westfalen (in Salzkotten bei Paderborn) die erste Kriegsopfersiedlung feierlich eingeweiht werden. — (Saargebiet) In Saarbrücken waren bis zum März bereits 1000 neue Wohnungen geschaffen worden. Und zur Bekämpfung der Wohnungsnot im Saargebiet, das ja erst im Vorjahre wieder mit dem Reiche vereinigt worden war, errichtete der Gauleiter Pg. Bürckel im August die Stiftung „Kampfgemeinschaft zur Beseitigung der Elendswohnungen im Gau Saar-Pfalz".

Vorbereitung und Durchführung des großen deutschen Siedlungsprogrammes

Hauptamtsleiter Pg. Dr. Ludowici machte am 14. Mai grundlegende Ausführungen über Vorbereitung und Durchführung des großen deutschen Siedlungsprogramms (NSK., Folge 111). Ausgehend von einer Rede Adolf Hitlers brachte er zum Ausdruck, daß die vom Führer in Angriff genommene Schaffung von Tausenden und aber Tausenden gesunder Arbeiterwohnungen und -siedlungen ein Denkmal darstellen werde, das mehr bedeutet als Denkmäler der üblichen Form. In dem grundlegenden Aufsatz heißt es:

„... Es liegt auf der Hand, daß ein so großzügiges Siedlungswerk, das in fast sämtliche Beziehungen der Wirtschaft, des Städtebaues, der Landesplanung und besonders des Wohnungsbaues eingreift, und das andererseits unmittelbar Anschluß finden muß an das andere große nationalsozialistische Werk, der Reichsautobahnen und des Straßenbaues, gründlich und auf lange Sicht vorbereitet und geplant werden muß, falls der wirtschaftlich, sozial und völkisch erstrebte Erfolg erreicht und Rückschläge ausgeschaltet werden sollen.

Die Durchführung der für dieses Siedlungswerk erforderlichen Vorbereitungen sind daher schon heute in technischer und organisatorischer Hinsicht im Gange und von Dr. Ley dem Reichsheimstättenamt übertragen worden. Das Reichsheimstättenamt verfügt schon aus einer mehr als zweijährigen Arbeit über umfangreiche Erfahrungen in allen für das Siedlungswerk wichtigen Fragen und hat Vorarbeiten geleistet, besonders durch die Schulung geeigneter fachlicher Mitarbeiter, die Auswahl und Erprobung geeigneter Typen für den Siedlungs- und Arbeiterwohnstättenbau, die Entwicklung des praktischen Verfahrens und die Auslese der geeigneten Siedler. Auch die Sicherung der Wirtschaftlichkeit, insbesondere der zu schaffenden Siedlerstellen, durch die Planung von Gartenbau und Tierhaltung ist durch dieses Amt der Deutschen Arbeitsfront bereits in der Praxis bei Tausenden der bisher geschaffenen Stellen erprobt worden.

Die neu zu schaffenden Siedlungen werden im großen Umfang das Gesicht der deutschen Landschaft bestimmen. Im Gegensatz zu der bisher beim Durchschnitt der Bauvorhaben üblichen schematischen Parzellierung ist es daher unsere besondere Aufgabe, im Zusammenhang mit richtiger Standortwahl und Einfügung in die Landschaft für eine lebendige Gestaltung der neuen Ortsbilder und für die Entstehung wirklicher Gemeinden im Sinne der Volksgemeinschaft durch die Betonung von Gemeinschaftsanlagen und Ortskern Voraussetzungen zu schaffen. Freilich können wir diese neuen Gemeinden nicht allmählich wachsen lassen, wie das gerade bei den schönsten Vorbildern guter alter Städte und Dörfer der Fall war, sondern müssen im Rahmen des neuen großen Werks durch Planung und Einführung in Landschaft, Verkehrsbeziehung und Raum unter Verwendung guter Baukörper und Baugruppen diesen Vorbildern nahezukommen suchen. Sobald in wenigen Jahren Baumbestand, Gärten und Hecken in den neuen Siedlungen herangewachsen sind, werden sie nicht nur ihrem wirtschaftlichen und sozialen Zweck dienen, sondern auch als neuer Typ in Städtebau und Dorfbildung den Vergleich mit dem guten Vorbild aushalten.

Schließlich kommt es darauf an, daß das einzelne Arbeiterwohnhaus und die einzelne Siedlerstelle bei gutem Raumprogramm, das auch der kinderreichen Familie genügend Wohnfläche bietet, die finanzielle Belastung so niedrig wie möglich bleibt und den örtlichen Lohnverhältnissen angepaßt wird. Mittelbeschaffung und Finanzierung werden daher bei wesentlicher Vereinfachung der heutigen Formen besondere Lösungen erfordern.

Auf allen diesen Gebieten hat das Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront einmal durch die unmittelbar im Auftrage der Deutschen Arbeitsfront geschaffenen Siedlungen und sodann durch Betreuung und Mitwirkung bei einer großen Zahl von Siedlungen von anderen gemeinnützigen Siedlungsträgern, insbesondere der „Gehag" und den „Deutschen Heimstätten" und den Wohnungsbaugenossenschaften, heute ein großes Maß von Erfahrung erworben. Wenn Ende dieses Monats der zweite Abschnitt der im Aachener Revier erstellten Siedlungen der Arbeitsfront den Siedlern übergeben wird, für die neben dem pfälzischen, dem Saarprogramm und den schlesischen Siedlungen wegen der Notlage dieser Gebiete von Dr. Ley besondere Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt wurden, ist Anlaß gegeben, sich über das bisherige Werk Rechenschaft abzulegen, das den Auftakt und die Vorbereitung zum größten Programm bildet.

Bis zum Beginn dieses Jahres ist der Umfang der von Gauheimstättenämtern der Deutschen Arbeitsfront bearbeiteten Siedlerstellen rund 100000, von denen mehr als ein Drittel bereits ihren Besitzern übergeben werden konnte. Sobald das Siedlungsprogramm in vollem Umfang einsetzt, wird sich die jährliche Ziffer auf ein Vielfaches erhöhen. Wir können über das zahlenmäßige Programm heute nur dadurch einen Maßstab geben, daß wir von der Zahl der jährlich zu schaffenden Wohneinheiten ausgehen, die zwischen 300000 und 400000 Einheiten liegen muß und wird. Der Sinn des Siedlungswerkes liegt darin, den an und für sich in Deutschland vorhandenen Wohnungsbedarf in denkbar größtem Umfang durch Siedlerstellen und Kleineigenheime zu befriedigen und an Stelle der Mietskaserne, die das Kennzeichen der Vergangenheit gewesen ist, den Eigenbesitz von Haus und Grund in denkbar größtem Umfang für die werkstätigen Volksgenossen zu setzen.

Mit dieser Bauaufgabe ist aber das Werk nicht vollendet. Ebenso, wie es mit der Siedlerauswahl der geeigneten Stammarbeiter und der

geeigneten Siedler aus anderen Schichten beginnt, so findet es seine Vollendung erst in der Betreuung und Erziehung der neuen Siedler und Besitzer durch den von der Bewegung für diesen Zweck geschaffenen Deutschen Siedlerbund.

... So ist es der Sinn des nationalsozialistischen Siedlerwerkes, die ungesunde soziale Struktur, die der Liberalismus hinterlassen hat und durch die zwei Drittel der deutschen Berufstätigen vollkommen vom Boden gelöst wurden, zu heilen. Es handelt sich darum, wieder ein gesundes Verhältnis herzustellen und die Werktätigen neben dem Bauern zu einem bodenständigen Stand zu machen, der in der Heimat wurzelt und in seinen Daseinsgrundlagen gefestigt ist."

Reichsstelle für Raumordnung

Diese Baupläne in den gesamten Raum des Reiches sinnvoll einzufügen — die Aufgabe, unseren Gesamtraum planvoll zu bewirtschaften —, mit anderen Worten: die „Reichsplanung" — ist Aufgabe der im Jahre 1935 geschaffenen „Reichsstelle für Raumordnung" (siehe Band 1935, Seite 62 bis 63, 366 bis 367). Eine gemeinsame Tagung (am 27. Januar) der Reichsstelle unter Reichsminister Kerrl und des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter Reichsminister Rust diente der Einbeziehung der Wissenschaft in die Aufgaben der Reichsplanung (nachdem zu diesem Zwecke bereits durch gemeinsamen Erlaß vom 16. Dezember 1935 die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung" ins Leben gerufen worden war, zu deren Obmann der Reichsminister Rust den Professor Dr. Konrad Meyer ernannt hatte).

Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung

Erste Verordnung zur Durchführung der Reichs- und Landesplanung

Am 15. Februar erließ Reichsminister Kerrl die „Erste Verordnung zur Durchführung der Reichs- und Landesplanung", in der die „Planungsräume" festgelegt, die „Planungsbehörden" (Reichsstatthalter, Oberpräsident) und die „Landesplanungsgemeinschaften" (zur Leistung der Planungsvorarbeiten und zum Ausgleich entgegenstehender Interessen) bestimmt und das Arbeiten des gesamten Apparates näher dargelegt wurden. Die Grundsätze, nach denen verfahren wurde (siehe „Völkischer Beobachter", 20. Februar), lauten:

1. Nur größere Landschaftsräume können den nötigen Ueberblick und die erforderliche Ausgleichsmöglichkeit bieten.

2. Die Weitergabe der von der Reichsstelle für Raumordnung aufzustellenden großen Richtlinien und die Durchsetzung der Planung muß in der Hand der zentral ausgerichteten staatlichen Verwaltung liegen.

3. Alle vorbereitende Tätigkeit für die Planung mit dem Ziele einer Verständigung der Beteiligten ist durch eine Gemeinschaft, die alle Kräfte der Landschaft umfassen soll, zu leisten. Sie muß unter Aufsicht und Mitwirkung des Staates arbeiten und in enger Verbindung mit der Verwaltung stehen.

4. Die planerische Einzelarbeit muß möglichst nahe an die Landschaftszelle, d. h. an die Gemeinde, herangelegt werden; jeder Zentralismus ist zu vermeiden.

3. Abschnitt:

Deutsche Außenpolitik im Zeichen der Rheinlandbefreiung

Der März des Jahres 1935 hatte die Wiedereinsetzung Deutschlands in seine Hoheitsrechte im Saargebiet und die Schaffung der deutschen Wehrfreiheit gebracht. Der März 1936 brachte die Befreiung des Rheinlandes! In diesen Etappen spiegelt sich der zielbewußte Weg Adolf Hitlers zur Wiederherstellung der deutschen Ehre, der deutschen Freiheit, der deutschen Gleichberechtigung. Nationalsozialistische Außenpolitik

Deutschlands Innen- und Außenpolitik zeigen eine einzigartige Zielstrebigkeit und Einheitlichkeit. Nahtlos schließt sich seit 1933 ein Jahr dem anderen an — Glieder einer Kette, die, anknüpfend an das beste Erbgut preußisch-deutscher Geschichte in revolutionärer Umwertung und evolutionärer Neugestaltung geschmiedet wird: Jahresetappen auf dem Wege zum Dritten Reich der Deutschen.

Nahtlos fügt sich seit 1933 das außenpolitische Wirken und Wollen eines Jahres an das folgende. Im ersten Jahr: Festlegung der Grundsätze der künftigen deutschen Außenpolitik — Verständigung, Gleichberechtigung, Friede und Freiheit — Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz. Im zweiten Jahr: Verständigungspakt mit Polen — Vorbereitung der Saarrückgliederung — die Politik der offenen Hand. Im dritten Jahr: Heimkehr des Saarlandes ins Reich — Wiedererlangung der Wehrfreiheit — das Deutsch-englische Flottenabkommen als neuer Beweis der nationalsozialistischen Friedens- und Verständigungspolitik. Das vierte Jahr: Deutschland zieht die notwendigen Konsequenzen aus der immer bedrohlicher werdenden Lage auf dem Kontinent — Versailles und Locarno sind tote Begriffe, Realitäten sind: Der sowjetrussische Koloß, das neuerstandene italienische Imperium, die gerüstete Großmacht Deutschland mit ihren berechtigten kolonialen Ansprüchen. Das vierte Jahr nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland hat — nicht zuletzt durch die in drei Jahren bewiesene Stabilität dieses neuen positiven Kernes in Mitteleuropa — die Klärung in zwei große Fronten gebracht: Moskau auf der einen, die Achse Berlin—Rom auf der anderen Seite. Genf ist tot. Die Das vierte Jahr

Zukunft wird auch die Zaudernden, die großen westlichen Demokratien und deren Anhang, zwingen, sich so oder so zu entscheiden.

Nachdem wir in großen Zügen den Lauf der Entwicklung und die entscheidende Rolle aufgezeigt haben, die die deutsche Außenpolitik seit dem Umbruch darin spielt, wollen wir mit der Darstellung des außenpolitisch so ereignisreichen Jahres 1936 beginnen. Der Auftakt war wenig erfreulich.

Volksdeutsche Not jenseits der Reichsgrenzen

Eupen-Malmedy

In der Neujahrsnacht wurden in dem belgischen Grenzort Büdgenbach zehn heimattreue Eupen-Malmedyer verhaftet und am 5. Februar zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie „verbrecherischerweise" an einer deutschen Silvesterfeier teilgenommen und gegen das unberechtigte Eingreifen belgischer Gendarmen protestiert hatten. „Rebellion gegen die Staatsgewalt" nannte die belgische Regierung dieses Delikt, vor dem sie sich schützen zu müssen glaubte,

Raub der deutschen Gildehäuser in Riga

während die lettische Regierung durch eine Neufassung des Gesetzes über die Handels- und Industriekammer Lettlands bestimmte, daß allein diese die Interessen von Handel und Industrie zu vertreten habe und alle Einrichtungen der Vereine, die auf Grund des Gesetzes ihre Tätigkeit einstellen müssen, ohne Entschädigung zu beschlagnahmen seien. In der Praxis war das ein Schlag gegen das Deutschtum in Lettland, dem seine alten aus der Hansezeit stammenden Gildehäuser mit ihrem wertvollen Inventar auf „gesetzliche" Weise genommen wurden. Begleitet war dieser legalisierte Raubzug, dem weitere Willkürakte zur Enteignung volksdeutschen Vermögens folgten, von einer wüsten antideutschen Pressehetze; charakteristisch war das Sympathisieren mit der litauischen Politik im Memelgebiet, die sich immer noch durch vereinzelte Gewaltakte auszeichnete. Während eines Empfanges beim lettischen Staatspräsidenten Ulmanis (am 31. Januar) versuchten die Führer der Deutsch-Balten vergeblich eine Rückgängigmachung oder wenigstens Milderung der deutschfeindlichen Maßnahmen zu erreichen. Schon vorher — am 25. Januar — hatte die Reichsregierung einen diplomatischen Schritt in Riga unternommen.

Verfolgung der Volksdeutschen in Jugoslawien

Leider erfuhren auch die Beziehungen zu Jugoslawien eine leichte Trübung. Wenn der neuernannte südslawische Gesandte in Berlin, Dr. Markovic, von der Pflege und Festigung der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sprach, welche durch keinerlei Streitfragen getrübt seien, so standen dem nicht nur die in der Neujahrsnummer der Belgrader Zeitung „Politika" von seinem Amtsvorgänger Balugdzic gemachten gehässigen Verleumdungen und Warnungen vor der „deutschen Gefahr" entgegen, sondern auch die Tatsache, daß in den ersten Tagen des Jahres die Ortsgruppe Neusatz des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes aufgelöst und deren Vermögen

Tschechische Maßnahmen gegen die „Sudetendeutsche Volkshilfe"

und Bücher beschlagnahmt wurden. — Beschlagnahmt wurden auch von den tschechischen Behörden von der „Sudetendeutschen Volkshilfe" gesammelte Spenden. Jeder Tag brachte neue, erschütternde Berichte von der furchtbaren Not in den sudetendeutschen Gebieten, von der sich genug ausländische Beobachter überzeugen konnten. Die Selbsthilfe der Sudetendeutschen hatte angesichts der völligen Gleichgültigkeit der Prager Regierung gegenüber der steigenden Arbeitslosigkeit den Kampf gegen Hunger und Kälte aufgenommen, soweit es in ihren schwachen Kräften stand. Wenn dieses Winterhilfswerk jetzt hier und da als „staatsfeindlich" sabotiert wurde, so erreichte der Chauvinismus und die Unmenschlichkeit der tschechischen Machthaber, die so gern die Begriffe Demokratie und Humanität im Munde führen, seinen Höhepunkt.

Prager Hetzkampagne

Auf der anderen Seite sorgte eine neue Hetzkampagne der Prager Presse im Verein mit den dortigen Emigrantenblättern dafür, daß das Verhältnis zum Deutschen Reich gespannt blieb. Die Reichsregierung sah sich am 10. Januar gezwungen, einen der tollsten Lügenfabrikanten, der in Berlin den „Berichterstatter" für eine Prager Zeitung spielte, auszuweisen. — Erwähnen wir zum Thema „Hetze gegen Deutschland" noch die Aktion des ehemaligen Flüchtlingskommissars am Völkerbund, McDonald, der seinen zum Jahreswechsel erfolgten Rücktritt damit begründete, daß die deutsche Rassengesetzgebung ihm seine Arbeit unmöglich mache, und einen Appell an die deutsche Regierung empfahl — ein ebenso verlogenes wie durchsichtiges Manöver, um von den Unterlassungssünden (an der Pflicht zur Linderung der Not der durch Versailles von ihrer Heimat willkürlich abgetrennten deutschen Volksgenossen) abzulenken.

Rücktritt des „Flüchtlingskommissars" McDonald

Deutschland versuchte seinerseits alles, um der Verständigungspolitik die nötige Resonanz zu geben. Besonders bemühte es sich, die Brücken zum blutsverwandten englischen Volke zu schlagen. Am 11. Januar fand in Berlin die erste Zusammenkunft der neugegründeten Deutsch-Englischen Gesellschaft statt, und am 4. und 19. Januar trafen deutsche Frontkämpferabordnungen in London zu mehrtägigen Besuchen ein (letztere brach infolge des Ablebens Königs Georg V. ihren Aufenthalt vorzeitig am 22. Januar ab). Wenn auf der genannten Veranstaltung der Deutsch-Englischen Gesellschaft, an der u. a. auch Reichsminister Heß teilnahm, der Präsident der Anglo-German Fellowship, Lord Mount Temple, erklärte:

Deutschland und England

> „Die öffentliche Meinung Englands unterstützt die gemeinsamen Ziele der Deutsch-Englischen Gesellschaft und der Anglo-German Fellowship und es liegt ihr daran, Sie alle, die Sie heute abend hier anwesend sind, darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, die englische öffentliche Meinung auf unserer Seite zu haben",

so geschah dies sicher im Hinblick auf die Verständnislosigkeit des Großteils der englischen Presse, die immer wieder zur Irreführung der öffentlichen Meinung beitrug. So z. B. die „News Chronicle“, die sich nicht entblödete, anläßlich des „Tages der nationalen Solidarität“ von bettelnden Ministern und blinden und verkrüppelten Frontkämpfern, aus deren Leiden man Kapital schlage, zu berichten und in völliger Verkennung der Art und des Umfanges der Winterhilfsbetreuung festzustellen, daß die Mitteilung von den 12,5 Millionen vom WHW. betreuten Deutschen doch klar zeige, wie nahe bereits Deutschland am Abgrund stehe! Anstatt sich dem unendlich viel größeren Elend im eigenen Lande zu widmen, vergiftet man durch gehässige, verlogene Kritik an den vorbildlichen sozialen Maßnahmen des neuen Deutschland die Atmosphäre zwischen beiden Ländern.

Neujahrsempfang beim Führer

Bei dem Neujahrsempfang am 10. Januar hatte der Führer nach Entgegennahme der Glückwunschadresse der versammelten Diplomaten u. a. erklärt:

> „Erfüllt von der Sehnsucht, mit den anderen Völkern der Erde in Frieden zu leben und mit ihnen auf allen Gebieten des Lebens in gegenseitigem Verständnis zusammenzuarbeiten zum Wohl und zum Fortschritt der Menschheit, wünscht das deutsche Volk aufrichtig, das gleiche Streben nach vertrauensvoller Mitarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme auch bei allen anderen Völkern zu sehen.“

Völkerbundssanktionskrieg gegen Italien

Diese Worte fielen in eine Zeit, die erfüllt war mit Konfliktsstoffen und die leider von gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Rücksichtnahme weit entfernt war. Italiens Kolonialkrieg in Abessinien, sein Kampf um Raum und Rohstoffe, war von England mit der Wiederingangsetzung der eingerosteten Völkerbundsmaschinerie beantwortet worden. Sanktionen sollten Italien wirtschaftlich abschneiden und damit den Marschtritt der Schwarzhemdenlegionäre hemmen. England steifte dem Negus (Kaiser von Abessinien) den Rücken; England führte mit Frankreich Generalstabsbesprechungen und Marineverhandlungen über die Zusammenarbeit der beiderseitigen Flotten im Mittelmeer; England bemühte sich um die Oelsperre gegen Italien und um die Bildung eines großen antiitalienischen Blocks im östlichen Mittelmeer; England ergriff Vergeltungsmaßnahmen gegen das kleine Ungarn, das die Genfer Sanktionspolitik nicht mitmachte. Während es hier eifrig am Werk war, flog in London die Flottenkonferenz auf, da Japan an seiner Forderung nach Festsetzung einer gemeinsamen oberen Grenze der Flottenrüstung festhielt und nach deren Ablehnung am 15. Januar die Konferenz verließ. —

Gescheiterte Flottenkonferenz

Die „Danziger Frage“ erneut vor dem Völkerbund

Trotz alledem fand der englische Außenminister Eden noch Zeit, in Genf den guten Willen der Danziger Regierung anzuzweifeln.

Wie von Zeit zu Zeit üblich, tauchte auch jetzt wieder die Danziger Frage als Ablenkungsmanöver in den Völkerbundshallen auf. Anlaß dazu gaben u. a. eine Anzahl neuer Petitionen der Danziger Oppositionsparteien, die nach ihrer vernichtenden Niederlage bei der letzten Wahl (am 7. April 1935 — siehe Band 1935, Seite 158 bis 159) ihre letzte Hoffnung auf den Völkerbund und auf den ihnen einseitig gewogenen Hohen Kommissar, Herrn Lester, gesetzt hatten. Dieser legte dann auch am 17. Januar dem Völkerbund einen Bericht vor, der sich in anmaßender Kritik an den innerpolitischen Handlungen der nationalsozialistischen Regierung der Freien Stadt Danzig erschöpfte. Die NSK. vom 20. Januar schrieb dazu:

„Der Hohe Kommissar ist internationalem Statut gemäß lediglich dazu da, in evtl. Konfliktsfällen zwischen Danzig und Polen die Rolle eines ehrlichen Vermittlers zu spielen und für ein gutes Verhältnis beider Staaten zu sorgen, falls irgendwelche ernsteren Differenzpunkte sich ergeben sollten. Dies und nichts anderes ist sein Amt! In Anbetracht des ausgeglichenen Verhältnisses zwischen Danzig und Polen wie auch zwischen Deutschland und Polen aber besteht weder Veranlassung noch Notwendigkeit, daß Herr Lester sich überhaupt bemerkbar macht, eine Situation, die er selbst nur dankbar begrüßen sollte. Statt dessen benutzt er seine Stellung zum übelsten Mißbrauch seines Amtes, indem er Genf einen Bericht unterbreitet, der der Form und dem Inhalt nach eine sonst nicht statthafte Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Staates darstellt, die schärfste Zurückweisung verdient."

Solche Zurückweisung wurde ihm auch von dem Danziger Senatspräsidenten Greiser zuteil, der in einer am 23. Januar veröffentlichten ausführlichen Erklärung die Behauptungen Punkt für Punkt widerlegte und folgendermaßen schloß:

„Die Danziger Oppositionsparteien, die sich ständig mit Petitionen über angebliche Verfassungswidrigkeiten unmittelbar an den Kommissar und an den Völkerbund wenden, scheinen übersehen zu haben, daß ihnen ein Weg nach Art. 19 Abs. 2 der Verfassung offensteht. Diese Bestimmung verpflichtet den Volkstag, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wenn auch nur ein Fünftel seiner Mitglieder es beantragt und die Gesetzlichkeit oder Lauterkeit einer Regierung oder von Verwaltungsmaßnahmen angezweifelt wird. Von dieser Möglichkeit haben die Oppositionsparteien bisher keinen Gebrauch gemacht. Es scheint uns aber Grundsatz des Völkerbundsrats zu sein, sich erst dann mit den inneren Angelegenheiten Danzigs zu beschäftigen, wenn bereits alle rechtlichen und legalen Mittel einer anderweitigen Regelung erschöpft sind. Hätten die Oppositionsparteien sich dieses ihnen zur Verfügung stehenden Mittels bedient, so wären vielleicht die meisten dieser Fragen bereits innerhalb der Freien Stadt erledigt worden, ohne daß der Völkerbund nötig gehabt hätte, sich mit diesen Angelegenheiten zu beschäftigen."

Zu der am 24. Januar angenommenen Entschließung bemerkte Greiser,

„daß es schwer ist, das Ergebnis der großen Arbeit des Herrn Berichterstatters, welches dem Rat heute zur Beschlußfassung vorliegt, in Einklang zu bringen mit dem von Danzig zum Ausdruck gebrachten Willen einer Verständigung, die den Danziger Gesichtspunkten voll Rechnung trägt". —

Sowjetunion und Komintern

Bemerkenswert ist noch, daß auf der gleichen Tagung des Völkerbundsrates die unverfrorene Beschwerde Sowjetrußlands gegen den von Uruguay nach der erwiesenen Einmischung Moskaus in seine innerpolitischen Angelegenheiten durchgeführten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zurückgewiesen wurde. Wenige Tage bevor Litwinow seine scheinheilige Beschwerde vom Genfer Podium aus verlas, mußte in Venezuela wie schon in so vielen südamerikanischen Staaten der Ausnahmezustand verhängt werden, um der bolschewistischen Agententätigkeit Herr zu werden. —

König Georg V. von Großbritannien †

Kabinett Sarraut in Frankreich

Die letzten Tage des Januar brachten umwälzende Ereignisse: In der Nacht vom 20. zum 21. Januar starb König Georg V. von England. Sein ältester Sohn bestieg als Eduard VIII. den englischen Thron. — Am 22. Januar trat in Frankreich das Kabinett Laval zurück, um zwei Tage später durch das Kabinett Sarraut — das 100. der Republik — abgelöst zu werden. — Bei der immer noch tagenden Londoner Flottenkonferenz einigte man sich am 31. Januar auf einen jährlichen Mitteilungsaustausch über die Flottenbauprogramme: am gleichen Tage starb in Griechenland General Kondylis. Während die Unruhen in Aegypten wieder aufflammten und Japan sein Vordringen in Nordchina fortsetzte, herrschte am Quai d'Orsay reges Leben, u. a. bemühte sich dort Starhemberg um die Wiederaufwärmung der Habsburger Frage in Oesterreich.

Der ungarische Handels- und Verkehrsminister beim Führer

Interview des Führers im „Paris Soir"

Die Reichshauptstadt sah den ungarischen Handels- und Verkehrsminister von Winchkler zu Besuch, der am 16. Januar vom Führer empfangen wurde. Am 24. sprach Stabschef Lutze auf einem Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. über die getrennten Aufgaben der SA. und der Wehrmacht. Etwa zur gleichen Zeit gewährte Adolf Hitler der Vertreterin des „Paris Soir", Madame Titayna, eine Unterredung, in der er zu wichtigen Lebensfragen der Nation Stellung nahm. Zu der von der ausländischen Presse häufig verbreiteten Behauptung, daß die Frauen in Deutschland „nur dazu da sind, um von den Männern Kinder zu bekommen", bemerkte der Führer:

> „Ich gebe den Frauen das gleiche Recht wie den Männern, aber ich glaube nicht, daß sie ihnen ähnlich sind.
>
> Die Frau ist die Lebensgefährtin des Mannes. Man soll ihr nicht eine Arbeit aufbürden, für die der Mann geschaffen ist. Ich stelle mir keine Frauenbataillone vor; ich glaube, daß sie besser auf die soziale Arbeit eingestellt sind. Aber in jedem Fall hat eine Frau, die nicht heiratet, und wir haben viele in Deutschland, da wir nicht genug Männer haben, das Recht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen wie der Mann."

Der chilenische Botschafter und der brasilianische Gesandte beim Führer

Am 29. Januar empfing der Führer und Reichskanzler in dem ersten Botschafter (bisher Gesandten) Chiles und dem neuernannten

Gesandten **Brasiliens** die Repräsentanten zweier südamerikanischer Staaten, mit denen das Deutsche Reich von jeher freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Comité France-Allemagne

Verständigung untereinander — das war der Sinn der Deutschlandreise führender Mitglieder des **Comité France-Allemagne**, die am 3. Februar in Berlin bei der Deutsch-Französischen Gesellschaft zu Gaste waren; Verständigung — unter diesem Zeichen standen die **Olympischen Winterspiele** in Garmisch-Partenkirchen (6. bis 16. Februar — siehe 12. Abschnitt). Mitten hinein in die Vorbereitungsarbeit zu diesem Fest des Friedens fiel die alarmierende Nachricht von der Mordtat des Juden **David Frankfurter**, der am 4. Februar den Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP. in der Schweiz, Pg. **Wilhelm Gustloff**, durch fünf Schüsse niederstreckte. „**Ich habe die Tat begangen, weil ich Jude bin**", erklärte der Mörder nach der mit Ueberlegung begangenen Tat.

Der Mord an Gustloff

Das war ein Anschlag auf das neue Deutschland. Seit Monaten war ein wahres Kesseltreiben gegen Gustloff im Gange gewesen — gegen einen Mann von lauterstem Charakter, der gerade die beiden ersten der Gebote der Auslandsorganisation der NSDAP. stets peinlichst befolgt hatte, die da lauten:

1. Befolge die Gesetze des Landes, dessen Gast du bist.
2. Die Politik deines Gastlandes lasse dessen Bewohner machen. Dich geht die Innenpolitik eines fremden Landes nichts an. Mische dich nicht in diese, auch nicht gesprächsweise.

(Ueber die Vorgeschichte und Hintergründe der Bluttat von Davos unterrichtet eingehend die Schrift „Der Fall Gustloff" von Pg. Wolfgang **Diewerge**.) Während die marxistische Presse aller Schattierungen nach der Devise „Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig" den Toten über das Grab hinaus beschimpfte und aus dem Mörder Frankfurter einen zweiten Wilhelm Tell zu machen versuchte, sprach die schweizerische Bundesregierung ihr Beileid und ihren Abscheu zu dem Verbrechen aus — und **verbot** am 18. Februar **die Auslandsorganisation der NSDAP. in der Schweiz**, worauf die Reichsregierung in Bern einen **Protestschritt** unternahm.

Die Beisetzung des Pg. Gustloff in Gegenwart des Führers

Die Ueberführung des toten Landesgruppenleiters nach seiner Heimatstadt Schwerin, die Totenwache an seiner Bahre, die feierliche **Beisetzung dieses Märtyrers** für die nationalsozialistische Idee — sie zeugten von der Kraft, die vom Opfertode ausstrahlt und von der Verehrung des deutschen Volkes für den Kämpfer, der mit reinem Schild gefallen war. **Adolf Hitler** nahm Abschied von seinem Kameraden und sprach:

„Wir begreifen die Kampfansage, und wir nehmen sie auf! Mein lieber Parteigenosse, du bist nicht umsonst gefallen!...

So wie es früher nicht möglich war, durch solche Taten den Siegeszug unserer Bewegung zu hemmen, sondern wie im Gegenteil aus diesen Toten Bannerträger unserer Idee geworden sind, so wird auch diese Tat nicht die Zugehörigkeit des Deutschtums im Ausland zu unserer Bewegung und zum deutschen Vaterland hemmen. Im Gegenteil: nun hat jede Ortsgruppe des Auslandes ihren nationalsozialistischen Patron, ihren heiligen Märtyrer dieser Bewegung und unserer Idee. In jeder Geschäftsstelle wird nun sein Bild hängen. Jeder wird seinen Namen im Herzen tragen, und er wird nimmermehr vergessen sein in alle Zukunft.

Das ist unser Gelöbnis. Diese Tat fällt auf den Täter zurück. Nicht Deutschland wird dadurch geschwächt, sondern die Macht, die diese Tat verübte. Das deutsche Volk hat einen Lebenden im Jahre 1936 verloren, allein einen Unsterblichen für die Zukunft gewonnen!"

Internationale Hetzlüge gegen das Reich

Die restlichen Geschehnisse des Februar wollen wir nur kurz streifen, um uns dann der Hochflut außenpolitisch wichtiger Ereignisse im März zuzuwenden. Erwähnt seien: eine im Dienste der Rüstungsindustrie arbeitende neue „Durchmarschhetze" in Holland, die am 15. Februar durch eine Erklärung des holländischen Ministerpräsidenten Dr. Colijn zurückgewiesen wurde, Lügen in der holländischen, dänischen, lettischen und türkischen Presse, Verdächtigungen Deutschlands durch den tschechischen Ministerpräsidenten Hodza, der in Paris von Angriffsabsichten des deutschen Militärs faselte. Näher auf solche dummen Revolvermeldungen nachträglich noch einzugehen, hieße den Gerüchtemachern zuviel Ehre antun.

Polnische Einschränkungen im Durchgangsverkehr durch den Korridor

Etwas ernster zu nehmen waren die von der polnischen Regierung wegen Transferschwierigkeiten mit Wirkung vom 7. Februar veranlaßten Einschränkungen im Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich. (Am 6. Februar erließ deshalb der Reichsverkehrsminister eine Verordnung, um anläßlich der Korridor-Schwierigkeiten Preiserhöhungen für Verkehrsleistungen zu verhindern.) Ueber ein halbes Jahr dauerte es, bis dieser unerquickliche Zustand — eine neue, überflüssige Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses, das besonders durch die Drangsalierung der deutschen Minderheiten in Polen immer wieder zu leiden hat — endlich beendet wurde. Glücklicherweise ist ja durch die mutige Tat Adolf Hitlers und des verewigten Marschall Pilsudski eine wesentlich freiere Atmosphäre zwischen beiden Staaten geschaffen worden. Sie wird erhalten und verbessert durch gegenseitige Aussprachen, durch

Pg. Hermann Göring und Pg. Dr. Hans Frank in Polen

Besuche führender Männer. So weilte Reichsminister Dr. Frank vom 17. bis zum 26. Februar, Ministerpräsident Göring (zu einem Jagdbesuch beim polnischen Staatspräsidenten) vom 19. bis zum 24. Februar in Polen.

Das Verhältnis des polnischen Staates zu Danzig bewegte sich im Rahmen einsichtiger, nur selten getrübter Zusammenarbeit (was selbst Lester in seinem weiter oben erwähnten Bericht an den Völkerbund zugeben mußte). Am 16. Februar kam es anläßlich eines privaten Aufenthaltes des Danziger Senatspräsidenten Greiser in Warschau zwischen diesem und dem polnischen Staatssekretär des Aeußeren zu einer erneuten Aussprache über wirtschaftliche Fragen. Im übrigen bewies die nationalsozialistische Regierung in Danzig ihren besten Willen zum guten Auskommen mit dem Völkerbund dadurch, daß sie Ende Februar vier neue Rechtsverordnungen herausgab, in denen sie — gegen ihre bessere Ueberzeugung — früher von ihr erlassene Gesetze entsprechend den Vorschlägen der Genfer Juristen abänderte. Sie tat es um des lieben Friedens willen. Ihre bleibende Verbundenheit mit der Heimat brachte die Freie Stadt beim Besuch Dr. Leys (19./20. Februar) zum Ausdruck.

Danzig und Polen

Danzig und der Völkerbund

Auch das Deutschtum in dem vom Reiche abgetrennten Memelgebiet lieferte bei den Kreistagswahlen vom 24. Februar einen neuen Beweis seiner Treue. 48 (früher 46) von 62 Kreistagsmandaten entfielen auf die memelländisch-deutschen Parteien — ein eindeutiges Bekenntnis zur vertraglich zugesicherten Autonomie und zur Blutsverbundenheit mit der großen deutschen Nation. —

Kreistagswahlen im Memelland

Die Entwicklung in Westeuropa trieb indessen den schicksalhaften Ereignissen des März zu. Obwohl die französischen Frontkämpfer sich gegen den Sowjetpakt wandten, obwohl die Komintern (wie „Ami du Peuple" in sensationellen Enthüllungen Mitte Februar bewies) zielbewußte Vorbereitungen für den Bürgerkrieg in Frankreich traf und obwohl die Wahlen in Spanien vom 16. Februar, die einen starken Ruck nach links gebracht und die Verhängung des Kriegszustandes erforderlich gemacht hatten, die Früchte der Arbeit moskowitischer Propagandisten zeigten und das furchtbare Schicksal, das diesem gequälten Lande bevorstand, schon ahnen ließen, setzte die französische Regierung weiter auf die sowjetrussische Karte. Indes es in England unter dem Druck deutscher, japanischer und polnischer Forderungen und im Angesicht des italienischen Kolonialkrieges in Abessinien zu ernsthaften Diskussionen über die Frage der Rohstoffverteilung kam. Jedoch drückte man sich dabei immer um die entscheidende Frage der Rückgabe geraubter Kolonien, der sogenannten Mandatsgebiete, und suchte vielmehr nach einer „wissenschaftlichen Lösung". Im übrigen war man stark verschnupft über die sensationelle Veröffentlichung eines britischen Geheimberichtes über Abessinien durch das „Giornale d'Italia" und bemühte sich um eine Verschärfung der Sanktionen gegen Italien, da der Negus von Abessinien

Frankreich und Rußland

Englische Diskussionen über die Rohstoffverteilung

nach den letzten italienischen Siegen dringend einer Rückensteifung bedurfte. Außerdem nahm das englische Unterhaus am 24. Februar militärische Nachtragshaushalte an. Bald darauf wurde der Voranschlag 1936 für die Luftstreitkräfte bekanntgegeben, der eine Erhöhung von 23,8 auf 43,5 Millionen Pfund vorsah! England begann sein gewaltiges Aufrüstungsprogramm zu Lande, zur See und in der Luft, das zu einer beträchtlichen Anspannung aller Kräfte in den kommenden Jahren veranlassen wird. Lord Londonderry, der frühere englische Luftfahrtminister, der am 5. Februar in der Reichskanzlei vom Führer empfangen worden war, versicherte jedoch wiederholt, daß diese Aufrüstung sich nicht gegen Deutschland richte, daß im Gegenteil ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden großen, verwandten Nationen notwendig sei.

Englische Aufrüstung

Ein solches Verhältnis bestand zwischen der Jugend der Welt, die sich bei den Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen zu friedlichem Wettkampf getroffen hatte, wie der Reichssportführer von Tschammer und Osten auf einem Vortragsabend des Außenpolitischen Amtes am 27. Februar erklärte. — Ein harmonisches Verhältnis besteht zwischen Deutschland und China (die beiderseitigen Gesandtschaftsposten wurden zu Botschaften erhoben). Es könnte auch zwischen uns und Frankreich bestehen, wie der Führer in einer Unterredung mit dem französischen Schriftsteller Bertrand de Jouvenel (für „Paris Midi") feststellte. Das neue Freundschaftsangebot Hitlers machte auf die französische Oeffentlichkeit großen Eindruck. Führende Persönlichkeiten setzten sich für die Verständigung ein. So der Frontkämpferführer Henry Pichot, wenn er meint:

Deutschland und China

Weiteres Führer-Interview im „Paris Midi"

„Wenn wir Franzosen bis nach Moskau gegangen sind, um mit Stalin zu sprechen, dann müssen wir logisch genug sein, auch nach Berlin zu gehen und mit dem Führer zu sprechen. Warum zweierlei Maß, und warum zweierlei Methoden?"

Aber die französische Regierung war anderer Meinung. Sie zog Stalin Hitler vor, und nach langen Debatten gelang es Flandin wirklich, den Beistandspakt mit den Sowjets der Kammer (28. Februar) und dem Senat (6. und 9. März) schmackhaft zu machen — natürlich durch den Hinweis auf die deutschen Rüstungen. (Zwar stimmte der Senat formal erst am 12. März dem Pakt zu, seine Haltung ließ aber von Anfang an keinen Zweifel an diesem Ergebnis.) Damit war die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes Tatsache geworden!

Französisch-Sowjetrussischer Beistandspakt

Damit war aber auch die Voraussetzung für die Einhaltung aller aus dem Locarno-Vertrag sich ergebenden Verpflichtungen, zu der sich der Führer in seiner Erklärung vom 21. Mai 1935 solange be-

reit erklärt hatte, als die andern Vertragspartner ihrerseits gewillt waren, zu dem Pakt zu stehen, nicht mehr gegeben. In seiner großen Rede vor dem am 7. März in die Krolloper zu Berlin einberufenen Deutschen Reichstag gab Adolf Hitler eine umfassende Darstellung der Vorgeschichte des durch die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes erfolgten Bruchs des Locarno-Vertrages seitens der französischen Regierung und begründete den Schritt der deutschen Reichsregierung: Die Wiederbesetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone! Führerrede vor dem Deutschen Reichstag

Nach ausführlicher Behandlung der deutschen Leidensgeschichte nach Versailles, der sogenannten „Deutschen Frage" („Das deutsche Volk braucht keine besonderen Beihilfen zu seiner Lebensbehauptung; es will nur keine schlechteren Chancen besitzen, als sie auch anderen Völkern gegeben sind") und des unbedingten Willens des deutschen Volkes zur Verständigung, begründete der Führer die Ablehnung der deutschen Führung, sich mit den Moskauer Machthabern näher einzulassen und bewies dann, wieviel Mühe er andererseits auf eine deutsch-französische Aussöhnung verwandt hatte, um dann auf die jüngsten Ereignisse einzugehen:

„... Dieses Bestreben von mir war aber doppelt schwer, weil ich in derselben Zeit Deutschland aus der Verstrickung eines Vertrages lösen mußte, der ihm seine Gleichberechtigung raubte, an dessen Aufrechterhaltung aber — oft mit Recht oder Unrecht ist nebensächlich — das französische Volk geglaubt hat, interessiert sein zu müssen.

Ich habe dabei gerade als deutscher Nationalist für das deutsche Volk noch ein weiteres besonders schweres Opfer bringen müssen. Es ist bisher, wenigstens in der neueren Zeit, noch nie versucht worden, nach einem Krieg dem Verlierer souveräne Hoheitsrechte über große und alte Teile seines Reiches einfach abzusprechen. Ich habe nur im Interesse dieser Verständigung dieses schwerste Opfer, das man uns politisch und moralisch aufbürden konnte, getragen und wollte es weiter tragen, nur weil ich glaubte, einen Vertrag aufrechterhalten zu sollen, der vielleicht mithelfen konnte, die politische Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland und England und Deutschland zu entgiften und das Gefühl einer Sicherheit auf allen Seiten zu verbreiten.

Ja, darüber hinaus habe ich oft und auch hier in diesem Hause die Auffassung vertreten, daß wir nicht nur bereit sind, diesen schwersten Beitrag für die europäische Friedenssicherung zu tragen, solange auch die anderen Partner ihre Verpflichtungen erfüllen, sondern daß wir in diesem Vertrage überhaupt den einzig möglichen, weil konkreten Versuch einer europäischen Sicherung erblicken.

Ihnen, meine Abgeordneten, ist der Inhalt und Sinn dieses Vertrages bekannt. Er sollte zwischen Belgien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits für alle Zukunft die Anwendung von Gewalt verhindern. Durch die schon vorher abgeschlossenen Bündnisverträge Frankreichs ergab sich leider die erste, wenn auch den Sinn dieses Paktes, des Rheinpaktes von Locarno, noch nicht aufhebende Belastung. Deutschland leistet zu diesem Pakt den schwersten Bei-

trag, denn während Frankreich seine Grenze in Erz, Beton und Waffen armierte und mit zahlreichen Garnisonen versah, wurde uns die fortdauernde Aufrechterhaltung einer vollkommenen Wehrlosigkeit im Westen aufgebürdet. Dennoch haben wir auch dieses erfüllt in der Hoffnung, durch einen solchen für eine Großmacht so schweren Beitrag dem europäischen Frieden zu dienen und der Verständigung der Völker zu nützen.

Es steht mit diesem Pakt nun in Widerspruch die Abmachung, die Frankreich im vergangenen Jahre mit Rußland eingegangen und bereits unterzeichnet hat, und deren Bestätigung durch die Kammer soeben erfolgt ist. Denn durch dieses neue französisch-sowjetrussische Abkommen wird über den Umweg der Tschechoslowakei, die ein gleiches Abkommen mit Rußland getroffen hat, die bedrohliche militärische Macht eines Riesenreiches nach Mitteleuropa hereingeführt!

Es ist dabei das Unmögliche, daß diese beiden Staaten in ihrer Abmachung sich verpflichten, ohne Rücksicht auf eine entweder bereits vorliegende oder zu erwartende Entscheidung des Völkerbundsrates im Falle einer europäischen östlichen Verwicklung die Schuldfrage nach eigenem Ermessen zu klären und dementsprechend die gegenseitige Beistandsverpflichtung als gegeben zu betrachten oder nicht.

Die Behauptung, daß in diesem Pakt durch eine angefügte Einschränkung die erste Verpflichtung wieder aufgehoben würde, ist unverständlich. Denn ich kann nicht in einem Punkt ein bestimmtes Verfahren als ausdrücklichen Bruch mit einer sonst geltenden Verpflichtung festlegen und damit als bindend annehmen, um in einem weiteren Punkt festzustellen, daß gegen diese anderen Verpflichtungen nicht gehandelt werden soll. In diesem Fall würde die erste Bindung unvernünftig und damit eben unverständlich sein.

Dieses Problem ist aber zunächst ein politisches Problem und als solches in seiner schwerwiegenden Bedeutung zu werten.

Frankreich hat diesen Vertrag nicht abgeschlossen mit einer x-beliebigen europäischen Macht. Frankreich hatte schon vor dem Rheinpakt Beistandsverträge sowohl mit der Tschechoslowakei als auch mit Polen. Deutschland nahm daran keinen Anstoß, nicht nur weil diese Pakte zum Unterschied des französisch-sowjetrussischen Paktes sich den Völkerbundsfeststellungen unterwarfen, sondern weil sowohl die damalige Tschechoslowakei wie besonders Polen primär stets eine Politik der Vertretung der nationalen eigenen Interessen dieser Staaten führen werden.

Deutschland hat nicht den Wunsch, diese Staaten anzugreifen und glaubt auch nicht, daß es im Interesse dieser Staaten liegen wird, einen Angriff gegen Deutschland vorzunehmen. Vor allem aber: Polen wird Polen bleiben und Frankreich Frankreich. Sowjetrußland aber ist der staatlich organisierte Exponent einer revolutionären Weltanschauung. Seine Staatsauffassung ist das Glaubensbekenntnis zur Weltrevolution. Es ist nicht feststellbar, ob nicht morgen oder übermorgen auch in Frankreich diese Weltanschauung erfolgreich sein wird; sollte aber dieser Fall eintreten — und als deutscher Staatsmann muß ich auch pflichtgemäß damit rechnen —, dann ist es sicher, daß dieser neue bolschewistische Staat eine Sektion der bolschewistischen Internationale sein würde, das heißt: Die Entscheidung über Angriff oder Nichtangriff wird dann nicht von zwei verschiedenen Staaten nach deren objektivem eigenem Ermessen getroffen, sondern von einer Stelle aus direktiv erteilt. Diese Stelle aber

würde im Falle dieser Entwicklung nicht mehr Paris, sondern Moskau sein!

So wenig Deutschland in der Lage ist, schon aus rein territorialen Gründen, Rußland anzugreifen, so wäre Rußland jederzeit in der Lage, über den Umweg seiner vorgeschobenen Positionen einen Konflikt mit Deutschland herbeizuführen. Die Feststellung des Angreifers wäre dann, weil unabhängig von der Bestimmung des Völkerbundsrates, wohl von vornherein gewiß. Die Behauptung oder der Einwand, daß Frankreich und Rußland nichts tun würden, was sie eventuell Sanktionen aussetzen könnte — und zwar von seiten Englands oder Italiens — ist belanglos, weil es nicht zu ermessen ist, welcher Art wirksame Sanktionen gegen eine so überwältigende weltanschaulich und militärisch einige Konstruktion überhaupt sein könnten.

Wir haben jahrelang vor dieser Entwicklung besorgt gewarnt. Nicht, weil wir sie mehr zu fürchten haben als andere, sondern weil sie eines Tages von furchtbaren Folgen für ganz Europa begleitet sein kann. Man hat diese unsere ernstesten Bedenken abzutun versucht mit dem Hinweis auf die Unfertigkeit des russischen Kriegsinstrumentes, ja, auf seine Schwerfälligkeit und Unverwendbarkeit in einem europäischen Krieg.

Wir haben diese Auffassung immer bekämpft, nicht weil wir irgendwie der Ueberzeugung sind, daß der Deutsche an sich unterlegen wäre, sondern weil wir alle wissen, daß auch der Zahl ihre besondere Bedeutung und ihr besonderes Gewicht zukommt.

Wir sind aber um so mehr dankbar über die Aufklärung, die gerade in der französischen Kammer von Herrn Herriot über die aggressiv militärische Bedeutung Rußlands gegeben worden ist. Wir wissen, daß diese Darlegungen Herrn Herriot von der Sowjetregierung selbst gegeben wurden und sind überzeugt, daß diese nicht den geistigen Inspirator des neuen Bündnisses in Frankreich mit falschen Aufklärungen bedient haben kann, ebenso wie wir nicht zweifeln an der wahren Wiedergabe dieser Informationen durch Herrn Herriot. Nach diesen Informationen aber steht erstens fest, daß die russische Armee eine Friedensstärke von 1350000 besitzt, daß sie zweitens 17,5 Millionen Mann Kriegsstärken und Reserven umfaßt, daß sie drittens mit der größten Tankwaffe ausgestattet ist, und viertens über die größte Luftwaffe der Welt verfügt.

Die Heranziehung dieses gewaltigsten militärischen Faktors, der auch in seiner Beweglichkeit und in seiner Führung als ausgezeichnet und jederzeit einsatzbereit geschildert wurde, in das mitteleuropäische Spielfeld zerstört jedes wirkliche europäische Gleichgewicht. Es verhindert außerdem jede mögliche Abschätzung der erforderlichen Verteidigungsmittel zu Lande und in der Luft für die davon betroffenen europäischen Staaten und insonderheit für das allein als Gegner in Aussicht genommene Deutschland.

Diese Riesenmobilisierung des Ostens gegen Mitteleuropa steht aber nicht nur buchstabenmäßig, sondern vor allem auch dem Sinne nach im Gegensatz zu dem Geiste des Locarno-Paktes. Nicht wir als Betroffene allein haben diese Empfindung, sondern sie lebt in unzähligen einsichtsvollen Männern in allen Völkern und ist auch — publizistisch und politisch belegt — überall offen vertreten worden.

Am 21. Februar wendete sich an mich ein französischer Journalist mit der Bitte, ihm ein Interview zu gewähren. Da mir mitgeteilt wurde, daß es sich um einen jener Franzosen handelte, die sich genau so wie wir bemühen, Wege zur Verständigung zwischen den beiden Völkern zu finden, wollte ich um so weniger eine Ablehnung aussprechen, als ja auch

eine solche sofort als Zeichen meiner Mißachtung der französischen Journalistik gewertet worden wäre. Ich habe die gewünschten Aufklärungen gegeben, so wie ich sie in Deutschland selbst hundert- und tausendmal offen ausgesprochen, und ich habe noch einmal versucht, mich an das französische Volk zu wenden mit der Bitte um eine Verständigung, an der wir mit ganzem Herzen hängen und die wir so gern verwirklicht sehen möchten, ich habe aber weiter mein tiefes Bedauern ausgesprochen über die drohende Entwicklung in Frankreich durch den Abschluß eines Paktes, für den unserer Ueberzeugung nach keine zu begreifende Notwendigkeit vorlag, der aber im Falle seiner Realisierung eine neue Sachlage schaffen müßte und würde. Dieses Interview ist, wie Sie wissen, aus Gründen, die uns unbekannt sind, zurückgehalten worden und erschien erst am Tage nach der Ratifizierung in der französischen Kammer.

So sehr ich entsprechend meiner Ankündigung in diesem Interview auch in der Zukunft bereit sein werde und aufrichtig gewillt bin, dieser deutsch-französischen Verständigung zu dienen, weil ich in ihr ein notwendiges Element der Sicherung Europas vor unübersehbaren Gefahren erblicke, und weil ich mir für beide Völker aus keinem anderen Verhalten irgendeinen möglichen Vorteil versprechen kann, oder auch nur zu sehen vermag, wohl aber schwerste allgemeine und internationale Gefahren erblicke, so sehr zwang mich die Kenntnis von der endgültigen Abmachung dieses Paktes nunmehr, in eine Ueberprüfung der dadurch entstandenen neuen Lage einzutreten und die daraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Diese Konsequenzen sind sehr schwere und sie tun uns und mir persönlich bitter leid. Allein ich bin verpflichtet, nicht nur der europäischen Verständigung Opfer zu bringen, sondern auch den Interessen meines eigenen Volkes zu gehorchen.

Solange ein Opfer bei der Gegenseite auf Würdigung und Verständnis stößt, will ich mich gern auch zum Opfer bekennen und werde dem deutschen Volke das gleiche anempfehlen. Im Augenblick, in dem aber feststeht, daß ein Partner diese Opfer entweder nicht mehr bewertet oder würdigt, muß sich daraus eine einseitige Belastung Deutschlands ergeben und damit eine Diskriminierung, die für uns unerträglich ist. Ich möchte aber in dieser geschichtlichen Stunde und an diesem Platz noch einmal das wiederholen, was ich in meiner ersten großen Reichstagsrede im Mai 1933 ausgesprochen habe:

Das deutsche Volk wird lieber jede Not und Drangsal auf sich nehmen, als von dem Gebot der Ehre und dem Willen zur Freiheit und der Gleichberechtigung abzustehen!

Wenn das deutsche Volk und Reich für die europäische Zusammenarbeit einen Wert haben sollen, dann können sie diesen Wert nur haben als ein ehrliebender und damit gleichberechtigter Partner. Im Augenblick, in dem es aufhört, diesen charakterlichen Wert zu besitzen, verliert es auch jeden sachlichen. Ich möchte weder uns noch die übrige Welt betrügen mit einem Volk, das dann nichts mehr wert sein würde, weil ihm das natürlichste Ehrgefühl mangelt!

Ich glaube aber auch, daß man selbst in der Stunde so bitterer Erkenntnisse und schwerer Entscheidungen nicht versäumen darf, für die europäische Zusammenarbeit trotz allem erst recht einzutreten und nach neuen Wegen zu suchen, um eine Lösung dieser Fragen in einem für alle nützlichen Sinne zu ermöglichen.

Ich habe mich daher weiter bemüht, in konkreten Vorschlägen der Empfindung des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, das um seine

Sicherheit besorgt, für seine Freiheit zu jedem Opfer bereit, zu einer wirklichen aufrichtigen und gleichbewerteten europäischen Zusammenarbeit aber jederzeit gewillt ist.

Nach schwerem inneren Ringen habe ich mich daher namens der Deutschen Reichsregierung entschlossen, heute der französischen Regierung und den übrigen Signatarmächten des Locarno-Paktes folgendes Memorandum überreichen zu lassen:

Deutsches Memorandum an die Signatarmächte des Locarno-Paktes

Sofort nach dem Bekanntwerden des am 2. Mai 1935 unterzeichneten Paktes zwischen Frankreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Deutsche Regierung die Regierungen der übrigen Signatarmächte des Rheinpaktes von Locarno darauf aufmerksam gemacht, daß die Verpflichtungen, die Frankreich in dem neuen Pakt eingegangen ist, mit seinen Verpflichtungen aus dem Rheinpakt nicht vereinbar sind. Die Deutsche Regierung hat ihren Standpunkt damals sowohl rechtlich als politisch ausführlich begründet. Und zwar in rechtlicher Beziehung in dem deutschen Memorandum vom 25. Mai 1935, in politischer Beziehung in den vielfachen diplomatischen Besprechungen, die sich an dieses Memorandum angeschlossen haben. Den beteiligten Regierungen ist auch bekannt, daß weder ihre schriftlichen Antworten auf das deutsche Memorandum, noch die von ihnen auf diplomatischem Wege oder in öffentlichen Erklärungen vorgebrachten Argumente den Standpunkt der Deutschen Regierung erschüttern konnten.

In der Tat hat die gesamte Diskussion, die seit dem Mai 1935 diplomatisch und öffentlich über diese Fragen geführt worden ist, in allen Punkten nur die Auffassung der Deutschen Regierung bestätigen können, die sie von Anfang an zum Ausdruck gebracht hat.

1. Es ist unbestritten, daß sich der französisch-sowjetrussische Vertrag ausschließlich gegen Deutschland richtet.

2. Es ist unbestritten, daß Frankreich in ihm für den Fall eines Konfliktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion Verpflichtungen übernimmt, die weit über seinen Auftrag aus der Völkerbundssatzung hinausgehen und die es selbst dann zu einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland zwingen, wenn es sich dabei weder auf eine Empfehlung oder überhaupt auf eine vorliegende Entscheidung des Völkerbundsrates berufen kann.

3. Es ist unbestritten, daß Frankreich in einem solchen Falle also das Recht für sich in Anspruch nimmt, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wer der Angreifer ist.

4. Es steht somit fest, daß Frankreich der Sowjetunion gegenüber Verpflichtungen eingegangen ist, die praktisch darauf hinauslaufen, gegebenenfalls so zu handeln, als ob weder die Völkerbundssatzung, noch der Rheinpakt, der auf diese Satzung Bezug nimmt, in Geltung wären.

Dieses Ergebnis des französisch-sowjetischen Vertrages wird nicht damit beseitigt, daß Frankreich darin den Vorbehalt gemacht hat, zu einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland dann nicht verpflichtet sein zu wollen, wenn es sich durch ein solches Vorgehen einer Sanktion seitens der Garantiemächte Italien und Großbritannien aussetzen würde. Diesem Vorbehalt gegenüber bleibt schon die Tatsache entscheidend, daß der Rheinpakt nicht etwa nur auf Garantieverpflichtungen Großbritanniens und Italiens, sondern primär auf den im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland festgesetzten Verpflichtungen beruht.

Es kommt deshalb allein darauf an, ob sich Frankreich bei der Uebernahme dieser Vertragsverpflichtungen in jenen Grenzen gehalten hat,

die ihm im Verhältnis zu Deutschland durch den Rheinpakt auferlegt worden sind.

Das aber muß die Deutsche Regierung verneinen.

Der Rheinpakt sollte das Ziel verwirklichen, den Frieden im Westen Europas dadurch zu sichern, daß Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits in ihrem Verhältnis zueinander für alle Zukunft auf die Anwendung militärischer Gewalt verzichten. Wenn bei dem Abschluß des Paktes bestimmte Ausnahmen von diesem Kriegsverzicht über das Recht der Selbstverteidigung hinaus zugelassen wurden, so lag, wie allgemein bekannt, der politische Grund hierfür allein darin, daß Frankreich schon vorher gegenüber Polen und der Tschechoslowakei bestimmte Bündnispflichten übernommen hatte, die es der Idee der absoluten Friedenssicherung im Westen nicht opfern wollte. Deutschland hat sich aus seinem guten Gewissen heraus damals mit diesen Einschränkungen des Kriegsverzichts abgefunden. Es hat die von dem Vertreter Frankreichs auf den Tisch von Locarno gelegten Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei nicht beanstandet, allein unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese Verträge sich an die Konstruktion des Rheinpaktes anpaßten und keinerlei Bestimmungen über die Handhabung des Art. 16 der Völkerbundssatzung enthielten, wie sie in den neuen französisch-sowjetischen Abmachungen vorgesehen sind. Dem entsprach auch der damals der Deutschen Regierung bekanntgewordene Inhalt dieser Sonderabmachungen. Die im Rheinpakt zugelassenen Ausnahmen sind allerdings nicht ausdrücklich auf Polen und die Tschechoslowakei abgestellt, sondern abstrakt formuliert worden. Es war aber der Sinn aller hierauf bezüglichen Verhandlungen, nur einen Ausgleich zwischen dem deutsch-französischen Kriegsverzicht und dem Wunsche Frankreichs nach Aufrechterhaltung seiner schon bestehenden Bündnisverpflichtungen zu finden. Wenn sich daher Frankreich die abstrakte Formulierung der im Rheinpakt zugelassenen Kriegsmöglichkeiten jetzt zunutze macht, um ein neues Bündnis mit einem militärisch hochgerüsteten Staat gegen Deutschland abzuschließen, wenn es so die Tragweite des von ihm mit Deutschland vereinbarten Kriegsverzichts weiterhin und in so entscheidender Weise einschränkt und wenn es dabei, wie oben dargelegt, nicht einmal die festgesetzten formellen rechtlichen Grenzen innehält, so hat es damit eine völlig neue Lage geschaffen und das politische System des Rheinpaktes sowohl dem Sinne nach als auch tatsächlich zerstört.

Die letzten Debatten und Beschlüsse des französischen Parlaments haben erwiesen, daß Frankreich trotz der deutschen Vorstellungen entschlossen ist, den Pakt mit der Sowjetunion endgültig in Kraft zu setzen, ja, eine diplomatische Unterredung hat ergeben, daß sich Frankreich schon jetzt an die von ihm geleistete Unterzeichnung dieses Paktes vom 2. Mai 1935 als gebunden ansieht. Gegenüber einer solchen Entwicklung der europäischen Politik kann aber die Deutsche Reichsregierung, will sie nicht die ihr pflichtgemäß anvertrauten Interessen des deutschen Volkes verwahrlosen lassen oder preisgeben, nicht untätig bleiben.

Die Deutsche Regierung hat bei den Verhandlungen der letzten Jahre stets betont, alle sich aus dem Rheinpakt ergebenden Verpflichtungen so lange zu halten und erfüllen zu wollen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakte zu stehen. Diese selbstverständliche Voraussetzung kann jetzt als von seiten Frankreichs nicht mehr erfüllt angesehen werden. Frankreich hat die ihm von Deutschland immer wieder gemachten freundschaftlichen Angebote und friedlichen Versicherungen unter Verletzung des Rheinpaktes mit einem

ausschließlich gegen Deutschland gerichteten militärischen Bündnis mit der Sowjetunion beantwortet. Damit hat der Rheinpakt von Locarno aber seinen inneren Sinn verloren und praktisch aufgehört, zu existieren. Deutschland sieht sich daher auch seinerseits nicht mehr als an diesen erloschenen Pakt gebunden an. Die Deutsche Regierung ist nunmehr gezwungen, der durch dieses Bündnis neugeschaffenen Lage zu begegnen, einer Lage, die dadurch verschärft wird, daß der französisch-sowjetische Vertrag seine Ergänzungen in einem genau parallel gestalteten Bündnisvertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion gefunden hat. Im Interesse des primitiven Rechts eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Verteidigungsmöglichkeiten hat daher die Deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der demilitarisierten Zone des Rheinlandes wiederhergestellt.

Um aber jeder Mißdeutung ihrer Absichten vorzubeugen und den rein defensiven Charakter dieser Maßnahmen außer Zweifel zu stellen, sowohl als ihrer ewig gleichbleibenden Sehnsucht nach einer wirklichen Befriedung Europas zwischen gleichberechtigten und gleichgeachteten Staaten Ausdruck zu verleihen, erklärt sich die Deutsche Reichsregierung bereit, auf der Grundlage der nachstehenden Vorschläge neue Vereinbarungen für die Aufrichtung eines Systems der europäischen Friedenssicherung zu treffen.

1. Die Deutsche Reichsregierung erklärt sich bereit, mit Frankreich und Belgien über die Bildung einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone sofort in Verhandlungen einzutreten und einem solchen Vorschlag in jeder Tiefe und Auswirkung unter der Voraussetzung der vollkommenen Parität von vornherein ihre Zustimmung zu geben.

2. Die Deutsche Reichsregierung schlägt vor, zum Zwecke der Sicherung der Unversehrbarkeit und Unverletzbarkeit der Grenzen im Westen einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abzuschließen, dessen Dauer sie bereit ist, auf 25 Jahre zu fixieren.

3. Die Deutsche Reichsregierung wünscht England und Italien einzuladen, als Garantiemächte diesen Vertrag zu unterzeichnen.

4. Die Deutsche Reichsregierung ist einverstanden, falls die Königlich Niederländische Regierung es wünscht, und die anderen Vertragspartner es für angebracht halten, die Niederlande in dieses Vertragssystem einzubeziehen.

5. Die Deutsche Reichsregierung ist bereit, zur weiteren Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen zwischen den Westmächten einen Luftpakt abzuschließen, der geeignet ist, der Gefahr plötzlicher Luftangriffe automatisch und wirksam vorzubeugen.

6. Die Deutsche Reichsregierung wiederholt ihr Angebot, mit den im Osten an Deutschland grenzenden Staaten ähnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschließen. Da die litauische Regierung in den letzten Monaten ihre Stellung dem Memelgebiet gegenüber einer gewissen Korrektur unterzogen hat, nimmt die Deutsche Reichsregierung die Litauen betreffende Ausnahme, die sie einst machen mußte, zurück und erklärt sich unter der Voraussetzung eines wirksamen Ausbaues der garantierten Autonomie des Memelgebietes bereit, auch mit Litauen einen solchen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

7. Nach der nunmehr erreichten endlichen Gleichberechtigung Deutschlands und der Wiederherstellung der vollen Souveränität über das gesamte deutsche Reichsgebiet sieht die Deutsche Reichsregierung den Hauptgrund für den seinerzeitigen Austritt aus dem Völkerbund als be-

hoben an. Sie ist daher bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten. Sie spricht dabei die Erwartung aus, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatutes von seiner Versailler Grundlage geklärt wird."

Der Führer endete seine große Reichstagsrede mit den Worten:

„Ich kann diese geschichtliche Periode der Wiederherstellung der Ehre und Freiheit meines Volkes nicht abschließen, ohne das deutsche Volk nunmehr zu bitten, mir und damit allen meinen Mitarbeitern und Mitkämpfern die nachträgliche Zustimmung zu erteilen zu all dem, was ich in diesen Jahren an oft scheinbar eigenwilligen Entschlüssen, an harten Maßnahmen durchführen und an großen Opfern fordern mußte.

Reichstags-auflösung

Ich habe mich deshalb entschlossen, am heutigen Tage den Deutschen Reichstag aufzulösen, damit das deutsche Volk sein Urteil abzugeben vermag über meine und meiner Mitarbeiter Führung.

In diesen drei Jahren hat Deutschland wieder zurückerhalten seine Ehre, wiedergefunden seinen Glauben, überwunden seine größte wirtschaftliche Not und endlich einen neuen kulturellen Aufstieg eingeleitet. Dies glaube ich vor meinem Gewissen und vor meinem Gott aussprechen zu dürfen. Ich bitte jetzt das deutsche Volk, mich in meinem Glauben zu stärken und mir durch die Kraft seines Willens auch weiterhin die eigene Kraft zu geben, um für die Ehre und seine Freiheit jederzeit mutig eintreten und für sein wirtschaftliches Wohlergehen sorgen zu können. Und mich besonders zu stärken in meinem Ringen um einen wahrhaften Frieden."

Die Auflösungsbotschaft des Führers hatte folgenden Wortlaut:

„In der Absicht, dem deutschen Volke die Gelegenheit zu geben, der mit dem heutigen Tage abgeschlossenen dreijährigen Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reiches, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben nach einer wahren Völkerversöhnung und -verständigung auf den Grundlagen gleicher Rechte und gleicher Pflichten, seine feierliche Zustimmung erteilen zu können, löse ich den Reichstag mit Ablauf des 28. März 1936 auf. Die Neuwahlen zum Reichstag finden am Sonntag, dem 29. März 1936, statt."

Wiederbesetzung des Rheinlandes

Das Echo im deutschen Volke war ungeheuer. Vor allem im befreiten Rheinland kannte die Begeisterung keine Grenzen. Doch während in Köln, in Mainz, in Düsseldorf die ersten deutschen Truppen, mit Blumen geschmückt, unter dem Jubel der rheinischen Bevölkerung und unter dem Läuten der Glocken einzogen, zeigten die Pressestimmen in England, Frankreich und Belgien, die sofort einsetzende Konsultierung zwischen den Locarno-Mächten, das „Unannehmbar" in dem Communiqué des französischen Ministerrats vom 8. März und die ebenso ungezügelte wie von Irrtümern erfüllte Rundfunkrede des französischen Ministerpräsidenten Sarraut, wie verständnislos die ausländischen Staatsmänner dem deutschen Friedensmemorandum gegenüberstanden. Allerdings verhinderte die wesentlich ruhigere Beurteilung in England, daß dem unsinnigen und gefährlichen französischen Wunsch nach „Sühnemaßnahmen" Folge geleistet

Die Haltung des Auslandes

wurde. Die Erklärungen, die Baldwin und Eden vor dem Unterhaus (9. März) abgaben, unterschieden sich sowohl im Ton wie in sachlicher Hinsicht wesentlich von den Geschichtsklitterungen Sarrauts oder seines Außenministers Flandin, dessen Erklärungen vom Abend des 7. März betr. die „falsche deutsche Auslegung des französisch-sowjetrussischen Paktes“, das deutsche (!) Nichteingehen auf englisch-französische Vorschläge usw. von deutscher Seite aus richtiggestellt werden mußten.

In Belgien zeigte man sich nicht geneigt, dem Beispiel des sich so kriegerisch gebärdenden Frankreich zu folgen, sondern hielt sich mehr an die von England, dem einen Garanten des Locarno-Paktes, eingehaltene Linie. Der andere Garant, Italien, war nach dem gegen ihn gerichteten Sanktionskesseltreiben der westeuropäischen Mächte völlig desinteressiert an irgendwelchen kollektiven Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland. — Während in Berlin Anfang März eine deutsch-litauische Unterhaltung über die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen stattfand, erläuterte der Führer und Reichskanzler am 11. März in München in einem Interview mit Ward Price nochmals seinen letzten Friedensplan, wobei er betonte, daß die Friedensgarnisonen im Rheinland keine Offensivzwecke hätten; von dem deutschen Memorandum vom 7. März betonte der Führer:

Führer-Interview mit Ward Price

„Ich glaube, daß, wenn die Vorschläge der Deutschen Reichsregierung akzeptiert werden, nachträglich einmal festgestellt werden wird, daß damit Europa und dem Frieden ein großer Dienst erwiesen wurde.“

Leider fehlte es dafür den in Paris und dann in London tagenden Locarno-Mächten ebenso wie den zum 14. März auf Anrufung der französischen und belgischen Regierung hin dort einberufenen Völkerbundsratsmitgliedern an der nötigen Einsicht. — Am 12. März veröffentlichte das DNB. nochmals eine zusammenfassende Erklärung der Reichsregierung zum Locarno-Pakt, die folgenden Wortlaut hat:

Beratungen der Locarno-Mächte und des Völkerbundsrates

Weitere deutsche Erklärung zur Rheinlandbesetzung

„1. Frankreich hatte vor dem Locarno-Pakt folgende Militärbündnisse bereits abgeschlossen, die im Falle eines Angriffs Deutschlands auf Frankreich wirksam werden sollten:

a) mit Belgien,
b) mit der Tschechoslowakei,
c) mit Polen.

Da es sich bei diesen Bündnissen nach der Mitteilung der französischen und der anderen Regierungen um Defensiv-Bündnisse handelte, Deutschland aber keinerlei aggressive Absichten gegen Frankreich oder die anderen Staaten besitzt, wurden sie auch nicht als im Widerspruch zum Locarno-Pakt stehend angesehen und damit auch von Deutschland ohne weiteres akzeptiert.

2. Frankreich hat an der deutschen Grenze seit dem Friedensschluß eine ungeheuere Truppenmassierung vorgenommen. Die französische Grenze wurde außerdem mit dem gewaltigsten Festungsschutz aller Zeiten versehen. Die militärischen Autoritäten aller Staaten sind sich darin einig, daß ein Angriff gegen dieses Festungssystem nach menschlichem Ermessen aussichtslos ist. Da Deutschland keine aggressiven Absichten gegen Frankreich hat, erhob und erhebt es auch dagegen keinerlei Einwendungen.

3. Frankreich hat nunmehr ein weiteres Militärbündnis abgeschlossen mit Sowjetrußland. Das Funktionieren dieses Bündnisses ist aber nicht mehr abhängig von einer vorliegenden Feststellung des Völkerbundes, sondern von zu treffenden Entscheidungen in eigener Sache.

Dieses neue Bündnis erhält jedoch seinen besonderen Charakter durch die unbestrittene Tatsache, daß das geistige System des heutigen Regimes in Rußland nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich die Weltrevolution fordert, d. h. also eine bewußt imperialistische und angriffsweise Parole verkündet.

Schon vor dem Abschluß dieses Bündnisses hatte Frankreich als Garanten für seine Unversehrtheit:

a) sich selbst, d. h. ein Mutterland und Kolonien mit nahezu 100 Millionen Menschen;
b) Großbritannien;
c) Belgien;
d) Polen;
e) Tschechoslowakei.

Durch den Vertrag von Locarno war endlich auch noch Italien als Garantiemacht hinzugekommen.

4. Zu dieser geschichtlich noch nie dagewesenen Garantie der Unversehrtheit eines Staates glaubte Frankreich sich noch außerdem die Unterstützung des sowjetrussischen Riesenreiches mit über 175 Millionen Menschen versichern zu müssen.

Dazu muß bemerkt werden, daß von deutscher Seite aus niemals auch nur der geringste Anlaß gegeben wurde, der auf eine Bedrohung Frankreichs hätte schließen lassen können. Daß Deutschland gegen die defensiven Sicherungen, die Frankreich glaubte für seine Unversehrtheit vornehmen zu müssen, keinen Einwand erhoben hatte, da ihm aggressive Absichten vollständig fehlten und daß es damit auch keinerlei Bedenken wegen dieser französischen Sicherungsmaßnahmen vortrug.

Glaubte aber Frankreich, sich nach dem Abschluß des Locarno-Paktes aus irgendeinem Grund trotzdem noch eine neue Sicherung zulegen zu sollen, dann hätte die französische Regierung dies zumindest den Mächten des Locarno-Paktes vorher mitteilen müssen, um zu versuchen, diese neue Sicherung entweder in den Locarno-Pakt selbst einzubauen oder wenigstens mit ihm in vollkommene Uebereinstimmung zu bringen.

Als im Frühjahr 1935 die ersten Nachrichten über militärische Abmachungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland durchsickerten, wurden diese zunächst bestritten. Als dann in der französischen Kammer der Abgeordnete Archimbaud erklärte, daß sich Rußland verpflichtet habe, Frankreich mit seiner gesamten Armee zur Verfügung zu stehen, wurde dies zum zweitenmal als unrichtig und den Tatsachen nicht entsprechend abgetan. Endlich aber wurde doch bekannt, daß

eine solche militärische Abmachung bestand, und nun auch der Welt allmählich mitgeteilt.

Dieses Bündnis erhielt nunmehr jene Fassung, die besagt, daß zum Unterschied gegenüber den französisch-polnischen und französisch-tschechischen Sonderverträgen in diesem Falle ohne Rücksicht auf Feststellungen des Völkerbundsrates oder der Locarno-Mächte von den vertragschließenden Teilen auch eigene Entscheidungen über Angreifer und Beistand vorwegnehmend getroffen werden könnten.

Es ergibt sich damit folgende tatsächliche Situation:

Frankreich hat zum Schutz seiner bedroht behaupteten Unabhängigkeit

1. das größte Festungsnetz aller Zeiten an der deutschen Grenze errichtet.

2. Als Garanten seiner Unversehrtheit legal gebunden Großbritannien mit seinen gesamten Streitkräften zu Lande und zur See, Italien, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei, Rußland mit allein mehr als 17 Millionen Soldaten und Frankreich selbst. Diese Staaten besitzen eine Friedensstärke von über 3 Millionen Mann, eine Kriegsstärke von rund 30 Millionen Mann.

Diesen geschichtlich ebenso gewaltigen wie einmaligen Garantien gegenüber erklärt Frankreich, daß es außerdem noch zu seiner Sicherheit vor seinem größten Festungsgürtel der Welt eine für jeden Angriff offene, weil entmilitarisierte Zone des Deutschen Reiches benötige. Und erklärt weiter, daß, nachdem Deutschland, veranlaßt durch das letzte Vorgehen Frankreichs, den Locarno-Pakt als damit gebrochen erklärte und seine souveränen Hoheitsrechte in seinem eigenen Reichsgebiet wieder ausübt, die nunmehr dort eingerückten 19 Bataillone eine Bedrohung der von fast der halben Welt garantierten französischen Sicherheit darstellten.

Die Reichsregierung erklärt dazu nun folgendes:

Deutschland hat diese geringfügige Besatzung in seinem eigenen Hoheitsgebiet zunächst überhaupt nur vorgenommen, um der französischen Regierung und besonders dem französischen Volk jeden Anlaß zu nehmen, zu befürchten, Deutschland setze Frankreich unter irgendeinen Druck, um es so zu Verhandlungen unter etwa unwürdigen Begleitumständen zu veranlassen.

Darüber hinaus aber hat Deutschland das großzügigste Angebot zur Befriedung Europas gemacht, das überhaupt möglich ist. Dieses Angebot erhält seine besondere Bedeutung dadurch, daß es von einer nationalen deutschen Regierung ausgeht, die sich im vollkommenen Vertrauen des Volkes befindet und die damit im höchsten Auftrage dieses Volkes handelt. Es erhält aber seinen geschichtlichen Wert nur durch die tatsächliche Voraussetzung, daß es das erste allgemeine europäische Abkommen sein muß, das seit dem Friedensvertrage von Versailles ohne jeden Zwang von seiten aller Beteiligten abgeschlossen werden kann und das keinerlei neue Diskriminierung für irgendeinen Staat enthält.

Dies ist aber die erste unabänderliche Voraussetzung für ein erfolgreiches und damit segensreiches Wirksamwerden dieses Angebots.

Denn Deutschland hätte natürlich auch einen anderen Weg zu gehen vermocht:

Es hatte den durch den französisch-sowjetischen Vertrag praktisch aufgehobenen Locarno-Pakt auch für Deutschland als erloschen bezeichnen können, um sich unter Verzicht auf eine direkte militärische Besetzung des Rheinlandes, aber unter Berufung und Auswertung der eigenen na-

tionalen Kraft von jeder europäischen weiteren Zusammenarbeit zurückzuziehen. Die Deutsche Reichsregierung hat es aber abgelehnt, einen Weg einzuschlagen, der nur zu einer negativen weiteren Zerreißung Europas geführt haben würde, sondern versucht, einen großen konstruktiven Plan zur endgültigen Befriedung dieses Kontinents vorzulegen.

Sie wünscht daher auch nichts sehnlicher, als mit Frankreich und den anderen europäischen Mächten in aufrichtige Verhandlungen einzutreten über die Realisierung dieses Planes, und sie hat deshalb, um von der französischen Volksseele auch jeden Schein eines bedrückenden Fait accompli oder gar einer Bedrohung zu nehmen, die Remilitarisierung ihres eigenen Gebietes zunächst in einer Form vollzogen, die tatsächlich nur als symbolhaft zu werten ist.

Sie ist weiterhin, wenn dies als nützlich empfunden wird, bereit, für die Dauer der Verhandlungen zu erklären, daß sie hierin unter Voraussetzung einer analogen Einstellung der französischen und belgischen Regierungen auch keine Aenderung eintreten lassen wird.

Sie würde jedoch unter keinen Umständen auf irgendwelche souveränen Hoheitsrechte Verzicht leisten in der Ueberzeugung, daß damit auch die zukünftige Befriedung Europas schon wieder auf solchen erzwungenen Verzichten und damit moralischen Diskriminierungen aufgebaut würde, die dann den Keim der nagenden Schande einerseits und damit der latenten Unzufriedenheit andererseits in sich tragen müßten.

Was aber die Deutsche Regierung anstrebt, ist nicht der Abschluß von Verträgen, die, weil für ein ehrliebendes und anständiges Volk mit moralischen Belastungen verknüpft, äußerlich und innerlich doch wieder unglaubhaft blieben, sondern die Herstellung einer wirklichen und tatsächlichen Befriedung Europas für das nächste Vierteljahrhundert. Und zwar einer Befriedung, die in sich den Charakter einer unbedingten europäischen Rechtsordnung besitzt, die sich aufbaut auf den freien Entschlüssen gleichberechtigter europäischer Völker und Staaten. Und nur, was unter solchen Voraussetzungen dann unterzeichnet wird, kann infolge seiner Uebereinstimmung mit den Ehrbegriffen der Nationen auch mit Ehren gehalten werden und wird, insoweit es sich um Deutschland handelt, genau so ehrenhaft eingehalten werden.

Sollte diese Auffassung aber nicht die Zustimmung der anderen Regierungen erfahren, dann wird die deutsche Regierung selbstverständlich ihre Vorschläge zurückziehen und, bauend auf die Zuverlässigkeit, die Treue und den geschichtlichen Opfermut und Opfersinn des deutschen Volkes, von nun an lieber eine ehrenhafte Vereinsamung wählen, denn als diskriminierte Nation in der Gemeinschaft anderer zu leben."

Das Ergebnis der „Locarno-Verhandlungen"

Die Locarno-Verhandlungen in London (12. bis 21. März) können in ihren einzelnen Phasen in dem uns gesteckten Rahmen nicht behandelt werden. Als praktisches Ergebnis haben sie den Sieg des Wirklichkeitssinnes über die Sanktionsphantasien gebracht, wobei Litwinow immerhin den „Triumph" genießen konnte, über Deutschlands Schritt vom 7. März mit zu Gericht sitzen zu dürfen. Deutschland sagte auf englische Anfrage vom 12. März zu, freiwillig bis auf weiteres keine Erhöhung der im Rheinland stationierten Truppen vorzunehmen und diese auch nicht näher an die französische

oder belgische Grenze heranzuführen, und nahm schließlich, nachdem Reichsaußenminister Freiherr von Neurath auf Rückfrage vom Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, die Zusicherung der Gleichberechtigung bei der Beratung und Beschlußfassung erhalten hatte, vom 19. ab an den Verhandlungen des Völkerbundsrates teil, wozu die Reichsregierung am 14. telegrafisch eingeladen worden war.

„Verurteilung" Deutschlands

Führer der deutschen Delegation war Botschafter von Ribbentrop, der am 19. März nochmals in einer großangelegten Rede die Ansicht Deutschlands vor dem Völkerbundsrat darlegte. Trotzdem fällte der Völkerbundsrat am Nachmittag des gleichen Tages ein „Urteil" gegen Deutschland, das — wie von Ribbentrop erklärte — „vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen wird" — genau so wenig wie jener Richterspruch bestehen wird, der am 17. April 1935 in Genf gegen das Reich, das sich seine Wehrfreiheit zurückeroberte, gefällt worden war (siehe Band 1935, Seite 161). Der Entschließungsentwurf, der einstimmig — bei Stimmenthaltung Chiles — angenommen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des am 8. März erfolgten Ersuchens Belgiens und Frankreichs befindet der Völkerbundsrat, daß die Deutsche Regierung einen Bruch des Artikels 43 des Versailler Vertrages beging, indem sie am 7. März 1936 veranlaßte, daß militärische Streitkräfte in die demilitarisierte Zone einmarschierten und sich dort festsetzten, eine Maßnahme, auf die sich der Artikel 42 und die nachfolgenden Artikel des Versailler Vertrages und des Vertrages von Locarno beziehen. Der Völkerbundsrat beauftragt den Generalsekretär, unter Bezugnahme auf Artikel 4, Absatz 2 des Locarno-Vertrages, über diesen Befund des Völkerbundsrates ohne Verzögerung die Signatarmächte dieses Vertrages zu verständigen." —

Locarno-Memorandum

Am Abend des ereignisreichen 19. März wurde von den Vertretern der vier Locarno-Mächte — Belgien, Frankreich, England und Italien — ein Memorandum verfertigt, das der „Völkische Beobachter" vom 22. März sehr treffend als „Kollektive Unverschämtheit" bezeichnete. Dieses Locarno-Memorandum, das nach neuerlicher Feststellung des Bruchs des Artikels 43 des Versailler Vertrages durch Deutschland und der Anprangerung Deutschlands als „Unruheelement in den internationalen Beziehungen" mitteilt, daß die Generalstäbe der Locarno-Mächte in Fühlungnahme getreten sind und daß Deutschland seine Argumente dem Internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten und dessen Entscheidung als endgültig anzusehen habe, — das dann Deutschland einseitige Verpflichtungen zumutet und die Stationierung internationaler Truppenkontingente im Rheinland (!) vorsieht, — das schließlich bei deutschem Wohlverhalten die Behandlung eines Teiles (!) der deutschen Vorschläge und Wünsche

auf einer Riesenkonferenz zur Verwirklichung der imaginären „Abrüstung" und der ebenso imaginären „kollektiven Sicherheit" in Aussicht gestellt — dieses Memorandum wurde von der Deutschen Regierung (entsprechend den Andeutungen, die Botschafter von Ribbentrop in einem Interview mit Ward Price am 24. März gemacht hatte) mit einer vorläufigen deutschen Antwortnote erwidert. Sie wurde am 24. März in London überreicht. Wir zitieren daraus folgende entscheidende Stellen:

Deutsche Antwortnote

„... Dauernde Vereinbarungen der europäischen Nationen mit dem Ziel einer wirklichen Garantierung des Friedens können nur abgeschlossen werden in einer Atmosphäre der verständnisvollen Anerkennung und Berücksichtigung der natürlichen gleichen Lebens- und politischen Rechte aller daran beteiligten Völker..

Der Vorschlag für einen Vertragsentwurf, der der Deutschen Regierung durch den britischen Staatssekretär, Mr. Eden, überreicht wurde, läßt aber jede Voraussetzung für die erfolgreiche Organisierung eines wirklichen dauerhaften Friedens vermissen, da er sich zunächst aufbaut auf einer neuen, für eine große Nation untragbaren Diskriminierung und auf einer abermals von vornherein schon versuchten Festlegung der Nichtgleichberechtigung Deutschlands mit den anderen Staaten.

Würde die Deutsche Reichsregierung zu diesem Vorschlage ihre Zustimmung aussprechen, so würde sie teilhaben an der Schuld einer sich daraus zwangsläufig ergebenden, fortgesetzten inneren Ablehnung der unter solchen Voraussetzungen dem deutschen Volk aufgenötigten demütigenden Unterwerfung.

Dies wird die Deutsche Reichsregierung jedoch nicht tun."

Die eingehende Stellungnahme wurde für den 31. März, d. h. nach den Reichstagswahlen, angekündigt. Und während der Völkerbundsrat sich am 4. März „bis auf weiteres" vertagte —, während Eden in der außenpolitischen Aussprache des englischen Unterhauses vom 26. März Erläuterungen zum Locarno-Memorandum machte und Lloyd George, wie schon mehrmals, vor Militärpakten warnte —, während einige Tage später der französische Außenminister Flandin im Rundfunk gehässige Ausfälle gegen den Führer und das nationalsozialistische Deutschland machte, — war im Reich die Propaganda zur Volksabstimmung vom 29. März auf dem Höhepunkt angelangt. Und als dann am späten Abend des historischen Wahltages das Resultat in aller Welt bekannt wurde, da war das mehr als nur eine politische Sensation ersten Ranges: es war das in der Geschichte beispiellose Wunder von dem Volke, das sich in breiter, lückenloser Front hinter seinen Führer stellt. „Hitler noch einmal gewählt" überschrieb „Nation Belge" ihren Bericht. Ueber die außenpolitische Wirkung des Wahlergebnisses waren sich alle Stimmen der Auslandspresse einig: Das deutsche Volk hatte die Antwort auf das Locarno-Memorandum gegeben!

Rheinlandbefreiung und Volksabstimmung

4. Abschnitt:

Neuwahl des Deutschen Reichstags — Arbeit am staatlichen Aufbau

Am Tage der im vorhergehenden Abschnitt wiedergegebenen „Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Auflösung und Neuwahl des Reichstags (7. März) verabschiedete die Reichsregierung auch das „Gesetz über das Reichstagswahlrecht", das insbesondere bestimmt, wer Reichstagswähler ist: Gesetz über das Reichstagswahlrecht

Das Gesetz fußt auf dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 und der zu ihm erlassenen Ersten Verordnung vom 14. November 1935 (siehe Band 1935, Seite 277 bis 281). Wahlberechtigt sind danach die deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, die bis zum Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind also Juden, d. h. solche Personen, die von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großelternteilen abstammen. Ferner sind nicht wahlberechtigt diejenigen deutschen Staatsangehörigen, die nach der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz als Juden gelten, d. h. die von zwei volljüdischen Großeltern abstammenden jüdischen Mischlinge, die am 30. September 1935 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben oder nach dem 30. September 1935 in sie aufgenommen sind, oder die am 30. September 1935 mit einem Juden verheiratet waren oder sich nach dem 30. September 1935 mit einem Juden verheiratet haben.

Juden, sowie diejenigen jüdischen Mischlinge, auf die die vorgenannten Voraussetzungen zutreffen, haben sonach der Wahlurne fernzubleiben, auch dann, wenn sie versehentlich in die Wahllisten eingetragen sind. Geben sie dennoch eine Stimme ab, so machen sie sich nach § 2 des Gesetzes über das Reichstagswahlrecht strafbar.

Die Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechts, d. h. über den Kreis der Wahlberechtigten, sind im übrigen gegenüber dem früheren Zustand in keiner Weise geändert. Wahlberechtigt sind wie früher alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht vom Wahlrecht wegen Entmündigung oder wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte ausgeschlossen sind. Das Wahlrecht der Soldaten ruht wie bisher.

Auch am Wahlverfahren hat sich nichts geändert. Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis bleiben unberührt.

Auf Grund des neuen Gesetzes sind auch Wahlberechtigte wählbar, die noch nicht ein Jahr die Reichsangehörigkeit besitzen.

Wie bisher sind Auslandsdeutsche, die sich am Wahltage in Deutschland aufhalten, wahlberechtigt. Auch die Bestimmungen über Wahlen auf hoher See und über die Stimmabgabe an Bahnhöfen gelten für die bevorstehende Wahl.

Erste Verordnung zur Reichstagswahl

In der „Ersten Verordnung zur Reichstagswahl" vom gleichen Tage (7. März) wurde die Auslegung der Stimmlisten auf den 21. und 22. März festgesetzt. Weitere Bestimmungen betrafen die Stimmscheine für Auslandsdeutsche und Angehörige der Besatzung von See- und Binnenschiffen, sowie Stimmabgabe im Reiseverkehr für Reisende mit Stimmscheinen. (Auf einigen großen Uebergangsbahnhöfen des innerdeutschen Personenverkehrs und an der Reichsgrenze wurden besondere Abstimmungsräume eingerichtet.) In der Verordnung wurden des weiteren die vor oder nach dem Wahltag stattfindenden Seemannswahlen und die Abstimmung auf Seefahrzeugen (die Bordabstimmung) geregelt, — ebenso die Beteiligung, die Wahlzeit und die Wahlorte für den Arbeitsdienst.

Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der Vertrauensräte

Mit Rücksicht auf die Reichstagswahl fielen die für den 3. und 4. April vorgesehenen Vertrauensratswahlen aus. Die Amtsdauer der bestehenden Vertrauensräte wurde am 31. März (durch das „Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der Vertrauensräte") um ein Jahr verlängert. —

Der Reichstagswahlkampf

Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes übertrug der Führer dem Reichspropagandaleiter der NSDAP., Reichsminister Pg. Dr. Goebbels, als dem Reichswahlkampfleiter für die Neuwahl des Deutschen Reichstags. Adolf Hitler sprach am 8. März in einer Führerkundgebung im ehemaligen Herrenhaus vor den versammelten Reichsleitern, Gauleitern, Gaupropagandaleitern, Reichsrednern und den Mitgliedern der Reichspropagandaleitung der NSDAP. über die politischen Gesichtspunkte des bevorstehenden Wahlkampfes.

Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels eröffnete den Wahlkampf für die Neuwahl des Deutschen Reichstags am 10. März mit einer Kundgebung in der Deutschlandhalle in Berlin. — Diese Kundgebung wurde auf 230 Parallelversammlungen — sowohl im Sportpalast wie in zahlreichen anderen Berliner Sälen — übertragen. In seiner Rede gab Pg. Dr. Goebbels einen umfassenden Ueberblick über die gewaltigen Erfolge der nationalsozialistischen Regierung seit der Machtergreifung. Vor allem wies er auf die außenpolitische Bedeutung der Ereignisse vom 7. März hin und stellte die Tatsache fest: Der Führer hat den historischen Akt vollzogen, um die Gleichberechtigung des deutschen Volkes, die überhaupt erst die Grundlage jedes wahren Vertrages ist, herzustellen. Dazu soll sich das deutsche Volk am 29. März bekennen. Pg. Dr. Goebbels führte aus:

> „Das Deutschland der Schwäche und des Verfalls konnte gar keine Pakte abschließen, denn jeder Pakt mußte ihm die Lebensmöglichkeit einengen. Das Deutschland der Stärke, der Ehre, der Freiheit und der vollkommenen Souveränität über sein Reichsgebiet, das kann wieder

> Verträge abschließen, denn es fühlt sich nun gleichberechtigt und kann so wieder als Nation ersten Ranges in den Kreis der anderen Nationen eintreten.
>
> Wenn nun Deutschlands Führer als Erster die Realitäten sieht, wie sie sind, und die Wahrheit sagt, auch wenn sie unbequem ist, dann muß die Welt auf ihn hören. Er tut damit nichts anderes, als was er schon immer in Deutschland getan hat, und sein Bemühen um den Frieden in der Welt wird einmal ebenso von Erfolg gekrönt werden, wie es in Deutschland von Erfolg gekrönt war!"

Alle führenden Männer der NSDAP. griffen selbst in den Wahlkampf ein und sprachen in zahlreichen Versammlungen. Ganz Deutschland stand zusammen, um sein einmütiges Bekenntnis abzulegen zum historischen Ereignis vom 7. März 1936, zur Wiederbesetzung des Rheinlandes, die zur zwingenden Notwendigkeit geworden war, nachdem der französisch-sowjetrussische Pakt den bolschewistischen Koloß als furchtbare Gefahr in die europäische Politik geschoben hatte. „Nirgends wird Europa heute bewußter verteidigt, als in Berlin!" konnte Pg. Alfred Rosenberg mit Recht sagen (am 21. März in einer Großkundgebung in Zwickau).

Deutschlandreise des Führers

Den Mittelpunkt des Wahlkampfes bildete die Deutschlandreise des Führers mit elf gewaltigen Kundgebungen, deren erste am 12. März in Karlsruhe stattfand. Im ganzen Reiche (München, Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Breslau, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen) sammelte sich das Volk in den riesigen Führer-Versammlungen. Ihren Höhepunkt und Abschluß fand die Deutschlandreise Adolf Hitlers mit den Kundgebungen im befreiten Rheinland — in Essen (27. März) und Köln (28. März) —, die beide über alle deutschen Sender übertragen wurden.

Die Reden Adolf Hitlers rüttelten die Nation auf und erinnerten die Volksgenossen daran, daß das Werk des Führers in allem und jedem der Volksgemeinschaft gehört, daß seine Leistungen nicht um einzelner, sondern um der Gesamtheit willen bewirkt worden sind und dem ganzen deutschen Volke dienen.

> „Ich diene keinem Arbeitgeber und keinem Arbeitnehmer und keinem Stand, ich gehöre ausschließlich dem deutschen Volk! Was ich auch unternommen habe, ich habe es immer getan in der Ueberzeugung: es muß geschehen für unser Volk! — Wenn ich für den deutschen Bauern eintrete, dann um des Volkes willen. Ich habe keinen Erbhof und kein Rittergut. Ich trete aber ein für meinen deutschen Bauern, weil ich weiß: in ihm liegt die Grundlage der deutschen Kraft! Ohne ihn geht Deutschland zugrunde. Ich trete nicht ein für die Bewaffnung des deutschen Volkes, weil ich ein Aktionär bin. Ich glaube, ich bin vielleicht der einzige Staatsmann der Welt, der kein Bankkonto besitzt. Ich habe keine Aktie, ich habe keinen Anteil an irgendeinem Unternehmen. Ich beziehe keine Dividende. Was ich aber will, ist, daß mein Volk stark wird und so bestehen kann auf dieser Welt. Das ist mein Wille!" (Kundgebung in Essen am 27. März.)

Klar und ungeschminkt erfuhr das deutsche Volk die außenpolitische Entwicklung:

„Sie wissen selbst, wie oft ich den anderen die Hand hingehalten habe. Ich erfuhr stets nur Ablehnung. Ich habe einst den Vorschlag gemacht, alle sollten, damit sich niemand bedroht fühlen könne, vollständig abrüsten. Wir sind bereit dazu, wenn die anderen es auch sind. Man hat das abgelehnt. Ich erklärte mich bereit, eine 200000-Mann-Armee zu akzeptieren. Man hat das auch abgelehnt. Ich erklärte mich dann bereit, mich mit einer 300000-Mann-Armee zu begnügen. Auch das wurde abgelehnt. Endlich erklärte ich mich zu einem Luftabkommen unter gleichen Bedingungen bereit. Man hat das abermals abgelehnt. Ich habe dann aus unserem eigenen moralischen Recht heraus die deutsche Gleichberechtigung selbst hergestellt, und zwar dann, als der andere Vertragspartner sich selbst dem Geiste und dem Sinne nach vom Vertrage gelöst hatte." (Kundgebung in Essen am 27. März.)

Und das deutsche Volk begriff, daß es das Recht hat, um der Jahre seit 1933 willen stolz zu sein.

„Deutsches Volk! Sieh das Große und Gesamte der letzten drei Jahre! Sei gerecht! Hast du, wenn du ein anständiger Deutscher bist, Grund, dich der letzten drei Jahre vor dem deutschen Volk, vor der Geschichte und vor der Nachwelt zu schämen? Oder hast du nicht am Ende doch Grund, jetzt wieder einmal stolz zu sein? Kannst du nicht doch wieder sagen: Herrgott, was auch vielleicht im einzelnen sein mag, im großen und ganzen sind wir doch wieder ein fabelhaftes Volk geworden! Wir sind doch wieder ein so anständiges Volk geworden! Wir sind doch wieder ein so fleißiges und tatkräftiges Volk geworden! Was schaffen wir jetzt nicht wieder in Deutschland! Was haben wir jetzt wieder für Aufgaben! Wir haben in diesen drei Jahren bewiesen, daß wir ein Volk sind, das sich sehen lassen kann vor den anderen!" (Kundgebung in Essen am 27. März.)

Die Ehre des deutschen Volkes fordert die Gleichberechtigung. Nicht Angriffsabsicht, sondern der Wunsch nach dem ehrenhaften Frieden ist die Triebfeder deutscher Außenpolitik.

„Deutschland hat keine Eroberungswünsche in Europa. Deutschland hat nicht die Absicht, irgend jemand in Europa etwas zuleide zu tun. Es hat aber auch nicht die Absicht, noch irgendein Leid in Zukunft zu erdulden!" (Kundgebung in Königsberg am 19. März.)

„Mein Ziel ist der Friede, der auf der Gleichberechtigung der Völker begründet ist. Wir sind eine Großmacht Europas und wollen als Großmacht gewürdigt werden." (Kundgebung in München am 15. März.)

Daß diese Ehrauffassung Adolf Hitlers die Ehrauffassung der ganzen deutschen Nation ist — dies der Welt zu bekunden, ist Aufgabe der Reichstagswahl.

„Damit sich die Welt darüber keiner Täuschung hingibt, daß diese Ehrauffassung nicht die eines einzelnen, sondern die des ganzen Volkes ist, darum habe ich diese Wahl ausgeschrieben." (Kundgebung in Essen am 27. März.)

Und so spricht der Führer zu seiner deutschen Gefolgschaft:

„Drei Jahre lang, mein deutsches Volk, bin ich ein Herold gewesen. Heute bin ich wieder dein Herold für den Frieden Europas. Tritt jetzt wie ein Mann hinter mich und stärke mich in meinem Kampf, der der Kampf ist für dein Recht und für deine Freiheit!" (Kundgebung in Königsberg am 19. März.)

„Ich habe jetzt über drei Jahre lang meine Pflicht erfüllt. Deutsches Volk, erfülle jetzt du die deine genau so! Ich habe drei Jahre mit Hingabe und fanatischem Glauben für dich gekämpft! Jetzt reiße deinen Mut, deine Tapferkeit und deine Hingabe zusammen und tritt genau so fanatisch ein für mich, der ich nichts bin als dein Sprecher, dein Vertreter und damit dein Führer!" (Kundgebung in Berlin am 25. März.)

Die beiden letzten Tage des Wahlkampfes trugen den Stempel einer in der Welt einmaligen Feierlichkeit und Geschlossenheit. Der Aufruf des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels, vom 24. März besagte: Aufruf des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda

„Seit Beginn des Wahlkampfes hat sich die Wucht dieser Massenkampagne von Tag zu Tag gesteigert. In überströmender Begeisterung hat dabei die ganze Nation ein freudiges und tiefinneres Bekenntnis zum Führer und zu seiner Befreiungstat vom 7. März abgelegt. Die beiden letzten Tage vor der Wahl sollen nun dieses Bekenntnis noch einmal in einem gewaltigen Ausdruck vor dem eigenen Volke und vor der ganzen Welt erhärten.

Am Freitag, dem 27. März, um 16 Uhr, wird der Führer von den Kruppwerken in Essen aus zu allen deutschen Arbeitern und Soldaten sprechen.

Um 15.45 Uhr ertönt über alle Sender das Kommando: „Heißt Flagge!"

Auf dieses Kommando werden in ganz Deutschland auf allen öffentlichen Gebäuden, Betrieben und Privathäusern die Fahnen gehißt. Kein Gebäude, kein Betrieb, kein Haus, keine Wohnung, von denen von dieser Stunde an bis zum Wahlende nicht die Fahnen des neuen Deutschland wehen!

Um Punkt 16 Uhr werden die Sirenen der Kruppwerke eine Minute lang den Beginn des großen Friedensappells des Führers ankündigen. In ihren gellenden Ton aus Essen stimmen in ganz Deutschland von Fabriken, Schiffen und Lokomotiven alle Sirenen mit ein. Damit wird für die ganze Nation, für Betriebe und ihre Belegschaften, für Privatleute, Fahrzeuge, mit Ausnahme von in Bewegung befindlichen Zügen und Flugzeugen eine Minute Verkehrspause und allgemeine Stille angeordnet. Die Nation hält während dieser Minute innere Einkehr und bringt damit in der demonstrativsten Weise vor der ganzen Welt ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, sich hinter den Führer, seine Friedenspolitik, seine Politik der Ehre und Gleichberechtigung wie ein Mann zu stellen. Diese Minute Verkehrsstille soll jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau noch einmal daran gemahnen, daß sie sich dieser Zeit würdig erweisen und ihre nationale Pflicht erfüllen müssen.

Der Führer, als erster Arbeiter und Soldat des deutschen Volkes, wird sodann aus der Waffenschmiede des Deutschen Reiches, aus den Kruppwerkstätten in Essen, vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Soldaten sein Bekenntnis zum Frieden wie zur Ehre und Gleichberechtigung der deutschen Nation ablegen.

Diese Kundgebung wird in allen Betrieben und Kasernen im Gemeinschaftsempfang aufgenommen. Läden lassen während der Zeit von 16 bis etwa 17 Uhr Verkaufspause eintreten, um ihren Angestellten und dem Publikum Gelegenheit zu geben, die Rede des Führers zu hören.

Am Sonnabend, dem 28. März, begeht das ganze deutsche Volk in feierlicher Weise den „Deutschen Volkstag für Ehre, Freiheit und Frieden!"

Die nationalsozialistischen Formationen werden in Riesendemonstrationen die Nation zum gewaltigen Massenappell aufrütteln. Von 18.30 Uhr ab füllen sich die Straßen der Städte und Dörfer mit den Millionenmassen des Volkes, die ihren Sammelstätten zuströmen, um den Führer das letztemal vor der Wahl zu hören. 19.45 Uhr stehen die gesamten Kolonnen bereit. An allen Sammelstätten und in den Versammlungen herrscht feierliche Ruhe.

Die Glocken des Kölner Domes läuten um 19.50 Uhr mit ehernem Munde den Friedensappell des Führers ein, der um 20 Uhr von den Messehallen in Köln pünktlich beginnt. Am Ende dieses Appells des ganzen Volkes wird von den Kölner Messehallen aus das Altniederländische Dankgebet angestimmt. Mit den Klängen dieses Liedes, das von Köln aus über alle Sender bis in das letzte Dorf übertragen wird, mischt sich der Gesang des ganzen Volkes. Alle deutschen Volksgenossen im gesamten Reich stimmen stehend in diesen Gesang ein. Der Schlußakkord „Herr, mach' uns frei!" soll, von 67 Millionen gesungen, über ganz Deutschland hinwegbrausen. In diesen Gesang fallen von seinem Anfang an die Glocken ein und läuten eine Viertelstunde lang für Ehre, Freiheit und Frieden des deutschen Volkes!

Dann setzt für alle deutschen Sender eine Funkstille von 15 Minuten ein. Damit hat der Wahlkampf sein Ende gefunden.

Am 29. März aber tritt die Nation geschlossen an die Wahlurne, um ihre Pflicht zu tun und den Führer zu bestärken in seinem Glauben an das deutsche Volk und in seinem tapferen und unerschütterlichen Kampf für Ehre, Freiheit und Frieden der deutschen Nation."

Adolf Hitler in Essen und Köln

Und so entwickelte sich das Geschehen der beiden letzten Wahlkampftage. — Am 27. März sprach Adolf Hitler in der größten Fabrikhalle Europas, in der Lokomotivbauwerkstatt der Essener Kruppwerke, zu 120000 Arbeitern — und zum ganzen deutschen Volke; und am 28. März ging der Friedensappell des Führers an sein Volk und die ganze Welt von den Kölner Messehallen aus. Am Nachmittag des gleichen Tages huldigten die rheinischen Stände dem Führer im Kölner Gürzenich, auf dessen Podium die 80 Fahnen der ehemaligen rheinischen Regimenter und die Standarten und ältesten Sturmfahnen der befreiten rheinischen Gaue standen. Der Gauleiter Terboven verlas namens aller rheinischen Gauleiter und im Namen und Auftrag von 15 Millionen Deutschen der Rheinlande die Dankadresse der rheinischen Stände:

Huldigung der rheinischen Stände

„Mein Führer!

Am 2. Dezember 1918 marschierte die Nachhut des deutschen Heeres ostwärts über den Rhein. Am 7. März 1936 rückten Soldaten des auf das Gebot des Führers wieder erstandenen Heeres über den heiligen Strom unserer Geschichte in die alten Friedensstandorte.

Diese beiden Ereignisse umschließen nicht 17 Jahre nur, nicht nur einen durch alle Tiefen und Höhen geführten Kampf der rheinischen Lande um Recht und Freiheit, sie machen auch der Welt kund, daß das nach seinem Zusammenbruch in dunkelste Wirrsal getriebene deutsche Volk seine Schmach und Schande nicht einmal für die Dauer eines halben Menschenalters ertragen wollte.

Die Landschaft an den Ufern des Stromes von der Lippe zur Dreisam, nördlich der Ebene, in der Mitte das Tal mit Wäldern und Rebenhügeln, südlich die breiten fruchtbaren Wannen, an denen Wein, Obst und Weizen auf einem Acker gedeihen — sie scheint in ihrer Anmut und Milde vom Schöpfer wie für einen ewigen Frieden geschaffen.

Ihre Bewohner, die Arbeiter in Zechen und Werkhallen, die Bauern in den gesegneten Tälern und auf den einsamen Höhen, die Handwerker, deren Können durch ein Jahrtausend hindurch als verpflichtendes Erbe an sie weitergegeben ist, die Fischer und Schiffer, die Kaufleute, die Angehörigen eines jeden Standes — sie kennen kein größeres Glück, als ihre Arbeit in Frieden zu tun.

Die in Jahrtausendfrist aus ihrer Landschaft erstandenen Werke, die Dome mit ihrer strengen Kraft, die Bildtafeln mit ihren andächtigen Farben, die ehrwürdigen Gesänge des Mittelalters, die Gläubigkeit Meister Ekkehards, die Heldenmusik des Niederrheiners Beethoven, die Lebensdichtung des Rheinfranken Goethe: Sie sind der Beitrag der Gaue am Rhein zum währenden Bestande deutschen Schaffens und darüber hinaus zu der Schatzkammer der Menschheit.

Darum grüßen die Bewohner der Rheinlande in allen seinen Stämmen und Ständen das neu erstandene Heer in ihrer Heimat als Bürgen eines Friedens, der sie nicht ehr- und schutzlos irgendeinem Zugriff von außen her preisgibt, sondern ihnen erlaubt, unbedroht ihr friedliches Tagewerk zu leisten zum Gedeihen des ganzen Vaterlandes.

Sie danken dem Führer für seine Tat.

Sie wissen: einzig der Mut des aus dem deutschen Volke in den Tagen seiner Not auferstandenen Führers hatte dem Reich und hat nunmehr auch den rheinischen Landen die Wehrhoheit wiedergegeben.

Sie glauben: nur ein in sich starkes, gesundes Volk kann den anderen Völkern, kann der Menschheit nützlich und ein guter Nachbar sein.

Sie hoffen: daß der schwere, zugleich mit einem hochherzigen Friedensplan der Welt vermittelte Entschluß des Führers als der Auftakt einer Neuordnung Europas erkannt werden möge.

Sie geloben: dem Führer, was immer auch seinem Entschluß entspringe, als dem Träger des deutschen Gewissens, unverbrüchliche Treue, Gehorsam und Gefolgschaft und erweisen durch sie die nie versagende Liebe zu Deutschland.

Gegeben am Rhein, im März 1936.

Wagner, Gauleiter und Reichsstatthalter.
Sprenger, Gauleiter und Reichsstatthalter.
Bürckel, Gauleiter und Reichskommissar.
Terboven, Gauleiter und Oberpräsident.
Simon, Gauleiter.
Grohé, Gauleiter.
Florian, Gauleiter.

Der Führer dankte den Deutschen des Rheinlandes für die von ihnen bewiesene Treue und schloß mit den Worten:

„Im Namen der deutschen Nation versichere ich Ihnen, wie glücklich wir alle sind, Ihnen endlich aber nicht nur zu danken, sondern auch

helfen zu können. Das Reich nimmt Sie wieder unter seinen Schutz. Der Wächter Ihres Friedens ist von jetzt ab wieder die deutsche Armee.

Daß die Vorsehung mich bestimmt hat, diese Handlung zu vollziehen, empfinde ich als die größte Gnade meines Lebens.

So wollen wir uns aber in dieser feierlichen geschichtlichen Stunde alle versprechen, niemals mehr von den Gütern der nationalen Ehre, Freiheit und Unabhängigkeit zu lassen, sie gegen jedermann zu vertreten und zu schützen, um so mitzuhelfen am Aufbau eines wirklichen und besseren Friedens, so wahr uns Gott helfe!" —

Das Reichstagswahlergebnis

Und am 29. März 1937 brach der Wahltag an, der zum Festtag aller Deutschen im Reich und im Ausland wurde. Sein einzigartiges Ergebnis lautete: Von 45453691 Stimmberechtigten stimmmten

für die Liste der NSDAP. 44461278

gegen die Liste (bzw. ungültig) 450211.

741 Abgeordnete zogen in den Deutschen Reichstag ein. Mit 98,8 vom Hundert hatte sich das deutsche Volk zu Adolf Hitler bekannt! Das war ein Ergebnis, wie es auch in Deutschland noch nicht erlebt worden war, geschweige denn im Ausland, wo man erneut und verstärkt zur Kenntnis nehmen mußte: Adolf Hitler und Deutschland sind eins! —

Verordnung über die Gestaltung des Hoheitszeichens des Reiches

Erlaß über die Reichssiegel

Es sei noch erwähnt, daß an dem bedeutsamen 7. März 1936 im übrigen erlassen wurden: Die „Verordnung über die Gestaltung des Hoheitszeichens des Reiches", die den Artikel 1 der „Verordnung über das Hoheitszeichen des Reiches" vom 5. November 1935 (siehe Band 1935, Seite 64) ergänzte, — und der „Erlaß über die Reichssiegel", die jetzt gleichfalls das Bild des nationalsozialistischen Hoheitszeichens tragen. —

Aus der personellen und sonstigen Entwicklung im staatlichen Leben, die stets den Notwendigkeiten der Reichsreform angepaßt wurde, sei erwähnt:

Personelle Veränderungen in Württemberg und Thüringen

Am 13. Januar 1936 entließ der Führer und Reichskanzler den zum Präsidenten der Reichsfilmkammer ernannten württembergischen Wirtschaftsminister, Professor Dr. Lehnich, auf seinen Antrag aus dem württembergischen Landesdienst. Mit der Leitung des württembergischen Wirtschaftsministeriums beauftragte der Führer den württembergischen Innenminister Dr. Schmidt.

In Thüringen wurde die Nachfolge des zum Gauleiter der bayerischen Ostmark berufenen früheren thüringischen Volksbildungs- und Innenministers Fritz Wächtler (siehe Band 1935, Seite 383) durch den Führer und Reichskanzler am 1. Februar 1936 neu geregelt. Der thüringische Ministerpräsident Marschler wurde mit der Leitung des Volksbildungsministeriums beauftragt. Das thüringische Innen-

ministerium (mit dessen Leitung Staatsrat Ortlepp beauftragt wurde) wurde dem Reichsstatthalter in Thüringen, Gauleiter Pg. Sauckel, unmittelbar unterstellt.

Pg. Stürtz Gauleiter und Oberpräsident in der Kurmark

An Stelle des Oberpräsidenten und Gauleiters in der Kurmark, Pg. Kube, der seine Aemter niedergelegt hatte, wurde am 7. August der bisherige Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, Pg. Emil Stürtz, vom Führer zum Gauleiter des Gaues Kurmark ernannt. Seine kommissarische Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen folgte.

Reichsstatthalter Dr. Meyer übernimmt die Führung der lippischen Landesregierung

Auf Grund des Reichsstatthaltergesetzes vom 30. Januar 1935 (Band 1935, Seite 41 bis 44) beauftragte der Führer und Reichskanzler mit Wirkung vom 1. Februar 1936 den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe, Gauleiter Pg. Dr. Meyer, mit der Führung der Landesregierung in Lippe — nachdem der bisherige Staatsminister Rieke zum Ministerialdirektor im Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft ernannt und damit aus seinem bisherigen Amt ausgeschieden war.

Reichsstatthalter Kauffmann übernimmt die Führung der hamburgischen Landesregierung

Ebenso wurde am 31. Juli auf Grund des § 4 des Reichsstatthaltergesetzes der Reichsstatthallter in Hamburg, Gauleiter Karl Kauffmann, mit der Führung der Landesregierung in Hamburg beauftragt.

Neuordnung der hamburgischen Verwaltung

Er hat dann auf Grund seiner Beauftragung durch den Erlaß mit Wirkung vom 1. Oktober 1936 die hamburgische Verwaltung neu geordnet:

> Der Aufbau der hamburgischen Verwaltung wurde nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten durchgeführt. Der alte kollegiale Senat wurde beseitigt und an seiner Stelle ein nach dem Führerprinzip gestalteter Senat geschaffen, dessen Beschlüsse lediglich Beschlüsse des Führers der Landesregierung sind. Die Landesregierung führt die Bezeichnung „Der Reichsstatthalter in Hamburg — Senat". Die Mitglieder der Landesregierung beraten und unterstützen den Statthalter in der Führung der Landesregierung. Auf den Reichsstatthalter sind als Führer der Landesregierung die Aufgaben und Befugnisse, die bisher den regierenden Bürgermeistern und den übrigen Senatsmitgliedern zustanden, übertragen. Der Reichsstatthalter beauftragte den regierenden Bürgermeister Krogmann mit seiner Vertretung. Die alte Einteilung der Hamburger Verwaltungszweige wurde aufgehoben und in sechs neue Aemter und zehn Behörden überführt. Damit wurde die gesamte Verwaltung vereinfacht und die Mitglieder der Landesregierung für größere und umfassendere Aufgaben freigestellt.

Aenderungen in Baden und Bayern

Durch ein Gesetz der badischen Staatsregierung wurden mit Wirkung vom 1. Oktober 1936 von 40 Bezirksämtern in Baden 13 aufgehoben und durch eine Neuordnung 27 Bezirksämter gebildet, die den preußischen Landkreisen entsprechen.

Der Führer und Reichskanzler beauftragte durch Erlaß vom 28. November 1936 den bayerischen Ministerpräsidenten Siebert mit der

Leitung des bayerischen Ministeriums für Wirtschaft und den bayerischen Staatsminister des Innern **Wagner** mit der Leitung des bayerischen Ministeriums für Unterricht und Kultur.

Dr. Frick über die Reichsreform

So wurden alle notwendigen Maßnahmen im Staatsleben auf die Erfordernisse der **Reichsreform** zugeschnitten, über die der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Pg. Dr. **Frick**, auch im Rahmen einer Gauamtsleitertagung (am 19. November auf der Ordensburg Vogelsang) sprach und dabei seine Ausführungen über den Neubau des Reiches mit den Worten schloß:

„So sehen wir nach einer Aufbauarbeit von 3½ Jahren den Neubau des Reiches bereits in großen Zügen vor uns. Das Fundament des neuen Gebäudes bildet die Blutsgemeinschaft des deutschen Volkes. Auf ihm erheben sich als die das Gebäude tragenden drei großen Säulen: Partei, Verwaltung und Wehrmacht, jede mit einer spezifischen Sonderaufgabe. Ueber allen zusammen steht die Einheit und Stärke des Reiches, wahrend und mehrend als höchste Spitze der Führer. Nach außen wird diese Einheit des Baues symbolisch verkörpert durch die Hakenkreuzfahne und das Hoheitszeichen der Bewegung, die auch Symbole des neuen Reiches sind.“ —

Jahrestag der Saarbefreiung

Insbesondere auch im **Saarland** hatte die Entwicklung erhebliche Fortschritte gemacht. Am 13. Januar 1936 jährte sich zum ersten Male der Tag der Saarbefreiung. Dieser Jahrestag wurde für ganz Deutschland zu einem Tag der Freude. Im Mittelpunkt der **Saarerinnerungsfeiern** standen jedoch die Feiern im Saarland selbst, die am 11. Januar durch eine Festkundgebung im Saarbrücker Staatstheater eingeleitet wurden (in deren Rahmen der Reichskulturwalter Pg. **Hinkel** sprach). Der Platz vor dem Rathaus in Saarbrücken erhielt am 12. Januar den Namen „**Platz der Deutschen Front**“.

Saarlautern

Und am 13. Januar erhielt die Stadt **Saarlouis** wieder ihren alten Namen **Saarlautern**. Hier sprach Reichsminister Pg. Dr. **Frick** und sagte u. a.:

„Die Reichsregierung hat an dem heutigen Ehrentag des Saarvolkes nicht fehlen wollen; deshalb hat mich der Führer entsandt, um dem Saarvolk die besten Grüße und Wünsche für die Zukunft zu übermitteln. Der Versailler Vertrag hat dieses Gebiet vorübergehend von Deutschland abgerissen. Gerade in Saarlouis sollten sich die sagenhaften „150 000 Saarfranzosen“ befinden. Am 13. Januar vorigen Jahres ist **diese Lüge als Lüge enthüllt** worden, als sich auch die Stadt Saarlouis mit 99 % zu Deutschland bekannte. Man wird diesen Tag niemals vergessen, an dem das Saarvolk in musterhafter Gesinnung sich als deutsches Volk gezeigt hat. Man hat den heutigen Tag gewählt, um Saarlouis mit den vier umliegenden Gemeinden (Fraulautern, Liesdorf, Picard und Schönbruch) zusammenzuschließen und der neuen Stadt auch einen neuen Namen zu geben. Der alte Name geht auf eine Zeit zurück, die zu der verderblichsten gehört, die Deutschland je hat durchmachen müssen. Mitten im Frieden wurde deutsches Land geraubt. Fremde Namen hat man deutschen Städten gegeben. So erhielt Saarlouis den Namen eines fran-

zösischen Königs. Die Bevölkerung hat damals gebeten, daß der alte Name beibehalten werde; trotzdem wurde ihr der Name Saarlouis aufgedrängt. Deshalb soll dieses Unrecht jetzt wiedergutgemacht werden und diese Stadt soll, wie in alter Zeit, wieder den Namen Saarlautern führen."

Am Mittag des 13. Januar fand in Saarbrücken der große Erinnerungsmarsch statt. Er begann auf dem weiten Platz des Befreiungsfeldes. Etwa 20000 Volksgenossen nahmen Aufstellung, die Männer, die damals an jenem 1. März 1935 zum Führer und in die Freiheit marschierten. Am Platz der Deutschen Front nahmen Reichsminister Pg. Dr. Frick und Gauleiter Pg. Bürckel den Vorbeimarsch ab.

Am Nachmittag des 13. Januar fand in der Wartburg eine Großkundgebung statt. Gauleiter Bürckel legte einen Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr ab und meldete den Vollzug der Rückgliederung. Er gab zugleich bekannt, daß der Führer das Saarland mit der schon ein Jahrtausend um das gleiche Schicksal ringenden Pfalz unter dem Namen Gau Saar-Pfalz vereinigt habe. — Gau Saar-Pfalz

Zum Jahrestag der Abstimmung gab Reichsminister Pg. Dr. Frick im „Völkischen Beobachter" einen Ueberblick über den Stand der Eingliederung des Saargebiets und hob hervor, daß bei der Rückgliederung (am 1. März 1935) eine völlig neue Verwaltungsorganisation geschaffen worden ist: Das Saarland ist ein Teil der Reichsverwaltung geworden. Unter den einzelnen Eingliederungsmaßnahmen führte er an: Einführung der Deutschen Gemeindeordnung, Umstelllung der saarländischen Wirtschaft, Angleichung der Preise und Löhne, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Instandsetzungszuschüsse, Erneuerungsarbeit der Grubenverwaltung, Siedlungs- und Volkswohnungsprogramm, Bürgschaftsnahme für saarländische Industrie durch das Reich, Hebung der Bedeutung Saarbrückens als Verwaltungsmittelpunkt (es blieb nicht nur Sitz einer Reichsbahndirektion, sondern erhielt einen Reichssender; außerdem waren im Bau oder in Vorarbeit ein Flughafen, ein neues Theater, ein neues Verwaltungsgebäude für die allgemeine Verwaltung, ein neuer Schlacht- und Viehhof). Der Stand der Eingliederung des Saargebiets

Am 1. März, dem Jahrestag der Saarrückgliederung, gab Gauleiter Bürckel bekannt, daß alle unbescholtenen Volksgenossen, die früher der Deutschen Front angehörten, Mitglieder der NSDAP. werden können. NSDAP. und Deutsche Front

Ein Erlaß des Führers und Reichskanzlers vom 17. Juni bestimmte, daß der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes künftig die Amtsbezeichnung „Der Reichskommissar für das Saarland" führt. — Reichskommissar für das Saarland

Gesetz über den Reichsfremdenverkehrsverband

Aus dem ersten Vierteljahr des Jahres 1936 sei noch angeführt: das „Gesetz über den Reichsfremdenverkehrsverband" vom 26. März, demzufolge der Reichsfremdenverkehrsverband e. V. in Berlin (vormals Bund Deutscher Verkehrsverbände und Bäder) die Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhielt.

Schon durch das „Gesetz über den Reichsausschuß für Fremdenverkehr" vom 23. Juni 1933 und die Maßnahmen des Jahres 1933 auf diesem Gebiete (siehe Band 1933, Seite 96) war eine weitgehende Zusammenfassung der Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs durchgeführt worden. Es fehlte jedoch bisher eine gesetzliche Handhabe, um die Gemeinden, die aus dem Fremdenverkehr Nutzen ziehen, gleichmäßig zu erfassen, zu Abgaben heranzuziehen und bei den von ihnen zu treffenden Maßnahmen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs einheitlich zu führen. Das Gesetz hat deshalb den Rechtsbegriff der Fremdenverkehrsgemeinde geschaffen. Die Fremdenverkehrsgemeinden werden wieder in Landesfremdenverkehrsverbände zusammengefaßt. Diese sind Vereine bürgerlichen Rechts und unterstehen der Aufsicht der Landesregierung. Sie sind zugleich Rechtsnachfolger der durch das Gesetz aufgelösten früheren Landesverkehrsverbände und bilden zusammen den Reichsfremdenverkehrsverband. Solche Gemeinden, die zu einem Beitritt zu ihrem zuständigen Landesfremdenverkehrsverband nicht ohne weiteres bereit sind, können durch Erklärung der Aufsichtsbehörde zwangsweise in diesen eingegliedert werden.

Internationaler Luftverkehrskongreß in Berlin

Erwähnt sei ferner der Internationale Luftverkehrskongreß in Berlin, der vom 9. bis zum 11. Januar im „Hause der Flieger" als 35. Tagung der „Iata" (International Air Traffic Association) stattgefunden hat.

Naturschutzverordnung

Schließlich sei noch auf die zur Ergänzung des „Reichsnaturschutzgesetzes" vom 26. Juni 1935 (siehe Band 1935, Seite 56 bis 57) erlassene „Naturschutzverordnung" hingewiesen („Verordnung zum Schutz der wildwachsenden Pflanzen und der nichtjagdbaren wild lebenden Tiere" vom 18. März 1936). —

Preußisches Gesetz über die Geheime Staatspolizei

Von den Ereignissen auf dem Gebiete der Polizei im ersten Vierteljahr 1936 ist insbesondere das preußische „Gesetz über die Geheime Staatspolizei" vom 10. Februar zu erwähnen, das eine Neufassung darstellte und in dem es hieß:

§ 1

Die Geheime Staatspolizei hat die Aufgabe, alle staatsgefährlichen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über für sie wichtige Feststellungen auf dem laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen. Welche Geschäfte im einzelnen auf die Geheime Staatspolizei übergehen, bestimmt der Chef der Geheimen Staatspolizei im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

Die Zuständigkeit der Organe der ordentlichen Rechtspflege bleibt unberührt.

§ 2

Chef der Geheimen Staatspolizei ist der Ministerpräsident.

Für ihn führt der von ihm ernannte Stellvertretende Chef der Geheimen Staatspolizei die Dienstgeschäfte.

§ 3

Oberste Landesbehörde der Geheimen Staatspolizei ist das Geheime Staatspolizeiamt. Es hat zugleich die Befugnisse einer Landespolizeibehörde.

Das Geheime Staatspolizeiamt hat seinen Sitz in Berlin.

§ 4

Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei werden in der Mittelinstanz von Staatspolizeistellen für die einzelnen Landespolizeibezirke wahrgenommen. Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei an der Grenze obliegen besonderen Grenzkommissariaten. Im übrigen werden die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei von den Kreis- und Ortspolizeibehörden als Hilfsorganen der Staatspolizeistellen durchgeführt....

§ 7

.... Verfügungen und Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte....

Am 7. Januar erließ der Reichsinnenminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen eine „Verordnung über die Rechtsverhältnisse der Angehörigen der Landespolizei“. Verordnung über die Rechtsverhältnisse der Angehörigen der Landespolizei

In einem Runderlaß an die Landesregierungen und alle Polizeiaufsichtsbehörden vom 23. Februar ersuchte der Reichsinnenminister die uniformierten Gemeindepolizeibeamten ausschließlich im Vollzugsdienst zu verwenden. Unter anderem müsse daher zunächst die uniformierte Vollzugspolizei von solcher Büroarbeit befreit werden, die ohne Störung des Vollzugsdienstes auch von Polizeiverwaltungsbeamten oder von Angestellten verrichtet werden kann. Alle uniformierten Beamten, die bisher mit solchen Büroarbeiten betraut waren, seien unverzüglich wieder dem eigentlichen Vollzugsdienst zuzuführen und durch Verwaltungsbeamte oder Angestellte zu ersetzen. Für den Fall, daß sie für den Vollzugsdienst untauglich sind, sollen sie unter Anwendung des § 5 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Verwaltungsdienst übernommen werden. Die dadurch freiwerdenden Stellen des Vollzugsdienstes werden durch Einstellung neuer Kräfte auf dem vorgeschriebenen Wege neu besetzt, wodurch eine nicht unwesentliche Auffrischung der Gemeindepolizei erreicht wird. — Gemeindepolizei

Neben solcher aus Einzelbestimmungen bestehenden Teilarbeit für den Neuaufbau der deutschen Polizei galt es, die Verbindung des gesamten Volkes zu seiner Polizei immer enger zu gestalten. Sollte doch die Polizei nicht als Feind, sondern als Freund von jedem anständigen Volksgenossen erkannt werden — um so nicht nur ein gegenseitiges Verständnis, sondern vor allem auch eine Mitarbeit Polizei-Aufklärungswoche

des Volkes zu erzielen, die sich für die Bewältigung polizeilicher Aufgaben nur segensreich auswirken kann. Dieser Verbindung mit allen Volksgenossen diente die vom 15. bis zum 20. März im ganzen Reiche durchgeführte Polizei-Aufklärungswoche, die gegen Fahrlässigkeit und Gedankenlosigkeit (als Grundlage des Verbrechens) im Publikum ankämpfte. — Im Zusammenhang damit sei erwähnt, daß zur wirksamen Ausgestaltung des Katastrophenschutzes die „Technische Nothilfe" enger als bisher mit der Polizei verbunden wurde.

Technische Nothilfe

Erlaß über die Bekämpfung von Schadenfeuern und Katastrophen

Zur hier angeschnittenen Frage des Katastrophenschutzes ist noch auf einen Erlaß des Reichsinnenministers vom 26. März über die Bekämpfung von Schadenfeuern und Katastrophen hinzuweisen,

in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß diese Bekämpfung zunächst Angelegenheit der Polizei ist. Im Interesse einer möglichst erfolgreichen Abwehr solcher Katastrophen sind jedoch im Einvernehmen mit allen zuständigen Reichsministerien organisatorische Anweisungen getroffen worden, die den Einsatz der Wehrmacht, SA., SS., Arbeitsdienst regeln. Die Verantwortung für Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen liegt im allgemeinen bei den Polizeibehörden. Der Einsatz der Wehrmacht bei öffentlichen Notständen ist durch besondere Richtlinien, die der Reichskriegsminister erließ, dahingehend geregelt, daß die Wehrmacht bei Katastrophen jeder Art weitgehend Hilfe leisten soll. Ausnahmsweise kann die Wehrmacht auch Hilfe leisten bei erheblichen Störungen des öffentlichen Verkehrs, die mit Gefahren für Leben und Eigentum verbunden sind, ferner, wenn lebenswichtige Betriebe gefährdet sind und die Technische Nothilfe allein zu ihrer Ingangshaltung nicht ausreicht. Die Wehrkreiskommandos und die Standortältesten sind für die Entsendung von Hilfskommandos zuständig. Jeder Truppenbefehlshaber hat darüber hinaus die Pflicht, aus eigenem Entschluß in Fällen dringender Gefahr Hilfe zu leisten.

Vereinheitlichung des Feuerlöschwesens im Reich

Als wichtig hervorzuheben ist auch der „Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern betreffend Feuerlöschwesen" vom 12. Januar, der der Vereinheitlichung des Feuerlöschwesens im ganzen Reiche dient und in dem es heißt:

„Durch das in Vorbereitung befindliche Reichsfeuerlöschgesetz werden die öffentlichen Feuerwehren in eine Polizeiexekutive besonderer Art umgewandelt werden, ähnlich wie das in Preußen durch das Gesetz über das Feuerlöschwesen vom 15. 12. 1933 bereits geschehen ist. Nachdem durch die Schaffung des Ministerialblatts des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern die technischen Voraussetzungen für die Erteilung einheitlicher Weisungen an alle Polizeibehörden im Reich gegeben sind, werde ich in Zukunft bereits vor Inkrafttreten des Reichsfeuerlöschgesetzes grundsätzliche Erlasse über das Feuerlöschwesen an alle Polizeibehörden des Reiches richten, um die aus verschiedenen Gründen dringend erwünschte Einheitlichkeit des Feuerlöschwesens im gesamten Reich wenigstens anzubahnen..."

Erweiterung der motorisierten Straßenpolizei

Hinsichtlich der motorisierten Straßenpolizei (siehe Band 1935, Seite 58) ist hervorzuheben, daß die seit ihrem Einsatz am 1. April 1935 gemachten Erfahrungen dazu führten, die Straßenpolizei ab 1. April

1936 zu erweitern. — Gleichzeitig wurde durch einen Runderlaß des Reichsinnenministers die motorisierte Straßenpolizei in die Gendarmerie eingegliedert, wo sie einen besonderen Dienstzweig bildet. Das Hauptaufgabengebiet der Straßenpolizei ist die Ueberwachung des Verkehrs auf den Landstraßen und Kraftwagenbahnen, und zwar sowohl hinsichtlich der Einhaltung der Verkehrsvorschriften wie der Ueberwachung des verkehrssicheren Zustandes aller Fahrzeuge.

Dazu kommt Hilfeleistung bei Unglücksfällen, Beratung der Verkehrtreibenden und Beobachtung des Zustandes der Straßen und Verkehrszeichen. Die Angehörigen der motorisierten Straßenpolizei tragen wie bisher die olivbraune Uniform mit den Dienstgradabzeichen des früheren Feldjägerkorps. Die motorisierten Gendarmeriebereitschaften bleiben wie bisher kaserniert, sie stehen aber auch den Regierungspräsidenten für andere, von ihren Hauptaufgaben abweichende Verwendungszwecke zur Verfügung. —

SS.-Obergruppenführer von Eberstein Polizeipräsident von München

Am 1. April ernannte der Führer den SS.-Obergruppenführer Freiherrn von Eberstein zum Polizeipräsidenten von München, am 30. April den Oberst von Kamptz zum General der Gendarmerie, der damit endgültig die Dienstgeschäfte des Chefs der Gendarmerie übernahm. —

General der Gendarmerie von Kamptz

5. Abschnitt:

Die deutsche Rüstung

Der historische 7. März war nicht nur ein außenpolitisches Ereignis ersten Ranges (siehe 3. Abschnitt) mit bedeutenden innenpolitischen Rückwirkungen wie der Reichstagswahl am 29. März (siehe 4. Abschnitt), sondern auch eine erste große Probe auf die Güte der geschlossenen militärischen Organisation. Mit der Besetzung des Rheinlands war der letzte noch fehlende Rest zur vollen deutschen Wehrfreiheit wieder errungen. Eine der wichtigsten deutschen Landschaften war endlich nicht mehr wehrlos. Dieses große, jeden Deutschen begeisternde Ereignis war aber naturgemäß eine umfangreiche technische Aufgabe für die junge Wehrmacht. Einmal war in ganz kurzer Zeit der Transport größerer Truppeneinheiten durchzuführen, die erst im letzten Moment alarmiert und mit unbekanntem Bestimmungsort in Marsch gesetzt wurden. (Erst unterwegs wurde das eigentliche Marschziel bekanntgegeben.) Zum anderen mußte in einem sehr kurzen Zeitraum die Friedensorganisation für die Rheinlande geschaffen, die bisher dort vorhandene Landespolizei eingegliedert, die notwendigen Unterkünfte erbaut werden usw. Den organisatorischen Abschluß dieser Maßnahmen bildete die Schaffung des XII. Armeekorps, das nach Wiesbaden gelegt wurde. Nachdem vorher schon das XI. Armeekorps in Hannover entstanden war, war somit der § 2 des „Gesetzes über den Aufbau der Wehrmacht" vom 7. März 1935 (siehe Band 1935, Seite 105 bis 106) erfüllt, denn nun bestand die deutsche Wehrmacht — wie vorgesehen — aus 12 Armeekorps und 36 Divisionen. —

Die militärische Besetzung des Rheinlandes

Das Jahr 1936 war dem Ausbau dessen gewidmet, was das Jahr 1935, das Jahr der Wehrfreiheit, gebracht hatte. Bei der Erfüllung des Inhalts des der neuen Armee gegebenen Rahmens war eines der schwierigsten Probleme die Sicherstellung eines nach Zahl und Qualität ausreichenden Führernachwuchses. Für die Schaffung der Wehrmacht standen an aktiven Offizieren von der Reichswehr nur insgesamt 4000 Offiziere des Heeres zur Verfügung, zu denen noch 1500 Marineoffiziere kamen. Die verschiedensten Maßnahmen mußten ergriffen werden: Es wurde einmal eine große Zahl verabschiedeter Offiziere, die körperlich noch leistungsfähig waren, wiedereingestellt. Eine große

Der Führernachwuchs der Wehrmacht

Anzahl von geeigneten Unteroffizieren wurde zu Offizieren befördert, eine Maßnahme, die den Charakter der neuen deutschen Wehrmacht als Volksheer besonders unterstrich. Von der aufgelösten Landespolizei wurde ebenfalls eine große Anzahl von Offizieren übernommen. Um weiteren Nachwuchs in möglichst kurzer Zeit sicherzustellen, wurde die Ausbildungszeit für die jungen Offiziere von 4 Jahren auf 2 Jahre verkürzt. Schließlich wurde eine Anzahl von Reserveoffizieren für die aktive Laufbahn übernommen.

Vermehrung der Kriegsschulen

Hand in Hand damit ging eine **Vermehrung der Kriegsschulen**. Nachdem für die Reichswehr nur eine Kriegsschule (in Dresden) zur Verfügung gestanden hatte, kamen jetzt noch die Schulen in München, Hannover und Potsdam hinzu. (Die Potsdamer Schule wurde am 9. Januar in Anwesenheit des Oberbefehlshabers des Heeres, General der Artillerie Frhr. von Fritsch, mit einer kurzen militärischen Feier ihrer Bestimmung übergeben.) — Um den Nachwuchs für das Unterführerkorps zu schaffen, wurde in Potsdam-Eiche eine **Unteroffizierschule** gegründet. — Auch die **Luftwaffe** schuf eine Anzahl neuer Schulen, so die Luftkriegsschule in Dresden, die am 16. April ihrer Bestimmung übergeben wurde, und andere.

Schulschiff „Horst Wessel"

Die Marine erlebte am 13. Juni den Stapellauf eines neuen **Schulschiffes**, das zur Erinnerung an den Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung den Namen **„Horst Wessel"** erhielt. —

Pg. Hermann Göring über den Luftschutz

Neben der Sicherung des deutschen Volkes durch seine Wehrmacht wurde auch an dem Selbstschutz der Zivilbevölkerung weitergearbeitet. Hier ist insbesondere der systematische Aufbau des **Luftschutzes** hervorzuheben, über den der Reichsluftfahrtminister Pg. Hermann **Göring** (am 24. Januar im Berliner Sportpalast) vor 20000 Amtsträgern des Reichsluftschutzbundes u. a. ausführte:

„... Wenn wir eine Luftflotte noch so groß aufbauen würden, wenn wir an allen Ecken und Enden Zehntausende von Kanonen und Maschinengewehren aufstellen würden, um den Luftraum zu verteidigen, so würde das niemals ausreichen, um dem deutschen Volke einen wirklichen Schutz zu gewähren, um die Volksgenossen vor den ungeheueren Folgen eines Luftkrieges zu bewahren.

So kommt dem **Luftschutz** eine unendlich wichtige Aufgabe zu! Er soll die Schutzorganisation schaffen vor den schrecklichen Folgen von Bombardements aus der Luft. — Wir haben eine Aufgabe vor uns, und die ist, den Frieden vorzubereiten, den Frieden künftig zu sichern dadurch, daß wir allezeit schlagkräftig und schlagfertig sind, daß wir im Frieden die Voraussetzungen schaffen, die uns den Frieden erhalten sollen, und, wenn er uns nicht gegönnt wird, dann wenigstens den **Schutz** für unser Volk sicherzustellen. Es können nur törichte Menschen sein, die da glauben, den Luftschutz über die Achsel ansehen zu können! Wir könnten eine noch so große Luftwaffe haben, und doch könnten wir **nicht** verhindern, daß schwerste Nachteile dem deutschen Volke erwachsen,

wenn wir nicht gleichzeitig unten auf der Erde für den notwendigen Luftschutz gesorgt haben!...

... In der Erkenntnis dieser großen Notwendigkeit und Wichtigkeit hat der Führer und Reichskanzler durch das Luftschutzgesetz die Luftschutzpflicht geschaffen..."

Heldengedenktag

Der Heldengedenktag (am 8. März) wurde in der bereits traditionellen Form gefeiert — in der Berliner Staatsoper im Beisein des Führers: Die Feier stand unter dem tiefen Eindruck der am vorhergehenden Tage erlebten Wiederbesetzung der Rheinlande. Der Reichskriegsminister, Generaloberst von Blomberg, gedachte in seiner feierlichen Ansprache nicht nur unserer tapferen Soldaten des Weltkrieges, sondern in Dankbarkeit auch der Kämpfer unserer früheren Bundesgenossen und in Achtung unserer nicht minder tapferen Gegner. Er brachte den Dank der Wehrmacht gegenüber Adolf Hitler, ihrem Obersten Befehlshaber, zum Ausdruck und sagte:

„... Diesem Schöpfer des Dritten Reiches, der unser Oberster Befehlshaber ist, dankt die neue Wehrmacht am heutigen Heldengedenktag in ihrem eigenen Namen und als Trägerin der Ueberlieferung jener alten Armee, die einst die beste der Welt war. Sie dankt ihm aus übervollem Herzen für die ehrenvollste Aufgabe, die je deutschen Soldaten gestellt wurde, für den Neubau der volksverbundenen Wehrmacht der allgemeinen Dienstpflicht. Heute und immerdar ist sich die Wehrmacht bewußt, daß sie ihre Freiheit und ihre Größe dem Kampf und dem Sieg der nationalsozialistischen Idee verdankt. Heute und für alle Zeiten fühlt sie sich untrennbar verbunden mit der lebendigen Gestalterin dieser Idee, der Nationalsozialistischen Partei und allen ihren Gliederungen und Verbänden.

Je mehr man draußen in der Welt über das Verhältnis von Partei und Wehrmacht munkelt und argwöhnt, um so fester werden beide zusammenstehen, die als die beiden Säulen den neuen Staat tragen und die auf getrennten Arbeitsgebieten und doch in innigster Gemeinschaft den neuen deutschen Menschen formen.

Wir danken unserem Führer für das rückhaltlose Vertrauen, das er uns Soldaten schenkt. Der Treueid, der uns im Leben und im Sterben an ihn, seine Weltanschauung und an sein Werk bindet, ist uns tiefste Pflicht und freudigstes Bekenntnis..."

Die Kranzniederlegung am Ehrenmal durch den Führer und der anschließende Vorbeimarsch beschlossen die Feier. — Am gleichen Tage weihte der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Göring, auf dem Invalidenfriedhof in Berlin das Denkmal des Kampffliegers Richthofen.

Jahrestag der deutschen Wehrfreiheit

Verleihung von Truppenfahnen

Zu einem besonderen Feiertag der Wehrmacht wurde der 16. März 1936, der erste Jahrestag der deutschen Wehrfreiheit. Im ganzen Reiche wurde er durch militärisches Wecken eröffnet und mit dem Zapfenstreich beschlossen. Der Führer verlieh an diesem Tage der Wehrmacht Truppenfahnen. Sein Erlaß an die Wehrmacht lautete:

„Am heutigen ersten Jahrestage der Wiedergeburt der deutschen Wehrfreiheit verleihe ich der Wehrmacht Truppenfahnen. Dem ruhmreichen Werdegang der alten Wehrmacht wurde durch die Ereignisse von 1918 ein Ende bereitet. Wehrhafter, durch Jahrhunderte erprobter Soldatengeist aber kann zu Zeiten nationalen Unglücks wohl unterdrückt, jedoch niemals besiegt werden.

Die neuen Fahnen mögen dafür ein Sinnbild sein.

Das Weitere veranlaßt der Reichskriegsminister.

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht.
gez. Adolf Hitler."

Verordnung über die Stiftung von Dienstauszeichnungen

Am gleichen Tage erging die „Verordnung über die Stiftung von Dienstauszeichnungen":

„Am ersten Jahrestage der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht stifte ich die Dienstauszeichnung als Anerkennung treuer Dienste in der neuen Wehrmacht.

§ 1

Die Dienstauszeichnung wird allen Angehörigen der Wehrmacht verliehen, die sich am 16. März 1935 oder später im aktiven Wehrdienst befanden.

§ 2

Nichtehrenvolles Ausscheiden aus der Wehrmacht verwirkt den Anspruch auf Verleihung und das Recht zum Tragen der Dienstauszeichnung.

§ 3

Die Dienstauszeichnung wird in vier Klassen, für 4-, 12-, 18- und 25jährige Dienstzeit verliehen.

§ 4

Die Dienstauszeichnung wird am kornblumenblauen Bande an der Ordensschnalle getragen.

§ 5

Dem Beliehenen wird ein Besitzzeugnis ausgestellt.

§ 6

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften.

Berlin, den 16. März 1936.

Der Führer und Reichskanzler.
gez. Adolf Hitler.
Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht.
gez. von Blomberg."

Geburtstag des Führers

Der größte Feiertag der Wehrmacht aber war auch in diesem Jahre der Geburtstag des Führers: Am 20. April fanden im ganzen Reiche Paraden und militärische Feiern statt. Ein besonders großes Schauspiel bot die Parade in Berlin, an der vom III. Armeekorps Teile der 23. Division, die 3. Panzerwagendivision, die Wachtruppe Berlin, Schulen und Teile der Luftwaffe und der Marine in Stärke von 489 Offizieren, 13932 Mann, 977 Pferden und 1573 Fahrzeugen teilnahmen. Der Führer ehrte an diesem Tage die Wehrmacht dadurch, daß er den Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generaloberst von Blomberg, zum Generalfeldmarschall, den

Oberbefehlshaber des Heeres, General der Artillerie, Frhr. von Fritsch, zum Generaloberst, den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Dr. h. c. Raeder, zum Generaladmiral, den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General der Flieger Göring, zum Generaloberst beförderte. Gleichzeitig ordnete der Führer an, daß die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile im Rang den Reichsministern gleichgestellt werden. (Unberührt dadurch blieb die militärische Unterstellung der Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile unter den Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht.) Eine besonders feierliche Ausgestaltung erfuhren die Paraden in den rheinischen Städten, die seit 20 Jahren zum ersten Male wieder eine Parade deutscher Truppen erlebten.

In diesem Zusammenhang sei auch die — in Anerkennung der Verdienste des Arbeitsdienstes und des NSKK. um die Wehrmacht — am 20. Mai erfolgte Verleihung des Charakters als Generalmajor an den Reichsarbeitsführer Hierl und den Korpsführer Hühnlein hervorgehoben.

Tag der Luftwaffe

Am 21. April, dem achtzehnten Todestag Manfred Freiherr von Richthofens, wurde in allen Standorten der Luftwaffe der „Tag der Luftwaffe" gefeiert. An diesem Tage wurden den Formationen der Luftwaffe die ersten fertiggestellten Truppenfahnen verliehen. Auf dem Gelände der Fliegerhorstkommandantur Gatow nahm Generaloberst Göring die Verleihung von 12 Fahnen an Formationen der beiden Fahnenjunker-Lehrgänge der Luftkriegsschulen Gatow und Wildpark-Werder persönlich vor. Pg. Hermann Göring sagte:

„... Diese Fahnen sind uns heilig. Die Kameraden der Zukunft werden auf ihnen ihren Eid ablegen als Zeichen der Treue und der unzertrennlichen Verbundenheit mit dem Siegeszeichen Adolf Hitlers. Sie werden immer erinnern an den großen Deutschen, der unser Vaterland in der Welt zu einem Begriff gemacht hat! So befehle ich euch: Enthüllt die Feldzeichen! Diese Fahne wird nun und nimmer verlassen werden!"

Fluggeschwader „Horst Wessel" und „Hindenburg"

Die von der SA. und dem Kyffhäuserbund dem Führer geschenkten Fluggeschwader erhielten die Namen „Horst Wessel" und „Hindenburg". Der Erlaß des Führers vom 24. März lautete:

„Die Oberste SA.-Führung hat mir am 20. April 1934, meinem Geburtstag, im Namen der gesamten SA. eine Fliegergruppe von drei Staffeln mit insgesamt 27 Jagdflugzeugen zum Geschenk gemacht.

Dazu befehle ich:

Das am 1. April 1936 aufzustellende Fliegergeschwader Dortmund führt fortan die Bezeichnung „Fliegergeschwader Horst Wessel".

Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Geschwaders tragen am Rock ein Erinnerungsband mit dem Namen „Geschwader Horst Wessel".

Nähere Bestimmungen darüber erläßt der Reichsminister der Luftfahrt.

Wenn ich also einem Fliegergeschwader den Namen Horst Wessel verleihe und dabei die Sturmabteilungen als Stifter Pate stehen lasse, tue ich es in dem Wunsche, der engen Verbundenheit der nationalsozialistischen Bewegung, insbesondere meiner SA., mit der jungen deutschen Fliegertruppe Ausdruck zu geben; ich tue es auch in der Gewißheit, daß Kampfgeist und Opferbereitschaft, wie sie einen Horst Wessel beseelt haben, die hohen Tugenden unserer Luftwaffe sind und bleiben müssen.

Möge auch das neu beliehene Geschwader in der Pflege dieser Tugenden allezeit vorbildlich sein."

Der weitere Erlaß des Führers vom 20. April hatte folgenden Wortlaut:

„Die mir vom Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser" gestifteten Flugzeuge habe ich auf Vorschlag des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe in einem Fliegergeschwader vereinigt. Dazu befehle ich:

Das Fliegergeschwader Greifswald führt fortan die Bezeichnung „Geschwader Hindenburg". Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften tragen am Rock ein Erinnerungsband mit dem Namen „Geschwader Hindenburg".

Nähere Bestimmungen darüber erläßt der Reichsminister der Luftfahrt.

Es ist mein Wille, mit der Verleihung dieses Namens an ein Fliegergeschwader der überragenden Persönlichkeit unseres verewigten Generalfeldmarschalls auch in der Luftwaffe den gebührenden Ehrenplatz zu sichern und in der Gestalt des großen Feldherrn aus dem Weltkrieg der starken Verbundenheit des jungen Wehrmachtsteils mit dem alten, ruhmvollen Heere Ausdruck zu verleihen.

Der Name „Hindenburg" schließt eine ganz besondere Verpflichtung in sich.

Ich vollziehe diesen Erlaß in der Gewißheit, daß das Geschwader „Hindenburg" — durchdrungen von der hohen Bedeutung der ihm übertragenen Ueberlieferung — sich in Geist und Leistung dieser besonderen Verpflichtung stets gewachsen zeigen wird."

Im Mittelpunkt der diesjährigen Gedenkfeiern der Seeschlacht am Skagerrak stand die große Flottenübung in Gegenwart des Führers — am 29. Mai in der Kieler Bucht —, die mit einer Parade der gesamten deutschen Flottenstreitkräfte abschloß, — und am 30. Mai die Weihe des Marineehrenmals in Laboe, wobei Generaladmiral Dr. h. c. Raeder u. a. sagte: Skagerrak-Feier

„... Die rettende Tat von Scapa Flow hat unserer Marine die Ehre gesichert. Sie, mein Führer, haben uns die Möglichkeit gegeben, darüber hinaus dem Vermächtnis und dem Geist der Treuesten unserer Getreuen folgend, zur befreienden Tat zu schreiten. Zum Aufbau einer Kriegsmarine, die stets eine Gewähr sein soll für die Sicherheit eines friedliebenden Volkes unter den gleichgeachteten und gleichberechtigten übrigen Nationen..."

Einen schweren Verlust erlitt die Luftwaffe am 3. Juni durch den tödlichen Absturz des Chefs ihres Generalstabes, Generalleutnant Wever, der auf einem Dienstflug mit seinem Bordmechaniker in Dresden den Fliegertod fand. In dankbarer Anerkennung seiner Verdienste ordnete der Führer an, daß das Kampfgeschwader 253 die Bezeichnung „Kampfgeschwader General Wever" erhielt. Er erließ folgende Verfügung: Generalleutnant Wever †

„Der erste Generalstabschef unserer wiedererstandenen Luftwaffe, Generalleutnant Wever, ist von uns gegangen. Mitten aus rastloser Arbeit für seine Waffe ist er, beseelt von dem festen Willen, auch im fliegerischen Einsatz voranzugehen, auf dem Felde der Ehre geblieben.

In dankbarer Anerkennung seiner hohen Verdienste und in dem Wunsche, seinem leuchtenden Vorbild eine bleibende Stätte in der Luftwaffe zu schaffen, befehle ich:

Das Kampfgeschwader 253 führt fortan die Bezeichnung „Kampfgeschwader General Wever“.

Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften tragen am Rock ein Erinnerungsband mit dem Namen „Geschwader General Wever“.

Nähere Bestimmungen darüber erläßt der Reichsminister der Luftfahrt.

Das Geschwader wird sich dieser hohen Ehre stets würdig erweisen und eingedenk sein, daß es den Namen eines Mannes trägt, der — ein ganzer Soldat, ein edler Mensch — vorbildlich war in seiner Treue für Volk und Vaterland.“

Besuch des italienischen Generals Valle

Eine wichtige Fortführung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit war der Besuch des Staatssekretärs im italienischen Luftfahrtministerium und Chef des Generalstabes der italienischen Luftstreitkräfte, Armeegeneral Valle. Mit diesem Besuch erwiderte Valle den Besuch von General Göring und Staatssekretär Milch im Jahre 1933 in Rom. Fünf Tage lang weilte Valle im Reiche, wo er verschiedene Einrichtungen der Luftfahrt, der Luftwaffe und der Industrie besichtigte. Sein Besuch führte auch zu einer im Abkommen vom 26. Juni niedergelegten Vereinbarung zwischen den Luftfahrtministerien beider Länder über die Einrichtung und den Betrieb von Luftverkehrslinien zwischen den beiden Ländern. —

Deutsch-italienisches Luftverkehrsabkommen

Zur Entwicklung der deutschen Wehrmacht in der ersten Jahreshälfte 1936 ist eine ganze Reihe von Gesetzen und Anordnungen ergangen, die sich insbesondere mit dem Ersatzwesen und Versorgungsfragen, aber auch mit anderen Notwendigkeiten befaßten, so u. a.:

Verordnung über die Heranziehung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland zum aktiven Wehrdienst und zum Reichsarbeitsdienst

Die „Verordnung über die Heranziehung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland zum aktiven Wehrdienst und zum Reichsarbeitsdienst“ vom 31. Januar stellte deren Dienstpflicht fest, sofern die Wehrwürdigkeitsvoraussetzungen gegeben sind. (Am 6. März erging dazu noch eine ergänzende Anordnung für das Jahr 1936.)

Verordnung über den Waffengebrauch der Wehrmacht

Die „Verordnung über den Waffengebrauch der Wehrmacht“ vom 17. Januar setzte die Erlaubnis und die Begrenzung der Erlaubnisausübung in und außer Dienst des Soldaten fest.

Oberkommando des Heeres

Im Februar erließ der Oberbefehlshaber des Heeres eine Anordnung, wonach seine Dienststelle die Bezeichnung „Oberkommando des Heeres“ erhielt.

Verordnung über die Musterung und Aushebung

Am 21. März erschien die „Verordnung über die Musterung und Aushebung“, die vorwiegend technische Bestimmungen enthielt.

Familienunterstützungsgesetz

Am 30. März folgte das „Gesetz über die Unterstützung der Angehörigen der einberufenen Wehrpflichtigen und Arbeitsdienstpflichtigen (Familienunterstützungsgesetz)“. Nach diesem Gesetz, das sämtliche bisherige einschlägige Bestimmungen einheitlich zusammenfaßte, wird zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhaltes den Angehörigen der zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht, bzw. zu kurzfristigen Ausbildungen und Uebungen der Wehrmacht, einberufenen Wehrpflichtigen Unterstützung gewährt. Ebenso tritt diese Unterstützung für die Angehörigen Freiwilliger ein. Diese Unterstützung ist keine Leistung der öffentlichen Fürsorge. Sie ist nicht zurückzuerstatten und kann auch nicht gepfändet werden. Diese wichtige Abweichung vom Recht der öffentlichen Fürsorge ist dadurch begründet, daß die Unterstützung auf einer Ehrenpflicht der Volksgemeinschaft gegenüber den Einberufenen beruht. Drei Fünftel der Unterstützung trägt das Reich, zwei Fünftel der zuständige Stadt- oder Landkreis. — Die Durchführungsverordnung vom gleichen Tage brachte die näheren Bestimmungen, nach denen die Unterstützung gewährt werden soll.

Verordnung über die Erfassung militärisch ausgebildeter Wehrpflichtiger älterer Geburtsjahrgänge

Die „Verordnung über die Erfassung militärisch ausgebildeter Wehrpflichtiger älterer Geburtsjahrgänge“ (sogenannte Erfassungsverordnung) vom 24. Juni erfaßte Offiziere, Beamte und Soldaten aller Gattungen, die in den Jahren nach dem Weltkriege eine militärische Ausbildung erhalten hatten.

Gesetz zur Aenderung des Wehrgesetzes

Von Bedeutung war insbesondere das „Gesetz zur Aenderung des Wehrgesetzes“ vom 26. Juni:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

§ 15 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 (RGBl. I S. 609) erhält folgende Fassung:

„§ 15

Ein Jude kann nicht aktiven Wehrdienst leisten.
Jüdische Mischlinge können nicht Vorgesetzte in der Wehrmacht werden.
Die Dienstleistung von Juden im Kriege bleibt besonderer Regelung vorbehalten.“

Artikel 2

§ 12 Abs. 2 des Wehrgesetzes fällt weg.

Mit dem Artikel 1 wurde das am 21. Mai 1935 erlassene Wehrgesetz (siehe Band 1935, Seite 108 bis 109) den Grundsätzen der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935, insbesondere dem „Reichsbürgergesetz“ (siehe Band 1935, Seite 255, 277 bis 281), angeglichen. Der Artikel 2 beseitigte die Bestimmungen, die die entmilitarisierte Zone berücksichtigt hatten, — denn die deutschen Truppen standen wieder in den deutschen Rheinlanden.

6. Abschnitt:

Außenhandel, Devisen und Rohstoffe

Politik und Wirtschaft

Zur politischen Freiheit gehört die wirtschaftliche Freiheit. Wir haben schon in den vorhergehenden Bänden über die früheren Jahre festgestellt, welches traurige Erbe der Nationalsozialismus bei seinem Machtantritt mit der damaligen deutschen Außenhandelsbilanz übernommen hatte. Er war gezwungen, die schwere Aufgabe der Wiederherstellung einer geordneten, gesunden deutschen Handelspolitik zu übernehmen. 20 Milliarden Auslandsschulden, völlige Abhängigkeit von der ausländischen Wirtschaft (und damit der ausländischen Politik) und ausländischen Geldgebern fand man vor und mußte nun mit Hilfe von unerbittlichen und gegebenenfalls unpopulären Maßnahmen die ausländischen Kreise enttäuschen, die einen baldigen Zusammenbruch prophezeiten. Der Zusammenbruch wäre unweigerlich gekommen, wenn die nationalsozialistische Wirtschafts- und Handelspolitik nicht mit dem bisherigen System des „Spiels der freien Kräfte" gebrochen hätte. Der Neue Plan (siehe Band 1935, Seite 182 bis 183), unter Dr. Schacht verwirklicht, sah mit pedantischer Genauigkeit darauf, daß Einnahmen und Ausgaben im Außenhandel sich die Waage hielten, daß nur das Notwendige an Rohstoffen und Lebensmitteln eingeführt wurde, daß die Gold- und Devisenreserven nicht weiter schrumpften, sondern im Gegenteil möglichst Außenhandelsüberschüsse erzielt wurden, um die Auslandsschulden zu verringern. Das Ziel war stets: Deutschland, das seine politische Souveränität zurückerobert hatte, unter keinen Umständen in irgendwelchen wirtschaftlichen Zwangsbindungen zum Ausland zu belassen oder gar neu hineinzuverwickeln. Das deutsche Volk hat bitter genug erfahren müssen, daß wirtschaftliche Sklaverei zu politischen Erpressungsversuchen führt. Die Wirtschaft ist zwar nicht unser Schicksal, wie der Jude Rathenau einst behauptet hatte, aber sie könnte zum bitteren Schicksal werden, wenn sie nicht nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen betrieben, im Dienste des Volksganzen stehend, das Primat der Politik anerkennt.

Der „Neue Plan"

Devisengesetzgebung

Freilich brachte die Devisengesetzgebung mit ihren zahlreichen Verordnungen und Erlassen mancherlei Unbequemlichkeiten und Er-

schwerungen mit sich. Diese waren jedoch nicht zu vermeiden, da immer neue Schutzmaßnahmen notwendig wurden, um zu verhindern, daß einige gewissenlose Elemente Lücken der Gesetzgebung zu Wucher-Einfuhrgeschäften benutzten und damit die deutsche Volkswirtschaft empfindlich schädigen konnten. So bestimmte z. B. ein Runderlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, daß unerwünschte (d. h. nicht lebenswichtige) Einfuhr nur dann noch im Wege der Kompensierung stattfinden darf, wenn dabei ein dreifacher Ausfuhrüberschuß nachgewiesen werden kann. (Der Runderlaß bezog sich nur auf außereuropäische Länder mit Ausnahme von Mittel- und Südamerika.) Es mußte unter allen Umständen verhindert werden, daß die deutsche Ausfuhr als Tauschobjekt für nebensächliche Einfuhrgüter benutzt wurde, nur um die Taschen einiger Saboteure zu füllen. Im übrigen war das Ziel: Möglichst viel exportieren gegen Bardevisen.

Die ersten Wochen des Jahres standen im Zeichen zahlreicher wirtschaftlicher Vereinbarungen mit dem Ausland. So mit Holland, Italien, Dänemark, Belgien, der Schweiz, Iran. Das deutsch-dänische Abkommen über den Warenverkehr vom 30. Januar ermöglichte eine erhöhte Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse nach Dänemark und dänischer landwirtschaftlicher Produkte nach dem Reich. Der Handel mit Südamerika und Mittelamerika machte gute Fortschritte, die Ausfuhr nach Aegypten war im Steigen begriffen, eine deutsche Wirtschaftsabordnung knüpfte im Fernen Osten neue Beziehungen mit China, Japan und Mandschukuo an (ein Abkommen über den Warenaustausch zwischen Deutschland und Mandschukuo vom 30. April diente der Steigerung des beiderseitigen Handels und gleichzeitiger Ersparnis deutscher Bardevisen). Auch mit Spanien und der Tschechoslowakei kamen Abkommen zustande. „Ausfuhrsteigerung" war die Parole.

Wirtschaftliche Vereinbarungen mit dem Ausland

Deutsch-dänisches Abkommen über den Warenverkehr

Abkommen über den Warenaustausch zwischen Deutschland und Mandschukuo

Und die Bemühungen hatten in der Tat Erfolg: Gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 284 Millionen RM. im Jahre 1934 schloß 1935 mit einem Ausfuhrüberschuß von 111 Millionen RM. ab. Zum größten Teil war diese Aktivierung, die sich in der Spanne von 400 Millionen ausdrückte, allerdings der Drosselung der Einfuhr, wie sie der „Neue Plan" vorsah, zu danken. Im Januar 1936 ergaben die Außenhandelsumsätze einen Ausfuhrüberschuß von 18 Millionen RM. (gegen 43 Millionen RM. im Dezember 1935), im Februar betrug der Ueberschuß der deutschen Ausfuhr vor der Einfuhr 40 Millionen RM., im März 21 Millionen RM.

Ein- und Ausfuhrzahlen

Das Verhältnis zu Polen machte im Jahre 1936 auch in wirtschaftlicher Beziehung einige Schwierigkeiten. Drosselungen der Einfuhr auf der einen Seite führten automatisch zu einer entsprechenden

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen

Maßnahme auf der anderen Seite der Grenze, worunter dann natürlich regelmäßig auch Danzig zu leiden hatte. Wegen der Schwierigkeiten in der Transferierung von Beträgen, die die deutsche Reichsbahn der polnischen Staatsbahn für den Durchgangsverkehr durch polnisches Gebiet (Korridor) schuldete, kam es dann zu jener unerquicklichen Pressionsmaßnahme Polens, nämlich der erheblichen Einschränkung im Transitverkehr nach Ostpreußen, die — nach einem vorläufigen Uebereinkommen im Mai — erst im Spätsommer ihr Ende fand (siehe 11. Abschnitt). — Reichsaußenminister Frhr. von Neurath äußerte sich in der Frühjahrsmesse-Sondernummer der „Leipziger Tageszeitung" zu dem Thema der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen, wobei er u. a. ausführte:

„... Die beiden Regierungen haben mit dem Wirtschaftsvertrag von 1935 die rechtliche und handelspolitische Grundlage für einen neuen Aufschwung des deutsch-polnischen Warenaustausches geschaffen. Es ist jetzt Sache der privaten Wirtschaft, die von den Regierungen geschaffenen Möglichkeiten auszunützen und die politische Annäherung zwischen den beiden Staaten durch die Verflechtung der beiden Wirtschaften zu ergänzen. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

Die beiden benachbarten Länder sind nach ihren natürlichen Bedingungen und nach ihrer Erzeugung dafür geschaffen, sich zum beiderseitigen Nutzen zu ergänzen.

Gleichwohl haben die ersten Monate nach Abschluß des Handelsvertrages nicht voll befriedigt. Die Lage in Deutschland hätte es erlaubt, mehr polnische landwirtschaftliche Erzeugnisse abzunehmen, als es tatsächlich geschehen ist. Allein die Tatsache, daß Deutschland nicht genug nach Polen ausgeführt hat und daß deshalb nicht genug Zahlungsmöglichkeiten für die polnische Einfuhr nach Deutschland zur Verfügung standen, hat die beiden Regierungen gezwungen, das vereinbarte Programm für die Abnahme polnischer Erzeugnisse vorübergehend zu beschränken...

Es ist aber jetzt Aufgabe der deutschen Wirtschaft, die Ausfuhr nach Polen und parallel damit die Einfuhr aus Polen zu steigern."

Tatsächlich gelang es — nach Beseitigung verschiedener Hemmnisse — im Mai erstmalig den vorgesehenen gegenseitigen Ausfuhrplan voll durchzuführen. In diesem Zusammenhang muß auf die Bedeutung der Deutschen Ostmesse (23. bis 26. August) in Königsberg und der Südostausstellung in Breslau (7. bis 10. März) hingewiesen werden, die zwar nicht die Weltgeltung der Leipziger Messen besitzen, aber als Ausfallstore nach dem Osten und Südosten unentbehrlich sind. Andererseits beteiligte sich Deutschland rege an der Posener Messe, die für die Absatzgewinnung in Polen sehr wichtig war.

Deutsche Ostmesse und Südostausstellung

Messevereinbarungen mit dem Ausland

Im Laufe des Jahres wurden verschiedene Messevereinbarungen mit dem Ausland geschlossen. Ausländische Besucher, Aussteller und Einkäufer der Leipziger Messe durften in weitem Umfange eigene

Sperrguthaben verwenden. — Sperrguthaben durften übrigens u. a. auch zur Zeichnung von Reichsanleihen verwendet werden.

Damit kommen wir auf das Gebiet der Devisen (Verschärfung der Devisenkontrolle im Wertpapierverkehr im Januar) und des Transfers. Am 10. Februar begann in Berlin wieder — wie alljährlich — die Stillhaltekonferenz. Es ergab sich die erfreuliche Tatsache, daß das Kreditvolumen weiter gesunken war, und zwar von 1,75 Milliarden RM. im Februar 1935 auf etwas über 400 Millionen Reichsmark im Februar 1936. Diese Verminderung der Stillhalteschulden war nicht zum geringsten Teil durch Verwendung der Registermark erreicht worden, so daß jetzt ein besonderer Ausschuß gebildet wurde, der Propaganda für den Reiseverkehr in Deutschland mit der „Reisemark" machen sollte. Von deutscher Seite wurde dies begrüßt, und während des Olympiabesuchs aus dem Ausland ist von den günstigen Verwendungsmöglichkeiten von Sperrguthaben auch reichlich Gebrauch gemacht worden.

Stillhalte-Konferenz

Das neue Kreditabkommen 1936 (vom 20. Februar), mit dem die Verhandlungen abgeschlossen wurden, wies kaum Veränderungen auf. Wünsche der ausländischen Gläubiger auf Zinserhöhung konnten angesichts der schwierigen deutschen Devisenlage nicht erfüllt werden. Das Abkommen, das wieder auf ein Jahr befristet war (1. März 1936 bis 28. Februar 1937), umfaßte alle Länder des bisherigen Abkommens außer Italien, dessen geringe Forderungen erledigt waren.

Kreditabkommen 1936

Eine große Zahl devisentechnischer Einzelerlasse, die alle aufzuzählen unmöglich ist, wurden im Laufe des Jahres herausgegeben. Erwähnt sei das Reichsmarknoten-Einfuhrverbot vom Dezember 1935, die Aufforderung zur Anmeldung von deutschen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland und von deutschen Auslandsforderungen, der Genehmigungszwang zur Umstellung alter Fremdwährungsguthaben auf Reichsmark (Erlaß vom 27. April). Weitere Erlasse der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung betrafen die Ablösung von Hypotheken mit deutschen Auslandsbonds, das Studium und den Schulbesuch im Ausland und die schon berührten wesentlichen Erleichterungen für ausländische Olympiabesucher (für die Dauer eines Jahres wurden alle außereuropäischen Reisenden von den Beschränkungen der Devisengesetzgebung befreit).

Devisentechnische Einzelerlasse

Die ungeheure Fülle von immer neuen Verordnungen und Erlassen hatte einen neuen Beruf geboren: den Devisenberater. Um hier aber „Kurpfuschern", die mehr Schaden als Nutzen stiften konnten, das Handwerk zu legen, machte der Reichswirtschaftsminister die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Devisenangelegenheiten von der Er-

Verordnung über die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Devisensachen

laubnis der Devisenstelle in den Landesfinanzämtern abhängig („Verordnung über die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Devisensachen“ vom 29. Juni).

Reiseverkehrsabkommen mit dem Ausland

Eine wichtige Rolle kam den Reiseverkehrsabkommen zu, die mit einigen Ländern bestanden, denn sie dienten der Kompensierung deutscher Ausfuhr. Vielfach mußten allerdings Herabsetzungen der monatlich zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel vorgenommen werden. Mit Holland kam ein neues Reiseverkehrsabkommen (zusammen mit einem Transferabkommen) zustande. Im Verkehr mit Danzig und dem Memelgebiet wurden Erleichterungen geschaffen.

Fünfte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung

— Die „Fünfte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung“ vom 25. Mai verbot — mit einigen Ausnahmen und Erleichterungen — die Einfuhr von Scheidemünzen und die Annahme aus dem Ausland eingehender Scheidemünzen durch Inländer.

Pg. Hermann Göring Beauftragter für alle Devisen- und Rohstofffragen

Am 27. April wurde amtlich mitgeteilt:

> „Da bei der Bearbeitung der die Rohstoffe und Devisen betreffenden Fragen zahlreiche staatliche und parteiliche Stellen zusammenwirken müssen, hat der Führer und Reichskanzler den Preußischen Ministerpräsidenten mit der Prüfung und Anordnung aller erforderlichen Maßnahmen beauftragt.
>
> Ministerpräsident Generaloberst Göring kann hierzu alle staatlichen und parteilichen Stellen anhören und anweisen. Er kann sich von den zuständigen Reichsministern unterstützen und nötigenfalls vertreten lassen.“

Damit wurden die Rohstoff- und Devisenfragen in einer Hand zusammengefaßt — eine äußerst wichtige Entscheidung im Hinblick auf die dann im Herbst erfolgende Betrauung Görings mit der Durchführung des Vierjahresplanes (siehe 16. Abschnitt).

Deutschland und die Weltwirtschaft

An dieser Stelle seien einige Sätze aus einem Aufsatz Wilhelm Kepplers „Deutschlands Stellung zur Weltwirtschaft“ („Völkischer Beobachter“ vom 31. März) eingeschaltet, die die Alternative „Mehrung und Unterstützung des deutschen Exports oder Deutschlands zwangsweise Selbstversorgung“ klar aussprechen, eine Alternative, vor die die Welt gestellt war. Der Aufsatz schließt mit den Worten:

> „Auf die Dauer läßt sich aber Deutschland nicht ohne unheilbaren Schaden für die Arbeitslosen anderer Länder als einer der größten Rohstoffkonsumenten der Welt ausschalten. Deutschland bietet die Hand zu einem Wiederaufbau der Weltwirtschaft und der Grundlage der Vernunft und der Achtung wohlbegründeter Lebensrechte anderer Völker. Es kämpft wie auf politischem so auf wirtschaftlichem Gebiet um nichts anderes als seine Gleichberechtigung. Wir wollen keine wirtschaftliche Isolierung; sie widerspricht nicht nur unseren Zweckmäßigkeitsüberlegungen, sie widerspricht auch ganz einfach dem politischen Glaubensbekenntnis des heutigen Deutschland. Sollten wir diesen Weg aber dennoch gehen müssen, so brauchen wir nicht für unsere Zukunft besorgt zu sein.

Dafür bürgen uns die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte auf dem Gebiet der deutschen Rohstofferzeugung und ihre erfolgreiche Ueberführung in die industrielle Praxis. Ob allerdings eine unnatürlich übersteigerte Entwicklung auf diesem Gebiet im Interesse des vielgegliederten Getriebes der Weltwirtschaft liegt, können die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker unter sich ausmachen, deren Lieblingsthema die Erörterung von Mitteln und Wegen ist, die aus den Fugen geratene Weltwirtschaft zu regenerieren."

Und Reichsbankdirektor Brinkmann erklärt im Mai:

„Wir sind, ohne daß wir deswegen in Jubel ausbrechen wollen, aus der Linie der Passivität in eine Aktivität trotz allem hineingekommen, und zwar haben wir sie acht Monate lang seit dem 1. Juli 1935 stetig erhalten. Wir sind überzeugt, daß, wenn das beharrlich weiter verfolgt wird, was wir gegenwärtig getan haben, uns auch der weitere Erfolg nicht vorenthalten sein wird."

Anhaltender Ausfuhrüberschuß

Der zwar von Monat zu Monat schwankende, aber doch gehaltene Ausfuhrüberschuß (April: 5 Millionen RM., Mai: 35 Millionen Reichsmark, Juni: 11 Millionen RM.) zeigte, daß Deutschlands Wirtschaftsführung zähe an ihrem Plan und an dem gesteckten Ziel festhielt. Auch wenn mitunter Enttäuschungen, wie die überraschende Entscheidung des amerikanischen Schatzamtes von Anfang Juni betr. den Ausgleichszoll auf gewisse deutsche Erzeugnisse, Deutschlands Aktivität auf dem Weltmarkt hemmten. Sehr langwierig waren wieder die Verhandlungen mit der Schweiz, sowohl auf der Waren- wie der Zahlungsseite. Ihre eingehende Darstellung würde im Rahmen dieses Buches zu weit führen. Gegenseitige Besprechungen führten zu vorläufigen Vereinbarungen. Die Abwertung des Schweizer Franken machte einerseits eine Neuregelung (z. B. auch bezüglich des Reiseverkehrs) notwendig, verhinderte aber endgültige Abmachungen, da die Schweiz erst die Auswirkungen der Devalvation abwarten wollte.

Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz

Wirtschaftsbeziehungen zu England, Ungarn und Litauen

Glücklicherweise machten nicht alle Abkommen solche Schwierigkeiten. Das deutsch-englische Zahlungsabkommen arbeitete zufriedenstellend. Die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen erfuhren ihren Ausbau. Mit Litauen wurde am 5. August ein Wirtschaftsabkommen (das verschiedene Abkommen umfaßte) in Berlin unterzeichnet, das nicht nur dem wirtschaftlichen Güteraustausch, sondern auch der Entspannung und Besserung der politischen Beziehungen beider Staaten dienen sollte.

Außenhandelsschulung

Zur Außenhandelsförderung muß man aber auch die von der Deutschen Arbeitsfront betriebene Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses zählen. Genannt sei die Außenhandelsschule in Hamburg und die Abhaltung von Außenhandelsschulungswochen.

Ausfuhrüberschüsse in der zweiten Jahreshälfte

Der Ausfuhrüberschuß stieg von 11 Millionen RM. auf 50 Millionen RM. (im Juli), 63 Millionen RM. (im August) und 75 Millionen RM. (im September), und zwar kam diese Steigerung nicht

allein durch Einfuhrdrosselung, sondern auch durch eine merkliche Ausfuhrsteigerung zustande.

Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien

Deutsch-rumänische Wirtschaftsverhandlungen (8. bis 24. September in München) führten zu Erleichterungen im gegenseitigen Waren- und Zahlungsverkehr und zum Abschluß eines Zusatzabkommens zum deutsch-rumänischen Verrechnungsabkommen vom 24. Mai 1935. Die am 18. Juli mit Polen getroffenen Vereinbarungen (Ergänzung des Wirtschaftsvertrages vom 4. November 1935) und das deutsch-polnische Verrechnungsabkommen vom gleichen Tage wurden bis zum Jahresende verlängert. Zu erwähnen sind ferner die erfolgreichen Verhandlungen mit Dänemark (19. bis 21. Oktober) und Estland (26. Oktober bis 2. November), die eine weitere Steigerung im Warenaustausch (industrielle gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse) zur Folge hatten, und das deutsch-kanadische Handels- und Warenzahlungsabkommen vom 22. Oktober, das in beiden Richtungen grundsätzlich nur Devisenzahlung zuließ.

Polen — Dänemark und Estland — Kanada

Weitere Devisenvorschriften

An neuen Devisenvorschriften in der zweiten Hälfte des Jahres sind neben den Erlassen vom 31. August und 3. September über den Reise- und den Warenzahlungsverkehr mit Oesterreich, der Einschränkung privater Verrechnungsgeschäfte (Genehmigung nur noch bei Ausfuhrobjekten ab 50000 RM.), einer Zusammenfassung der Devisenbestimmungen auf dem Gebiete des Wertpapierverkehrs und Bestimmungen für Einwanderer, vor allen Dingen die Sechste (28. Oktober) und Siebente (19. November) Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung anzuführen. Erstere ordnete an, daß alle ausländischen und außer Kurs gesetzten Goldmünzen sowie alle sonstigen ausländischen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung (mit Ausnahme von Scheidemünzen) bis zum Gesamtwert von 2 RM., weiterhin alle Bestände an Feingold und legiertem Gold bis zum 30. November 1936 der Reichsbank anzubieten und auf Verlangen zu verkaufen sind. Die Siebente Durchführungsverordnung richtete sich gegen das gewissenlose Treiben von bestimmten Börsenkreisen, die Spekulationsgeschäfte mit ausländischen Wertpapieren an deutschen Börsen machten. Um ihnen das Handwerk zu legen und zum Schutze der deutschen Volkswirtschaft verfügte der Reichswirtschaftsminister den Depotzwang. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Sechste und Siebente Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung

§ 1

Die in § 1 Abs. 1 der Durchführungsverordnung zum Devisengesetz vom 4. Februar 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 114) aufgeführten Personen haben ihre ausländischen Wertpapiere der in § 21 Abs. 2 und 3 des Devisengesetzes bezeichneten Art in das Depot bei einer Devisenbank einzulegen. Liegen diese Wertpapiere im Ausland, so ist der

Verpflichtung genügt, wenn sie in das Depot einer Devisenbank bei einer ausländischen Bank eingelegt werden. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung bestimmt durch Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger die einzulegenden Wertpapiergattungen und den Zeitpunkt, bis zu dem die Einlegung zu erfolgen hat.

§ 2

Ein Wertpapierhändler darf ausländische Wertpapiere der in § 21 Abs. 2 und 3 des Devisengesetzes bezeichneten Art nur mit Genehmigung im Inland aushändigen oder zu einem Wertpapierhändler, der nicht Devisenbank ist, umlegen.

§ 3

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung kann durch Anordnung im Deutschen Reichsanzeiger die Vorschriften der §§ 1 und 2 dieser Verordnung auf andere als die in § 21 Abs. 2 und 3 des Devisengesetzes bezeichneten Wertpapiere ausdehnen.

§ 4

Die in den §§ 42, 45, 46, 47 des Devisengesetzes angedrohten Strafen und sonstigen Maßnahmen finden auch Anwendung auf Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung.

Einen Tag nach der Verordnung erschien im „Deutschen Reichsanzeiger" die in § 1 angekündigte Bekanntmachung über die betroffenen Wertpapiere (zunächst die erste Gruppe) und die Festlegung des 4. (später 11.) Dezember 1936 als Zeitpunkt, bis zu welchem die Einlegung zu erfolgen hat. Bemerkenswert war, daß aus volkswirtschaftlichen und politischen Gründen die Deponierung u. a. auch auf Kolonialanteile ausgedehnt wurde.

Einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Unterbindung von Volk und Staat schädigenden Devisenzuwiderhandlungen stellte dann das „Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung" (1. Dezember) dar. Wesentlich sind die als §§ 37a und b angeführten Bestimmungen, nach denen bei dem begründeten Verdacht der beabsichtigten Vermögensverschiebung dem betroffenen Inländer von den Devisenstellen Verfügungsbeschränkungen auferlegt werden dürfen und auch in anderen Fällen Anordnungen zur Sicherung der Devisenbeschränkung getroffen werden können. Die beiden Paragraphen lauten: Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung

§ 37a

Liegen Tatsachen vor, aus denen zu schließen ist, daß ein Inländer beabsichtigt, unter Verletzung oder Umgehung der bestehenden Vorschriften Vermögenswerte der Devisenbewirtschaftung zu entziehen, so können die Devisenstellen anordnen, daß der Betroffene über sein Vermögen oder über bestimmte Vermögensgegenstände nur mit Genehmigung verfügen darf. Die Anordnung soll auf bestimmte Vermögensgegenstände beschränkt werden, wenn dadurch die beabsichtigte Vermögensverschiebung verhindert werden kann. Liegen die Voraussetzungen des Satz 1 vor, so können die Devisenstellen auch sonstige sichernde Anordnungen treffen, die zur Verhinderung der beabsichtigten Vermögensverschiebung erforderlich sind.

Die Anordnungen nach Abs. 1 sind von der Eintragung im Grundbuch ausgeschlossen. Sie werden mit dem Zugehen an den Betroffenen oder, wenn die Mitteilung an den Betroffenen nicht möglich ist, mit Ablauf des Tages wirksam, an dem die Anordnungen im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger bekanntgegeben worden sind.
Gegen Anordnungen nach Abs. 1 ist die Beschwerde an die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung zulässig. Diese entscheidet endgültig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 37b

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung kann auch in anderen als den in § 37a genannten Fällen die Anordnungen treffen, die zur Sicherung der Devisenbestände erforderlich sind.

Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwiderhandlungen

Nachdem so mit entschiedener Strenge jeder bedroht wurde, der im nationalsozialistischen Deutschland gegen die Gesetze handelte, die dem Schutz der nationalen Wirtschaft und des deutschen Volksvermögens dienten, sollte mit dem „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwiderhandlungen" vom 15. Dezember, das auf Vorschlag des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Göring, erlassen worden war, denjenigen noch einmal Gnade vor Recht erwiesen werden, die gewillt waren, sich zu besinnen und die Erfüllung ihrer Pflichten in devisenrechtlicher Hinsicht nachzuholen, ohne dabei Strafe befürchten zu müssen. Wer bis zum 31. Januar 1937 seiner bisher versäumten Anbietungspflicht bei der Reichsbank nachkam, entging der Bestrafung. Er bekam den vollen Gegenwert in Reichsmark ausgezahlt. Wer diese Frist jedoch nicht nutzte, die im Wäscheschrank versteckten und ablieferungspflichtigen Barmittel nicht ablieferte oder im Ausland stehende Guthaben nicht angab, verfiel der ganzen Strenge des Gesetzes. (Das „Gesetz gegen Wirtschaftssabotage" vom 1. Dezember drohte sogar die Todesstrafe an!) Erfreulicherweise machten viele Volksgenossen, die bisher gegen die Gesetze gesündigt hatten, von der Devisen-Amnestie Gebrauch.

Gesetz über Abwertungsgewinne

Wichtig war ferner noch das „Gesetz über Abwertungsgewinne" vom 23. Dezember, durch welches Abwertungsgewinne, die inländische Schuldner (von Verbindlichkeiten aus dem Kapitalverkehr) durch die Abwertung ausländischer Währungen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes machten, „für allgemein wirtschaftliche Zwecke erfaßt und verwendet" werden. Ueber den Verwendungszweck bestimmt der Reichswirtschaftsminister. In bestimmten Fällen wird dem Schuldner ein Teil des Abwertungsgewinnes belassen. Die ungerechtfertigte Bereicherung Einzelner sollte im Sinne des Nationalsozialismus zugunsten des Volksganzen verhindert werden.

Weitere Devisenvorschriften

Durch einen Runderlaß wurden auch die Bestimmungen über die Einfuhr von Reichsmarknoten und Scheidemünzen erheblich verschärft. Ab 1. Januar 1937 durften Ausländer Reichsmarknoten

überhaupt nicht mehr, Scheidemünzen nur noch bis zum Betrage von 30 RM. einbringen, während das Einfuhrverbot für inländische Reisende in gewissen Fällen Ausnahmen zuließ. — Endlich seien u. a. noch die neuen Richtlinien über den Kapitalverkehr, gewisse Erleichterungen für den Grenzverkehr und die Verschärfung der Bestimmungen über die Verwendung von Devisen bei Seereisen erwähnt.

Wirtschaftsabkommen mit dem Ausland

Auf der Warenseite kam es gegen Jahresende wieder zu verschiedenen wirtschaftlichen Absprachen. Die Warenverkehrsabkommen mit Irland und Lettland und das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen wurden verlängert. Mit Dänemark wurde — etwa auf der bisherigen Grundlage — ein Abkommen über den Warenverkehr bis 1937 geschlossen, und mit Holland wurde am 23. Dezember — ebenfalls für ein Jahr — ein neuer Verrechnungsvertrag und ein neuer Vertrag über den gegenseitigen Warenverkehr unterzeichnet. Die guten deutsch-italienischen Handelsbeziehungen fanden eine Vertiefung und Erweiterung durch die deutsch-italienischen Wirtschaftsabkommen vom 10. Dezember. Es wurden in Rom unterzeichnet ein Vertrag über die Ausdehnung des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 31. Oktober 1925 auf die italienischen Besitzungen und Kolonien, ein Abkommen über die gleiche Ausdehnung des Verrechnungsabkommens vom 26. September 1934 und ein Abkommen zur Regelung der Zahlungen aus literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Urheberrechten. Die deutsch-italienische Zusammenarbeit machte so auch auf wirtschaftlichem Gebiet weitere Fortschritte. — Mit der Südafrikanischen Union kam am 21. Dezember ein Warenverkehrsabkommen zustande, und mit Oesterreich wurden in den letzten Tagen des Jahres Wirtschaftsverhandlungen in Wien geführt.

Deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen

Außenhandelsbilanz am Jahresende

Die Außenhandelsbilanz zeigte im Oktober wieder einen Ausfuhrüberschuß von 75 Millionen RM., im November einen solchen von 64 Millionen RM.

Vierjahresplan

Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere auch ihrer Beziehungen zum Ausland stand in den letzten Monaten des Jahres vornehmlich im Zeichen des Vierjahresplanes, weshalb an dieser Stelle noch auf den 15. und besonders den 16. Abschnitt hingewiesen sei, der sich eingehender mit dem Vierjahresplan zu befassen haben wird.

7. Abschnitt:

Sozialpolitische Entwicklung in der ersten Jahreshälfte

Im zweiten Abschnitt unseres vorliegenden Bandes war deutlich geworden, in welch erheblichem Maße die Lebenshaltung des deutschen Volkes eine zunehmende Verbesserung erfahren hatte. Diese Verbesserung zeigte sich naturgemäß auch in der entsprechenden Verringe-
Winterhilfswerk 1935/36
rung derer, die durch das Winterhilfswerk unterstützt werden mußten. Folgende Zahlen seien genannt:

Winterhilfswerk	1933/34	16 617 681	Betreute,
Winterhilfswerk	1934/35	13 866 571	Betreute,
Winterhilfswerk	1935/36	12 923 247	Betreute.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Aufkommen des Winterhilfswerks in den einzelnen Jahren ständig gestiegen ist und daß demzufolge der Kreis der Betreuten regelmäßig erweitert werden konnte. Schließlich muß gegenüber allen böswilligen ausländischen Mißdeutungsversuchen festgestellt werden, daß die Zahl der Betreuten jeweils die Zahl aller betreuten Familienangehörigen mit enthält.

Die obengenannten Zahlen wurden anläßlich des Empfangs der Gaubeauftragten und der Mitglieder der Reichsführung des WHW. beim Führer (am 27. Mai in der Reichskanzlei) bekanntgegeben. Der Reichsbeauftragte für das WHW., Hauptamtsleiter Pg. Hilgenfeldt, stellte dem Führer die anwesenden Amtswalter vor, und Reichsminister Pg. Dr. Goebbels legte den Leistungsbericht für das Winterhilfswerk 1935/36 vor, das bis jetzt eine Gesamtleistung von rund 370 Millionen RM. aufzuweisen hatte. Damit ergab sich über die Gesamtleistung des WHW. folgendes Bild:

1933/34		358 136 040 RM.
1934/35		367 425 485 RM.
1935/36	vorläufig rund	370 000 000 RM.
		1 095 561 525 RM.

Also über eine Milliarde hatte das WHW. seit 1933 aufgebracht! Auch die „Regierungen" vor 1933 hatten versucht, „Winterhilfen" zu schaffen und hatten dabei erreicht:

1931/32	97 000 000 RM.
1932/33	91 000 000 RM.
	188 000 000 RM.

Daraus ergibt sich folgende äußerst eindringliche Gegenüberstellung:

Winterhilfe der Systemzeit	188 Millionen
WHW. des nationalsozialistischen Deutschland	1 095 Millionen.

Der Gegensatz in der Opferbereitschaft und wirtschaftlichen Energie, der in diesen beiden Zahlen zu erkennen ist, beweist eindeutig, was Adolf Hitler aus dem deutschen Volke in den letzten drei Jahren gemacht hat.

Die beim oben behandelten Empfang beim Führer bekanntgegebenen Ergebnisse des Winterhilfswerks 1935/36 kamen im einzelnen in folgenden Zahlen zum Ausdruck („Völkischer Beobachter" vom 28. Mai):

„Die Leistungen des Winterhilfswerks 1935/36 betrugen im einzelnen an

Nahrungs- und Genußmitteln	123 Mill. RM.,
wovon	
für Kartoffeln	45 Mill. RM.,
für Brot und Mehl	11 Mill. RM.,
für Fleisch und Fleischkonserven	12 Mill. RM.,
für Fischfilet	8 Mill. RM.
verausgabt wurden,	
an Brennmaterialien, einschl. Kohlen	75 Mill. RM.,
an Bekleidung	75 Mill. RM.,
an Haushaltungsgegenständen	8 Mill. RM.,
an Gutscheinen	48 Mill. RM.

Ueber die gewaltige Zahl der freiwilligen Helfer und Helferinnen unterrichtete am 14. März die NSK. (Folge 63):

„... Und zwar waren an ehrenamtlichen Helfern in den Wintermonaten weit mehr als 300 000 dauernd, und mehr als 500 000 gelegentlich tätig. Im Winterhilfswerk 1935/36 haben des weiteren NS.-Formationen, Verbände und Organisationen fast 516 000 Helfer eingesetzt. Insgesamt haben also durchschnittlich fast 1 400 000 freiwillige Helfer und Helferinnen in den Wintermonaten dem Winterhilfswerk zur Verfügung gestanden..."

Das WHW. am Tage der nationalen Erhebung

Es sei in diesem Zusammenhang berichtet, daß das WHW. auch in diesem Jahre zum Tage der nationalen Erhebung — zum 30. Januar 1936 — besondere Zuweisungen im Gesamtbetrage von 22 Millionen RM. vornahm, über die ein Aufruf des Reichsministers Pg. Dr. Goebbels (vom 25. Januar) eingehender unterrichtete:

An das deutsche Volk!

Es ist im neuen Deutschland schöne Tradition geworden, daß am Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution zwar keine glänzenden und rauschenden Feste gefeiert, dafür aber in besonderen sozialen Hilfsaktionen für die vom Winterhilfswerk betreuten Volksgenossen zusätzliche Leistungen ausgeschüttet werden.

So werden auch an dem bevorstehenden 30. Januar 1936, entsprechend der Zahl der Betreuten, zusätzlich zur normalen Leistung durch das Winterhilfswerk selbst Spenden im Werte von rund 22 Millionen Reichsmark zur Verteilung gelangen.

Diese Summe wird aufgewandt für:

13 Millionen Wertgutscheine im Betrage von je 1,— RM. und
5,5 Millionen Kohlengutscheine im Werte von je 1,50 RM.

Die Durchführungsbestimmungen für diese besondere Aktion zum 30. Januar erläßt der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk.

Im Jahre 1935 hat das deutsche Volk seine Wehrhoheit und damit seine nationale Souveränität wiedergewonnen. Dieser historische Erfolg der zielsicheren Aufbauarbeit des Führers bestärkt jeden Deutschen in dem festen und unbeirrbaren Glauben, daß die restlose Erfüllung unserer alten Kampfparole Wirklichkeit werden wird: Freiheit und Brot für jeden Deutschen!

In Dankbarkeit gegen das Schicksal, das unser Werk so sichtbar segnete, und im Vertrauen darauf, daß das Glück, das aus unserer eigenen Arbeit entspringt, uns auch im kommenden Jahre des deutschen Aufbaues nicht verlassen wird, betreten wir damit das vierte Jahr der nationalsozialistischen Revolution.

Es lebe der Führer!

NS.-Volkswohlfahrt

Bei der Betrachtung dieser Leistung ist zu berücksichtigen, daß das WHW. nur einen Teilausschnitt der Arbeiten der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt" (NSV.) darstellt. Ueber diese Aufgaben und ihre Erfüllung brachte die NSK. (Folge 63 vom 14. März) eine Generalbilanz, der u. a. folgende Zahlen über die bisherigen Leistungen (außerhalb des WHW.) zu entnehmen waren:

„Kinderverschickung	70372833 RM.
Hilfswerk „Mutter und Kind"	44965284 RM.
Hitler-Freiplatzspende	29227722 RM.
Bettenaktion	13358893 RM.
Ausgaben für den Feierschichtenausgleich im deutschen Bergbau	10140001 RM.
Saarurlauberwerk	4944078 RM.
Patenschaften	1278000 RM.
Tuberkulose-Hilfswerk	800000 RM.
Leistungen der NSV. insgesamt	175086811 RM.

... Der Vollständigkeit halber seien in Ergänzung der vorstehenden Ziffern noch die zusätzlichen Leistungen und Zuschüsse der NSV. erwähnt, als da sind solche für Zwecke der Jugendpflege, für Flüchtlingsfürsorge, für Seuchenbekämpfung und Siedlungshilfe; und zwar wurden insgesamt fast 7,6 Millionen Reichsmark aufgewendet. Dadurch erhöhen sich die Gesamtleistungen auf etwa 182,6 Millionen Reichsmark..."

Ueberall half die NSV., wo Not behoben werden mußte, und es sei auch daran erinnert, daß insbesondere Notstandsgebiete durch außerordentliche Sonderleistungen bedacht wurden.

Jugendhilfe

Am 10. März wurde eine Vereinbarung bekanntgegeben, die zwischen der NSV. und der Reichsjugendführung auf dem Gebiete der „Jugendhilfe" geschlossen worden war. Die hier geschaffene Zusammenarbeit stellte sich folgende Aufgabengebiete („Völkischer Beobachter", 11. März):

1. Schutz der Pflegekinder,
2. Vormundschaftswesen,
3. Schutzaufsicht,
4. Fürsorgeerziehung,
5. Jugendgerichtshilfe,
6. Beaufsichtigung gewerblicher Kinderarbeit,
7. Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Mißhandlung und Ausnutzung,
8. Erziehungsberatung für Jugendliche und Erziehungsberechtigte,
9. Ueberwachung der Wettbüros, Warenhäuser, Kinos, Rummelplätze und sonstiger Gefahrenherde für Jugendliche,
10. Durchführung der Heimerziehung in nationalsozialistischen Jugendheimstätten.

Die unter 1 bis 6 und 10 angeführten Aufgabengebiete können der NSV.-Jugendhilfe auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom zuständigen Jugendamt übertragen werden.

Und am 23. Mai wurde gemeldet („Völkischer Beobachter", 24. Mai): Zusammenarbeit der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege

„Zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und zum weiteren Ausbau der beide Träger der Wohlfahrtspflege gemeinsam interessierenden Fragen haben der Deutsche Gemeindetag und das Hauptamt für Volkswohlfahrt einen Reichszusammenschluß für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe errichtet. Zum Vorsitzenden des Reichszusammenschlusses hat der Reichs- und Preußische Minister des Innern den Leiter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt in der Reichsleitung der NSDAP., Hauptamtsleiter Hilgenfeldt, berufen. Zu Stellvertretern sind der Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages, Dr. Zeitler, und der Leiter des Amtes für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe im Hauptamt für Volkswohlfahrt, Amtsleiter Althaus, ernannt worden..."

Ein wesentlicher Schritt zu einer einheitlichen nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege war damit getan. —

Die Zahl derer, die ohne Arbeit und Brot waren und die der Unterstützung bedurften, stellte nur noch einen geringen Bruchteil dar gegenüber den Katastrophenjahren vor 1933. Das deutsche Volk war wieder ein Volk der werteschaffenden Arbeit geworden. Und der Nationale Feiertag des deutschen Volkes, der 1. Mai 1936, wurde wieder zu einem unverbrüchlichen Bekenntnis zum Führer, — und zu einem Fest der Gemeinschaft und der Arbeit im ganzen Reiche. Am Morgen eröffnete in Berlin der Reichsjugendführer Pg. Baldur von Schirach die große Jugendkundgebung im Poststadion, wo nach Reichsminister Pg. Dr. Goebbels der Führer zu 80000 Jungen und Mädel sprach. — Dann folgte im Deutschen Opernhaus die Festsitzung der Reichskulturkammer, wo Pg. Dr. Goebbels den Buch- und Filmpreis 1936 verkündete. (Den Nationalen Buchpreis 1936 erhielt SA.-Obersturmführer Gerhard Schuhmann für seinen Gedichtband „Wir aber sind das Korn"; den Nationalen Filmpreis 1936 erhielt Carl Froelich für seinen Film „Traumulus".) Am Mittag Nationaler Feiertag des deutschen Volkes

begann der Staatsakt im Lustgarten, während gleichzeitig im ganzen Reiche Kundgebungen mit Gemeinschaftsempfängen stattfanden. Nach der Eröffnungsansprache des Pg. Dr. Goebbels, in deren Verlauf er zum Führer die Worte sagte: „Sie waren uns in diesen Jahren Vorbild im Mut und in der Arbeit. Es ist keine Phrase, wenn die Nation von Ihnen sagt, daß Sie ihr erster Arbeiter sind“ — sprach der Führer zum deutschen Volke und erklärte am Ende seiner begeistert aufgenommenen Rede:

„... Wie ist es heute schön in Deutschland, ein Volk zu haben, das, statt mit dem Gummiknüppel regiert zu werden, sich selbst führt, selbst ordnet und selbst leitet!

Wie ist es schön heute, bei uns ein Volk zu haben, das sich nicht bemüht, sich gegenseitig das Leben schwer und sauer zu machen, sondern das beginnt, mehr und mehr Rücksicht aufeinander zu nehmen.

Wir sind so glücklich, in diesem Volke leben zu können, und ich bin so stolz darauf, euer Führer sein zu dürfen! So stolz, daß ich mir nicht vorstellen kann, was auf der Welt mir dies zu ersetzen vermöchte. Lieber, tausendmal lieber unter euch der letzte Volksgenosse, als irgendwo anders ein König!

Und dieser Stolz erfüllt mich besonders gerade am heutigen Tage. Als ich vorhin durch diese langen Straßen fuhr und links und rechts diese Hunderttausende und Millionen von Volksgenossen sah, aus allen Betrieben und Werkstätten, aus unseren Fabriken und Kontoren, da ist mir das Herz so recht aufgegangen, da habe ich so recht gefühlt: Das ist unser Deutschland! Das ist unser Volk, unser herrliches deutsches Volk und unser liebes Deutsches Reich!

In dieser Stunde, so glaube ich, können wir nur den Wunsch haben: Möchten die anderen Völker nur einen Blick hier hereinwerfen, möchten sie nur dieses Volk des Friedens und der Arbeit sehen, dann, glaube ich, würden sie die Hetzer nehmen und von sich weisen! Dann würden sie verstehen und begreifen, warum diese höchste nationale Gemeinschaft zugleich der höchste Garant einer wahrhaften europäischen Ordnung und damit einer wirklichen menschlichen Kultur und Zivilisation ist und sein wird...“

Am Nachmittag empfing der Führer die Sieger aus dem Reichsberufswettkampf und dem Reichsleistungskampf. Am Abend folgte eine Maifeier in der Krolloper und der Fackelzug der Wehrmacht, der NSDAP. und ihrer Gliederungen, — der seinen Abschluß im Lustgarten fand, wo Ministerpräsident Pg. Hermann Göring sprach und dann der Große Zapfenstreich den 1. Mai 1936 beschloß. —

Deutsche Arbeitsfront

Oberster Ehren- und Disziplinarhof der DAF.

Aus der Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront, der größten Organisation der Welt, ist insbesondere zu berichten, daß am 27. April die feierliche Einsetzung des Obersten Ehren- und Disziplinarhofes der DAF. erfolgte, dessen Vorsitz der Hauptamtsleiter Pg. Dr. von Renteln übernahm. Dieser Ehren- und Disziplinarhof und die entsprechenden Ehren- und Disziplinargerichte in den Gauen erhielten die Aufgabe, die Fragen zu beurteilen, die sich über die Rechte

und Pflichten in den Betriebsgemeinschaften gemäß der Ehren- und Disziplinarordnung der DAF. ergeben.

Die Leistungen der DAF.

Ein eingehender Bericht über die Arbeit der DAF. wurde auf dem Reichsparteitag 1936 im Namen des Pg. Dr. Ley durch den Amtsleiter Pg. Dreßler-Andreß verlesen. Der Bericht brachte u. a. wesentliches Zahlenmaterial: Die Rechtsbetreuung hat 3,5 Millionen Rechtsberatungen erteilt. Das Heimstättenamt hat 70000 Bauten fertiggestellt und 145000 Bauprojekte in der baulichen Durchführung. Die DAF. hat im letzten Jahre 87469092 RM. an Renten und Unterstützungen gezahlt. Die Berufserziehung wurde in 400 Lehrwerkstätten mit 25000 Lehrkräften durchgeführt; 12300 Uebungswirtschaften sind im Betrieb. Zur sozialpolitischen Schulung der Amtswalter dient das Arbeitswissenschaftliche Institut, 9 Reichsschulungsburgen und 40 Gauschulen. Die Gesamtauflage der Presse der DAF. beträgt 20 Millionen. Das Amt „Schönheit der Arbeit“ brachte im Vorjahre 200 Millionen und in diesem Jahre 400 Millionen auf. Seit Bestehen des Amtes wurden gebaut:

Berufserziehung

„Schönheit der Arbeit“

8000 Kantinen und Aufenthaltsräume,
3000 Grünanlagen,
500 Sportanlagen,
200 Schwimmbäder,
12000 Wasch- und Umkleideräume.

Die „Werkscharen“ als nationalsozialistische Stoßtrupps in den Betrieben machten wesentliche Fortschritte.

Die soziale Lage in Deutschland und in Sowjetrußland

Der Bericht stellte den deutschen sozialen Fortschritten die Lage in Sowjetrußland gegenüber:

„Der ganze Wochenlohn des Sowjetarbeiters verglichen mit dem Kaufwert in Deutschland hat nur den Wert von 8,70 RM., d. h. der Lebensstandard des russischen Arbeiters beträgt 31 Prozent von dem Lebensstandard des deutschen Arbeiters. Jedoch diese Hungerlöhne werden noch nicht einmal restlos bezahlt, sondern die Willkür der staatlichen Unternehmen zahlt, wenn es ihnen beliebt, den Arbeitern überhaupt keinen Lohn. Lohnhinterziehungen, die in Deutschland unmöglich sind und mit den schwersten kriminellen Strafen belegt werden, sind in Rußland an der Tagesordnung. Die „Prawda“ klagt darüber am 21. April 1934 wie folgt: „20 Millionen Rubel Lohngelder ist man den Arbeitern allein in einigen Fabriken der Gorkij-Provinz schuldig. Die chemischen Werke Dsherschinkij wie auch die Holzfabrik in Wjatka sind mit je 400000 Rubel Lohngeldern im Rückstand. Den Heimarbeitern in Semjenow ist man 1130000 Rubel schuldig usw.“

... Die Arbeitslosigkeit ist in Rußland unkontrollierbar. Man kann sie nur aus folgenden Zahlen annähernd schätzen:

Arbeitslose werden nicht registriert, daher statistisch keine „Arbeitslosigkeit“.

Anhaltspunkte für die tatsächlich riesenhafte Arbeitslosigkeit (nach Schätzung des Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion):

Zahl der Entrechteten (Lischenzi) (Molotow-Rede, „Iswestija“ vom 29. Januar 1935)	3000000
Zahl der vernichteten Bauernwirtschaften	5100000
Zahl der vernichteten „Klassenfeinde“ (Kulaken, Händler) (Molotow-Rede, „Prawda“ vom 29. Januar 1935) . .	17100000
Zahl der Insassen von Zwangsarbeitslagern	6500000
Zahl der Bettler und Vagabunden (schätzungsweise) . .	5—10000000
Hinzu kommt die latente Arbeitslosigkeit (Uebervölkerung des flachen Landes! Angehörige der kollektivierten Bauern, fluktuierende Arbeitermassen!)	
Annähernde Schätzung bei Arbeitern und Angestellten 25 Prozent oder rund	6000000
Dasselbe bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein Drittel oder rund	20000000

Demnach kann man die Gesamterwerbslosigkeit auf 25000000 bis 35000000 schätzen. Arbeitslosenunterstützung gibt es in Rußland keine.“

Der Urlaub des deutschen Arbeiters

Einen wesentlichen Erfolg erzielte die DAF. auch mit ihren Bestrebungen, dem deutschen Arbeiter seinen wohlverdienten Urlaub zu schaffen. Und einen wichtigen Fortschritt auf diesem Gebiete stellte die „16. Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Mai dar, die durch die Einführung von Urlaubsmarken und Urlaubskarten auch den Bauarbeitern den Urlaub ermöglichte.

„Kraft durch Freude“

Insbesondere aber sei die Arbeit der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ hervorgehoben, die z. B. im Februar in Garmisch-Partenkirchen eine gewaltige Halle errichtet hatte und so rund 44000 Arbeitern das Erlebnis der Olympischen Winterspiele vermitteln konnte. In dem bereits erwähnten Bericht, der auf dem Reichsparteitag verlesen wurde, hieß es über die Leistungen von KdF.:

„Die Leistungen dieses Werkes haben sich gegenüber dem Vorjahre überall verdoppelt; eine Anzahl neuer Arbeitsgebiete sind hinzugekommen; trotzdem hat sich der Zuschuß der Deutschen Arbeitsfront zu diesem Sozialwerk von 17 Millionen auf 15 Millionen verringert. Das bedeutet, daß es „Kraft durch Freude“ gelungen ist, immer mehr Energien im Volke zu mobilisieren. Hierin liegt der ungeheure Erfolg.

An unseren Reisen nahmen teil:

1934: 2 Millionen,
1935: 3 Millionen und
1936: 6 Millionen.

Die Zahl der Madeirafahrer stieg von 3000 auf 8000 Teilnehmer.

An den Wanderungen nahmen in diesem Jahr bereits 1 Million Menschen teil.

Die Teilnahme am Sport der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ stieg von 2,2 Millionen im Vorjahre auf 5 Millionen in diesem Jahr...“

Gesetz zur Aenderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes

Unter den sozialpolitischen Maßnahmen ist noch das „Gesetz zur Aenderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes“ vom 18. April zu erwähnen, das der Verhinderung ungerechtfertigter Mietzinssteigerungen dienen sollte. —

Am 29. April fand im Berliner Rathaus die dritte Arbeitstagung der Reichsarbeitskammer statt, die sich mit der Frage der Erhöhung des deutschen Lebensstandards beschäftigte. — Reichsarbeitskammer

Hand in Hand mit der Steigerung der Beschäftigung (und dem damit sich da und dort schon ankündigenden Facharbeitermangel) mußte eine verbesserte Berufserziehung gehen. Die Jahre der Arbeitslosigkeit waren vorbei. Es lohnte sich wieder für den jungen Deutschen, etwas zu lernen. Sichtbarster Ausdruck dieser Tatsache ist der im Dritten Reiche geschaffene Reichsberufswettkampf (der im 22. Abschnitt noch eine eingehendere Würdigung erfahren wird).

8. Abschnitt:

Imperialismus und Kolonialanspruch

Der deutsche Friedensplan

Europa stand noch ganz unter dem Eindruck des Wahlergebnisses vom 29. März, als am 1. April Botschafter von Ribbentrop in London der Britischen Regierung den großen Friedensplan der Deutschen Regierung überreichte. In ihm wird die durch das Versailler Diktat erpreßte und dann im Locarno-Pakt verankerte Demilitarisierung der Rheinlandzone als ein Rechtsbruch gegen die Verpflichtungen, die die Alliierten mit der Annahme des Wilson-Programms übernommen hatten, angeprangert. Es wird auf die Gefahr hingewiesen, die dem Frieden durch Abschluß von Militärbündnissen droht; es wird weiterhin gegenüber dem seitens der Locarno-Mächte vertretenen Standpunkt abgelehnt, den „nur deutsches Reichsgebiet betreffenden und niemand bedrohenden Schritt der Würdigung eines Gremiums zu unterstellen, das selbst im günstigsten Fall nur die rechtliche Seite, aber unter gar keinen Umständen die politische zu beurteilen in der Lage ist. Dies gilt um so mehr, als der Völkerbundsrat bereits eine Entscheidung getroffen hat, die die rechtliche Beurteilung der Frage präjudiziert.“ Zusammenfassend heißt es dann:

„Entsprechend dem ihr vom deutschen Volke erteilten Auftrag muß daher die Deutsche Regierung alle Deutschland einseitig belastenden und damit diskriminierenden Vorschläge dieses Entwurfes ablehnen.“

Zu den angekündigten Generalstabsbesprechungen der Locarno-Mächte erklärt die deutsche Note:

„Die Deutsche Regierung würde darin nur ein ernstes Präjudiz sehen, wenn vor dem Abschluß der neuen Sicherheitspakte solche Generalstabsabmachungen zustande kämen. Sie ist der Auffassung, daß solche Abmachungen in jedem Falle erst die Folge der politischen Beistandsverpflichtungen der fünf Locarno-Mächte seien, und dann nur auf streng reciproker Grundlage stattfinden könnten!“

Die weiteren Ausführungen mit den 19 Punkten des deutschen Friedensplanes bringen wir im Wortlaut:

„Die Deutsche Regierung ist weiter der Auffassung, daß der Komplex der vorliegenden Probleme zur leichteren Lösung nach den Gesichtspunkten der beabsichtigten Ziele zweckmäßig gegliedert werden müßte. Sie muß dann aber folgende grundsätzliche Fragen stellen:

Welches soll das Ziel der Bemühungen der europäischen Diplomatie sein?

A. Soll dieses Ziel sein, die sich als für jede dauernde Friedenssicherung als ungeeignet erwiesene Zweiteilung der europäischen Völker in mehr oder weniger berechtigte, in ehren- oder unehrenhafte, in freie oder unfreie unter irgendwelchen neuen Formen oder Modifizierungen beizubehalten oder fortzuführen?

Soll es weiter die Absicht der europäischen diplomatischen Bestrebungen sein, aus einem solchen Willen heraus auf dem Wege einfacher majorisierender Beschlüsse Feststellungen über Vergangenes zu treffen, Urteile aufzurichten, um damit die scheinbar juristisch noch fehlenden Begründungen für die Fortführung dieses früheren Zustandes zu finden? Oder soll

B. das Bemühen der europäischen Regierungen darauf hingerichtet sein, unter allen Umständen zu einer wirklichen konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen untereinander und damit zu einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen?

Die Deutsche Regierung ist es ihrem Volke schuldig, hier eindeutig zu erklären, daß sie nur an diesem zweiten in ihren Augen allein aufbauenden Versuche teilnehmen wird, und dies dann allerdings aus tiefinnerster Ueberzeugung und mit dem vollen Gewicht des aufrichtigen und sehnsüchtigen Willens der hinter ihr stehenden Nation.

Die Deutsche Regierung glaubt, daß dann die vor den europäischen Staatsmännern liegende Gesamtaufgabe in drei Abschnitte gegliedert werden müßte:

a) In die Zeit einer allmählich sich beruhigenden Atmosphäre zur Klärung der Prozedur für die einzuleitenden Verhandlungen;
b) in den Abschnitt der eigentlichen Verhandlungen zur Sicherstellung des europäischen Friedens;
c) in eine spätere Periode der Behandlung jener wünschenswerten Ergänzungen des europäischen Friedenswerkes, die weder in Inhalt noch in Umfang von vornherein genau festgelegt oder begrenzt werden können oder sollten (Abrüstungs- und Wirtschaftsfragen usw.).

Zu diesem Zwecke schlägt die Deutsche Regierung nun folgenden Friedensplan vor:

1. Um den kommenden Abmachungen für die Sicherung des europäischen Friedens den Charakter heiliger Verträge zu verleihen, nehmen an ihnen die in Frage kommenden Nationen nur als vollkommen gleichberechtigte und gleichgeachtete Glieder teil. Der einzige Zwang für die Unterzeichnung dieser Verträge kann nur in der sichtbaren, von allen erkannten Zweckmäßigkeit dieser Abmachungen für den europäischen Frieden und damit für das soziale Glück und das wirtschaftliche Wohlergehen der Völker liegen.

2. Um die Zeit der Unsicherheit im Interesse des wirtschaftlichen Lebens der europäischen Völker möglichst abzukürzen, schlägt die Deutsche Regierung vor, den ersten Abschnitt bis zur Unterzeichnung der Nichtangriffspakte und damit der garantierten europäischen Friedenssicherung auf vier Monate zu begrenzen.

3. Die Deutsche Regierung versichert unter der Voraussetzung eines sinngemäßen gleichen Verhaltens der Belgischen und Französischen Regierung, für diesen Zeitraum keinerlei Verstärkung der im Rheinland befindlichen Truppen vorzunehmen.

4. Die Deutsche Regierung versichert, daß sie die im Rheinland befindlichen Truppen während dieses Zeitraumes nicht näher an die belgische und französische Grenze heranführen wird.

5. Die Deutsche Regierung schlägt zur Garantierung dieser beiderseitigen Versicherungen die Bildung einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der beiden Garantiemächte England und Italien und einer desinteressierten neutralen dritten Macht zusammensetzt.

6. Deutschland, Belgien und Frankreich sind berechtigt, je einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Deutschland, Belgien und Frankreich besitzen das Recht, dann, wenn sie glauben, aus bestimmten Vorgängen auf eine Veränderung der militärischen Verhältnisse innerhalb dieses Zeitraums von vier Monaten hinweisen zu können, ihre Wahrnehmungen der Garantiekommission mitzuteilen.

7. Deutschland, Belgien und Frankreich erklären sich bereit, in einem solchen Falle zu gestatten, daß diese Kommission durch die englischen und italienischen Militärattachés notwendige Feststellungen treffen läßt und hierüber den beteiligten Mächten berichtet.

8. Deutschland, Belgien und Frankreich versichern, daß sie die sich daraus ergebenden Beanstandungen in vollem Umfange berücksichtigen werden.

9. Im übrigen ist die Deutsche Regierung bereit, auf der Basis voller Gegenseitigkeit mit seinen beiden westlichen Nachbarn jeder militärischen Beschränkung an der deutschen Westgrenze zuzustimmen.

10. Deutschland, Belgien und Frankreich und die beiden Garantiemächte kommen überein, daß sie sofort oder spätestens nach Abschluß der französischen Wahlen, unter Führung der Britischen Regierung, in Beratungen eintreten über den Abschluß eines 25jährigen Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits.

11. Deutschland ist einverstanden, daß in diesem Sicherheitsabkommen England und Italien wieder als Garantiemächte unterzeichnen.

12. Sollten sich aus diesen Sicherheitsabmachungen besondere militärische Beistandsverpflichtungen ergeben, so erklärt sich Deutschland bereit, auch seinerseits solche Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

13. Die Deutsche Regierung wiederholt hiermit den Vorschlag für den Abschluß eines Luftpaktes als Ergänzung und Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen.

14. Die Deutsche Regierung wiederholt, daß sie bereit ist, falls die Niederlande es wünschen, auch diesen Staat in dieses westeuropäische Sicherheitsabkommen einzubeziehen.

15. Um dem Werk dieser aus freiem Willen erfolgenden Friedenssicherung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich andererseits den Charakter eines versöhnenden Abschlusses einer jahrhundertelangen Entzweiung zu geben, verpflichten sich Deutschland und Frankreich, darauf hinzuwirken, daß in der Erziehung der Jugend der beiden Nationen sowohl als in öffentlichen Publikationen alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker gegeneinander zu vergiften. Sie kommen überein, eine gemeinsame Kommission am Sitze des Völkerbundes in Genf zu bilden, die beauftragt sein soll, einlaufende Beschwerden den beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Ueberprüfung vorzulegen.

16. Deutschland und Frankreich verpflichten sich, im Verfolg der Absicht, dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben, die Ratifizierung durch eine Abstimmung von den beiden Völkern selbst vornehmen zu lassen.

17. Deutschland erklärt sich bereit, seinerseits in Verbindung zu treten mit den Staaten an seiner Südost- und Nordostgrenze, um diese zum Abschluß der angebotenen Nichtangriffspakte unmittelbar einzuladen.

18. Deutschland erklärt sich bereit, sofort oder nach Abschluß dieser Verträge wieder in den Völkerbund einzutreten. Die Deutsche Regierung wiederholt dabei ihre Erwartung, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundstatutes von seiner Versailler Grundlage geklärt wird.

19. Deutschland schlägt vor, ein internationales Schiedsgericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerkes zuständig sein soll und dessen Entscheidungen für alle bindend sind. —

Nach dem Abschluß eines solchen großen Werkes der europäischen Friedenssicherung hält es die Deutsche Regierung für dringend notwendig, Versuche zu unternehmen, einem uferlosen Wettrüsten durch praktische Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Sie würde darin nicht nur eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Völker sehen, sondern vor allem eine psychologische Entspannung.

Die Deutsche Reichsregierung verspricht sich aber nichts von dem Versuch universaler Regelungen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt sein würde und daher nur von denen vorgeschlagen werden kann, die am Zustandekommen eines praktischen Ergebnisses nicht interessiert sind. Sie glaubt, daß demgegenüber die Verhandlungen und Ergebnisse auf dem Gebiet der Beschränkung maritimer Rüstungen belehrend und anregend wirken können.

Die Deutsche Reichsregierung schlägt daher vor, die spätere Einberufung von Konferenzen mit jeweils nur einer, aber klar umrissenen Aufgabe.

Sie sieht es als die zunächst wichtigste Aufgabe an, den Luftkrieg in die moralische und menschliche Atmosphäre der seinerzeit durch die Genfer Konvention dem Nichtkriegsteilnehmer oder dem Verwundeten zugebilligten Schonung zu bringen. So wie die Tötung wehrloser Verwundeter oder Gefangener oder die Verwendung von Dumdumgeschossen oder die Führung des warnungslosen U-Boot-Krieges durch internationale Konventionen geregelt bzw. verboten worden sind, muß es einer zivilisierten Menschheit gelingen, auch auf den Gebieten neuer Waffenanwendung die Möglichkeit einer sinnlosen Entartung zu unterbinden, ohne dem Zweck der Kriegsführung zu widersprechen.

Die Deutsche Regierung schlägt daher für diese Konferenzen zunächst als praktische Aufgaben vor:

1. Verbot des Abwurfes von Gas-, Gift- und Brandbomben.

2. Verbot des Abwurfes von Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich außerhalb der Reichweite der mittleren schweren Artillerie der kämpfenden Fronten befinden.

3. Verbot der Beschießung von Ortschaften mit weittragenden Kanonen außerhalb einer Gefechtszone von 20 Kilometer.

4. Abschaffung und Verbot des Baues von Tanks schwerster Art.

5. Abschaffung und Verbot schwerster Artillerie.

Sowie sich aus solchen Besprechungen und Abmachungen die Möglichkeiten der weiteren Begrenzung der Rüstungen ergeben, sind diese wahrzunehmen.

Die Deutsche Regierung erklärt sich schon jetzt bereit, jeder solchen Regelung, soweit sie international gültig wird, beizutreten.

Die Deutsche Reichsregierung glaubt, daß, wenn auch nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung gemacht ist, dies von außerordentlicher Tragweite für die Einstellung der Völker zueinander sein wird, und damit auch für die Wiederkehr jenes Vertrauens, das die Voraussetzung für die Entwicklung von Handel und Wohlstand bildet.

Um dem allgemeinen Wunsche nach einer Wiederherstellung günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse zu entsprechen, ist sie daher bereit, im Sinne der gemachten Vorschläge sofort nach Abschluß des politischen Vertragswerkes mit den in Frage kommenden Ländern in einen Gedankenaustausch über wirtschaftliche Fragen einzutreten und alles in ihrer Macht Stehende zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Europa sowie der von dieser nicht zu trennenden Weltwirtschaft im allgemeinen beizutragen. —

Die Deutsche Reichsregierung glaubt, mit dem oben niedergelegten Friedensplan ihren Beitrag geleistet zu haben zum Aufbau eines neuen Europas auf der Basis der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen souveränen Staaten. Manche Gelegenheiten zu dieser Befriedung Europas, zu der Deutschland in den letzten Jahren so oft die Hand bot, sind versäumt worden. Möge dieser Versuch einer europäischen Verständigung endlich gelingen.

Die Deutsche Reichsregierung glaubt zuversichtlich, durch die Vorlegung des obigen Friedensplanes den Weg hierzu nunmehr freigemacht zu haben."

Auslandsecho

Dieses Manifest des deutschen Friedensgeistes, dieser großzügige Plan des Führers fand zwar allgemein bei der europäischen Oeffentlichkeit günstige Aufnahme, doch erging es ihm wie allen seinen Vorgängern: Kenntnisnahme, Mißtrauen, Rückfragen — Vergessen. Die Chance war selten günstig zur Ordnung in Westeuropa und damit zur Befestigung des gesamteuropäischen Friedens, doch sie wurde durch die Dickköpfigkeit der französischen und das Phlegma der englischen Regierung abermals verpaßt.

Französische Memoranden

Indessen liefen die Verhandlungen der Restlocarnomächte weiter. Bei dem üblichen Diplomatentreffen in Genf legte Frankreich am 8. April zwei sehr umfangreiche und völlig negative Schriftstücke vor, nämlich ein Memorandum zu dem deutschen Friedensplan vom 1. April und einen Plan über das schon bis zum Ueberdruß von den französischen Vorkriegspolitikern behandelte Thema: Festigung des Friedens in Europa durch Organisierung der „kollektiven Sicherheit". Umfang und hundertprozentig negative Einstellung genannter Dokumente veranlassen uns, auf eine eingehendere Behandlung zu verzichten. Am 10. April kam es zu einer sogenannten „Einigung der Restlocarnomächte": Man beschloß, sich einige Zeit mit der Aufklärung strittiger Fragen zu beschäftigen.

Wehrpflicht in Oesterreich

Fast unbemerkt hatte in der Zwischenzeit — am 1. April — der Wiener Bundestag die Einführung der allgemeinen Bundesdienstpflicht (vom 18. bis 42. Lebensjahr) in Oesterreich verkündet.

zum Generalstabschef der Armee wurde der frühere Militärattaché in Berlin, Feldmarschall-Leutnant Jansa, bestimmt. — Am 13. Mai kam es dann zu einer Regierungsumbildung, die im wesentlichen zur Ausschiffung Starhembergs diente.

Reichsminister Frank in Rom

Reichsminister Pg. Dr. Frank, der bestrebt ist, auch im Ausland Verständnis für die Gesetzgebung und Rechtspflege des Nationalsozialismus zu erwecken, sprach über dieses Thema am 3. April in Rom, wo er Gegenstand großer Ehrungen war und u. a. vom italienischen König und von Mussolini empfangen wurde.

Propagandisten im großen Stil waren auch die beiden deutschen Zeppeline, deren Rekordflüge nach Nord- und Südamerika nicht nur dort, sondern in der ganzen Welt ehrliche Bewunderung und Vertrauen zur deutschen Wertarbeit hervorriefen. (Auch die Versuchsflüge zur Bezwingung des Nordatlantik und die Postflüge der Deutschen Lufthansa verdienen in diesem Zusammenhang genannt zu werden.)

Finnische Frontkämpfer weilten im Mai zu 14tägigem Aufenthalt in diesem Deutschland der friedlichen Arbeit und empfingen noch im gleichen Monat den Gegenbesuch deutscher Kameraden. — Traurige Kunde kam am 10. April aus London, wo Botschafter von Hoesch einem Herzschlag erlegen war. Mit ihm verließ einer der besten deutschen Diplomaten die politische Bühne, ein Vorkämpfer für die deutsch-französische und deutsch-englische Verständigung, wie der kurz vor ihm (8. April) in Peiping verstorbene deutsche Generalsekretär des Europäischen Nationalitätenkongresses, Dr. Ammende, als mutiger, unermüdlicher Vorkämpfer für die Rechte der nationalen Minderheiten in Europa in die Geschichte eingehen wird.

Botschafter von Hoesch †

Die deutschen Minderheiten

Gerade die deutschen Minderheiten hatten immer neue Proben ihrer Treue zur Heimat, ihrer Verbundenheit mit der gesamtdeutschen Kultur abzulegen, jener Kultur, von der die sudetendeutsche nur ein Teil war und nie ein selbständiges Etwas, das allein bald verdorren müßte und assimiliert werden würde (wie Konrad Henlein am 23. Februar in einem Vortrag in Prag gegen den von den Tschechen geführten Kulturkampf erklärte), — jener deutschen Kultur, die nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in Ungarn, in Belgien, im Memelgebiet, in Lettland (wo sich die Welle der Verhaftungen, Haussuchungen und Beschlagnahmen in Riga am 13. und 19. März und schließlich am 7. April mit dem Versiegeln sämtlicher Räume des Rigaer Dommuseums fortsetzte) den Chauvinisten oder Juden ein ständiger Dorn im Auge war. Am bedauerlichsten waren die zahllosen Ausschreitungen gegen die deutschen Minderheiten in Polen, die in Verbindung mit der Auflösung von Ortsgruppen deut-

Die Volksdeutschen in Polen

scher Vereinigungen in Polen vor sich ging. Wenn — um nur ein Beispiel zu nennen — bei einer Veranstaltung der Jungdeutschen Partei, die unter dem Thema „Mutter und Kind“ am 24. Mai in Rydultau (Ostoberschlesien) stattfand, polnische Rowdys ungehindert und unbestraft mit Messern, Knüppeln und Ochsenziemern viele der versammelten Minderheitsdeutschen, darunter mehrere Frauen, aufs schwerste mißhandeln durften, dann ist das in Anbetracht der zwischen Deutschland und Polen angebahnten besseren Beziehungen schärfstens zu verurteilen und auf das tiefste zu bedauern.

Danzig und Polen

Etwa zur gleichen Zeit wurden in Warschau Verhandlungen zwischen Polen und Danzig geführt, die durch die in ihren Auswirkungen für Danzig sehr kritische neue polnische Devisengesetzgebung notwendig geworden waren. Sie führten am 29. Mai zur Aufsetzung eines Protokolls und nach weiteren Verhandlungen in Zoppot und Danzig schließlich am 9. Juni zu einer Einigung.

Die deutsche Kolonialfrage

In London dagegen wurde man mit jedem Tage nervöser. Die Kolonialfrage, in privaten Aeußerungen, Reden, Interviews bedeutender englischer Politiker schon längst gestellt und im Sinne der Gerechtigkeit und der staatsmännischen Vernunft beantwortet, tauchte nun immer häufiger auch als offizieller Diskussionsgegenstand im Parlament auf. So am 6. April, wo Schatzkanzler Neville Chamberlain sich im wesentlichen darauf beschränkte, auf diesbezügliche Anfragen mit dem schon vom Kolonialminister Thomas geprägten Satze zu antworten: „Die britische Regierung hat die Aushändigung irgendwelcher britischer Kolonien oder Mandatsgebiete nicht erwogen und erwägt sie auch nicht.“ In einer anderen Aussprache (21. April) über dieses „peinliche“ Thema gebrauchte Thomas alle möglichen faulen Ausreden, ließ u. a. auch die erheblichen Kapitalinvestierungen nicht unerwähnt, die von englischen Firmen nach Rücksprache mit ihm in den Mandatsgebieten angelegt worden seien. Ministerpräsident Baldwin äußerte sich bei den verschiedenen Interpellationen von rechts und links weniger bestimmt zu diesem Thema.

Zu den „deutschen Sorgen“ kamen die um die dringend erforderliche Aufrüstung (nur diesem — innerpolitischen — Zwecke diente das im April herausgegebene, alles andere als objektive englische Blaubuch, das eine außenpolitische Uebersicht vom Juni 1934 abgeben wollte), die Sorge wegen der Unruhen zwischen Arabern und Juden in Palästina und vor allem der siegreiche Vormarsch der Italiener in Abessinien.

Der Italienisch-Abessinische Krieg

Trotz oder vielleicht gerade wegen der von den Italienern als unfair empfundenen Genfer Sanktionspolitik drangen die italienischen Truppen

im März und April mit ungeahnter Schnelligkeit in das Innere Abessiniens vor. Weder die Beratungen der Dreizehner- oder Achtzehnerkomitees in Genf, noch irgendwelche Kompromißvorschläge konnten Mussolini von dem gesteckten Ziel abbringen. Und das italienische Volk, erbittert über die von England ins Werk gesetzten Abdrosselungsmaßnahmen, erfüllt von dem Glauben an den Duce und an den Sieg, scheute kein Opfer für das Vaterland. In großen Durchbruchsschlachten wurde das abessinische Heer aufgerieben. Am 12. April erreichten italienische Truppen den Tana-See; Ende April war der ganze Tana-See in italienischer Hand und Dessie eingenommen. Von Dessie aus setzte sich die riesige Kraftwagenkolonne zum Gewaltmarsch auf Addis Abeba in Bewegung. Am 1. Mai verließ der Negus Addis Abeba und flüchtete nach Dschibuti. — In der verlassenen Hauptstadt bricht das Chaos aus, und erst als Marschall Badoglio am 5. Mai an der Spitze seiner siegreichen Armee in das brennende Addis Abeba einzieht, hört Raub, Mord und Plünderung auf. Am 6. Mai verkündet Mussolini unter der rasenden Begeisterung des italienischen Volkes: „Abessinien ist italienisch." Und am 9. Mai nahm Mussolini mit der feierlichen Annexion Abessiniens und Proklamation zum italienischen Kaiserreich die Neugründung des „Imperium Romanum" vor. Imperium Romanum

Wieder hatte sich durch ein historisches Ereignis von gewaltigem Ausmaß das Kräfteverhältnis in Europa grundlegend geändert. Daß es nicht möglich war, dieses Ereignis zu verhindern, beweist nicht nur die Unfähigkeit des Völkerbundes in seiner bisherigen Form und die Unsicherheit der englischen Politik, die — durch die Schuld ihrer Regierung und insbesondere des Herrn Eden — eine empfindliche Schlappe erlitten hatte (und diesen Prestigeverlust gleich Frankreich durch Nichtanerkennung des neuen Zustandes in Ostafrika leugnen wollte), sondern noch mehr zeigte sich darin die Unmöglichkeit, mit papiernen Beschlüssen, kollektiven Boykottmaßnahmen und leeren Drohungen ein Volk, das in eiserner Geschlossenheit hinter seinem genialen Führer steht und diesem mit letzter Energie auf einem gefährlichen aber notwendigen Wege folgt, in seinem Kampf um Raum und Rohstoffe aufzuhalten. Die britische Regierung, die das berechtigte Verlangen des deutschen Volkes nach Rückgabe der gestohlenen Kolonien „nicht in Erwägung zu ziehen" geneigt ist, sollte sich den für sie so unrühmlichen Ausgang des Abessinienkonfliktes als warnendes Beispiel dienen lassen! Am 18. Juni mußte Außenminister Eden unter den „Steh' fest"-Rufen der Opposition und dem Grinsen der ganzen Welt vor dem englischen Unterhaus den Bankerott der von ihm selbst vor einem halben Jahr eingeleiteten Sanktionspolitik eingestehen... Der englische Mißerfolg

Englischer Fragebogen an Deutschland

Vorher hatte Eden noch einen neuen Fragebogen ausgearbeitet, den er am 7. Mai durch den britischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, Herrn von Neurath überreichen ließ. Es wird darin gefragt, „ob sich das Deutsche Reich nunmehr in der Lage sieht, wirkliche Verträge abzuschließen", ob es jetzt „die bestehende gebietsmäßige und politische Ordnung Europas anerkennt und zu achten beabsichtigt"; die Luftpakt-, Nichtangriffspakt- und Völkerbundsstatutsänderungsvorschläge Deutschlands werden einer detaillierten Befragung unterworfen, u. a. die Erwartung ausgesprochen, daß „neben den unmittelbar an Deutschland angrenzenden Staaten mindestens auch die Sowjetunion (!), Lettland und Estland in das Angebot des Reichskanzlers zum Abschluß von Nichtangriffspakten einbezogen würden, endlich wird der Begriff der „Nichteinmischung" (Oesterreich!) diskret der Aufmerksamkeit anempfohlen und mit einem Fragezeichen versehen. Am 14. Mai wurde Phipps dann vom Führer empfangen.

Auf Edens schönen Fragebogen hat die Reichsregierung mit der Tat vom 11. Juli (Deutsch-österreichisches Verständigungsabkommen) geantwortet — und sie wird weiter mit Taten antworten. —

Volksfrontregierung in Frankreich

In Frankreich hatten die Wahlen vom 26. April und 3. Mai eine klare Linksmehrheit und insbesondere einen Sieg der Kommunisten gebracht. Am 4. Juni übernahm daher (nach einem Uebergangskabinett) die „Volksfrontregierung" Léon Blum die Staatsgeschäfte. Noch stärker als seine Vorgänger hielt das Kabinett Blum an der Bündnispolitik mit den Sowjets einerseits und England andererseits fest. Im Verhältnis zu Deutschland änderte sich nichts. Aber vier Millionen französischer Frontkämpfer ließen am 12. Mai durch den Generalsekretär des Spitzenverbandes der französischen Frontkämpfer, Rivollet, eine Kundgebung an die „Deutschen Kameraden" richten, in welcher es am Schluß heißt:

Deutsche und französische Frontkämpfer

> „Wir müssen, ihr und wir, unsere Völker lehren, sich zu verständigen und zu verstehen. Wir müssen in unseren Nationen den guten Willen wecken, von dem die freimütige Gegenüberstellung der beiderseitigen Wünsche und Belange beseelt sein muß.
>
> So wird das gute Einvernehmen geschaffen werden, das unsere Zukunft sichern wird.
>
> Wir französischen Frontsoldaten sind bereit zu diesem Werk, das unsere Länder versöhnen und Europa befrieden soll, und aus diesem Grunde bieten wir euch die Hand und richten an euch diesen feierlichen Aufruf."

Am 16. Mai gab Reichskriegsopferführer Oberlindober die Antwort der deutschen Frontkämpfer bekannt. Wir geben folgende Stellen aus der deutschen Friedensbotschaft wieder:

„Wir Frontkämpfer Frankreichs und Deutschlands haben aus diesem schweren und sinnlosen Krieg eins mit nach Hause gebracht, nämlich: die Achtung vor dem ehemaligen Gegner und die tiefe Ueberzeugung, daß dies der letzte Kampf zwischen unseren beiden Völkern gewesen sein muß!

... Wir deutschen Frontkämpfer wissen ebenso wie ihr, französische Kameraden, daß Europa zu klein geworden ist für einen Krieg. Wir wissen, daß ein neuer Krieg enden würde mit der Zerstörung der europäischen Kultur, in der Zersetzung und dem langsamen Sterben der europäischen Kulturvölker mit einem Chaos. Wir wissen aber auch, daß ein dauerhafter Friede und die daraus sich sicher entwickelnde Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern eine neue Blüte für Europa und eine gesicherte frohe Zukunft bedeuten wird für unsere Kinder, für die wir in den 52 Monaten des letzten Krieges in Wahrheit gefochten haben.

Die deutschen Frontkämpfer nehmen die ihnen gebotene Freundschaftshand auf in der Zuversicht und in der Ueberzeugung, daß aus der Kameradschaft der besten Männer beider Nationen der wahre Friede und das gegenseitige Vertrauen geboren wird zum Segen unserer beiden Länder, für Europa und die Welt."

Der gleiche Geist der Kameradschaft und des Willens zur Verständigung kam bei der Jahrestagung der British Legion (31. Mai bis 2. Juni) in Buxton zum Ausdruck, an der auch eine deutsche Abordnung teilnahm und von König Eduard empfangen wurde. —

Deutschland und der Frieden

In Berlin sprach am 14. Mai auf einem Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes Ministerialdirektor Dr. Gütt über die Gesundheits- und Ehegesetzgebung im Dritten Reich; er stellte fest:

„Wir brauchen den Frieden, nicht nur um unserer selbst willen, sondern der Führer erstrebt ihn, weil er weiß, daß ein Krieg in Europa den Untergang der weißen Rasse bedeuten würde."

Deutschland und Brasilien

Erwähnen wir noch die Gründung eines „Brasil-Wirtschafts-propaganda-Büros" in Berlin (5. Juni), sowie den Empfang des zum Botschafter ernannten brasilianischen Gesandten durch den Führer am 17. Juni und wenden wir uns dann den Wahlen im Memelgebiet und in Eupen-Malmedy zu. Trotz starker Zuwanderung von Großlitauern nach Memel und trotz der Behinderung der memeldeutschen Wahlpropaganda im Gegensatz zu der der litauischen Parteien ergaben die Stadtverordnetenwahlen von Memel am 25. Mai wieder eine absolute deutsche Mehrheit. (Etwa zur gleichen Zeit wurden in Kowno deutsch-litauische Besprechungen über den Grenzverkehr abgeschlossen.) Einen großen Erfolg errang die Heimattreue Front in Eupen-Malmedy bei den Kammerwahlen vom 24. Mai (bei dem auf ihre Liste, zum Zeichen des Protestes gegen die belgische Regierungspolitik, und da die Erreichung der für ein Mandat erforderlichen Stimmenzahl — 12 000 — nicht möglich war, weiße Zettel abgegeben wurden) und den Provinzialwahlen vom 7. Juni. Der rücksichtslose Gesinnungsterror, die verschiedenen Wahl-

Wahlen im Memelgebiet

Wahlen in Eupen-Malmedy

schikanen (z. B. Verbot der Beförderung und Verteilung des „Landboten“ durch die Post, Schulterror usw.) konnten nicht verhindern, daß die Heimattreuen von Eupen-Malmedy und St. Vith über 50 Prozent der Stimmen erhielten und nun mit 3 Abgeordneten im Lütticher Provinzialrat vertreten sind. Auch die durch eine unmittelbar nach den Wahlen „zur Strafe“ erlassene Ausnahmeverordnung (8./9. Juni) ausgesprochene Drohung konnte die Heimattreuen in ihrer Haltung nicht wankend machen. Der „Völkische Beobachter“ vom 11. Juni schrieb über den heldenhaften Kampf der Heimattreuen folgendes:

> „Eupen-Malmedy, das kleine Land mit seinen 70 000 Einwohnern, ist politisch interessant geworden, interessant auch für jeden objektiven Nichtdeutschen, der hier Studien über die Art eines Volkstumskampfes machen kann, der von der Gegenseite her mit allen erdenklichen Mitteln des Druckes der Behörden und der Wirtschaft geführt wird und auf der anderen Seite getragen wird von einem unbesiegbaren Idealismus und der Treue zum deutschen Volke.“

Die Treue der deutschen Minderheiten

Treue zum deutschen Volk — für sie mußten auch die in den Kattowitzer „Hochverratsprozeß“ verwickelten Deutsch-Oberschlesier büßen, ihretwegen hatte die deutsche Volksgruppe in Ungarn trotz der vom ungarischen Innenminister Anfang März feierlich zugesagten Kulturfreiheit zu leiden. Und sicherlich wird die Verbesserung des Loses der deutschstämmigen Minderheiten auch auf der ersten und letzten Station der umfangreichen diplomatischen Donau- und Balkanreise Dr. Schachts zur Sprache gekommen sein, die ihn nach Jugoslawien (11. bis 13. Juni), Griechenland (13. bis 15. Juni), Bulgarien (15. bis 17. Juni) und Ungarn (17. bis 19. Juni) führte.

Dr. Schacht an der Donau und im Balkan

Sudetendeutsche Not

Von den katastrophalen Zuständen im Sudetendeutschen Gebiet zeugten die Urteile zahlreicher ausländischer, unverfänglicher Beobachter. Durch die Schuld der tschechischen Regierung droht einem Millionenvolk der Volkstod in Hunger und Elend, denn schon heute weisen viele böhmische Notstandsgebiete einen Sterbeüberschuß auf. Wie reagiert der Völkerbund, der ja berühmt ist wegen seiner „humanen“ Einstellung, auf die furchtbare Not der Sudetendeutschen? Der bekannte schwedische Kulturpolitiker Professor Böök sagte darüber:

> „Die Deutschen der Tschechoslowakei haben seit 1920 mehr als 20 Bittschreiben an den Völkerbund gerichtet. Kein einziges ist aber bisher vom Völkerbundsrat behandelt worden, und keines ist auch nur vor das Dreimännerkomitee gekommen, und kein Mitglied des Völkerbundsrates hat ein ermunterndes Wort für die Sudetendeutschen übrig gehabt.“

So mußte das Sudetendeutschtum den Kampf um sein Recht und um seine Existenz allein auf sich nehmen. Sein Sprachrohr ist die Sudetendeutsche Partei, die am 21. Juni in Eger ihren Führer Konrad Henlein wieder (mit 3506 gegen 3 Stimmen) zum Partei-

vorsitzenden wählte. Alle Spekulationen, die auf einen Zerfall der SDP. hingezielt hatten, waren damit zunichte geworden. „Wir müssen Protest einlegen", rief Henlein in seiner Rede Prag zu, „gegen alle Entnationalisierungstendenzen, ob sie nun offen oder versteckt wirksam gemacht werden", und: „Der Staat kann nicht mehr von einem Volke oder von einer Volksgruppe verlangen, als er ihnen zu geben selbst bereit ist. Es geht nicht an, an das Sudetendeutschtum immer neue Forderungen zu stellen, ihm aber ein Recht nach dem anderen zu beschneiden. Man darf sich heute nicht mehr in der Hoffnung wiegen, die Welt für sich zu gewinnen, wenn man gegen das Deutschtum vorgeht!" — Die tschechische Regierung glaubt ihre kurzsichtige deutschfeindliche Politik ungestraft treiben zu können, da sie sich durch ihren Pakt mit den Sowjets gesichert fühlt.

Rußland und Komintern

Ueber das Wesen der sowjetrussischen Politik äußerte Reichsleiter Alfred Rosenberg Mitte Juni in einem Interview mit dem Chefredakteur der „Transcontinental Preß" u. a.:

> „Trotz aller taktischen Maßnahmen sieht sich ... die Leitung der Dritten Internationale von Zeit zu Zeit immer wieder gezwungen, von ihrer Weltrevolution zu sprechen, von der Roten Armee als dem verläßlichen Organ dieser Weltrevolution, um den Weltkommunismus immer wieder an den Unterschied zwischen Endziel und Taktik zu erinnern."

Die Schweiz lehnt diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion ab

In Erkenntnis dieser Tatsache entschied sich am 11. Juni der schweizerische Nationalrat gegen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland! Und wir wollen nicht unterlassen, den Ausführungen des Bundesrats Motta hierzu die folgenden Sätze zu entnehmen:

> „Es besteht zwischen der Sowjetregierung und der Kommunistischen Partei eine teilweise Identität der Personen und eine verwirrende Solidarität der Ideen und Interessen. Der Einfluß Moskaus ist überall am Werke. Die III. Internationale schwingt die Brandfackel im Westen Europas und feiert die Verbindung von Kommunismus und Anarchie. Der Einfluß Moskaus arbeitet, wo er kann, an der Bildung von Volksfronten. Er bringt die französischen Kommunisten dazu, die Militärkredite anzunehmen, und die Schweizer Kommunisten, sie abzulehnen. Die kommunistische Taktik kennt alle Formen und alle Schattierungen. Sie sucht Revolutionen in Brasilien, in Argentinien, in Uruguay und in anderen Staaten Südamerikas zu entfachen." —

Reichskolonialbund

Die Gründung des Reichskolonialbundes unter General Ritter von Epp am 13. Juni gab dem deutschen Kolonialanspruch neues Gewicht und zu noch ernsthafterem Nachdenken in England Anlaß, so daß Eden anderes zu tun gehabt hätte, als in Berlin leise, aber deutlich wegen der „Ausfüllung" seines Fragebogens anzumahnen. — (Sein neuer Berufskollege in Frankreich, Außenminister

Delbos, enttäuschte bei seiner Antrittsrede am 23. Juni und brachte wenig Positives.)

Staatssekretär von Bülow †

Am 21. Juni verlor Deutschland in Staatssekretär von Bülow nach von Hoesch einen weiteren hervorragenden Diplomaten, der mit seinem Können jahrzehntelang treue Dienste für Deutschland geleistet hatte.

Meerengenkonferenz in Montreux

Danzig und der Völkerbund

In Genf gab am 30. Juni der ehemalige Negus seine Abschiedsvorstellung (wobei es zu einem Pfeifkonzert der italienischen Journalisten und deren Inhaftierung kam), während in Montreux die Meerengenkonferenz zu zunächst starken Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Sowjetrußland führte. Die Sanktionen wurden zu Grabe getragen, — dafür wurde — dank Edens Eifer als Ratspräsident und Berichterstatter für Danziger Fragen — prompt wieder eine Danzig-Debatte heraufbeschworen. Das klägliche Ende des abessinischen Themas mußte vergessen gemacht werden. Was konnte besser dazu dienen als die „unsympathische Naziregierung" in Danzig, die gegen die Opposition vorging, bloß weil drei SS.-Männer von ihr erschossen und mehrere schwer verletzt worden waren, weil feige Ueberfälle auf Nationalsozialisten an der Tagesordnung waren? Außerdem hatte der Gauleiter von Danzig, Staatsrat Forster, am 27. Juni grundlegende Ausführungen über die störende Tätigkeit des Völkerbundskommissars Lester gemacht und dabei zum Schluß geäußert:

„Der Vertreter des Völkerbundes in Danzig kann sich kümmern, um was er will. Er soll jedenfalls uns Nationalsozialisten in Ruhe wirken lassen. Wir werden ihm beweisen, daß wir imstande sind, sowohl nach außen als auch nach innen Ruhe zu halten."

Rede des Senatspräsidenten Greiser

So sah sich Senatspräsident Greiser denn genötigt, der Genfer Stimmungsmache gegen die Regierung der Freien Stadt ein für allemal ein Ende zu machen und in seiner aufsehenerregenden Rede vor dem Völkerbundsrat am 4. Juli Klarheit in das durch die Haltung des Völkerbundskommissars Lester unerträglich gewordene Verhältnis Danzigs zu Genf zu bringen. Nachdem er einleitend auf den Stein des Anstoßes eingegangen war, der die neuerliche Einmischung des Völkerbundes in Danziger Angelegenheiten veranlaßt hatte (Lester hatte bei dem vorjährigen Besuch des Kommandanten eines deutschen Kriegsschiffes gleichzeitig maßgebende Führer der Danziger Oppositionsparteien eingeladen und war wegen dieser groben Taktlosigkeit bei dem diesjährigen Aufenthalt eines deutschen Kriegsschiffes in Danzig nicht wieder „beehrt" worden), forderte der Senatspräsident im Namen von 400 000 Menschen eine gerechte Neuordnung. Die Begründung und die Vorschläge bringen wir als hochbedeutsam für die zukünftige Entwicklung in Danzig im Wortlaut:

„Die Tatsache, daß die Danziger Regierung hier zum zweiten Male im Verlaufe eines Jahres sozusagen vor der Weltöffentlichkeit zur Rechenschaft gezogen wird, legt mir aber die Verpflichtung auf, einmal grundsätzlich auf alle Fragen, die die Freie Stadt Danzig bewegen, einzugehen. Dabei möchte ich betonen, daß ich mich vor meinem eigenen Gewissen zu der Pflicht durchgerungen habe, hier einmal nicht als Beauftragter toter Buchstaben und theoretischer Paragraphen zu sprechen, sondern als Regent von 400000 deutschen Menschen, die ihr Schicksal nicht auf alle Ewigkeit an den Völkerbund ketten wollen und die Ideologie dieses Instituts letzten Endes gar nicht verstehen, sondern die, durch Blut und Rasse an das deutsche Volk gebunden, ihre Herzen eine andere Sprache sprechen lassen, als die durch eine wesensfremde Verfassung eingeengte.

Die Danziger Bevölkerung hat mit mir den Eindruck, daß ihre Heimat Danzig nicht aus den Gründen vom Mutterland abgetrennt worden ist, die man in der Weltöffentlichkeit immer wieder behauptet.

Warum erfolgte denn überhaupt die Abtrennung?

Die Republik Polen sollte einen freien Zugang zum Meere haben, welcher ihr durch den Danziger Hafen gewährleistet wurde. Das neuerstandene Polen hat diesen ungehinderten Zugang zum Meere erhalten. Wie ich ausdrücklich und laut betonen möchte, erhebt das polnische Volk diesen Anspruch zu Recht. Wenn es aber allein nur um diesen Zugang zum Meere zu tun gewesen wäre, hätte man ja unsere Heimat Danzig nicht von Deutschland abzutrennen brauchen. Wenn aus Danzig trotzdem ein sogenannter Freistaat gemacht worden ist, dann möchte man fast annehmen, daß dieses geschah, um im Osten Europas einen dauernden Herd der Unruhe und der Reibung zwischen Deutschland und Polen zu besitzen.

Neben dem Fehlen vieler Hoheitsrechte, die einem selbständigen Staat zukommen, hat es der Völkerbund bisher unterlassen, dieser Freien Stadt Danzig in irgendeiner Form praktisch zu helfen. Weder politisch noch wirtschaftlich hat die Danziger Bevölkerung von seiten des Völkerbundes irgendwelche Vorteile zu spüren bekommen. Die Danziger Bevölkerung muß im Gegenteil sogar jährlich mehrere Millionen Danziger Gulden an Zinsen aufbringen für die zwischen dem Völkerbund und der Freien Stadt gemachten Finanztransaktionen. Weiterhin wird es in der Danziger Oeffentlichkeit als unerträglich empfunden, daß die Höhe der Unterhaltung des Kommissars des Völkerbundes, der seine Einnahmen in Gold und Devisen erhält, in einem krassen Mißverhältnis zu der wirtschaftlichen Notlage der Gesamtbevölkerung steht. Diese Tatsache kann auch dadurch nicht abgeschwächt werden, daß die Hälfte dieses Aufwandes von der Republik Polen getragen wird.

Die Danziger Regierung konnte bis jetzt nicht feststellen, daß sich der Völkerbund Sorgen um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gemacht hätte. Ich konnte zu meinem Bedauern weiterhin nicht wahrnehmen, daß der Völkerbund einen Beitrag zur Beseitigung der wirtschaftlichen Not und des Elends geleistet hätte. Ich konnte schließlich auch noch nicht feststellen, daß der Völkerbund uns irgendwelche Ratschläge zur Ankurbelung der Wirtschaft gegeben hätte. Alle diese Sorgen lasten ausschließlich auf den Schultern der Danziger Regierung. Die Regierung allein wird von der Bevölkerung dafür verantwortlich gemacht, daß sie Arbeit und Brot erhält. Die nationalsozialistische Regierung hat sich in den vergangenen drei Jahren mit allen ihren Kräften bemüht, dieser Schwierigkeit Herr zu werden. Es ist ihr auch im Rahmen des Möglichen gelungen. Ich persönlich bin

davon überzeugt, daß die Regierung noch viel mehr zum Wohle der Gesamtbevölkerung hätte leisten können, wenn sie nicht dauernd durch die Tätigkeit des Herrn Lester von dieser wichtigen Aufgabe abgelenkt worden wäre.

Innerlich drohte Danzig als kleinster Staat Europas in diesen vielen Krisenjahren wirtschaftlich zusammenzubrechen. Aeußerlich waren Zank und Streit mit Polen bis zur Regierungsübernahme durch uns Tagesordnungspunkte auf allen Sitzungen des Völkerbundsrates. Jahre hindurch hat man überall und auch hier im Völkerbund nach Auswegen gesucht, diesen gefährlichen Zündstoff aus dem Pulverfaß Danzig zu entfernen. Leider hat der Völkerbund diese Auswege nicht gefunden.

Erst zwei Männer mußten kommen, die es kraft ihrer Persönlichkeit und kraft ihrer Autorität und insbesondere kraft der Größe ihres ehrlichen Wollens fertigbrachten, innerhalb kürzester Frist alle Konfliktstoffe zu beseitigen, Ruhe und Ordnung in die Dinge hineinzubringen und eine sichere Entwicklung für die Zukunft zu gewährleisten: Adolf Hitler, der anerkannte Führer des deutschen Volkes, und Joseph Pilsudski, der große und ehrwürdige Marschall Polens. Beide Soldaten und unvoreingenommen und gradlinig in ihrem Wesen. Wahrlich, zwei Männer, so überragend unter den Großen der Welt, daß ich es wohl verstehen kann, wenn andere Völker uns um diese beiden Führer beneiden.

Mit Stolz möchte ich Ihnen und der gesamten Welt ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir Nationalsozialisten in Danzig es gewesen sind, die auf Wunsch unseres Führers Adolf Hitler ohne jeden Kommissar und ohne internationale Instanzen in direkter und freimütiger Aussprache mit Polen die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß das Pulver aus dem Pulverfaß Europas schnell und sicher entfernt werden konnte.

In Danzig regiert seit mehr als drei Jahren eine nationalsozialistische Mehrheit, welche zweimal in verfassungsmäßiger geheimer Wahl durch das Vertrauen der Bevölkerung bestätigt worden ist. Sie, meine Herren, die Sie diesen Rat des Völkerbundes bilden, bekennen sich zu den Gesetzen der Demokratie. Ich bekenne mich ebenfalls zu diesen Gesetzen in der wahrhaftigen Bedeutung dieses Wortes. Demokratie bedeutet, daß der Wille einer Mehrheit nach Sitte und Gesetz zur Geltung gebracht werden soll. Das Benehmen des jetzigen Kommissars in Danzig geht jedoch darauf hinaus, dieses Grundgesetz der Demokratie zu mißachten und einer sich destruktiv betätigenden Minderheit, die in sich selbst zerrissen und uneins ist, die Möglichkeit zu geben, die verfassungsmäßig geschaffene Mehrheit in schamlosester Weise zu terrorisieren.

Notwehr ist das selbstverständliche Recht jedes Menschen, also auch von Nationalsozialisten. Die Minderheit läuft dann aber hin zum Völkerbundskommissar und beschwert sich. Der Kommissar macht Berichte nach Genf, welche die Regierung gar nicht einmal kennt, die aber in der von der Opposition gewünschten Linie verlaufen. Die nationalsozialistische Bewegung in Danzig wird angeklagt, nur berührt es eigenartig, daß gerade diese Bewegung die Toten und Schwerverletzten gehabt hat.

Meine Herren, ich sehe, wenn ich die Zeitungen zur Hand nehme, in vielen Staaten Europas Unruhe, und ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß ich vor jedem Staatsmann, ganz gleich, welcher politischen Richtung er angehört, volle Hochachtung habe, wenn er geeignete Mittel und Wege findet, diese Unruhen in seinem Lande zu beseitigen. Ich habe, meine Herren, auch nichts anderes getan, als daß ich eine durch die Opposition herbeigeführte

beginnende Unruhe in Danzig im Keime erstickt habe und mit Mitteln beseitigt habe, die sogar die Zustimmung Ihres Kommissars gefunden haben. Ist das vielleicht Dank und Anständigkeit, daß ich zum Lohn dafür mitten aus meiner friedlichen Arbeit heraus wieder hierher zitiert werde?

Sie werden ja auch selbst gemerkt haben, wie die Danziger Oeffentlichkeit auf diese Brüskierung reagiert hat. Sie sollten einmal, meine Herren, die unschuldigen Opfer des Terrors einer vom Völkerbundskommissar bewußt oder unbewußt unterstützten oppositionellen Minderheit sehen. Ich habe als Frontsoldat des Weltkrieges und auch als Kämpfer der nationalsozialistischen Idee manchen Toten und manchen Schwerverletzten gesehen, aber derartig gemein und roh zusammengeschossene und zusammengestochene und niedergeschlagene Opfer dieser verbrecherischen Minderheit habe ich nicht für möglich gehalten. Ich wünschte, meine Herren, diese deutschen Opfer ständen hier vor Ihnen vor dem Ratstisch. Sie würden dann mit eigenen Augen sehen, daß die von Ihrem Vertreter geduldete Kampfesweise der Opposition keinen Beitrag zum Frieden und zur Verständigung liefert, sondern eher belastend wirkt.

Durch die Taktik Ihres Kommissars, meine Herren, ist ganz von selbst eine Einstellung gegen diesen Mann entstanden, eine Einstellung, an der nicht die Danziger Regierung schuld ist, sondern einzig und allein der Mann, der die Mentalität der deutschen Danziger Bevölkerung nicht begreift, zumal er nicht einmal ihre Sprache kennt. Wenn Sie wollen, werde ich innerhalb kürzester Zeit eine Volksabstimmung in der Freien Stadt Danzig veranlassen, bei welcher die Danziger Bevölkerung selbst in vollkommen freier und geheimer Abstimmung zum Ausdruck bringen soll, ob sie mit dem Wirken Ihres Vertreters einverstanden ist oder nicht.

Ich will jedoch nicht mich dem Vorwurf aussetzen, daß ich Ihnen heute lediglich Wünsche und Sorgen der Danziger Regierung und der Danziger Bevölkerung vor Augen geführt hätte, ohne selbst in der Lage zu sein, einen Ausweg aus dieser Situation weisen zu können. Auswege sind in verschiedener Richtung hin zu finden.

Zum Beispiel der Hohe Rat des Völkerbundes entsendet nach Danzig einen neuen Kommissar mit der Anweisung, ebenso wie alle früheren Kommissare, sich innenpolitisch vollkommen zurückzuhalten und der Größe seiner Stellung und seines Auftrages im außenpolitischen Leben Danzigs gerecht zu werden. Hierbei möchte ich offiziell und mit allem Nachdruck betonen, daß ich ermächtigt bin, im Namen der Danziger Regierung die Erklärung abzugeben, daß bei dieser Neuordnung der Dinge sowohl alle aus allen Verträgen und Abkommen resultierenden Rechte der polnischen Minderheit im Gebiet der Freien Stadt Danzig als auch ebenso alle Rechte für den polnischen Staat unangetastet bleiben.

Oder ein anderer Ausweg wäre der, daß der Hohe Rat des Völkerbundes den Beschluß faßt, bei der bevorstehenden Neuordnung und Reform des gesamten Völkerbundes überhaupt keinen Kommissar mehr nach Danzig zu entsenden. Die vom Völkerbund nach wie vor auszuübende Garantie könnte alsdann in einer direkten Unterstellung und persönlichen Verantwortlichkeit des Präsidenten des Senats als Regierungschef dem Völkerbund gegenüber übergeleitet werden. Damit wäre die Ruhe und Ordnung in Danzig ein für allemal sowohl im Innern als auch nach außen hin gewährleistet.

Meine Herren, ich habe eingangs schon betont, daß ich diese Rede nicht in Erwägung juristischer und völkerrechtlicher Bindungen halten

wollte, sondern als Vertreter von 400 000 lebendigen deutschen Danziger Menschen. Hier haben heute nicht Paragraphen, sondern lebende Menschen gesprochen. Der Buchstabe hat in Danzig schon genug Unheil angerichtet und Schiffbruch erlitten. Und wenn hier und da in der Welt auch die Meinung laut geworden ist, daß dieser Völkerbund in seinem Ansehen gelitten hätte, so glaube ich Ihnen, meine Herren, einen Weg gewiesen zu haben, auf dem Sie einen großen Beitrag zur Wiederherstellung Ihres Ansehens in der Welt leisten können. Ein solcher Beschluß würde eine geschichtliche Tat allergrößten Ausmaßes bedeuten. Für diese geschichtliche Tat wird Ihnen dann nicht nur die Danziger Bevölkerung, sondern die ganze Welt dankbar sein."

Greisers mannhaftes Auftreten in Genf, das ihm am Abend nach der denkwürdigen Kundgebung häßliche Anpöbeleien eintrug, löste in seiner Heimatstadt und natürlich auch im ganzen Reiche ungeheure Begeisterung aus. Aber auch die Weltöffentlichkeit konnte den ebenso ehrlichen wie friedliebenden Worten des Pg. Greiser ihre Achtung nicht versagen. Freilich war der Widerstand gegen die Verwirklichung der gewiß nicht übertriebenen Forderungen noch groß. Aber diese Worte waren der erste Schritt zur Befreiung.

Während noch törichte Alarmgerüchte über den Einmarsch deutscher Regimenter in Danzig von notorischen Friedensstörern verbreitet wurden, während England (!) am 6. Juli in Genf die endgültige Aufhebung der Sanktionen gegen Italien erreichte und für stillschweigendes Erlöschen der gegen Italien abgeschlossenen Hilfeleistungspakte im Mittelmeer sorgte (andererseits durch Nachgeben auf der Meerengenkonferenz in Montreux eine Einigung mit Rußland erzielte) — verlas Reichsminister Dr. Goebbels am Abend des 11. Juli folgende amtliche Erklärung:

Deutsch-österreichisches Freundschaftsabkommen

„Ich habe im Auftrage der Reichsregierung das folgende Kommuniqué über eine Vereinbarung bekanntzugeben, die heute zwischen der deutschen Reichsregierung und der österreichischen Bundesregierung abgeschlossen wurde. Sie stellt einen weiteren praktischen Schritt auf dem Wege einer friedlichen Entspannung und Entwirrung der europäischen Lage dar.

Ich teile Ihnen nun den Wortlaut des amtlichen Kommuniqués mit:

„In der Ueberzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Deutschen Reiches und des Bundesstaates Oesterreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten.

Aus diesem Anlaß wird erklärt:

1. Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Oesterreich.

2. Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit

des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3. Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Oesterreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hierdurch werden die Römerprotokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die Stellung Oesterreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, daß die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl wie die österreichische Bundesregierung in einer Reihe von Einzelmaßnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen."

Hier war die Antwort auf den Fragebogenpassus „Nichteinmischung"! „Das Abkommen bedeutet einen bemerkenswerten Schritt auf dem Wege des Wiederaufbaues Europas und der Donauländer", stellte Mussolini in einem Antworttelegramm auf Bundeskanzler Dr. Schuschniggs Mitteilung von dem Abschluß des Vertrages fest. Die Brücke zwischen den beiden deutschen Brudervölkern war wieder hergestellt; selbst die mißtrauischen Pressemänner in London, Paris, Prag konnten nicht leugnen, daß sie von dieser Friedenstat des Führers überrascht und stark beeindruckt waren. Und die unmittelbare Folge der Pionierarbeit, die Adolf Hitler damit für den Frieden Europas geleistet hatte (und die sehr bald zu eingehenderen deutsch-österreichischen Besprechungen führte), war, daß die geplanten, einseitigen Locarno-Beratungen in Brüssel sinnlos geworden waren, zumal Italien seine Teilnahme verweigerte. Die Bereinigung der österreichischen Frage ermöglichte dann im Spätherbst des Jahres die Schaffung der Achse Rom—Berlin — des „Pfeilers des Friedens in der Erscheinungen Flucht".

Frontkämpfertreffen in Verdun

Erwähnen wir in diesem Zusammenhang endlich noch das große Frontkämpfertreffen in Verdun mit der ergreifenden Totenehrung, die die deutschen Frontkämpfer ihren gefallenen französischen Kameraden erwiesen, und die im Dienste der deutsch-englischen Verständigung stehende Veranstaltung der Anglo-German Fellowship in London (14. Juli), auf der Lord Lothian, der verständnisvolle Vorkämpfer für eine Revision in der Mandatsfrage (bzgl. der ehemaligen deutschen Kolonien), u. a. erklärte, England müsse die Initiative zur Zusammenarbeit mit Deutschland ergreifen, dabei jedoch ein für allemal auf das verzichten, was in Deutschland der Geist von Versailles genannt werde. —

Die Frage der deutschen Kolonien

Die deutsche Forderung auf Rückgabe seiner Kolonien ist keine imperialistische Sucht, sondern der berechtigte Anspruch auf Rückgabe des geraubten Gutes!

9. Abschnitt:

Recht und Rechtswahrer

Deutscher Juristentag

Der Mai des Jahres 1936 brachte wieder einen „Deutschen Juristentag" in Leipzig. Die Bedeutung dieser „Reichstagung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen" (BNSDJ.) (17. bis 20. Mai) fand ihre besondere Unterstreichung durch die Tatsache der hier durch den Reichsjuristenführer Pg. Dr. Frank verkündeten Umbenennung des BNSDJ. in „Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund" (NSRB.), sowie des Wortes „Reichsjuristenführer" in „Reichsrechtsführer". An die Stelle des „Juristen" alter Prägung tritt so der Rechtswahrer seines Volkes! Dieser vom NSRB. geschaffene und in den Vordergrund gestellte Begriff des „Rechtswahrers" hat sich im Laufe der Zeit tatsächlich im öffentlichen Leben durchgesetzt; er ist zum Ausdruck eines neuen Berufsinhalts und eines Erziehungsziels geworden und übt damit eine läuternde Wirkung auf die Rechtspflege und die in ihr tätigen Rechtswahrer aus. So bedeutete die Umbenennung des BNSDJ. in NSRB. mehr als eine bloße Namensänderung; sie brachte vielmehr symbolisch zum Ausdruck, daß der Nationalsozialismus Berufsinhalt und Berufsethos des Rechtswahrers geändert hat — im Geiste einer Besinnung auf das Wesen des Rechts und der Rechtspflege als der Durchsetzung, Aufrechterhaltung und Besserung der völkischen Ordnung und der Abkehr vom Formalismus der reinen Normenherrschaft.

Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund

Der Juristentag 1936 (in dessen Rahmen auch Reichsminister Dr. Goebbels sprach) zeigte wieder den großen Rahmen der Massenaufmärsche und -kundgebungen, wies aber darüber hinaus in seinen Sondertagungen eine wesentliche Vertiefung der wissenschaftlichen Betrachtungsweise auf. Die von ersten Fachkennern auf verschiedenen Gebieten gehaltenen Vorträge brachten zum Teil wesentliche Klärungen, so z. B. das große Referat von Staatssekretär Pg. Stuckart über „Partei und Staat". Die Bedeutung dieser Reichstagung des NSRB. kam auch in dem an den Reichsrechtsführer Pg. Dr. Frank gerichteten Antworttelegramm des Führers zum Ausdruck:

„Die Mitarbeit der deutschen Rechtswahrer am Aufbau des nationalsozialistischen Deutschland ist eine der wichtigsten Voraus-

setzungen für das Gelingen unseres großen Werkes. Ich nehme daher Ihr Gelöbnis treuer Mithilfe an dieser großen Aufgabe gern entgegen und erwidere Ihre Grüße herzlichst.

Adolf Hitler."

In seiner Abschlußrede erklärte Reichsminister Pg. Dr. Hans Frank: Rede des Reichsrechtsführers

„... Es gibt heute nur eine einzige Macht in Deutschland, das ist die Macht des Führers, die wiederum beruht auf der Ermächtigung durch das deutsche Volk, in seinem Namen die oberste Gewalt des Deutschen Reiches auszuüben. Diese Gewalt des Führers ist nicht aufgeteilt.

Man kann heute nicht von nationalsozialistischer Gesetzgebung, nationalsozialistischer Verwaltung, nationalsozialistischer Rechtsprechung als drei völlig voneinander verschiedenen Bereichen reden. Nein, die einheitliche nationalsozialistische Führerreichsgewalt teilt bestimmte Aufgaben bestimmten Aufgabenträgern zu, mit der Wirkung, daß nicht eine Gruppe des Staatsdienstes ausgespielt werden kann gegen eine andere. Im Dritten Reich des Nationalsozialismus ist es nicht so, wie in den liberalistischen Epochen, möglich, unter dem Vorwand der Unabhängigkeit der Rechtspflege subversive Opposition gegen den einheitlichen Staats- und Führerwillen zu treiben.

Ganz gleichgültig, in welcher Funktion des öffentlichen Bereiches ein Repräsentant des obersten Führerwillens steht, seine gesamte Macht bezieht er aus dieser Legitimation durch den Führer. Jedes Volk will eindeutig und klar geführt werden. Jedes Volk will wissen, woran es ist bezüglich der Willenshaltung seiner Führer. Wenn man aber dieses Prinzip anwendet, dann ist es unmöglich, daß in den Staatswillensbereich einer vom Volk autorisierten Spitze und deren Vertreter irgendwie auf dem Umweg über die unabhängige Gerichtspraxis Wirrnis, Unklarheit oder Vertrauensunwürdigkeit eingeschleppt würde.

Das deutsche Reichsleben ist unter der Führung Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus ein einheitlicher, stählerner Willensorganismus geworden...

... Man denke nur daran, daß das große System des Römischen Weltreiches vor allem auch zusammengehalten wurde durch die große Systematik des klassischen Römischen Rechts. So wollen wir für unser Deutsches Reich auch eine Reichsrechtspflege schaffen, die staatserhaltend und geschichtsbetont der Größe des Nationalsozialismus gerecht wird.

Damit vertragen sich nicht kleinliche Sonderinteressentenbestrebungen, damit verträgt sich nicht die Tendenz, für jedes detaillierte Sozialgebiet innerhalb der völkischen Gemeinschaft eine eigene detaillierte Gerichtsordnung und Gerichtszuständigkeit aufzubauen. Dieser Atomisierung gegenüber müssen wir als deutsche Rechtswahrer die Einheit des nationalsozialistischen Reiches betonen.

Außerhalb der Autorität des Reiches gibt es keine Rechtsautorität, und auf die Dauer kann man sich dieser Einheit der Rechtsautorität auch von keiner Seite widersetzen. Der Nationalsozialismus hat von Anfang an mit allen Sonderbestrebungen in Deutschland aufgeräumt. Wollen wir auch in diesem Punkte als nationalsozialistische Rechtswahrer festbleiben!

Wenn aber diese große Aufgabe des deutschen Rechtslebens mit dem vollen Vertrauen des Volkes, des Reiches und der Bewegung erfüllt werden soll, dann ist uns nationalsozialistischen deutschen Rechtswahrern die große Aufgabe gestellt, der Erziehung des deutschen Rechtswahrers zu diesem hohen Dienste unsere Hauptaufmerksamkeit zu schenken.

Die Erziehung des Rechtswahrers zum Träger völkischer Ueberzeugung und völkischer Hoffnung auf dem Gebiete des Rechts ist die entscheidendste aller Aufgaben, denn nur von einem in diesem Sinne höchstqualifizierten und bestausgebildeten Rechtswahrer wird jene Autorität des Wirkens ausstrahlen, die bewirkt, daß der Volksgenosse auch dann in einer richterlichen Entscheidung das Recht achtet, wenn diese Entscheidung in einem konkreten Prozeß gegen ihn ausfällt.

Dabei ist nie zu vergessen, daß der Nationalsozialismus sowohl Erlebnisinhalt wie auch Erkenntnisinhalt des deutschen Volkes geworden ist. Der Nationalsozialismus enthält die letzten entscheidenden großen Wahrheiten des deutschen Lebens. Das Parteiprogramm der NSDAP. hat für die Erziehung des deutschen Rechtswahrers ebenso entscheidende Bedeutung wie das Buch des Führers „Mein Kampf". Das Parteiprogramm ist für das Rechtsdenken und die Rechtswirklichkeit des Dritten Reiches gültig, nicht als formales Gesetz, sondern kraft des schöpferischen Willens des Führers. Das Parteiprogramm hat nicht formale Gesetzeskraft, es ist aber eine Leitlinie für die Entscheidung in allen sozialen Problemen des deutschen Volkes ebenso wie für die Lösung geschichtlicher Aufgaben. Da in dem Parteiprogramm die letzten Ziele der NSDAP. erkennbar sind, hat es ein stetes Hilfsmittel des deutschen Rechtswahrers in Rechtswissenschaft, in Rechtslehre und Rechtspraxis zu sein. Das Parteiprogramm ist die Entwicklungslinie des deutschen Lebens. Jeder Rechtswahrer muß sich in seinem Denken und Wirken, in seinem Arbeiten und Streben an diese Linie halten....

... Ueber all unserem Wirken und Streben aber, meine lieben Kameraden, steht die nationalsozialistische Tat unseres Führers. Ihr verdanken wir unser Wirken, unsere Freiheit, unsere Ehre und unser Recht. Und so heben sich zum Schluß des Juristentages 1936 unsere Ohren und Herzen empor zu dem, der einsam herausgehoben aus den Urtiefen deutscher Geschichte über uns die Wache hält. Unser Führer hat das Deutsche Reich, das deutsche Volk und das deutsche Recht befreit. Wir wären als Rechtswahrer nichts als ein Kongreß, wenn nicht unser Wirken in die Zeit des Führers fiele. Unser Planen für die Neugestaltung des deutschen Rechtslebens wäre nichts, wenn es nicht getragen würde von der Macht des nationalsozialistischen Kämpfertums in den Scharen des Führers, und unser Appell an das Gewissen im Recht und unser Wort von der Unabhängigkeit des Richters wäre nichts, wenn nicht ein starkes, wiedergewonnenes Reich dieses Rechtsgewissen und diese unabhängige Rechtsarbeit gewährleisten würde. Ein Gericht gilt nicht mehr, als es an Autorität durch das Reich besitzt, in dessen Namen es spricht. Nur weil wir Rechtswahrer der Epoche Adolf Hitlers sind, haben wir die Kraft zu neuen Formen, zu neuen großen Zielen erhalten.."

Akademie für Deutsches Recht

Internationaler Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz

Von der vielgestaltigen und ununterbrochenen Arbeit der Akademie für Deutsches Recht verdient besondere Hervorhebung der wenige Tage nach dem Juristentag abgehaltene „Internationale Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz" (1. bis 6. Juni in Berlin), bei dem 43 Staaten mit etwa 500 Persönlichkeiten vertreten waren. Im Mittelpunkt des Interesses stand hier die im Mai in Deutschland vollbrachte Neuregelung des Patentwesens, die weiter unten noch eingehender erläutert werden wird. —

Weitere Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Justiz

Bei den Gesetzen und Verordnungen des Jahres 1936, die sich mit der Rechtspflege befassen, handelt es sich im wesentlichen um die Ausgestaltung der bereits in den Vorjahren geschaffenen Vereinheitlichung der Justiz im Reich (siehe Band 1934, Seite 370, und Band 1935, Seite 52 bis 55). So waren die auf diesem Gebiete im Jahre 1936 getroffenen Maßnahmen durchweg nicht von allgemein überragender Bedeutung, da bereits in den Vorjahren das Wesentliche zur Vereinheitlichung und Verreichlichung der Justiz getan worden war. Im großen und ganzen beschränkten sich daher diese Maßnahmen jetzt auf die Beseitigung der Verschiedenartigkeit von landesgesetzlichen Vorschriften auf einzelnen Gebieten der Rechtspflege.

Gesetz über den Volksgerichtshof und über die fünfundzwanzigste Abänderung des Besoldungsgesetzes

Als wichtig muß das „Gesetz über den Volksgerichtshof und über die fünfundzwanzigste Aenderung des Besoldungsgesetzes“ vom 18. April angesehen werden, dessen wesentlicher Inhalt und Zweck darin besteht, daß der Volksgerichtshof, der im Rahmen des „Gesetzes zur Aenderung von Vorschriften des Strafrechts und Strafverfahrens“ vom 24. April 1934 (siehe Band 1934, Seite 372) als Sondergericht neu geschaffen worden war, nunmehr zum ordentlichen Gericht im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes erklärt wird (Art. I § 1). Nach den bisherigen Bestimmungen war der Volksgerichtshof als reichsrechtlich gestelltes Sondergericht zur Aburteilung von Hoch- und Landesverratsverbrechen bestellt worden, wenn er auch in verschiedenen Beziehungen bereits in den Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingefügt worden war. Durch seine Arbeit hatte sich der Volksgerichtshof nunmehr als ein erst- und zugleich letztinstanzliches Oberstes Gericht in Hoch- und Landesverratssachen hohes Ansehen im Volk und in der Justiz erworben und sich „als Kristallisationspunkt“ oberstrichterlicher Strafrechtsprechung erwiesen. Seine Einordnung in die ordentliche Gerichtsbarkeit konnte daher nicht bis zur Neuschaffung des Gerichtsverfassungsgesetzes aufgeschoben werden.

Der Volksgerichtshof

Im einzelnen sind folgende Bestimmungen hervorzuheben: Art. 1 § 3 bestimmt, wie dies bei jedem ordentlichen Gericht der Fall ist, daß Präsident, Senatspräsidenten und Räte (mit dem Namen Volksgerichtsräte, Präsident des Volksgerichtshofes und Senatspräsident beim Volksgerichtshof) auf Lebenszeit (bisher nur für fünf Jahre) ernannt werden und die Befähigung zum Richteramt besitzen, sowie das 35. Lebensjahr vollendet haben müssen. Die Ernennung erfolgt auf Vorschlag des Reichsjustizministers durch den Führer und Reichskanzler. — § 4: Die ehrenamtlichen Mitglieder werden vom Führer und Reichskanzler auf Vorschlag des Reichsjustizministers für die Dauer von fünf Jahren bestellt. — Nach § 7 wird beim Volksgerichtshof eine besondere Staatsanwaltschaft mit mehreren Reichs- und Staatsanwälten gebildet. Bisher versah diese Funktion die Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht. — Art. II bringt lediglich die nach Art. I notwendigen Ergänzungen und Aenderungen des Besoldungsgesetzes.

Die „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Volksgerichtshof und über die fünfundzwanzigste Aenderung des Besoldungsgesetzes“ vom 18. April brachte dann die Bestimmungen über den verwaltungsmäßigen Ausbau des Volksgerichtshofes zum ordentlichen Gericht.

Sinn und Zweck der Strafe

Der Präsident des Volksgerichtshofes, Staatsminister a. D. Pg. Dr. Thierack, sagte (am 24. September in Dresden im Rahmen einer Jahresversammlung des Deutschen Reichsverbandes für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassungsfürsorge) über Sinn und Zweck der Strafe:

„... Sinn und Zweck der Strafe kann nach unserer heutigen Auffassung demnach nur aus dem Begriff der Volksgemeinschaft heraus verstanden werden. Jeder auf Störung der Volksgemeinschaft gerichtete und betätigte Wille verdient Strafe. Auch wir setzen eine Schuld voraus. Diese mißt sich aber nicht nach früheren Maßen. Denn Sinn und Zweck der Strafe ist heute, den Angriff auf die Volksgemeinschaft, den eine jede Straftat bedeutet, zu sühnen. Das für eine Straftat in der Volksgemeinschaft vorhandene Sühnebedürfnis ist der Sinn und Zweck der Strafe. Der Täter hat der Volksgemeinschaft gegenüber eine Schuld auf sich geladen, die er zu sühnen hat, und das hat die Gemeinschaft zu fordern... Nicht der Schaden, den der Täter angerichtet hat, die Verletzung des Rechtsgutes, die Person des Täters, sein mehr oder weniger starker verbrecherischer Wille, die Größe seines Leichtsinns oder seiner Gleichgültigkeit erklären den Sinn und Zweck der Strafe, — sie allein sind Maßstäbe für die Strafbemessung. Aus dem Gemeinschaftsgefühl hat der Richter die Strafe nach dem Sühnebedürfnis des Volkes als Sühne zu fordern, und nach ihm richtet sich der Vollzug aus...“

Verordnung der Reichsregierung über die Zuständigkeit der Sondergerichte

Durch die „Verordnung der Reichsregierung über die Zuständigkeit der Sondergerichte“ vom 5. Februar wurde die Zuständigkeit der Sondergerichte auf Zuwiderhandlungen gegen den durch ein früher ergangenes Gesetz geschaffenen § 134a des StGB. ausgedehnt.

Nach diesem Paragraphen werden öffentliche Beschimpfungen und Verächtlichmachungen des Reichs, seiner Farben und Flaggen und der Wehrmacht unter Strafe gestellt. Im § 134b StGB. ist eine ähnliche Strafbestimmung für Beschimpfungen der NSDAP. und ihrer Gliederungen enthalten. Während letztere vom Sondergericht abgeurteilt wurden, waren die Zuwiderhandlungen gegen § 134a von den ordentlichen Gerichten abzuurteilen. Nach der neuen Verordnung sind die Sondergerichte jetzt auch zuständig für diese Fälle aus § 134a. —

Die Amtstracht der Richter

Auch in den äußeren Formen kam die nationalsozialistische Aufgabe der Justiz zum Ausdruck — in den Bestimmungen über die Amtstracht der Richter und Beamten bei den verschiedenen Gerichten. Im Laufe des Jahres 1936 hat der Führer und Reichskanzler sämtlichen Richtern und Beamten der ordentlichen Zivil- und Strafgerichte und ebenso Verwaltungsgerichte, soweit sie bisher schon zum Tragen einer Amtstracht berechtigt und verpflichtet waren, das Hoheitszeichen, das auf der rechten Brustseite zu tragen ist (wie bei der Wehrmacht)

verliehen (für den gesamten Bereich der Justizverwaltung durch Erlaß vom 19. Juni, für das Reichswirtschaftsgericht durch Erlaß vom 31. Juli, für das Reichsversicherungsamt und das Reichsversorgungsgericht durch Erlaß vom 10. September, für das Reichserbhofgericht durch Erlaß vom 30. September, für die Verwaltungsgerichte durch Erlaß vom 22. November). Bemerkenswert ist, daß durch den zuerst genannten Erlaß betr. die Justizverwaltung gleichzeitig auch bestimmt wurde, daß die Mitglieder des Volksgerichtshofes die gleiche Robe tragen wie die Mitglieder des Reichsgerichts (nämlich in roter Farbe nach besonderem Muster). Damit ist nach außen hin sinnfällig zum Ausdruck gebracht, daß es sich beim Volksgerichtshof um ein dem Reichsgericht gleichgestelltes Oberstes Gericht des Reiches handelt. Der Präsident des Volksgerichtshofes trägt außerdem eine Amtskette in Gold mit dem Hoheitszeichen. —

Auf dem Gebiet der ständischen Ordnung der Rechtswahrer sei insbesondere die am 21. Februar erfolgte „Bekanntmachung der neuen Fassung der Rechtsanwaltsordnung (Reichsrechtsanwaltsordnung)" erwähnt. Diese Neubekanntmachung der Rechtsanwaltsordnung war durch das „Gesetz zur Aenderung der Rechtsanwaltsordnung" vom 13. Dezember 1935 (siehe Band 1935, Seite 267 bis 268), das bekanntlich einschneidende Neuerungen (z. B. Probe- und Anwärterdienst der Anwaltsassessoren) gebracht hatte, und durch die früheren zahlreichen Aenderungen notwendig geworden. Denn die Rechtsanwaltsordnung war wegen dieser Aenderungen jetzt recht unübersichtlich; zugleich war auch ein gewisser Abschluß auf diesem Gebiete erreicht, so daß eine Neufassung der gesamten Anwaltsordnung zweckmäßig und gerechtfertigt war. Reichsrechtsanwaltsordnung

Bemerkenswert sind an dieser Neubekanntmachung insbesondere auch Einleitung und Vorspruch, wo es heißt: Der Rechtsanwalt ist der berufene unabhängige Berater in allen Rechtsangelegenheiten. Sein Beruf ist kein Gewerbe, sondern Dienst am Recht! — (Aus dieser Feststellung, daß der Anwaltsberuf kein Gewerbe ist, hat dann auch das am 1. April 1937 in Kraft getretene neue Gewerbesteuergesetz die Folgerung gezogen, indem es die Anwälte für nicht mehr gewerbesteuerpflichtig erklärte.) Hervorzuheben wäre noch die Bestimmung im 5. Abschnitt, wonach auch die Zulassung als Rechtsanwalt beim Reichsgericht (ebenso wie alle sonstigen Zulassungen) vom Reichsminister der Justiz im Einvernehmen mit dem Reichsführer des NSRB. ausgesprochen wird (§ 107).

Nach § 117 der Reichsrechtsanwaltsordnung stellt der Reichsjustizminister die erste Satzung der Reichsrechtsanwaltskammer auf, die dementsprechend am 21. September erlassen wurde. Satzung der Reichsrechtsanwaltskammer

Aus dieser Satzung sind bemerkenswert: Art. 9, wonach die Reichsrechtsanwaltskammer alleinige Trägerin des Gesamtvermögens der Anwaltschaft ist. Die einzelnen Anwaltskammern in den Oberlandesgerichtsbezirken genießen keine Selbständigkeit mehr; sie sind lediglich Verwaltungszweigstellen der Reichsrechtsanwaltskammer. Art. 13 schafft den zur Sicherstellung der Besoldung der Assessoren im anwaltlichen Probe- und Anwärterdienst eingeführten Fonds, der von der Reichsrechtsanwaltskammer aus einem zu diesem Zwecke vorgesehenen Teil der Beiträge gebildet wird. Auf Antrag wird den Anwaltsassessoren, deren ausbildende Anwälte das vorgesehene Gehalt nicht aufbringen können, aus diesem Fonds das einheitlich festgesetzte Gehalt gezahlt.

Gesetz gegen den erpresserischen Kindesraub

Auf dem Gebiete des Strafrechts ist vor allem das am 22. Juni erlassene „Gesetz gegen erpresserischen Kindesraub" zu nennen, das für dieses Verbrechen die Todesstrafe einführte! Die Veranlassung dieses Gesetzes ist aus seiner Begründung ersichtlich. Es heißt dort:

„Der erpresserische Kindesraub ist ein Verbrechen, das in den letzten Jahren große Staaten heimgesucht hat. In Deutschland sind bisher Fälle dieses Verbrechens verschwindend gering gewesen. Vor wenigen Tagen hat sich jedoch ein Fall ereignet, der Anlaß gibt, mit energischen gesetzgeberischen Maßnahmen vorzugehen. Um das Uebel an der Wurzel auszurotten, ist der erpresserische Kindesraub, an einem Kinde begangen, mit dem Tode bedroht worden. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Juni 1936 an."

Der Fall, den die Begründung anführt, hatte sich am 16. Juni 1936 in Bonn ereignet. Der 12jährige Sohn eines Kaufmanns war hier von einem mehrfach, u. a. wegen Kindesentführung, vorbestraften Mann unter der Angabe, sein Vater sei von einem Autounfall betroffen worden, aus der Schule in den Wald gelockt und dort im Unterholz an einen Baum gebunden worden. Darauf hatte der Verbrecher den Vater des Kindes durch einen Brief aufgefordert, einem Boten 800 RM. zu übergeben, widrigenfalls sein Sohn in einer Badewanne ertränkt werden würde! (Der Täter ist auf Grund dieses Gesetzes vom 22. Juni 1936 am 30. Juni 1936 zum Tode verurteilt worden.)

Seit der Entführung des Sohnes des Ozeanfliegers Lindbergh ist der erpresserische Kindesraub ein Verbrechen, das in den Vereinigten Staaten von Amerika an Häufigkeit ständig zunahm. Um diese Verbrechensform, die eines der edelsten menschlichen Gefühle, die Elternliebe, zur Grundlage von Erpressungsmanövern macht, im Keime zu ersticken, bevor eine weitere Beunruhigung des öffentlichen Lebens, wie dies in den Vereinigten Staaten der Fall war, erfolgte, hat das Dritte Reich die schärfste Strafart, über die es verfügt, die Todesstrafe, für den erpresserischen Kindesraub angedroht.

Früher konnte der erpresserische Kindesraub nur als Verbrechen bzw. Vergehen gegen die §§ 255, 235 Abs. 1 (nicht Abs. 3), 239 St.GB. bestraft werden. Auf diesem Wege konnte man nur zu begrenzten

Zuchthausstrafen und zu lebenslänglichem Zuchthaus nur dann gelangen, wenn die selten vorkommenden Fälle des § 251 in Verbindung mit § 255 StGB. gegeben waren. Sicherungsverwahrung konnte nur angeordnet werden, wenn die hierfür festgelegten besonderen Voraussetzungen der §§ 20a und 42e vorlagen.

Bemerkenswert ist, daß das Gesetz sich rückwirkende Kraft beigelegt hat.

Das „Gesetz zur Aenderung des Strafgesetzbuches" vom 2. Juli brachte auf drei Gebieten wesentliche Aenderungen gegenüber dem bisher geltenden Recht. Neu war insbesondere auch die Strafandrohung gegen die Wehrmittelbeschädigung. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte das Bedürfnis, die Wehrmittel und sonstigen Einrichtungen der Wehrmacht unter einen besonderen Schutz zu stellen, wieder wach werden lassen. Die Strafdrohungen wegen bloßer Sachbeschädigung mußten für den Strafschutz der in Entwicklung befindlichen Wehrmacht als unzulänglich angesehen werden. Durch das Gesetz zur Aenderung des Strafgesetzbuches vom 28. Juni 1935 (siehe Band 1935, Seite 271 bis 277) war deshalb ein Sondertatbestand der Wehrmittelbeschädigung (§ 143a) in das Strafgesetzbuch eingefügt worden, der jedes Beschädigen, Zerstören und Unbrauchbarmachen von Wehrmitteln und Einrichtungen der Wehrmacht mit Gefängnisstrafe nicht unter 1 Monat bedrohte. Für besonders schwere Fälle wurde sogar Zuchthaus oder Todesstrafe angedroht. Die Erfahrungen lehrten jedoch, daß diese starke Verbesserung des Strafschutzes der Wehrmittel noch nicht allen Bedürfnissen genügte, denn dieser Strafschutz wurde nur dem bereits fertigen Wehrmittel zuteil. Nicht bestraft werden konnte jedoch nach diesem Gesetz ein bei der Herstellung eines Wehrmittels begangener Sabotageakt. Diese Lücke des geltenden Gesetzes schließt jetzt das neue Gesetz durch Schaffung des § 143a Abs. 2, der den Schutz der Wehrmittel schon in ihrem Herstellungsstadium verwirklicht. Nach ihm wird jeder bestraft, der einen solchen geschützten Gegenstand wissentlich fehlerhaft herstellt. Neben dem Hersteller wird nach Abs. 2 auch derjenige bestraft, der einen solchen Gegenstand wissentlich fehlerhaft liefert. Solche Fälle konnten bisher nur dann bestraft werden, wenn der Vertragsbruch während eines Krieges oder bei drohender Kriegsgefahr begangen war. Nach der neuen Strafvorschrift des Abs. 2 wird jede wissentlich erfolgte fehlerhafte Lieferung in Kriegs- und Friedenszeiten bestraft. Der Strafschutz wurde durch Abs. 1 des § 143 dahin erweitert, daß neben den eigentlichen Wehrmitteln nicht mehr nur die Einrichtungen der deutschen Wehrmacht, sondern alle Einrichtungen, die der deutschen Landesverteidigung dienen, in den Strafschutz einbezogen werden.

Gesetz zur Aenderung des Strafgesetzbuches

Wehrmittelbeschädigung

Im Zusammenhang hiermit steht die durch das gleiche Aenderungsgesetz vorgenommene Umgestaltung in der Behandlung der unterlassenen Anzeige (§ 139 StGB.). Es hatte sich als Lücke im Gesetz herausgestellt, daß Mitwisser von dem Plan einer Wehrmittelbeschädigung, die hiervon nicht rechtzeitige Anzeige erstatten, nicht bestraft werden konnten. Dies ist nach der neuen Vorschrift jetzt möglich.

Verletzung der Verschwiegenheitspflicht

Weiter ist im neuen Gesetz von Bedeutung die neue Behandlung der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht. Durch den neuen § 353b wird der Bruch der Amtsverschwiegenheit mit Strafe bedroht.

(Die bisherige Strafdrohung, die zum Teil nur disziplinärer Art war, reichte nicht aus.) § 353b bedroht den Beamten oder früheren Beamten, der ein ihm zur Ausübung seines Amtes anvertrautes oder zugänglich gewordenes Geheimnis unbefugt offenbart. In Abs. 2 sind den Beamten die Angestellten, die durch Handschlag verpflichtet sind, gleichgestellt. Durch den neuen § 353c ist ein besonderer Schutz für als geheim oder vertraulich bezeichnete amtliche Schriftstücke sowie vertrauliche Mitteilungen geschaffen worden. Auch der Nichtbeamte fällt unter die Strafandrohung.

Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit

Von Bedeutung war ferner das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit" vom 23. April. Dieses neue, dritte Straffreiheitsgesetz ist anläßlich des Geburtstages des Führers nach den letzten großen Wahlen ergangen. Es erfaßt drei Gruppen von Straftaten:

1. solche, zu denen sich der Täter durch Uebereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken hat hinreißen lassen (§ 1 — nur solche vorsätzliche Handlungen, die den Tod eines Menschen herbeigeführt haben oder bei denen die Art der Ausführung oder die Beweggründe eine gemeine Gesinnung des Täters erkennen lassen, sind ausgenommen); 2. geringfügige Straftaten, d. h. solche, durch die nicht mehr als ein Monat Freiheitsstrafe oder Geldstrafe in entsprechender Höhe verwirkt ist, und zwar ohne Unterschied des Charakters der Tat (§ 2); 3. beschimpfende und beleidigende Aeußerungen gegen Staat und Partei, leitende Persönlichkeiten von Staat und Partei und sonstige im politischen Meinungsstreit begangene Beleidigungen und Körperverletzungen, wenn das rechtskräftige Urteil eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Monaten oder Geldstrafe verhängt hat (§ 3). — Art und Maß der Vergünstigung, die das Gesetz gewährt, ist bei jeder dieser drei Gruppen verschieden. Bei der ersten Gruppe gewährt das Gesetz Straffreiheit in Form der Niederschlagung anhängiger Verfahren und des Erlasses rechtskräftig erkannter Strafen, ohne Rücksicht auf Art und Höhe der zu erwartenden oder bereits zuerkannten Strafe. Dasselbe gilt bei der zweiten Gruppe. Bei der dritten Gruppe ist jedoch eine Niederschlagung anhängiger Verfahren nicht gewährt worden. Hier ist nur ein bedingter Erlaß rechtskräftig erkannter Strafen möglich.

Die Amnestie erstreckt sich nicht auf a) Dienstvergehen der Beamten, die dienststrafrechtlicher Verfolgung unterliegen (dies galt schon bei den vorangegangenen Amnestien), b) Verstöße von Soldaten und

Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes, die mit Dienststrafen bestraft werden, c) Verstöße, die einer ehrengerichtlichen Ahndung unterliegen, insbesondere auch Verstöße, auf die die soziale Ehrengerichtsbarkeit der Arbeit und des Handwerks sich erstreckt, und schließlich d) alle Ordnungsstrafen nicht krimineller Art.

In diesem Zusammenhang sei auch an das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwiderhandlungen" vom 15. Dezember erinnert, das bereits im 6. Abschnitt behandelt wurde. —

Die Festigung der neben der staatlichen Justiz selbständig wirkenden Parteigerichtsbarkeit kam in dem „Gesetz über die Vereidigung durch die Parteigerichte" (30. September) zum Ausdruck, durch welches die Parteirichter in dem Verfahren vor den Parteigerichten der NSDAP., soweit sie die Fähigkeit zum Richteramt haben, ermächtigt werden, Zeugen und Sachverständige zu vereidigen.

Gesetz über die Vereidigung durch die Parteigerichte

Das „Gesetz über die Vernehmung von Angehörigen der NSDAP. und ihrer Gliederungen" (1. Dezember) bestimmte, in welchen Fällen politische Leiter ein Aussageverweigerungsrecht haben. Diese Vorschriften sind analog denjenigen über das Aussageverweigerungsrecht der Beamten gestaltet.

Gesetz über die Vernehmung von Angehörigen der NSDAP. und ihrer Gliederungen

Aus dem bürgerlichen Recht ist das bereits im 7. Abschnitt angeführte „Gesetz zur Aenderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes" vom 18. April anzuführen, insbesondere aber die grundlegende Neuregelung des Patentwesens:

Neuregelung des Patentwesens

Diese Regelung brachte das „Patentgesetz" vom 5. Mai. — Die Wünsche nach Aenderung des alten Patentgesetzes (vom 7. April 1891) sind schon lange vor dem Kriege lebhaft erörtert worden. Bereits im Jahre 1913 hatte die Reichsregierung Veranlassung genommen, den Entwurf für ein neues Gesetz auszuarbeiten und zu veröffentlichen. Durch Krieg und Nachkriegszeit wurde der Fortgang der Reform unterbrochen. Erst im Jahre 1928 wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Gesetze über den gewerblichen Rechtsschutz, darunter vornehmlich des Patentgesetzes, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt und dann nach verschiedenen Aenderungen mit Zustimmung des Reichsrats dem Reichstag zur Verabschiedung unterbreitet. Infolge der wiederholten Reichstagsauflösungen ist er jedoch nicht zur Beratung gelangt. Erst mit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus erhielten die Arbeiten zur Neugestaltung des Patentrechts einen kräftigen Auftrieb und neue Ideen.

Patentgesetz

Der Nationalsozialismus erkennt in den schöpferischen Kräften des deutschen Volkes einen der bedeutsamsten Grundpfeiler für das Wohl des Gemeinwesens und für den kulturellen, wirtschaftlichen und geisti-

gen Fortschritt der Nation in ihrem Kampf um die Weltgeltung. Wesentliche Aufgabe des neuen Gesetzes war es daher, die Träger dieser Kräfte zu fördern, ihnen ihre Rechte zu sichern, andererseits aber auch die Erfindungen der Gesamtheit des Volkes dienstbar zu machen. Das neue Patentgesetz verwirklicht diese Grundgedanken, indem es einerseits dem Erfinder ehrende Anerkennung für seine Leistung und angemessenen Anteil an ihren wirtschaftlichen Ergebnissen sichert, andererseits aber auch der Volksgemeinschaft in dem erforderlichen Umfang Zugang zu den Fortschritten der Technik verschafft.

Neben diesen Hauptzielen soll durch das neue Patentgesetz die durch mehrfache Aenderungen beeinträchtigte Uebersicht wiederhergestellt werden und das deutsche Recht den internationalen Vereinbarungen, die auf den Konferenzen zur Revision der Pariser Verbandsübereinkommen zum Schutze des gewerblichen Eigentums in Haag (1925) und in London (1934) zustandegekommen waren, angepaßt werden.

Gegenüber dem alten Patentgesetz ist neu vor allem die Proklamierung des Erfinderrechts, d. h. die Anerkennung des Erfindergrundsatzes unter Ablehnung des bisher geltenden sogenannten „Anmelderprinzips", nach welchem rein formal das Patent dem Anmelder, der ja in vielen Fällen mit dem Erfinder nicht identisch ist, zugesprochen wurde. Neu ist vor allen Dingen die Formulierung des § 8, welcher der Reichsregierung das Recht gibt, die Erfindung zur Förderung des Wohles der Volksgemeinschaft zu benutzen. Auch die Interessen der Landesverteidigung sind durch den neuen § 8 gewahrt.

Gebrauchsmustergesetz

Am gleichen Tage (5. Mai) erging das „Gebrauchsmustergesetz". Das Gebrauchsmusterrecht ist sowohl seinem sachlichen Inhalt nach wie auch hinsichtlich der Verfahren, die in seinen Angelegenheiten stattfinden, eng mit dem Patentrecht verknüpft. Die Neugestaltung des Patentrechts mußte daher auch den Erlaß eines entsprechend geänderten Gebrauchsmustergesetzes mit sich bringen. Aus dem Patentgesetz sind in das Gebrauchsmustergesetz u. a. die Maßnahmen übernommen worden, welche die Ersetzung des Anmelderprinzips durch das Erfinderprinzip zum Gegenstand haben, ferner die Bestimmungen über das erweiterte Vorbenutzungsrecht der öffentlichen Hand, die Möglichkeit, den Schutzgegenstand unabhängig vom Willen des Schutzrechtinhabers zur Förderung des Wohles der Volksgemeinschaft, insbesondere zum Zwecke der Landesverteidigung, benutzen zu können. Eine praktische und selbständige Neuerung weist das Gebrauchsmustergesetz insofern auf, als das Verfahren zur Löschung von nichtschutzfähigen Gebrauchsmustern von den ordentlichen Gerichten auf das Reichspatentamt übertragen worden ist.

Der 5. Mai brachte außerdem das neue „Warenzeichengesetz". Das bisher geltende „Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnung" vom 12. Mai 1894 hatte sich in der Regelung des patentamtlichen Verfahrens zur Eintragung und Löschung von Warenzeichen an das alte Patentgesetz vom 7. April 1891 angelehnt. Nachdem dieses Patentgesetz geändert und neugefaßt worden ist, mußte auch das Warenzeichengesetz dem neuen Patentgesetz angepaßt werden. Außerdem wurde die Gelegenheit benutzt, den Gesetzesstoff übersichtlicher zu gestalten und verschiedene sachliche Verbesserungen der bisherigen Bestimmungen durch Aenderungen und Ergänzungen vorzunehmen. Weiter sind die Ergebnisse, die die Konferenzen von Haag 1925 und von London 1934 zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums gezeitigt haben, in das Gesetz eingearbeitet worden. Es handelt sich dabei vor allem um den Schutz der notorisch bekannten Marke, um die Erweiterung des Schutzes der Staatshoheitszeichen gegen warenzeichenmäßige Verwendung und um gewisse Erleichterungen für die Uebertragung der Marke. Warenzeichengesetz

Im Rahmen der Materie des Patentwesens seien außerdem erwähnt das „Gesetz über die patentamtlichen Gebühren" (5. Mai), die „Verordnung über die Zuweisung der Patentstreitsachen an die Landgerichte" (10. September) und die „Verordnung über das Berufungsverfahren beim Reichsgericht in Patentsachen", sowie die „Verordnung über das Reichspatentamt" vom 6. Juli. — Weitere patentrechtliche Vorschriften

Die Arbeiten zur Strafrechtsreform wurden im Jahre 1936 wesentlich vorwärtsgetrieben. Und sowohl die parteiamtliche Strafrechtskommission unter dem Reichsleiter des Reichsrechtsamtes, Dr. Hans Frank, wie auch die Arbeiten der unter Leitung des Reichsjustizministers Dr. Gürtner stehenden amtlichen Strafrechtskommmission führten zu je einem Entwurf, — mit denen sich nun die Kabinettssitzungen der Reichsregierung befassen. Aufgabe und Richtschnur eines nationalsozialistischen Strafrechts ist der Schutz der Volksgemeinschaft! Arbeit an der Strafrechtsreform

10. Abschnitt:

Weltanschauliches Ringen um Geist und Körper des Volkes

Dem Schutze des deutschen Volkes dienten vor allem auch die rassischen Gesetze, wie sie der nationalsozialistische Staat in den Vorjahren in so vorbildlicher und in der Welt einzigartig dastehender Form geschaffen hatte (siehe Band 1933, Seite 268 und 271, insbesondere aber den 14. Abschnitt des Bandes 1935). Zur Weiterführung des seit dem Jahre 1933 beschrittenen Weges wurde der „Reichsausschuß zum Schutze des deutschen Blutes" (8. Februar) ins Leben gerufen, über den der „Völkische Beobachter" am 9. Februar berichtete:

Reichsausschuß zum Schutze des deutschen Blutes

„... Diesem Reichsausschuß sind alle Anträge von staatsangehörigen jüdischen Mischlingen mit zwei volljüdischen Großeltern auf Genehmigung der Eheschließung mit Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes oder mit staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternteil haben, vorzulegen. Die Anträge sind schriftlich bei der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Antragstellers zuständigen höheren Verwaltungsbehörde zu stellen. Dem Reichsausschuß zum Schutze des deutschen Blutes gehören als ordentliche Mitglieder an:
Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart; SA.-Sanitätsgruppenführer Dr. Brauneck, Leiter des Gesundheitsamtes Bremen; Min.-Direktor Dr. Arthur Gütt; Reichsärzteführer Dr. Gerhard Wagner; der Leiter des rassepolitischen Amtes, Dr. med. Walter Groß; Min.-Direktor Dr. Pohl; Min.-Direktor Erich Volkmar..."

Seine erste Sitzung führte dieser Reichsausschuß am 11. Juni im Sitzungssaal des Reichsinnenministeriums durch.

Reichsbund der Kinderreichen

Dem Schutze des deutschen Volkes vor schädlichen Fremdkörpern entsprach auf der anderen Seite die Sorge für eine Steigerung der Geburtenzahl bei gesunden deutschen Volksgenossen, wie dies um die gleiche Zeit (6. bis 7. Juni) bei der Reichstagung des Reichsbundes der Kinderreichen in Köln zum Ausdruck kam, dem der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, die Grüße Adolf Hitlers überbrachte und in seiner Ansprache sagte:

„... Ich bin zu Ihnen gekommen, zum Ehrentag der Kinderreichen, um Ihnen die Grüße des Führers zu überbringen. Ich bin zu Ihnen gekommen, um kurz unter Ihnen zu weilen und damit zu dokumentieren, wie sehr der Führer, wie sehr Partei und Staat es

> würdigen, was Sie geleistet haben für die Nation. Denn wir wissen es: Wären alle deutschen Familien kinderreich, wir brauchten nicht bange zu sein um die deutsche Zukunft. Sie sind Vorbild der Nation..."

Blut und Rasse

Letzten Endes kam die neue Betrachtung all dieser Dinge aus dem Geist der nationalsozialistischen Weltanschauung. An Stelle des liberalistischen „Rechts auf den eigenen Körper" war die auf allen Bezirken des Lebens bindende Verpflichtung gegenüber dem Volke und seiner Zukunft getreten. Von dieser Ebene aus waren die Begriffe Rasse und Blut zu verstehen und zu werten — und ihnen gemäß zu handeln. Auch die Aufgabe der ärztlichen Kunst wurde aus einer individuellen Pflicht zur Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit. Von diesem Geiste getragen entwickelte sich der Stand der deutschen Aerzte, die (bis zum Alter von 60 Jahren) verpflichtet wurden, an sich regelmäßig wiederholenden Fortbildungskursen teilzunehmen. Vom Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung und der sich daraus ergebenden Verpflichtung gegenüber dem deutschen Blute bestimmt waren die Tagungen der Aerzteschaft, die erste Reichstagung der „Arbeitsgemeinschaft für eine neue deutsche Heilkunde" (in Wiesbaden vom 18. bis zum 20. April), die Reichstagung der Aerzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (in Warnemünde vom 3. bis zum 6. Juni), die große Tagung der Naturforscher und Aerzte, die am 20. September in Dresden eröffnet wurde. Und es sei in diesem Zusammenhang auch an den Internationalen Sportärztekongreß erinnert, der am 28. Juli in Berlin durch Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick eröffnet wurde, wobei er die Worte sprach:

Entwicklung in der deutschen Aerzteschaft

Aerztetagungen

> „... Wenn Schönheit, Kraft und Mut aufs höchste geachtete Tugenden des jungen Menschen sind, so wird dies auch ausschlaggebend sein für die Lebensverbindung, die er in seiner zukünftigen Ehe treffen wird, und so wird die Erziehung durch die Leibesübungen auch zur Erziehung zu Erbgesundheit und Rassereinheit und zu einer erwünschten Auslese des Schönen und Kraftvollen führen..."

Einführung des Judenbegriffs für die Aerzteschaft

Die Aufgaben des deutschen Arztes sind Angelegenheiten von wesentlichster rassischer Bedeutung. Daraus mußte sich ergeben, daß entsprechend den Nürnberger Gesetzen auch hier eine reinliche Scheidung durchgeführt wurde: Der Reichsärzteführer Pg. Dr. Gerhard Wagner bestimmte (22. Februar), daß in Zukunft zwischen jüdischen und nichtjüdischen Aerzten zu unterscheiden sei und daß bis auf weiteres kein Jude oder jüdischer Mischling (oder mit einer Jüdin bzw. einem jüdischen Mischling verheirateter Deutscher) als Arzt bestallt werden darf. —

Die Gesundung des deutschen Volkskörpers

Die nationalsozialistische Weltanschauung hatte im deutschen Volk einen einzigartigen Gesundungsprozeß an Geist und Körper in die

Wege geleitet. Ueber diese Gesundung berichtete Ministerialdirektor Dr. Gütt, der Leiter der Abteilung Volksgesundheit im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern (der am 27. März auch zum Präsidenten des Landesgesundheitsrates für Preußen ernannt worden ist), in einer alles bisherige zusammenfassenden Darstellung (NSK., Folge 23 vom 23. Januar 1937):

„Unser Volk hat unter der Führung Adolf Hitlers nicht nur wirtschaftlich, kulturell und politisch einen ungeheuren Aufschwung genommen, sondern es ist auch an Körper, Geist und Seele gesundet. Schon die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die bessere Verdienstmöglichkeit, das rastlose Streben und Vorwärtsstürmen haben neue Voraussetzungen für die Gesunderhaltung und Gesundung des vorher erschlafften Volkskörpers geschaffen. Damit Hand in Hand ist aber auch eine Umstellung unserer ganzen Gesundheitspolitik vor sich gegangen. Der Mensch weiß im allgemeinen nicht viel von der Organisation des „Oeffentlichen Gesundheitswesens“, und doch ist dieser Verwaltungszweig dauernd auf der Hut und unentwegt bemüht, dafür zu sorgen, daß der deutsche arbeitende Mensch, die deutsche Familie, die Mutter, das Kind vor Schaden bewahrt und gesund erhalten werden.

Da das Reich vor der Machtergreifung keine einheitliche Gesundheitsverwaltung besaß, war es notwendig, einen Verwaltungsapparat zu errichten, der den Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens ganz anders als bisher gerecht werden konnte. Dies geschah durch das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934, nach welchem in jedem Stadt- oder Landkreis ein Gesundheitsamt eingerichtet wurde. Zur Zeit bestehen in Deutschland 742 Gesundheitsämter, in denen Amtsärzte, Hilfsärzte, Gesundheitspflegerinnen, Gesundheitsaufseher und sonstige Hilfskräfte alles tun, um die Ziele nationalsozialistischer Gesundheitspolitik in die Tat umzusetzen. Es sind technische Einrichtungen, Laboratorien, Röntgenapparate usw. geschaffen, um Untersuchungen auszuführen und allen deutschen Menschen mit Rat und Tat unentgeltlich zur Verfügung zu stehen. Was geschieht nun zu diesem Zweck?

Die Aufgaben gliedern sich in drei große Arbeitsgebiete:

1. Es gilt, Krankheiten zu verhüten, die Weiterverbreitung von Seuchen und Volkskrankheiten zu verhindern und für eine allgemeine gesunde Lebensweise in Stadt und Land Sorge zu tragen. Dazu ist es erforderlich, die Regeln der allgemeinen Hygiene zu beachten, die Gesundheitseinrichtungen, Anstalten, Arzneimittelwesen und Medizinalpersonen zu beaufsichtigen, eine Lebensmittelkontrolle auszuüben und allgemein darauf zu achten, daß die Menschen vor Gesundheitsschädigungen bewahrt werden.

2. Außerdem kommen die Maßnahmen der vorbeugenden und nachgehenden Gesundheitsfürsorge hinzu, als da sind: Mütter- und Schwangerenberatung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, Schulgesundheitspflege, Tuberkulose-, Krüppel-, Geschlechtskrankenberatung usw. Allgemein gilt es, die Körperpflege, die Leibesübungen zu pflegen und den Menschen zur gesunden Lebensführung zu erziehen.

3. Schließlich hat der nationalsozialistische Staat sich im Gegensatz zu früheren Regierungen jedoch nicht damit begnügt, nur eine Gesundheitspflege der bereits Geborenen zu treiben, sondern darüber hinaus dafür zu sorgen, daß möglichst nur noch gesunde und kräftige

Kinder geboren werden. So ist jedes Gesundheitsamt verpflichtet worden, die Bevölkerungsbewegung der Bezirke zu verfolgen, sich in den Dienst einer aufbauenden Bevölkerungspolitik zu stellen und praktische Erb- und Rassenpflege zu treiben.

Dazu ist es erforderlich, die Familiengründung zu fördern, für die kinderreiche Familie einzutreten und so der Entartung in körperlicher, geistiger und seelischer Hinsicht Einhalt zu gebieten.

Zur Durchführung dieser Aufgaben sind nach Bedarf Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege eingerichtet worden. Wenn es auch notwendig ist, schwer erbkranke Menschen von der Fortpflanzung auszuschalten, so gewinnt doch das „Ehegesundheitsgesetz" immer mehr an praktischer Bedeutung, die weder im Inland noch im Ausland in ihrer Tragweite erkannt worden ist. Man beschäftigt sich immer noch hauptsächlich mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" und hat noch gar nicht erkannt, daß wir darüber schon lange hinaus sind und viel höhere Ziele, nämlich die Aufartung und Höherentwicklung unseres Volkes, anstreben. Mit dem „Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes" fand ein gesetzgeberischer Gesamtbau seinen Abschluß, der zwar mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses begonnen, der aber durch eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen bevölkerungs- und rassenpolitischer Art ergänzt worden ist.

Auch das „Blutschutzgesetz", welches scheinbar eine Einzelrolle spielt, steht in engem Zusammenhang mit dem „Ehegesundheitsgesetz", denn auch seine Durchführung setzt das Vorhandensein von Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege voraus. Aus der Arbeit dieser Beratungsstellen und Gesundheitsämter heraus erwächst uns nun langsam eine Erbkartei, d. h. eine Bestandsaufnahme unseres ganzen Volkes, die uns überhaupt erst eine einwandfreie Eheberatung möglich machen und erleichtern wird.

So ist es der Sinn all dieser Erb- und Rassengesetze und der Eheberatung, Menschen, die heiraten wollen, und so allmählich das ganze Volk, zu natürlichem gesundem Denken, zu Erbgesundheit und Rassereinheit zu erziehen. Jeder einzelne soll wieder eine Familie gründen, Familienpflege treiben, stolz auf seine Ahnen wie auf seine Kinder sein und so eine Aufartung und Höherentwicklung unseres Volkes ermöglichen.

Der Führer hat die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen solchen Aufstieg geschaffen; unsere Aufgabe im „Oeffentlichen Gesundheitswesen" ist es, danach zu streben, daß unser Volk nicht nur gesund erhalten wird, sondern auch von Grund auf gesundet und einer glücklichen und über Jahrhunderte hinausreichenden Zukunft entgegengeht!"

(Die obenerwähnten Gesetze sind in den vorigen Bänden behandelt. Betr. das „Ehegesundheitsgesetz", das mit dem „Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes" identisch ist, siehe Band 1935, Seite 277, 290 bis 292; betr. das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" siehe Band 1933, Seite 268 bis 269, Band 1935, Seite 277, 289; betr. das „Blutschutzgesetz" siehe Band 1935, Seite 255, 257 bis 258, 277, 280 bis 282.)

Die Feinde der geistigen und körperlichen Gesundung

Während so der nationalsozialistische Staat aus seiner organischen — ebenso gesunden wie lebensbejahenden — Weltanschauung heraus kraftvoll die Wege zum rassischen Wiederaufstieg des deutschen Volkes

beschritt, gab es immer noch Kräfte, die sich diesem wahrhaftigen menschlichen Fortschritt entgegenstellen wollten. Neben dem liberalistischen Unverstand und dem Haß des bolschewistischen Untermenschentums, die im Ausland die deutsche Rassenpolitik schmähten, gesellte sich bedauerlicherweise zum Chor dieser ablehnenden „Stimmen“ des Auslands eine Clique in Deutschland, die vorgab, aus christlichen Motiven die nationalsozialistische Weltanschauung und die sich aus ihr ergebenden rassischen Konsequenzen ablehnen zu müssen. Insbesondere Kreise der katholischen Kirche, die früher Zentrumspolitik getrieben hatten und sich dies offenbar noch nicht recht abgewöhnt hatten, trieben hier immer wieder ihr rasse- und gesundheitsfeindliches Unwesen. Aber auch aus dem Lager protestantischer Theologen kamen mitunter recht merkwürdige Aeußerungen über die angeblich vom Nationalsozialismus betriebene „Vergottung“ des Volkes. Dabei hat der nationalsozialistische Staat im Gegensatz zu den früheren „Systemregierungen“ alles getan, um die christlichen Glaubensbekenntnisse beider Konfessionen zu schützen. Er hat außerdem alles getan, um Frieden in die innerlich uneinige evangelische Kirche zu bringen.

Staat und Kirchen

Das Befriedungswerk in der Evangelischen Kirche

Das große Befriedungswerk innerhalb der Evangelischen Kirche, zu dem die nationalsozialistische Regierung im Jahre 1935 infolge des Versagens der kirchlichen Gruppen die Initiative durch Betrauung des Reichsministers Kerrl mit den kirchlichen Angelegenheiten und durch Bildung des Reichskirchenausschusses ergriffen hatte (siehe Band 1935, S. 301 ff.), nahm im Jahre 1936 seinen folgerichtigen Fortgang. Zunächst fand der Fall des Bischofs Zänker, dessen Widerstand zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens geführt hatte (siehe Band 1935, S. 306) seine Erledigung. In einer Aussprache, die am 10. Januar mit dem Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten in Gegenwart des Vorsitzenden des Landeskirchenausschusses D. Eger und der Mitglieder des Schlesischen Provinzialkirchenausschusses stattfand, bedauerte Bischof Zänker sein Vorgehen und erklärte sich zur Zusammenarbeit mit den Kirchenausschüssen bereit, worauf Reichsminister Kerrl sein Ersuchen um Einleitung eines Disziplinarverfahrens zurückzog.

Nachdem der Reichskirchenausschuß bereits im vorausgegangenen Jahre eine Reihe von Landeskirchenausschüssen gebildet und auf diese Weise dem kirchlichen Verfassungsleben eine neue, entwicklungsfähige Grundlage verschafft hatte, ging Reichsminister Kerrl auf diesem Wege Schritt für Schritt weiter. So wurde am 17. Januar durch eine „6. Durchführungsverordnung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche“ der seinerzeit aus neun Mitgliedern gebildete Landeskirchenrat der Evangelischen

Landeskirche Nassau-Hessen durch einen dreiköpfigen Landeskirchenausschuß ersetzt.

Ueber die Grundsätze, von denen sich diese Kirchenausschüsse bei der Arbeit leiten lassen sollen, gab Generalsuperintendent D. Eger bei der ersten gemeinsamen Sitzung des Landeskirchenausschusses der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union mit den neu gebildeten Provinzialausschüssen am 23. Januar eine grundsätzliche Erklärung ab. Darin hob er hervor, daß die Aufgabe der Kirchenausschüsse insofern zeitlich und sachlich begrenzt sei, als ihnen eine bestimmte Frist gewährt sei, nach deren Ablauf sie vor die Vertrauensfrage seitens der Kirche gestellt würden. Nicht Entscheidung über Glaubens- und Bekenntnisfragen, sondern Einordnung der Kirche in die deutsche Volksgemeinschaft sei ihre Aufgabe.

Ueber die Arbeit der Kirchenausschüsse

Mitte Februar erfolgte die Verkündung der vom Reichskirchenausschuß beschlossenen Disziplinarverordnung im Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche, die dem Bedürfnis nach Vereinheitlichung des kirchlichen Disziplinarrechts gerecht wurde. Auf Grund dieser Verordnung wurde die Bildung einer Disziplinarkammer und eines Disziplinarhofes der Deutschen Evangelischen Kirche vorgenommen. Als Geltungsdauer wurde die Zeit der Tätigkeit des Reichskirchenausschusses und darüber hinaus bis zur endgültigen Regelung durch die dann zuständigen Organe der Deutschen Evangelischen Kirche festgesetzt. Die bekenntnismäßige Selbständigkeit der Landeskirchen blieb davon völlig unberührt.

Disziplinarverordnung der Deutschen Evangelischen Kirche

Durch eine Reihe weiterer Verordnungen wurde das Befriedungswerk der Reichsregierung weitergeführt. Durch die Einführung von Kirchenausschüssen für die Rheinprovinz und für die Provinz Westfalen wurde die Vollzähligkeit der Provinzialkirchenausschüsse für das Gebiet der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union erreicht. Einschneidende Personalveränderungen in der juristischen Leitung der meisten Konsistorien der Altpreußischen Union trugen den neuen Verhältnissen Rechnung. Für Braunschweig, Schleswig-Holstein und Hannover setzte Reichsminister Kerrl durch seine Verordnungen vom 3. März Kirchenregierungen ein.

Um eine engere Zusammenarbeit der Kirchenausschüsse mit den Behörden der allgemeinen kirchlichen Verwaltung zu erreichen, erließ der preußische Landeskirchenausschuß Anfang März eine Verordnung, wonach der Landeskirchenausschuß und die Provinzialkirchenausschüsse berechtigt sind, ein Mitglied zu den Sitzungen der Behörden, des Oberkirchenrats und der Konsistorien zu entsenden, wie umgekehrt die Präsidenten des Oberkirchenrats und der Konsi-

storien an den Sitzungen der für sie zuständigen Kirchenausschüsse teilnehmen können.

Reichsminister Kerrl über die Glaubensfreiheit

Reichsminister Kerrl, dem dieses Werk wachsender Kirchenbefriedung zu danken war, sprach (zum Abschluß des Arbeitslagers für die Wettkampfleiter und Gruppenleiter des Reichsleistungskampfes der Studierenden an den Deutschen Hoch- und Fachschulen im Haus der Jugend in Berlin-Neukölln am 3. März) über nationalsozialistische Weltanschauung und führte aus, daß Volkstum, Blut, Boden und Geschichte die schöpfungsmäßigen Voraussetzungen des Lebens deutscher Menschen sind. Die wahre Glaubensfreiheit aller Volksgenossen im nationalsozialistischen Staate kam in den Worten zum Ausdruck, die er den Studenten mit auf den Weg gab:

„Ich achte den nicht hoch, der den Nächsten in dem beschimpft, was ihm heilig ist. Du hast nicht hineinzugreifen in das Recht des einzelnen, du hast Ehrfurcht zu haben vor der Würde der autonomen Persönlichkeit. Glaubst du, daß du ein großer Mann bist, wenn du dich hinstellst und den Volksgenossen um seines Glaubens willen lächerlich machst? Wer das tut, ist bestimmt nicht des rechten Glaubens!"

Katholische Kirche

Während innerhalb der Evangelischen Kirche gemäß der klugen und kraftvollen Haltung der Regierung, die sich jeglicher Einmischung in die bekenntnismäßigen Gegensätze peinlichst fernhielt, eine zunehmende Beruhigung erzielt werden konnte, ergaben sich gegenüber der katholischen Kirche in mehrfacher Hinsicht immer wieder Reibungsflächen. Die unerfreulichen Versuche, dem politischen Katholizismus, der auf der großen Bühne der deutschen Geschichte seine verhängnisvolle Rolle ein für alle Male ausgespielt hat, hinter den Mauern der Kirche zu einer Wiedergeburt zu verhelfen, entsprachen ebensowenig den durch das Konkordat (siehe Band 1933, Seite 251 bis 254) aufgestellten Richtlinien, wie die bereits 1935 durch die deutschen Gerichte gebrandmarkten Devisenschiebungen katholischer Ordensangehöriger (siehe Band 1935, Seite 297 bis 298) den Lebensinteressen des deutschen Volkes dienlich waren. Der nationalsozialistische Staat hatte auch 1936 die peinliche Pflicht, weitere zahllose Devisenprozesse gegen katholische Ordensmitglieder durchzuführen, die sich beschämenderweise in derart unverantwortlicher Art und Weise gegen die Interessen Deutschlands vergangen hatten. Aber auch andere Straftaten mußten abgeurteilt werden:

Klerikale Hetzer

Den Reigen eröffnete jener Vikar Rupieper aus Kirchhunden, dessen niederträchtige Hetze im Vorjahre zur Ermordung des Arbeitsmannes Koch geführt hatte. War er bereits wegen dieser staatsfeindlichen Schandtat vom Sondergericht für den Landesbezirk Hamm mit vier Jahren Gefängnis bestraft worden, so verhängte die Große Strafkammer am Landgericht in Paderborn am 12. Februar über diesen

„Seelsorger" noch eine siebenjährige Zuchthausstrafe wegen Betrug, Urkundenfälschung, Unterschlagung und Untreue!

Fortsetzung der Devisenschiebungsprozesse

Sodann rollte die Serie der klösterlichen Devisenschieberprozesse weiter, die bereits im Vorjahr allgemeinen Abscheu hervorgerufen hatten. So wurden gegen die Schwestern des Canisius-Ordens aus Konstanz und Mainz, gegen die Breslauer Grauen Schwestern, gegen Franziskaner u. a. Zuchthaus-, Gefängnis- und hohe Geldstrafen ausgesprochen.

Gegen den Mißbrauch von Kirchenblättern

In welch großzügiger Weise der nationalsozialistische Staat gegenüber den religiösen Erfordernissen Verständnis und Entgegenkommen zeigte, bewies die Tatsache, daß die katholischen und evangelischen Zeitschriften, die zur Veröffentlichung der kirchenamtlichen Anordnungen und der sonstigen die geistliche Leitung der Gläubigen betreffenden Verfügungen bestimmt sind, von der Anwendung des Schriftleitergesetzes ausgenommen waren. Da sich aber die Fälle häuften, in denen Kirchenblätter den ihnen gesteckten Rahmen weit überschritten und gegen politische Maßnahmen der Regierung Stellung nahmen, gab am 18. Februar der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda an die Reichspressekammer und an den Reichsverband der Deutschen Presse neue Anweisungen, wonach nur noch jene Kirchenblätter, die sich streng in den religiösen Schranken bewegen, in den Genuß dieser Freiheit gelangen, alle anderen aber als politische Zeitschriften angesehen werden sollten, die entsprechend den Bestimmungen des Schriftleitergesetzes nur noch unter der Verantwortung eines in die Berufsliste eingetragenen Schriftleiters erscheinen durften.

Politischer Katholizismus und Kommunismus

Wie erforderlich diese Wachsamkeit des Staates gegenüber Wiederbelebungsversuchen des politischen Katholizismus war, wurde schlagend erwiesen durch eine notwendige Aktion der Geheimen Staatspolizei im Rheinland und in Westfalen im Monat Februar, die ein von einem katholischen Jungmännerverband gemeinsam mit illegalen kommunistischen Elementen geplantes hochverräterisches Unternehmen aufdeckte! Im Verlauf dieser Aktion wurden neben 7 kommunistischen Hetzern 10 Geistliche und 45 Laienführer des katholischen Jungmännerverbandes festgenommen!

SS.-Gruppenführer Heydrich über die Wühlarbeit des politischen Katholizismus

Von berufenster Seite wurde eine treffende Schilderung der unterirdischen Wühlarbeit jener Kreise gegeben: SS.-Gruppenführer Pg. Heydrich nahm in seinem grundlegenden Aufsatz über „Die Bekämpfung der Staatsfeinde" im „Völkischen Beobachter" vom 28. April u. a. auch zu den politisierenden Kirchenbeamten Stellung und stellte fest:

„Daß der Nationalsozialismus an den einen Gott glaubt, ist oft genug vom Führer und seinen Getreuen unterstrichen worden und wird jedem

Deutschen und Nationalsozialisten zur Pflicht gemacht. Nur durch welche Brille der Deutsche diesen Gott sieht und sich vorstellt, ist jedes Deutschen Privatangelegenheit. Das bedingte umgekehrt aber auch die Ausschaltung der Kräfte aus der Politik, die unter dem Deckmantel der Religion kirchliche Weltmachtpolitik trieben und heute noch treiben. Ein sehr großer Teil des politischen Priestertums — und der unpolitische ist sehr gering — hat sich zur Erreichung dieser Ziele auf das alte Mittel der scheinheiligen Heuchelei verlegt. Mit Bedauern wird über das sogenannte Neuheidentum gejammert. Daß aber das Neuheidentum — rein kirchlich gesehen — wohl im wesentlichen als nichts anderes als eine Reaktion auf innere Schwächeerscheinungen der Kirche zu werten ist, will man scheinbar nicht sehen. Nein, man identifiziert lieber Neuheidentum mit Nationalsozialismus, um mit der Bekämpfung dieser rein kirchlichen Reaktion gleich die Bekämpfung des nationalsozialistischen Staates verbinden zu können. Ist es nicht eigentlich Hochverrat und dabei ein Meisterwerk an Heuchelei, wenn einerseits all die wichtigen Gesetze, die eine verantwortungsbewußte Führung zur Erhaltung von Volkstum, Rasse und Staat erläßt, als mit der Lehre der Kirche für unvereinbar erklärt werden, während gleichzeitig andererseits rücksichtslos zum Schaden von Volk und Staat gegen die Devisengesetze zum Wohle der Kirche — wohlgemerkt der Kirche, nicht des Glaubens und der Religion — verstoßen wird. Ob die Kirche den zur Zeit über 100 Mönchen, die wegen übelster und ekelhaftester Sittlichkeitsverbrechen vor dem Richter stehen, auch zubilligt, daß sie im Interesse der Kirche gegen die Gesetze von Staat und Volk verstießen? Ein letztes Beispiel eigenartiger Anwendung religiöser Begriffe zu rein politischen Zwecken war die Verlesung eines Hirtenbriefes acht Tage vor der Wahl, mit dem einige Kirchenfürsten im „Interesse der Wahl" die angeblich vielen „zweifelnden Anfragen" besorgter Katholiken beantworteten, daß selbstverständlich die Wahl nur über die Außenpolitik abstimme und kein Urteil über die innerpolitische Aufbauarbeit des Führers in den letzten drei Jahren bedeute. „Also alles für Deutschland und nur rein religiös." Das Echo in der Auslandspresse ist dafür bezeichnend. Ob diese geschicktere und feinere Unterhöhlungsarbeit des einheitlichen politischen Willens des deutschen Volkes nicht noch gefährlicher ist als mancher Hoch- oder Landesverrat von Kommunisten, gerade weil es nicht jeder gleich merkt?"

Ungeheuerliche Sittlichkeitsverbrechen in den Klöstern

Die in diesem Aufsatz genannten „übelsten und ekelhaftesten Sittlichkeitsverbrechen" sollten bald zur fürchterlichsten Anklage gegen ein System der Heuchelei und charakterlichen Verwahrlosung werden. Es war die ungeheuerliche Tatsache festgestellt worden, daß katholische Ordensbrüder sich in schamlosester Weise homosexuell vergangen hatten, und zwar sowohl untereinander wie auch insbesondere an minderjährigen Zöglingen, an Kranken, Krüppeln und Geistesschwachen! Hatten schon die klösterlichen Devisenschiebungen einen Sturm der Entrüstung entfacht, so wurde die gesamte deutsche Oeffentlichkeit von Grauen gepackt, als vor der 3. Strafkammer des Landgerichts in Koblenz am 26. Mai der große Sittlichkeitsprozeß gegen 276 Ordensbrüder aus Waldbreitbach, Linz, Warendorf, Borken, Waldnil und Wepe begann. Die Scheußlichkeit der an Jugendlichen begangenen Exzesse war nicht zu überbieten. Nach

wochen- und monatelangen Verhandlungen wurden gegen die schlimmsten Verbrecher wie Pater Leovigill, Bruder Oswald und Bruder Linus Zuchthausurteile von 8, 4 und 6 Jahren gefällt, denen eine lange Reihe weiterer harter Urteile gegen die anderen entmenschten Bestien im klösterlichen Gewand folgten. Eine Eiterbeule war hier aufgestochen worden, und das deutsche Volk konnte vom nationalsozialistischen Staat die Ausmerzung dieses Krankheitsherdes für alle Zeiten erwarten, zumal nun im ganzen Reiche gleiche widerliche Verbrechen katholischer Kleriker entdeckt wurden und die Zahl klösterlicher Sittlichkeitsprozesse noch mehr anschwoll als die der Devisenschiebungsprozesse. Die katholische Kirche hätte allen Grund gehabt, dieser Verfaulung am eigenen Leibe mit schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Um so unverständlicher war es, daß sie im Gegenteil zu vertuschen suchte, wo es ihr nur irgendwie angängig erschien, und es widerspruchslos hinnahm, daß die ausländische Juden- und Emigrantenpresse aus den sadistischen Klosterbrüdern katholische Märtyrer machte, — so, daß man sich bereits im Jahre 1936 des Eindrucks nicht erwehren konnte, daß gewisse katholische Kreise an dieser verlogenen Hetze nicht ganz unbeteiligt sind.

Reichsminister Pg. Dr. Frick über die Sittlichkeitsprozesse betr. die Klöster

Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick gab die Meinung des deutschen Volkes wieder, als er am 28. Juni in Koblenz anläßlich des Gautages der Westmark sagte:

„... In diesem Zusammenhang muß ich mit einigen Worten auf die peinlichen Prozesse zu sprechen kommen, die gerade in Koblenz stattfinden und die skandalöse Vorgänge in gewissen Ordensklöstern zum Gegenstand haben. Die deutsche Oeffentlichkeit ist erschüttert über den Abgrund von Gemeinheit, der sich hier vor ihren Augen öffnet.

Klöster, die ein Hort gläubiger Einkehr und frommer Andachtsübungen sein sollten, enthüllen sich hier als Brutstätten des Lasters. Dem Uebel wird nicht dadurch begegnet, daß man es verschweigt und mit dem Mantel christlicher Liebe bedeckt.

Und hier muß ich leider feststellen, daß die kirchlichen Aufsichtsbehörden ein gerüttelt Maß von Schuld dadurch auf sich geladen haben, daß sie ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt und einem Vertuschungssystem Vorschub leisteten. Nur so läßt es sich erklären, daß das Uebel einen solchen Umfang annehmen konnte.

Die nationalsozialistische Presse tat nur ihre Pflicht, daß sie diese Zustände gebührend anprangerte. Und der Staat, der über die Erhaltung der Volksgesundheit zu wachen hat, wird dies an die Wurzeln der Volkskraft rührende Uebel ohne Ansehen der Person ausbrennen, und seien es auch Klosterinsassen, die zwar für ihre himmlische Mission andere Namen annehmen, aber für ihr irdisches Verhalten dem Gesetz unterworfen sind wie jeder andere."

Gegen den Mißbrauch der Religion

Nach wie vor hielt der nationalsozialistische Staat im übrigen an der Freiheit der Glaubensausübung fest und griff stets nur dort ein, wo schwere Mißbräuche das Gesamtwohl gefährdeten. So erfolgte in

Nürnberg und Fürth das Verbot des Vereins „Deutsche Volkskirche e. V. (Dinter-Bewegung)“, da er zu einem Sammelbecken von Meckerern und Stänkerern gegen den nationalsozialistischen Staat geworden war. So mußte am 29. Mai ein Verbot der evangelischen Wochenschrift „Der Reichsbote“ erfolgen, da sie sich in staatspolitische Fragen eingemischt und durch unwahre Behauptungen das kirchliche Befriedungswerk gefährdet hatte.

Glaubensfreiheit

Im übrigen aber überließ er den Konfessionen und religiösen Organisationen volle Glaubens- und Betätigungsfreiheit, der protestantischen Kirche, der katholischen Kirche, — und schließlich ebenso der „Deutschen Glaubensbewegung“ (siehe Band 1935, Seite 293) — die übrigens Anfang April eine Krise durchmachte, die durch die Rücktrittserklärung des bisherigen Leiters Professor Wilhelm Hauer-Tübingen und den Austritt seines Stellvertreters, Graf Ernst zu Reventlow-Potsdam, zum Ausdruck kam — und anderen. Nach wie vor blieb es Grundsatz des nationalsozialistischen Staates, daß „jeder nach seiner Fasson selig werden“ soll. Mit aller Entschiedenheit aber mußte er sich gegen jede Sabotage, jede Verhetzung der Volksgenossen und insbesondere gegen die widerliche Vergiftung des Volkskörpers wenden, wie sie in den klösterlichen Sittlichkeitsprozessen so grauenhaft festgestellt wurde — und wie sie letzten Endes nur auf dem Boden einer unnatürlichen und heuchlerischen Einstellung zum Leben erwachsen kann, — einer Einstellung, die das genaue Gegenteil der naturhaften und frohen Lebensbejahung des Nationalsozialismus darstellt.

11. Abschnitt:

Weltbolschewismus gegen völkische Erneuerung

Das nationalsozialistische Ringen um Volk und Rasse rief vor allem in der Außenpolitik die Gegner jedes gesunden Volkstums auf den Plan: Der Kampf des jüdischen Bolschewismus gegen jeden Gesundungsprozeß in Europa und der Welt, der marxistische Vernichtungswille der Sowjetunion und der Komintern stürzte die europäische Politik in immer gefährlichere Situationen. Vor welchen Qualen Deutschland durch Adolf Hitler, der den Kommunismus ausgerottet hatte, bewahrt worden ist, bewies der seit dem 18. Juli in Spanien tobende blutige Bürgerkrieg. Bolschewismus gegen Rasse / Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges

Bereits im 8. Abschnitt war über den Wahlsieg der Linken in Spanien und die staatliche Zersetzung berichtet worden, die sich damit angebahnt hatte. Der Ausbruch des Bürgerkriegs hatte längst in der Luft gelegen. Die systematische Propaganda Moskaus, die schon bei den Februarwahlen ihre Früchte getragen hatte, mußte zwangsweise zur Revolution mit dem Ziel der Errichtung Sowjetspaniens führen. Die parlamentarische Rechte war vernichtend geschlagen worden — sie konnte der drohenden Bolschewisierung des Vaterlandes keinen Wall entgegensetzen. So blieb zur Rettung gegen den Untergang eines alten Kulturlandes nur noch jene junge Aktivistengruppe, die den Kern der spanischen Armee bildete und die es gemeinsam mit Wehrverbänden nationalistischer Richtung (den — mehr faschistischen — Falangisten und den — mehr monarchistischen — Carlisten) unternahm, Spanien vom Abgrund zurückzureißen, es von der Bevormundung Moskaus zu befreien und mit einem kühnen Handstreich in letzter Stunde das Steuer herumzuwerfen. Es wird jedenfalls den Moskauer Drahtziehern bei aller „Regie" nicht gelingen, sich von der historischen Schuld an dem endlosen Blutvergießen in Spanien reinzuwaschen, denn ohne die sofort einsetzende Einmischung Sowjetrußlands und der verschiedenen Zweigstellen der Komintern in Europa wäre es zu einem Bürgerkrieg dieses grauenhaften Ausmaßes nie gekommen. Unter General Franco und General Mola erhob sich das nationale Spanien gegen den latenten bolschewistischen Bürgerkrieg. Die Erhebung, die zunächst von den Garnisonen Spanisch-

Marokkos ausging, verbreitete sich bald über ganz Spanien und eroberte sich in Kürze den größeren Teil Spaniens. Lediglich die sofort einsetzende wirtschaftliche und militärische Hilfe der Sowjetunion (die zum großen Teil auch über das Frankreich der Volksfrontregierung Blum kam) versteifte den marxistischen Widerstand und richtete ein fürchterliches Blutbad in ganz Spanien an. —

Polen und Danzig

Leider machte sich in der polnischen Bevölkerung und in der polnischen Presse eine sehr unsachliche Einstellung zu der von Danzig in Genf geforderten Neuregelung (siehe 8. Abschnitt) bemerkbar, die ihren Ausdruck in gehässigen Demonstrationen und unqualifizierbaren Angriffen gegen Sicherheitsmaßnahmen rein innenpolitischer Art in Danzig fand. Da diese Stimmungsmache im wesentlichen auf Mißverständnissen beruhte, konnte durch direkte Verhandlung des Senatspräsidenten Greiser mit dem polnischen Vertreter in Danzig, Minister Papée (22. Juli), eine Klärung erzielt werden, wobei letzterer das Desinteressement seines Landes an der innenpolitischen Ausrichtung in Danzig aussprach.

Die Folgerungen des Freundschaftsabkommens mit Oesterreich

Am gleichen Tage zog in Oesterreich die Regierung die erste Konsequenz aus dem Abkommen vom 11. Juli (siehe 8. Abschnitt): Durch eine Amnestie wurden etwa 10000 Häftlinge, zum allergrößten Teil wegen „nationalsozialistischer Betätigung" Bestrafte, in Freiheit gesetzt. Pressevereinbarungen ermöglichten die Wiederzulassung verschiedener reichsdeutscher Zeitungen in Oesterreich und umgekehrt. Und die Landesleitung Oesterreich der österreichischen NSDAP. verbreitete unter der Ueberschrift „Achtet des Führers Pakt!" einen Aufruf, in dem es u. a. hieß:

> „Wir Nationalsozialisten Oesterreichs haben den Führer verstanden. Wir werden in unerhörter Disziplin uns einfügen in die Linie, die er geschaffen hat, und dabei gerne unsere Wünsche zurückstellen gegenüber den Interessen des ganzen deutschen Volkes. Wir wollen darüber hinaus dem großen Friedenswerk des Führers ein Hüter sein. Wir werden den Vertrag, den er schloß, Punkt um Punkt genauestens befolgen, werden aber ebensolches vom Gegner verlangen."

Aus Anlaß des erfolgreichen Abschlusses der „fast zweijährigen Arbeit zur Erreichung dieses von uns allen angestrebten Zieles" ernannte der Führer und Reichskanzler am 24. Juli Herrn von Papen zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in besonderer Mission. Bereits am 27. Juli begannen in Berlin deutsch-österreichische Wirtschaftsbesprechungen, die am 12. August zur Paraphierung von Vereinbarungen über den Waren-, den Reise- und den kleinen Grenzverkehr führten. Vor allem wurde die Aufhebung der 1000-Mark-Sperre (siehe Band 1933, Seite 178) und der entsprechenden Beschränkungen für die Ausreise

in das Reich angekündigt. Das „Gesetz über den Reiseverkehr mit Oesterreich" vom 24. August und das Reiseverkehrsabkommen, sowie Abkommen über den Zahlungsverkehr und Paßerleichterungen im kleinen Grenzverkehr vom gleichen Tage brachten dann die Verwirklichung lang gehegter Hoffnungen. Wie bedeutsam das Abkommen vom 11. Juli in wirtschaftlicher Beziehung für Oesterreich war, erhellte aus den Worten des Holländers Rost von Tonningen, der Anfang August in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, um Abberufung von seinem Posten (Finanzkontrolle des Völkerbundes) bat, weil „das deutsch-österreichische Uebereinkommen alle Voraussetzungen dazu bietet, um eine weitgehende Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse Oesterreichs sicherzustellen", und da „mit dem Zustandekommen dieser Uebereinkunft auch der letzte Grund zur Finanzkontrolle in Oesterreich entfällt" (sie wurde am 25. September aufgehoben).

Locarno-Dreierkonferenz in London

Die in London angesetzte Locarno-Dreierkonferenz konnte ihre „vorbereitenden Arbeiten" an einem Tage (23. Juli) erledigen. In einer amtlichen Verlautbarung, die der deutschen und italienischen Regierung mitgeteilt wurde, heißt es unter Punkt 3:

> „Die drei Regierungen sind... der Ansicht, daß Schritte unternommen werden sollen, um eine Zusammenkunft der fünf Locarnomächte zu erzielen..."

Zu diesem Zweck soll mit der deutschen und der italienischen Regierung in Verbindung getreten werden. — In Rom zeigte man starke Zurückhaltung, begrüßte dafür um so dankbarer den Entschluß der Reichsregierung vom 24. Juli, die deutsche Gesandtschaft in Addis Abeba in ein Generalkonsulat umzuwandeln. Zahlreiche hohe italienische Gäste weilten im Sommer in Deutschland, so die Minister Rossoni, Thaon di Revel und Alfieri, die Tochter Mussolinis, Gräfin Ciano, und vor allem der italienische Kronprinz Umberto, der (wie z. B. auch Prinz Paul von Griechenland und König Boris von Bulgarien) anläßlich der Olympischen Spiele in Berlin weilte. U. a. statteten auch 500 italienische Studenten der Reichshauptstadt einen Besuch ab, wo sie während ihres Aufenthalts von der Reichsjugendführung betreut wurden.

Deutsches Generalkonsulat in Addis Abeba

Italienische Besuche in Deutschland

England und die deutschen Kolonialwünsche

Der olympische Geist schien auch auf London abgefärbt zu haben, denn in der Unterhausdebatte vom 27. Juli legte Eden — sekundiert von Lloyd George — zum ersten Male eine verständnisvolle Einstellung zu den deutschen Kolonialwünschen an den Tag. Er hatte im übrigen die Genugtuung, am 1. August von der Zustimmung Deutschlands und Italiens zu der geplanten Fünfer-

konferenz unterrichtet zu werden. Die am 11. August erfolgte Ernennung von Ribbentrops zum deutschen Botschafter in London wurde von der englischen Presse mit Sympathie begrüßt und in ihr ein gutes Omen für die deutsch-englische Zusammenarbeit gesehen.

von Ribbentrop deutscher Botschafter in London

Das Ausland zu den Olympischen Spielen in Berlin

Nicht nur in England war man über die Organisation und den Geist der XI. Olympischen Spiele in Berlin (siehe 12. Abschnitt) begeistert. Ueberall in der Welt, wo Augenzeugenberichte von dem deutschen Fest des Friedens in den Zeitungen erschienen, da sprach aus ihnen die ehrliche Begeisterung. Es war ein Sieg des nationalsozialistischen Deutschlands über die Herzen aller objektiv und gerecht Denkenden, der die Gegenseite nicht schlafen ließ. So wurde in Amsterdam eine Hetzausstellung „Die Olympiade unter Diktatur“ aufgezogen, in Genf der „Erste jüdische Weltkongreß“ abgehalten, in Spanien ein blutiger Kampf auf Biegen und Brechen um ein neues Bollwerk der kulturzerstörenden Weltrevolution geführt.

Erster jüdischer Weltkongreß in Genf

„Ich hasse den Krieg!“ rief Roosevelt, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, am 14. August bei einer außenpolitischen Rede aus, — während in Spanien die schrecklichste Art des Krieges — der Bürgerkrieg — tobte. Ein ebenso geheimnisvolles wie geschäftiges Treiben machte sich an den Grenzen, an den Pyrenäen, in den französischen Mittelmeerhäfen und auf Flugzeugplätzen bemerkbar. Truppen-, Waffen- und Munitionstransporte gingen aus verschiedenen Ländern der spanischen „Regierung“ zu — jener Regierung, die sehr bald nur noch von Moskau ihre Befehle empfing.

Waffenlieferungen zum spanischen Bürgerkrieg

Deutschlands Sorge für seine Reichsangehörigen in Spanien

Deutschland trug zunächst Sorge dafür, daß die deutschen Reichsangehörigen in Spanien vor dem Schlimmsten bewahrt blieben. Zu ihrem Schutz stellte die Reichsmarine mehrere Kriegsschiffe zur Verfügung. In Gemeinschaftsarbeit mit anderen Dampfern, auch ausländischen — besonders Italien lieh bei der Hilfeleistung seine volle Unterstützung —, wurden viele Tausende deutscher Volksgenossen in die Heimat gebracht. Um der Not dieser unglücklichen Flüchtlinge zu steuern, die unverschuldet ihr Hab und Gut und ihre Existenz verloren hatten, bildete die Auslandsorganisation der NSDAP. einen „Hilfsausschuß für Spaniendeutsche“, in dessen Hilfsfonds die Spenden des deutschen Volkes — als erste die des Führers — für die aus Spanien geflüchteten Brüder und Schwestern flossen.

Die „Nichteinmischung“

Am 17. August fragte die französische Regierung (deren Bemühungen um die Nichteinmischung in merkwürdigem Gegensatz zu den Reden

ihrer Minister und den Taten ihrer „Volksfront" stand) in Berlin an, ob Deutschland zu einer Neutralitätsvereinbarung gegenüber Spanien bereit sei. Die Reichsregierung sagte unter bestimmten Bedingungen zu.

Der „Kamerun-Zwischenfall"

Drei Tage später erregte der „Kamerun-Zwischenfall" in Deutschland gerechte Empörung. Der deutsche Dampfer „Kamerun", der zum Abtransport von Flüchtlingen bestimmt war, war von einem Kreuzer und einem U-Boot der spanischen roten „Regierung" am 19. August durch Schüsse zum Stoppen veranlaßt, durchsucht und dann zum Aendern seines Kurses gezwungen worden. Die Reichsregierung legte in Madrid schärfsten Protest gegen das völkerrechtswidrige Verhalten ein und ließ keinen Zweifel darüber offen, daß die deutschen Kriegsschiffe künftig deutsche Handelsschiffe mit allen Mitteln schützen würden.

Am 22. August teilte das DNB. mit:

> „Der deutsche Botschafter in Moskau und der deutsche Geschäftsträger in Madrid haben bei den diesbezüglichen Regierungen wegen der verhetzenden und verleumderischen Propaganda der Rundfunksender gegen Deutsche aufs schärfste protestiert."

Kommunistische Radauszenen gegen die „Bremen"

Am gleichen Tage kam aus New York die Meldung von neuerlichen kommunistischen Radauszenen bei der Abfahrt des Dampfers „Bremen". Die Bolschewisten der ganzen Welt schienen wie auf Verabredung eine neue Kampagne gegen das nationalsozialistische Deutschland zu eröffnen. — Am 24. August kündigte Deutschland das Waffenembargo gegenüber Spanien an, in der Erwartung, daß auch die übrigen beteiligten Regierungen sich ihrerseits sofort zu diesem Schritt entschließen würden, um eine weitere Steigerung des Blutvergießens, das durch ständige Waffenlieferungen bewirkt wurde, zu verhindern. —

Ankündigung eines deutschen Waffenembargos gegenüber Spanien

von Horthy beim Führer

Schalten wir an dieser Stelle schnell ein, daß am 22. August der ungarische Reichsverweser, von Horthy, dem Führer und Reichskanzler in Berchtesgaden einen privaten Besuch abstattete — und daß diese Tatsache wieder einmal zu wilden Gerüchten vor allem in der Pariser Presse Veranlassung gab.

Chauvinismus und Verständigungswille

Stellen wir dann noch gegenüber: eine Haßdemonstration in Belgien, die Enthüllung des Denkmals von Dinant mit der Inschrift „Furore teutonico" (zur Erinnerung an die „abgeschnittenen Kinderhände") — und die Schlußworte aus einer Rede, die de Brinon, ein französischer Pionier der Verständigung mit Deutschland, nach dem Abschluß der Olympischen Spiele in Berlin hielt:

> „... Niemals wird man unser Volk glauben machen können, daß es sich in das Lager der Gegner Deutschlands schlagen muß, um stark, frei und glücklich zu sein."

Der Gegner in Moskau

Der Gegner Deutschlands aber war Moskau, das durch seine gigantischen Rüstungen eine ständige furchtbare Bedrohung Mitteleuropas darstellt, — eine Bedrohung, die besonderes Gewicht durch die Beistandsverträge mit Frankreich und der Tschechoslowakei erhielt. Angesichts der Zustände in Spanien, die als abschreckendes Beispiel der ganzen Welt das wahre Gesicht der Moskauer „Friedensapostel" zeigten, und um allen Eventualitäten vorzubeugen, verfügte Adolf Hitler am 24. August mit folgendem Erlaß die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht:

„Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht"

„Zum § 8 des Wehrgesetzes vom 21. 5. 1935 (RGBl. I S. 609) verordne ich unter Aufhebung meines Erlasses vom 22. 5. 1935 (RGBl. I S. 614):

Die Dauer der aktiven Dienstpflicht bei den drei Wehrmachtsteilen wird einheitlich auf zwei Jahre festgesetzt.

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht erläßt die erforderlichen Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen.

Berchtesgaden, den 24. August 1936.

Adolf Hitler
von Blomberg."

Die Ausführungsbestimmungen des Reichskriegsministers hatten folgenden Wortlaut:

„I. Zum allgemeinen Entlassungstag Herbst 1936 werden nach einjährigem aktiven Wehrdienst entlassen:

a) Die Freiwilligen des Geburtsjahrganges 1913 und älterer Geburtsjahrgänge,

b) die in Ostpreußen zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht herangezogenen Wehrpflichtigen des Geburtsjahrganges 1910,

soweit sie sich nicht freiwillig auf ein zweites Jahr verpflichten wollen oder schon für eine längere Dienstzeit verpflichtet sind. Für sie gilt die aktive Dienstpflicht im Sinne des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 mit einem Jahr aktiven Wehrdienstes als erfüllt.

II. Es bleiben vom Herbst 1936 an zur Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht ein zweites Jahr im aktiven Wehrdienst:

Die im Herbst 1935 eingestellten Wehrpflichtigen des Geburtsjahrgangs 1914 und jüngerer Geburtsjahrgänge, die zur Zeit ihre aktive Dienstpflicht erfüllen, einschließlich der Freiwilligen dieser Geburtsjahrgänge.

III. Die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile erlassen die hierzu noch erforderlichen Zusatzbestimmungen."

Deutschland hatte somit einen weiteren notwendigen Schritt zur Sicherung seiner Freiheit und seines Lebens getan. Und da man an die „deutschen Ueberraschungen" langsam gewöhnt war, legte sich auch die Aufregung in den ausländischen Redaktionsstuben schnell....

Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht in Paris

Jedenfalls bereitete man dem Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht am 25. August in Paris (wohin er sich zu Wirtschaftsbesprechungen und in Erwiderung des Besuchs, den der Gouverneur der Bank von Frankreich, Labeyrie, drei Wochen vorher in Berlin Dr. Schacht abgestattet hatte, begab) einen durchaus

freundlichen Empfang. Vor seiner Rückkehr (am 28. August) nahm der Reichsbankpräsident Gelegenheit, mit dem französischen Ministerpräsidenten Léon Blum und anderen Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens zusammenzutreffen. Dies war seit fünf Jahren wieder der erste offizielle deutsche Ministerbesuch in der französischen Hauptstadt.

Britische Sorgen

Am 26. August erreichte das britische Empire durch den Kompromißvertrag mit Aegypten, daß wenigstens eine der englischen Sorgen fürs erste beseitigt war; — 24 Stunden später erklärte Mussolini in Potenza:

„Die Völker mit den leeren Wiegen können ein Imperium nicht erobern. Sollten sie aber ein Imperium besitzen, so wird der Tag kommen, an dem es für sie — vielleicht — äußerst schwer sein wird, es zu erhalten oder zu verteidigen. Anrecht auf das Imperium haben die fruchtbaren Völker, jene Völker, die den Stolz und den Willen haben, ihre Rasse über den Erdkreis auszubreiten: die männlichen Völker im strengsten, buchstäblichen Sinne des Wortes."

Deutschland und Italien gegen den Bolschewismus

Nicht nur in der Bevölkerungspolitik gehen Deutschland und Italien den gleichen Weg — sie führen auch gemeinsam den Abwehrkampf gegen den Bolschewismus. „Es wird der Tag kommen", erklärte Dr. Goebbels gegenüber dem Korrespondenten des „Corriere della Sera" bei seinem Aufenthalt in Venedig Ende August,

„an dem alle zugeben müssen, daß Deutschland und Italien Europa gerettet haben. Der Kommunismus bedeutet Krieg und inneren Aufruhr, der auch die Grenzen überfluten kann. Unsere Regionen sind der Frieden, die innere Ordnung, die den Frieden auch an den Grenzen wahrt."

Die Entwicklung in Spanien

Ein Blick nach Spanien bestätigte die Worte des Reichspropagandaministers über die kommunistische Gefahr. Da die sogenannte „Regierung" der Marxisten in Madrid einfach nicht mehr in der Lage war, die diplomatischen Vertretungen gegen den roten Terror zu schützen, sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, ihre Botschaft von Madrid nach der Küstenstadt Alicante zu verlegen, was am 31. August amtlich mitgeteilt wurde. Im Morgengrauen des 4. September gelang den nationalspanischen Truppen nach erbitterten Straßenkämpfen die Einnahme der Grenzstadt Irun, einen Tag danach übernahm der Marxist Largo Caballero in Madrid die Regierung. — Die französische Regierung kam immer mehr in die Zwickmühle zwischen ihrer angeblichen Absicht zur Neutralität und den stürmischen Volksfrontforderungen „zur Unterstützung der für die Freiheit kämpfenden Genossen in Spanien".

Einen schweren Verlust erlitt sie auch mit der Ausbootung des „ewigen Außenministers" Titulescu aus dem rumänischen Kabinett

(30. August), denn neben Dr. Benesch war er der unentwegteste Verfechter der französischen Politik im Donau- und Balkanraum.

Tschechei gegen deutsches Volkstum

„Freiheit", „Menschenrecht", „Demokratie" — das blieben in der Tschechoslowakei Schlagworte, während in der Praxis die Entrechtung des größeren Teiles der Staatsbürger — nämlich der slowakischen, deutschen, ungarischen, russischen, polnischen „Minderheiten", die über 60 % der gesamten Staatsbevölkerung ausmachen — einen festen Bestandteil ihrer Staatskunst bildet. Die Not der Sudetendeutschen mahnt das Weltgewissen am deutlichsten an die Zustände in diesem tschechischen Staatengebilde; nicht geringer ist aber die Not z. B. im Hultschiner Ländchen, dem einst reichsdeutschen Gebiet, wo bei Schulbeginn (Anfang September) für 1500 deutsche Kinder die Pforten deutscher Schulen gesperrt blieben; sie sollten zum Besuch der tschechischen Schulen gezwungen werden!

Das Auslandsdeutschtum

An diesem einen Beispiel von hunderten erkennt man die Wichtigkeit einer stets lebendigen Verbindung zwischen der Heimat und den in aller Welt verstreuten auslandsdeutschen Teilen des deutschen Volkes, das ja in Wahrheit nicht ein 65-, sondern ein 100-Millionen-Volk ist. Ueber die Aufgaben, die zur Erhaltung der Verbindung zwischen drinnen und draußen zu erfüllen sind, hatte Dr. Frick in seiner Rede auf der Pfingsttagung des VDA. (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) in Mainz 1934 (siehe Band 1934, Seite 202) grundsätzliche Erklärungen abgegeben. Auf der Tagung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart (26. August), verbunden mit der Eröffnung der neuen symbolischen Heimstätte aller Auslandsdeutschen, des „Ehrenmals der deutschen Leistung im Ausland", wurde das Band zum Deutschtum in aller Welt verstärkt. Reichsleiter Rosenberg gab in seiner Rede der Ueberzeugung Ausdruck,

> „daß die Millionen Deutschen in den verschiedenen Ländern zu den stärksten Faktoren eines kulturellen und wirtschaftlichen Aufbaus gehören, und daß sie damit zugleich auch politische Stützen für alle jene Völker und Staaten bedeuten, die um ihr eigenes Recht, um ihre eigene Kultur und um ihre selbständige politische Entwicklung kämpfen müssen".
>
> „... Und weil wir im Deutschtum des Auslands loyale Bürger anderer Staaten sehen, so glauben wir, daß sie im Dienst der aufbauenden kulturellen Ideen zugleich dem Aufbau der Welt dienen."

So unerfreulich das Verhältnis Polens zu unseren auslandsdeutschen Brüdern in seinem Staate war (Anfang September wurde die zweite, bald darauf die dritte deutsche Minderheitenschule in Kattowitz aufgelöst), so erfreulich war die Tatsache, daß am 31. August ein deutsch-polnisches Abkommen über die Regelung des Durchgangsverkehrs von und nach Ostpreußen zustande kam,

Deutsch-polnisches Abkommen über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen

das den (durch den polnischen Schritt Anfang Februar — siehe 3. Abschnitt — hervorgerufenen) unhaltbaren Zustand beendete. — Am 6. September wurde in Paris ein Abkommen zwischen Frankreich und Polen „zur Neubelebung der Beziehungen“ (Hauptzweck war die Erlangung französischer Anleihen) paraphiert. —

Der französische Handelsminister Bastid bei Dr. Schacht

Der kurze Aufenthalt des französischen Handelsministers Bastid bei Dr. Schacht in Berlin (15. September) stellte die Fortsetzung der bei den Pariser Besprechungen Dr. Schachts eingeschlagenen Linie dar, während der Besuch des greisen englischen Staatsmannes Lloyd George bei Adolf Hitler (4. September) der persönlichen Sympathie entsprang, die der ehemalige Ministerpräsident für das neue Deutschland empfand; nach seiner Rückkehr nach England legte er öffentlich Zeugnis ab von seiner Bewunderung über das auf seiner Deutschlandreise Gesehene.

Lloyd George beim Führer

Zusammentritt des „Nichteinmischungsausschusses“

Am 10. September trat erstmalig in London der Nichteinmischungs-Ausschuß (betr. den Bürgerkrieg in Spanien) zusammen. Er erledigte Vorbereitungsarbeiten und vertagte sich dann nach 1½ Stunden. In der amtlichen Verlautbarung heißt es abschließend:

> „Der Ausschuß drückte den Wunsch aus, sobald wie möglich wieder zusammenzutreten. Dementsprechend wird der Vorsitzende eine zweite Sitzung einberufen, sobald nach seiner Meinung genügend Material für diesen Zweck eingegangen ist.“

Der Kampf in Spanien

Unterdes nahm der Krieg in Spanien seinen Fortgang. San Sebastian fiel fast kampflos in die Hände der Nationalisten (13. September), dagegen entbrannte um Toledo ein erbitterter Kampf, da dort die todesmutigen Verteidiger des Alkazars wochenlang gegen die erdrückende Uebermacht der Roten Widerstand leisteten und auf Entsatz warteten. Endlich — am 27. September — gelang ihre Befreiung. Halb verhungert und stark dezimiert kamen sie aus den Trümmern des zur Hälfte zersprengten Alkazars hervor.

Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, richtete im Auftrage der NSDAP. ein Glückwunschtelegramm an die Verteidiger und Befreier des Alkazar!

Alkazar und Toledo sind seither auch für das deutsche Volk Begriffe für höchste Tapferkeit und zu jedem Opfer bereite Vaterlandsliebe geworden, wie überhaupt die Anteilnahme Deutschlands an dem tragischen Geschick des spanischen Volkes sehr groß war. Der Chef des nationalen Verteidigungsausschusses in Burgos, General Cabanellas, richtete daher am 16. September folgende Botschaft (durch den Sonderberichterstatter des DNB.) an das deutsche Volk:

> „Sagen Sie bitte in Deutschland, daß der Vorsitzende des nationalen Verteidigungsausschusses Spaniens in Burgos, General Cabanellas,

dem deutschen Volke in diesem Augenblick sein Wort darauf gibt, daß Spanien — möge kommen, was wolle — niemals die freundschaftliche Zuneigung und die moralische Unterstützung, die Deutschland meinem Vaterlande in diesem Kampf gegen den zersetzenden Geist des Kommunismus und Anarchismus entgegenbringt, vergessen kann und vergessen wird.

Deutschland hat vom ersten Augenblick an im Bewußtsein seiner eigenen geschichtlichen Aufgabe begriffen, was unsere Anstrengung gegen den Ansturm des Kommunismus und Marxismus bedeutet. Die göttliche Vorsehung hat Spanien in allen kritischen Augenblicken der Geschichte immer wieder eine entscheidende Rolle zugedacht, besonders dann, wenn es sich darum handelte, Europa vor den Invasionen der Barbaren zu schützen. So ist es jetzt wieder beim Versuch Moskaus, sich die Welt zum Sklaven zu machen.

Ihr Führer und Ihr Volk halten die Wacht nach Osten. Wir wollen sie im Westen halten, wo sie nicht weniger wichtig erscheint in diesem für Europas Zukunft entscheidenden Augenblick."

Bezeichnend für die Zustände in Madrid war der Ueberfall roter Milizen auf das Heim der Deutschen Arbeitsfront und die Deutsche Schule in Madrid, wobei verschiedene Akten von ihnen gestohlen wurden. —

Verlobung der holländischen Kronprinzessin mit einem deutschen Prinzen

Die Nachricht von der Verlobung der holländischen Kronprinzessin Juliane mit dem deutschen Prinzen Bernhard Leopold zur Lippe-Biesterfeld (8. September) löste insofern allgemeine Freude in Deutschland aus, als durch sie das alte Band der engeren Blutsverwandtschaft zwischen beiden Nationen bestätigt wurde.

Deutsche Ministerbesuche in Italien, Ungarn und Griechenland

Die freundschaftlichen Bindungen Deutschlands zu Italien, Ungarn und Griechenland wurden unterstrichen durch Besuche deutscher Minister in diesen Ländern. Dr. Frank stattete zum zweiten Male der Stadt Rom einen Besuch ab, während Freiherr von Neurath einen kurzen Erholungsurlaub in Budapest verbrachte (19. bis 24. September) und Dr. Goebbels bei dem Volk der Griechen zu Gast war (20. bis 28. September).

Tschechische Assimilation

Bevor wir unser Augenmerk nun wieder auf die Vorgänge in Genf richten, wollen wir die Enthüllungen der „Narodni Politika", einer rechtsstehenden tschechischen Zeitung, über die „natürliche Assimilation" festhalten, die sie in einem Artikel Mitte September machte. Danach würde durch diesen Assimilationsprozeß bis zum Jahre 1970 die Zahl der Tschechen und Slowaken (die Vermengung von Tschechen und Slowaken gehört zu dem verlogenen Sprachgebrauch der ersteren) auf 13 Millionen gestiegen, die der Minderheiten entsprechend gesunken sein. Es würden dann nur noch 2,8 Millionen Deutsche da sein. Soweit „Narodni Politika". Man wird dafür sorgen müssen, daß diese furchtbare Voraussage, deren Verwirklichung die gegenwärtige Prager Innenpolitik dient, sich nicht erfüllt.

Völkerbund und Abessinien

Die Arbeit des Völkerbundes begann mit einem neuen Narrenstreich. Durch die dort übliche Methode des „Auf-die-lange-Bank-Schiebens“ (Ueberweisung an das Haager Schiedsgericht) wurde es möglich, daß der Exnegus einen Vertreter seines nicht mehr bestehenden Kaiserreiches zur Teilnahme an den Verhandlungen beordern konnte. Italien zog selbstverständlich die Konsequenzen und blieb fern. Spiritus rektor war natürlich Litwinow, der im übrigen selbst das Wort zu einer unverschämten Anklagerede gegen Deutschland ergriff. Der englische Außenminister Eden entwickelte Pläne zur Völkerbundsreform. Am 25. September nahm der Völkerbundsrat den Bericht des polnischen Außenministers Beck über den Zwischenfall anläßlich des deutschen Kriegsschiffbesuchs in Danzig an (der damit erledigt war) und sprach dem Völkerbundskommissar in Danzig, Lester, sein Vertrauen aus, was freilich nicht hinderte, daß Herr Lester am 30. September — zunächst zwar mangels eines Nachfolgers nur „grundsätzlich“ — von seinem Posten abberufen wurde. Mit Befriedigung nahm man davon in der Freien Stadt Danzig Kenntnis. Und auf dem Gauparteitag der NSDAP. in Danzig erklärte Gauleiter Forster am 4. Oktober u. a.:

Nochmals die „Danziger Frage“

Die Stellungnahme Danzigs

„Die eigentliche Aufgabe des Völkerbundskommissars, Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen zu schlichten, ist überflüssig geworden, da aufkommende Gegensätze zwischen den beiden Vertragspartnern in direkter Aussprache aus der Welt geschafft werden. Die Danziger Verfassung kann kein Selbstzweck sein, sondern ist gemacht worden, um das Zusammenleben der Volksgenossen zu regeln, und somit das Volk in die rechte Verfassung zu bringen. Es kann deshalb nicht sein, daß eine Verfassung, die sich dem wandlungsfähigen Leben des Volkes anpassen soll, für alle Zeiten unabänderlich bleibt.“

Noch deutlicher formulierte Senatspräsident Greiser die Erwartungen der Danziger Bevölkerung mit den Worten:

„Die Danziger Bevölkerung wird erst dann wieder das Wort Genf ohne üblen Beigeschmack empfinden, wenn der Völkerbund sich zu einer Tat aufrafft. Diese könnte nach dem Wunsch der Danziger Bevölkerung nur darin bestehen, den Beschluß zu fassen, überhaupt keinen Hohen Kommissar mehr zu schicken.“

Danziger Kampf gegen den Marxismus

Der Kampf gegen die marxistische Zersetzung wurde im nationalsozialistischen Danzig kompromißlos weitergeführt. Nachdem am 23. September vom Obergericht das Verbot der Kommunistischen Partei und die Auflösung der roten Gewerkschaften bestätigt worden waren, zwangen umfangreiche Waffenfunde bei sozialdemokratischen Funktionären und die Tatsache, daß die SPD. zum Sammelbecken für Mitglieder der verbotenen kommunistischen Organisationen wurde, am 14. Oktober zur Auflösung der Sozialdemokratischen Partei in Danzig. —

Memelgebiet In Litauen wurden am 13. Oktober von der Appellationskammer in Kowno 10 Memelländer wegen Schlägereien bei der Wahl zum Memellandtag (29. September 1935) zu Gefängnisstrafen verurteilt. Am 15. Oktober wurde an Stelle des bisherigen Gouverneurs für das Memelgebiet, **Kurkauskas**, der Litauer **Kubilius** bestimmt. —

Die Abwertung Die Welt wurde am Morgen des 26. September durch eine gleichlautende Erklärung der Regierungen von **England**, den **Vereinigten Staaten von Amerika** und **Frankreich** überrascht, nach der die **Währungsangleichung** zwischen London, Washington und Paris angestrebt wurde. Zu deutsch: Die Volksfrontregierung **Blum** griff zur **Frankenabwertung**. Im Verfolg dieser Maßnahmen sahen sich bald auch andere Länder zur Abwertung ihrer Währung gezwungen, so **Holland**, die **Schweiz**, **Italien**, die **Tschechoslowakei**. **Deutschland hielt dagegen am Stande der Reichsmark fest** und beteiligte sich **nicht** an dieser Abwertung. Reichsbankpräsident Dr. **Schacht** gab am 1. Oktober vor dem Zentralausschuß der Deutschen Reichsbank im Zusammenhang mit dieser Abwertungswelle eine Erklärung über die deutsche Stellungnahme ab, aus der wir die entscheidenden Sätze zitieren:

„Wenn gelegentlich auch von deutschen Interessenten der Wunsch nach einer **Abwertung der Reichsmark** laut wird, so möchte ich das Gewicht der Gründe hierfür nicht dadurch übertreiben, daß ich gegen sie im einzelnen polemisiere. Ich möchte für Deutschland vielmehr nur eines sagen, daß das **Devisenbewirtschaftungssystem**, dessen Unbequemlichkeiten und Mängel wir jederzeit anerkannt haben, **durch keine bloße Abwertung überflüssig gemacht werden könnte**. Die schwere aus dem Versailler Unrecht entstandene Schuldenlast und die Schwierigkeiten unserer Rohstoffbeschaffung zwingen zu ihm. Erst deren Milderung wird die deutsche Devisenkontrolle entbehrlich machen. An der Lösung dieser Frage aber hängt **nicht nur das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands, sondern auch aller der Länder**, die an einem aufnahmefähigen Markt von 70 Millionen Menschen **interessiert sind**.

Wir sind uns völlig bewußt, daß die gegenwärtige internationale Währungslage uns schwere Opfer auferlegt. Aber kein Druck wird **die Reichsregierung veranlassen, etwas zu tun, was gegen die Interessen ihres eigenen Volkes und Landes ist**.

Dagegen wird die **Reichsregierung jederzeit bereit sein**, an zweckdienlichen internationalen Verhandlungen teilzunehmen, die unter selbstverständlicher, auch in der Währungserklärung der drei Mächte betonter Wahrung der nationalen Interessen einem freien internationalen Wirtschafts- und Zahlungsverkehr zustreben." —

Gömbös † Zu den großen Toten des Jahres 1936 gehört auch Julius von **Gömbös**, der am 6. Oktober in einem Münchener Sanatorium, wo er Heilung von seinem schweren Leiden gesucht hatte, starb. Mit der **ungarischen** Nation trauerte Deutschland um den verstorbenen Ministerpräsidenten, den Politiker und den Menschen, dessen Tod in

dem zerrissenen Europa eine fühlbare Lücke hinterließ. Der Führer nahm an der Trauerfeier in München teil. Die NSK. vom 6. Oktober schrieb zum Gedächtnis des ungarischen Ministerpräsidenten:

„... Er war der erste Regierungschef einer ausländischen Macht, der, wenn auch inoffiziell, dem Führer einen Besuch abstattete. Im Herbst vorigen Jahres weilte er abermals im Reich und traf sich mit Adolf Hitler.

Hier saßen keine Diplomaten zusammen, die Bündnisse oder Pakte gegen andere schmiedeten, sondern nationale Staatsmänner, denen das Lebensrecht ihrer Völker am Herzen liegt, Politiker, die die Verwirklichung eines wahren europäischen Friedens nur unter der Voraussetzung gegenseitiger Ehre und Unabhängigkeit für möglich halten.

So einer war Gömbös.

Vor einem solchen neigen sich auch die deutschen Fahnen." —

Während in Genf Polen Wünsche nach Rohstoffen und Siedlungsgebieten (bzgl. der jüdischen Auswanderung) anmeldete und vom Völkerbundsrat den ehrenvollen Auftrag erhielt, Mittel zur Beseitigung der Danziger „Obstruktion" gegen den Völkerbundskommissar zu suchen, während am 7. Oktober von der Pressestelle der Sudetendeutschen Partei die Bildung eines Führungsrates der SDP. gemeldet wurde und aus Oesterreich die Nachricht von der Auflösung sämtlicher Wehrverbände bei Ueberführung der Mitglieder in die Frontmiliz kam, tagte in London der Nichteinmischungsausschuß in den spanischen Angelegenheiten, der sich mit einer Entschließung Sowjetrußlands zu befassen hatte — der Drohung nämlich, sich von allen Nichteinmischungsverpflichtungen entbunden zu fühlen, falls nicht augenblicklich Maßnahmen gegen die Verletzung des Abkommens durch Deutschland, Italien und Portugal ergriffen würden! Es kam zu erregten Auftritten, und man war sich in London einig, daß Litwinows Vorgehen einen glatten Bruch des Uebereinkommens darstellte, zumal er entgegen den Vereinbarungen seine Protestnote veröffentlicht hatte. Deutschland legte seinerseits Protest gegen die sowjetrussischen Anklagen ein und ließ durch seinen Geschäftsträger die Beschuldigungen, Deutschland habe das Nichteinmischungsübereinkommen verletzt, zurückweisen. Die entsprechende Antwort erhielt Litwinow dann von dem italienischen Botschafter Grandi, der in der Sitzung vom 9. Oktober dem Ausschuß ein langes Sündenregister über sowjetrussische Einmischungen in Spanien vorlas.

Spanien und der Nichteinmischungsausschuß

Deutscher und italienischer Protest gegen bolschewistische Unverschämtheiten

Der Hauptheßer für die Unterstützung der „spanischen Brüder" war in Frankreich der Kommunistenführer Thorez, der sich bei einer Rede in Straßburg (11. Oktober) in den unflätigsten Beschimpfungen gegen den Führer und gegen das nationalsozialistische Deutschland erging. Die Reichsregierung ließ bei der französischen Regierung

Die Hetze des französischen Kommunistenführers Thorez

Verwahrung einlegen, und der Quai d'Orsay „bedauerte“ den Vorfall, ohne sich offiziell zu entschuldigen. „Aber wir wollen“, so erklärte Reichsleiter Rosenberg in seiner Rede über den Weltbolschewismus (25. Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes am 15. Oktober), „das französische Volk nicht mit dem Thorez verwechseln, der heute im Auftrage einer fremden Macht gegen Deutschland hetzt“.

Belgische Unabhängigkeitserklärung

Leider fühlte sich auch der belgische Transportminister Jasper veranlaßt, auf einer Wählerversammlung in Brüssel verlogene Behauptungen über Deutschland zu verbreiten. Zwei Tage später eröffnete sein König den Ministerrat vom 14. Oktober mit einer höchst bedeutsamen Ansprache. König Leopold proklamierte in eindeutigen Worten Belgiens Unabhängigkeit. Dies war eine Absage an die gefährliche Moskaupolitik Frankreichs, das Mißtrauen in den „unteilbaren Frieden“. In Paris war man peinlich überrascht, in London unangenehm berührt von der Königserklärung. Deutschland aber hatte volles Verständnis für diese von der Furcht vor dem Weltbolschewismus und der Liebe zum Frieden diktierten mutigen Rede des belgischen Monarchen.

12. Abschnitt:

Olympische Spiele 1936

Am 1. August 1936 eröffnete Adolf Hitler die Olympischen Spiele 1936 in Berlin und damit die XI. Olympiade. Die Vorbereitungen der letzten Jahre (siehe Band 1933, Seite 221 bis 222, Band 1934, Seite 285 bis 286, Band 1935, Seite 228, 339 bis 340) waren abgeschlossen, und die deutsche Reichshauptstadt rüstete zum Empfang der sportlichen Jugend der Welt und zum Empfang der zahlreichen sonstigen ausländischen Gäste, die dieses große Ereignis nach Berlin führen mußte. —

Deutschland hatte die stolze Verpflichtung der Ausrichtung des nächsten „Festes der Jugend" übernommen, mit dem die vierjährige Spanne der neuen Olympiade begann.

Neujahrsaufruf zum Olympiajahr 1936

> „Möge das neue Jahr, das erste der XI. Olympiade, einen guten Verlauf der olympischen Wettkämpfe und Festlichkeiten und damit die Erfüllung des Wünschens und Sehnens bringen, das wir für die deutsche Jugend, wie für die Jugend aller teilnehmenden Länder, diese stolze Hoffnung der Menschheit, hegen.
>
> Glückauf das Olympia-Jahr 1936!"

— so schloß der Neujahrsaufruf, den Dr. Lewald, Präsident des Organisationskommitees für die XI. Olympiade, und Reichssportführer von Tschammer und Osten als Präsident des Deutschen Olympischen Ausschusses an die Welt gerichtet hatten.

Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen

Nach jahrelanger unermüdlicher Vorbereitungsarbeit galt es also nun, sich fertigzumachen für den Empfang der Besucher aus aller Welt, galt es, ihnen allen, die sie kamen aus Amerika, aus Asien, aus Afrika, aus Australien, aus allen Ländern unseres Kontinents, das neue Deutschland zu zeigen, wie es wirklich ist, und sie durch die gewaltige Demonstration der Olympischen Idee nicht nur in ihrem Willen zum Frieden, sondern auch in der Ueberzeugung zu stärken, daß das nationalsozialistische Deutschland aus tief innerstem Glauben an einen ehrenhaften, kameradschaftlichen Völkerfrieden die Rolle des Veranstalters der festlichen Wochen wahrnahm. Die Rolle des Gastgebers war für Deutschland nicht eine reine Formsache. Das ganze deutsche Volk fühlte eine tiefe Verpflichtung; es wollte der Welt zeigen, daß es der Aufgabe würdig war, den olympischen Gedanken in reinster

Form zu entwickeln. Eine Organisation, wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen hatte, und eine makellose sportliche Auffassung sollten den Sieg dieses olympischen Gedankens über das wilde Kriegsgeschrei einer vergifteten Welt und zugleich den Sieg der Wahrheit über die deutschfeindliche Hetzpropaganda in allen Ländern der Erde erringen.

„1933 war das Jahr des revolutionären Umbruchs, 1934 das der Planung. Das abgelaufene Jahr war das Jahr der Formung. 1936 treten wir in das Jahr der **Bewährung**! Und ich weiß, wir sind gerüstet!"

— mit diesen Worten (aus dem Neujahrsgruß des Reichssportführers) konnte **Tschammer und Osten** vertrauensvoll der großen Prüfung entgegensehen. Die letzten Monate und Wochen vor der Entscheidung gehörten ganz dem „Schlußgalopp". In allen Sportarten wurde nur auf das eine Ziel — ehrenvolle Vertretung Deutschlands bei den Olympischen Spielen — hingearbeitet. Alles andere trat in den Hintergrund. Und so wollen auch wir in unserer Darstellung die übrigen sportlichen Ereignisse (die wir vorwegnehmen) nur sehr summarisch behandeln, denn tatsächlich stand, **sportlich gesehen**, das Jahr 1936 ganz im Schatten der olympischen Kämpfe in Garmisch-Partenkirchen, in Berlin, in Kiel.

Streifen wir zunächst schnell die organisatorischen Maßnahmen des Jahres 1936: Mit einer Großkundgebung des **Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen** in der Deutschlandhalle am 19. April fand — nach zahlreichen Tagungen der zu Fachämtern im DRfL. gewordenen alten Sportverbände — eine Entwicklung ihren Abschluß, die für immer als ein Verdienst des Reichssportführers **von Tschammer und Osten** in die deutsche Sportgeschichte eingehen wird. 4,2 Millionen aktive Sportler (mit den Inaktiven und den an den Sportkursen der NSG. „Kraft durch Freude" beteiligten Männer und Frauen sind es rund **10 Millionen Menschen**!) und etwa 45 000 Vereine umfaßt der Reichsbund — zusammengefaßt in langer, mühseliger Arbeit aus zahllosen kleinen Splitterverbänden, — wirklich ein stolzes Werk, das hier aufgebaut worden ist. Mit der Errichtung der **Reichsakademie für Leibesübungen** am 15. April wurde die Grundlage dieses Werkes durch die Schaffung einer einheitlichen Stätte der Lehrer- und Führerausbildung auf dem Gebiete der Leibesübungen für immer gesichert. Und eine Woche später (am 23. April) sprach der Führer an dem Tage, an dem er vor drei Jahren Pg. Hans **von Tschammer und Osten** zum Reichssportkommissar ernannt hatte, mit der Schaffung des **Reichssportamtes** im Reichsinnenministerium seinem Sportführer auch in der äußeren Form jene Anerkennung aus, die dessen unermüdliche Arbeit verdient hatte. —

Deutscher Reichsbund für Leibesübungen (DRfL.)

Reichsakademie für Leibesübungen

Reichssportamt

Abkommen des Jugendführers des Deutschen Reiches mit dem Reichssportführer

Nachdem nun der Zusammenschluß der deutschen Turn- und Sportverbände zum Deutschen Reichsbund für Leibesübungen vollzogen worden und anderseits die deutsche Jugend restlos durch Hitlerjugend und Jungvolk, BDM. und Jungmädel erfaßt war, war „die Voraussetzung für einen großzügigen und planvollen Aufbau der Leibeserziehung der deutschen Jugend im Sinne des nationalsozialistischen Volksstaates geschaffen", wie es in dem gemeinsamen Aufruf hieß, den der Reichssportführer und der Jugendführer des Deutschen Reiches, Pg. Baldur von Schirach, ihrem Abkommen vom 28. Juli vorausschickten. Dieses Abkommen hat folgenden Wortlaut:

Die gesamte Erziehung der deutschen Jugend außerhalb der Schule ist Angelegenheit des Jugendführers des Deutschen Reiches. Bei der Durchführung der körperlichen Ertüchtigung der Jugend wird der Reichssportführer maßgeblich gehört und beteiligt. Zur Regelung der Fragen der körperlichen Schulung der Jugend treffen der Jugendführer des Deutschen Reiches und der Reichssportführer folgende Vereinbarung:

A. Deutsches Jungvolk.

1. Der Jugendführer des Deutschen Reiches und der Reichssportführer stimmen in der Auffassung überein, daß die gesamte körperliche, charakterliche und weltanschauliche Erziehung aller Jugendlichen im Alter bis zu 14 Jahren ausschließlich im Deutschen Jungvolk erfolgt.

2. Aus diesem Grunde führen die Vereine des DRL. keine eigenen Jugendabteilungen für Jugendliche im Alter bis zu 14 Jahren. Der Reichssportführer veranlaßt, daß alle noch in der Organisation des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen stehenden Jugendlichen in das Deutsche Jungvolk eintreten.

3. Um den Nachwuchs für den Deutschen Reichsbund für Leibesübungen nicht zu gefährden und um dem gesunden Leistungsstreben der Jugendlichen Rechnung zu tragen, führt das Deutsche Jungvolk neben seinem allgemeinen Ausbildungdienst in einem zusätzlich freiwilligen Uebungsbetrieb diejenigen Sportarten durch, die vom Jugendlichen seiner Veranlagung und seiner Neigung entsprechend selbst gewählt werden können. Die Fähnlein (in ländlichen Gegenden die Jungzüge) stellen den Teil ihrer Mitglieder, der sich an sportlichen Wettkämpfen und Wettspielen beteiligen will, in besonderen Gruppen zusammen, die von einem vom Fähnleinführer zu bestimmenden Jungen geführt werden. Dieser freiwillige Sport ist für diejenigen Pimpfe, die ihn gewählt haben, Jungvolkdienst wie jeder andere Dienst im Deutschen Jungvolk. Der beauftragte Jungvolkführer ist für die Durchführung des freiwilligen Sportdienstes verantwortlich. Die fachliche Leitung haben die jeweiligen Jugendwarte des DRL., soweit sie für die sportliche Ausbildung im Deutschen Jungvolk vom DRL. zur Verfügung gestellt werden können.

4. Der DRL. stellt für den Uebungsbetrieb des Jungvolks, soweit möglich, seine Uebungsplätze, Uebungsgeräte und für die Mitarbeit im Jungvolk geeignete Uebungsleiter zur Verfügung.

B. Hitlerjugend.

1. Zur Förderung der sportlichen Leistungen und zur Sicherung des Nachwuchses des DRL. ist die Betätigung aller sportlich veranlagten Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren in den Vereinen des DRL. erwünscht. Dieser verpflichtet sich, seine Jugendlichen im Rahmen

des vom Jugendführer des Deutschen Reiches gegebenen Erziehungsprogramms zu erziehen.

2. Voraussetzung für die Beteiligung von Mitgliedern der HJ. an der Ausbildung in den Vereinen des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen ist die Inangriffnahme des Trainings für das Leistungsabzeichen der HJ., das mit abgeschlossenem 16. Lebensjahr erworben sein muß. Hitlerjungen, die nach Vollendung des 16. Lebensjahres das Leistungsabzeichen nicht erworben haben, sind bis zum Abschluß der Uebungen vom Uebungsbetrieb des DRL. zurückzustellen.

3. Als Jugendwarte des DRL. werden künftighin nur solche Volksgenossen zur Mitarbeit herangezogen, die aus den Reihen der Hitlerjugend hervorgegangen sind oder die in die HJ. übernommen werden können. Für die Erreichung dieses Zieles ist eine Uebergangszeit von vier Jahren, vom Inkrafttreten dieses Vertrages an, vorgesehen. Die vom DRL. berufenen Gau- und Kreisjugendwarte werden im Einvernehmen mit der Reichsjugendführung den Gebiets- und Bannstäben zugeteilt. Sie sind die Mittelspersonen zwischen HJ. und DRL.

4. Der Jugendführer des Deutschen Reiches erkennt den hohen Wert einer Leibeserziehung durch den DRL. an und fördert die Beteiligung der in der HJ. erfaßten Jugendlichen an den Wettkämpfen und Wettspielen des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen."

Weitere organisatorische Maßnahmen

Erwähnen wir schließlich noch die vom Reichssportführer am 23. September (aus Anlaß des außerordentlichen Erfolges Deutschlands bei den Olympischen Spielen) erlassene sportliche Amnestie, die Einführung einheitlicher Grußformeln („Gut Holz", „Box Heil", „Gut Naß", usw. wurden durch „Heil Hitler" und „Sieg Heil" ersetzt; die persönliche Anrede mit „Kamerad") und den erfreulichen Aufschwung, den die Sportkurse der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" und damit die sportliche Ertüchtigung des deutschen Volkes in seinen breitesten Schichten genommen hatten.

Leichtathletik und Schwimmen

Und nun zu den Ergebnissen der sportlichen Arbeit des Jahres 1936: In der Leichtathletik wie im Lager der Schwimmer war diese Arbeit vor dem August allein dem Training für die Olympischen Spiele gewidmet. Die deutschen Meisterschaften beider Sportarten standen ebenso unter diesem Motto wie die Weltrekorde Gisela Mauermeyers und Hanni Hölzners. Nach den Spielen schlugen sich Deutschlands Leichtathleten und Schwimmer erfolgreich auf den verschiedenen großen internationalen Sportfesten mit „Olympiabesetzung". Bei den Vereinsmeisterschaften wurden die Stuttgarter Kickers von München 1860 entthront. Im Leichtathletik-Länderkampf gegen Luxemburg blieb Deutschland siegreich. Reichsgepäckmarsch-Meisterschaften wie Reichsgepäckmarsch der SA. waren wieder ein großer Erfolg. Die Berliner Schwimmer errangen einen glatten Sieg über Wien, während die westdeutschen Wasserballer das Jahr mit einem 6:0-Ergebnis gegen Holland abschlossen.

Auch unsere Ruderer betrachteten ihre Meisterschaften als „Aufgalopp" für die olympischen Entscheidungen in Grünau. Mit welchem Erfolg, hat man gesehen! — Die Segler hatten große Tage mit schönen deutschen Erfolgen nicht nur während der Spiele, sondern auch nachher bei der großen „Kieler Woche" (16. bis 23. August). Den Wanderpreis des Führers bei der „Military" gewann Italien. Rudern und Segeln

Die Segelflieger erlebten am 3. Februar die Einweihung der ersten Reichs-Segelflug-Führerschule in Borkenberge und am 27. August bei dem alljährlichen Treffen auf der Wasserkuppe in der Rhön die Einweihung des „Günther-Groenhoff-Hauses". Heini Dittmar überflog den Großglockner. Segelflug

Im Tennis kamen Gottfried von Cramm (dem es bei den französischen Tennismeisterschaften erstmalig gelang, den Weltbesten, den Engländer Perry, zu schlagen) und Heinrich Henkel zu großen Erfolgen im Kampf um den Davis-Pokal. Spanien, Ungarn, Argentinien, Irland, Jugoslawien blieben gegen sie auf der Strecke. Erst den Vertretern Australiens gelang es, die beiden tapferen Kämpfer auszuschalten. Leider blieb Deutschland im Ausscheidungsspiel um den schwedischen Königspokal gegen Dänemark (Hallentennis) mit 2:3 im Nachteil. Tennis

Die deutschen Fechterinnen holten sich in San Remo die Europameisterschaft gegen Ungarn. Prächtige Leistungen gab es bei der ersten SS.-Fechtmeisterschaft in Berlin (14./15. November) zu sehen. Untersturmführer Kretschmann gewann den Kampf. Fechten

Bei den Radweltmeisterschaften war Deutschland diesmal weniger erfolgreich; dafür gewann es den Rad-Länderkampf gegen Frankreich und wiederum überlegen die Straßenfernfahrt Berlin—Warschau. Radsport

Auch bei den Rasenspielen, vor allem im Fußball, gab es im olympischen Jahr einige teils vermeidbare Schlappen. Nach einer geglückten 2:1-Revanche gegen Spanien und einem 3:1-Sieg gegen Portugal mußten wir den Ungarn einen 3:2-Sieg überlassen. Die Tschechoslowakei wurde nach hervorragendem Kampfe in Prag mit 2:1 geschlagen. Gegen Schottland und Irland verlor unsere Mannschaft mit 0:2 bzw. 2:5, gegen Polen spielte sie 1:1, während das Berliner Länderspiel gegen Italien — eine Demonstration der deutsch-italienischen Freundschaft — unentschieden 2:2 endete. Zu nennen wären noch die Uebungsspiele deutscher Auswahlmannschaften gegen die englischen Berufsspieler von Everton, weiter der Sieg des Altmeisters 1. FC. Nürnberg in der deutschen Fußballmeisterschaft und die Winterhilfsspiele der deutschen Fußballer. Der bisherige „Bundespokal" wurde zum „Reichsbund-Pokal" und der deutsche Vereinspokal für Fußballmannschaften trägt fortan den Namen seines Fußball

Stifters, „von Tschammer-Pokal“. Mit dem 10. Oktober übernahm Herberger den Posten des Reichstrainers im Fachamt Fußball. — Im Rugby gab es einen neuen Sieg gegen Holland und die traditionelle Niederlage gegen Frankreich, die aber diesmal etwas unverdient und denkbar knapp ausfiel. Und im Hockey bewiesen die deutschen Frauen, daß sie nach England die Besten in Europa sind. Unsere Hockeyspieler siegten gegen Holland mit 5:2 Toren.

Rugby und Hockey

Schwerathletik

Die deutschen Leistungen in der Schwerathletik waren wieder überzeugend: Weltrekorde der Gewichtheber (vor allem durch Manger), Turniersiege der deutschen Ringer (z. B. gegen die starken Schweden) und ein wundervoller Leistungsaufschwung bei den Amateurboxern, die sich an den deutschen Berufsboxkünstlern Schmeling (eindrucksvoller und in der ganzen Welt bewunderter Sieg gegen den bisher für unbesieglich gehaltenen Neger Louis am 19. Juni in Newyork!), Neusel und Eder ein Beispiel nahmen.

Max Schmeling

Reiten

Deutschlands berühmte Reitermannschaft siegte auch im neuen Jahre gegen schwerste internationale Konkurrenz, so beim Berliner Reit- und Fahrturnier (24. Januar bis 2. Februar), so im „Pilsudski-Preis“ und dem „Preis der Nationen“ in Warschau, so im Kampf um den Hindenburg-Pokal in Aachen, so auch beim „Preis der Nationen“ in Wien. „Braunes Band“, Großer Preis von Baden-Baden (beide endeten mit deutschen Siegen) und Deutsches Derby waren wieder die großen Ereignisse auf der Galoppbahn.

Kraftfahrsport

Der Automobilsport, der wie immer eingeleitet wurde durch die Internationale Automobil- und Motorradausstellung in Berlin (15. Februar bis 1. März) mit der Rede des Führers, seines großen Förderers (die Autorevue „100000 PS.“ bot ein unvergeßliches Schauspiel), ließ die Siegesserie des Vorjahres nicht abreißen. Caracciola siegte in Monaco und in Tunis, Varzi im Großen Preis von Tripolis, Rosemeyer — der erfolgreichste deutsche Fahrer des Jahres — bei den Großen Preisen von Deutschland, der Schweiz und Italien sowie dem Eifelrennen und anderen wichtigen Entscheidungen. Italiens Meisterfahrer Nuvolari schlug die deutschen Wagen im Großen Preis von Barcelona, im Großen Rennwagenpreis von Ungarn und gewann das Rennen um den Vanderbilt-Pokal in Newyork, bei dem Deutschland nicht vertreten war. — Deutschlands Motorrad-Rennfahrer zeigten in der Eilenriede, in Barcelona, im „Großen Preis der Schweiz“, auf der Solitude, in Schleiz und in den Großen Motorradpreisen von Belgien und Schweden, wie hoch die Präzisionsarbeit der deutschen Kraftfahrindustrie und das Können und der Mut deutscher Rennfahrer zu veranschlagen sind. Im Kampf um Englands Tourist-Trophy belegte in der 250-ccm-Klasse Geiß

auf DKW. den dritten Platz, und beim „Großen Preis von Europa“ in Hohenstein-Ernstthal, einer mörderischen Schlacht zwischen Deutschland und England, wurden unsere tapferen Fahrer von den Engländern geschlagen, die den Ehrenpreis des Führers gewannen. Ostpreußenfahrt (8. bis 10. Mai), Drei-Tage-Mittelgebirgsfahrt (4. bis 6. Juni), Internationale Alpenfahrt (20. bis 26. August), Sechstagefahrt (17. bis 22. September) waren wieder die großen „Zerreißprüfungen“, die von den deutschen Fabrikaten glänzend bestanden wurden. Die internationale Trophäe bei der Sechstagefahrt ging allerdings leider nach England. Erwähnen wir an dieser Stelle noch die Ungarnfahrt des NSKK. unter seinem verdienstvollen Korpsführer Pg. Hühnlein, nach deren Abschluß am 5. September sich alle Teilnehmer darüber einig waren, daß sich die sprichwörtliche ungarische Gastfreundschaft auch diesmal glänzend bewährt hat. Die ONS., die neben dem NSKK. die Durchführung kraftsportlicher Veranstaltungen übernimmt, erließ Ende Juni bestimmte Trainingsvorschriften für alle Arten von Auto- oder Motorradrennen. — Endlich brachte das Jahr 1936 sieben neue Motorrad-Weltrekorde Ernst Hennes (auf BMW.), Auto-Weltrekorde von Hans Stuck (auf Auto-Union) und von Caracciola (auf Mercedes-Benz). Rudolf Caracciola erreichte hier bei seinen Rekordfahrten auf der Reichsautobahnstrecke Frankfurt-Darmstadt mit 372,1 Stundenkilometern die höchste Geschwindigkeit, die jemals von einem Rennfahrer auf der Straße erzielt worden ist!

Zum Abschluß noch einen Querschnitt durch den Wintersport: Auch hier dienten die deutschen Skimeisterschaften in Garmisch und Oberstdorf nur dazu, den deutschen Olympiakämpfern den letzten Schliff zu geben. Die FIS.-Rennen in Innsbruck fanden ohne Deutschland statt, da auch das allgemeine Startverbot österreichischer Sportler in Deutschland noch nicht generell aufgehoben war. Die 1. Wintersportkämpfe der Gliederungen der NSDAP. in Oberschreiberhau brachten hervorragende Leistungen. Ein Eishockey-Länderkampf Deutschland—Kanada (nach den Olympischen Winterspielen) in München endete mit dem hohen 8:2-Sieg der Kanadier. — Die beste wintersportliche Leistung vollbrachte unbestritten das deutsche Meisterpaar im Eiskunstlauf Maxie Herber-Ernst Baier, das nacheinander die Europameisterschaft, den Olympiasieg und die Weltmeisterschaft errang! — Wintersport

Mit den IV. Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen (6. bis 16. Februar) rollte der erste Teil der olympischen Wettkämpfe vor den Augen Deutschlands und der Welt ab. Freilich — nur wenige konnten unmittelbar an ihnen als Zuschauer teilnehmen, IV. Olympische Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen

aber der deutsche Rundfunk, der im Olympiajahr eine eindrucksvolle Leistungsprobe ablegte, sorgte dafür, daß eine Millionenzahl deutscher Volksgenossen lebendigen Anteil haben konnte an den großen Kämpfen von Garmisch-Partenkirchen (und später an den noch größeren von Berlin und Kiel). Dank der hervorragenden Organisation des deutschen Rundfunks waren aber nicht nur die deutschen, sondern auch die Hörer vieler ausländischer Sender mit Garmisch verbunden, konnten den Worten ihrer Sportansager lauschen, konnten so den Sieg ihres Landsmannes miterleben auf diesem großen Fest der Wintersportjugend aus aller Welt.

Fieberhafte Spannung herrschte an den letzten Tagen in dem überfüllten Garmisch. Ueberall wurde trainiert, geprobt, besprochen, überall herrschte aber auch jene herrliche Atmosphäre der **Kameradschaft**, die sofort Brücken schlägt zwischen den Angehörigen der verschiedensten Völker.

Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Olympischen Spiele 1936

Kurz vor Beginn der Spiele erschien die „**Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Olympischen Spiele 1936**“ vom 4. Februar 1936:

1.

Zum sichtbaren Ausdruck meiner Anerkennung und des Dankes des deutschen Volkes für Verdienste um die Deutschland übertragenen Olympischen Spiele 1936 stifte ich das „**Deutsche Olympia-Ehrenzeichen**“.

2.

Das Ehrenzeichen wird in **zwei Klassen** verliehen.

3.

Die **erste Klasse** ist ein aus fünf Balken bestehender weiß emaillierter golbumrandeter Stern, der von fünf goldenen gerieften Strahlen unterbrochen ist. Die Mitte des Sternes trägt die fünf olympischen Ringe in weißer goldumrandeter Emaille. Ueber dem oberen Strahl schwebt mit ihm verbunden das Hoheitszeichen des Reiches, gleichfalls in weißer goldumrandeter Emaille. Das Ehrenzeichen wird an einem fünf Zentimeter breiten ziegelroten, schwarzumrandeten, in der Mitte von fünf weißen Streifen durchzogenen Band am Hals getragen.

4.

Die **zweite Klasse** ist von gleicher Form und Ausführung wie die erste Klasse, jedoch etwas kleiner und wird an einem drei Zentimeter breiten Band von gleicher Ausführung wie das der ersten Klasse im Knopfloch oder auf der linken Brustseite getragen.

5.

Das Ehrenzeichen wird von mir auf Antrag des Reichsministers des Innern verliehen.

6.

Der Beliehene erhält ein von mir unterzeichnetes Besitzzeugnis.

7.

Nach dem Tode des Inhabers verbleibt das Ehrenzeichen den Hinterbliebenen als Erinnerungszeichen.

8.

Die Verleihungen sind im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger bekanntzugeben.

9.

Mit der Durchführung der Verordnung beauftrage ich den Reichsminister des Innern.

Berlin, den 4. Februar 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler.
Der Reichsminister des Innern
Frick.

Auftakt der Winterolympiade

Als Auftakt der Winterolympiade fanden am 3. Februar ein kameradschaftliches Beisammensein der ausländischen Mannschaftsführer und der Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees mit dem Reichssportführer und am 4. Februar ein offizieller Presseempfang des Organisationskomitees statt, bei dem Staatssekretär Funk im Namen der Reichsregierung die Besucher des Auslands bat, das nationalsozialistische Deutschland mit offenen Augen so zu sehen, wie es wirklich ist, und nicht so, wie eine internationale Hetzpresse es glauben machen möchte. Der große Olympiaempfang der Reichsregierung und der Bayerischen Regierung fand dann im festlichen Rahmen am Abend des 10. Februar in München statt.

Schon die Eröffnungsfeierlichkeiten am 6. Februar machten auf alle, die dabei waren, einen tiefen Eindruck, und die Presse der ganzen Welt brachte nun von jedem neuen Tage begeisterte Berichte über die einzigartige Organisation, den echt olympischen Geist und die wundervollen Kämpfe der Winterspiele von Garmisch-Partenkirchen.

Ritter von Halt sprach nach dem Einmarsch der Nationen ins Skistadion die einleitenden Worte. Er sagte zum Schluß:

„Wir Deutschen wollen der Welt auch auf diese Weise zeigen, daß wir die Olympischen Spiele getreu dem Befehl unseres Führers und Reichskanzlers zu einem wahren Fest des Friedens und der aufrichtigen Verständigung unter den Völkern gestalten werden. Und nun, meine lieben, braven Kameradinnen und Kameraden aus aller Welt: Rüstet Euch zum edlen olympischen Kampf und zum frohen Spiel. Olympia Garmisch-Partenkirchen beginnt. Ich bitte Sie, mein Führer, als Schirmherr die IV. Olympischen Winterspiele 1936 für eröffnet zu erklären!“

Und Adolf Hitler sprach: „Ich erkläre die IV. Olympischen Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen für eröffnet!“

Darauf sprach Willy Bogner im Namen aller Olympiakämpfer den Olympischen Schwur. Und dann begannen die Kämpfe.

Die einzelnen Kämpfe in Garmisch-Partenkirchen

Am ersten Tage mußte Deutschlands Eishockeymannschaft sich knapp mit 0:1 von den starken Amerikanern geschlagen bekennen, um an den folgenden Tagen dann durch Siege über Italien, die Schweiz

und Ungarn in die Zwischenrunde zu gelangen, wo sie nach heldenhaftem Kampf gegen England (1:1) und Kanada (2:6) ausschied. Schon der dritte Tag brachte Deutschland in der alpinen Kombination der Frauen sowohl wie der Männer durch Christl Cranz und Franz Pfnür zwei Goldmedaillen. Käthe Grasegger und Guzzi Lantschner holten sich jeweils die silberne Medaille. Im deutschen Lager herrschte großer Jubel über diese prachtvollen Leistungen. Am vierten Tag gewann Finnland die 4×10-Kilometerstaffel, während der Schwede Larsson zwei Tage später im 18-km-Lauf den Olympiasieg errang. Bei den Bobrennen gab es für uns leider eine bittere Enttäuschung, denn die Deutschen konnten weder im Viererbob (Sieger Schweiz), noch im Zweierbob (Sieger Amerika) eine Medaille erringen, wie man bestimmt gehofft hatte.

Der Held der IV. Olympischen Winterspiele war zweifellos der Norweger Ivar Ballangrud, der für sein Land 3 goldene Medaillen durch Siege im Eisschnellaufen über 500, 5000 und 10000 Meter und eine silberne über die Distanz von 1500 Meter (hinter seinem Landsmann Mathisen) gewann.

Den dritten deutschen Olympiasieg schenkten uns Maxie Herber und Ernst Baier, die am achten Tage in Gegenwart des Führers im Eiskunstpaarlauf eine vollendete Leistung boten. Im Einzellauf war der Oesterreicher Karl Schäfer immer noch eine Klasse für sich, ebenso wie bei den Frauen Sonja Henie. Den zweiten Platz hinter Schäfer belegte Baier, der damit auch noch eine silberne Medaille für Deutschland errang.

Den Kombinationssprunglauf machten die Norweger wieder unter sich aus; Sieger wurde Oddbjörn Hagen. Im Ski-Marathon hingegen, dem 50-km-Langlauf, triumphierten die Schweden, die die ersten vier Plätze belegten. Hier hieß der Sieger Viklund. Den großen Spezialsprunglauf gewann Birger Ruud (Norwegen). Und in dem olympischen Eishockey-Wettbewerb setzte sich England vor den bisherigen Weltbesten Kanada und USA. durch. — Eine große Ueberraschung gab es in dem Sonderwettbewerb der Olympischen Winterspiele, dem Militär-Ski-Patrouillenlauf: Italien brach die Vorherrschaft der Nordländer und siegte vor Finnland und Schweden.

Siegertafel der Olympischen Winterspiele

Wir bringen anschließend die

Siegertafel:

Skisport

Kombination (Abfahrts- und Torlauf)

Frauen: 1. Cranz-Deutschland,
2. Grasegger-Deutschland,
3. Schou-Nilsen-Norwegen.

Männer:

1. Pfnür-Deutschland,
2. Lantschner-Deutschland,
3. Allais-Frankreich.

Kombination (Lang- und Sprunglauf)

1. Hagen-Norwegen,
2. Hoffsbakken-Norwegen,
3. Brodahl-Norwegen.

18-Kilometer-Spezial-Langlauf

1. Larsson-Schweden,
2. Hagen-Norwegen,
3. Niemi-Finnland.

50-Kilometer-Dauerlauf

1. Viklund-Schweden,
2. Wikström-Schweden,
3. Englund-Schweden.

Spezial-Sprunglauf

1. Birger Ruud-Norwegen,
2. Eriksson-Schweden,
3. Andersen-Norwegen.

Militär-Ski-Patrouillenlauf
(Sonderwettbewerb)

1. Italien,
2. Finnland,
3. Schweden.

Eissport

Eisschnellaufen

500 Meter:

1. Ballangrud-Norwegen,
2. Krog-Norwegen,
3. Freisinger-Amerika.

1500 Meter:

1. Mathisen-Norwegen,
2. Ballangrud-Norwegen,
3. Vasenius-Finnland.

5000 Meter:

1. Ballangrud-Norwegen,
2. Vasenius-Finnland,
3. Ojala-Finnland.

10 000 Meter:

1. Ballangrud-Norwegen,
2. Vasenius-Finnland,
3. Stiepl-Oesterreich.

Eiskunstlaufen

Frauen:

1. Henie-Norwegen,
2. Colledge-England,
3. Hultén-Schweden.

Männer:
1. Schäfer-Oesterreich,
2. Baier-Deutschland,
3. Kaspar-Oesterreich.

Paare:
1. Herber-Baier-Deutschland,
2. Geschwister Pausin-Oesterreich,
3. Rotter-Szollas-Ungarn.

Eishockey
1. England,
2. Kanada,
3. Amerika.

Bobrennen

Zweierbob:
1. Amerika, „USA. I" (Brown),
2. Schweiz, „Schweiz II" (Feierabend),
3. Amerika „USA. II" (Colgate).

Viererbob:
1. Schweiz, „Schweiz II" (Musy),
2. Schweiz, „Schweiz I" (Capadrutt),
3. England (McEvoy).

Abschluß der Olympischen Winterspiele

Mit der feierlichen Siegerehrung findet der erste Teil der Olympischen Spiele 1936 seinen Abschluß. Die Abschiedsworte des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, Graf Baillet-Latour, lauten:

„Nachdem wir Reichskanzler Adolf Hitler, dem deutschen Volk, den Vertretern Garmisch-Partenkirchens und den Organisatoren der Spiele unseren tiefempfundenen Dank ausgesprochen haben, erklären wir im Namen des Internationalen Olympischen Komitees die IV. Olympischen Winterspiele 1936 für beendet und laden Sie für diesen Sommer nach Berlin ein, um mit uns die Feier der XI. Olympiade zu erleben."

Ein kameradschaftliches Beisammensein der Teilnehmer mit Reichssportführer von Tschammer und Osten, der Dank des Führers an die deutschen Olympia-Sieger und an die Organisatoren der Spiele, das begeisterte Presseecho des Auslandes — sie bildeten den Ausklang der schönen Tage von Garmisch-Partenkirchen, bei denen Deutschlands Olympiakämpfer in der Gesamtbewertung den zweiten Platz hinter Norwegen belegten.

Berliner Vorbereitungen für die Olympischen Spiele

Doch wie schnell verflog das halbe Jahr, das zwischen den Winter- und den Sommerspielen lag, und das ausgefüllt war mit den letzten vorbereitenden Maßnahmen auf allen Gebieten. Am 1. Juli wurde das Olympische Dorf eröffnet, am 15. die Namensliste der 475 deutschen Teilnehmer an den Olympischen Spielen bekanntgegeben (ein Teil der Namen folgte später), am 28. Juli — dem letzten Meldetermin — ergab sich, daß 4844 Wettkämpfer aus aller Herren Länder an

den Spielen teilnehmen würden — **trotz** jüdischem Boykott und Deutschenhetze! — Besondere Sorgfalt wurde auf die Gäste und deren Betreuung verwandt; Erleichterungen bei der Einreise und im Geldverkehr, billige Standardreisen durch Deutschlands schönste Teile, ein umfangreicher Dolmetscher-, Lotsen- und Sonderpostdienst usw. sollten den Olympiabesuch in Deutschland für alle so angenehm wie nur möglich gestalten.

In einem Aufruf vom 2. Juli forderte der Reichspropagandaminister Dr. **Goebbels** das deutsche Volk zur würdigen Aufnahme der Gäste auf:

„Nach dem Willen des Führers hat Deutschland für die Olympischen Spiele 1936 Vorbereitungen wie kaum ein anderes Land zuvor getroffen. Die Hunderttausende ausländischer Gäste sollen würdig empfangen werden und ein besonders glänzendes Beispiel deutscher Gastfreundschaft erleben. Ich bin gewiß, daß jeder Deutsche seine Ehre dareinsetzen wird, den ausländischen Besuchern, die alle unter dem Schutze des Deutschen Reiches stehen, zuvorkommend gegenüberzutreten und, wenn sie einer Hilfe bedürfen, ihnen mit Rat und Tat Beistand zu leisten."

Auch der **Rundfunk** traf wieder gewaltige Vorbereitungen. 350 Mikrophonanschlüsse verbanden die olympischen Kampfstätten mit der Zentrale. Das neue Pausenzeichen, die Olympiafanfaren, das Olympiaecho und die vielen ausgezeichneten, spannenden Hörberichte (sogar **Fernsehberichte** wurden täglich gesendet!) sind uns allen unvergeßlich, — und wir sind dem deutschen Rundfunk **dankbar** für seine Leistung. — Die **österreichische** Regierung hob ihr **Startverbot auf**. —

Aus der Rede **von Tschammer und Ostens** vor dem Deutschen Olympischen Ausschuß, die er nach der Feststellung der deutschen Mannschaft an die Teilnehmer dieser wichtigen Tagung richtete, sollen als Einleitung der Spiele selbst folgende Sätze wiedergegeben werden: *von Tschammer und Osten über die Olympischen Spiele 1936*

„... Ich glaube ... aber unsere Aufmerksamkeit auch einmal auf die Tatsache lenken zu dürfen, die im Trubel der Ereignisse fast unterzugehen scheint:

Es ist die Leistung des Nationalsozialismus für die Durchsetzung des olympischen Gedankens. Stellen Sie sich einmal vor, die Olympischen Spiele hätten im **Jahre 1932 in Deutschland** durchgeführt werden müssen!

Denken Sie an die Sechsmillionenarmee der hungernden Erwerbslosen in Deutschland, die ohne Hoffnung in den Tag hineinlebten und aus ihrer ganzen elenden Lebenshaltung heraus ein Gegner eines solchen Weltfestes hätten sein müssen. Stellen Sie sich vor, die marxistische Propaganda, die es sich nicht nehmen läßt, im Jahre 1936 in Barcelona eine Art „Gegen-Olympiade" aufzuziehen, hätte die Gelegenheit gefunden, diese Sechsmillionenmasse der Enterbten gegen die Spiele in Bewegung zu setzen. Ueberlegen Sie weiter, wie es überhaupt möglich gewesen wäre, die materiellen Voraussetzungen für die Durchführung der Spiele zu schaffen, die Kampfplätze auszubauen. Stellen Sie sich das Palaver vor, welches in dem von Parteien ehemals wild zerrissenen

deutschen Vaterland, in den Parlamenten des Reiches, der Bundesstaaten, der Stadt Berlin um jede einzelne Maßnahme sich erhoben hätte, und stellen Sie demgegenüber die eine gigantische Entscheidung unseres Führers und Volkskanzlers Adolf Hitler, die uns Kampfstätten bescherte, wie sie in der Welt einzigartig dastehen. Denken Sie daran, wie das ganze deutsche Volk begeistert ist von dem olympischen Gedanken, wie es seine ganze Kraft dafür einsetzt, diesen friedlichen Wettbewerb aller Völker der Erde zu einem noch nie dagewesenen Erfolg auszubauen. Es fällt uns allen ja nicht schwer, uns in diese olympische Stimmung einzufühlen, die heute schon über der Reichshauptstadt liegt, und wir müssen im Vorgefühl dieser Festesfreude mit tiefster Dankbarkeit den Nationalsozialismus als den größten Organisator und den gewaltigsten Förderer der XI. Olympischen Spiele ansehen.

... Die Olympischen Spiele mit ihren Wettkämpfen, denen wir mit unerschütterlichem Vertrauen entgegensehen, sind nicht ein Abschluß einer sportlichen Entwicklung, sondern der Beginn eines neuen, starken Vorstoßes der Leibesübungen als Kulturfaktor im Dritten Reich. Man müßte blind sein und ohne Gefühl, wenn man nicht die ungeheueren Antriebe erkennen würde, die die Leibesübung schon bis zum heutigen Tage durch die einhellige und ungehemmte Propaganda aller Stellen des Staates und der Partei und des Reichsbundes für Leibesübungen aus Anlaß der Spiele in Deutschland erfahren hat. Niemand könnte die Verantwortung dafür tragen, daß diese gewaltigen Antriebe, die von der Sportgeschichte als einmalig verzeichnet werden, unausgenützt versickern, wenn sich die Ströme der Besucher wieder in ihre Heimatländer verlaufen haben. Der feste Wille aller in Frage kommenden deutschen Stellen muß es deshalb sein, die Olympischen Spiele nach ihrem Abschluß auszuwerten zu einem Vorgehen in breitester Front, das auch den letzten Volksgenossen in die Reihen der Leibesübungen ruft. Die Vorbereitungen dazu werden im Deutschen Reichsbund für Leibesübungen getroffen. Wenn der Befehl gegeben wird zur Ausführung, müssen alle, die sich dieser Kulturaufgabe verbunden fühlen, bereit sein zum Einsatz." —

Olympischer Fackellauf

Am 20. Juli, mittags 12 Uhr (MEZ.), beginnt der Olympische Fackellauf. Die Flamme — von der Sonne entzündet — tritt von der Altis im griechischen Olympia ihren weiten Weg nach Berlin an. Die Jugend Griechenlands, Bulgariens, Jugoslawiens, Ungarns, Oesterreichs, der Tschechoslowakei und Deutschlands trägt das Feuer — ein leuchtendes Fanal des Friedens — nach dem Reichssportfeld in Berlin und weiter nach Kiel. — Die Olympia-Sternfahrer treffen auf der Avus ein, Presseempfang, Olympiaempfang der Stadt Berlin, Eröffnungssitzung des Internationalen Olympischen Komitees, auf der Rudolf Heß mit den Worten „Ich grüße die Jugend der Welt", dem Spruch, der auf der Olympiaglocke eingeprägt ist, den Gruß des Führers überbringt —: es war soweit.

Auftakt in Berlin

Sitzungen des Internationalen Olympischen Komitees

Wir können die verschiedenen Veranstaltungen, Empfänge usw. während der Olympischen Spiele hier nicht aufzählen (entscheidend war die Sitzung des IOK. vom 31. Juli, in der als Austragungsort der XII. Olympischen Spiele im Jahre 1940 Tokio bestimmt wurde); eben-

sowenig ist es im Rahmen dieses Buches möglich, ausführlich jeden Tag dieser zwei Wochen zu schildern, an denen die Welt im Banne des großen sportlichen Geschehens stand. Es soll und kann hier nur ein kurzer Ueberblick über die verschiedenen Sportarten unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Siege gegeben werden. Zur Unterrichtung ist eine vollständige Siegertafel angefügt.

Am 1. August eröffnete Adolf Hitler die Olympischen Spiele 1936. Die Olympiaflagge mit den fünf ineinandergeschlungenen Ringen steigt am Mast empor, Fanfaren erklingen, die Nationen marschieren ins Stadion und leisten mit Rudolf Ismayr als Vorsprecher den olympischen Schwur: Eröffnung durch Adolf Hitler

„Wir schwören, bei den Olympischen Spielen ehrliche Kämpfer zu sein und die Regeln der Spiele zu achten. Wir nehmen teil in ritterlichem Geiste, zur Ehre unserer Länder und zum Ruhme des Sports."

Und dann beginnen am 2. August die Wettkämpfe und dauern bis zum 16. August, dem Schlußtag der XI. Olympischen Spiele. —

In den leichtathletischen Uebungen — die, wie stets, im Mittelpunkt des Olympiaprogramms standen — war die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zwar noch spürbar, aber doch nicht mehr so überzeugend wie 1932 in Los Angeles. Jesse Owens, der schwarze Wunderathlet, brachte allein 3 Goldmedaillen nach USA., nämlich in den Sprintstrecken über 100 und 200 Meter und im Weitsprung, außerdem half er die 4×100-Meter-Staffel mit gewinnen. Auf den Langstrecken glänzte noch einmal Finnlands Stern, während im Marathonlauf diesmal Japan an der Spitze war. Ein tapferes Rennen lief Dompert, der im 3000-Meter-Hindernislauf für Deutschland eine Bronzemedaille erkämpfte. Auch in den beiden Staffeln holten Deutschlands Vertreter jeweils eine Bronzemedaille. Die Olympiasieger aber, auf die ganz Deutschland stolz war, hießen Stöck (Speerwerfen), Woellke (Kugelstoßen), Hein (Hammerwerfen) und bei den Frauen Gisela Mauermeyer (Diskuswerfen) und Tilly Fleischer (Speerwerfen)! Dazu kamen noch verschiedene silberne und bronzene Medaillen. Leichtathletik

Im Schwimmen hielten sich unsere Kämpfer sehr tapfer, wenn es auch zu keiner Goldmedaille reichte. Das Wasserballturnier sah Ungarn nur durch Torvorsprung über unsere Mannschaft siegreich. Im übrigen kamen überraschenderweise die Japaner nicht so zur Geltung wie erwartet. So gelang es z. B. dem Ungarn Csik über 100 Meter Freistil alle Japaner auf die Plätze zu verweisen. In den Sprüngen waren die Amerikaner und Amerikanerinnen unerreicht. Die Holländerinnen holten sich wieder schöne Siege. Schwimmen

Die größten Erfolge errang Deutschland im Rudern (fünf Gold- Rudern

Reiten — *Turnen, Radfahrsport, Schießsport, Kanu*

medaillen von sieben möglichen! Die Scharte von 1935 — Europameisterschaften — war ausgewetzt), Reiten (wo die deutschen Reiter alle sechs Konkurrenzen gewannen!) und im Turnen (6 Goldmedaillen — eine fabelhafte Leistung!); aber auch die deutschen Radfahrer (Merkens), Schützen (van Oyen im Schnellfeuer-Pistolenschießen; der Sieger im Kleinkaliberschießen Rögeberg, Norwegen, erzielte die phantastische Leistung von 300 Ringen — bei 300 möglichen!) und Kanufahrer hielten sich ausgezeichnet.

Fechten und moderner Fünfkampf

In den Fechtwettbewerben übertrafen die Italiener alle anderen Konkurrenten. Am zweitbesten schnitten die Ungarn ab. Der Moderne Fünfkampf sah Oberleutnant Handrick in Führung, der damit einen weiteren herrlichen Sieg für Deutschland errang.

Schwerathletik

Hervorragend schlugen sich auch Deutschlands Boxer. Kaiser und Runge holten in der leichtesten und der schwersten Gewichtsklasse den olympischen Sieg. Frankreich (2), Italien, Ungarn, Finnland und Argentinien stellten die weiteren Sieger. In den Ringkämpfen konnten wir zwar mehrere zweite und dritte Plätze belegen, aber leider keine Goldmedaille gewinnen. Der Estländer Palusalu gewann dagegen gleich zwei (Freistil und Griechisch-römisch). Im Gewichtheben waren die Aegypter überlegen. Manger (Deutschland) siegte im Schwergewicht.

Rasenspiele

Zu den Rasenspielen: Im Fußball gab es für uns eine große Enttäuschung, denn die deutsche Elf scheiterte (nach einem Sieg über Luxemburg) an den Norwegern. Sieger im Fußballturnier wurde Italiens Amateurmannschaft. Dafür holten unsere Handballer einen überlegenen Olympiasieg heraus, und im Hockey waren nur die indischen Wunderspieler uns überlegen. Der Sieger im Basketball hieß Amerika, im Polo Argentinien.

Segelsport

Zum Schluß sei noch der Segelwettbewerbe in der Kieler Förde und des ausgezeichneten Abschneidens der deutschen Segler dort gedacht. Sogar eine Goldmedaille gewannen wir (durch Dr. Bischoff in der Klasse der Starboote). Erwähnt muß auch werden, daß in dem Olympia-Transozeanrennen drei deutsche Segelyachten in Front endeten.

33 Goldmedaillen für Deutschland

33mal stieg die Hakenkreuzflagge am Siegesmast empor! Und mit den 33 goldenen, 26 silbernen und 30 bronzenen Medaillen belegte Deutschland im Länderklassement den ersten Platz! Wirklich ein stolzer, von niemandem erwarteter Erfolg unserer Kämpfer und Kämpferinnen. Zum ersten Male in der Geschichte der Olympischen Spiele neuer Zeitrechnung war die USA.-Garde geschlagen, auf den zweiten Rang verwiesen worden. Den dritten Platz belegte Italien. Die ersten zwölf waren (nach Punktwertung): Deutschland,

Vereinigte Staaten von Amerika, Italien, Finnland, Frankreich, Ungarn, Schweden, Japan, Holland, England, Oesterreich, Schweiz.

Mit dem 16. August gingen die XI. Olympischen Spiele zu Ende. Das heilige Feuer erlosch, die Fahne wurde eingerollt, um vier Jahre später im Stadion zu Tokio wieder aufgezogen zu werden. — In einer Bekanntmachung des Reichsinnenministers Dr. Frick hieß es:

Dank des Führers

„Der Führer und Reichskanzler, der seinem besonderen Interesse an den Olympischen Spielen durch seine beinahe tägliche Anwesenheit sichtbaren Ausdruck verlieh, hat mich als den für den deutschen Sport zuständigen Minister beauftragt, allen an der Organisation der Spiele beteiligten Stellen, Verbänden und Persönlichkeiten in Staat und Bewegung seinen Dank und seine besondere Anerkennung für die geleistete vorbildliche Arbeit auszusprechen."

Deutsche Olympia-Erinnerungsmedaille

Seinen äußeren Ausdruck fand dieser Dank in der Stiftung der „Deutschen Olympia-Erinnerungsmedaille" durch den Führer (Verordnung vom 31. Juli) „für verdienstvolle Mitarbeit bei den Olympischen Spielen 1936", wie es auf der Medaille geschrieben stand. Besonderen Dank sprach der Führer und Reichskanzler dem Grafen Baillet-Latour und Exz. Lewald — und vor allem natürlich den deutschen Olympiasiegern aus. Reichssportführer von Tschammer und Osten wurde zum Preußischen Staatsrat ernannt.

Dank an den Führer

Der größte Dank aber gebührte Adolf Hitler, und Graf Baillet-Latour als Präsident des Internationalen Olympischen Komitees sprach das auch in seinem Schreiben aus, wenn er sagte:

„Ich möchte Euer Exzellenz danken für die Unterstützung, die Sie der XI. Olympiade gegeben haben, deren großer Erfolg nur durch das tiefe Verständnis Euerer Exzellenz für den olympischen Gedanken möglich war..."

Was Pierre de Coubertin mit der Neugründung der Olympischen Spiele erstrebt hatte, war von Adolf Hitler in vollendeter Weise verwirklicht worden. Der Geist des alten Hellas stand über den Olympischen Spielen 1936 und steht über der XI. Olympiade neuer Zeitrechnung. —

Nachstehend bringen wir zusammengefaßt die

Siegertafel der Olympischen Spiele 1936 in Berlin

Siegertafel:

Leichtathletik

Männer:

100-Meter-Lauf

1.	Owens (Amerika)	10,3 Sek.
2.	Metcalfe (Amerika)	10,4 „
3.	Osendarp (Holland)	10,5 „

200-Meter-Lauf

1.	Owens (Amerika)	20,7 Sek.
2.	Robinson (Amerika)	21,1 „
3.	Osendarp (Holland)	21,3 „

400-Meter-Lauf

1.	Williams (Amerika)	46,5 Sek.
2.	Brown (England)	46,7 „
3.	Luvalle (Amerika)	46,8 „

800-Meter-Lauf

1.	Woodruff (Amerika)	1:52,9 Min.
2.	Lanzi (Italien)	1:53,3 „
3.	Edwards (Kanada)	1:53,6 „

1500-Meter-Lauf

1.	Lovelock (Neuseeland)	3:47,8 Min.
2.	Cunningham (Amerika)	3:48,4 „
3.	Beccali (Italien)	3:49,2 „

5000-Meter-Lauf

1.	Höckert (Finnland)	14:22,2 Min.
2.	Lehtinen (Finnland)	14:25,8 „
3.	Jonsson (Schweden)	14:29,0 „

10 000-Meter-Lauf

1.	Salminen (Finnland)	30:15,4 Min.
2.	Askola (Finnland)	30:15,6 „
3.	Iso-Hollo (Finnland)	30:20,2 „

110-Meter-Hürdenlauf

1.	Towns (Amerika)	14,2 Sek.
2.	Finlay (England)	14,4 „
3.	Pollard (Amerika)	14,4 „

400-Meter-Hürdenlauf

1.	Hardin (Amerika)	52,4 Sek.
2.	Loaring (Kanada)	52,7 „
3.	White (Philippinen)	52,8 „

3000-Meter-Hindernislauf

1.	Iso-Hollo (Finnland)	9:03,8 Min.
2.	Tuominen (Finnland)	9:06,8 „
3.	Dompert (Deutschland)	9:07,2 „

Marathonlauf

1.	Son (Japan)	2:29:19,2 Std.
2.	Harper (England)	2:31:23,2 „
3.	Nan (Japan)	2:31:42,0 „

50-Kilometer-Gehen

1.	Whitlock (England)	4:30:41,0 Std.
2.	Schwab (Schweiz)	4:32:09,2 „
3.	Bubenko (Lettland)	4:32:42,2 „

4×100-Meter-Staffel

1.	Amerika	39,8 Sek.
2.	Italien	41,1 „
3.	Deutschland	41,2 „

4×400-Meter-Staffel

1.	England	3:09,0 Min.
2.	Amerika	3:11,0 „
3.	Deutschland	3:11,8 „

Diskuswerfen

1.	Carpenter (Amerika)	50,48 m
2.	Dunn (Amerika)	49,36 „
3.	Oberweger (Italien)	49,23 „

Speerwerfen

1.	Stöck (Deutschland)	71,84 m
2.	Nikkanen (Finnland)	70,77 „
3.	Toivonen (Finnland)	70,72 „

Kugelstoßen

1.	Woellke (Deutschland)	16,20 m
2.	Bärlund (Finnland)	16,12 „
3.	Stöck (Deutschland)	15,66 „

Hammerwerfen

1.	Hein (Deutschland)	56,49 m
2.	Blask (Deutschland)	55,04 „
3.	Warngard (Schweden)	54,83 „

Hochsprung

1.	Johnson (Amerika)	2,03 m
2.	Albritton (Amerika)	2,00 „
3.	Thurber (Amerika)	2,00 „

Stabhochsprung

1.	Meadows (Amerika)	4,35 m
2.	Nishida (Japan)	4,25 „
3.	Oe (Japan)	4,25 „

Weitsprung

1.	Owens (Amerika)	8,06 m
2.	Long (Deutschland)	7,87 „
3.	Tajima (Japan)	7,74 „

Dreisprung

1.	Tajima (Japan)	16,00 m
2.	Harada (Japan)	15,66 „
3.	Metcalfe (Australien)	15,50 „

Zehnkampf

1.	Morris (Amerika)	7900 Punkte
2.	Clark (Amerika)	7601 „
3.	Parker (Amerika)	7277 „

Frauen:

100-Meter-Lauf

1.	Stephens (Amerika)	11,5 Sek.
2.	Walasiewicz (Polen)	11,7 „
3.	Krauß (Deutschland)	11,9 „

80-Meter-Hürdenlauf

1.	Valla (Italien)	11,7 Sek.
2.	Steuer (Deutschland)	11,7 „
3.	Taylor (Kanada)	11,7 „

4×100-Meter-Staffel

1.	Amerika	46,9 Sek.
2.	England	47,6 „
3.	Kanada	47,8 „

Hochsprung

1.	Csak (Ungarn)	1,60 m
2.	Odam (England)	1,60 „
3.	Kaun (Deutschland)	1,60 „

Diskuswerfen

1.	Mauermeyer (Deutschland)	47,63 m
2.	Wassowna (Polen)	46,22 „
3.	Mollenhauer (Deutschland)	39,80 „

Speerwerfen

1.	Fleischer (Deutschland)	45,18 m
2.	Krüger (Deutschland)	43,29 „
3.	Kwasniewska (Polen)	41,80 „

Schwimmen

Männer:

100-Meter-Freistil

1.	Csik (Ungarn)	57,6 Sek.
2.	Yusa (Japan)	57,9 „
3.	Arai (Japan)	58,0 „

400-Meter-Freistil

1.	Medica (Amerika)	4:44,5 Min.
2.	Uto (Japan)	4:45,6 „
3.	Makino (Japan)	4:48,1 „

1500-Meter-Freistil

1.	Terada (Japan)	19:13,7 Min.
2.	Medica (Amerika)	19:34,0 „
3.	Uto (Japan)	19:34,5 „

4×200-Meter-Staffel

1.	Japan	8:51,5 Min.
2.	Amerika	9:03,0 „
3.	Ungarn	9:12,3 „

200-Meter-Brustschwimmen

1.	Hamuro (Japan)	2:42,5 Min.
2.	Sietas (Deutschland)	2:42,9 „
3.	Koike (Japan)	2:44,2 „

100-Meter-Rückenschwimmen

1.	Kiefer (Amerika)	1:05,9 Min.
2.	Vandeweghe (Amerika)	1:07,7 „
3.	Kijokawa (Japan)	1:08,4 „

Kunstspringen

1.	Degener (Amerika)	163,57 Punkte
2.	Wayne (Amerika)	159,56 „
3.	Greene (Amerika)	146,29 „

Turmspringen

1.	Wayne (Amerika)	113,58 Punkte
2.	Root (Amerika)	110,60 „
3.	Stork (Deutschland)	110,31 „

Wasserball

1. Ungarn
2. Deutschland
3. Belgien

Frauen

100-Meter-Freistil

1.	Mastenbroek (Holland)	1:05,9 Min.
2.	Campbell (Argentinien)	1:06,4 „
3.	Arendt (Deutschland)	1:06,6 „

400-Meter-Freistil

1.	Mastenbroek (Holland)	5:26,4 Min.
2.	Hveger (Dänemark)	5:27,5 „
3.	Wingard (Amerika)	(nicht gezeitet)

4×100-Meter-Staffel

1.	Holland	4:36,0 Min.
2.	Deutschland	4:36,8 „
3.	Amerika	4:40,2 „

200-Meter-Brustschwimmen

1.	Maehata (Japan)	3:03,6 Min.
2.	Genenger (Deutschland)	3:04,2 „
3.	Sörensen (Dänemark)	3:07,8 „

100-Meter-Rückenschwimmen

1.	Senff (Holland)	1:18,9 Min.
2.	Mastenbroek (Holland)	1:19,2 „
3.	Bridges (Amerika)	1:19,4 „

Kunstspringen

1.	Gestring (Amerika)	89,27 Punkte
2.	Rawls (Amerika)	88,35 „
3.	Poynton-Hill (Amerika)	82,36 „

Turmspringen

1.	Poynton-Hill (Amerika)	33,93 Punkte
2.	Dunn (Amerika)	33,63 „
3.	Köhler (Deutschland)	33,43 „

Turnen

Zwölfkampf (Einzel)

1. Schwarzmann (Deutschland)
2. Mack (Schweiz)
3. Frey (Deutschland)

Zwölfkampf (Länderwertung)

1. Deutschland
2. Schweiz
3. Finnland

Reck

1. Saarvala (Finnland)
2. Frey (Deutschland)
3. Schwarzmann (Deutschland)

Barren

1. Frey (Deutschland)
2. Reusch (Schweiz)
3. Schwarzmann (Deutschland)

Pferd quer

1. Frey (Deutschland)
2. Mack (Schweiz)
3. Bachmann (Schweiz)

Pferd lang

1. Schwarzmann (Deutschland)
2. Mack (Schweiz)
3. Volz (Deutschland)

Ringe

1. Hudeck (Tschechoslowakei)
2. Stukelj (Jugoslawien)
3. Volz (Deutschland)

Freiübungen

1. Miez (Schweiz)
2. Walter (Schweiz)
3. Frey (Deutschland)

Frauen-Mannschaftskampf

1. Deutschland
2. Tschechoslowakei
3. Ungarn

Radfahren

1000-Meter-Malfahren

1. Merkens (Deutschland)
2. van Vliet (Holland)
3. Chaillot (Frankreich)

1000-Meter-Zeitfahren

1. van Vliet (Holland)
2. Georget (Frankreich)
3. Karsch (Deutschland)

2000-Meter-Tandemfahren

1. Deutschland
2. Holland
3. Frankreich

4000-Meter-Mannschafts-Verfolgungsfahren

1. Frankreich
2. Italien
3. England

100-Kilometer-Straßenfahren

1. Charpentier (Frankreich)
2. Lapebie (Frankreich)
3. Nievergelt (Schweiz)

Straßenfahren (Mannschaftswertung)

1. Frankreich
2. Schweiz
3. Belgien

Fechten

Florett-Einzel

1. Gaudini (Italien)
2. Garbère (Frankreich)
3. Bocchino (Italien)

Florett-Mannschaft

1. Italien
2. Frankreich
3. Deutschland

Florett (Frauenkämpfe)

1. Elek (Ungarn)
2. Mayer (Deutschland)
3. Preis (Oesterreich)

Degen-Einzel

1. Riccardi (Italien)
2. Ragno (Italien)
3. Cornaggia (Italien)

Degen-Mannschaft

1. Italien
2. Schweden
3. Frankreich

Säbel-Einzel

1. Kabos (Ungarn)
2. Marzi (Italien)
3. Gerey (Ungarn)

Säbel-Mannschaft

1. Ungarn
2. Italien
3. Deutschland

Schießen

Schnellfeuer-Pistolenschießen

(Beliebig automatische Pistolen oder Revolver, 25 Meter)

1. van Oyen (Deutschland)
2. Hax (Deutschland)
3. Ullmann (Schweden)

Beliebige Scheibenpistolen (50 Meter)

1. Ullmann (Schweden)
2. Krempel (Deutschland)
3. des Jammonnières (Frankreich)

Kleinkaliber

1. Rögeberg (Norwegen)
2. Dr. Berzsenyi (Ungarn)
3. Karas (Polen)

Rudern

Einer

1. Schäfer (Deutschland)
2. Hasenöhrl (Oesterreich)
3. Barrow (Amerika)

Zweier ohne Steuermann

1. Deutschland
2. Dänemark
3. Argentinien

Zweier mit Steuermann

1. Deutschland
2. Italien
3. Frankreich

Doppelzweier

1. England
2. Deutschland
3. Polen

Vierer ohne Steuermann

1. Deutschland
2. England
3. Schweiz

Vierer mit Steuermann

1. Deutschland
2. Schweiz
3. Frankreich

Achter

1. Amerika
2. Italien
3. Deutschland

Kanu

Kajak-Einer 10 000 Meter

1. Krebs (Deutschland)
2. Landertinger (Oesterreich)
3. Riedel (Amerika)

Kajak-Zweier 10 000 Meter

1. Deutschland
2. Oesterreich
3. Schweden

Faltboot-Einer 10 000 Meter

1. Hradetzky (Oesterreich)
2. Eberhardt (Frankreich)
3. Hörmann (Deutschland)

Faltboot-Zweier 10 000 Meter

1. Schweden
2. Deutschland
3. Holland

Kanadier-Zweier 10 000 Meter

1. Tschechoslowakei
2. Kanada
3. Oesterreich

Kajak-Einer 1000 Meter

1. Hradetzky (Oesterreich)
2. Cämmerer (Deutschland)
3. Kraaier (Holland)

Kajak-Zweier 1000 Meter

1. Oesterreich
2. Deutschland
3. Holland

Kanadier-Einer 1000 Meter

1. Amyot (Kanada)
2. Karlik (Tschechoslowakei)
3. Koschik (Deutschland)

Kanadier-Zweier 1000 Meter

1. Tschechoslowakei
2. Oesterreich
3. Kanada

Segeln

Acht-Meter-Rennklasse

1. Reggio (Italien), Boot „Italia"
2. Ditlev-Simonsen (Norwegen), Boot „Silja"
3. Howaldt (Deutschland), Boot „Germania III"

Sechs-Meter-Rennklasse

1. Bellville (England), Boot „Lalage"
2. Konow (Norwegen), Boot „Lully II"
3. Salén (Schweden), Boot „May be"

Starklasse

1. Dr. Bischoff (Deutschland), Boot „Wannsee"
2. Laurin (Schweden), Boot „Sunshine"
3. Maas (Holland), Boot „Bem II"

Olympia-Einheitsjollen-Klasse

1. Kagchelland (Holland), Boot „Nürnberg"
2. Krogmann (Deutschland), Boot „Rostock"
3. Scott (England), Boot „Potsdam"

Boxen

Fliegengewicht

1. Kaiser (Deutschland)
2. Matta (Italien)
3. Laurie (Amerika)

Bantamgewicht

1. Sergo (Italien)
2. Wilson (Amerika)
3. Ortiz (Mexiko)

Federgewicht
1. Casanovas (Argentinien)
2. Catterall (Südafrika)
3. Miner (Deutschland)

Leichtgewicht
1. Harangi (Ungarn)
2. Stepulov (Estland)
3. Agren (Schweden)

Weltergewicht
1. Suvio (Finnland)
2. Murach (Deutschland)
3. Petersen (Dänemark)

Mittelgewicht
1. Despeaux (Frankreich)
2. Tiller (Norwegen)
3. Villarreal (Argentinien)

Halbschwergewicht
1. Michelot (Frankreich)
2. Vogt (Deutschland)
3. Risiglione (Argentinien)

Schwergewicht
1. Runge (Deutschland)
2. Lovell (Argentinien)
3. Nilsen (Norwegen)

Ringen

Freistil:

Bantamgewicht
1. Zombori (Ungarn)
2. Flood (Amerika)
3. Herbert (Deutschland)

Federgewicht
1. K. Pihlajamäki (Finnland)
2. Millard (Amerika)
3. Joensson (Schweden)

Leichtgewicht
1. Karpati (Ungarn)
2. Ehrl (Deutschland)
3. H. Pihlajamäki (Finnland)

Weltergewicht
1. Lewis (Amerika)
2. Andersson (Schweden)
3. Schleimer (Kanada)

Mittelgewicht
1. Poilvé (Frankreich)
2. Voliva (Amerika)
3. Kirecci (Türkei)

Halbschwergewicht
1. Fribell (Schweden)
2. Neo (Estland)
3. Siebert (Deutschland)

Schwergewicht
1. Palusalu (Estland)
2. Klapuch (Tschechoslowakei)
3. Nyström (Finnland)

Griechisch-römisch:
Bantamgewicht
1. Lörincz (Ungarn)
2. Svensson (Schweden)
3. Brendel (Deutschland)

Federgewicht
1. Erkan (Türkei)
2. Reini (Finnland)
3. Karlsson (Schweden)

Leichtgewicht
1. Koskela (Finnland)
2. Herda (Tschechoslowakei)
3. Väli (Estland)

Weltergewicht
1. Svedberg (Schweden)
2. Schäfer (Deutschland)
3. Virtanen (Finnland)

Mittelgewicht
1. Johansson (Schweden)
2. Schweikert (Deutschland)
3. Palotas (Ungarn)

Halbschwergewicht
1. Cadier (Schweden)
2. Bietags (Lettland)
3. Neo (Estland)

Schwergewicht
1. Palusalu (Estland)
2. Nyman (Schweden)
3. Hornfischer (Deutschland)

Gewichtheben
Federgewicht
1. Terlazzo (Amerika)
2. Soliman (Aegypten)
3. Shams (Aegypten)

Leichtgewicht
1. Mesbah (Aegypten)
2. Fein (Oesterreich)
3. Jansen (Deutschland)

Mittelgewicht

1. El Touni (Aegypten)
2. Ismayr (Deutschland)
3. Wagner (Deutschland)

Halbschwergewicht

1. Hostin (Frankreich)
2. Deutsch (Deutschland)
3. Wasif (Aegypten)

Schwergewicht

1. Manger (Deutschland)
2. Psenicka (Tschechoslowakei)
3. Luhaäär (Estland)

Rasenspiele

Fußball

1. Italien
2. Oesterreich
3. Norwegen

Handball

1. Deutschland
2. Oesterreich
3. Schweiz

Hockey

1. Indien
2. Deutschland
3. Holland

Basketball

1. Amerika
2. Kanada
3. Mexiko

Polo

1. Argentinien
2. England
3. Mexiko

Reiten

Große Dressurprüfung (Einzelkampf)

1. Pollay (Deutschland)
2. Gerhard (Deutschland)
3. Podhajsky (Oesterreich)

Große Dressurprüfung (Mannschaftskampf)

1. Deutschland
2. Frankreich
3. Schweden

Military (Einzelkampf)

1. Stubbendorf (Deutschland)
2. Thomson (Amerika)
3. Lunding (Dänemark)

Military (Mannschaftskampf)

1. Deutschland
2. Polen
3. England

Jagdspringen (Einzelkampf)

1. Hasse (Deutschland)
2. Rang (Rumänien)
3. v. Platthy (Ungarn)

Jagdspringen (Mannschaftskampf, „Preis der Nationen“)

1. Deutschland
2. Holland
3. Portugal

Moderner Fünfkampf

1. Handrick (Deutschland)
2. Leonard (Amerika)
3. Abba (Italien)

13. Abschnitt:

Aufbau im Arbeitsdienst

Der Arbeitsdienst, der am 20. Juni 1935 durch das Reichsarbeitsdienstgesetz (siehe Band 1935, Seite 199 bis 200) zum Reichsarbeitsdienst (RAD.) mit Arbeitsdienstpflicht für die männliche Jugend geworden war, berief zum Frühjahr 1936 den zweiten Jahrgang (1915) der Arbeitsdienstpflichtigen ein. Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes gab im Februar bekannt, daß zum 1. April einberufen werden:

Einberufung des Jahrgangs 1915

1. Arbeitsdienstpflichtige, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1915 geboren sind und die bei der Musterung 1935 „tauglich 1 oder 2" befunden wurden, soweit sie nach ihrem „Vorläufigen Entscheid" für die Einberufung zum 1. April 1936 vorgemerkt sind.
2. Wehrmachtfreiwillige, die von ihren Truppenteilen zum 1. Oktober 1936 angenommen sind und die ihrer Arbeitsdienstpflicht noch nicht genügt haben, soweit sie nicht ausnahmsweise von der Ableistung des Arbeitsdienstes ausdrücklich befreit wurden.
3. Bewerber, die sich als „vorzeitig Dienende" oder „länger dienende Freiwillige" um Einstellung in den Reichsarbeitsdienst beworben haben, soweit sie bis 10. März 1936 eine Mitteilung über ihre erfolgte Annahme erhalten." —

Gewaltiges wurde auch im Jahre 1936 vom Arbeitsdienst geschaffen. Insbesondere sei — als eins von vielen Beispielen — an die Kultivierung des Emslandes erinnert, die im Vorjahre in Angriff genommen worden war (siehe Band 1935, Seite 204) und die rüstige Fortschritte genommen hatte. Im März besichtigte der Reichsarbeitsführer Pg. Hierl den Stand der großzügigen Entwässerungs- und Planungsarbeiten in dem riesigen Moorgebiet, und gegen Jahresende berichtete die NSK. (Folge 263 vom 10. November) über die zu schaffenden Möglichkeiten:

Der RAD. im Emsland

„... Wie groß der Erfolg sein kann gerade im Hinblick auf die Versorgung unseres Viehs mit wertvollen Futtermitteln, zeigen die Gegenden, in denen schon Moorflächen in Kultur genommen und als Weide angelegt sind. Gerade für Weiden eignen sich die Moorflächen sehr gut. Das Moor zieht aus dem feuchten Untergrund das Wasser nach oben, und auch in den heißesten Monaten sind Moorwiesen meist ausgezeichnet bewachsen. Auf der anderen Seite lassen sich die Abzugsgräben des Moores anstauen, und durch das steigende Grundwasser ist die Grasnarbe ebenfalls gut mit Wasser versehen. Wer dazu die Wiesen und Weiden gut pflegt, erhält hier eine Zusammen-

setzung des Grases, das ein ganz hervorragendes Futter bietet. Oben im Emsland z. B. hat der Staat inmitten eines etwa 8000 Hektar großen Gebietes, in dem sich hauptsächlich Kleinbetriebe befinden, drei Domänen angelegt, die für die Umgegend beispielgebend sein und Versuche in der immerhin schwierigen Bearbeitung des Moorbodens geben sollen.

Gerade hier sind sehr interessante Versuche in bezug auf das wirtschaftseigene Futter gemacht worden. Während in vielen anderen Betrieben durch das Fehlen ausländischen eiweißhaltigen Futters anfangs über einen Rückgang des Milch- und Fettertrages geklagt wurde, ist hier im Gegenteil ein steigender Ertrag zu verzeichnen, der neben züchterischen Ursachen seinen Grund in der guten Beschaffenheit des Futters und seiner stetigen Verbesserung findet. So ergab sich im Jahre 1931 bei einer Herde von 32 Kühen ein Milchdurchschnitt von 4294 Kilogramm Milch je Kuh bei 3,33 v. H. Fett. 1932 waren es 4428 Kilogramm Milch bei 3,23 v. H. Fett, und 1933 4489 Kilogramm Milch bei 3,16 v. H. Fett. 1934 bestand die Herde aus 44 Kühen, und trotzdem war der Milchdurchschnitt immer noch 4460 Kilogramm bei 3,30 v. H. Fett. 1935, also zu einer Zeit, in der hier überhaupt kein ausländisches eiweißhaltiges Kraftfutter mehr gegeben wurde, war der Durchschnitt pro Kuh bei einer Herde von 45 Stück 4946 Kilogramm bei 3,42 v. H. Fett. Das ist, wer die Verhältnisse in der Viehzucht kennt, eine ganz ausgezeichnete Leistung, die zeigt, was auf diesen trostlosen Flächen für Erfolge erzielt werden können. Vor den Augen eines jeden, der hier oben mit am Werke steht in der Gewinnung von Moor und Heide zu wertvollem Ackerland, werden diese Zahlen immer ein Ansporn sein und ein Beweis dafür, welche Möglichkeiten hier noch für die Besserung der Fettversorgung, diesem schwierigsten Problem der deutschen Ernährungswirtschaft, liegen." —

Ueber die umfassende Arbeit des Reichsarbeitsdienstes insgesamt und die Aufbringung der hier erforderlichen Mittel berichtete der „Völkische Beobachter" am 3. März u. a.: Arbeitsaufgaben und Finanzierung des RAD.

Die Arbeitsaufgaben.

Der Reichsarbeitsdienst ist fast ausschließlich für die Arbeit am deutschen Boden eingesetzt. Träger der Arbeit sind öffentlich-rechtliche Körperschaften, wie Wasser- und Bodenverbesserungsgenossenschaften, Landesbauernschaften u. a. Von den im Sommerhalbjahr 1935 insgesamt geleisteten Tagewerken entfielen mehr als die Hälfte (53 v. H.) auf die Landeskulturarbeiten. Es handelt sich hierbei um Entwässerung von Kulturland, Flußregulierung, Hochwasserschutz, Kultivierung von Moor- und Oedland, Neulandgewinnung und Flurbereinigung. Weitere 15 v. H. der geleisteten Tagewerke entfielen auf den Bau von Feld- und Wirtschaftswegen, 12 v. H. auf Forstarbeiten, wie Aufforstung, Rodung und Feldwegebau. Für die Herrichtung von Siedlungs- und Gartenland — zumeist im Rahmen der Stadtsiedlung — wurden 5 v. H. der Tagewerke aufgewandt. Als „Sonstige Arbeiten" sind Katastrophenschutz (Einsatz bei Moor- und Waldbränden, Eisgang, Ueberschwemmungen), Hafenarbeiten, Nebenarbeiten für Talsperren, Erntenothilfe sowie der Aufbau der eigenen Lager zusammengefaßt. — In den Arbeitsgauen war das Verhältnis der einzelnen Werkarten zueinander verschieden.

Durch die Bodenbenutzungserhebung des Statistischen Reichsamts vom Jahre 1935 wurde für das jetzige Reichsgebiet eine landwirt-

schaftliche Nutzfläche von 28,64 Millionen Hektar ermittelt. Fast ein Drittel dieser Fläche bedarf nach anderweitigen amtlichen Schätzungen der Entwässerung. Durch Moor- und Oedlandkultivierung, Feldbereinigung, Hochwasserregulierung und Eindeichung können Millionen Hektar kulturfähigen Bodens gewonnen oder in der Ertragsfähigkeit gesteigert werden. Unter Zugrundelegung dieser Arbeitsmöglichkeiten hat das Planungsamt der Reichsleitung des Arbeitsdienstes Arbeitsvorhaben für mehr als zwei Jahrzehnte nachgewiesen.

Kosten und Finanzierung.

Am 1. April 1934 wurde der männliche Arbeitsdienst finanziell von der Reichsanstalt gelöst. Das Reich übernahm die alleinige Finanzierung mit einem Jahreshaushalt von rund 200 Millionen RM. Ein reichliches Viertel dieser Summe entfällt, bei einem täglichen Satz von 82 Rpf. je Kopf, auf die Verpflegung. Auf die Löhnung sowie auf die Bekleidungskosten dürfte zusammen abermals ein Viertel des Gesamthaushalts entfallen. Ein weiterer großer Teil der Gesamtausgaben wird für Unterkunft, für Einrichtungsgegenstände und Lehrmittel, für den Heildienst, für die Anschaffung von Arbeits- und Sportgeräten, Transportmitteln und schließlich für die Verwaltung sowie die Führerschulen aufgewandt. Im Haushaltsjahr 1933/34 wurden u. a. allein für rund 15 Millionen RM. Aufträge an die holz- und metallverarbeitenden Gewerbe erteilt. Der noch verbleibende Teil der Haushaltsmittel dient der Besoldung der Führer.

Nach den Berechnungen der Reichsleitung des Arbeitsdienstes ist durch den Einsatz des Arbeitsdienstes eine jährliche Ertragssteigerung des deutschen Bodens im Werte von mehr als 20 Mill. RM. zu erreichen.

Reichstagung des Arbeitsdienstes

Angesichts des umfassenden Aufbauprogramms des Reichsarbeitsdienstes konnte Pg. Hierl bei der Reichstagung des Arbeitsdienstes (in Eisenach vom 7. bis 9. Mai) mit Recht erklären:

„Wir müssen uns als Nationalsozialisten angewöhnen, nicht in Tagen und Jahren, sondern in Jahrzehnten und Jahrhunderten zu denken. Wir haschen daher auch nicht nach dem rasch verrauschenden Beifall des Tages, sondern wollen uns bemühen, vor dem Urteil der Geschichte noch nach Jahrhunderten zu bestehen."

Reichsarbeitsführer Pg. Hierl Reichsleiter der NSDAP.

Die gewaltige Leistung des Arbeitsdienstes würdigte der Führer in seiner Verfügung vom 10. September 1936 (anläßlich des Tages des Arbeitsdienstes im Rahmen des Parteitages — siehe 15. Abschnitt):

„Ich ernenne mit Wirkung vom heutigen Tage den Parteigenossen Konstantin Hierl in Würdigung seiner einmaligen Verdienste um den Aufbau des Deutschen Reichsarbeitsdienstes zum Reichsleiter der NSDAP.

Nürnberg, den 10. September 1936.

Adolf Hitler."

Es sei in diesem Zusammenhang auch nochmals an die ehrende Verleihung des Charakters eines Generalmajors an Pg. Hierl vom 20. Mai (siehe 5. Abschnitt) erinnert.

Am 26. September folgte der äußerst wichtige „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der Dienstzeit des Reichsarbeitsdienstes und die Stärke des Reichsarbeitsdienstes und des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend“, der folgenden Wortlaut hatte:

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der Dienstzeit des Reichsarbeitsdienstes und die Stärke des Reichsarbeitsdienstes und des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend

„Zu den §§ 3 und 9 des Reichsarbeitsdienstgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 769) bestimme ich:

Artikel 1

Für alle arbeitsdienstfähigen Wehrpflichtigen beträgt die Dienstzeit im Reichsarbeitsdienst ein halbes Jahr.

Artikel 2

Die Stärke des Reichsarbeitsdienstes ist innerhalb der Zeit vom Oktober 1936 bis Anfang Oktober 1937 auf 230000 Mann (einschließlich Stammpersonal), in der Zeit bis Anfang Oktober 1938 auf 275000 Mann (einschließlich Stammpersonal), in der Zeit bis Anfang Oktober 1939 auf 300000 Mann (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen.

Artikel 3

Der vorläufig noch auf freiwilligem Eintritt beruhende Arbeitsdienst für die weibliche Jugend ist planmäßig zur Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht weiter zu entwickeln.

Die Stärke des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend ist in der Zeit vom April 1937 bis März 1938 auf 25000 Arbeitsmaiden (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen.

Artikel 4

Die Reichsstelle für Raumordnung hat den Reichsarbeitsführer zu unterstützen, um ihm die Möglichkeit zum zweckentsprechenden Einsatz des verstärkten Reichsarbeitsdienstes im Sinne der Sicherung der Ernährungsfreiheit und der Rohstoffgewinnung in Deutschland zu verschaffen.“

Damit war nun auch der Weg zur Verwirklichung der gesetzlich bereits vorgesehenen weiblichen Arbeitsdienstpflicht beschritten worden. Und der Augenblick ist nicht mehr fern, da alle deutschen Mädchen durch die segensreiche Schule des weiblichen Arbeitsdienstes gehen werden, über den der berühmte schwedische Forscher Sven Hedin im August — nach dem Besuch eines Lagers bei Berlin — ins Gästebuch schrieb:

Auf dem Wege zur weiblichen Arbeitsdienstpflicht

„Es war mir eine unvergleichliche Freude, die jungen Mädchen in Elisabethhöhe zu sehen und kennenzulernen, und ich bin überzeugt, daß sie alle durch ihre Schulung im Arbeitsdienst nützlich für ihr großes Vaterland werden. — Es leben die Mädchen Deutschlands!

Sven Hedin.“

Zahlreiche Bestimmungen und Verordnungen des Jahres 1936 dienten der weiteren Ausgestaltung des Reichsarbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht. Erwähnt seien die in Verbindung mit der Wehrmacht erlassenen Bestimmungen (siehe 5. Abschnitt): die „An-

Weitere Bestimmungen zur Ausgestaltung des RAD.

ordnung über die Erfassung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland für den aktiven Wehrdienst und Reichsarbeitsdienst im Jahre 1936" vom 6. März und das „Gesetz über die Unterstützung der Angehörigen der einberufenen Wehrpflichtigen und Arbeitsdienstpflichtigen (Familienunterstützungsgesetz)" vom 30. März. Genannt seien ferner die „Dienststrafordnung für die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes" vom 25. Februar, die in den wesentlichen Punkten der am 8. Januar 1935 verkündeten Dienststrafordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes (siehe Band 1935, Seite 194 bis 195) entsprach, und das „Gesetz über die vorläufige Reichsarbeitsdienstversorgung" vom 23. April, das sich mit der Versorgung der aus dem RAD. Ausgeschiedenen befaßt. Hervorgehoben sei außerdem der Aufbau des Gesundheitsdienstes im RAD., dessen Aufgaben sich auf Gesundheitsführung, Krankheitsverhütung und Krankheitsbeseitigung ererstrecken. —

Dienststrafordnung für die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes

Gesetz über die vorläufige Reichsarbeitsdienstversorgung

Gesundheitsdienst im RAD.

Ausländische Besuche

Die vorbildliche deutsche Leistung, die im Reichsarbeitsdienst zum Ausdruck kommt, fand in weitem Maße auch die Anerkennung und Bewunderung des Auslands. 3561 Ausländer besuchten im Jahre 1936 das Lager des RAD., unter ihnen — wie der „Arbeitsmann" (Folge 7 vom 13. Februar 1937) berichtet —

„... 973 Engländer,
376 Franzosen,
208 Nordamerikaner (USA.),
170 Norweger,
156 Polen,
154 Holländer,
102 Rumänen,
101 Schweden,
75 Jugoslawen,
74 Ungarn,
72 Türken,
59 Japaner,
50 Chinesen,
39 Schweizer,
32 Belgier,
18 Italiener,
13 Kanadier,

fernerhin noch Bulgaren, Oesterreicher, Griechen, viele Persönlichkeiten aus Indien englischer wie indischer Abkunft. Sehr stark war das südamerikanische Element vertreten (weit über 100 Personen), dazu sehr viele Angehörige aus dem Raume Australiens und des Stillen Ozeans usw.

Durch die Arbeitsgauführer im Reich wurde fast 3000 ausländischen Besuchern Gelegenheit gegeben, den Reichsarbeitsdienst kennenzulernen. Die Abteilung für auswärtige Angelegenheiten und Aufklärung beim Reichsarbeitsführer hat im Jahre 1936 allein für sich 660 meist führende Persönlichkeiten fremder Staaten,

Persönlichkeiten der Regierungen sowie der Politik, Wirtschaft und Kultur in die Lager und zu den Arbeitsstätten geführt..." —

Neben der Verbesserung des deutschen Bodens und der Gewinnung und Urbarmachung von Neuland durch den Arbeitsdienst des Dritten Reiches sei aber nicht zuletzt auch der Tatsache gedacht, daß in allen Teilen unseres Vaterlandes in zahlreichen Fällen die Männer des RAD. Haus, Hof und Leben der Volksgenossen und wertvollste Wirtschaftsgüter der Nation vor Katastrophen gerettet haben. Und erinnert sei zum Beispiel daran, wie bei der großen Sturmflut der Nordsee (in den ersten Dezembertagen) 600 Arbeitsmänner das Dorf Hechthausen vor der Vernichtung bewahrt, seine Bauern und deren Ernte durch ihren mutigen Einsatz gerettet haben. Sie haben ihre Pflicht in dem Geiste getan, der in den Worten ihres Reichsarbeitsführers Pg. Hierl (am 20. September bei der Verabschiedung ausscheidender Arbeitsmänner auf der Loppower Schanze bei Landsberg [Warthe]) zum Ausdruck kam: „Unser ganzes Leben soll ein großer Arbeitsdienst für Deutschland sein!"

Katastrophenschutz

Die Rettung von Hechthausen

14. Abschnitt:

Zweijährige Dienstpflicht im deutschen Volksheer

Zweijährige Dienstpflicht

Das bedeutendste Ereignis in der Entwicklung der deutschen Wehrmacht in der zweiten Jahreshälfte 1936 war die Verlängerung der Dienstpflicht auf 2 Jahre. Die gewaltigen Rüstungen in der Welt, insbesondere aber die ungeheueren Kriegsvorbereitungen im bolschewistischen Sowjetrußland, machten es zur zwingenden Pflicht, den Schutz des deutschen Friedens entsprechend zu verstärken. Und Adolf Hitler handelte: Am 24. August erging der „Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht" (dessen Text im 11. Abschnitt bereits wiedergegeben wurde — ebenso wie der Text der diesem Erlaß folgenden Ausführungsbestimmungen des Reichskriegsministers), der die zweijährige Dienstpflicht einführte. Und die jungen Soldaten, die jetzt annähernd ein Jahr gedient hatten, trugen nun den grauen Rock noch ein weiteres Jahr. Aber es gab keinen, der darüber geklagt hätte — auch wenn er nun ein weiteres Jahr dem Berufsleben fernbleiben mußte — denn wenn er nicht von allein erkannt haben sollte, was die gewaltigen Rüstungen der Welt von Deutschland erforderten, so genügte es doch für ihn, daß es der Führer für notwendig befunden und daher angeordnet hatte. Zweijährige Dienstpflicht — in diesem Rahmen ging nun der weitere Aufbau der Wehrmacht vor sich. —

Gesetz über die Wiedereinrichtung eines Obersten Gerichtshofes der Wehrmacht

Als Ereignis von besonderer Bedeutung ist die Schaffung des „Gesetzes über die Wiedereinrichtung eines Obersten Gerichtshofes der Wehrmacht" vom 26. Juni anzusehen, das folgenden Wortlaut hat:

„Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Auf der Grundlage der Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 wird ein Oberster Gerichtshof der Wehrmacht wiedereingerichtet.

§ 2

Der Reichskriegsminister hat die zur Ueberleitung und Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften zu erlassen. Er wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz

1. die geltende Militärstrafgerichtsordnung und andere Gesetze, die mit der Wiedereinführung der Militärstrafgerichtsbarkeit zu-

sammenhängen, besonders die Vorschriften über die Zuständigkeit des Reichsgerichts und des Volksgerichtshofes in Strafsachen der Wehrmacht, zu ändern, dabei auch einzelne Vorschriften zeitgemäß fortzubilden,

2. Vorschriften zur Ueberleitung laufender Strafsachen auf den Obersten Gerichtshof der Wehrmacht zu erlassen,
3. den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neuregelung zu bestimmen,
4. den Wortlaut der neugefaßten Militärstrafgerichtsordnung, soweit erforderlich unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen, im Reichsgesetzblatt bekanntzugeben."

Durch die Schaffung dieses Obersten Gerichtshofs hatte die Wehrmacht wieder eine in sich geschlossene eigene Gerichtsbarkeit: Die Militärgerichtsbarkeit trat jetzt auch in letzter Instanz an die Stelle des Reichsgerichts. Die NSK. (Folge 149 vom 30. Juni) berichtet über die nunmehr zum Abschluß gekommene Entwicklung:

„Die deutsche Wehrmacht hat wieder ihre völlig eigene Gerichtsbarkeit. Durch Gesetz ist der Wehrmacht auch die dritte Instanz der Strafgerichtsbarkeit zurückgegeben worden, die bisher durch das Reichsgericht ausgeübt wurde.

In der deutschen Militärgerichtsbarkeit spiegelt sich recht eindrucksvoll das Auf und Ab unserer gesamtdeutschen Geschichte wieder. Durch Gesetz vom 1. Dezember 1898 wurde für die kaiserliche Armee und Marine die Militärstrafgerichtsordnung eingeführt. Sie gab dem Militär eigene Gerichte, Kriegsgericht, Oberkriegsgericht und Reichsmilitärgericht, und eigene Anklagevertreter, die Gerichtsherren. Die Militärstrafgerichtsordnung, die am 1. Oktober 1900 in Kraft trat, wurde aus der Erkenntnis geschaffen, daß der Soldatenstand mit seinen besonderen Aufgaben, seinem besonderen Wesen und der weitaus schärferen Disziplin (gegenüber dem Zivilleben) einen besonderen Gerichtsstand brauchte, in dem Richter und Anklagevertreter ebenfalls Soldaten waren, das heißt Männer, die aus der Truppe hervorgegangen waren und ständig mit der Truppe in Verbindung blieben. Denn nur sie können wirklich erkennen, wie ein Vergehen eines Soldaten zu beurteilen ist.

Als 1918 die Sozialdemokraten dem deutschen Heere in den Rücken fielen, wurde auch die Militärgerichtsbarkeit aufgegeben. Die Verfassung der Republik bestimmte in ihrem Artikel 106 ausdrücklich:

„Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben außer für Kriegszeiten und an Bord der Kriegsschiffe. Das Nähere regelt ein Reichsgesetz"...

... An die Stelle der Militärgerichte traten nunmehr die ordentlichen Strafgerichte, die zu urteilen hatten ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Soldaten oder Zivilpersonen handelte.

Als aber das Dritte Reich erstand und Deutschland unter Adolf Hitler seinen Weg zu neuer Größe antrat, da wurde auch das Soldatentum zu neuen Ehren erhoben. Bereits am 12. Mai 1933, also mitten im revolutionären Vordringen der Bewegung, wurde durch ein neues Gesetz die Militärgerichtsbarkeit auf Grund der alten Militärstrafgerichtsordnung wieder eingeführt. In der amtlichen Begründung zu diesem Gesetz heißt es:

„Da sich infolge der nationalen Erhebung die politischen Verhältnisse durchgreifend geändert haben, erscheint der Zeitpunkt gekommen,

die Militärgerichtsbarkeit wiederherzustellen, um das für die militärische Disziplin und Eigenart auf dem Gebiete der Strafrechtspflege Notwendige zu gewährleisten und die Gefahren, die im Falle eines Krieges auf diesem Gebiete entstehen würden, endgültig zu bannen. Eine Garantie für gerechte und angemessene Entscheidungen ist aber nur dann gegeben, wenn Strafverfolgungsbehörde und Gerichte die Verhältnisse, aus denen die abzuurteilende Tat entsprungen ist, möglichst genau kennen."

Aus Kostenersparnisgründen wurde im Jahre 1933 jedoch von der Schaffung eines Reichsmilitärgerichts als dritter Instanz abgesehen und statt dessen dem Reichsgericht die Spruchtätigkeit in letzter Instanz übertragen...

Es sind nunmehr, nachdem inzwischen auch die allgemeine Wehrpflicht und mit der Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone die absolute Wehrhoheit des Deutschen Reiches wiedergewonnen ist, die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden. Durch ein Rahmengesetz von äußerster Kürze ist der deutschen Wehrmacht ein eigener Oberster Gerichtshof wiedergegeben worden, der in Zukunft in militärischen Strafsachen das Reichsgericht ablösen wird. Durch die Schaffung dieses Obersten Gerichtshofes — über dessen Namen, Gestaltung, Besetzung usw. der Reichskriegsminister in Uebereinstimmung mit dem Reichsminister der Justiz in Rechtsverordnungen weitere Bestimmungen treffen wird — ist auch die Einheitlichkeit der Strafrechtspflege der drei Wehrmachtsteile Heer, Marine, Luftwaffe unter Beachtung der militärischen Notwendigkeiten gewährleistet. Das neue Gesetz dient der Aufrechterhaltung der Schlagkraft und der Geschlossenheit unserer neuen deutschen Wehrmacht."

Am 1. Oktober trat dann das neue Reichskriegsgericht zusammen und wurde am 29. Oktober vom Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generalfeldmarschall von Blomberg, feierlich eröffnet. —

„Gneisenau" und „Scharnhorst"

Die Marine erlebte eine wertvolle Verstärkung durch den Stapellauf der Ersatzbauten für die ausgeschiedenen Linienschiffe „Elsaß" und „Hessen": am 3. Oktober und 8. Dezember liefen die beiden 26000-Tonnen-Schlachtschiffe, die im Rahmen des deutsch-englischen Flottenvertrages (siehe Band 1935, Seite 174 bis 175) gebaut worden sind, vom Stapel und wurden auf die Namen „Scharnhorst" und „Gneisenau" getauft.

Neubauten der Kriegsmarine

Außerdem wurden im Jahre 1936 als Kriegsschiffe erster Ordnung (auf die sich der deutsch-englische Flottenvertrag bezieht) in Auftrag gegeben:

1 Schlachtschiff mit 35000 Tonnen,
1 schwerer Kreuzer mit 10000 Tonnen,
6 Torpedobootzerstörer mit je 1811 Tonnen,
4 Unterseeboote mit je 500 Tonnen,
4 Unterseeboote mit je 250 Tonnen,
1 Flugzeugträger.

Von den alten Linienschiffen standen noch im Dienst: „Hannover", „Schlesien" und „Schleswig-Holstein". Da sie aber im Rahmen der Flotte zugunsten der neuen Panzerschiffe an Bedeutung verloren

hatten, wurde der Befehlshaber der Linienschiffe in „Befehlshaber der Panzerschiffe" umbenannt. Einen besonders wertvollen Zuwachs für die Flotte bildeten die Unterseeboote, von denen Ende des Jahres alle vorgesehenen 36 Boote mit Ausnahme von U 32 im Dienst standen. Aus den U-Booten wurden zwei Flottillen gebildet, welche die Namen „Weddigen" und „Salzwedel" zum ehrenden Gedächtnis erhielten. Die Torpedoboote konnten außer Dienst gestellt werden, da der für sie vorgesehene Ersatz, die Zerstörer 1—10, Ende des Jahres kurz vor der Vollendung stand.

U-Boot-Flottillen „Weddigen" und „Salzwedel"

Einen schmerzlichen Verlust erlitt die deutsche Kriegsmarine am 20. November, als das Unterseeboot U 18 von der Unterseebootsflottille Weddigen während einer Torpedoschießübung in der Lübecker Bucht infolge eines Zusammenstoßes sank. Leider konnten nur 12 Mann der Besatzung gerettet werden; 8 deutsche Soldaten fanden den Tod. Sie wurden in Anwesenheit des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. h. c. Raeder, auf dem Kieler Garnisonsfriedhof beigesetzt. (Das U-Boot selbst konnte bald wieder gehoben und in Dienst gestellt werden.)

Untergang von U 18

Weite Auslandsreisen in alle Weltmeere führten die deutsche Flagge in die verschiedenen Erdteile und dienten dazu, den Ausbildungsgang der Flotte zu vervollkommnen. Und umgekehrt war auch die deutsche Kriegsmarine das Besuchsziel zahlreicher ausländischer Flotten, und Kriegsschiffe von 9 verschiedenen Nationen besuchten im Laufe des Jahres 1936 unsere Marine. — Bei dieser Gelegenheit sei an die kameradschaftliche Rückgabe der Schiffsglocke des im Weltkrieg von den Engländern versenkten deutschen Schlachtkreuzers „Hindenburg" erinnert: Am 17. August übergab in Kiel der Kommandant des englischen Kreuzers „Neptune", Kapitän Bedford, die Glocke dem Generaladmiral Raeder und sagte u. a.:

Auslandsreisen der Kriegsmarine

Ausländische Flottenbesuche

„... Die Rückgabe der Glocke an Sie am heutigen Tage soll ein Zeichen der Freundschaft sein, die die Marinen unserer beiden Nationen verbindet.

Während unseres Aufenthaltes hier in Kiel haben wir viele Beweise erfahren für die Kameradschaft, die zwischen deutschen und britischen Offizieren und Mannschaften herrscht.

Ich vertraue darauf, daß diese Glocke ein Zeitalter noch engerer Freundschaft nicht nur zwischen unseren Marinen, sondern auch zwischen unseren Nationen einläuten wird..."

Und der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine dankte für diesen Akt der Ritterlichkeit und schloß mit den Worten:

„... Diese Glocke wollen wir als ein Unterpfand betrachten für die Verwirklichung des Zieles unseres Führers, dessen Wille es ist, daß das deutsche Volk in Frieden und Eintracht mit dem stammverwandten englischen Volk leben möge, da ja keinerlei Interessen-

gegensätze zwischen ihnen bestehen. Dieser Wunsch wird von niemandem so ehrlich und so stark empfunden wie von der deutschen Kriegsmarine, die sich von jeher den englischen Seeleuten kameradschaftlich und menschlich verbunden fühlt.

In diesem Sinne nehme ich die Glocke des Schlachtkreuzers „Hindenburg" von Ihnen, Herr Kapitän, mit Dank an und überweise sie dem Flottenchef Admiral Foerster zur Anbringung auf dem Panzerschiff „Deutschland". —

Die deutsche Kriegsmarine in den spanischen Gewässern

Aehnlich wie das Heer durch die Rheinlandbesetzung (siehe 5. Abschnitt), so erhielt auch die Marine durch die im Laufe des Jahres ausgebrochenen Wirren in Spanien (siehe 11. Abschnitt) eine besondere Aufgabe: Einheiten der Flotte wurden in wechselnder Anzahl zum Dienst in die spanischen Gewässer abkommandiert, um Leib und Leben der dort wohnenden Deutschen zu schützen. Erfreulicherweise konnten unter ihrem Schutz etwa 15000 Flüchtlinge, vorwiegend deutsche Volksgenossen, sowie wertvolles deutsches Gut gerettet werden.

Die Wehrmacht bei den Olympischen Spielen

Tatkräftig setzte sich die Wehrmacht bei der Durchführung der Olympischen Spiele (siehe 12. Abschnitt) ein. Nicht zuletzt durch die Bereitstellung des Olympischen Dorfes, das überall ungeteilte Anerkennung fand, leistete sie wertvolle Hilfe bei den Vorbereitungen zu dem großen friedlichen Sportwettkampf der gesamten Welt. Bei den olympischen Wettkämpfen selbst war die Wehrmacht zahlreich und vor allem erfolgreich vertreten. Es gelang ihr, von den 33 goldenen Medaillen (die Deutschland gewann) 12 und von den 26 silbernen und den 30 bronzenen je 6 Medaillen zu erringen. Diese Leistung bedeutet einen besonders schönen Erfolg für die Wehrmacht, zumal ihr ja nicht mehr die gleiche Zeit (wie früher im 100000-Mann-Heere der 12jährigen Dienstzeit) für den Sport im Dienstbetriebe übriggeblieben ist. —

v. Mackensen Chef des Reiterregiments 5

Am 19. August fand in Stolp durch Generaloberst Frhr. von Fritsch die feierliche Uebergabe des Reiterregiments 5 an den durch den Führer und Obersten Befehlshaber zum Chef des Regiments ernannten Generalfeldmarschall von Mackensen statt.

Das Reiterregiment 5 führt u. a. die Tradition des ehemaligen Husarenregiments 5 weiter, das dem Generalfeldmarschall von Mackensen früher in seiner Eigenschaft als Kommandierender General des XVII. Armeekorps in Danzig unterstanden hatte.

General Milch in Rom

Am 15. Oktober begab sich der Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, General der Flieger Milch, nach Rom, wo er u. a. auch von Mussolini empfangen wurde und Einrichtungen der italienischen Luftwaffe besichtigte, — damit gleichzeitig die deutsch-italienische Freundschaft bekräftigend. —

Die Manöver der Wehrmacht

Eine große Anzahl von Uebungen aller Wehrmachtsteile bildete den Abschluß der Ausbildung im Laufe des Jahres. Die Luft-

waffe hielt große Uebungen, u. a. im Raume von Hamburg, ab, die einen Ueberraschungsangriff auf Hamburg darstellen sollten (19. Juli). Für das Heer fand die größte Abschlußübung in den großen Herbstmanövern des Gruppenkommandos II im Raume Vogelsberg-Rhön-Spessart-Mainlinie statt. Die Uebungen dauerten vom 21. bis 25. September ohne Unterbrechung und stellten das größte Manöver der Nachkriegszeit überhaupt dar. Trotzdem die Truppen nur eine einjährige Ausbildungszeit hinter sich hatten, zeigten sie sich den überaus großen Anforderungen vollauf gewachsen. In großem Umfange waren an den Manövern moderne motorisierte Waffen und die Luftwaffe beteiligt. Die Militärattachés der meisten ausländischen Mächte, sowie die führenden Männer der Partei, wohnten diesen Uebungen bei. Ein besonderer Ansporn zur Höchstleistung der Truppe war der Besuch des Führers bei den Manövern.

Generaloberst a. D. v. Seeckt †

Einen schmerzlichen Verlust erlitt die Wehrmacht durch den Tod des Generaloberst a. D. Hans von Seeckt, der am 27. Dezember in Berlin starb. Er ist der Schöpfer des 100000-Mann-Heeres der Reichswehr, die das Fundament bildete, auf dem die neue nationalsozialistische Wehrmacht in so rascher Zeit aufgebaut werden konnte. Noch kurz vorher war er von dem Führer anläßlich seines 70. Geburtstages zum Chef des Infanterieregiments 67 in Spandau ernannt worden. Sein Staatsbegräbnis auf dem Invalidenfriedhof in Gegenwart des Führers erlebte eine außerordentlich starke Beteiligung, insbesondere auch des Auslands. —

Weitere wehrrechtliche Bestimmungen

An Bestimmungen wehrrechtlicher Natur aus der zweiten Jahreshälfte 1936 sind noch zu erwähnen: eine allgemeine Verfügung betr. Wehrunwürdigkeit bei Bestrafung wegen staatsfeindlicher Betätigung (21. Juli), die die nationalsozialistische Auffassung vom Wehrdienst als Ehrendienst verwirklichte —, ferner die wichtige „Verordnung über Unterbringung ausgeschiedener Arbeitsmänner und Wehrpflichtiger“ vom 26. September, die bestimmte, daß ihnen bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst der Vorrang zusteht und daß sie auch bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen der freien Wirtschaft bevorzugt berücksichtigt werden sollen. — Der 29. September brachte die „Militärstrafgerichtsordnung“ und das „Einführungsgesetz zur Militärstrafgerichtsordnung“ in Neufassung.

Verordnung über Unterbringung ausgeschiedener Arbeitsmänner und Wehrpflichtiger

Militärstrafgerichtsordnung

Verordnung über die Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner

Verordnung des Führers und Reichskanzlers zum Wehrmachtversorgungsgesetz

Von Bedeutung ist ferner die „Verordnung über die Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner“ vom 30. September, die weitere soziale Maßnahmen brachte, — insbesondere aber die „Verordnung des Führers und Reichskanzlers zum Wehrmachtversorgungsgesetz“ vom 14. Oktober, über die der „Völkische Beobachter“ (22 Oktober) berichtet:

„... Die bisherige Regelung wurde weder den militärischen Notwendigkeiten gerecht, noch sicherte sie wirtschaftlich und sozial ausreichend die Existenz der Versorgungsanwärter. Die neue Verordnung gilt für Unteroffiziere und Mannschaften, die nach dem 31. August 1936 nach zwölfjähriger oder längerer Dienstzeit aus dem aktiven Wehrdienst entlassen werden und den Zivildienstschein besitzen. Sie haben die Wahl zwischen den Uebergangsgebührnissen nach dem bisherigen Recht oder den Uebergangsbezügen nach dieser Verordnung. Die Uebergangsbezüge werden den Versorgungsanwärtern nach der Entlassung zunächst für drei Monate gewährt, darüber hinaus aber bis zur planmäßigen Anstellung, wenn sie nachweisen, daß sie bei mindestens fünf Vormerkungsstellen für Beamtenstellen vorgemerkt sind.

Der Versorgungsanwärter erhält also künftig während der ganzen Uebergangszeit bis zur planmäßigen Anstellung feste Bezüge, die je nach der Länge der Dienstzeit steigen. Ihre Höhe richtet sich weiter nach dem Ergebnis der Ausbildung an einer Wehrmachtfachschule. Zu den Uebergangsbezügen werden Kinder- und örtliche Sonderzuschläge nach den Vorschriften für Reichsbeamte gewährt. Versorgungsanwärter, die infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche ihrer körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung der Amtspflichten eines Beamten dauernd unfähig sind, haben Anspruch auf ein lebenslängliches Ruhegehalt.

Die Verordnung enthält weiter Vorschriften, wonach eine planmäßige Anstellung nicht ohne zwingenden Grund verzögert werden darf. Das Recht auf Uebergangsbezüge erlischt, wenn der Versorgungsanwärter ohne zwingende Gründe eine Einberufung in Stellen ablehnt oder solche wieder aufgibt, ferner bei unwürdigem Verhalten, das nach den Grundsätzen des Beamtenrechts zum Verlust des Gehalts führen würde. Bezieht ein Versorgungsanwärter ein Arbeitseinkommen aus der freien Wirtschaft, so werden die Uebergangsbezüge um die Hälfte gekürzt. Das gilt jedoch nur, wenn das Arbeitseinkommen 50 RM. monatlich übersteigt..."

Verordnung über die Wehrbezirkseinteilung für das Deutsche Reich

Ein abschließendes Bild über den Aufbau des Heeres vermittelte die „Verordnung über die Wehrbezirkseinteilung für das Deutsche Reich" vom 1. Oktober, die entsprechend der Zahl der Armeekorps das Reich in folgende 12 Wehrkreise einteilt:

Wehrkreis I (Sitz: Königsberg) mit den Wehrersatzinspektionen Königsberg, Allenstein und Elbing.

Wehrkreis II (Sitz: Stettin) mit den Wehrersatzinspektionen Stettin und Schwerin.

Wehrkreis III (Sitz: Berlin) mit den Wehrersatzinspektionen Berlin, Frankfurt/Oder und Potsdam.

Wehrkreis IV (Sitz: Dresden) mit den Wehrersatzinspektionen Leipzig, Dresden und Weimar.

Wehrkreis V (Sitz: Stuttgart) mit den Wehrersatzinspektionen Ulm und Stuttgart.

Wehrkreis VI (Sitz: Münster in Westfalen) mit den Wehrersatzinspektionen Münster, Dortmund, Düsseldorf und Köln.

Wehrkreis VII (Sitz: München) mit den Wehrersatzinspektionen München, Regensburg und Nürnberg.

Wehrkreis VIII (Sitz: Breslau) mit den Wehrersatzinspektionen Breslau, Oppeln und Liegnitz.

Wehrkreis IX (Sitz: Kassel) mit den Wehrersatzinspektionen Kassel und Erfurt.

Wehrkreis X (Sitz: Hamburg) mit den Wehrersatzinspektionen Altona, Hamburg und Bremen.

Wehrkreis XI (Sitz: Hannover) mit den Wehrersatzinspektionen Hannover und Magdeburg.

Wehrkreis XII (Sitz: Wiesbaden) mit den Wehrersatzinspektionen Koblenz und Mannheim.

15. Abschnitt:

Der Parteitag der Ehre

Bedeutung der Reichsparteitage

Der September 1936 brachte wieder das große gesamtpolitische Ereignis des Jahres: Den Reichsparteitag der NSDAP. mit dem nationalsozialistischen Rechenschaftsbericht über das vergangene und dem Befehl für das kommende Jahr. Immer deutlicher wurden die Parteitage zu Kristallisationspunkten völkischen Geschehens. Brachte der Parteitag im Jahre 1935 die Nürnberger Gesetze, so erging 1936 dei Befehl des Führers zum Vierjahresplan (siehe 16. Abschnitt). Rückschau und Ausblick über alle Gebiete des deutschen Lebens, Appell des Volkes und richtunggebende Parole des Führers — das sind die Merkmale der nationalsozialistischen Parteitage geworden. —

IV. Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP.

Vor dem Nürnberger Parteitag fand die „IV. Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP." in Erlangen (2. bis 7. September) statt. 5000 Reichsdeutsche aus allen Erdteilen versammelten sich hier unter Gauleiter Pg. Bohle, um die weiteren Richtlinien für ihre Arbeit in aller Welt zu empfangen und anschließend am Parteitag teilzunehmen. Immer größer war die Zahl derer geworden, die auch im Ausland die Fahne der nationalsozialistischen Bewegung für die Heimat hochhielten und die unverbrüchliche Kameradschaft aller Reichsdeutschen im Ausland schufen — nach den Leitsätzen der Auslandsorganisation (AO.) der NSDAP.:

Leitsätze der AO.

1. Befolge die Gesetze des Landes, dessen Gast du bist.
2. Die Politik deines Gastlandes lasse dessen Bewohner machen. Dich geht die Innenpolitik eines fremden Landes nichts an. Mische dich nicht in diese, auch nicht gesprächsweise.
3. Bekenne dich stets und überall als Parteigenosse.
4. Sprich und handle stets so, daß du der nationalsozialistischen Bewegung und damit dem neuen Deutschland Ehre machst. Sei rechtschaffen, ehrbar, furchtlos und treu.
5. Sieh in jedem Deutschen draußen deinen Volksgenossen, einen Menschen deines Blutes, deiner Art und deines Wesens. Gib ihm die Hand ohne Ansehen seines Standes. Wir sind alle „Schaffende" unseres Volkes.
6. Hilf von Herzen und unaufgefordert deinen deutschen Volksgenossen, wenn sie unverschuldet in Not gerieten.
7. Sei nicht nur Mitglied, sondern auch Mitkämpfer in vorderster Linie. Unterrichte dich genau über Wesen, Inhalt und Ziel unserer Bewegung.

8. Werbe und kämpfe Tag für Tag um den Beitritt jedes ehrlichen Deutschen in unsere Bewegung. Ueberzeuge ihn von der Ueberlegenheit und Richtigkeit unserer Bewegung, von der Notwendigkeit unseres Sieges, auf daß Deutschland weiter lebe! Kämpfe mit geistigen Waffen!
9. Lies unser Parteiorgan, unsere Druckschriften und Bücher.
10. Schließe dich den Parteigenossen in deinem Aufenthaltsort an. Besteht dort ein Stützpunkt oder eine Ortsgruppe, so sei ihr ein disziplinierter und rühriger Mitarbeiter. Stifte nicht nur keinen Streit, sondern sei mit allen Kräften bemüht, aufkommende Unstimmigkeiten zu schlichten. —

Und dann folgte vom 8. bis zum 14. September in Nürnberg der Achte Reichsparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei: Der „Parteitag der Ehre"! Der Reichsparteitag der Ehre

In dem durch die Tradition der Bewegung geschaffenen Rahmen der Nürnberger Reichsparteitage entwickelte sich das politische und kulturelle Geschehen des Parteitages der Ehre, und aus der Fülle der Ereignisse seien folgende Punkte hervorgehoben:

Der 9. September brachte die Kongreßeröffnung durch den Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß: Eröffnung des Parteikongresses

„Der Kongreß des 8. Reichsparteitages der NSDAP. ist eröffnet. Diese abermalige große Heerschau der neuen deutschen Bewegung trägt den stolzen Namen „Parteitag der Ehre".

— und nach der feierlichen Verlesung der Gefallenen der NSDAP. durch den Stabschef der SA., Pg. Lutze, die Rede des Pg. Heß, die mit den Worten schloß:

„. . . Wir wissen und zeigen: Partei und Heer sind so stark wie nie zuvor! Wir danken dem Führer, daß er Partei und Heer so stark gemacht hat. Wir danken dem Führer, daß er uns bewahrt hat vor Bürgerkrieg und Brandschatzung, vor Mord und Folter, vor Hunger und Elend, daß er all das Schöne und Edle, das Deutschland in solcher Fülle besitzt, davor rettete, in Schutt und Asche zu sinken, daß er uns stark machte zum Widerstand gegen die internationalen Unruhestifter und Friedensbrecher. Wir danken dem Führer, daß er unser Volk wieder zu einem Volk der Ehre gemacht hat. Wir danken dem Führer, daß er jedem einzelnen dieses Volkes eine neue Ehrauffassung gab, daß jeder Deutsche seine Ehre darin sieht, Dienste für sein Volk zu verrichten, als Soldat der Wehrmacht, als politischer Soldat der Partei, als Arbeitsdienstmann, als Beamter; daß jeder Deutsche seine Ehre wieder darin sieht, Hilfe zu leisten dem Volksgenossen, dem das Schicksal nicht den Segen ausreichender Lebensgüter aus eigener Kraft gab; daß jeder Deutsche seine Ehre darin sieht, Deutscher zu sein in des Wortes bester Bedeutung.

Wir danken dem Führer, daß er Deutschland zum Friedenshort gemacht hat. Sein Friedensbekenntnis ist das Friedensbekenntnis des ganzen Volkes. Sein Name ist der stärkste Einsatz für den Frieden, den Deutschland geben kann.

Wir wünschen, daß eine spätere Zeit feststellen wird: Adolf Hitlers heißes Bemühen um den Frieden hatte Erfolg. Nach Jahrzehnten schwerer Prüfungen kam endlich Frieden über die Welt.

Mein Führer! Sie haben dem deutschen Volke den inneren Frieden im Kampf gegen den Bolschewismus errungen. Das deutsche Volk blieb siegreich in diesem Kampf, weil Sie ihm die Tugenden wiedergaben, die der Bolschewismus den Völkern raubt:

Gegen die Niedrigkeit haben Sie die Größe gesetzt.

Gegen die Niedertracht den Adel der Persönlichkeit.

Gegen die Lüge die Wahrheit.

Gegen die Verleumdung die Ehre.

Gegen Feigheit und Hinterlist Mut und Bekenntnis.

Gegen Hoffnungslosigkeit den Glauben an die Zukunft.

Gegen den Intellekt das Herz.

Mit dem Einsatz des Guten im Volk wurden Sie dem deutschen Volk der Führer.

Im mutigen Handeln wurden Sie ihm der Inbegriff der Sicherheit, des Friedens und der Zukunft.

Wir grüßen Sie als den Führer in die Zukunft, den Führer zum Frieden.

Adolf Hitler — Sieg Heil!"

Proklamation des Führers

Nach den Begrüßungsworten des Gauleiters Pg. Julius Streicher verlas der Gauleiter des Traditionsgaues München-Oberbayern, Pg. Adolf Wagner, die Proklamation des Führers, aus der wir folgende grundlegende Tatsachen entnehmen:

„... Am 30. Januar 1933 gab ich dem deutschen Volke in einer kurzen Proklamation die Zielsetzung unseres Kampfes bekannt. Ich habe damals gebeten, mir vier Jahre Zeit zu schenken. Nach ihrem Ablauf wollte ich dem deutschen Volke Rechenschaft geben über die Erfüllung oder Nichterfüllung dieses Versprechens.

Unsere Gegner waren überzeugt, daß wir niemals dazu kommen würden, die Nation um dieses Urteil zu befragen, denn man bemaß die Höchstzeit unseres Regimes auf kaum sechs bis zwölf Wochen!

Was aber hat in diesen vier Jahren der Nationalsozialismus aus Deutschland gemacht? Wer von diesen Gegnern könnte die Stirn besitzen, auch heute noch gegen uns als Ankläger aufzutreten?

Was ihnen damals in meiner Proklamation als phantastisch und unerfüllbar erschien, erscheint uns heute als die bescheidenste Ankündigung einer turmhoch darüberliegenden Leistung.

Diese Gegner haben damals es nicht für möglich gehalten, das uns heute so klein vorkommende Programm des Jahres 1933 zu erfüllen. Was würden sie aber wohl erst gesagt haben, wenn ich ihnen das Programm vorgehalten hätte, das die nationalsozialistische Staatsführung seitdem in knappen vier Jahren nun tatsächlich verwirklichte!

Wie hätten sie wohl gespottet, wenn ich ihnen am 30. Januar 1933 erklärt haben würde, daß nach vier Jahren Deutschland seine Erwerbslosen von sechs auf eine Million beseitigt haben wird;

daß die Zwangsenteignung des deutschen Bauern beendet sein wird;

daß die Einnahmen der deutschen Landwirtschaft höher sein werden als jemals in einem Jahre unserer Friedenszeit vorher;

daß sich das gesamte Nationaleinkommen von 41 Milliarden auf jährlich über 56 Milliarden steigern wird;

daß der deutsche Mittelstand und das deutsche Handwerk eine neue Blüte erleben würden;

daß sich der Handel wieder erholen würde;

daß die deutschen Hafenstädte nicht mehr toten Schiffsfriedhöfen gleichen und

daß 1936 auf den deutschen Werften sich allein über 640000 Tonnen Schiffe im Bau befinden würden;

daß unzählige Fabriken ihre Arbeiterziffern nicht verdoppeln, sondern verdrei- und vervierfachen und daß zahllose andere in knapp vier Jahren neu aufgebaut werden;

daß eine Krupp-Fabrik wieder erzittern wird von dem Dröhnen und Hämmern der Maschinen des deutschen Wiederaufstiegs, und daß aber alle diese Unternehmungen als oberstes Gebot ihres Einsatzes den Dienst an der Nation und nicht mehr den skrupellosen Gewinn des einzelnen erkennen würden;

daß sich die stillen Automobilfabriken nicht nur beleben, sondern unerhört vergrößern, und

daß sich die Produktion der Kraftfahrzeuge von 45000 des Jahres 1932 auf rund eine Viertelmillion steigern würde,

daß in vier Jahren die Defizite unserer Länder und Städte beseitigt und

daß das Reich ein Steuermehraufkommen von jährlich nahezu fünf Milliarden erhalten wird;

daß die deutsche Reichsbahn endlich wieder ihre Sanierung erfährt, ihre Züge aber als die schnellsten der Welt fahren werden;

daß das Deutsche Reich Straßen erhält, wie sie, seit es eine menschliche Kultur gibt, in dieser Größe und Schönheit noch nicht gebaut wurden, und daß von diesen projektierten ersten 7000 Kilometern nach nicht einmal vier Jahren später schon über 1000 Kilometer in Betrieb und über 4000 Kilometer in Bau sein werden;

daß ungeheuere neue Siedlungen mit Hunderttausenden an Häusern entstehen, in alten Städten des Reiches aber gewaltige neue Bauten emporwachsen werden, die mit als die größten der Welt anzusprechen sind;

daß sich Hunderte und aber Hunderte riesiger Brücken über Schluchten und Täler ziehen werden, und

daß die deutsche Kultur so und in ähnlichen herrlichen neuen Leistungen ihren Ewigkeitswert bestätigen wird;

daß die deutschen Theater eine Wiederauferstehung feiern werden, genau so wie die Darbietungen unserer deutschen Musik;

daß dabei aber das deutsche Volk einen lebendigen Anteil nehmen wird an dieser umwälzenden geistigen Erneuerung, und dies alles, ohne daß auch nur ein Jude in dieser geistigen Führung des deutschen Volkes mehr in Erscheinung tritt!

Wenn ich damals prophezeit hätte, daß in vier Jahren die ganze deutsche Presse, nur den deutschen Aufgaben dienend, von einem neuen Ethos erfüllt sein wird, daß für die deutsche Wirtschaft das Gesetz einer neuen Berufsehre proklamiert wird, ja, daß überhaupt der deutsche Mensch eine Erneuerung seines Wesens und seines Handelns erlebt.

Wenn ich ihnen damals vorausgesagt hätte, daß es nach diesen vier Jahren nur mehr ein Volk geben wird, daß keine Sozialdemokratie, kein Kommunismus, kein Zentrum, aber auch keine bürgerliche Partei sich mehr am deutschen Leben werden versündigen können, daß keine Gewerkschaft mehr sein wird zur Verhetzung des Arbeitnehmers und kein Unternehmerverband zur Verderbung des Arbeitgebers, daß nach diesen vier Jahren keine Länderregierung mehr existieren wird, daß es in Deutschland keine Landtage mehr geben soll, daß die 16 Fahnen und damit die 16 Traditionen zu bestehen aufgehört haben und eingeholt werden, und daß die ganze Nation, angefangen von ihren arbeitenden Menschen bis zum Soldaten, nur mehr hinter einem Bekenntnis und unter einer Fahne marschieren wird.

Was hätten sie aber erst gesagt, wenn ich ihnen prophezeit haben würde, daß sich in diesen vier Jahren Deutschland aus den Sklavenketten von Versailles gelöst haben wird, daß das Reich wieder die allgemeine Wehrpflicht erhält, daß wie im Frieden jeder Deutsche zwei Jahre für die Freiheit des Landes dienen wird, daß eine unsere Küsten und unseren Handel beschützende neue Flotte im Bau begriffen ist und eine gewaltige neue Luftwaffe dann die Sicherheit unserer Städte, Fabriken und Werksanlagen garantiert, daß das Rheinland unter die Oberhoheit der deutschen Nation gebracht und damit die Souveränität des Reiches über das gesamte Gebiet wieder ausgerichtet sein wird.

Was hätten sie gesagt zu meiner Prophezeiung, daß dieses damals so zerrissene Volk, ehe noch vier Jahre vergangen sein werden, für die nationalsozialistische Politik des Wiederaufbaues, der Ehre und der Freiheit der Nation zu 99 Prozent zur Wahlurne schreiten und mit 99 Prozent ihr Ja aussprechen wird?

Hätte ich dies und all das viele andere vor vier Jahren prophezeit, dann hätte man mich unter dem Gelächter der ganzen Welt als einen Wahnsinnigen gebrandmarkt. Allein dies alles ist nun Wirklichkeit geworden. Dies ist die Tat von knapp vier Jahren. Wer kann es uns verdenken, wenn wir alle, die wir an diesem Werk tätig waren, in stolzer Befriedigung auf diese Leistung blicken. Die nationalsozialistische politische Führung Deutschlands hat in dieser kurzen Zeit ein Wunder vollbracht, und die zu ihr gestoßene nationalsozialistische Armee hat dieses Wunder erhärtet.

Heute steht das Reich in seiner politischen Führung und seiner militärischen Sicherung gefestigter da als je zuvor.

Das zweite Wunder aber, was uns mit bitterer Befriedigung erfüllen muß, ist die Feststellung, daß wir leider mit unseren sonstigen Prophezeiungen nur zu recht behalten haben.

Unruhe, Haß und Mißtrauen erfüllen die andere Welt.

Von einer Großmacht und wenigen anderen Ländern abgesehen, finden wir in Europa fast überall die Zuckungen bolschewistischer Aufstände und Revolutionen.

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen! Ist es nicht fast etwas Symbolisches, daß, während in anderen Ländern der Haß regiert und Ruinen entstehen, in Berlin, umbraust vom Jubel eines glücklich gewordenen Volkes, eine olympische Feier edelster Menschlichkeit stattfinden konnte? ..."

Insbesondere aber erteilte die Proklamation des Führers dem deutschen Volke den im Vierjahresplan dargelegten Auftrag! (Die diesen Auftrag enthaltenden Stellen der Proklamation sind im 16. Abschnitt wiedergegeben.)

Kulturtagung

Die Kulturtagung im Nürnberger Opernhaus wurde von Reichsleiter Pg. Alfred Rosenberg eröffnet. Auch in diesem Jahre wurde der „Preis der NSDAP. für Kunst und Wissenschaft" verteilt, der Preis für Kunst an den Dichter Heinrich Anacker, den alten SA.-Kämpfer — der Preis für Wissenschaft an Professor Dr. Philipp Lenard in Heidelberg, der auch in der furchtbarsten Niedergangszeit das Panier deutscher Ehre und deutscher Wissenschaft hochgehalten

hatte. Dann folgte die große kulturpolitische Rede des Führers, der wir folgende grundlegenden Sätze entnehmen:

„... Im Ausmaß der fortschreitenden organisatorischen Zusammenfassung der einzelnen Wesen wächst der Umfang und die Größe der Gemeinschaftsleistung.

Die Voraussetzung für das Entstehen jeder Gemeinschaft ist und bleibt aber die Ueberwindung der unbegrenzten Freizügigkeit des Einzelwesens zugunsten der Uebernahme von bindenden Pflichten und Lasten für die Gesamtheit.

Solange es Menschen gibt, wird daher stets der Widerspruch bleiben zwischen der scheinbar unbegrenzten Freiheit zugunsten des einzelnen Individuums und der auferlegten Unfreiheit zugunsten der Gesamtheit. Die unbegrenzte Freiheit des Individuums verbietet die Bildung jeder größeren Gemeinschaft und macht damit in Wahrheit das scheinbar freie Einzelwesen dennoch zum hilflosen Objekt der Härte des Erhaltungskampfes um das Dasein auf dieser Welt.

Die Organisation größerer Gemeinschaften setzt wohl den Verzicht voraus auf die zügellose Einzelfreiheit, gewährt aber im Rahmen der Gesamtleistung und der dadurch ermöglichten höheren Gesamtsicherheit dem Einzelwesen dennoch einen höheren und geschützten Lebensstandard. Dies aber ist auch die Voraussetzung für jede menschliche Kultur, ja für die gehobene Stellung des Menschengeschlechtes überhaupt auf dieser Welt.

Jeder erfolgreiche Versuch der praktischen Verwirklichung des Strebens nach unbegrenzter individueller Freiheit führt zur Anarchie. Die organisatorische Zusammenfassung der Individuen durch eine Begrenzung der Freiheit des einzelnen zugunsten der Organisation einer größeren Gemeinschaft aber führt zum Staat.

Die Voraussetzung und die Grundlage für die Existenz des Staates ist und bleibt die Autorität des Staatserhaltungswillens ..."

„... Die höchste Gemeinschaftsleistung der Menschen ist aber nun keineswegs — wie insbesondere die Wirtschaftler meist zu glauben pflegen — die sogenannte Wirtschaft, sondern die Kultur ..."

„... Dies ist ein fundamentaler Grundsatz: Es kann kein Mensch eine innere Beziehung zu einer kulturellen Leistung besitzen, die nicht in dem Wesen seiner eigenen Herkunft wurzelt ..."

Die überragende Führerrede zeigte die menschliche Kulturleistung und ihre unabdingbare Notwendigkeit im Leben des Volkes auf — und stellte der eindeutigen bolschewistischen Kulturzerstörung das nationalsozialistische Kulturwollen entgegen:

„... Die nationalsozialistische Kunst aber hat unserer Gemeinschaftsentwicklung zu dienen. Daher kann diese nationalsozialistische Kunst auch nicht mehr die Erscheinungen der hinter uns liegenden dekadenten Welt dulden, deren demokratische Zerstörungen sich in sichtbarer Deutlichkeit auch auf das kulturelle Gebiet übertrugen. Wir lieben das Gesunde. Der beste Kern unseres Volkes, an Leib und Seele gemessen, soll den bestimmenden Maßstab geben. Wir wünschen in unserer Kunst nur dessen Verherrlichung. Das Gebot unserer Schönheit soll immer heißen: Gesundheit. Für das Architektonische übersetzt: Klarheit, Zweckmäßigkeit und — aus beiden entwickelt — wieder Schönheit ..."

Aufmarsch des Reichsarbeitsdienstes

Der 10. September brachte den erhebenden Aufmarsch des Reichsarbeitsdienstes auf der Zeppelinwiese, zu dem Adolf Hitler die Worte sagte:

„... Wenn ich euch so sehe, dann wird es mir schwer, zu sprechen. Uns allen geht das Herz über vor Freude über euch. Ihr wißt gar nicht, wie das deutsche Volk euch liebgewonnen hat! Ihr seid in wenigen Jahren zu einem Teil unseres nationalen Lebens geworden, den wir uns gar nicht mehr wegdenken können. Ueber unsere Jugend, über die Arbeit der Parteiorganisation, über die SA., SS. usw. hinaus seid ihr ein weiterer Bestandteil in der großen Erziehungsarbeit unseres Volkes und seid die Brücke zum Abschluß dieser Ausbildung des jungen Mannes im Heere. Ihr werdet es selbst empfinden, daß das, was wir in Deutschland geschaffen haben, schöner ist als das, was in den Ländern derer, die uns immer noch kritisieren, heute vorgeht.

Hier bei uns ist Aufbau! Hier ist Kameradschaft! Und hier ist vor allem der Glaube an eine bessere Menschheit und damit an eine bessere Zukunft! Welcher Unterschied zu einem anderen Land, in dem der Marxismus die Macht zu erringen versucht! Da brennen die Städte, da sinken die Dörfer in Schutt und Trümmer zusammen, da kennt einer den anderen nicht mehr. Klasse kämpft gegen Klasse, Stand gegen Stand, der Bruder vernichtet den Bruder. Wir haben den anderen Weg gewählt: Statt euch zu zerreißen, habe ich euch zusammengefügt! ..."

(Am darauffolgenden Tage ernannte der Führer den Reichsarbeitsführer Pg. Hierl „in Würdigung seiner einmaligen Verdienste um den Aufbau des Deutschen Reichsarbeitsdienstes" zum Reichsleiter der NSDAP. — siehe 13. Abschnitt.)

Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus

Der zweite Tag des Parteikongresses brachte eine grundlegende und in der ganzen Welt Aufsehen erregende Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus. Als erster sprach Reichsleiter Pg. Alfred Rosenberg. Die Tatsache der jüdischen Diktatur über Rußland bewies er durch eine peinlich genaue Personalaufstellung der gesamten politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Führung und Verwaltung der Sowjetunion mit weit über 100 Namen und Titeln der leitenden Männer — mit der unerschütterlichen Feststellung, daß über 90 % aller leitenden Stellen von Juden besetzt sind. Es würde Umfang und Rahmen des vorliegenden Bandes sprengen, wollte man diese erschütternde Aufstellung hier wiedergeben. (Sie ist in der 255. Ausgabe des „Völkischen Beobachters" vom 11. September abgedruckt, ebenso in dem vom Zentralverlag der NSDAP. herausgegebenen ausgezeichneten Buche „Der Parteitag der Ehre", Seite 85 bis 92.) — Pg. Rosenberg erklärte am Schluß seiner Rede:

Die jüdische Diktatur in Rußland

„... Und für uns ergibt sich heute die eine Tatsache, daß der Bolschewismus eine bestimmte Anschauung der Welt, jedenfalls in seiner Führung, repräsentiert: es ist die Weltanschauung der Unterwelt, die grundsätzliche Aufpeitschung aller schäbigen Triebe eines zersetzten Menschentums, verbunden mit einem wahn-

sinnigen Haß eines fremden Parasitenvolkes, das durch die schrankenlose Großherzigkeit eines Zeitalters in einer unglücklichen Stunde das Staatsbürgerrecht Europas geschenkt erhalten hat. Eine solche politisch und militärisch organisierte Weltverschwörung, der, wenn auch mit unbegründeter Hoffnung, Millionen Verzweifelter anhängen, kann nicht mehr allein mit Polizei und Militär niedergeschlagen werden. Die Tatsache des riesigen Ausmaßes der Empörung zeigt aber für jeden tiefer blickenden Forscher, daß offenbar die alten Mächte, die erklärten, die Kultur und Religion Europas zu schützen, zu schwach waren und zu schwach sind, um diesem Ansturm eine lebenskräftige neue Macht entgegenzusetzen. Die verneinende Wertung der alten kulturellen und staatlichen Kräfte liegt nicht nur in der Tatsache der Entfremdung von Millionenmassen, sondern auch in der charakterschwachen Verteidigung einer von ihnen angeblich verteidigten Kulturwelt. Lamentierende Priester und Pfarrer hätten also alle Ursache, dem Nationalsozialismus zu danken, daß er sie vor dem Schicksal ihrer Amtsbrüder in Rußland und Spanien bewahrt hat. Sie sollen nicht nur anderen Buße predigen, sondern einmal auch sich selber.

Die Ueberwindung der bolschewistischen Lehre ist nur und ausschließlich durch einen neuen Glauben, durch einen aus dieser Weltanschauung geborenen Willen zur Tat und dann durch die entscheidende Tat selbst möglich.

Wir haben anfangs jene Taktik gekennzeichnet, nach der die bolschewistischen Revolutionen zum Teil siegten, zum anderen Teil versucht haben, zum Siege zu gelangen. Genau so wie diese unmittelbare politische Taktik vom jüdischen Zentrum aus bestimmt wird, so auch jene geistigen Einwirkungsmethoden, die den Zweck verfolgen, eine Verwilderung und Vertauschung aller Begriffe in der Welt herbeizuführen. Einige Beispiele:

Die Weltanschauung Sowjet-Judäas erklärt, daß der Bolschewismus keine Rassenfrage kenne, Unterschiede zwischen sogenannten Rassen nicht bestünden. Der gleiche Bolschewismus aber rüstet die Neger planmäßig zu einem Rassenaufstand gegen die weißen Menschen. Kürzlich berichtete der Moskauer Sender triumphierend von einem Negerkongreß in den Vereinigten Staaten und schilderte als die Hauptaufgabe dieses Kongresses, den Aufstand der schwarzen Rasse gegen den weißen Bedrücker zu organisieren.

Ueber diese Frage hinaus verneint der Bolschewismus grundsätzlich das Volkstum als politische und kulturelle Grundlage des menschlichen Lebens. Er hat dieser angeblichen Einsicht öffentlich dadurch Ausdruck gegeben, daß er in dem Staat, den er beherrscht, den Namen Rußland überhaupt abgeschafft hat und sich Sowjetunion bzw. Vereinigte Sowjetrepubliken nennt. Trotzdem nimmt die Sowjetpropaganda gerade die völkischen Instinkte der verschiedenen Nationen als eine gegebene Tatsache hin, mit deren Aufstachelung sie glaubt, die bisherige Ordnung stürzen zu können. Die Aufwieglungsarbeit, die der Bolschewismus in Indien und auf den Philippinen oder in den Kolonien treibt, trägt den gemeinsamen verführerischen Titel „Befreiung der unterdrückten Völker“. Das Endergebnis bolschewistischer Gewaltpolitik ist dann aber immer, daß zwar möglicherweise das eine Volk von einer Herrschaft befreit wurde, um dann unter die brutalste aller Diktaturen, unter die Gewalt der Sowjets, zu geraten.

Der Bolschewismus erklärt, daß er der Todfeind des Kapitalismus sei; in Wirklichkeit sind die Bolschewisten mit jüdischen Millionen gespeist worden, und der Kommunismus hat tausendfach die Tatsache entlarvt, daß er zwar eine Bewegung zur Zerstörung des nationalen

Kapitals und Eigentums ist, aber gerade auch ein Instrument, um dieses enteignete Eigentum dann in jüdische Hände zu spielen. In Sowjetrußland herrscht heute nicht der Arbeiter und Bauer, sondern der brutalste Staatskapitalismus, rein jüdisch geleitet.

Der Bolschewismus erklärt, die Diktatur des Proletariats in allen Staaten aufrichten zu wollen. Wo er das nicht unmittelbar erreichen kann, wie etwa in Frankreich, ist dann scheinbar der Kommunismus sogar — demokratisch geworden. Er betont unter dem Absingen der Marseillaise seine Liebe selbst zur französischen Trikolore, und indem er die Sozialdemokraten als die Verräter am Kapitalismus kennzeichnet, bildet er sich eine halbbürgerliche Gruppe — die sogenannte Volksfront —, um mit deren Hilfe ein „Kerenski-Uebergangskabinett“ zu errichten, als Vorstufe für den jüdisch-bolschewistischen Gewaltterror wie in Madrid, Barcelona und Moskau.

Der Bolschewismus erklärt, einen Kampf gegen den Militarismus zu führen, und überall tritt er als Prediger des Pazifismus und Weltfriedens auf. Zu gleicher Zeit aber rüstet die Sowjetunion die größte Armee der Welt, siedelt hunderttausende finnische, weißrussische Bauern aus ihren Stammsitzen an der westlichen Grenze Rußlands aus und baut dort Festungen, Betonstände, Chausseen und Militärflugplätze, um nach dem eventuellen Gelingen einer bolschewistischen Revolution im westlichen Europa mit der ganzen Kraft dieser jüdisch geleiteten Sowjetarmee vorzustoßen. Diesem Zweck dient der französisch-sowjetjüdische Militärpakt ebenso wie das Bündnis mit der Tschechoslowakei. Auf deren Territorium sind mit russischer Hilfe etwa 50 Flugplätze eingerichtet, die unter bolschewistischer Bewachung die Zwischenstationen für den Ueberfall auf Europa darstellen sollen. Und das rumänische Volk wird mit allen Mitteln der Einschüchterung zur Nachahmung verführt, damit das rumänische Gebiet ein Durchmarschland für eine Sowjetarmee abgibt, bzw. Bukarest keinen Protest erhebt, wenn die Flugschwärme aus Moskau über Rumänien nach der Tschechoslowakei, dem Flugzeugmutterschiff Sowjet-Judäas, fliegen.

So ist auch die Parole Sowjetrußlands vom Weltfrieden die größte und frechste Irreführung der Völker gewesen und das Symbol dieser Unverschämtheit ist der Jude Litwinow, der mit seinen Leuten die bolschewistische Weltrevolution in allen Staaten bezahlt, in Genf aber von lauteren Friedensabsichten der Sowjetunion daherlügt.

An Stelle des nur einseitigen früheren nationalumgrenzten Militarismus ist ein doppelter Militarismus des Weltjudentums getreten in Gestalt des bewaffneten Proletariats der Weltstädte und des Verbrechertums auf der einen Seite und in der Gestalt einer Riesenarmee Sowjetrußlands als von außen ansetzende Bedrohung aller Staaten Europas und Asiens.

Der Bolschewismus hat erklärt, den befreienden Klassenkampf der Arbeiter und Bauern zu führen, um mit einer klassenlosen Gesellschaft der Welt Frieden und Wohlfahrt zu schenken. In Wirklichkeit ist das Ziel seiner Tätigkeit und die Absicht dieser Tätigkeit die Herstellung einer jüdischen Herrschaft und Bourgeoisie, wie sie heute Sowjetrußland aufweist und wie sie bei einem Siege des Bolschewismus in allen Staaten auftreten würde.

Alle diese Propagandaprägungen der Sowjetunion sind ein betäubendes Opium für Geist und Seele der Menschen eines schicksalsschweren Zeitalters gewesen; skrupellos ist dann das Verbrechertum der Erde aufgerührter Millionen geworden, und heute flackern die Zeichen eines Weltunterganges durch alle Staaten. Während Tausende

von Fackelträgern das Feuer des Friedens und des edlen Wettkampfes aus Olympia nach Berlin trugen, trägt dieses Verbrechertum die brennende Fackel der Zerstörung durch alle Völker der Welt. Damit ergibt sich eine harte Kampfansage aller jener, die noch den Mut besitzen, ihre Kultur, die große Vergangenheit ihrer Nation und eine Zukunft des Aufbaues zu schirmen. Manche Kritiker haben überlegen lächelnd erklärt, der Nationalsozialismus hätte dem deutschen Volk keine Freiheit gebracht, sondern es eingeengt in Disziplin und Pflichten. Diese liberale Ueberheblichkeit hat eines dabei übersehen: Die Revolution im Namen der grenzenlosen Freiheiten hat zur Anarchie des jüdischen Bolschewismus geführt. Die nationalsozialistische Revolution dagegen war eine Revolution nicht schrankenloser Freiheiten, sondern eine große Selbstbesinnung Deutschlands, sie war eine Revolution der Pflichten. Und die Wahl dieser Pflichten, das ist unsere Freiheit!

Man spricht wieder viel von Europa und der Kultur des Abendlandes. Dieser Kultur ist von Moskau der Kampf auf Tod und Leben angesagt. In Genf wurde sie durch die Aufnahme Sowjet-Judäas von ihren angeblichen Verteidigern schmählich verraten.

Europa, seine Existenz und Zukunft, wird heute nur noch in Berlin geschützt.

Wir sind der Ueberzeugung, wenn jede Nation in ihrer Form sich durch eine mutige Tat zu ihrer Pflicht gegenüber Vergangenheit und Zukunft bekennt, daß dann auch die bolschewistische Gefahr noch in letzter Minute gebannt werden kann. Wir in Deutschland sind stolz, daß in unserem Führer und in unserer Bewegung der Bolschewismus und das verbrecherische Judentum ihren entscheidenden Gegner gefunden haben, und wir geben das Versprechen ab, daß diese zerstörenden Kräfte, solange wir und unsere Nachkommen leben, sich niemals mehr in Deutschland erheben werden!"

Dann sprach der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels und kennzeichnete treffend den Charakter des Bolschewismus mit den Worten:

„... Was wir unter Idee und Weltanschauung im allgemeinen zu verstehen pflegen, hat mit dem, was man Bolschewismus nennt, gar nichts zu tun. Es handelt sich bei ihm um einen pathologischen, verbrecherischen Wahnsinn, nachweisbar von Juden erdacht und von Juden geführt mit dem Ziel der Vernichtung der europäischen Kulturvölker und der Aufrichtung einer international-jüdischen Weltherrschaft über sie..."

Eindeutig und eingehend bewies er: „Der Bolschewismus ist die Diktatur der Minderwertigen." Zum Kampf gegen diesen jüdisch geführten Aufstand des Untermenschentums erklärte Pg. Dr. Goebbels:

„... Es gab eine Zeit in Deutschland, da wurde die Bezeichnung des Juden als Juden mit Gefängnis bestraft. Wir haben es damals trotzdem getan. Heute wird die Bezeichnung des Juden als Juden und des Bolschewisten als Generalverbrechers von der Welt noch vielfach mit vornehmer Reserve oder gar gespielter sittlicher Empörung zurückgewiesen. Wir aber sind der Meinung, daß es uns genau so, wie es uns gelingen konnte, Deutschland einmal von der parasitären Gefährlichkeit dieser Rasse zu überzeugen, auch einmal gelingen wird, der Welt die noch verschlossenen Augen

zu öffnen und ihr das Judentum und den Bolschewismus in wahrer Gestalt zu zeigen..."

Das soziale Elend in der Sowjetunion

Nach einer einwandfreien Schilderung der grauenvollen wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Sowjetrußland —

„... Wie ist nun die Entwicklung in der Sowjetunion selbst? Der Brotpreis stieg von 1928 bis 1935 von 9 auf 75 Kopeken pro Kilogramm. Der Monatslohn des Sowjetarbeiters fiel, am Brotpreis gemessen, um 78,5 %. Will der russische Arbeiter leben, so muß er heute nach dem Stachanow-System arbeiten, das die Arbeitsnorm so weit heraufgesetzt hat, daß die Masse der Arbeiter sie niemals erreichen kann. Die Folge sind Lohnabzüge. Im Jahre 1932 veröffentlichte die „Rote Fahne" einen Bericht über die Wohnverhältnisse eines Genossen in der Sowjetunion. Ihm ständen allein zwei große Zimmer mit elektrischem Licht, Zentralheizung usw. zur Verfügung.

Und nun die Wirklichkeit: In der kommunistischen Zeitung „Leningrádskaja Prawda" schreibt eine Arbeiterin: „Mit meinem eineinhalbjährigen Sohn, meinem Bruder und meiner tuberkulösen Schwester wohnen wir in einem dunklen Zimmerchen. Unsere Klagen beim kommunistischen Stadtkomitee haben nichts genützt. Nach wie vor wohnen wir in diesen unglaublichen Verhältnissen."

Für seine Ernährung muß der russische Arbeiter, obwohl sie nur aus Brot, Kohlsuppe und Grütze besteht, allein 75 % seines Einkommens ausgeben. Wollte er sich so ernähren wie der deutsche Arbeiter, müßte er im Durchschnitt über das Doppelte seines Lohnes dazu aufwenden.

Ein bekanntes bolschewistisches Schlagwort ist das von der Schaffung eines freien Arbeitsrechts. Die „Rote Fahne" schrieb am 20. Juni 1932: „Seht hin nach Moskau, nach Leningrad, nach Baku, nach Nowosibirsk und lernt: Arbeit, Brot und Freiheit kann man nur nach dem Beispiel der Bolschewiki erkämpfen."

Schon die Arbeitsweise des Sowjetarbeiters nach dem berüchtigten Stachanow-Antreibersystem verdient den Namen Sklavenarbeit. Der Sowjetunion blieb es aber vorbehalten, Sklaverei im wörtlichsten Sinne wieder einzuführen. Etwa 6½ Millionen Menschen haben in den Zwangsarbeitslagern der Sowjetunion die Hölle auf Erden. In 300 riesigen Zwangsarbeitslagerkomplexen preßt der Bolschewismus das Letzte aus ihnen heraus. Am Stalin-Weißmeer-Kanal, der von Zwangsarbeitern gebaut wurde, sind Hunderttausende von Leichen verscharrt...

... Die Kornkammern Sowjetrußlands, die früher ganz Westeuropa miternährt haben, sind nicht mehr imstande, auch nur die eigene Bevölkerung notdürftig zu ernähren. Millionen Menschen verhungern. Zwischen dem GPU.-Terrorapparat und der Bauernschaft tobt ein erbitterter Kampf. Die Juden Kaganowitsch, Jagoda und Baumann haben die Zwangskollektivierung radikal durchgeführt, wobei mehr als 15 Millionen Bauern samt ihren Familien physisch vernichtet wurden.

Die Hauptterrungenschaft der bolschewistischen Bauernpolitik ist das Terrorgesetz vom 7. August 1932, das für jedes „Verschulden" der Bauern nur Tod oder zehn Jahre Zuchthaus oder Zwangsarbeit kennt. Zur Anwendung dieses Gesetzes mißbraucht der Judo-Bolschewismus selbst Kinder gegen ihre eigenen Eltern. Die „Iswestija" vom 28. Mai berichtet, wie ein Mädchen seinen Vater, der Kollektivgetreide

für sich verwendet hat, anzeigt. Der Vater verfällt der durch das Terrorgesetz festgesetzten Todesstrafe. Das Kind wird öffentlich belobt... usw. usw."

und der entsprechend dem VII. Komintern-Kongreß (25. Juli bis 21. August 1935) betriebenen destruktiven bolschewistischen Weltrevolution — Die bolschewistische Weltverschwörung

„... Seit diesem Kongreß fanden weit über hundert kommunistische Revolten in den verschiedensten Ländern der Welt statt, darunter die Revolten in Brest und Toulon mit zahlreichen Toten im August 1935, am 18. April 1936 in Lemberg mit allein 10 Toten, am 10. Mai 1936 in Saloniki mit mehr als 100 Toten. Drei von langer Hand vorbereitete bewaffnete Aufstände erschütterten wochenlang ganze Länder: im November 1935 in Pernambuco, im Januar 1936 in Buenos Aires, im März 1936 in Spanien.

Sechs versuchte Aufstände konnten im voraus vereitelt werden, darunter diejenigen vom Dezember 1935 in Uruguay, Februar 1936 in Paraguay, und vom gleichen Monat in Chile. 62 größere Brandstiftungen wurden ausgeführt, darunter die von Lantschau in China, die 1000 Todesopfer forderte. 54 bewaffnete Ueberfälle wurden ausgeführt, 78 Sprengstofflager ausgehoben. Im ganzen fielen diesen bolschewistischen Verbrechen 3041 Menschenleben zum Opfer.

Greifen wir einige wenige Beispiele heraus. In der Sitzung des kommunistischen Weltkongresses am 30. Juli 1935 trat als Vertreter Griechenlands der Genosse Dsordsos auf und entwickelte einen Aktionsplan für die weitere Zukunft. Fast genau am Jahrestag seines Auftretens in Moskau, am 5. August 1936, wurde Griechenland von einem Generalstreik erschüttert, der sich unmittelbar zum bewaffneten Aufstand steigerte. Nur durch das energische Eingreifen des Generals Metaxas konnte Griechenland vor dem Absturz in das bolschewistische Chaos gerettet und so der Plan der Genossen Dimitroff und Dsordsos vereitelt werden.

Ueber die Revolutionierung der Kolonien sagte Dimitroff folgendes:

„Heute betrachten die Völker der kolonialen und halbkolonialen Länder die Sache ihrer Befreiung nicht als eine hoffnungslose Sache. Im Gegenteil, sie gehen immer mehr zum entschlossenen Kampf gegen die imperialistischen Unterdrücker über."

Kaum ein halbes Jahr später brach in Syrien ein gefährlicher Aufstand aus, der schwere Blutopfer kostete. Die neuerblühte Freundschaft zu Frankreich hinderte Moskau keineswegs daran, seinen vorgefaßten Plan in diesem Mandatsgebiet seines Bundesgenossen durchzuführen. Wenige Monate später brachen die Unruhen in Palästina aus, in deren Verlauf die englische Polizei massenhaft kommunistische Flugblätter beschlagnahmte und geheime kommunistische Funktionärversammlungen aushob... usw. usw."

schilderte Pg. Dr. Goebbels die fürchterlichen Bluttaten, die von den Sowjetjuden in Spanien veranlaßt worden sind: Der Bolschewismus in Spanien

„... Nichts gibt uns aber einen besseren Anschauungsunterricht, nichts könnte uns tiefer überzeugen von der Ernsthaftigkeit der Entschlüsse des VII. Weltkongresses als die blutigen und erschütternden Ereignisse in Spanien. Sie stellen die wortgetreue Ausführung der damals ausgegebenen Anweisungen dar. Sie sind praktisch die Verwirklichung der „Volksfront-Parole", die in Frankreich ihre

erste Stufe, in Spanien jedoch ihren Höhepunkt erreicht. Dimitroff hatte die Parole ausgegeben, unter einer Volksfrontregierung „die Machtausübung einer solchen Regierung für die revolutionäre Vorbereitung der Massen auszunützen", „sich für die sozialistische Revolution zu bewaffnen", denn „die Rettung wird einzig und allein die Sowjetmacht bringen"!"

Der spanische Delegierte Ventura gab das genaue Programm folgendermaßen bekannt:

„Das Proletariat Spaniens und unsere Partei... werden abermals und endgültig den Faschismus und die bürgerlich-gutsherrliche Macht stürzen und den Triumph der Arbeiter- und Bauernrevolution herbeiführen... Unter dem Banner Lenins und Stalins schreiten wir hocherhobenen Hauptes dem Siege entgegen."

Bereits vor der am 13. Juli erfolgten Ermordung des Monarchistenführers Calvo Sotelo wurden 269 Menschenleben das Opfer der roten Mordpest. Der französische Journalist Arminjon berichtet z. B. folgendes:

„In Murcia wurden durch die Menge zwei junge Männer aufgegriffen, von denen man behauptete, sie seien Faschisten. Auf der Straße wurden sie mißhandelt, und schließlich ergriff eine Frau eine Fleischaxt und enthauptete die beiden. Dieser Vorgang spielte sich am 16. März ab; die beiden Männer hießen Pedro Cutillas und Antonio Martinez."

Die Weltpresse hat schließlich auch über die unmenschlichen Greuel berichten müssen, die von den spanischen Marxisten auf Befehl ihrer ausländischen Anführer begangen wurden. Es ist unmöglich, auch nur annähernd Zahlen zu geben, die an die Wirklichkeit herankommen. Am 19. August wurde aus offiziöser Quelle folgendes Material bekannt: In der Stadt Madrid selbst und in ihren Vororten sind von den Roten bisher über 6000 Personen ermordet worden, davon allein 1400 in dem berühmten Park Casa del Campo. In dem größten Gefängnis Carcel Modelo befanden sich zu dieser Zeit 3000 Gefangene, in San Antonio 1146, insgesamt in Madrid 6000. Ein mir vorliegender Bericht eines Augenzeugen, der von seiner Wohnung aus den Casa del Campo überblicken konnte, nennt noch ganz andere Zahlen. Bis zum 30. August, so berichtet der Augenzeuge, hat er etwa 6000 Erschießungen selbst mit angesehen. Er weiß zu berichten, daß an anderen Plätzen der Stadt, in den Straßen und in den Wohnungen, weitere 20000 umgebracht wurden. (Bericht des Deutschen Heinrichs.)

Auch andere Augenzeugen, die z. T. selbst aus dem Gefängnis heraus die bolschewistische Mordpraxis mitansehen mußten, berichten von täglich Hunderten von Morden. Ein junger Ausländer sah selbst, wie in der Nacht zum 21. August etwa 200 Gefängnisbeamte im Carcel Modelo ermordet und am nächsten Tag 250 Angehörige der faschistischen Organisation im Kasernenhof erschossen wurden. Am 15. August hat er gesehen, wie ein Transport von 250 Gefangenen aus Almeria in Madrid ankam und von der Polizeitruppe der roten Miliz übergeben wurde. Diese stellte 240 an die Wand und erschoß sie direkt auf der Station. Nur zehn begleiteten sie zum Gefängnis, um ihren „Auftrag" ausführen zu können. Etwas später wurden die Führer der Faschisten, Ruiz de Alba, Fernando Primo de Rivera, Cuesta und Valdes, ermordet.

Das ganze deutsche Volk trauert um sieben Volksgenossen, die auf die entsetzlichste Art und Weise umkamen und dem roten Mordgesindel zum Opfer fielen. Auf dem Wege zum Freizeitkongreß in Hamburg wurden die vier Volks- und Parteigenossen

Gaetje, Dato, Hofmeister und Treiz von einer Gruppe Bolschewisten ermordet. Zwei von ihnen wurden nach einem langen „Verhör" hinter eine Fabrik geführt, die zwei anderen etwas davon entfernt an eine Mauer gestellt und erschossen. Wie später festgestellt werden konnte, haben die Verbrecher ihr blutiges Werk mit Schrot verrichtet! Hofmeister und Treiz waren so entstellt, daß man sie nur mit Mühe an der Gesichtsform identifizieren konnte. Viele andere deutsche Volksgenossen wurden verletzt oder in ihrem Vermögen geschädigt. Der Parteigenosse Hans Hahner wurde ermordet, als er sich zum Dienst am „Roten Kreuz" begeben wollte. Sein Haus wurde ausgeraubt, und seine Frau blieb mittellos zurück.

Nicht nur in Madrid, sondern im ganzen Land häuften sich die Greueltaten der Roten. In Lora del Rio wurden 187 Personen umgebracht, in Constantino 250 („Diaro de Noticias", Lissabon).

In Cartagena wurden 600 Offiziere und Mannschaften mit Steinen um den Hals ins Meer geworfen („Germania"). Im Kloster von Baena haben die Kommunisten 180 Personen mit Beilen und Rasiermessern hingerichtet, unter ihnen den Pater von Santa Maria Mayor, Frauen und Kinder. Den Frauen war der Leib aufgeschnitten („Seculo"). Zwei Bauern aus Malaga berichten über die Ermordung von mehr als 400 Personen, die, mit Gewichten an den Füßen, in Brunnen geworfen oder an die Schwänze von Pferden gebunden durch die Straßen geschleift wurden („Seculo").

Der italienische Konsularagent Solaverani berichtet, daß ein 16jähriges Mädchen als erste auf einen Gefangenen geschossen habe („Die Front", Zürich). In Rosal de la Frontera verbrannten die Kommunisten 40 Personen in der verschlossenen Kirche („Journal de Genève"). In Runda wurden 400 Einwohner ermordet, von denen etwa 200 in den Tajo gestürzt wurden („Times"). In San Sebastian wurden am 14. August 51 Geiseln erschossen („Evening Standard"). In Almendralago fanden die Truppen General Francos die Leichen von Gefangenen mit dem Kopf nach unten an die Gefängnismauern gekreuzigt. 80 waren bei lebendigem Leibe verbrannt worden („Seculo"). In Cartagena wurden 50 Bürgergardisten, Hals an Hals gefesselt und mit Eisenbarren beschwert, von dem roten Gefängnisschiff „Sil" ins Meer gestürzt („Daily Mail"). Der Sonderberichterstatter des „Journal", Emile Condroyer, berichtet aus El Arahal, daß die Roten 30 Männer, Frauen und Kinder im Gefängnis eingeschlossen, Petroleum durch ein Fenster gegossen und dann brennende Streichhölzer hineingeworfen haben („Daily Mail").

Die Einzelheiten, die über die Ermordung von Priestern und Schändung von Nonnen an uns gelangen, sind unvorstellbar. Einige Beispiele: der Erzbischof von Tarragona und der Bischof von Lerida wurden ermordet („Journal de Genève"). Der Amerikaner Henry Harris berichtet, daß er selbst im Gefängnis Zeuge der Ermordung von 150 Ordensangehörigen in Barcelona gewesen ist („Matin").

In Piedralvez wurde der Führer der katholischen Arbeiter, Don Dimas Madariaga, ermordet („Journal de Genève"). In Tarragona wurden acht Pfarrer erschossen, einem Mönch zertrat man den Leib mit Stiefeln und erschoß ihn schließlich (Bericht des Deutschen Hein Hausmann). Immer wieder werden Fälle berichtet, daß Priester enthauptet und ihr Kopf durch die Straßen geschleppt wurde. In Valencia wurden Nonnen reihenweise erschossen und ihre Körper verbrannt. Die Pfarrer von Abrero, Las Casas und Torres wurden auf die furchtbarste Weise umgebracht („Germania"). Die Liste könnte ins

ungemessene fortgesetzt werden. Oft waren bei den Erschießungen Kinder beteiligt. So berichtet Raffael Oriol aus La Habana, daß er in Barcelona gesehen habe, daß unter den Mördern sich zahlreiche Gruppen von Knaben unter 15 Jahren befunden haben („Diario de la Marina").

Unersetzliche Kunstwerke wurden zerstört, die geistige Elite des Landes vernichtet. Der Nobelpreisträger Benavente und der bekannte Dramatiker Alvares Quintero sowie der Künstler Zuluaga wurden hingerichtet („Daily Mail"). Allein in Barcelona, so berichtet Professor Walter W. S. Cook, wurde die Kathedrale Santa Anna und alle anderen Kirchen, außer einer einzigen, verbrannt. Die berühmten Altarblätter von Bermejo aus dem 15. Jahrhundert sind vernichtet, die Kirche Santa Maria del Mar aus dem 15. Jahrhundert zerstört. Von San Pedros de las Puellos aus dem 9. Jahrhundert stehen nur noch die Mauern. Die berühmten Klöster Barcelonas und der Palast des Erzbischofs sind vollständig vernichtet.

Das ist das wahre Gesicht des bolschewistischen Atheismus, der es wagt, in anderen Ländern seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen anzubieten. Das Bild der aus den Särgen gerissenen Leichen von Nonnen in Barcelona ist ein Symbol der Schändung alles Heiligen durch den Bolschewismus. Wenn Andres Nin, einer der Hauptheßer in Spanien und ehemaliger Sekretär des Bolschewisten Tomsky, erklärt: „Wir haben das Kirchenproblem gelöst, indem wir keinen einzigen Tempel mehr stehen ließen", so müssen wir feststellen, das ist die Gottlosigkeit in Person! So sieht das wahre Gesicht des Bolschewismus aus!..."

„... Es ist erwiesen, daß die unerhörten Greueltaten in Spanien durch Agenten der Komintern veranlaßt und begangen werden.

Es ist erwiesen, daß Sowjetrußland den spanischen Bolschewisten finanzielle, politische und praktische Hilfe zukommen läßt..."

Aber mit Recht konnte Pg. Dr. Goebbels gegenüber der Gefahr der von Moskau gelenkten Komintern und der Sowjetunion feststellen:

„... Der rote Osten droht, aber der Führer steht auf der Wacht. Deutschland als Vorposten der europäischen Kultur ist bereit und entschlossen, diese Gefahr mit allen Mitteln von den Grenzen seines Landes abzuwehren..."

Weihestunde der Auslandsorganisation

Der 11. September brachte zahlreiche Sondertagungen — darunter auch die Weihestunde der Auslandsorganisation, in deren Rahmen Gauleiter Pg. Bohle auch der Toten der AO. gedachte, insbesondere aber des ermordeten Landesgruppenleiters in der Schweiz, Pg. Gustloff, und mit den Worten schloß:

„... In Schwerin, wo Wilhelm Gustloff liegt, rauschen uralte deutsche Eichen ihr ewiges Lied über seinem Grab. Es ist das Lied der deutschen Treue, das Lied, das heute jeder Deutsche im Reich und draußen kennt, ein Lied, das nicht mehr aufhören kann, da Adolf Hitler ihm ewige Kraft verlieh. Das ist das Gelöbnis der auslandsdeutschen Nationalsozialisten in dieser Weihestunde, daß sie auf immer treu sein werden ihrem Führer und ihrem Reich."

Und der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, sagte in seiner Rede vor der AO.:

„... Insbesondere möchte ich für all die anderen des einen Mannes gedenken, den viele von uns nicht nur dem Namen nach, sondern auch als Mensch kannten: Wilhelm Gustloff. Die ihn kannten, wissen, daß gerade er als Mensch besonderer Art war: ein Idealist, wie wenige, der aufging in der Arbeit für das Gebiet, das seiner Verantwortung anvertraut war, der aufging im Dienst am Führer. Die ihn kannten, wissen, wie er geliebt wurde von denen, die unter ihm wirkten, von denen, die er betreute. Sie wissen, daß er selbst höchste Achtung genoß bei den Ausländern, die ihn persönlich kannten. Makellos war er und unangreifbar für seine Feinde.

Aber weil er in seinem Wirken und in seiner Haltung unangreifbar war, weil er als Mensch der beste Werber für den Nationalsozialismus und das neue Deutschland war, deshalb fiel er im Meuchelmord durch die Hand eines Juden. Ihn traf die Kugel eines Hasses, der um so stärker wurde in der Welt, je anständiger das deutsche Volk geworden ist.

Die Kugeln des gleichen Hasses trafen die Deutschen in Spanien, denn sie hatten nichts verbrochen, aber daß sie Deutsche waren, Deutsche des nationalsozialistischen Reiches Adolf Hitlers, das genügte, sie hinzumorden durch die Ausführungsorgane wiederum des bolschewistischen Judentums.

Im Gedenken an diese Gefallenen wollen wir versprechen — wir Deutschen im Inland —, mehr noch als bisher uns das Los unserer Volksgenossen im Ausland vor Augen zu halten und alles zu tun, was in unserem Vermögen steht, dieses ihnen zu erleichtern. Und wir wollen sie immer wieder fühlen lassen, daß wir uns mit ihnen in einer Schicksalsgemeinschaft fühlen.

Wir wollen ihnen sagen, daß wir wissen, wie schwer sie zu ringen haben, um sich durchzusetzen und draußen durchzuhalten, daß wir wissen, wie groß die Opfer sind, die die Heimat von ihnen verlangt, daß viele von ihnen ein Leben in schwerer Arbeit führen müssen, ohne den gerechten Lohn dafür zu ernten.

Wir wissen, daß viele Deutsche, die draußen ihren Beruf haben, deutsche Kaufleute usw., mit knapper Not durchhalten, so schwer es oft sein mag, nicht zu kapitulieren. Sie bleiben auf ihrem Posten, nur weil sie sich bewußt sind, daß sie draußen — ja, gerade da draußen — für die deutsche Gemeinschaft, für die Heimat wirken, daß sie beitragen, den ohnehin so geringen deutschen Außenhandel wenigstens aufrechtzuerhalten, deutsche Waren abzusetzen und Güter, die die Heimat braucht, ihr so günstig als möglich zu beschaffen..."

Auch die dritte Sitzung des Parteikongresses zeigte auf verschiedenen Lebensgebieten den polaren Gegensatz zwischen dem lebensbejahenden Nationalsozialismus und dem zerstörerischen Bolschewismus — in den Referaten „Erbhof oder Kollektiv" (Hauptamtsleiter Pg. Dr. Reischle), „Nationalsozialistische und bolschewistische Wohlfahrtsarbeit" (Hauptamtsleiter Pg. Hilgenfeldt), „Rasse und Bevölkerungspolitik" (Reichsärzteführer Pg. Dr. Gerhard Wagner). Bauerntum, Volkswohlfahrt, Rasse

In der Tagung der NS.-Frauenschaft entwickelte die Reichsfrauenführerin Pg. Scholtz-Klink die nationalsozialistische Frauen- Tagung der NS.-Frauenschaft

aufgabe gegenüber dem bolschewistischen Frauenelend. Und unter großer Begeisterung der vielen Tausende deutscher Frauen in der Kongreßhalle sprach Adolf Hitler und sagte u. a.:

„Ich bin überzeugt, daß die Bewegung von niemand mehr verstanden wird als von der deutschen Frau. Wenn unsere Gegner meinen, daß wir in Deutschland ein tyrannisches Regiment über die Frau aufrichten, so kann ich demgegenüber nur das eine verraten, daß ich ohne die Beständigkeit und wirklich liebevolle Hingabe der Frau an die Bewegung die Partei nie hätte zum Siege führen können. Und ich weiß, daß auch in schlimmen Zeiten, wenn die Neunmalweisen und die Ueberklugen unsicher werden, die Frauen ganz sicher aus ihrem Herzen heraus zur Bewegung stehen und sich mit mir für immer verbinden."

Aufmarsch der Politischen Leiter

Am Abend des gleichen Tages marschierten 90000 Politische Leiter der NSDAP. vor Adolf Hitler auf der Zeppelinwiese — die durch Scheinwerferstrahlen von einem gewaltigen Lichtstrahlendom überwölbt war — auf und wurden durch den Reichsorganisationsleiter Pg. Dr. Robert Ley dem Führer gemeldet, der dann zu seinen alten Kämpfern sprach und dabei zum Ausdruck brachte:

„... Dieses Reich hat erst die ersten Tage seiner Jugend erlebt. Es wird weiter wachsen in Jahrhunderte hinaus, es wird stark und mächtig werden! Diese Fahnen werden durch die Zeiten getragen von immer neuen Generationen unseres Volkes. Deutschland hat sich gefunden! Unser Volk ist wieder geboren!..."

Appell der Hitlerjugend

Am 12. September erlebte das Nürnberger Stadion den feierlichen Appell der Hitlerjugend vor dem Manne, dessen Namen sie trägt. 50000 junge Deutsche unter dem Reichsjugendführer Pg. von Schirach erwarteten hier den Führer der deutschen Nation, Adolf Hitler. Und der jubelnd begrüßte Führer sagte zu seinen Jungen:

„... Ihr seid ein schöneres Bild, als die Vergangenheit es uns geboten, ja gelehrt hat. Ein neuer Schönheitstyp ist entstanden. Nicht mehr der korpulente Bierphilister, sondern der schlanke, ranke Junge ist das Vorbild unserer Zeit, der fest mit gespreizten Beinen auf dieser Erde steht, gesund ist an seinem Leib und gesund ist an seiner Seele. Und so wächst neben euch Jungen auch heran das deutsche Mädchen.

Vielleicht ist das das größte Wunder unserer Zeit: Bauten entstehen, Fabriken werden gegründet, Straßen werden gezogen, Bahnhöfe errichtet, aber über all dem wächst ein neuer deutscher Mensch heran! Wenn ich euch, erfüllt vom glücklichsten Empfinden, ansehe, wenn ich eure Blicke finde, dann weiß ich: Mein Lebenskampf ist nicht umsonst gekämpft, das Werk ist nicht umsonst getan! Mit dieser Fahne und in seinen jungen Trägern wird es weiter leben, und eine würdige Generation wird einst für eure Ablösung bereitstehen.

Ihr werdet Männer sein, wie die große Generation des Krieges es war. Ihr werdet tapfer und mutig sein, wie eure älteren Brüder und eure Väter es gewesen sind. Ihr werdet treu sein, wie jemals Deutsche treu sein konnten. Ihr werdet das Vaterland aber mit ganz anderen

Augen sehen, als wie wir es leider einst sehen mußten. Ihr werdet eine andere Hingabe kennen an das ewige Reich und an das ewige Volk..."

4. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsfront

In der vierten Jahrestagung der Deutschen Arbeitsfront (in der Kongreßhalle), die sich in ihren Referaten mit Aufgabe und Weg dieser 20-Millionen-Organisation zu beschäftigen hatte, sagte der Reichsorganisationsleiter der NSDAP. und Reichsleiter der DAF., Pg. Dr. Ley:

„... Sozialismus ist nicht die Sache kollektiver Verträge, überhaupt ist der Sozialismus keine Sache von Verträgen. Sozialismus ist eine Sache der Ehre, der Anständigkeit und ordentlichen Gesinnung. Man kann Verträge machen, soviel man will: Jeder Vertrag hat ein Loch, durch das der Verbrecher hinaus kann. So war es denn auch, wenn die Arbeitgeber und Arbeitnehmer früher Verträge untereinander machten..."

und stellte über die Einheit des Betriebes fest:

„... Der Betrieb ist eine Einheit, das ist oberstes Gesetz. Arbeitgeber nach alten Begriffen, jetzt Betriebsführer, und Arbeitnehmer nach alten Begriffen und heute das Gefolgschaftsmitglied, sie bilden diese Einheit, wie sie in einer Familie zusammensteht. Sie haben ihre gemeinsamen Sorgen und ihre gemeinsamen Freuden, all das gemeinsame Leiden, Ringen und Kämpfen ist in diesem Betrieb. Dieser Betrieb ist eine Burg, alle haben nur eine oberste Pflicht, diese Burg, ihren Betrieb, zu verteidigen. Das ist ihre Aufgabe. So reiht sich Betrieb an Betrieb, Zelle an Zelle, eine Lebenszelle an die andere, Hunderte, Tausende, Zehntausende, ja Millionen..."

Und der Führer legte klar, wie alle Leistungen des nationalsozialistischen Staates, alle aufgestellten Pläne und Befehle für die Zukunft immer und stets dem Wohle des Volkes dienen — wie jedes geforderte Opfer für die Volksgemeinschaft gebracht wird — und sagte:

„... Ich werde jedes Opfer verlangen, das notwendig ist, um unser Volk zu stützen und zu sichern; denn ich glaube, der Unglücklichste auf der Welt ist der, der sein Unglück mangels eigener Kraft nicht meistern kann!..."

Nationalsozialistische Rechtsarbeit

Die vierte Sitzung des Parteikongresses brachte wieder eine Reihe bedeutsamer Referate. Der Reichsrechtsführer Pg. Dr. Frank sprach über die Aufgaben des deutschen Rechtswahrers und die bisherigen Leistungen des nationalsozialistischen Staates zur Bereinigung unseres Rechtslebens. Bemerkenswert waren auch die in seinem Referat mitgeteilten Zahlen über die Abnahme der Kriminalität:

„Die Zahl der rechtskräftig Verurteilten betrug im Jahre 1932 566042. Im Jahre 1933 ist die Zahl auf 491638 und im Jahre 1934 weiter auf 394908 gefallen. Im Jahre 1935 trat nach den bisherigen statistischen Ergebnissen eine weitere Verminderung auf 310000 ein.

Die Kriminalitätsziffer, d. h. die auf je 100000 der strafmündigen Bevölkerung berechnete Zahl, ging von 1127,62 im Jahre 1932 auf

978,50 im Jahre 1933 und auf 783,26 im Jahre 1934, also seit 1932 um nahezu 30 v. H. zurück.

Ein ähnlich erfreuliches Bild wie die Kriminalstatistik liefert die polizeiliche Anzeigenstatistik für das Jahr 1935. Sie läßt beispielsweise erkennen, daß die Betrugsanzeigen, die bei der Kriminalpolizei ganz Preußens erstattet wurden, von 104697 im Jahre 1932, 95431 im Jahre 1933, 81100 im Jahre 1934 auf 77647 im Jahre 1935, also seit 1932 um mehr als 25 v. H. abgenommen haben. Um noch zwei weitere eindrucksvolle Beispiele zu nennen: Die Zahl der Diebstahlsanzeigen sank von 254539 im Jahre 1932 auf rund 160000 im Jahre 1935. Das ist ein Rückgang um mehr als 36 v. H.

Einen besonders starken Rückgang haben auch die Gewaltdelikte, wie Raub und räuberische Erpressung, aufzuweisen. Während noch 1932 1971 Anzeigen wegen Raubes und räuberischer Erpressung erstattet wurden, sank diese Zahl im Jahre 1935 auf unter 700. Hier beträgt also die Abnahme seit 1932 fast zwei Drittel."

NS.-Presse

Dann sprachen der Reichspressechef Pg. Dr. Dietrich und Reichsleiter Pg. Amann über Fragen der Presse und Staatssekretär Pg. Reinhardt über die soziale, wirtschaftliche und finanzielle Gesundung Deutschlands. Aus seinem umfassenden Referat seien folgende bedeutsamen Tatsachen entnommen:

Soziale, wirtschaftliche und finanzielle Gesundung

„... Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren betrug im ersten Halbjahr 1932 12902, im ersten Halbjahr 1936 nur noch 1660. Demnach Rückgang auf ein Achtel.

Die Meßziffer der gesamten Industrieerzeugung, in der das Jahr 1928 = 100 gesetzt ist, lautete im Juni 1936 auf 116, für Anlagegüter sogar auf 122. Das Jahr 1928 wies bisher den Höchststand der Nachkriegszeit auf. Dieser war auf die Scheinblüte zurückzuführen, die durch die Aufnahme vieler Milliarden von Auslandskrediten gewaltmäßig und widernatürlich herbeigeführt worden war. Der folgende Absturz bis auf 39 im Jahre 1932 war der Beweis dafür, daß die Blüte eben nur eine Scheinblüte war. Erst nach Uebernahme der staatlichen Macht durch den Führer ging es wieder bergauf; 1933 auf 54,1, 1934 auf 77,1, 1935 auf 99,9, und im ersten Halbjahr 1936 haben wir bereits 116 erreicht und damit den Stand von 1928 bereits um rund ein Fünftel überschritten. Dieser Aufstieg hat seine Ursache nicht in künstlichen Mitteln, sondern ist die durchaus natürliche Folge der nationalsozialistischen Staatsführung und wird deshalb von Dauer sein...

... Das Arbeitseinkommen der Gesamtheit der Lohn- und Gehaltsempfänger im nationalsozialistischen Deutschland ist im Jahre 1935 um 6 Milliarden Reichsmark größer gewesen als im Jahre 1932, das gesamte Volkseinkommen um 11 Milliarden Reichsmark. Das Volkseinkommen stellt den Betrag dar, der zur weiteren Bestreitung der Lebensbedürfnisse der Deutschen zur Verfügung steht. Die Zunahme des Volkseinkommens stellt das Mittel zur Stärkung der deutschen Volkswirtschaft und die Grundlage für eine weitere Aufwärtsentwicklung dar. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Aufwärtsentwicklung noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht haben wird.

Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft sind von 6,4 Milliarden Reichsmark in 1932 auf 8,8 Milliarden Reichsmark in 1935, also um ein Drittel, gestiegen.

Die Einzelhandelsumsätze sind im ersten Halbjahr 1936 um 10 v. H. höher gewesen als im ersten Halbjahr 1935 und um 27 v. H.

höher als im ersten Halbjahr 1933. Am kräftigsten ist die Zunahme an Umsätzen in Hausrat und Wohnbedarf.

Die Spareinlagen bei den Sparkassen sind seit Uebernahme der staatlichen Macht durch den Führer um 4,3 Milliarden Reichsmark gestiegen. Das ist eine Steigerung um zwei Fünftel.

Die Einlagen bei den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften haben sich in der gleichen Zeit um 400 Millionen Reichsmark erhöht. Das ist eine Steigerung um fast ein Viertel.

Das Reinvermögen der Sozialversicherung hat sich seit der Uebernahme der staatlichen Macht durch den Führer um 1 Milliarde Reichsmark erhöht.

Der Rohzugang an Wohnungen ist in 1934 doppelt so groß gewesen wie in 1932. Diese gewaltige Zunahme ist zum Teil auf die Förderung der Umbautätigkeit zurückzuführen. Die Wohnungsneubautätigkeit ist in 1935 um zwei Drittel größer gewesen als in 1932. Im ersten Halbjahr 1936 sind 43,7 v. H. mehr Wohnungen fertiggestellt worden als im ersten Halbjahr 1935...

Der Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft spiegelt sich auch in den Kursen der Aktien. Diese sind von 49,9 im Juli 1932 auf 103,1 im Juli 1936 gestiegen.

Das Vertrauen in die nationalsozialistische Staatsführung spiegelt sich außerdem in der Erhöhung des Kurses der festverzinslichen Wertpapiere von 62,15 im Juli 1932 auf 95,94 im Juli 1936.

Die wichtigsten unmittelbaren Maßnahmen im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit sind gewesen:

1. Vorbelastung des Reichshaushalts durch Ausgabe von Arbeitsbeschaffungswechseln, durch Gewährung von Barzuschüssen, von Zinsvergütungsscheinen, von Darlehen und von Steuervergünstigungen.
2. Verbesserung der Rohstoffversorgung durch Förderung der Erzeugung entsprechender Güter in Deutschland.
3. Gewährung von Ehestandsdarlehen und von Kinderbeihilfen.
4. Allgemeine Steuerbefreiungen, Steuersenkungen und Steueranpassungen.
5. Gemeindeumschuldung, Zinssenkungen und Ordnung der Kreditwirtschaft.

... Nach der Statistik über die Beitragszahlungen zur Invalidenversicherung ergibt sich, daß die niedrigen Einkommen im Rahmen des gesamten Lohneinkommens, das in der deutschen Volkswirtschaft vorkommt, abgenommen, die mittleren und höheren dagegen zugenommen haben. Noch 1933 lagen zwei Drittel aller Arbeiterlöhne in der Gruppe bis zu 24 RM., im Jahre 1935 lag nur noch etwa die Hälfte aller Arbeiterlöhne in dieser niedrigen Gruppe. Der Anteil der Löhne über 36 RM. war von 17,1 auf 22,8 v. H. gestiegen. Für das Jahr 1936 wird sich ein noch wesentlich günstigeres Bild ergeben...

... Die Einkommensteuer bemißt sich nach dem tatsächlich erzielten Einkommen und ist demgemäß die sozial gerechteste Form der Erhebung von Steuern. Diese unsere Einkommensteuer einschließlich der Körperschaftsteuer erbringt etwa ein Drittel des gesamten Aufkommens an Steuern und Zöllen. Sie hat im Jahre 1933 1,5 Milliarden Reichsmark erbracht und wird im Jahre 1936 ohne die unlängst erfolgte Erhöhung der Körperschaftsteuer mindestens 4 Milliarden Reichsmark erbringen. In dieser bedeutenden Zunahme des Aufkommens an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer spiegeln sich die bedeutende Zunahme der Einkommen und die daraus sich ergebende bedeutende Verbesserung der Lebensgrundlagen der gesamten deutschen Volkswirt-

schaft und in zwangläufiger Folge davon die Festigung und Verbesserung des Lebenshaltungsstandes der Gesamtheit aller Volksgenossen..."

Appell der SA., SS., des NSKK. und der Flieger

Der 13. September brachte den traditionellen Höhepunkt des Parteitages: die Appelle der SA., SS., des NSKK. und der Flieger in der Luitpoldarena und den späteren Vorbeimarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz. — Die Gefallenenehrung, die Weihe der neuen Fahnen, die Ansprache des Führers an seine Garde — sie gemahnen uns an die früheren Nürnberger Parteitage — vor und nach 1933 — und daran, daß die Stärke des nationalsozialistischen Deutschlands auch heute in seinem unbändigen Glauben und steten Willen zur Freiheit beruhen muß — und in der Treue zum Führer, der diesmal zu seinen Männern die Worte sprach:

„... Die Welt kann es wissen, daß wir alle, die hier tagaus, tagein, Woche für Woche, Monat um Monat der Aufgabe der Wiederaufrichtung unseres Volkes, seiner Wirtschaft und seiner Kultur dienen, nur einen Wunsch besitzen: den Frieden zu bewahren, so wie wir auch im Innern uns den Frieden sicherten. Allein, sie soll auch wissen, daß wir nur einen Entschluß haben: unter keinen Umständen jemals Deutschland dem Bolschewismus auszuliefern, dessen Wirken wir kennen und den wir zu Boden gezwungen haben!..."

Soziale Lage in Deutschland und Rußland

In der fünften Sitzung des Parteikongresses stellte Pg. Dr. Ley die Lage des deutschen Arbeiters der des sowjetrussischen gegenüber und bewies eindeutig den deutschen Aufstieg gegenüber dem bolschewistischen Elend. — Hauptamtsleiter Pg. Dr. Todt berichtete über den deutschen Straßenbau und teilte u. a. mit:

Straßenbau im Dritten Reich

„In den Sommermonaten dieses Jahres wurden täglich rund zehn Kilometer Reichsautobahn fertiggestellt. Die bis heute erreichte Leistung der wichtigsten Arbeiten sind:

rund 170 Millionen Kubikmeter Bodenbewegung (ein Rollwagenzug von der vierfachen Länge des Erdumfanges),

rund 5 Millionen Kubikmeter Beton und Eisenbeton (darin verarbeitet 100000 Eisenbahnwaggons Zement)..."

Zahlen des Reichsarbeitsdienstes

Und dann sprach der Reichsarbeitsführer Pg. Hierl über den Reichsarbeitsdienst und führte u. a. folgende überzeugenden Zahlen auf:

„... Von den Ergebnissen unserer Arbeit im Haushaltsjahr 1935/36 möchte ich versuchen, mit einigen Zahlen ein anschauliches Bild zu geben:

1. Durch Deichbauten und Flußregulierungen wurde eine Fläche von rund 56000 Hektar den regelmäßigen Hochwasserüberflutungen entzogen. Dadurch wurden die Erträge des fast durchweg hochwertigen Kulturlandes und die Lebensgrundlage von 2800 Bauernfamilien und darüber hinaus von 5600 städtischen Familien gesichert. Die Ertragssicherung und -steigerung ist einem Neulandgewinn von 7000 Hektar gleichzusetzen.
2. Vorflutausbau, Binnenentwässerung und Dränung auf einer Fläche von 140000 Hektar haben nicht voll ausgenutztes Kulturland in seinen Erträgen um rund 20 v. H. gesteigert, das entspricht einem Gewinn von 28000 Hektar Neuland, auf dem 2000 bis 2800

neue Bauernfamilien und durch diese wieder 4000 bis 5600 städtische Familien auf die Dauer ihr Brot verdienen können.

3. Auf 125000 Hektar haben Umlegungsarbeiten die durch Erbteilung hervorgerufene Zersplitterung des Besitzes beseitigt und diesen zu geschlossenen Wirtschaftsbetrieben zusammengefaßt. Die hierbei gewonnene Ertragssteigerung ist der Neulandgewinnung von weiteren 12500 Hektar gleichzusetzen.
4. Der Erfolg dieser Landeskulturarbeiten im letzten Haushaltsjahr kommt somit einer Vergrößerung des deutschen Raumes um 47500 Hektar — also um mehr als ein Viertel des Saargebietes — gleich.
5. Die Neuanlage und der Ausbau von rund 1400 Kilometer Wirtschaftswegen, gleich der doppelten Entfernung von Berlin nach München, haben den bäuerlichen Wirtschaftsbetrieb erleichtert und zu einer besseren Ausnutzung der Arbeitskräfte geführt. Dort, wo vorher kaum vier Pferde einen Wagen zur Feldbestellung ziehen konnten, werden jetzt nur ein, höchstens zwei Pferde benötigt. Rund 70000 Hektar Bauernland kommt dieser Wegebau zugute.
6. Durch Baugrubenaushub und Wegebau wurde die Anlage von 6000 Heimstätten gefördert.
7. Groß sind auch die Werte, die in den Forsten geschaffen sind:
   16000 Kilometer Grabe- und Hackstreifen wurden angelegt, 40000000 Pflanzen gesetzt.
   Wildgatter wurden in einer Länge von 300 Kilometer gebaut.
   Die Neuanlage und der Ausbau von 1200 Kilometer Holzabfuhrwegen geben die Möglichkeit, unseren wertvollen Holzbestand, für den es vorher keine Abfuhrgelegenheit gab, überhaupt erst auszunutzen. 25000 Hektar Wald sind durch diesen Forstwegebau aufgeschlossen.
   Weitere 12000 Hektar Wald wurden durch Aufästen, Kulturpflege und Durchforsten einem besseren Ertrage zugeführt..."

Vorführungen der Wehrmacht — Verleihung der neuen Fahnen

Der 14. September, der letzte Tag des Parteitags, brachte wieder die Vorführungen der Wehrmacht und den Vorbeimarsch der Truppen. Bei der Paradeaufstellung wurden zum ersten Male die neuen Fahnen geführt und feierlich verliehen. — Eine amtliche Mitteilung über diese Truppenfahnen besagte:

Die Truppenfahnen der drei Wehrmachtsteile sind untereinander verschieden. Innerhalb von Heer und Luftwaffe weichen sie je nach der Waffengattung in ihren Grundfarben voneinander ab. Die Truppenfahnen der Kriegsmarine — nur die Landformationen erhalten hier Truppenfahnen — haben nur eine Grundfarbe.

Beim Heer erhalten Fahnen die Bataillone der Infanterie, Jäger und Pioniere; Standarten die Abteilungen bzw. Bataillone aller motorisierten, berittenen oder bespannten Einheiten.

Grundfarben der Fahnen bzw. Standarten des Heeres sind: Weiß für Infanterie und M.G.-Bataillone, grün für Jäger-Bataillone, goldgelb für Reiter-Regimenter und Radfahr-Bataillone, rot für Artillerie und Beobachtungs-Abteilungen, schwarz für Pionier-Bataillone, rosa für Kraftfahr-Kampftruppen, zitronengelb für Nachrichten-Abteilungen, blau für Kraftfahr-Abteilungen, bordeaux-rot für Nebel-Abteilungen.

Bei der Kriegsmarine erhalten Fahnen nur die Marine-Artillerie-Abteilungen, Schiffsstamm-Abteilungen, Marine-Unteroffizier-Lehrabteilungen. Grundfarbe ist einheitlich hellblau. Standarten gibt es nicht.

Bei der Luftwaffe erhalten Fahnen die Gruppen bei der Fliegertruppe, Abteilungen bei den Flakregimentern, Abteilungen bei der Nachrichtentruppe. Grundfarben der Truppenfahnen der Luftwaffe sind: gelb für die Fliegertruppe, rot für die Flakartillerie, goldbraun für die Nachrichtentruppen. Standarten gibt es bei der Luftwaffe ebenfalls nicht. —

Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg schloß seine Ansprache mit den Worten:

„... In dieser Stunde gedenken wir des Mannes, der uns die neuen Feldzeichen gab und dem wir in unerschütterlicher Treue verbunden sind. Adolf Hitler, unser Führer und Reichskanzler, der Oberste Befehlshaber der deutschen Wehrmacht, unser deutsches Volk und Vaterland: Sieg-Heil!"

Die Aufgabe des deutschen Soldaten

Und der Führer sagte über die Aufgabe des deutschen Soldaten:

„... Und wenn Millionen Menschen jahraus, jahrein für diese Arbeit ihr Leben einsetzen, in Fabrik und Werkstatt, in Betrieb und Kontor, dann ist es verständlich und vernünftig, wenn auch alle genau so bereit sind, ihr Leben einzusetzen für die Erhaltung dessen, was so geschaffen wurde.

Deshalb, meine Soldaten, seid ihr von der Nation gerufen worden! Nicht um irgendeinem frivolen Versuch eines überspannten Chauvinismus zu dienen — sondern um Wache zu stehen vor unserer Arbeit! Wache zu stehen vor unserem Volk! Wache zu stehen vor unserem Deutschland! Wenn ich euch so vor mir sehe, dann fühle ich und ich weiß es, daß diese Wache allen Gefahren und allen Drohungen gegenüber standhalten wird..."

Schlußsitzung des Parteikongresses — Führerrede

Der Parteitag der Ehre endete mit der Schlußsitzung des Parteikongresses, in der Adolf Hitler nochmals in großangelegter Rede mit dem Bolschewismus vernichtend abrechnete. Rückschauend auf die erhebenden Tage von Nürnberg schloß er mit den Sätzen:

„... Wunderbar war für uns alle das Erlebnis dieser Tage. Erhebend der Blick über diese endlosen Kolonnen unseres marschierenden Volkes in der Partei und der Armee. Beruhigend aber die Erkenntnis, daß hier nicht tote Organisationen vorbeimarschierten, sondern Träger eines unzerstörbaren Glaubens. Noch einmal wenden wir dankerfüllten Herzens den Blick zurück auf die hinter uns liegenden zwölf Monate.

Noch einmal wollen wir dem Allmächtigen in Demut sagen, wie sehr wir seine Gnade fühlen, die uns das große Werk der Wiedererringung unserer Ehre und damit unserer Freiheit ermöglicht und gesegnet hat. Noch einmal will ich den Mitkämpfern danken für das Vertrauen, das sie in meine Führung setzten, und für den Gehorsam, mit dem sie mir folgten.

Es drängt mich noch, den unzähligen Kämpfern der Bewegung meine Anerkennung auszusprechen für ihre nationalsozialistische Hingabe, meinen zahlreichen Mitarbeitern für ihre unermüdliche Leistung im Dienste der Wiederaufrichtung unseres Volkes, unseres Reiches, unserer Kultur, unserer Wirtschaft — und insbesondere aber will ich danken den Führern und Soldaten unserer Armee, die nun als des nationalsozialistischen Dritten Reiches Wehr Wache stehen und Wache halten wird, so wie einst!

Meine Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Zum achten Male nehmen wir voneinander Abschied und begeben uns nun zurück an die Stätten unserer Arbeit. Wehmutsvoll werden wir zurückdenken an die gemeinsamen Stunden dieses Erlebens, wie immer aber erfüllt von dem sicheren Glauben, uns nach zwölf Monaten wieder begrüßen zu können als die große Familie der Führer und Offiziere, der Kämpfer und Soldaten unseres Volkes.

Es lebe Deutschland!"

Im Rahmen der Darstellung des Parteitags der Ehre sei noch die Schaffung der Nationalsozialistischen Kampfspiele erwähnt, über die Adolf Hitler am 1. Dezember folgende Anordnung erließ: Nationalsozialistische Kampfspiele

1. In Verfolg meiner Proklamation beim Reichsparteitag der Ehre schaffe ich hiermit für die künftigen Reichsparteitage die Nationalsozialistischen Kampfspiele.

2. Träger dieser Kampfspiele in Vorbereitung und Durchführung ist die SA.

3. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlasse ich nach den Vorschlägen des Stabschefs der SA. Der Reichssportführer wird als Sportreferent der Obersten SA.-Führung zur Mitarbeit bestimmt. Der Stabschef unterrichtet mich fortlaufend von den geplanten Maßnahmen. —

Die Aufgabe der NSDAP. als organische Vertretung der Gesamtnation kam immer stärker in all ihren Lebensäußerungen zum Ausdruck, und Hand in Hand damit ging die Festigung und Heiligung ihrer Tradition als geistige Grundlage. Immer stärker fand in den Feiern der NSDAP., und nicht nur beim Reichsparteitag, diese Tradition ihre feste und gültige Verankerung. In diesem Sinne sei an die einzigartige Zehnjahresfeier des Gaues Berlin (29. Oktober bis 1. November) erinnert, zu welcher der Führer an Pg. Dr. Goebbels ein Telegramm sandte mit dem Inhalt: Zehnjahresfeier des Gaues Berlin

„Dem Manne, der Berlin für das neue Reich eroberte, meinem lieben Freunde Dr. Goebbels, in dankbarer Würdigung dieses gewaltigen Kampfes und all der damit verbundenen Opfer zum zehnjährigen Gedenktag und zur Geburtstagsfeier in herzlicher Freundschaft und treuer Verbundenheit.

Berlin, 29. Oktober 1936.

Adolf Hitler."

Die nationalsozialistische Tradition als stete Kraftquelle fand wieder leuchtenden Ausdruck bei den Erinnerungsfeiern an den 9. November 1923. — Wieder scharten sich im Münchener Bürgerbräukeller am Vorabend (8. November) die alten Kämpfer der Bewegung um Adolf Hitler, der in diesem Kreise die bedeutungsvollen Worte sagte: Erinnerungsfeiern am 9. November

„Gerade im heutigen Jahr aber haben wir sehr viel Grund, die Erinnerung an die damalige Zeit wachzurufen. Denn heute kann ich Ihnen versichern: Zum ersten Male feiere ich diesen Erinnerungstag ohne tiefe Sorge für unser deutsches Volk!"

Und am 9. November wurde des Opfertodes der 16 Gefallenen von der Feldherrnhalle und darüber hinaus aller Gefallenen der Bewegung in würdiger Feier gedacht.

Ehrenbuch der Alten Garde

Zur Pflege der nationalsozialistischen Tradition wurde auch das „Ehrenbuch der Alten Garde" geschaffen, und am 9. November wurde die hierüber durch den Stellvertreter des Führers, Pg. Heß, (bereits am 23. September) erlassene Verordnung veröffentlicht:

> Um die Erinnerung an die alten Kampfgefährten Adolf Hitlers in den kommenden Geschlechtern für alle Zeiten wachzuhalten, habe ich beschlossen, ihre Namen und Daten in einem „Ehrenbuch der Alten Garde" festzulegen. Jeder Träger des Goldenen Ehrenzeichens soll sein Wirken für die nationalsozialistische Bewegung selbst aufschreiben. Diese Blätter werden zu dem Ehrenbuch zusammengefaßt und in einem würdigen Raum des Braunen Hauses aufbewahrt als Zeugnis und Denkmal der Treue zum Führer. Mit der Durchführung beauftrage ich das Hauptarchiv der NSDAP. Von dort werden die Anweisungen im einzelnen ergehen.

Vereidigung der SS.-Rekruten

Und am 10. November wurden vor dem Führer die SS.-Rekruten vereidigt. Auf dem Odeonsplatz vor der Münchner Feldherrnhalle, der Stätte des Opfertodes der Gefallenen vom 9. November 1923, sprechen die Männer den Schwur, den der Reichsführer SS., Pg. Himmler, vorsprach:

„Ich schwöre dir, Adolf Hitler, als Führer und Kanzler des Deutschen Reiches Treue und Tapferkeit. Ich gelobe dir und dem von dir bestimmten Vorgesetzten Gehorsam bis in den Tod. So wahr mir Gott helfe."

16. Abschnitt:

Der Vierjahresplan

Verkündung des Vierjahresplans durch den Führer

Die Proklamation des Führers (9. November) im Rahmen des im vorigen Abschnitt behandelten Parteitags der Ehre hatte als wesentlichsten Punkt in den Vordergrund gestellt: die Verkündung des Vierjahresplans! Ausgehend von der Aufgabe der wirtschaftlichen Erhaltung des deutschen Volkes, hatte die Proklamation folgende Notwendigkeiten entwickelt:

„... Die Probleme unserer nationalen wirtschaftlichen Erhaltung sind unendlich schwere.

1. Die 136 Menschen auf den Quadratkilometer in Deutschland können — selbst bei den größten Anstrengungen und genialster Ausnützung des vorhandenen Lebensraumes — ihre vollkommene Ernährung aus dem Eigenen nicht finden. Was der deutsche Bauer gerade in diesen letzten Jahren geleistet hat, ist etwas Einziges und Einmaliges. Was der nationalsozialistische Staat geleistet hat in der Kultivierung der letzten Heide und des letzten Moores in Deutschland, ist nicht zu übertreffen.

Allein, trotzdem wird auf einigen Gebieten in unserer Ernährung stets ein Mangel vorhanden sein. Diesen Mangel durch einen Import von außen zu decken, ist um so schwieriger, als wir leider auch eine Anzahl wichtigster Rohstoffe in Deutschland nicht besitzen.

2. Die deutsche Wirtschaft ist daher gezwungen, die fehlenden Lebensmittel und Rohstoffe durch einen industriellen Export zu decken, der, weil es sich besonders bei den Lebensmitteln um unabwendbare Importe handelt, ebenfalls unter allen Umständen stattfinden muß.

Es ist dabei bedauerlich, daß die übrige Welt für das Wesen und die Größe dieser Aufgaben dank einer ebenso leichtfertigen wie geistlosen, ja unnötig gehässigen Behandlung dieser Probleme kein Verständnis besitzt. Denn um eine Werteinheit Fett für Deutschland zu kaufen, muß eine Wertmehrheit an Export geleistet werden. Da es sich aber in Fragen der Ernährung nicht, wie leider auch manche fremden Staatsmänner zu meinen scheinen, um boshafte Absichten handelt, sondern um lebenswichtige Aufgaben, muß der Export als Voraussetzung für diesen Import unter allen Umständen stattfinden.

Es zeugt daher nur von einer wahrhaft bedauernswerten Unvernunft, einem Volke einen Vorwurf über seinen billigen Export machen zu wollen, das mangels eines lebensfähigen eigenen Wirtschaftsgebietes den Export unter allen Umständen braucht zur Hereinnahme der ihm fehlenden Lebensmittel.

Wenn daher ein englischer Politiker erklärt, Deutschland benötige keine Kolonien, denn es könne seine Rohstoffe ja ohnehin kaufen, so ist der Ausspruch dieses Herrn ungefähr genau so geistreich wie die

Frage jener bekannten bourbonischen Prinzessin, die angesichts des nach Brot brüllenden revolutionären Haufens verwundert meinte, weshalb denn die Menschen, wenn sie schon kein Brot besäßen, nicht Kuchen essen wollten! Wenn das deutsche Volk und das Deutsche Reich nicht fünfzehn Jahre lang ausgepreßt und um seine gesamten internationalen Ersparnisse gebracht worden wäre, wenn es nicht seine gesamten Auslandskapitalien verloren hätte, und wenn es vor allem noch seine eigenen Kolonien besäße, dann würden wir diese Aufgaben jedenfalls leichter zu meistern in der Lage sein.

Der Einwand, daß uns Kolonien auch nicht viel helfen würden, ist unberechtigt. Eine Staatsführung, die unter den Voraussetzungen der deutschen die heute nicht mehr wegzuleugnenden wirtschaftlichen Leistungen zuwege bringt, würde jedenfalls auch Kolonien wirtschaftlich nützlich zu verwalten wissen. Denn es war z. B. für die deutsche Staats- und Wirtschaftsführung jedenfalls schwieriger, in unserem übervölkerten Gebiet die Erwerbslosenziffer von 6½ auf 1 Million herunterzudrücken und allen dabei das tägliche Brot sicherzustellen als in jenen Ländern, die jedenfalls diese Frage bisher nicht zu lösen in der Lage gewesen zu sein scheinen.

Es waren wirklich ungeheure Anstrengungen notwendig, um unter diesen Umständen

1. die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland zu vermindern und
2. ihnen auch das tägliche Brot zu sichern.

Denn der Aufbau einer reinen Binnenwirtschaft ist ja leider in Deutschland nur bedingt möglich, da wir weder nahrungsmittel- noch rohstoffmäßig im heutigen eigenen Währungsgebiet auszukommen vermögen.

Trotzdem haben wir versucht, aus unserer Erde und aus unserem Boden herauszuwirtschaften, was herausgewirtschaftet werden konnte. Es ist aber selbstverständlich, daß man dabei die Zügellosigkeit einer freien Wirtschaftsbetätigung beenden mußte zugunsten einer planmäßigen Leitung und eines planmäßigen Einsatzes. Die nationalsozialistische Führung hat dabei stets vermieden, auf die Wirtschaft mehr Einfluß zu nehmen als unbedingt nötig war. Sie mußte dabei allerdings einen Grundsatz an die Spitze ihrer Erwägungen und damit ihres Handelns stellen:

Weder die Wirtschaft noch das Kapital sind selbstherrliche Erscheinungen und damit einer eigenen Gesetzmäßigkeit unterworfen, sondern an der Spitze und damit ausschließlich und allein die Lebensgesetze aufstellend, steht das Volk.

Nicht das Volk ist für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft ist eine Dienerin am Volke. Und Volk und Wirtschaft sind nicht Sklaven des Kapitals, sondern das Kapital ist nur ein wirtschaftliches Behelfsmittel und damit ebenfalls den größeren Notwendigkeiten der Erhaltung eines Volkes untergeordnet.

Wo wäre aber Deutschland hingekommen, wenn wir diese Grundsätze nicht allmählich in unserem wirtschaftlichen Handeln durchgesetzt und zur Wirkung gebracht hätten. Das deutsche Volk ist heute in seinen Spitzenreichtümern, gemessen an vielen anderen Völkern, sehr arm. Allein der durchschnittliche Lebensstandard ist trotzdem ein verhältnismäßig hoher. Diesen Lebensstandard des breiten Volkes zu verbessern, ist das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik. Allein diese Verbesserung kann — wie die Dinge nun einmal liegen — leider nicht nach allen Seiten, sondern nur nach bestimmten Richtungen hin erfolgen.

Denn dies ist ein weiterer Grundsatz unserer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, daß nicht der Lohn oder die Lohnhöhe das Entscheidende sind, sondern die Produktion, und damit jener Anteil, der auf den einzelnen Kontrahenten am Wirtschaftsprozeß trifft.

Die nationalsozialistische Wirtschaftsführung hat vielleicht auf manche populären Schlagwörter und Handlungen verzichten müssen, aber sie hat dafür das deutsche Volk vor Enttäuschungen bewahrt.

Es wäre der Staats- und Wirtschaftsführung ohne weiteres möglich gewesen, die Löhne um 20, um 40 oder um 50 v. H. zu erhöhen. Allein die Lohnerhöhung ohne eine Produktionssteigerung ist ein Selbstbetrug, den das deutsche Volk schon einmal durchgemacht hat. Es ist nach nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung ein Wahnsinn, die Löhne zu erhöhen und dabei, wenn möglich, die Arbeitszeit zu verkürzen, d. h. die Produktion zu beschränken. Denn das Gesamtlohneinkommen des Volkes verteilt sich auf die Gesamtproduktion, die konsumiert werden kann. Wenn mithin das Gesamtlohneinkommen um 15 v. H. steigt, die Gesamtproduktion aber um 15 v. H. sinkt, so wird diese Lohnerhöhung im Auskommen des einzelnen Menschen nicht nur ergebnislos sein, sondern im Gegenteil wegen der Senkung der Produktion zu einer vollkommenen Entwertung des Geldes führen.

Wir sehen den letzten Beweggrund inflationistischer Entwicklungen in einem sich steigernden Mißverhältnis zwischen Gesamtlohneinkommen eines Volkes, das anwächst, und der Gesamtproduktion eines Volkes, die sinkt. Es war daher der eiserne Grundsatz der nationalsozialistischen Führung, keine Steigerung des Stundenlohnes zuzugeben, sondern die allgemeine Einkommenssteigerung durch eine Steigerung der Leistung, d. h. durch eine Steigerung der Produktion herbeizuführen. Wenn die deutsche Nationalwirtschaft heute um rund 15 Milliarden Löhne und Gehälter mehr auszahlt als im Jahre 1933, dann nur, weil die Gesamtproduktion sich in einem ähnlichen Verhältnis gehoben hat. Dies erst garantiert bei steigenden Löhnen einen gleichbleibenden Preis und damit ein verbessertes Auskommen, da die Lohnsteigerung dann eben nicht eine höhere Belohnung der Arbeit an sich, sondern die Entlohnung der höheren Arbeitsleistung darstellt.

Es ist aber klar, daß diese Steigerung der deutschen Produktion sich im wesentlichen nur auf jenen Gebieten vollziehen kann, die ihre Befriedigung in Grundstoffen finden, die wir in Deutschland selbst besitzen, d. h. wenn wir durch die stärkste innere Wirtschaftsbelebung das Einkommen unseres Volkes noch so sehr erhöhen und den letzten Mann in Arbeit bringen, so wird dadurch die deutsche Getreideanbaufläche nicht größer, d. h. der deutsche Lebensmittelmarkt kann durch die nun einmal gegebene Begrenzung unseres Bodens nur ganz unwesentlich gebessert werden. Und das ist das schwerste Problem, dem wir gegenüberstehen. Denn wir haben seit 1933 über fünf Millionen Menschen zusätzlich in die Produktion gebracht, d. h. ihren früheren Lohndurchschnitt als Erwerbslose in den meisten Fällen um 100 und zum Teil bis um 200 Prozent verbessert.

Dies gilt jedenfalls für die größere Masse der in den Erwerb gekommenen Menschen. Es ist verständlich, daß viele dieser jahrelang unterernährten, nun zum erstenmal wieder wenigstens etwas verdienenden Volksgenossen sich zuerst auf den Lebensmittelmarkt stürzen. Das heißt aber, daß nun mit einem Schlag 5 Millionen Einkommensträger mit einer größeren Kaufkraft als die früheren Arbeitslosen den deutschen Lebensmittelmarkt zusätzlich belasten. Dem sind die immer wiederkehrenden und durch die Jahreszeiten bedingten Verknappungen

an Butter, Eiern, Fett und zum Teil auch an Fleisch zuzuschreiben. Der Einwand unserer ausländischen Besserwisser, daß die Regierung dann, statt Rohstoffe zu kaufen, eben Lebensmittel kaufen sollte, ist ebenso kindisch wie bewußt verlogen. Denn die Rohstoffe, die benötigt werden, sind ja die Voraussetzung, um überhaupt einen Export zu treiben, der uns den bescheidenen Lebensmittelankauf ermöglicht. Wollten wir diesen Rohstoffimport aufgeben, so würde die Folge davon nur eine sofortige Steigerung der Arbeitslosigkeit sein. Als nationalsozialistische Staatsführung stehen wir dabei aber auf einem ebenso natürlichen wie vielleicht manchem Ausländer unverständlichen Standpunkt, nämlich: Es bewegt uns nicht so sehr die Frage, ob manches Mal die Butter mehr oder weniger ist, oder ob die Eier etwas knapper werden, sondern es verpflichtet uns in erster Linie die Sorge, daß die breite Masse unseres Volkes in Arbeit und Verdienst bleibt und sich damit vor dem Zurücksinken in die grauenhafte Not der Erwerbslosigkeit bewahren kann!

Es interessiert uns weniger, ob die oberen Schichten das ganze Jahr so oder soviel Butter bekommen, als wir uns vielmehr sorgen, der breiten Masse, wenn möglich, den Bezug billiger Fette sicherzustellen, vor allem aber, sie nicht arbeitslos werden zu lassen. Das werden natürlich die bürgerlichen Regierungen unserer Umwelt als gänzlich unverständlich ansehen, allein Deutschland hat auch keine bürgerliche Regierung, sondern eine nationalsozialistische. Es ist daher auch die große Aufgabe unserer Volkswirtschaft, die Konsumkraft unseres Volkes in jene Richtungen zu lenken, die wir aus den Möglichkeiten unserer eigenen nationalen Produktion befriedigen können. Da eine Produktionssteigerung unserer Landwirtschaft nur in sehr begrenztem Maße stattfinden kann, muß die Steigerung unserer Produktion auf anderen Gebieten stattfinden. Es ist die Aufgabe unserer Volksführung und Volkserziehung, das Interesse der Nation auf diese Gebiete hinzuführen und seine Lebensbedürfnisse nach diesen Richtungen hin zu steigern. Wenn aber fremde Kritiker für die deutsche Butternot die deutsche Rüstung verantwortlich machen, d. h. uns also vorwerfen, daß wir, statt Butter zu kaufen, die deutsche Aufrüstung durchführen, dann kann ich diesen bedeutenden Nationalökonomen nur den Rat geben, sich einmal zu überlegen, was denn die Folge sein würde, wenn die Millionenmasse der deutschen Arbeiter, die heute für die inneren deutschen Bedürfnisse und damit auch für unsere Rüstung tätig ist, auf die Fabrikation von Exportartikeln angesetzt würde. Ich fürchte sehr, daß diese klugen Wirtschaftspolitiker dann Verzweiflungsschreie ausstoßen würden angesichts der unter solchen Umständen nicht zu vermeidenden Ueberschwemmung des Weltmarktes mit billigen deutschen Exportwaren.

Die deutsche Wirtschaft hat wie jede gesunde Nationalwirtschaft zunächst das Bestreben, die eigenen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Erhaltung unseres Volkes so gut als möglich auszunützen, um sich erst in zweiter Linie mit der in sich und damit auch an sich gesunden eigenen Wirtschaft an der Weltwirtschaft zu beteiligen.

Da nun der nationalsozialistische Staat unter keinen Umständen gewillt ist, eine Beschränkung seiner Volkszahl vorzunehmen, sondern im Gegenteil entschlossen ist, diese natürlichste Fruchtbarkeit der Nation zu steigern, sind wir gezwungen, die Folgen dieser Entwicklung für die Zukunft zu überlegen und zu bedenken. Eine wesentliche Steigerung des Bodenertrages ist nicht möglich, eine wesentliche Steigerung des Exports in absehbarer Zukunft kaum.

Es ist also die Aufgabe der nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsführung, genauestens zu untersuchen, welche notwendigen Rohstoffe, Brennstoffe usw. in Deutschland selbst hergestellt werden können.

Die dann dadurch eingesparten Devisen sollen in der Zukunft als zusätzlich der Sicherung der Ernährung und zum Ankauf jener Materialien dienen, die unter keinen Umständen bei uns beschafft werden können. Und ich stelle dies nun heute als das neue Vierjahresprogramm auf:

In vier Jahren muß Deutschland in allen jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit, durch unsere Chemie und Maschinenindustrie sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können!

Der Neuaufbau dieser großen deutschen Rohstoffindustrie wird auch die nach Abschluß der Aufrüstung freiwerdenden Menschenmassen nationalökonomisch nützlich beschäftigen. Wir hoffen, damit die nationale Produktion auf vielen Gebieten erneut steigern zu können, und zwar im inneren Kreislauf unserer Wirtschaft, um damit die aus unserem Export stammenden Eingänge in erster Linie für die Lebensmittelversorgung bzw. für die Versorgung mit den uns dann noch fehlenden Rohstoffen zu reservieren.

Die notwendigen Anordnungen zur Durchführung dieses gewaltigen deutschen Wirtschaftsplanes habe ich soeben erlassen. Die Ausführung wird mit nationalsozialistischer Energie und Tatkraft erfolgen. Unabhängig davon kann Deutschland aber nicht auf die Lösung seiner kolonialen Forderungen verzichten. Das Lebensrecht des deutschen Volkes ist genau so groß wie die Rechte der anderen Nationen!

Ich weiß, meine nationalsozialistischen Volksgenossen, daß dieses neue Programm eine gewaltige Aufgabe darstellt, allein sie ist wissenschaftlich auf vielen Gebieten bereits gelöst, die Produktionsmethoden sind in Erprobung begriffen und zum Teil schon entschieden und festgelegt. Es wird daher nur eine Frage unserer Energie und Entschlossenheit sein, dieses Programm zu verwirklichen. Als Nationalsozialisten haben wir das Wort „unmöglich" nie gekannt und wollen es daher auch in Zukunft nicht als eine Bereicherung unseres Wortschatzes aufnehmen.

In vier Jahren werden wir der Nation über diese Riesenarbeit der Sicherung ihrer Ernährung und damit ihres Lebens und ihrer Unabhängigkeit wieder Rechenschaft ablegen..."

Die hier dem deutschen Volk gestellte Aufgabe, sich von der Einfuhr all der Stoffe frei zu machen, die es im Lande selbst erzeugen oder ersetzen kann, sollte keineswegs Deutschland vom Weltmarkt abschließen, sondern es in den Stand setzen, im äußersten Fall sich auch allein helfen zu können — im Regelfall jedoch die bei der Rohstoffeinfuhr eingesparten Devisen für andere Einfuhrgüter (für den Spitzenbedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen) aufzuwenden. Die durch den Vierjahresplan in Gang zu setzende Produktion (Schaffung von hochwertigen Ersatzstoffen, Auswertung eigener Rohstoffvorkommen mit

verbesserten technischen Methoden usw.) mußte naturgemäß gleichzeitig eine weitere gewaltige Belebung der Arbeitsbeschaffung und Produktionssteigerung mit sich bringen und damit die deutsche Wirtschaft in ihrem inneren Kreislauf erneut aufs stärkste beleben. Wie in der Erzeugungsschlacht (siehe Band 1934, 19. Abschnitt, und Band 1935, 19. Abschnitt) um die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes gerungen wird, so im Vierjahresplan um die Rohstofffreiheit im Rahmen des irgend Möglichen.

Die Rohstofffrage

Die für Deutschland so brennend wichtige Rohstofffrage ergibt sich auf der einen Seite aus dem Bedarf der Industrie, der in Deutschland nicht ausschließlich gedeckt werden kann und daher Rohstoffeinfuhr notwendig macht, auf der anderen Seite aus der Knappheit der Devisen (ausländische Zahlungsmittel), die für die Bezahlung dieser Einfuhr benötigt werden.

Devisenfrage und Welthandel

Die Entwicklung dieser Devisenfrage ergibt sich sehr einfach aus einer Gegenüberstellung der Zahlen (vor und nach dem Weltkrieg und der Krise) des Welthandels (zwischenstaatliche Ein- und Ausfuhr), des deutschen Anteils am Welthandel und speziell der deutschen Ausfuhr, die etwa die Hälfte dieses Anteils ausmacht:

	Welthandel	Deutscher Anteil	Deutsche Ausfuhr
1913:	98,1 Milliarden	20,9 Milliarden	10,1 Milliarden
1934:	53,5 Milliarden	8,7 Milliarden	4,2 Milliarden

Aus diesen Zahlen ergibt sich zunächst, daß der Welthandel ganz allgemein um fast die Hälfte zurückgegangen ist, daß also die auf den liberalen Grundsätzen aufgebaute sogenannte „ökonomische" Weltwirtschaft (die ohne Rücksicht auf nationalwirtschaftliche Interessen im eigenen Lande nur das produzierte, was nicht aus einem anderen Lande billiger einzuführen war) bereits eigentlich zusammengebrochen ist. Aus diesen Zahlen ergibt sich weiter, daß allerdings im Rahmen dieses Rückgangs Deutschland ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde, daß sein Anteil um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, was darauf zurückgeführt werden muß, daß es in all diesen Jahren durch ausländische Zollmauern immer stärker eingekesselt worden war. Aus diesen Zahlen ergibt sich somit schließlich, daß Deutschland statt für 10,1 Milliarden nur noch für 4,2 Milliarden Waren ins Ausland verkaufte, also 5,9 Milliarden an Devisen weniger einnahm als vorher, also auch um den gleichen Betrag weniger aus dem Ausland einführen konnte, da man bekanntlich nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt.

Devisenknappheit und Einfuhr

Und damit erhob sich die Frage, welche Wareneinfuhr nun eingespart werden sollte: Rohstoffe oder Lebensmittel? Auf die Rohstoffe zu verzichten, ist nicht möglich, da ohne sie die Industrie nicht

mehr produzieren kann, die Massenarbeitslosigkeit somit einsetzen muß und sich die Volksgenossen also auch keine Lebensmittel mehr kaufen können. Ein verantwortungsbewußter deutscher Staat mußte daher unter allen Umständen versuchen, die Lebensmitteleinfuhr zu verringern. Der Führer hatte daher zur Erzeugungsschlacht der deutschen Landwirtschaft (siehe Band 1934, Seite 328 bis 332, Band 1935, Seite 341 bis 342, 347 bis 349) aufgerufen. Die in gewaltiger Anstrengung erreichte Steigerung der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugung brachte es bereits 1935 zuwege, die ausländische Lebensmitteleinfuhr von 2,5 Milliarden (1933) auf etwas über 1 Milliarde zu senken (siehe Band 1935, Seite 341), — ohne dabei die dem deutschen Volk insgesamt zur Verfügung stehende Lebensmittelmenge zu verringern; die Gesamtlebensmittelmenge wurde im Gegenteil vermehrt! Wenn trotzdem da und dort einmal zeitweilige Verknappungen der einen oder anderen Lebensmittelsorte auftraten, so hatte das einen sehr einfachen Grund: Nicht die Lebensmittelmenge hatte sich verringert, sondern ihr Verbrauch war erheblich gestiegen. Denn: Ueber 5 Millionen Volksgenossen hatten wieder Arbeit und Brot erhalten! Sie und ihre Familien verbrauchten wieder mehr! Und als Schaffende brauchten sie auch notwendigerweise mehr als zur Zeit ihrer Arbeitslosigkeit.

Erzeugungsschlacht und landwirtschaftliche Einfuhr

Lebensmittelmenge und -verknappung

Nachdem so das Devisenproblem durch die Erzeugungsschlacht von der Lebensmittelseite her angegriffen worden war, geschah dies nun durch den Vierjahresplan vom Rohstoffproblem aus. Wie bereits ausgeführt, ließ sich die Rohstoffeinfuhr nicht einfach durch einen Verzicht auf Rohstoffe drosseln, ohne nicht die deutsche Wirtschaft wieder zu zerstören. Der Vierjahresplan hat daher die Drosselung der Rohstoffeinfuhr in der Weise zum Ziel, daß der deutsche Bedarf weitgehendst im eigenen Land erzeugt werden soll.

Vierjahresplan und Rohstoffeinfuhr

Die deutschen Einfuhrkonten ergaben (nach dem Ende 1935 ermittelten Stande) etwa folgende prozentuale Verteilung:

Einfuhr an	
Rohstoffen	50 %
Nahrungs- und Genußmitteln	35 %
Halb- und Fertigfabrikaten . .	15 %

Gegenüber der bereits weiter oben angeführten Gesamteinfuhr in Höhe von 4,2 Milliarden belief sich somit die Rohstoffeinfuhr auf 2,1 Milliarden. Trotz der in diesen Zahlen bereits beinhalteten erheblichen Senkung der Lebensmitteleinfuhr, wurde jedoch die Rohstoffknappheit immer fühlbarer, während vor der nationalsozialistischen Machtübernahme (vor der Erzeugungsschlacht, bei höherer Lebensmitteleinfuhr und dennoch keineswegs etwa wesentlich größerem De-

Gründe der Rohstoffknappheit

visenaufkommen) keine Rohstoffverknappung (und ebensowenig eine erhebliche Devisenverknappung) zu spüren war. Warum? Die Antwort ist sehr einfach: Weil die deutsche Industrie darniederlag, die Schlote nicht mehr rauchten, die Maschinen stillstanden und die Volksgenossen stempeln gingen — und weil eine nicht produzierende Industrie naturgemäß keine Rohstoffe braucht — ebenso wie arbeitslose Volksgenossen eben weniger essen als schaffende. Im nationalsozialistischen Deutschland aber wird wieder gelebt und gearbeitet!

Devisen, Rohstoffe, Nahrungsmittel

Rohstoff-, Lebensmittel- und Devisenverknappungen sind also tatsächlich die Symptome des deutschen Gesundungsprozesses, der mit der Arbeitsschlacht in Angriff genommen worden war. Gegen die Lebensmittelverknappung war die Erzeugungsschlacht, gegen die Devisenverknappung die Devisengesetzgebung und Ausfuhrsteigerung eingesetzt worden. Der Rohstoffverknappung wurde nun mit dem Vierjahresplan zu Leibe gegangen (dessen Erfolg gleichzeitig die Ausfuhrsteigerung ermöglicht und damit wieder die Devisenlage verbessert — wie überhaupt jede dieser Maßnahmen sich auf allen Gebieten auswirken muß, nämlich erstens bei der Devisenlage und damit sowohl bei der Rohstofffrage, wie bei der Lebensmittellage).

Zur Klarlegung des Zieles des Vierjahresplans (weitgehende Freimachung von der ausländischen Rohstoffeinfuhr durch Eigenerzeugung) seien zunächst die Stoffe aufgeführt, die im engeren Sinne

Die Rohstoffe

als Rohstoffe bezeichnet werden und um die es sich bei den Rohstoffproblemen in der Welt handelt:

Kohle (Stein- und Braunkohle)
Metalle und Erze
Textilrohstoffe
Flüssige Treibstoffe
Holze und Harze
Felle und Häute
Chemische Rohstoffe
Kautschuk

Einfuhrzahlen

Die gesamte deutsche Rohstoffeinfuhr (2,1 Milliarden) verteilt sich auf diese Gruppen in folgendem Verhältnis:

Textilrohstoffe . .	32,4 %
Metalle und Erze .	20,0 %
Kautschuk	14,8 %
Holze und Harze .	10,6 %
Flüssige Treibstoffe	8,4 %
die übrigen . . .	13,8 %

Methoden des Vierjahresplans

Zur Eigenerzeugung der Rohstoffe werden im Vierjahresplan folgende Wege eingeschlagen: Verwertung aller Erfindungen zur Schaffung vollwertiger Ersatzstoffe; Auswertung aller eigenen Roh-

stoffvorkommen, die bisher z. T. aus den liberalistischen Gründen der „Rentabilität" nicht oder nicht mehr gefördert worden waren — möglichst unter Anwendung neuer rationellerer Verfahren; planmäßige Bodenuntersuchungen im gesamten Reiche zur Ausschöpfung aller bisher nicht bekannten Rohstoffvorkommen; sinnvolle und sparsame Verteilung aller vorhandenen Rohstoffe; unter der Parole „Kampf dem Verderb" (die sich nicht nur auf die Lebensmittel, sondern ebenso auch auf alle Gegenstände des täglichen Lebens erstreckt, die wegen ihres Rohstoffgehalts von Bedeutung sind) stete Wiedereinschaltung und Neuverwertung aller Rohstoffabfälle. Kampf dem Verderb"

Die bei den einzelnen Rohstoffarten eingeschlagenen Wege sind (nur in großen Zügen angedeutet) folgende:

Kohle: Deutschland hat mehr als ausreichende Kohlevorkommen, so daß die Beschaffung von Kohle keinerlei Problem darstellt, sondern im Gegenteil aus der Kohle sehr wesentliche Ersatzstoffe für andere — fehlende — Rohstoffe gewonnen werden können. Kohle

Metalle und Erze: Am schwierigsten ist der Bedarf an Eisen, Blei und Kupfer sicherzustellen. Deutschland hat durch das Versailler Diktat vier Fünftel seiner Eisenerzlager (Elsaß-Lothringen) und den größten Teil seiner Bleivorkommen (Ost-Oberschlesien) verloren. Seine Kupfervorkommen sind äußerst gering. Die einzuschlagenden Wege sind: Auswertung aller — auch geringerprozentigen — Vorkommen (z. B. auch Gewinnung des Raseneisenerzes), Inbetriebsetzung aller in früherer Zeit eingegangenen kleineren Hüttenbetriebe, Erfassung und Verwertung jeglichen Schrotts, weitgehende Ausschaltung der am schwersten zu beschaffenden Metallarten (z. B. Kupfer), weitgehende Verwendung des in Deutschland erzeugten Aluminiums. Metalle und Erze

Textilrohstoffe: Ihre Einfuhr stellt den größten Hundertsatz unserer gesamten Rohstoffeinfuhr dar. Die einzuschlagenden Wege sind: Steigerung der Schafhaltung (soweit räumlich möglich!) zur Gewinnung der Wolle, Ausschaltung der in Deutschland nicht zu erzeugenden Baumwolle, Steigerung des Anbaus von Flachs und Hanf, Erzeugung der „synthetischen Faser" — also erstens der Kunstseide, zweitens der Kunstspinnfaser (Zellwolle), deren Ausgangsprodukt der „Zellstoff" (ein Produkt des Holzes) ist. Textilrohstoffe

Flüssige Treibstoffe: Der Bedarf steigt mit der wachsenden Motorisierung unaufhaltsam. Es werden folgende Wege beschritten: Auffindung von Rohölquellen durch systematische geologische Aufschlußarbeiten (z. B. die Oelvorkommen in Nienhagen), zehnprozentiger Beimischungszwang des Treibstoff-Spiritus (Erzeugnis aus Sulfitablauge, Kartoffeln und Holz), Verwendung von Benzol (Anfallprodukt Flüssige Treibstoffe

der Kokserzeugung), insbesondere aber die synthetische Benzingewinnung aus Kohle (Leuna-Benzin und Braunkohlen-Benzin A. G.), schließlich noch die Verwendung der Elektrizität als Treibstoff, sowie die Verwendung gasförmiger (Stadtgas, Leunagas, Propangas) und fester Treibstoffe (Holz, Kohle, Schwefelkoks usw.).

Holz

Holz: 25 % der deutschen Holzgewinnung werden als Brennholz verwandt. Der gleichen Menge entspricht etwa die ausländische Holzeinfuhr. Daher ist das Holz weitgehend als Brennstoff auszuschalten und durch Kohle zu ersetzen.

Felle und Häute (Leder)

Felle und Häute (Leder): Die deutsche Viehhaltung ist zu steigern. Allerdings verbietet der deutsche Raummangel eine zu erhebliche Steigerung, weshalb auch der gesamte Bedarf durch Eigenerzeugung in keinem Falle gedeckt werden kann (ebenso wie der Schafhaltung aus dem gleichen Grunde Grenzen gesetzt sind).

Chemische Rohstoffe

Chemische Rohstoffe: Auch hier ist eine Steigerung der deutschen Erzeugung durchaus noch möglich.

Kautschuk, Buna

Kautschuk: An die Stelle des (aus dem ausländischen Kautschuk erstellten) Gummi tritt das durch deutschen Erfindergeist geschaffene Buna, das dem Gummi in seinen Leistungen überlegen ist (siehe auch 2. Abschnitt). —

Der Vierjahresplan beinhaltet eine großzügige Auswertung deutschen Könnens und deutschen Erfindergeistes, die Schaffung zahlreicher neuer Industrien, eine umfassende und planvolle Wirtschaftslenkung und nicht zuletzt eine Erziehung des gesamten Volkes zu verantwortungsvollem wirtschaftlichen Handeln in allen großen und kleinen Dingen des täglichen Lebens!

Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans

Diese gewaltige Aufgabe übertrug der Führer dem Pg. Hermann Göring, den er schon am 27. April (siehe 6. Abschnitt) zum Beauftragten für alle Devisen- und Rohstofffragen ernannt hatte. Die „Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes" vom 18. Oktober lautete:

> Die Verwirklichung des von mir auf dem Parteitag der Ehre verkündeten neuen Vierjahresplanes erfordert eine einheitliche Lenkung aller Kräfte des deutschen Volkes und die straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat.
>
> Die Durchführung des Vierjahresplanes übertrage ich dem Ministerpräsidenten Generaloberst Göring.
>
> Ministerpräsident Generaloberst Göring trifft die zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe erforderlichen Maßnahmen und hat soweit die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Er ist berechtigt, alle Behörden, einschließlich der obersten Reichsbehörden, und alle Dienststellen der Partei, ihrer Glie-

berungen und der ihr angeschlossenen Verbände anzuhören und mit Weisungen zu versehen.

Berchtesgaden, den 18. Oktober 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler.

Und Pg. Hermann Göring ging mit der ihm eigenen Energie und Tatkraft an die Bewältigung dieser Aufgaben. Am 24. Oktober konnte die Presse den Ersten Erlaß des Ministerpräsidenten Göring über die Durchführung des Vierjahresplans veröffentlichen („Völkischer Beobachter", 298. Ausgabe), der die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen betr. Arbeitsmethode und Arbeitsverteilung enthielt:

Erster Erlaß des Ministerpräsidenten Göring über die Durchführung des Vierjahresplans

„Der Führer und Reichskanzler hat mir die Durchführung des von ihm auf dem Parteitag der Ehre verkündeten neuen Vierjahresplanes übertragen. Ich werde den Auftrag allen etwaigen Hemmnissen und Schwierigkeiten zum Trotze ausführen. So wie ich dem Führer und Reichskanzler für das Gelingen des Planes im ganzen verantwortlich bin, tragen mir gegenüber die Personen, die ich zur Mitarbeit berufe, für das ihnen unterstehende Arbeitsgebiet die Verantwortung. Nur bei ernster Pflichterfüllung und bereitwilliger Zusammenarbeit aller Beteiligten kann das gesteckte Ziel erreicht werden.

Die Bearbeitung der mir gestellten Aufgabe erfolgt unter weitestmöglicher Heranziehung der zuständigen Dienststellen, deren Verantwortung uneingeschränkt fortbesteht. Neue Aemter werden nur soweit als unbedingt notwendig eingerichtet. Alle am Vierjahresplan beteiligten Personen und Organisationen in Partei und Staat unterstehen meinen Weisungen.

Meine Befugnisse werde ich unter der Amtsbezeichnung „Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan" ausüben."

Im zweiten Abschnitt des Erlasses bestimmt Ministerpräsident Generaloberst Göring, daß er für die zu treffenden grundsätzlichen Entscheidungen sich der Mitwirkung der in einem Ministerausschuß zusammengeschlossenen beteiligten Fachminister bedienen wird. Diesem Ministerrat werden der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers und Dr.-Ing. Keppler als Generalsachverständiger für den Aufbau der deutschen Roh- und Werkstoffe angehören. An diesen Beratungen nehmen weiter teil: der Vertreter des Ministerpräsidenten in allen laufenden Geschäften, Staatssekretär Körner, und die Leiter der Geschäftsgruppen des Vierjahresplanes.

Im dritten Abschnitt des Erlasses wird die Organisation geregelt, mit welcher Ministerpräsident Generaloberst Göring die Aufgaben bewältigen wird, die ihm durch die Vollmacht des Führers übertragen sind. Die Bestimmungen hierüber im einzelnen lauten:

I.

„In allen den Vierjahresplan betreffenden laufenden Geschäften werde ich durch den Staatssekretär Körner vertreten.

Persönlicher Referent des Staatssekretärs ist Ministerialrat Marotzke.

II.

Die Geschäfte werden in folgende Gruppen eingeteilt:

1. Erzeugung deutscher Roh- und Werkstoffe;
2. Rohstoffverteilung;

3. Arbeitseinsatz;
4. landwirtschaftliche Erzeugung, soweit sie mit dem Vierjahresplan in Zusammenhang steht;
5. Preisbildung;
6. Devisenangelegenheiten.

Die Presseangelegenheiten werden für sämtliche Geschäftsgruppen einheitlich durch den Ministerialdirigenten Dr. Gritzbach als Leiter meiner Pressestelle bearbeitet.

III.

Die Geschäfte der Gruppe „Erzeugung deutscher Roh- und Werkstoffe" bearbeitet:

1. a) das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe.

Ihm liegt ob:

1. die Steigerung der Produktion deutscher industrieller Rohstoffe;
2. die Planung und Durchführung der Fabrikation deutscher Werkstoffe mit Ausnahme der zu b) genannten; bei der Auswahl der Standorte der Fabrikation ist auch die Reichsstelle für Raumordnung zu beteiligen;
3. die Förderung der für die genannten Aufgaben nötigen Forschungsaufgaben;
4. die Mineralölwirtschaft einschließlich der Bewirtschaftung eingeführter und sonst außerhalb des Vierjahresplanes gefertigter Stoffe.

Amtschef ist der Oberstleutnant des Generalstabes, Löb. Die finanziellen Fragen des Aufbauprogramms sind in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium und dem Reichswirtschaftsministerium zu bearbeiten.

1. b) Dr.-Ing. Keppler.

Ihm obliegt die Planung und Durchführung der Fabrikation industrieller Fette."

Weiter hat Ministerpräsident Generaloberst Göring Dr. Keppler, dessen bisherige Vollmachten in den umfassenderen Auftrag des Ministerpräsidenten übergegangen sind, zu seinem persönlichen Berater für die Fragen des Aufbaues der deutschen Roh- und Werkstoffe berufen und ihm als besonders wichtigen Auftrag die Sonderaufgabe gestellt, die geophysikalische Erforschung des deutschen Bodens neu zu organisieren und aufs tatkräftigste zu fördern.

Die finanziellen Fragen des Aufbauprogramms sind ebenfalls in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium und dem Reichswirtschaftsministerium zu bearbeiten.

„2. Die Rohstoffverteilung bearbeitet Ministerpräsident Köhler, Baden, als Beauftragter für die Rohstoffverteilung in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Reichsdevisenstelle (unter Beibehaltung seiner Aufgaben im Lande Baden).

Ministerpräsident Köhler ist mir für die sachgemäße Verteilung der Rohstoffe auf die verschiedenen Bedürfnisse unter Berücksichtigung ihrer Dringlichkeit und für eine entsprechende Arbeit der Ueberwachungsstellen verantwortlich; er bearbeitet in meinem Auftrage und im Zusammenwirken mit den zuständigen Ressorts bzw. mit den Stellen, die ich mit der Durchführung besonderer Geschäfte zur Beschaffung ausländischer Rohstoffe einrichte, auch die mit der Einfuhr ausländischer Rohstoffe zusammenhängenden Fragen.

3. Den Arbeitseinsatz bearbeiten Ministerialdirektor Dr. Mansfeld als Beauftragter für den Arbeitseinsatz in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium sowie Präsident Dr. Syrup. (Beide unter Beibehaltung ihrer Aufgaben im Reichsarbeitsministerium bzw. in der Reichsanstalt.)

4. Die landwirtschaftliche Erzeugung, die mit dem Vierjahresplan in Zusammenhang steht, bearbeitet Staatssekretär Backe (unter Beibehaltung seiner Aufgaben im Reichsernährungsministerium).

5. Die Preisbildung bearbeitet Oberpräsident und Gauleiter Josef Wagner nach Maßgabe des zu erlassenden Gesetzes (unter Beibehaltung seiner bisherigen Dienstgeschäfte).

6. Die Devisenangelegenheiten leitet Ministerialdirektor Staatsrat Neumann. Er bearbeitet ferner die anfallenden Geschäfte allgemeiner Art, sorgt für die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen und wirkt bei dem Erlaß von Gesetzen und Verordnungen mit. Ihm steht Ministerialrat Gramsch zur Verfügung."

Der letzte Abschnitt des Erlasses regelt die Zusammenarbeit der einzelnen Geschäftsgruppen untereinander.

Jetzt ging es an die Arbeit. Ungeachtet seines niemals aufgegebenen Anspruchs auf seine Kolonien (deren Besitz selbstverständlich die Rohstoffknappheit beseitigen würde und damit auch die Devisenschwierigkeiten und letztlich die Lebensmittelverknappung verschwinden ließe) setzte Deutschland alle Kraft daran, nunmehr aus eigenem all das zu schaffen, was irgend möglich war — sowohl auf dem Gebiet der Rohstoffe wie auf dem der Lebensmittel. So erfaßte naturgemäß der Vierjahresplan das Gesamtproblem und mußte selbstverständlich auch die Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugung mit einbeziehen — wie es klar und eindeutig in der grundlegenden Rede des Pg. Hermann Göring im Berliner Sportpalast am 29. Oktober ausgesprochen wurde: Rede des Ministerpräsidenten Göring über den Vierjahresplan

„... Es leben in Deutschland nun einmal 136 Menschen auf einem Quadratkilometer. In England leben 137 Menschen auf einem Quadratkilometer. Insgesamt besitzt dieses England für diese 137 Menschen auf einem Quadratkilometer ein Drittel der Welt als Kolonien und wir — nichts! Wenn wir einen Bruchteil dieser Kolonien hätten, dann würden wir auch nicht davon zu reden brauchen, daß nun einmal Rohstoffmangel und Mangel an Ernährungsdingen da ist.

Gott hat uns unser Deutschland so gegeben, wie es ist, und wir müssen es so gut verwalten, wie wir es können. Wo nichts ist, sagt ein alter Spruch, hat auch der Kaiser das Recht verloren.

Was kann aber nun geschehen? Warum ist neuerdings, in den vergangenen Jahren ansteigend, dann und wann mal eine Knappheit gekommen? Warum sind nicht alle Lebensmittel in Hülle und Fülle in dieser Zeit zu haben gewesen? Auch das hat euch der Führer gesagt. Weil wir so unendlich glücklich waren, fünfeinhalb Millionen Menschen wieder in Arbeit und Brot zu bringen, daß sie wieder Verdienst haben, und daß sie wieder für ihren Verdienst auf dem Lebensmittelmarkt sich Lebensmittel kaufen wollen und kaufen sollen. Dadurch kam der Ansturm des Konsums, der nicht leicht zu balancieren war, und der bis heute balanciert werden mußte.

Was kann und muß nun weiter geschehen? Nur einiges werden wir auf dem eigenen Boden in der Landwirtschaft erzeugen können. Selbstverständlich werden wir eine weitere Steigerung der Erzeugung fordern. Wir werden den Reichsnährstand aufrufen, das Letzte daranzusetzen, um auch das Letzte aus dem deutschen Boden herauszuwirtschaften. Wir werden weiter versuchen, die Erzeugung zu steigern dadurch, daß wir den an sich schon ausgedörrten und ausgepowerten deutschen Kulturboden neu verbessern und durch Dung neu zu stärken versuchen. Wir versuchen weiter, die Organisation zu verbessern und immer rascher und besser die Güter vom Erzeuger zum Verbraucher gelangen zu lassen. Das ist auch heute in einem gewissen Umfang notwendig. Die vorhandene Kluft wird immer noch nicht dadurch geschlossen werden können. Selbstverständlich wird es eine der wichtigsten Maßnahmen sein, die deutsche Ernte jederzeit zu sichern. Die Zusammenballung der Zuständigkeiten in diesen Dingen hat es möglich gemacht, daß der Arbeitsdienst von heute auf morgen für die Ernte eingesetzt werden konnte.

Der deutsche Bauer muß eines begreifen: Welch heiliges Gut er in seiner Hand hält mit dem deutschen Brotgetreide, daß er weiß, daß er damit die Ernährung seines Volkes umfaßt. Deutsche Bauern, geht sorgfältig um mit diesem heiligsten Gut unserer deutschen Erde!

Wir hören, es gibt hier und da Fleischknappheit. Gewiß wird es hier und da eine Spannung geben, aber auch hier wird alles geschehen. Wir werden versuchen, weitere Grundlagen für die Züchtung von mehr Vieh zu schaffen. Vor allem aber, meine lieben Volksgenossen, gibt es außer Fleisch noch etwas sehr Gutes. Es gibt Fische! Und wenn ihr kein Fleisch bekommt, werden wir dafür sorgen, daß in solchen Spannungszeiten genügend Fische vorhanden sein werden. So wird alles geschehen, was irgend denkbar ist.

Und doch wissen wir, daß nun einmal die größte Spannung auf dem Gebiete des Fettes besteht. Hier ist der größte Auslandsbezug notwendig und so wird auch hier die stärkste Einschränkung aller notwendig sein. Trotzdem werden wir auch hier die Erzeugung stärken. Wenn alle Volksgenossen mithelfen, und wenn jeder versteht, daß nun einmal heute Deutschland nicht reich genug ist, Abfälle beiseite zu werfen, sondern daß diese Abfälle gesammelt werden müssen, um sie den großen Mästereien der Städte usw. zuzuführen, dann werdet ihr dafür auch sehen, daß die Fettlage sich bessern wird. Wir sind nun einmal in einer Festung. Da heißt es: Alles und das Letzte einzusetzen.

Das Wichtigste aber und Entscheidende ist, daß wir die Minderbemittelten und vor allen Dingen die schwerarbeitende Bevölkerung unter allen Umständen sichern in dem, was sie für ihre Kraft und ihre Arbeit notwendig haben. Die Proklamation des Führers, daß unter allen Umständen für die Minderbemittelten billige und ausreichende Fette bereitstehen müssen, wird mir ein heiliger Befehl sein, der unter allen Umständen durchgeführt wird. Wir werden das in einer Bezugsorganisation ohne Karten dann schaffen können, wenn jeder genug Vernunft annimmt. Das Entscheidende, Volksgenossen, ist: Jeder Deutsche soll satt werden, kein Deutscher soll hungern. Mehr könnt ihr jetzt nicht von mir verlangen. Das ist das Entscheidende.

Es ist selbstverständlich, daß man gewisse Einschränkungen auf sich nehmen muß, wenn man Großes erreichen will. Und nun wende ich mich an euch, meine deutschen Hausfrauen. Eine große Verantwortung liegt auf euren Schultern. Denkt daran, daß ihr in erster Linie immer die Speisen auf euren Speisezettel setzt, die jahreszeitlich bedingt sind,

die vorhanden sind, die die deutsche eigene nationale Produktion im Augenblick hervorbringt. Es ist eine Sünde, wenn man immer gerade das kaufen will und das haben will, was im Augenblick eben nicht durch die Natur hervorgebracht wird. Mögen sich vor allem auch die vermögenderen Haushalte dessen besinnen!

Wir halten uns an das in erster Linie, was der deutsche Boden uns schenkt. Wir werden durch eine rechtzeitige Aufklärung über die jeweilige Versorgungslage dazu beitragen, daß eben die Hausfrauen von vornherein Bescheid wissen, daß sie wissen, um welche Lebensmittel es jetzt geht. Dann werden sie es auch nicht notwendig haben, stundenlang draußen anzustehen.

Mit Vernunft, mit gutem Willen und mit einem wahren Beweis von Volksgemeinschaft werden wir Deutsche über diese Spannungen hinwegkommen. Das ist selbstverständlich. Das Wichtigste allein ist vor allen Dingen, daß die breiten Massen unseres Volkes so weit genügend Lebensmittel bekommen, daß sie in voller Kraft arbeiten und schaffen können, und dafür übernehme ich die Verantwortung; das werde ich herbeischaffen.

Aehnlich liegt es auch auf dem Rohstoffgebiet. Auch hier, das ist ganz selbstverständlich, haben wir einen Mangel an Rohstoffen, auch wieder vor allem darum, weil wir nun einmal keine Kolonien besitzen. Jetzt kann ich mich damit aber nicht auseinandersetzen. Wir haben sie nun mal nicht. Deshalb müssen wir uns überlegen, welche Rohstoffe wir nun kraft der Erfindungsgabe von uns Deutschen von selber machen können. Das wird eine der Hauptaufgaben sein, die ich und die mit mir verantwortlichen Männer zu leisten und zu tragen haben. Und da können wir auf vielen Gebieten ganz große Arbeit leisten.

Ich möchte hier einer Dankespflicht Genüge tun und möchte betonen, daß hier ja auch schon allerhand und zum Teil sehr Großes geleistet worden ist sowohl von dem verantwortlichen Wirtschaftsminister Präsident Schacht als auch von dem bisherigen Wirtschaftsbeauftragten des Führers, Dr. Keppler. Von beiden Männern ist Großes geleistet worden und auf ihre Arbeit baue ich auf.

Jetzt aber kommt es darauf an, daß wir aus dem Stadium der Versuche und Vorversuche herauskommen und daß wir mit ganzer Kraft und Energie jetzt das in die Tat umsetzen und so rasch und so ausgiebig und soweit wie möglich dadurch die Sicherung Deutschlands festlegen. Es werden in den nächsten Zeiten neue Fabriken entstehen, Fabriken, in denen wir den eigenen Gummi machen, Fabriken, in denen wir aus Zellstoff-Faser eigene Kleider schaffen, in denen wir die Baumwolle dann nicht mehr brauchen, die uns heute Millionen von Devisen kostet.

Wir würden sie gern nehmen, wir würden auf all das verzichten, wenn das Ausland begreifen würde, daß man uns nicht einschließen kann, daß man uns nicht binden kann. Wir könnten fruchtbarere Arbeit leisten, und es wäre für uns einfacher, in einer Welt von Vernunft und Verstand und von wirtschaftlichen Grundsätzen von Volk zu Volk zu handeln und die Güter auszutauschen, als in dieser verrückten Welt auf sich selbst gestellt zu sein. Wir werden jetzt aus der deutschen Kohle Benzin und Mineralöle schaffen und das Wort des Führers: „In 18 Monaten ist das deutsche Benzin fertig, sind wir mit Benzin unabhängig" — ich werde es einlösen!

Mineralöle aller Art werden wir aus der deutschen Kohle ziehen. Wir werden unsere eigenen Eisen und Erze aufschließen und vor allen Dingen eins: Wir haben bis heute Deutschland noch gar nicht genügend

untersucht. Von jetzt ab werden wir uns nicht damit begnügen, daß geophysikalisch lediglich ein Zehntel Deutschlands untersucht ist.

Das Entscheidende ist ja hier immer nur der Wille, die Dinge zu gestalten und die Dinge zu machen.

Auf dem Gebiet der Leichtmetalle, des Aluminiums, steht uns eine unerschöpfliche Basis zur Verfügung. Kohle, Holz und deutsche Erze werden die Grundbasis sein, aus der in Zukunft die Fabriken deutscher eigener Erzeugung von Roh- und Werkstoffen entstehen.

Ein gewaltiges Programm! Große Bauten, mächtige Fabriken sollen entstehen, um der Welt zu zeigen: Deutschland kapituliert nicht. Deutschland besteht auf seinem Leben und wird es gestalten. Des weiteren sollen sie für uns Deutsche Mahnmal sein unseres Willens zum Leben, für die anderen Nationen ihrer wirtschaftlichen Unvernunft.

So wird ein gewaltiger Wirtschaftsaufschwung zu dem bisherigen hinzukommen. Aber merken Sie sich das: Jeder soll daran beteiligt werden, nicht für einzelne, nicht für wenige, für alle, für das ganze Volk!

Der Wirtschaft aber möchte ich eines sagen: sie hat eine große, große Verantwortung. Der einzelne Unternehmer und Industrielle soll nicht darauf warten, was der Staat anregt, was der Staat fordert, sondern er soll von sich allein aus Mittel und Wege suchen und keine Anstrengung scheuen, um dieses Werk zu unterstützen. Meine Herren Unternehmer! Sie sprechen immer von der freien Initiative der Wirtschaft. Jetzt haben Sie die freie Initiative. Wenden Sie sie an! —

Der Einsatz! Vor allem möchte ich jetzt noch eines betonen. Ohne den gesamten geschlossenen und leidenschaftlichen Einsatz unserer deutschen Arbeiterschaft ist das Werk von vornherein unmöglich. Denn ich muß mir heute den Kopf darüber zerbrechen, wie ich den Arbeitermangel ausgleiche. So ergibt es sich, daß die Nationen verschiedene Sorgen haben. Wir haben Sorge, genügend Arbeiter zu bekommen, die anderen haben die Sorge, wie sie ihre Arbeiter unterbringen können. Ich glaube aber, daß unsere Sorge, daß wir nicht genug Arbeiter haben, dabei noch die schönere und die kleinere ist.

Das ist also heute die Frage: Wie schaffe ich die notwendigen Arbeiter heran? Und das geht nur, wenn der deutsche Arbeiter versteht, daß er nur dann mir helfen kann, nur dann den Plan des Führers unterstützen kann, wenn er arbeitet und immer wieder arbeitet, wenn er nicht streitet, sondern wenn Ruhe in den Betrieben ist, und wenn geschafft wird vom Morgen bis zum Abend. Ich bitte deshalb, daß man begreift, daß es heute darauf ankommt, die notwendige Arbeitsruhe und den notwendigen Arbeitsfrieden zu haben, daß man begreift, daß in den Betrieben Freude und Schaffenslust herrschen muß, daß alles Denunziantentum, alle Verleumdung hinaus muß. Das hat in Deutschland keinen Platz.

Um das Werk aufbauen zu können, können wir in diesem Augenblick das Lohnniveau nicht erhöhen; es ist unmöglich. (Siehe die Worte in der Proklamation des Führers im Eingang unseres Abschnitts.)

... Wenn wir aber feste und ruhig bleibende Löhne vom Arbeiter fordern, da kann der deutsche Arbeiter von uns feste und sichere Preise verlangen. Hier werden wir uns auch mit der ganzen Leidenschaft unseres Willens einsetzen.

Der Führer hat heute einen Preiskommissar bestimmt, wiederum einen alten nationalsozialistischen Kämpen; ich werde ihm die notwendigen Richtlinien geben und ihn mit Vollmachten versehen, daß

er unter allen Umständen Preistreiben und Preiserhöhung verhindert und, wo es nötig ist, hohe Preise herabsetzt.

Dieser Preiskommissar wird mit solchen Vollmachten ausgestattet sein, daß er vor allem einer Seuche zu Leibe gehen kann, einer Seuche, die sich nun einmal für jedes Volk, das in einer Lage wie das deutsche ist, verhängnisvoll gezeigt hat. Diese Seuche — und das kann ich euch versprechen — werden wir versuchen, mit Stumpf und Stiel auszurotten: Das Hamstern. Ich wende mich nicht nur gegen die Hamsterer, sondern vor allem ganz besonders gegen die, die sich der Preistreiberei schuldig machen; denn sie sind noch größere Verbrecher am Volk. Sie kennen nur das eigene Ich.

Es wird die Aufgabe des Kommissars für die Preisbildung sein, immer wieder festzustellen, ob der Preis berechtigt ist oder Eigennutz und Ich-Sucht entspringt. Ist das der Fall, dann wird rücksichtslos durchgegriffen. Gegen alle, die versuchen, die Konjunktur und den Aufschwung Deutschlands auszunutzen, gegen Parasiten werde ich mit drakonischen Maßnahmen einschreiten.

Das gleiche gilt auch für die Schwarzhändler und alle, die sofort die Waren anhalten, wenn Fest- und Höchstpreise kommen. Wir werden ihnen nicht nur die Waren herausholen, sondern auch ihre Existenz zertrümmern, da sie nichts für die Existenz Deutschlands tun wollten. Es soll sich keiner wundern: Wer bereit ist, Diebstahl am deutschen Eigentum zu begehen, solches Eigentum wegzunehmen, dem werden wir erst recht sein Eigentum wegzunehmen verstehen und es wieder dem deutschen Volke zuführen.

Die Aufgabe muß gelingen! Sie wird gelingen, weil wir das wollen, und weil wir Nationalsozialisten sind, weil wir die Kraft dazu haben, das zu vollenden, was wir wollen!

Wenn einer trotzdem schimpfen will: Herzlich gerne, dazu ist nichts zu sagen, tut gar nichts zur Sache. Wir haben auch geschimpft und trotzdem gearbeitet, und darauf allein kommt es an.

Wir müssen nun einmal mit einem gesunden und frischen Optimismus an die Dinge herangehen; denn nur der Optimismus verschafft die frisch-fröhliche Arbeitskraft, die wir brauchen, um die Dinge zu gestalten. Wir glauben an unser Volk. Wir wissen, daß es eine große Zukunft hat, und darum müssen wir diesen Weg gehen.

Damit komme ich zu einem ganz entscheidenden Punkt. Ich übernehme heute die Durchführung dieses Planes. Heute stehen wir auf einem gewissen Nullpunkt. Heute ist also der Mangel an Rohstoffen am größten. In einem halben Jahre aber wird sich die Lage bereits bessern, denn dann wird sich schon eine Reihe von Maßnahmen, die wir durchführen, praktisch auswirken. Und diese Maßnahmen werden sich weiter verstärkt auswirken.

Nochmals appelliere ich an alle: Befolgt meine Anordnungen und Maßnahmen. Es ist notwendig, daß sie von allen freudigen Herzens befolgt werden. Jeder einzelne muß das Gefühl haben, er hilft, er hilft dem Führer, auf ihn, auf seine Mithilfe kommt es entscheidend an.

Glaubt doch nicht, daß wir Anordnungen machen und Maßnahmen, um euch zu quälen oder euch zu schikanieren. Das können wir ja gar nicht! Ihr werdet mir doch glauben, daß meinem Herzen nichts teurer ist als das deutsche Volk. Wenn etwas geschehen muß, geschieht es zum Besten der Gesamtheit.

Und noch eins: Der Führer und wir alle verlangen nichts von euch, was wir nicht stündlich bereit sind, selbst zu tun.

Wir müssen eine starke, unabhängige Nation schaffen, dazu setzen wir jetzt alle Kräfte ein.

Ich wende mich in erster Linie um restlose Mitarbeit an alle Erfinder, an die Männer der Wissenschaft, an alle Unternehmer und Wirtschaftler. Denkt nicht an die Profite, denkt an eine starke, unabhängige deutsche Wirtschaft.

Ich wende mich an die deutschen Arbeiter. Von euch, von euch vor allem, hängt das Gelingen ab. Ich wende mich an die Bauern Deutschlands: Ihr Bauern Deutschlands haltet das Leben der Nation. Eure Verantwortung ist die Ernährung des Volkes. Es ist die größte. Sichert die Ernährung, sichert das Brot! Ihr Bauern: Deutschland hat vor Jahren alles für euch getan; seid dankbar, tut heute alles für Deutschland!

Ich wende mich mit besonderer Leidenschaft an die Nationalsozialistische Arbeiterpartei und alle ihre Gliederungen. Es gilt euer Reich, es ist euer Staat, den ihr erobert habt, den ihr geschaffen habt. Von euch erwarte ich Einsatz wie in höchsten Kampfzeiten. Die Alte Garde voran, die Führer der Partei, an der Spitze ihre Gauleiter. Reißt das Volk mit, marschiert, und das Werk wird geschaffen. Die nationalsozialistische Bewegung beweist, daß nichts unmöglich ist, daß sie niemals kapitulieren wird.

Das ganze Volk aber rufe ich auf: Vorwärts mit aller Kraft! Dankt dem Führer, daß er euch ein neues Volk, ein neues Reich, eine neue Nation geschaffen hat! Nachdem mir der Führer das schwere Amt übertragen hat, werde ich alles einsetzen. Nicht als Fachmann. Das sage ich ganz offen. Nicht als großer Wirtschaftskopf und noch größerer Unternehmer, aber mit unbändigem Willen, mit einem glühenden Glauben an die Größe meines Volkes und mit einem leidenschaftlichen Herzen, aus dem allein Großes geschaffen werden kann.

Der Führer schickt mich als Nationalsozialisten. Als nationalsozialistischer Kämpfer, als sein Beauftragter, als der Beauftragte der Nationalsozialistischen Partei stehe ich hier und vollende das Werk..."

Und der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, sagte:

„...Und Sie, Parteigenosse Göring, wissen: hinter Ihnen steht die Bewegung mit ihrem ganzen Millionengewicht. Sie wissen, daß Sie sich auf diese Bewegung verlassen können bis zum Letzten..."

Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung

Am gleichen Tage (29. Oktober) erging das „Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans", in dem die bereits in den obigen Ausführungen des Pg. Göring mitgeteilte Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung ausgesprochen wurde. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat zur Durchführung des Vierjahresplanes auf dem Gebiete der Preisbildung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Zur Ueberwachung der Preisbildung für Güter und Leistungen jeder Art, insbesondere für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens, für die gesamte landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Erzeugung und für den Verkehr mit Gütern und Waren jeder Art sowie für sonstige Entgelte wird ein Reichskommissar bestellt.

Die gesetzlichen Vorschriften über die Ueberwachung und Gestaltung der Löhne und Gehälter, im besonderen die Vorschriften des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit bleiben unberührt.

Der Reichskommissar wird vom Führer und Reichskanzler ernannt. Er untersteht dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Preußischen Ministerpräsidenten Generaloberst Göring. Der Reichskommissar hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2

Der Reichskommissar ist ermächtigt, die zur Sicherung volkswirtschaftlich gerechtfertigter Preise und Entgelte erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Reichskommissar für die Preisbildung hat die den Obersten Reichsbehörden auf dem Gebiete der Genehmigung, Festsetzung, Ueberwachung oder Bildung von Preisen und Entgelten zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse wahrzunehmen.

Der Reichskommissar kann mit Zustimmung des Beauftragten für den Vierjahresplan die ihm nach diesem Gesetz zustehenden Aufgaben und Befugnisse ganz oder teilweise auf andere Stellen übertragen.

§ 3

Der Reichskommissar schlägt dem Beauftragten für den Vierjahresplan die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften vor.

§ 4

Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen sind, können mit Zuchthaus, Gefängnis, Haft oder Geldstrafe, letztere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer oder mehreren dieser Strafen bedroht werden. Dabei kann die Einziehung derjenigen Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, sowie die öffentliche Bekanntmachung des Urteils vorgesehen werden. Wegen einer solchen Zuwiderhandlung kann Anklage vor den auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 21. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 136) errichteten Sondergerichten erhoben werden.

Der Reichskommissar kann Ordnungsstrafen in Geld, deren Höhe unbegrenzt ist, androhen und verhängen.

Er ist ermächtigt, bei Zuwiderhandlungen gegen seine Anordnungen und Maßnahmen die Schließung von Betrieben, in denen eine Zuwiderhandlung erfolgt ist, zu verfügen oder die Weiterführung des Betriebes von Auflagen abhängig zu machen. Er kann auch Einzelpersonen auf dem Gebiete, auf dem die Zuwiderhandlung erfolgt ist, jede Tätigkeit untersagen oder sie von Auflagen abhängig machen.

§ 5

Die Verwaltungsbehörden und Gerichte haben dem Reichskommissar Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

§ 6

Die auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Anordnungen sind für die Verwaltungsbehörden und Gerichte bindend.

Wegen eines Schadens, der durch eine Anordnung oder Maßnahme auf Grund dieses Gesetzes entsteht, wird eine Entschädigung nicht gewährt.

Zum Reichskommissar für die Preisbildung ernannte der Führer den schlesischen Gauleiter und Oberpräsidenten Pg. Josef Wagner.

Zweite Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans

Daß der Beauftragte für den Vierjahresplan, Pg. Göring, gewillt war, unter allen Umständen die Befolgung seiner im Interesse des Volkes notwendigen Anordnungen durchzusetzen, ergab sich auch aus der „Zweiten Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans" vom 5. November:

I.

Meine Anordnungen zur Durchführung des Vierjahresplanes, die zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden müssen, werden, soweit sie nicht im Reichsgesetzblatt erscheinen, im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht.

II.

1. Wer den in solchen Anordnungen enthaltenen Geboten und Verboten zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe, letztere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer dieser Strafen bestraft.

2. Paragraph 4 des Gesetzes zur Durchführung des Vierjahresplanes — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung — vom 29. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 927) bleibt unberührt.

III.

Wegen eines Schadens, der durch eine nach Ziffer I veröffentlichte Anordnung entsteht, wird eine Entschädigung nicht gewährt.

Fragen des Arbeitseinsatzes

Wie aus der weiter oben mitgeteilten Rede des Ministerpräsidenten Pg. Göring zu ersehen war, enthielt der Vierjahresplan noch ein weiteres Problem: das Problem des Arbeitseinsatzes. Der gewaltige Erfolg der nationalsozialistischen Arbeitsschlacht stellte einen derart vollkommenen Sieg dar, daß (wie bereits im 2. Abschnitt angeführt) allmählich an die Stelle des früheren trostlosen Mangels an Arbeitsplätzen jetzt ein Mangel an Arbeitskräften trat! Die Arbeitslosigkeit gehörte der Vergangenheit an! Das neue Problem lautete umgekehrt: Beschaffung der geeigneten Arbeitskräfte für die zahllosen Aufgaben des nationalsozialistischen Deutschlands. Mit diesen Fragen des Arbeitseinsatzes befaßten sich die ersten sechs Anordnungen zur Durchführung des Vierjahresplanes, die sämtlich am 7. November erlassen wurden:

Erste Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses

Die „Erste Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses" begann mit den Worten:

„Eine der wichtigsten Aufgaben zur Durchführung des Vierjahresplanes ist die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses. Das gilt insbesondere für die Eisen- und Metallwirtschaft sowie für das Baugewerbe. Bei der Bedeutung dieser Aufgabe ist es Pflicht aller in Betracht kommenden öffentlichen und privaten Betriebe, sich an der Ausbildung ihres Nachwuchses zu beteiligen.

Um eine sofortige und umfassende Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses in der Eisen- und Metallwirtschaft sowie im Baugewerbe zu erreichen, bestimme ich folgendes:

1. Private und öffentliche Betriebe der Eisen- und Metallwirtschaft sowie des Baugewerbes mit 10 und mehr Beschäftigten sind verpflichtet, eine Zahl von Lehrlingen zu beschäftigen, die in

angemessenem Verhältnis zu der Zahl der von ihnen beschäftigten Facharbeiter steht..."

In der „Zweiten Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung des Bedarfs an Metallarbeitern für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufträge der Eisen- und Metallwirtschaft" hieß es:

Zweite Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung des Bedarfs an Metallarbeitern für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufträge der Eisen- und Metallwirtschaft

„Zur Sicherung der staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Aufträge der Eisen- und Metallwirtschaft, die im Rahmen des Vierjahresplans unbedingt zu erfüllen sind, ist die Bereitstellung der benötigten Metallarbeiter dringend erforderlich. Ich bestimme daher folgendes:

1. Die Mehreinstellung von Metallarbeitern in einem privaten oder öffentlichen Betriebe der Eisen- und Metallwirtschaft bedarf mit Wirkung vom 1. Dezember 1936 der Zustimmung des für den Betrieb oder die Betriebsabteilung örtlich zuständigen Arbeitsamts, wenn durch sie innerhalb eines Kalendervierteljahres die Gefolgschaft des Betriebes an Metallarbeitern gegenüber dem Stande am ersten Tage des Kalendervierteljahres um 10 oder mehr Metallarbeiter verstärkt wird. Für das laufende Kalendervierteljahr tritt an die Stelle des 1. Oktober der 15. November 1936.

2. Zur Eisen- und Metallwirtschaft gehören alle öffentlichen und privaten Unternehmungen, die den nachstehenden Wirtschaftsgruppen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft angehören oder sich auf deren Fachgebieten betätigen:

1. Eisenschaffende Industrie,
2. Nichteisenmetallindustrie,
3. Gießereiindustrie,
4. Stahl- und Eisenbau,
5. Maschinenbau,
6. Fahrzeugindustrie,
7. Luftfahrtindustrie,
8. Elektroindustrie,
9. Feinmechanische und optische Industrie,
10. Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie.

Entstehen im Einzelfall Zweifel darüber, ob eine Unternehmung ganz oder teilweise zur Eisen- und Metallwirtschaft gehört, so entscheidet darüber das Arbeitsamt...

...5. Als staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufgaben sind vor allem die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, die Sicherung der Ernährung, der Aufbau der einheimischen Rohstoffwirtschaft, die Förderung der Ausfuhr sowie die Schaffung gesunden Wohnraumes für die arbeitende Bevölkerung anzusehen..."

Die „Dritte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Rückführung von Metallarbeitern und Bauarbeitern in ihren Beruf" ging von der Erwägung aus:

Dritte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Rückführung von Metallarbeitern und Bauarbeitern in ihren Beruf

„Metallarbeiter und Baufacharbeiter werden oft an Arbeitsplätzen beschäftigt, die ihrer Ausbildung nicht entsprechen. Das bedeutet eine unwirtschaftliche Verschwendung wertvoller Arbeitskraft, deren Einsatz an geeigneterer Stelle zur Durchführung des Vierjahresplanes dringend erforderlich ist..."

— und veranlaßte daher das Erforderliche zu dieser Rückführung.

Vierte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs an Baustoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Bauvorhaben

Die „Vierte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs an Baustoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Bauvorhaben" bezweckte eine planmäßige Lenkung der Bautätigkeit im Sinne einer Bevorzugung des Vordringlichen und einer Zurückstellung im Augenblick weniger wichtiger Bauvorhaben. Damit der für eine solche planmäßige Lenkung erforderliche Ueberblick geschaffen wurde, bestimmte die Anordnung:

> „Um die erforderlichen Baufacharbeiter und den Bedarf an Baustoffen zur Ausführung von staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Bauvorhaben im Rahmen des Vierjahresplanes sicherzustellen, bestimme ich folgendes:
>
> 1. Alle privaten und öffentlichen Hoch- und Tiefbauvorhaben sind vom 1. Dezember 1936 ab vor dem Baubeginn anzuzeigen. Ausgenommen sind
>
> a) private Bauvorhaben, die nicht mehr als 5000 RM. und
>
> b) öffentliche Bauvorhaben, die nicht mehr als 25000 RM. Arbeitslöhne an der Baustelle erfordern.
>
> 2. Die Anzeigen sind innerhalb von drei Monaten vor dem Baubeginn, spätestens aber vier Wochen vorher von dem Bauherrn oder — bei öffentlichen Bauvorhaben — von der Bauverwaltung in doppelter Ausfertigung an das für die Baustelle örtliche zuständige Arbeitsamt zu richten..."

Fünfte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Beschäftigung älterer Angestellter

Die „Fünfte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Beschäftigung älterer Angestellter" beginnt mit den Sätzen:

> „Die Durchführung des neuen Vierjahresplans kann nur gelingen, wenn keine Arbeitskraft im deutschen Volke ungenutzt bleibt. Damit wird es möglich, auch ältere einsatzfähige Angestellte, insbesondere Familienväter, in die Reihen der schaffenden Deutschen wieder einzugliedern. Ihr Einsatz entspricht zugleich staatspolitischen Notwendigkeiten. Ich bestimme daher folgendes:
>
> 1. In Betrieben und Verwaltungen mit 10 oder mehr Angestellten sind in angemessenem Umfange Angestellte im Alter von 40 und mehr Jahren zu beschäftigen, soweit sie eine ordnungsmäßige Vorbildung aufzuweisen haben und einsatzfähig sind. Angestellte im Sinne dieser Vorschriften sind Personen, die auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes pflichtversichert sind. Ueber die Einsatzfähigkeit entscheidet das zuständige Arbeitsamt..."

Sechste Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über das Verbot von Kennwortanzeigen für die Erwerbung oder Vermittlung von Metallarbeitern und Baufacharbeitern

Die „Sechste Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über das Verbot von Kennwortanzeigen für die Erwerbung oder Vermittlung von Metallarbeitern und Baufacharbeitern" besagte:

> „Um zu verhindern, daß eine ungeregelte und anonyme Werbung von Facharbeitern durch Stellenangebote in Gestalt von Kennwortanzeigen meine Maßnahmen zur Lenkung des Arbeitseinsatzes im Rahmen des Vierjahresplans stört, bestimme ich folgendes:
>
> 1. Es ist verboten, Kennwort-(Chiffre-)Anzeigen in Zeitungen, Zeitschriften, Stellenlisten und ähnlichen Verzeichnissen zwecks Anwer-

bung oder Vermittlung von Metallarbeitern und Baufacharbeitern aufzugeben oder aufzunehmen. Ausnahmen bedürfen einer ausdrücklichen Genehmigung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung oder einer von ihm beauftragten Dienststelle der Reichsanstalt. . ."

Maßnahmen zur Preisbildung

Nachdem so den Bedürfnissen des Arbeitseinsatzes durch den Erlaß der oben angeführten sechs Anordnungen Rechnung getragen worden war, erfolgten nunmehr die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Preisbildung. Wie bereits weiter oben ausgeführt, war durch das „Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans" vom 29. Oktober ein Reichskommissar für die Preisbildung bestellt und Pg. Josef Wagner mit diesem Amt betraut worden. Am 26. November folgte nun die hierzu noch erlassene „Ueberleitungsverordnung zum Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans", in der verordnet wurde:

Ueberleitungsverordnung zum Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans

1. Die bisher auf dem Gebiet der Preisfestsetzung und Preisüberwachung erlassenen Verordnungen, Anordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch das Gesetz vom 29. Oktober 1936 aufgehoben worden sind.

2. Bei Zuwiderhandlungen gegen die in Absatz 1 genannten Bestimmungen finden die §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 29. Oktober 1936 ergänzend Anwendung.

3. Abänderungen der in Absatz 1 genannten organisatorischen und verfahrensrechtlichen Bestimmungen können durch allgemeine Verwaltungsvorschriften des Reichskommissars für die Preisbildung erfolgen.

Am gleichen Tage (26. November) erging die äußerst wichtige „Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen":

Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen

Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Vierjahresplanes — — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung — vom 29. Oktober 1936 (Reichsgesetzblatt I, Seite 927) wird auf Vorschlag des Reichskommissars für die Preisbildung folgendes verordnet:

§ 1.

Preiserhöhungen für Güter und Leistungen jeder Art, insbesondere für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens, für die gesamte landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Erzeugung und für den Verkehr mit Gütern und Waren jeder Art sowie für sonstige Entgelte sind verboten. Dieses Verbot gilt rückwirkend vom 18. Oktober 1936 ab; Verträge, die von beiden Vertragspartnern erfüllt sind, bleiben von der Rückwirkung unberührt.

Als eine Preiserhöhung ist es auch anzusehen, wenn die Zahlungs- und Lieferungsbedingungen zum Nachteil der Abnehmer verändert werden.

§ 2.

Es ist verboten, Handlungen vorzunehmen, durch die mittelbar oder unmittelbar die Vorschriften des § 1 umgangen werden oder umgangen werden sollen.

§ 3.

Soweit aus volkswirtschaftlichen Gründen oder zur Vermeidung besonderer Härten eine Ausnahme dringend erforderlich erscheint, können

der Reichskommissar für die Preisbildung oder die von ihm beauftragten Stellen Ausnahmen zulassen oder anordnen.

§ 4.

Wer, und zwar gleichgültig ob Verkäufer oder Käufer, den Bestimmungen dieser Verordnung oder den zu ihrer Durchführung erlassenen Anordnungen vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe, letztere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer dieser Strafen bestraft. Dabei kann die Einziehung des erzielten Entgeltes und der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, sowie die öffentliche Bekanntmachung des Urteils verfügt werden...

§ 5.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung kann die Schließung von Betrieben, in denen die Zuwiderhandlung begangen worden ist, auf Zeit oder auf Dauer verfügt oder die Weiterführung des Betriebes von Auflagen abhängig gemacht werden. Auch kann den schuldigen Einzelpersonen auf dem Gebiete, auf dem Zuwiderhandlung erfolgt ist, jede Tätigkeit untersagt oder die weitere Tätigkeit von Auflagen abhängig gemacht werden..."

Erste Ausführungsverordnung zur Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen

Der 26. November brachte außerdem die „Erste Ausführungsverordnung zur Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen", die sich mit der weiteren Geltungsdauer früherer Preisverordnungen, u. a. mit den Mietzinsen usw., befaßte. —

Gesetz gegen Wirtschaftssabotage

Wenige Tage später, am 1. Dezember, folgte das eindrucksvolle „Gesetz gegen Wirtschaftssabotage", das gegen Volksverräter, die deutsches Vermögen nach dem Ausland verschieben und damit den dringenden Lebensinteressen der Nation entziehen, die Todesstrafe verhängt. Es hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

Ein deutscher Staatsangehöriger, der wissentlich und gewissenlos aus grobem Eigennutz oder aus anderen niederen Beweggründen den gesetzlichen Bestimmungen zuwider Vermögen nach dem Auslande verschiebt oder im Ausland stehenläßt und damit der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügt, wird mit dem Tode bestraft. Sein Vermögen wird eingezogen. Der Täter ist auch strafbar, wenn er die Tat im Auslande begangen hat.

Für die Aburteilung ist der Volksgerichtshof zuständig.

§ 2.

Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, 1. Dezember 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring, Ministerpräsident.

Der Reichswirtschaftsminister
in Vertretung: Posse.

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner.

Am gleichen Tage erging das „Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen", das angesichts der bisher noch vorhandenen Verschiedenheit der landesrechtlichen Vorschriften (darüber, wem im einzelnen Falle das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung der Bodenschätze zusteht) die beschleunigte Erschließung der deutschen Bodenschätze in jedem Fall ermöglichte, auch wenn der jeweils Berechtigte dazu nicht gewillt oder in der Lage sein sollte. — Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen

So war die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft, Erfindungsgeist und volksgenössische Disziplin in den Dienst dieses einzigartigen Vierjahresplanes gestellt worden — unter planvoller Lenkung und Leitung des Beauftragten für den Vierjahresplan (und seiner Mitarbeiter) — des Pg. Hermann Göring, über den der Führer am 17. Dezember (in Berlin) in einer Ansprache an die führenden Männer der Wirtschaft sagte: Pg. Hermann Göring als Beauftragter des Führers

> „Vertrauen Sie dem Mann, den ich bestimmt habe! Es ist der beste Mann, den ich für diese Aufgabe habe, — ein Mann größten Willens und größter Entschlußkraft. Gehen sie alle geschlossen mit ihm! Damit legen wir die festen Grundlagen einer deutschen Wirtschaft, die in der Stärke, in der Stabilität und Sicherheit des Deutschen Reiches wurzelt. Wenn wir uns dieser Aufgabe fanatisch verpflichtet fühlen, dann werden beide vor der Nachwelt bestehen: die politische Führung, weil sie und ihre Männer etwas gewollt und erreicht haben, und die deutsche Wirtschaft mit allen ihren Arbeitern, weil sie ihre ganze Kraft für die Durchführung dieses Werkes einsetzten." —

Angesichts der überragenden Bedeutung des Vierjahresplans seien die sonstigen wirtschaftlichen Ereignisse der zweiten Jahreshälfte 1936 im folgenden nur kurz angedeutet:

Die 24. Deutsche Ostmesse in Königsberg (23. bis 26. August) zeigte gegenüber der vorjährigen einen weiteren Aufstieg. So stieg z. B. die Ausstellerzahl von 2260 auf 2400. Die ausländische Beteiligung war so stark wie noch nie; neun Staaten waren vertreten: Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Ungarn, Türkei, Mandschukuo, Britisch-Indien. 24. Deutsche Ostmesse

Auch die Leipziger Herbstmesse (30. August bis 3. September) brachte einen gesteigerten Erfolg. Die Zahl der Aussteller betrug 5148 (gegenüber 4989 im Vorjahr). Leipziger Herbstmesse

Insgesamt ergab die Ausfuhrsteigerung ein befriedigendes Bild. Im Dezember konnten rückschauend folgende Ein- und Ausfuhrzahlen (in Millionen RM.) gegenübergestellt und mit dem Vorjahre verglichen werden: Ausfuhrzahlen

	Einfuhr		Ausfuhr		Saldo	
	1935	1936	1935	1936	1935	1936
Januar	404	363	299	382	— 105	+ 19
Februar	359	334	302	374	— 57	+ 40
März	353	356	365	379	+ 12	+ 23

	Einfuhr		Ausfuhr		Saldo	
	1935	1936	1935	1936	1935	1936
April	359	361	340	366	— 19	+ 5
Mai	332	337	337	372	+ 4	+ 35
Juni	318	360	318	371	0	+ 11
Juli	330	346	359	395	+ 29	+ 49
August	318	346	368	409	+ 50	+ 63
September	318	336	373	412	+ 55	+ 75
Oktober	336	356	391	431	+ 55	+ 75
November	346	358	400	422	+ 54	+ 64

Kontinentaler Reklame-Kongreß

Vom 24. bis zum 28. November tagte in Berlin der Kontinentale Reklame-Kongreß, an dem 22 Staaten teilnahmen. Reichsminister Pg. Dr. Goebbels erklärte bei seiner Begrüßungsansprache:

„Läßt man den Blick schweifen über Europa, und muß man jetzt, 18 Jahre nach Ende des großen Krieges, wieder das verantwortungslose Geschwätz vom „kommenden Krieg" vernehmen, so könnte man an der Zukunft dieses Erbteils verzweifeln. Ich hoffe aber, daß die Teilnehmer dieses Kongresses mithelfen werden, dem entgegenzuwirken und die Verständigung unter den Völkern zu finden. Wenn Sie das als den eigentlichen Sinn und Zweck dieses Kongresses ansehen, so werden Sie sich um das Glück und den Wohlstand aller Nationen bestens verdient machen."

Personelle Ereignisse

An wichtigen personellen Ereignissen ist die Anfang November erfolgte Ernennung des Leiters des Hauptamtes für Handwerk und Handel, Pg. Dr. Adrian von Renteln zum Präsidenten des Deutschen Genossenschaftsverbandes zu erwähnen — ferner die im Dezember vorgenommene Beauftragung des Präsidenten Pietzsch mit der Leitung der Reichswirtschaftskammer. —

Eröffnung des Rügendamms

Die Bauten des Dritten Reiches nahmen auch in der zweiten Jahreshälfte 1936 ihren imponierenden Fortgang. Erwähnt sei, daß am 5. Oktober der Rügendamm durch den Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, festlich eröffnet werden konnte.

Arbeitslosenzahlen

Die Arbeitslosenzahl sank weiter. Sie hatte am 1. August 1170000 betragen (siehe 2. Abschnitt) und hatte damit den niedrigsten Stand, der seit der Machtübernahme erreicht wurde. Die Zahl sank dann weiter bis Ende September, um dann — konjunkturbedingt — wieder leicht anzusteigen. Die Arbeitslosenzahl betrug:

am 1. September	1098000	am 1. November	1076000
am 1. Oktober	1035000	am 1. Dezember	1197000

Das saisonbedingte Ansteigen in den Wintermonaten war jedoch in diesem Jahre wesentlich geringer als im Vorjahre. (Damals hatte die Arbeitslosenzahl fast 2 Millionen betragen.)

Weiteres Steigen der Sparkasseneinlagen

Ein weiteres Symptom des Aufstiegs war in der Tatsache zu erkennen, daß die Einlagen in den Spar- und Girokassen im Jahre 1936 erneut um 1,2 Milliarden gestiegen sind.

Einnahmen des Reiches

Die Steigerung der wirtschaftlichen Energien im deutschen Volke ist aber insbesondere auch aus den Zahlen der Einnahmen des Reiches zu ersehen:

1933:	ca. 6,7 Milliarden	1935:	ca. 9,3 Milliarden
1934:	ca. 7,8 Milliarden	1936:	ca. 10,7 Milliarden

Gesetz zur Aenderung des Körperschaftsteuergesetzes

Auf finanzpolitischem Gebiete ist das „Gesetz zur Aenderung des Körperschaftsteuergesetzes" vom 27. August zu erwähnen, das eine gerechtfertigte Erhöhung der Körperschaftsteuer brachte. Der „Völkische Beobachter" (30. August) schrieb zur Begründung u. a.:

„... Der Anreiz, aus Steuerersparnisgründen die Form der anonymen Gesellschaft zu wählen, soll durch die Erhöhung der Körperschaftsteuer sehr erheblich abgeschwächt werden. Die Form der Kapitalgesellschaft und damit die Form der Anonymität und der Ausschließung der persönlichen Haftung der Gesellschafter soll nur in denjenigen Fällen gewählt werden, in denen sie aus volkswirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt ist.

Die meisten Kapitalgesellschaften gehören zu denjenigen Unternehmen, die in der letzten Zeit bedeutende Gewinne erzielt haben, die sich vielfach auch noch im Steigen befinden. Das zeigt sich zum Teil auch in der Erhöhung von Bezügen, die sich in vielen Fällen nach der Höhe des Gewinns bestimmen. Die Erhöhung des Gewinns ist aber unmittelbar oder mittelbar in der Hauptsache oder ausschließlich auf Maßnahmen des Reiches zurückzuführen. Der Grundsatz der steuerlichen Gleichmäßigkeit bedingt, hier einen Ausgleich durch Erhöhung der Körperschaftsteuer eintreten zu lassen. Die Vermehrung der Gewinne hat auch zu einer Steigerung der Aktienkurse geführt. Die Erhöhung der Körperschaftsteuer wird in Verbindung mit den zur Vermeidung einer ungesunden Dividendenpolitik getroffenen Maßnahmen einer unerwünschten Entwicklung der Aktienkurse entgegenwirken..."

Realsteuerreform

Der 1. Dezember brachte die dringend notwendig gewordene Realsteuerreform, da es bisher in den einzelnen Ländern für die Realsteuern keine einheitliche reichsgesetzliche Regelung gegeben hatte. Sie zu schaffen, war somit eine Voraussetzung für die weitere Neugestaltung des Reiches. Je 16 Landesgesetze wurden durch ein Reichsgesetz abgelöst. Folgende 4 Gesetze wurden am 1. Dezember erlassen, deren Inhalt näher zu behandeln über den Rahmen unseres Buches hinausgehen würde: Das „Einführungsgesetz zu den Realsteuern", das „Gesetz zur Aenderung der Vorschriften über die Gebäudeentschuldungssteuer", das „Gewerbesteuergesetz" und das „Grundsteuergesetz". —

Neue 500-Millionen-Anleihe

Im Zuge der weiteren Durchführung der vom Reiche in Angriff genommenen Arbeiten wurde am 6. November eine neue 500-Millionen-Anleihe (4½%ige auslosbare Reichsschatzanweisungen zum Kurse von 98¾ %) aufgelegt. Die Zeichnungsfrist lief vom 20. November bis zum 5. Dezember und endete auch diesmal mit einer Ueberzeichnung der Anleihe — auch dies ein Symptom sowohl der gesteigerten deutschen Wirtschaftskraft wie des Vertrauens zum nationalsozialistischen Staat.

17. Abschnitt:

Polizei im nationalsozialistischen Staat

Erlaß über die Einsetzung eines Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern

Ein Ereignis von entscheidender Bedeutung war die einheitliche Zusammenfassung aller polizeilichen Aufgaben im Reich und die Unterstellung des gesamten Polizeikorps unter die Führung des Reichsführers SS., Pg. Heinrich Himmler. Die Einheitlichkeit der staatlichen Exekutive und damit die polizeiliche Schlagkraft wurden wesentlich verstärkt; gleichzeitig führte die Personal- und Realunion zwischen dem Reichsführer SS. und dem neugeschaffenen Amt des „Chefs der Deutschen Polizei" zu einer engen Fühlung der der Sicherheit des Staates dienenden Polizei mit der SS. — damit auch auf diesem Gebiete die Einheit von Partei und Staat zum Ausdruck bringend. Dieser „Erlaß über die Einsetzung eines Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern" (17. Juni), der nicht zuletzt auch einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Reichsreform darstellte, lautete:

I

Zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich wird ein Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern eingesetzt, dem zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Polizeiangelegenheiten im Geschäftsbereich des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern übertragen wird.

II

Zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern wird der stellvertretende Chef der Geheimen Staatspolizei Preußens, Reichsführer SS. Heinrich Himmler, ernannt.

Er ist dem Reichs- und Preußischen Minister des Innern persönlich und unmittelbar unterstellt.

Er vertritt für seinen Geschäftsbereich den Reichs- und Preußischen Minister des Innern in dessen Abwesenheit.

Er führt die Dienstbezeichnung: Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern.

III

Der Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird.

IV

Mit der Durchführung dieses Erlasses beauftrage ich den Reichs- und Preußischen Minister des Innern.

In Ausführung dieses Führererlasses betraute Reichsinnenminister Dr. Frick den Chef der Deutschen Polizei, Reichsführer SS. Himmler, mit der Leitung der Polizeiabteilung des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern und übertrug für den Fall seiner Abwesenheit dem Ministerialdirektor General der Polizei Daluege die Vertretung des Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern. Der Führer hat bei diesem Anlaß folgendes Schreiben an Pg. Daluege gerichtet: Reichsführer SS., Pg. Himmler, Chef der Deutschen Polizei

„Lieber Parteigenosse General Daluege!

Seit der Uebernahme der Macht durch den Nationalsozialismus, an deren Erringung Sie in Berlin führend beteiligt waren, haben Sie Ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Polizei zu einem schlagkräftigen Instrument des nationalsozialistischen Staates zu machen. Dies gilt insbesondere für die bisherige Landespolizei, die dank Ihrer Tätigkeit ein wertvolles Glied der deutschen Wehrmacht werden konnte. Ihnen für Ihre Verdienste um die deutsche Polizei Dank und Anerkennung auszusprechen, ist mir ein besonderes Bedürfnis.

Ich ernenne Sie zum General der Polizei.

Adolf Hitler."

Bei der feierlichen Einführung in sein neues Amt durch den Reichsinnenminister führte Pg. Himmler u. a. aus:

„... Wir sind ein Land im Herzen Europas, umgeben von offenen Grenzen, umgeben von einer Welt, die sich mehr und mehr bolschewisiert. Wir haben damit zu rechnen, daß der Kampf gegen den alles zerstörenden Bolschewismus ein Kampf von Menschenaltern sein wird. Darauf ein ganzes Volk einzustellen und, wie die Wehrmacht zum Schutz nach außen ist, die Polizei zusammengeschweißt mit dem Orden der Schutzstaffeln zum Schutz des Reichs nach innen aufzubauen, darin sehe ich meine Aufgabe."

Durch den Führererlaß und in Verfolg des damit zeitlich zusammenhängenden Rücktritts des Staatssekretärs im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern Grauert ist das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern einer weitgreifenden Umorganisation unterzogen worden. (Der Führer und Reichskanzler hat durch Erlaß vom 26. Juni den Staatssekretär Grauert auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt und ihm für die Arbeit in einem Briefe Dank und Anerkennung ausgesprochen.) Die Geschäfte des Ministeriums sind dadurch in der Person des Vertreters des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern straffer zusammengefaßt: Staatssekretär Pfundtner leitet nunmehr als alleiniger Staatssekretär die Geschäfte sämtlicher Abteilungen des Ministeriums. —

Der Geschäftsbereich des Chefs der Deutschen Polizei umfaßt nunmehr alle polizeilichen Aufgaben, auch soweit sie bisher außerhalb der früheren Polizeiabteilung bearbeitet worden waren. Geschäftsbereich des Chefs der Deutschen Polizei

Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, teilte nun sein Arbeitsgebiet organisatorisch in zwei Haupt-

Die Hauptämter Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei

ämter ein: „Sicherheitspolizei“ und „Ordnungspolizei“. Zum Chef der Sicherheitspolizei wurde SS.-Gruppenführer Reinhard Heydrich, zum Chef der Ordnungspolizei General der Polizei und SS.-Obergruppenführer Kurt Daluege ernannt. Im Geschäftsbereich des Reichsführers SS. und Chefs der Deutschen Polizei sind die Arbeitsgebiete der bisherigen Polizeiabteilung des Reichsinnenministeriums, der politischen Polizei der Länder und auch alle anderen die Polizei betreffenden Arbeitsgebiete des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern einbezogen. Es sind dies die Personalangelegenheiten sämtlicher Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren, der Kriminalpolizei, ferner die Aufgaben des Grenzverkehrs, das Paßwesen usw.

Die Unterteilung des gesamten Aufgabenbereichs in die Hauptämter Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei ergab folgendes Bild:

> Das Hauptamt Sicherheitspolizei (unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei) bearbeitet die Angelegenheiten der nichtuniformierten Vollzugspolizei, insbesondere der politischen Polizei, der Kriminalpolizei und Aufgaben allgemein politischer Art, wie Paß- und Fremdenwesen.
>
> Das Hauptamt Ordnungspolizei (unter der Leitung des Chefs der Ordnungspolizei) bearbeitet die Angelegenheiten der gesamten uniformierten Polizei des Reiches, insbesondere die Fragen der Schutzpolizei und Gendarmerie einschließlich der Verkehrspolizei, der Gemeindepolizei und der Verwaltungspolizei.

Einheitliche deutsche Polizei

Durch die Unterstellung der gesamten deutschen Polizei unter den Reichsführer SS. ist eine lange Entwicklung abgeschlossen, die nunmehr zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Polizei geführt hat. In Zukunft sind sowohl Schutzpolizei wie Verwaltungspolizei, Gendarmerie wie auch Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei in einer Hand vereinigt.

Auf die große Bedeutung der Vereinheitlichung des deutschen Polizeiwesens für die Reichsreform wies der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Pg. Dr. Frick, besonders hin, als er am 18. Juni bei dem bereits weiter oben erwähnten feierlichen Staatsakt der Amtseinführung des Chefs der Deutschen Polizei erklärte:

> „Es ist das erstemal während der tausendjährigen Geschichte Deutschlands, daß für das ganze Reich eine einheitliche Polizeileitung eingesetzt wird. Ein Führer der gesamten deutschen Polizei, der die Einheitlichkeit der Exekutive in Deutschland verbürgt! Das ist wieder ein gutes Stück Reichsreform, an der wir seit drei Jahren mit Erfolg arbeiten. Es ist eine staatspolitische Notwendigkeit gewesen, zu dieser Regelung zu kommen, weil es für ein einheitliches Reich auf die Dauer unerträglich ist, keine einheitliche Exekutive zu besitzen.“

Einheitliche Polizeiuniform

Die Einheit der Polizei wurde auch bald in den äußeren Dingen zum Ausdruck gebracht — durch die Schaffung einer einheitlichen

Uniformierung der gesamten deutschen Polizei. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Pg. Dr. Frick, der Chef der Deutschen Polizei, Reichsführer SS. Pg. Himmler, und der General der Polizei, Pg. Daluege, wurden am 26. Juni vom Führer und Reichskanzler empfangen, wobei dem Führer die endgültigen Vorschläge hierfür unterbreitet wurden. —

Vereinheitlichung der Sicherheitspolizei

Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei ging nun an die Vereinheitlichung der Sicherheitspolizei (umfassend die Geheime Staatspolizei und die Kriminalpolizei). Die ersten auf sachliche Zusammenfassung und organisatorische Vereinheitlichung zielenden Vorbereitungsarbeiten gelangten zum Abschluß. In fünf grundlegenden Erlassen des Reichsministers des Innern und des Reichsführers SS. und Chefs der Deutschen Polizei vom 14. Oktober wurde die Sicherheitspolizei neu organisiert.

Künftig werden die Behörden der Sicherheitspolizei im ganzen Reich die gleiche Bezeichnung führen. Die politisch-polizeilichen Behörden führen die Bezeichnung Geheime Staatspolizei und sind aufgegliedert in Staatspolizeistellen. Die leitende Zentralbehörde ist das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin. Alle Behörden der Kriminalpolizei führen die Bezeichnung Kriminalpolizeistelle. Für kriminal-geographisch zusammenhängende Bereiche sind Kriminalpolizeistellen als fachliche Aufsichtsbehörden und Sammelstellen eingerichtet. Mit der zentralen fachlichen Leitung der Kriminalpolizei aller Länder ist das Preußische Landeskriminalpolizeiamt (unter räumlicher und geschäftsmäßiger Lostrennung vom Polizeipräsidium Berlin) beauftragt worden. Ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung war die bereits erfolgte Einführung gleicher Ausweise und gleicher Erkennungsmarken einerseits der Geheimen Staatspolizei und anderseits der Kriminalpolizei im ganzen Reichsgebiet.

Die Beamten der Sicherheitspolizei können nach Beseitigung der örtlichen Zuständigkeitsschranken nunmehr auch im ganzen Reichsgebiet im Rahmen ihrer Aufträge tätig werden. Durch diese Maßnahmen ist für eine einheitliche und straff geführte deutsche Sicherheitspolizei die notwendige Grundlage geschaffen worden.

Reichsrichtlinien zur Organisation der Gemeindepolizeiverwaltungen

Reichsrichtlinien zur Organisation der Gemeindepolizeiverwaltungen wurden am 22. Juli erlassen.

Sie beruhen auf den in Preußen bereits durchgeführten Maßnahmen. Wichtige Fragen über die Dienstaufsicht, Schulung der Beamten, Inanspruchnahme von Polizeikuranstalten und vor allem die Frage des Ersatzes der Gemeindepolizeiverwaltungen werden künftig bei allen deutschen Gemeindepolizeiverwaltungen nach einheitlichen Grundsätzen geregelt. Zur Erlangung eines Ueberblicks über die Personalverhältnisse werden Unterlagen über die Beamten der Gemeindepolizei angefordert.

Der Chef der Deutschen Polizei nimmt so die einheitliche Ausrichtung des Personalkörpers der gesamten deutschen Polizei in Angriff, denn die Erfüllung dieser Aufgabe ist Voraussetzung für eine wirkliche Einheit der polizeilichen Exekutive in Deutschland.

Dienstliche Aus- und Weiterbildung der Polizei auf soldatischer Grundlage

Im Zuge der Neuordnung der gesamten deutschen Polizei wurde am 4. September die dienstliche Aus- und Weiterbildung der Polizei auf soldatischer Grundlage befohlen. Nunmehr wird auch die Gendarmerie, die bisher auf dem flachen Lande nur Einzeldienst versieht, in gewissen Abständen zum Einsatz in geschlossener Formation herangezogen. (Am 3. September fand zum erstenmal vor Generalmajor von Kamptz größerer Einsatz der Polizei der preußischen Kreise Teltow, Jüterbog und Beeskow-Storkow statt.) —

Gediente Soldaten als Wachtmeister der Schutzpolizei

Gemäß einer Vereinbarung mit dem Reichskriegsminister teilte der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei mit, daß der Ersatz der Wachtmeister für die Schutzpolizei aus den im Herbst 1936 aus der Wehrmacht ausscheidenden 2—5jährig gedienten Soldaten zu entnehmen ist. (Jedoch müssen die Bewerber vor ihrem Eintritt in die Wehrmacht der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen angehört haben.) —

Verkehrspolizei

Ein immer bedeutungsvolleres Arbeitsgebiet der Ordnungspolizei wurde die Verkehrspolizei. Die zunehmende Häufung der Verkehrsunfälle machte es notwendig, die Polizei vor allem auf diesem großen Gefahrengebiet einzusetzen. Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, ordnete bereits im August eine Ueberholung und Vermehrung der Verkehrszeichen an. Im September vereinbarte er mit dem Korpsführer des NSKK., Pg. Hühnlein, daß aus den Führern und Männern des NSKK. ein NSKK.-Verkehrserziehungsdienst aufgestellt wird, der dazu beitragen soll, durch Aufklärung und Belehrung der Volksgenossen die hohe Zahl der Verkehrsunfälle herabzudrücken. Der NSKK.-Verkehrserziehungsdienst erhielt somit die Aufgabe einer verstärkten Aufklärungs- und Erziehungsarbeit im Straßenverkehr. Daneben setzt selbstverständlich die Polizei ihre Aufklärungs- und Erziehungstätigkeit fort. Aus diesem NSKK.-Verkehrserziehungsdienst soll sich nach Ankündigung des Chefs der Deutschen Polizei ein motorisierter Hilfspolizeidienst mit verkehrspolizeilichen Aufgaben entwickeln, der in Zusammenarbeit mit der motorisierten Straßenpolizei auf den deutschen Straßen eingesetzt werden wird.

NSKK.-Verkehrserziehungsdienst

Blutuntersuchung

Zur Bekämpfung der Verkehrsunfälle wurden aber noch weitere Maßnahmen getroffen. So wurde vor allem die sofortige Blutuntersuchung auf Alkohol nach Verkehrsunfällen für die gesamte staatliche Polizei Ende September angeordnet. (Sie war zunächst versuchsweise im Bereich der Polizeiverwaltung Berlin eingeführt worden.)

Der Chef der Deutschen Polizei übernimmt die gesamte Anwendung der Reichsstraßenverkehrsordnung

Am 1. Oktober erfolgte eine Neuordnung der Befugnisse des Chefs der Deutschen Polizei bei der Regelung des Straßenverkehrs: Da die Verkehrsdisziplin auf den Straßen angesichts der

rasch fortschreitenden Motorisierung außerordentliche Maßnahmen erforderte, übertrug der Reichsverkehrsminister dem Chef der Deutschen Polizei für die Dauer von zwei Jahren die gesamte Anwendung der Reichsstraßenverkehrsordnung, soweit dies zur Hebung der Verkehrssicherheit durch strenge Regelung und Ueberwachung des Verkehrs auf der Straße erforderlich ist. Hierunter fallen auch die Bestimmungen der Wegerechtsfahrzeuge (in Straßen und Verkehr bevorrechtigte Fahrzeuge), die Regelung des Parkplatzwesens und der Parkplatzbewachung, die Straßenverkehrsunfallstatistik und die Unfallverhütungspropaganda für den Straßendienst einschließlich der Verwendung der Verkehrswacht. (Die Zulassung von Fahrzeugen einschließlich der technischen Anforderungen und Ausbildungswesen der Kraftfahrzeugführer usw. fallen nicht unter diese Regelung.) Mit dieser Abmachung ist die Verkehrsüberwachung ausschließlich in die Hand der Polizei gelegt und dem Chef der Deutschen Polizei übertragen.

Drakonische Maßnahmen gegen Verkehrssünder

Zur Schaffung der notwendigen Verkehrsdisziplin, die bisher leider bei vielen Verkehrsteilnehmern sehr zu wünschen übrig ließ, wurde eine Reihe scharfer polizeilicher Maßnahmen erforderlich, die für die Betroffenen manche Härte mit sich bringt, zur Vermeidung von Verlust an Leib und Leben und an volkswirtschaftlichen Werten jedoch unvermeidlich ist. Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei hat sich im Interesse der Verkehrssicherheit dazu entschlossen, alle Verkehrsteilnehmer vor Verkehrssündern zu schützen und die unverbesserlichen Verkehrssünder in Schutzhaft zu nehmen.

Auf Grund einer Anordnung vom 3. Oktober wurde zunächst versuchsweise in den Städten Düsseldorf, Breslau und Stettin die Polizei ermächtigt, Kraftwagenführern, die durch ihr Verhalten wiederholt in einer besonders leichtsinnigen Weise den Verkehr gefährdet haben, die Motore der von ihnen geführten Kraftfahrzeuge auf eine Einfahrgeschwindigkeit zu drosseln. Die Drosselung muß so ausgeführt sein, daß sie wirksam zu kontrollieren ist. Die Geschwindigkeitsbegrenzung wird für einen Zeitraum von mindestens 6 Wochen und höchstens 3 Monaten angeordnet. Der Führer des Kraftfahrzeuges, der durch sein Verhalten Anlaß zu dieser Maßnahme gegeben hat, ist verpflichtet, sein Fahrzeug persönlich wöchentlich einmal der Zulassungsstelle vorzuführen.

Die motorisierten Gendarmeriebereitschaften

Durch Runderlaß vom 16. November ordnete der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei an, daß die motorisierten Gendarmeriebereitschaften die Uniform der Gendarmerie mit einem besonderen Aermelabzeichen tragen, das auf ihren Einsatz zur Ueberwachung der Landstraße hinweist. Die motorisierten Gendarmeriebereitschaften werden nach einer sorgfältigen praktischen und theoretischen Ausbildung am 1. Januar 1937 in Stärke von 12 Bereitschaften ihre Tätigkeit aufnehmen. Bis zum 1. April 1937 soll in Anbetracht

des gewaltigen Aufgabengebietes die Stärke der motorisierten Gendarmerie auf 46 Bereitschaften erhöht werden.

Reichsstatistik der Straßen- und Verkehrsunfälle

Das erste Jahresergebnis nach Einführung der Reichsstatistik der Straßen- und Verkehrsunfälle zeigte, daß sich in der Zeit vom 1. Oktober 1935 bis 30. September 1936 insgesamt ca. 263000 Straßenverkehrsunfälle ereignet haben, bei denen über 8500 Personen getötet und 171000 verletzt wurden! Das ergibt durchschnittlich je Tag 718 Unfälle mit 23 Getöteten und 467 Verletzten! Das sind Zahlen, die zur Genüge beweisen, wie notwendig hier ein scharfes Eingreifen der Polizei ist.

Motorisierte Hilfspolizei (NSKK.)

Ueber die Aufgaben der motorisierten Hilfspolizei des NSKK. äußerte sich General Daluege (in einer Unterredung mit dem „Völkischen Beobachter") und erklärte, daß der Verkehrserziehungsdienst des NSKK. die Aufgabe habe, einzelne Verkehrsteilnehmer bei verkehrswidrigem Verhalten auf der Straße über die für sich und andere entstehenden Gefahren zu belehren und sie über das richtige Verhalten auf Grund der Verkehrsvorschriften aufzuklären. Die Männer des NSKK. seien zu diesem Zweck zwar ermächtigt, die Verkehrssünder anzuhalten, andere polizeiliche Befugnisse stünden ihnen jedoch nicht zu. Hartnäckige Verkehrssünder seien den zuständigen Polizeistellen zu melden, die mit verschärften Strafen einzugreifen haben. Der NSKK.-Erziehungsdienst werde natürlich für seine Aufgabe eingehend geschult. Die motorisierten Hilfspolizeibereitschaften des NSKK. sollen im Frühjahr 1937 ihre Tätigkeit aufnehmen. —

Polizeirechtsausschuß der Akademie für Deutsches Recht

An grundsätzlichen Dingen ist zu erwähnen, daß die Vorarbeiten für ein neues deutsches Polizeirecht stark vorwärtsgetrieben wurden. Bei der Akademie für Deutsches Recht wurde ein Ausschuß für Polizeirecht gegründet, und der Präsident der Akademie, Reichsrechtsführer Pg. Dr. Frank, berief zum Vorsitzenden dieses Polizeirechtsausschusses den Ministerialrat SS.-Standartenführer Pg. Dr. Best. Bei der Eröffnungssitzung am 11. Oktober machte Reichsminister Dr. Frank grundlegende Ausführungen über Polizei und Recht als die Garanten der deutschen Volksgemeinschaft. Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, sprach zum ersten Male ausführlicher über die Fragen des Polizeirechts. Er betonte u. a.:

> „Wir müssen mehr und mehr ein soldatisches Beamtentum entwickeln, das einmal eins wird mit dem Geist der SS., die ordnungsmäßig auf dem Blute aufbaut und zuchtmäßig die Familie fördert." —

Polizeisport

Erwähnt sei noch der Polizeisport, der durch eine Anordnung des Reichsinnenministers (22. Juni), wonach alljährlich eine körper-

liche Leistungsprüfung der Polizei abgehalten werden soll, seine besondere Unterstreichung fand. Erwähnt sei insbesondere der Polizei-Fünfkampf 1936: Waren früher in der Polizei in erster Linie die außerdienstlichen Polizeisportvereine Träger des sportlichen Gedankens, so führte die Entwicklung nach der Machtergreifung zu einer planmäßigen Eingliederung der Körperertüchtigung in die Ausbildung der Beamten. Der Polizei-Fünfkampf wurde durch den Chef der Deutschen Polizei, Reichsführer SS. Himmler, durch General Daluege und SS.-Gruppenführer Heydrich stark unterstützt. Ueber 80000 Polizisten legten im Laufe des September eine Leistungsprüfung ab; die 70 besten Fünfkämpfer aller Standorte traten dann am 26. September in Halle zum Kampf um die Polizeimeisterschaft 1936 an: Deutscher Polizeimeister 1936 wurde SS.-Untersturmführer Kretschmann (Gestapo Berlin). — Polizei-Fünfkampf 1936

Im Rahmen der Polizeifragen sei noch hervorgehoben, daß die deutsche Polizei im Jahre 1936 an internationalen Tagungen regen Anteil nahm. Diese Anteilnahme bekundete den festen Willen, die deutsche Polizei führend auszugestalten und die internationale Zusammenarbeit auf dem Polizeigebiet weitgehend zu fördern: Internationale Polizeitagungen

In Belgrad fand vom 12. bis zum 31. Mai die 12. Ordentliche Tagung der Internationalen kriminalpolizeilichen Komission statt. (Fast alle europäischen und ein großer Teil der außereuropäischen Staaten gehören dieser Kommission an.) General Daluege führte die deutsche Abordnung. Ferner nahm Graf Helldorf, der Berliner Polizeipräsident, an der Belgrader Tagung teil.

Vom 17. bis 22. Oktober weilten der Chef der Ordnungspolizei, Pg. Daluege, und der Chef der Sicherheitspolizei, Pg. Heydrich, zum Studium der italienischen Polizeiorganisation in Rom. Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, schloß sich dieser Studienreise am 21. Oktober an und wurde an diesem Tage von Mussolini empfangen. — Anfang November weilte General Daluege mit einer Reihe von Polizeioffizieren in Warschau und wurde am 4. November vom polnischen Ministerpräsidenten Skladkowski empfangen. Hauptgegenstand der Unterhaltung war die Organisation der deutschen Polizei, wobei Ministerpräsident Skladkowski besonderes Interesse für die Maßnahmen der deutschen Verkehrsunfallbekämpfung zeigte. — Pg. Himmler in Italien; Besuch in Polen

Schließlich ist noch daran zu erinnern, daß gegen Jahresende (durch Verordnung vom 22. Dezember) ein Reichsfeuerwehr-Ehrenzeichen geschaffen wurde, das im Namen des Reichsinnenministers vom Chef der Deutschen Polizei (in zwei Klassen) verliehen wird. — Reichsfeuerwehr-Ehrenzeichen

Nachstehend seien hier noch einige andere Ereignisse der staatlichen und kommunalen Entwicklung aus der Jahresmitte und der zweiten Jahreshälfte erwähnt, insbesondere aus der Gemeindepolitik, die durch die „Deutsche Gemeindeordnung" vom 30. Januar 1935 (siehe Band 1935, Seite 45 bis 50) ihre Grundlage erhalten hatte. In diesem Zusammenhang seien die Worte angeführt, die Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick (bei der Tagung der Vorstände des Deutschen Gemeindetages am 6. Juni) gesagt hat:

Gemeindefragen

„... Denn Führung der Gemeinde besteht nur so lange, als Gemeinschaft zwischen Führer und Gefolgschaft, steter Austausch zwischen beiden vorhanden ist. Deshalb sehe ich es als die erste und vornehmste Aufgabe des Bürgermeisters an, die ihm in der Gemeinde anvertraute Gemeinschaft zu erhalten und immer fester zusammenzuschließen. Der deutsche Bürgermeister, der in diesem Sinne wahrer Führer der Gemeinde sein will, muß deshalb die reichen menschlichen Fähigkeiten mitbringen, die ihn zu dieser schweren Aufgabe befähigen. Er muß im Volke stehen, mit dem Volke leben, mit dem Volke fühlen können; ihm müssen der Führer und seine engsten Mitarbeiter Vorbild bleiben, die immer wieder die Nähe des Volkes suchen und sich immer wieder dafür einsetzen, in dem Volke das Gefühl der Gemeinschaft zu vertiefen. Ich betone hier mit aller Bestimmtheit, daß ich nicht schon den für einen guten Bürgermeister halten kann, der bloß seine Verwaltung in Ordnung hält; gewiß muß das sein; seine Bewährung als wahrer Führer der Gemeinde hat ein Bürgermeister allein damit aber noch nicht erbracht..."

Besonders eindringlich aber zeigte sich der Wert des deutschen Gemeindelebens in den Verhandlungen des VI. Internationalen Gemeindekongresses, der vom 7. bis zum 11. Juni in der Reichshauptstadt und vom 12. bis zum 14. Juni in der Hauptstadt der Bewegung stattfand. An dem Kongreß beteiligten sich 35 Staaten! Eine Ausstellung „Die Deutsche Gemeinde" wurde in den Ausstellungshallen in Berlin am 7. Juni eröffnet. Die Beratungsthemen des Kongresses, der vom Reichsinnenminister Pg. Dr. Frick eröffnet wurde, betrafen zwei wichtige Fragen: 1. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und 2. die kulturpolitische Arbeit der Gemeinden.

VI. Internationaler Gemeindekongreß

Als wichtiges Ereignis ist ferner die Neuordnung der Berliner Verwaltung zu erwähnen. Die nationalsozialistische Staatsführung hat von vornherein die überragende Bedeutung der Reichshauptstadt unter den deutschen Gemeinden berücksichtigt. In beharrlich fortschreitender Arbeit wurde die Verwaltung Berlins im Laufe der Jahre neu geordnet (siehe Band 1934, Seite 75, Band 1935, Seite 48, 383). Nunmehr konnte eine abschließende Regelung der nationalsozialistischen Gemeindeverfassung Berlins durch ein Reichsgesetz getroffen werden: Das „Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin" wurde am 1. Dezember 1936 erlassen und trat am 1. Januar 1937 in Kraft.

Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin

Das Gesetz bestimmt, daß grundsätzlich die Vorschriften der Deutschen Gemeindeordnung Anwendung finden. Die Stadt Berlin wird also als Selbstverwaltungskörper verwaltet. Die Bezirksverwaltungen sind bestehen geblieben, aber sie sind keine Stadtgemeinden im kleinen mehr, sondern der Hauptverwaltung nachgeordnete Behörden. Damit ist die Einheit der Verwaltung Berlins uneingeschränkt durchgeführt worden.

Der Oberbürgermeister ist allerdings nicht Gemeindebeamter, sondern Staatsbeamter (unmittelbarer Landesbeamter). Die Reichshauptstadt ist Stadtkreis mit den Aufgaben eines preußischen Provinzialverbandes. Der Oberbürgermeister ist gleichzeitig Leiter einer Landesbehörde (Stadtpräsident). Er führt die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister und Stadtpräsident". Die Bestimmung über die zwölfjährige Amtsdauer des Oberbürgermeisters ist für Berlin ausgeschaltet.

Für die Reichshauptstadt ist der Gauleiter der NSDAP. der Beauftragte der NSDAP. Ueber die allgemeinen, nach der Gemeindeordnung den Beauftragten der Partei zustehenden Aufgabenbereiche hinaus ist dem Gauleiter noch ein ausdrücklicher Einfluß auf bestimmte Aufgabenbereiche der Gemeindeverwaltung (Städtebau, Verkehr, Kultur, Kunst, Presse und Personalsteuern) zugesichert.

Die Bezirksverwaltungen haben alle die Geschäfte durchzuführen, die nicht notwendig von der Hauptverwaltung ausgeführt werden müssen.

Das Gesetz enthält weiterhin eine weitgehende Umgestaltung der staatlichen mittelinstanzlichen Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung für den Bereich der Reichshauptstadt. Der Oberbürgermeister ist als Staatsbeamter gleichzeitig Stadtpräsident, d. h. er ist der Leiter einer staatlichen Behörde der Mittelinstanz. Auf diese staatliche Behörde gehen die Geschäfte des Staatskommissars über.

U. a. geht an ihn aus dem bisherigen Bereich des Oberpräsidenten von Brandenburg noch die Aufsicht über die höheren Schulen Berlins über. Die staatliche Behörde des Stadtpräsidenten wird wie die des preußischen Regierungspräsidenten aufgebaut.

Oberbürgermeister und Stadtpräsident sind in Personalunion unlöslich verbunden. Für jeden der beiden Aufgabenbereiche hat aber der Stadtpräsident und Oberbürgermeister einen eigenen allgemeinen Vertreter, den Bürgermeister in der Gemeinde, den Vizepräsidenten in der staatlichen Behörde.

Die Kommunalaufsicht über Berlin geht auf den Reichsminister des Innern über. —

An weiteren organisatorischen Ereignissen im Rahmen des nationalsozialistischen Staates seien schließlich erwähnt die „Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Reichsärzteordnung" vom 31. März, die den Geltungsbereich der Reichsärzteordnung vom 13. Dezember 1935 (siehe Band 1935, Seite 289) auf die Tierärzte und die Zahnärzte ausdehnte, — ferner die „Bekanntmachung der neuen Fassung des Luftverkehrsgesetzes" und die „Verordnung über Luftverkehr" (beide vom 21. August), die an die Stelle der Luftverkehrsordnung von 1930 tritt.

Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Reichsärzteordnung

Neufassung des Luftverkehrsgesetzes und Verordnung über den Luftverkehr

Das Luftverkehrsgesetz vom Jahre 1922 war durch die verschiedenen Aenderungen und Ergänzungen, die es nach dem im Jahre 1933 beginnenden Aufbau der Luftfahrt erfahren hatte, unübersichtlich geworden. Es wurde daher in der jetzt gültigen Fassung veröffentlicht. Die Verordnung über den Luftverkehr trägt vor allem der neuen Organisation der Luftfahrtverwaltung Rechnung, nach der an die Stelle der früher zuständigen Landesbehörden die Luftämter getreten und alle Hoheitsbefugnisse auf dem Gebiet der Luftfahrt in der Hand des Reichsministers für Luftfahrt vereinigt sind.

18. Abschnitt:

Fortführung der Erzeugungsschlacht

Ernte 1936

Die Ernte des Jahres 1936 erbrachte dank den Anstrengungen der Erzeugungsschlacht und dank der günstigeren Witterung eine erfreuliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre. Auf der anderen Seite waren jedoch durch den Erfolg der Arbeitsschlacht zahlreiche Volksgenossen, die früher auch für die Bergung der Ernte mit zur Verfügung gestanden hatten, wieder in ihre Berufe zurückgekehrt, so daß es aller Anstrengungen bedurfte, die Ernte einzubringen. Der im 16. Abschnitt geschilderte — da und dort schon fühlbar werdende — Mangel an Arbeitskräften (der ein sichtbares Zeichen der deutschen Gesundung gegenüber der früheren grauenhaften Arbeitslosigkeit war) machte sich auch in der Landwirtschaft immer stärker bemerkbar. Unter den verschiedenen Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels bei den Erntearbeiten sei die „Sechste Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen" (28. Juli) erwähnt, die eine Lockerung des Arbeitsverbots für Empfängerinnen von Ehestandsdarlehen brachte. (Die Ehestandsdarlehen — siehe Band 1933, Seite 230 bis 231 — sind seinerzeit nur unter der Bedingung gegeben worden, daß die betr. Frauen mit der Eheschließung aus ihrer beruflichen Tätigkeit ausscheiden, wodurch im Rahmen der Arbeitsschlacht viele Arbeitsplätze frei geworden sind.) Die obige Durchführungsverordnung ermöglichte nunmehr den Ehestandsdarlehensschuldnerinnen wieder in gewissem Umfange eine berufliche Tätigkeit, und zwar (außer einer Beschäftigung in Hausarbeiten als Aufwartefrau) insbesondere eine Tätigkeit als Arbeitnehmerin in der Landwirtschaft während der Erntezeit.

Sechste Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen

Die Einbringung der Ernte

Darüber hinaus stellten sich die Gliederungen der Bewegung und insbesondere der Arbeitsdienst zur Verfügung wo Not am Mann war. Das ganze Volk wurde aufgerufen, notfalls einzuspringen, um den vollen Ernteertrag rechtzeitig einbringen zu können. So erließ z. B. der ostpreußische Gauleiter Pg. Erich Koch einen Aufruf an die gesamte Bevölkerung seines Gaues, in dem es hieß:

> „Mühe und Arbeit unserer Landbevölkerung, der Bauern und Landarbeiter, sind in diesem Jahre in ganz besonderem Maße gesegnet

worden. In fast allen Teilen der Provinz reifen die Früchte der ostpreußischen Erde zu einer Ernte heran, wie sie uns bisher nicht oft beschieden worden ist. Wenn die kommenden Wochen einigermaßen günstige Witterung bringen, können wir mit einer gesegneten Ernte rechnen. Stolz und Freude erfüllen uns beim Anblick der wogenden Felder. Dankbar und glücklich sieht der Bauer auf die schweren reifenden Aehren.

Nun gilt es, diesen reichen Segen zu bergen und dafür zu sorgen, daß nicht eine Aehre und nicht ein Korn der deutschen Volksernährung verlorengeht. Ihr wißt alle, wie sehr das deutsche Volk auf sich selbst angewiesen ist, und viele deutsche Volksgenossen haben es in den Jahren, die nun hinter uns liegen, erfahren müssen, was es bedeutet, wenn das Brot zur Volksernährung nicht ausreicht. Fehlte es damals an der Ernte, so fehlt es jetzt in Ostpreußen an den Händen, die diese reiche Ernte einbringen. Diese Tatsache spricht klarer, als viele Worte es tun können, für den großen Erfolg der ostpreußischen Arbeitsschlacht, die im Rahmen des von Adolf Hitler angeordneten Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit eingeleitet und durchgeführt wurde. Sie stellt uns nun, so erfreulich sie ist, vor eine große und schwere Aufgabe. Obwohl die zahlreichen Volksgenossen, die früher zur Aushilfe als Erntearbeiter und Erntearbeiterinnen bereitstanden, jetzt nicht vorhanden sind, weil sie wieder in ihrer Berufsarbeit untergebracht sind, muß es uns gelingen, die ostpreußische Ernte in den wenigen zur Verfügung stehenden Wochen gut einzubringen. Wer dabei mithilft, arbeitet nicht für sich und nicht für den Bauern, sondern schafft für das ganze deutsche Volk! .."

Erntedankfest

Und nach der Einbringung der reichen Ernte feierte das deutsche Volk wieder sein Erntedankfest (am 4. Oktober) — und wieder sprach vom Bückeberg aus der Führer Adolf Hitler zu seinem Volke. In seiner Rede kam er auch auf die Beziehungen zwischen dem Arbeitslohn und dem Preis der Waren zu sprechen — den festen Lohn und den festen Preis (wie er von der landwirtschaftlichen Marktregelung geschaffen worden ist), die sich gegenseitig bedingen:

„... Ich halte es nicht für ein Glück — weder für den einzelnen, noch für die Gesamtheit —, die Wirtschaft in eine spekulative Finanzauffassung ausmünden zu lassen, sondern ich glaube, daß es nur eine produktive Arbeitsleistung gibt, von der wir leben und die die Grundlage der Existenz aller Volksgenossen ist.

Wenn daher einer sagt: ich bestimme meinen Lohn selbst, der andere aber: und ich bestimme den Preis für meine Waren, wenn wir das so gehen ließen, dann wären wir in kurzer Zeit dort, wo andere Völker auch hingekommen sind. Dann zerbricht jede Ordnung und jede Voraussetzung für die innere Stetigkeit und damit für die gemeinsame Existenz aller!

Sehen Sie daher in mir, meine Volksgenossen, den Mann, der mit rücksichtsloser Entschlossenheit die höheren, gemeinsamen, in der Vernunft und der Wirklichkeit begründeten Interessen der Nation wahrnehmen wird gegenüber dem Wahnsinn und dem Egoismus der einzelnen.

Ich werde nicht dulden, daß irgendeiner kommt und sagt: Den Preis für meine Ware oder den Lohn für meine Arbeit bestimme ich mir selbst. Mein lieber Freund! Wenn dich dieser Wahnsinn aber selbst bedroht, beschützt du dich dann auch selbst? Dann wirst du auch

einmal die Notwendigkeit erkennen, daß über dir eine starke Autorität steht, die auch dich in ihren Schutz nimmt.

Sehen Sie heute nach Spanien, sehen Sie in andere Länder — glauben Sie nicht bei solchen Beispielen selbst, daß es besser ist, wenn wir unsere Wirtschaft so aufbauen, daß zwischen Lohn und Preis ein stabiles Verhältnis besteht, als daß wir Löhne und Preise einfach laufen ließen und am Ende dann durch Abwertungen versuchten, wieder den alten Zustand herzustellen? Wir wollen das nicht tun. Ich glaube, daß in unserem Staat die Vernunft Regentin zu sein hat und daß das deutsche Volk einsichtsvoll und diszipliniert genug ist, um die Notwendigkeiten dieser Vernunft zu begreifen. Dann aber erkennen wir:

Erstens: daß wir nur bestehen können, wenn wir den sozialen Frieden besitzen, d. h.: wenn nicht jeder tun kann, was er will. Der einzelne muß sich der Gesamtheit, einem höheren gemeinsamen Interesse unterordnen. Es können daher der Arbeiter nicht nur seine Interessen und ebensowenig der Bauer und der Städter nur die ihren wahrnehmen, sondern alle müssen gemeinsam aufeinander Rücksicht nehmen!

Zweitens: daß wir unsere Lohn- und damit aber auch unsere Preispolitik stabil und stetig erhalten müssen. Und wenn einer meint, daß er sich dagegen versündigen kann, glauben Sie mir: Solange ich lebe und an der Spitze des Reiches stehe, werde ich die Vernunft der allgemeinen nationalen Selbsterhaltung einzelnen solchen Wahnsinnigen gegenüber erfolgreich verteidigen!

Ich tue damit nur etwas, was für Millionen und aber Millionen Menschen in Deutschland ein großes Glück ist. Wir könnten ja auch ähnliche Manöver wie andere machen: Ich gebe heute dem Arbeiter 15 oder 20 % mehr Lohn, morgen erhöhe ich dann die Preise um 15 oder 20 %, dann wieder die Löhne und dann wieder die Preise, und nach zwei Monaten werten wir die deutsche Mark ab und betrügen die Sparer, und dann erhöhen wir wieder die Löhne und so fort — glauben Sie, daß das deutsche Volk damit glücklich werden würde?

Ich richte an Sie alle den Appell: Ermessen Sie das Glück unseres inneren deutschen Wirtschafts-, sozialen und politischen Friedens!..."

Im Rahmen des Erntedankfestes wurde dem Führer die Flachsspende des deutschen Landvolks überreicht: Das deutsche Landvolk hatte im vergangenen Wirtschaftsjahr freiwillig und unentgeltlich 2000 Hektar Flachs mehr angebaut, was einen geldmäßigen Wert von etwa 800 000 RM. erbrachte. Vor allem aber stellte die Spende einen Beitrag zur Verbesserung der deutschen Rohstoffselbstversorgung dar. — Und auch hier zeigt es sich wieder, wie eng die Erzeugungsschlacht mit den Fragen des Vierjahresplans (siehe 16. Abschnitt) verbunden ist. Wie der Vierjahresplan sich nicht nur mit den Rohstofffragen, sondern auch mit der Volksernährung befaßt, so die Erzeugungsschlacht nicht nur mit der Nahrungsmittelerzeugung, sondern auch mit der Verbesserung der deutschen Rohstofflage (Flachs- und Hanfbau usw.). So ist die Erzeugungsschlacht zu einem wesentlichen Glied des Vierjahresplans geworden. Die dadurch begründete wichtige Rolle des deutschen Bauerntums im Vierjahresplan des Führers ist

Flachsspende des deutschen Landvolks

Erzeugungsschlacht und Vierjahresplan

bei zahlreichen richtunggebenden Veranstaltungen des Reichsnährstandes zum Ausdruck gekommen.

Auch das Jahr 1936 brachte wieder eine ganze Reihe wichtiger Kundgebungen deutschen Bauerntums, von denen folgende erwähnt seien:

Grüne Woche 1936

Bei der Eröffnung der „Grünen Woche“ in Berlin (25. Januar) sagte der Reichsbauernführer Reichsminister Pg. Darré:

> „Die ‚Grüne Woche 1936‘ trägt die Kampfzeichen der Erzeugungsschlacht und bringt die tragenden, verbindenden und ordnenden Kräfte im Volke, in Stadt und Land, in Bauern- und Arbeitertum mit sichtbarer Eindringlichkeit zur Darstellung.“

Im Rahmen der „Grünen Woche“ wurde auch die Jagdausstellung eröffnet, wobei der Reichsjägermeister Pg. Göring die Verbundenheit von Jagd und Landwirtschaft betonte und sagte:

> „... Aber darüber hinaus möchte ich vor aller Oeffentlichkeit unter Beweis stellen, daß ich in treuer Kameradschaft an der Seite des Reichsernährungsministers und Reichsbauernführers stehe, dessen gigantischer Leistung zur Sicherung der Lebensernährung des deutschen Volkes ich die ganze und höchste Anerkennung auch von seiten von Jagd und Forst aussprechen darf...“

Reichs-Gartenschau in Dresden; 3. Reichsnährstands-ausstellung; Reichsinstitut für Lebensmittelfrischhaltung

Am 24. April erfolgte die Eröffnung der Reichs-Gartenschau in Dresden durch den Reichsernährungsminister Pg. Darré. Und am 17. Mai eröffnete er die „3. Reichsnährstandsausstellung“ in Frankfurt am Main. Am 25. Mai folgte in Karlsruhe die Einweihung des wichtigen „Reichsinstituts für Lebensmittelfrischhaltung“, dessen Arbeitsgebiet für die Nahrungssicherung des deutschen Volkes von besonderer Bedeutung ist.

Dritte Reichstagung der Nordischen Gesellschaft

Zu erwähnen ist ferner, daß im Rahmen der Dritten Reichstagung der Nordischen Gesellschaft in Lübeck (19. bis 21. Juni) ein Zusammentreffen und ein fruchtbarer Gedankenaustausch deutscher Bauernführer mit Bauernführern der nordischen Staaten stattfand.

VI. Welt-Geflügelkongreß in Leipzig

Am 24. Juli folgte die Eröffnung des erfolgreichen VI. Welt-Geflügelkongresses in Leipzig.

Vierter Reichsbauerntag

Vor allem aber ist auch in diesem Jahre wiederum der Reichsbauerntag hervorzuheben: Der „Vierte Reichsbauerntag“ vom 23. bis zum 29. November in Goslar, in dessen Reden und Sondertagungen eine Fülle von Material über die landwirtschaftliche Entwicklung enthalten ist. Der Reichsbauerntag, zu dem auch 1000 Landarbeiter aus dem Reich (als Gäste der Bauern des Landkreises Goslar) erschienen waren, befaßte sich u. a. auch mit der Landarbeiterfrage, der Angleichung ihres Lohns an den der auf dem Lande tätigen gewerblichen- und Industriearbeiter, ihrer sozialen Lage und anderen Fragen dieses nicht einfachen Problems. — Insbesondere aber gab der Reichs-

nährstand im Rahmen der Goslaer Tage einen Rechenschaftsbericht über die geleistete Arbeit. Ueber die **Marktordnung** wurde u. a. mitgeteilt, daß sie jetzt umfaßt:

5000000	Erzeuger
650000	Verteiler
320000	be- und verarbeitende Betriebe.

Ueber die Aufgaben der Landwirtschaft im Vierjahresplan sagte Staatssekretär Pg. **Backe** u. a.:

„... Welche Aufgaben stellt nun der **Vierjahresplan** an das Bauerntum, an die gesamte Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft?

Wir können die erforderlichen Maßnahmen wiederum unter die drei Gesichtspunkte stellen:

1. **Mehrerzeugung,**
2. **Vorratswirtschaft** und
3. **Erziehung zur neuen Haltung.**"

Und der Beauftragte für den Vierjahresplan, Pg. Hermann **Göring**, erklärte:

„Ich kenne den Reichsnährstand und ich kenne seinen Führer. Ich habe zu ihm das Vertrauen, daß er diesen Kampf **durchführen** wird, denn der Reichsnährstand ist **eine der festesten Grundlagen** unserer Wirtschaft, und ich werde niemals erlauben, daß an seinem Gefüge auch nur das Geringste geändert wird. Ich weiß, daß **ohne** das deutsche Bauerntum, **ohne** seinen bereitwilligen Einsatz der Sieg **nicht** denkbar ist."

Pg. Rudolf Heß über die Ernährungslage

Die Größe der dem deutschen Landvolk gestellten Aufgabe (die nicht zuletzt auch **darin** beruht, daß eben Millionen Menschen wieder Arbeit und Verdienst haben und daher auch — wie bereits im 16. Abschnitt ausgeführt — wieder mehr **verzehren**) kam auch in den Worten zum Ausdruck, die der Stellvertreter des Führes, Pg. Rudolf Heß, in einer Rede zur **Einweihung der Adolf-Hitler-Halle** in Hof (11. Oktober) sagte:

„... Es sind ungefähr 6½ **Millionen Menschen**, die heute sagen dürfen, daß sie nicht nur unter Adolf Hitler **wieder Arbeit gefunden** haben, sondern daß sie im Durchschnitt im Monat nicht weniger als etwa 85 RM. mehr ausgeben können, als vor der Machtergreifung, d. h. als sie arbeitslos waren und Unterstützung erhielten.

Wenn im Monat rund 6½ Millionen Menschen 85 RM. mehr ausgeben, so wird die Nachfrage am allgemeinen volkswirtschaftlichen Markt dadurch erhöht um über 550 Millionen RM. im Monat, oder **über 6½ Milliarden RM. im Jahr.** Man kann annehmen, daß hiervon wiederum rund 3 **Milliarden** für den Einkauf von **Lebensmitteln** verwandt werden. Denn die unterernährten Arbeitslosen von einst und ihre Familien haben ein Bedürfnis nach etwas mehr Fleisch, mehr Fett usw., das sie nun nach langen Jahren des Darbens endlich befriedigen können.

Stellen Sie sich aber vor, **was es bedeutet, wenn für die unerhörte Summe von 3 Milliarden, d. h. 3000 Millionen RM.,** während eines Jahres **mehr** Lebensmittel verlangt werden als vorher!

Wundert es da jemanden, daß es gelegentlich kleine Schwierigkeiten gibt?! Ich weiß, daß unser Volk es freudig auf sich nimmt, von Zeit zu Zeit etwas weniger Fett, Schweinefleisch oder dergleichen zu verzehren, im Bewußtsein, daß dafür Millionen Volksgenossen laufend etwas besser ernährt werden als einst, da sie arbeitslos waren..."

Verteilung der Nahrungsmittel

Aus dieser Sachlage hatte sich eben die Notwendigkeit ergeben, die Verteilung der Nahrungsmittel in alle Gegenden des Reiches zu festen und für alle Volksschichten erschwinglichen Preisen gleichmäßig vorzunehmen. Und aus dieser Notwendigkeit ergaben sich alle auf diesem Gebiet erlassenen Bestimmungen. So erfolgte gegen Jahresende die Anordnung Nr. 74 der „Hauptvereinigung der Deutschen Viehwirtschaft", die eine Zusammenfassung aller auf dem Gebiete der Viehmarktregelung geltenden Bestimmungen darstellte und sich im wesentlichen gliederte in Bestimmungen über Kauf, Verkauf und Versand von Schlachtvieh, über Preise von Schlachtvieh und Fleisch, über be- und verarbeitende Betriebe. Der „Völkische Beobachter" schrieb über diese Anordnung u. a.:

Organisation der Viehwirtschaft

„... Die Vorschriften der neuen Anordnung sind dazu bestimmt, unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohles die Erzeugung von Vieh zu fördern, die gleichmäßige Versorgung der Verbraucher mit Fleisch sicherzustellen und für Preiswahrheit auf dem Gebiete der Vieh- und Fleischwirtschaft Sorge zu tragen.

Zur Erreichung dieser Ziele dienen:

1. Verladestellen,
2. Verteilungsstellen,
3. Märkte.

Die Verladestellen haben die Aufgabe, die Kontrolle des in ihrem Gebiet sich abwickelnden Viehverkehrs zu ermöglichen. Sämtliches Schlachtvieh ist nach näherer Weisung der Viehwirtschaftsverbände über diese Verladestellen zu leiten.

Die Verteilungsstellen sind Abgabestellen für Schlachtvieh und Fleisch an die ihnen zugewiesenen be- und verarbeitenden Betriebe; sie können daneben die Aufgabe der Verladestellen übernehmen.

Schlachtviehmärkte im Sinne der Anordnung sind die Viehgroß- und -Mittelmärkte..."

Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Milchwirtschaft

Auch das Jahr 1936 brachte wichtige Zusammenschlüsse in der Landwirtschaft. So veranlaßte die „Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Milchwirtschaft" (17. Juni) die Zusammenschließung

1. der Betriebe, die Milch erzeugen (Erzeugergruppe),
2. der Betriebe, die Milch bearbeiten oder Milcherzeugnisse herstellen oder bearbeiten (Verarbeitergruppe),
3. der Betriebe, die Milch oder Milcherzeugnisse verteilen (Verteilergruppe).

Verordnung über den Zusammenschluß der Forst- und Holzwirtschaft

Erwähnt sei auch die „Verordnung über den Zusammenschluß der Forst- und Holzwirtschaft zur Durchführung des Gesetzes über die Marktordnung auf dem Gebiete der Forst-

und Holzwirtschaft" vom 20. Oktober, durch die eine „Marktvereinigung der Forst- und Holzwirtschaft" geschaffen wurde. —

In Anbetracht des erheblich gesteigerten Fettverbrauchs in Deutschland wurde es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die eine gleichmäßige Verteilung des Fetts an alle Volksgenossen sicherstellten. Ueber die Regelung des Fettbezugs berichtete der „Völkische Beobachter" am 4. Dezember: Regelung des Fettbezugs

„... Der nationalsozialistische Grundsatz des Staates erfordert hier eine ausgleichende und gerechte Verteilung der in Deutschland hergestellten und weiterhin einzuführenden Fettmengen.

Es muß ferner verhindert werden, daß die sozial bessergestellten Schichten beliebig viel Fettmengen kaufen können und die minderbemittelte Bevölkerung nicht in der Lage ist, ihren unbedingt notwendigen Bedarf zu decken.

Die seit drei Jahren von der Reichsregierung durchgeführte Fettverbilligung für Minderbemittelte wird daher im Jahre 1937 nicht nur unverändert durchgeführt, sondern darüber hinaus dahin erweitert, daß ab Januar 1937 diesem Volksteil das Bezugsrecht für Konsummargarine (0,63 RM. abzüglich 0,25 RM. Verbilligung, also 0,38 RM. je 1/2 Kilogramm) in Höhe von bisher 6 Kilogramm auf 10 Kilogramm jährlich erhöht wird. Ferner wird ab Januar 1937 einem weiteren Kreis von Volksgenossen, die keine Fettverbilligungsscheine erhalten, deren Einkommen aber nur wenig über dem der bisher in die Fettverbilligung einbezogenen Personen liegt, ein Bezugsrecht für 7 Kilogramm Konsummargarine im Jahre ohne Verbilligung durch Ausgabe von Bezugsscheinen gesichert. Dabei kommen in der Regel Personen in Betracht, deren Einkommen sich in der Nähe des doppelten Richtsatzes der öffentlichen Fürsorge hält. Diese Margarinebezugsscheine werden auf Antrag von den Fürsorgeverbänden (Wohlfahrtsämtern) ausgegeben.

Um eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Speisefette auf alle Reichsteile vom Erzeuger bis zum Einzelhändler sicherzustellen, hat der Reichsnährstand mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Molkereien und Buttergroßverteiler angewiesen, ihre Abnehmer im gleichen Verhältnis zu beliefern wie im Oktober 1936, jedoch bis auf weiteres nach Abzug von 20%, die durch die Reichsstelle für Milcherzeugnisse, Oele und Fette einbehalten und in den Hauptverbrauchsgebieten dem Bedarf entsprechend verteilt werden. Aehnliche Anordnungen sind für die übrigen Fette ergangen.

Um dem Kleinhändler und Fleischer eine gerechte Verteilung der Fette an den Verbraucher zu ermöglichen, werden der Einzelhandel und das Fleischerhandwerk das bereits im letzten Winter auf privater Grundlage angewandte Verfahren der Kundenliste in erweitertem Umfange und auf zuverlässigen Unterlagen ab Januar 1937 wieder aufnehmen. Um bei der Kundenliste die Personenzahl des einzelnen Haushalts zu berücksichtigen, werden die Eintragungen in die Kundenliste nur auf Grund von Haushaltsnachweisen durchgeführt werden. Noch im Dezember wird den Haushaltungen ein Haushaltungsnachweis zugehen, der als Unterlage für die Eintragung in die Kundenliste bei dem vom Verbraucher selbst gewählten Geschäft dient. Die Ausgabe der Haushaltsnachweise wird in gleicher Weise durchgeführt wie die Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober jeden Jahres..."

Umlegungsgesetz

Wichtiger als die gerechte Verteilung des Erzeugten war aber die Vermehrung der Erzeugung: die Erzeugungsschlacht! Eine beachtliche Maßnahme zu ihrer Erleichterung stellte das „Umlegungsgesetz" vom 26. Juni dar, in dem es heißt:

Um die Ernährungs- und Selbstversorgungsgrundlage des deutschen Volkes durch eine planmäßig im ganzen Reich durchzuführende Feldbereinigung alsbald durchgreifend zu verbessern, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, das Recht der Grundstücksumlegung im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern durch Verordnung neu zu regeln. Unter Grundstücksumlegung (Feld- oder Flurbereinigung) ist ein Verfahren zur Zusammenlegung zersplitterten ländlichen Grundbesitzes zu verstehen, in dem innerhalb eines bestimmten Gebiets unter Mitwirkung der Gesamtheit der Grundstückseigentümer alle Maßnahmen zur Erweckung der im Boden schlummernden Wachstumskräfte einschließlich der Anlage von Wegen, Gräben, Ent- und Bewässerungen, Kultivierung von Oedland und dgl. von Amts wegen durchgeführt werden. Jeder Teilnehmer erhält für seinen Grundbesitz bei der Umlegung grundsätzlich Land vom gleichen Werte zurück...

Die gewaltige Bedeutung dieser Maßnahme ergibt sich aus folgenden Feststellungen (NSK., Folge 150 vom 1. Juli):

„... Ueberall finden wir Gebiete, in denen das Bauernland bei einem oftmals ohnehin kleinen Umfang der Fläche in den einzelnen Betrieben in schmale und ungünstig verteilte Feldstreifen geteilt ist, die eine ordnungsgemäße und intensive Bewirtschaftung ausschließen, wie sie heute die Erzeugungsschlacht fordert. Die Anwendung mancher Maschinen und Geräte ist von vornherein unmöglich. Auch der Gebrauch künstlicher Düngemittel oder von Schädlingsbekämpfungsmitteln hat vielfach nicht den gewünschten Erfolg, weil der Wind diese auf die Nachbarfelder trägt. Vergeblich ist ebenso häufig die Anwendung anerkannten Saatgutes und die Durchführung einer ordnungsgemäßen Unkrautbekämpfung, wenn einzelne Parzellenbesitzer sich von dieser Arbeit ausschließen, weil von diesen Parzellen aus dann immer wieder auch die ordnungsgemäß bewirtschafteten Parzellen verdorben werden. Außerordentlich erschwerend sind ferner die langen Arbeitswege, die zur Bewirtschaftung der einzelnen Parzellen zurückgelegt werden müssen. Völlig unmöglich ist schließlich in vielen Fällen die Herstellung einer geregelten Wasserwirtschaft, weil bei der Vielheit der Parzellenbesitzer und den notwendigerweise viel zu vielen Wegen eine fruchtbare Zusammenarbeit kaum herbeigeführt werden kann.

Diese Nachteile sollen nun durch die Feldbereinigung behoben oder wenigstens gemildert werden. Die vielen kleinen und zerstreut liegenden Grundstücke werden zu entsprechend großen, betriebsfähigen und günstig zum Betriebssitz gelegenen Flächen vereinigt und durch Wirtschaftswege mit günstigen Steigungsverhältnissen verbunden. Gleichzeitig wird für die Regelung der Wasserverhältnisse und für die Schaffung der erforderlichen gemeinschaftlichen Anlagen Sorge getragen.

Im Gesamtdurchschnitt wird die durch die Flurbereinigung erzielte Leistungssteigerung auf mindestens 20% der früheren Erträge geschätzt, zum Teil ist aber die Ertragssteigerung noch erheblich höher. Diese Zahlen können keineswegs überraschen, wenn man be-

denkt, daß nach der Flurbereinigung erst die neuzeitlichen, den klimatischen Verhältnissen angepaßten Wirtschaftssysteme eingeführt werden können. Erst dann können die neuzeitlichen Hilfsmittel für die Bearbeitung, Bestellung und Pflege der Grundstücke und für die Bekämpfung der tierischen und pflanzlichen Schädlinge erfolgreich eingesetzt werden. Nicht weniger wichtig ist das Freiwerden menschlicher und tierischer Arbeitskräfte durch die Verkürzung des Weges zum Arbeitsplatz. Diese freiwerdenden Kräfte können nun in vollem Umfange der Erzeugungssteigerung zugutekommen..."

Ueber die Erfolge der Erzeugungsschlacht auf dem Gebiete der deutschen Volksernährung berichtete der Reichsbauernführer Pg. Darré (NSK., Folge 226 vom 28. September): Eigenerzeugung und Einfuhr

„... Dank den Erfolgen der Erzeugungsschlacht ist die Ernährung unseres Volkes heute schon zu 80 bis 85 % — 1927 waren es nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung nur 65 % — aus eigener Erzeugung gesichert. Um diese Leistung voll zu würdigen, muß man bedenken, daß der Nahrungsmittelverbrauch erheblich gestiegen ist, denn das deutsche Volk ist seit 1933 um fast zwei Millionen gewachsen und fünf Millionen Arbeitslose wurden in Arbeit gebracht und damit wieder zu Vollverbrauchern. 15 bis 20 % unseres Bedarfs an Nahrungsmitteln müssen aber auch heute noch aus dem Ausland eingeführt werden. Wir können bei normalen Ernten aus eigener Erzeugung decken den Bedarf an:

Brot und Mehl	zu 100 %
Speisekartoffeln .	zu 100 %
Zucker	zu 100 %
Frischmilch . .	zu 100 %

Beim Gemüse und Fleisch erzeugen wir jedoch nur etwa 90 bis 94 % im Inland. Bei Eiern und Molkereierzeugnissen beträgt die Selbstversorgung etwa 80 bis 85 % und bei Fetten sogar nur 50 bis 55 %."

„Was der deutsche Bauer gerade in diesen letzten Jahren geleistet hat, ist etwas Einziges und Einmaliges" — sagte der Führer in seiner Proklamation beim Reichsparteitag der Ehre (siehe 15. und 16. Abschnitt).

Im einzelnen konnte auf Grund der Angaben des Statistischen Reichsamtes (siehe „Völkischer Beobachter" vom 17. November) folgendes festgestellt werden:

Getreide Getreide

Hinsichtlich der wichtigsten Frucht unserer Felder, des Getreides, lautete die Parole des Reichsnährstandes im allgemeinen: Geringe Einschränkung der Fläche, Erhöhung des Durchschnitts- und Gesamtertrages. Wie die deutsche Landwirtschaft dieser Aufforderung nachgekommen ist, zeigt die Aufstellung der Anbaufläche und der Gesamterntemenge:

Jahr	Anbaufläche in Mill. ha	Gesamternte in Mill. t
1934	12,0	21,6
1935	11,7	22,0
1936	11,6	22,5

Hieraus ist klar ersichtlich, daß die Landwirtschaft dem Befehle gefolgt ist.

Hackfrüchte

Hackfrüchte

Eine nicht so klare Linie ist bei den Hackfrüchten zu erkennen; es wurde angebaut und geerntet

Anbau in 1000 ha

Jahr	Kartoffeln	Zuckerrüben	Futterrüben	Kohlrüben
1934	2750	368	852	275
1935	2769	389	861	232
1936	2792	400	854	230

Ernte in Mill. t

Jahr	Kartoffeln	Zuckerrüben	Futterrüben	Kohlrüben
1934	44,3	10,4	33,8	7,6
1935	41,0	10,6	34,7	9,0
1936	45,7	11,5	34,3	8,2

Ueberwiegend ist das Bestreben zu erkennen, bei geringer Ausdehnung der Anbaufläche eine Steigerung des Flächenertrages zu erzielen.

Oel- und Gespinstpflanzen

Oel- und Gespinstpflanzen

Eine der wichtigsten Forderungen bei Beginn der Erzeugungsschlacht lautete: Vergrößerung der Anbaufläche von Oel- und Gespinstpflanzen. Gerade auf diesem Gebiet hat die Landwirtschaft mit die größten Erfolge zu verzeichnen. Es wurden nämlich angebaut in Hektar:

	Raps und Rübsen	Flachs	Hanf
1934	26738	8740	366
1935	47023	22276	3636
1936	51950	44082	5733

Entsprechend stiegen die Gesamterträge: bei Raps und Rübsen von 42100 Tonnen auf rund 100000 Tonnen Samen, bei Flachs von 27000 auf 149000 Tonnen Rohstengelflachs und von 6300 auf 42000 Tonnen Leinsaat. Der Hanf, der 1934 kaum nennenswerte Erträge brachte, lieferte 1936 bereits 22500 Tonnen Rohhanf und 3450 Tonnen Samen.

Futtermittel

Futterbeschaffung

Zweifellos das schwierigste Problem der gesamten Erzeugungsschlacht bildet die Futterfrage, von der ja letzten Endes die gesamte Produktion der tierischen Erzeugnisse abhängt. Eine starke Ausdehnung des Futterpflanzenanbaues war infolge des beschränkten Raumes nicht möglich. Hier mußten also höhere Erträge je Flächeneinheit gewonnen werden, wenn die frühere Einfuhr von Futtermitteln wesentlich eingeschränkt werden sollte. Daß dies bei den Hackfrüchten geschehen ist, wurde bereits erwähnt. In noch stärkerem Maße trifft dies auch für die Heugewinnung, also für den wichtigsten Teil des Rauhfutters, zu. Es wurden geerntet in Millionen Tonnen:

	Kleeheu	Luzerneheu	Wiesenheu	insgesamt
1934	7,1	1,6	17,7	26,4
1935	7,2	2,3	23,7	33,2
1936	9,3	2,9	28,7	40,9

Diese ungewöhnlichen Ertragssteigerungen sind nun nicht allein den Anstrengungen im Rahmen der Erzeugungsschlacht zu verdanken, sondern vor allem dem Einfluß der Witterung.

Eine weitere Möglichkeit der besseren wirtschaftseigenen Futterversorgung besteht in der Vermehrung des Zwischenfruchtbaues. Der Reichsnährstand forderte daher: mehr Zwischenfrüchte und zwar

zur Futtergewinnung und nicht zur Gründüngung. Leider wurde der Zwischenfruchtbau 1934 und 1936 statistisch nicht erfaßt. Angaben hierüber liegen bisher nur für die Jahre 1927 und 1935 vor. Aber schon diese besagen genug. Es wurden angebaut in 1000 Hektar:

	Zur Futtergewinnung	Zur Gründüngung
1927	352	438
1935	956	343

Daß die Landwirtschaft sich auch nicht scheut, für sie völlig neue Wege zu beschreiten, beweist der Anbau neuer Früchte wie Mais und Süßlupinen, von denen der Mais größere Futtermengen bringt als die meisten übrigen Pflanzen und die Süßlupine ein besser verwertbares Futter als ihre bitterstoffreiche Art liefert. Es wurden angebaut in 1000 Hektar:

	Grünmais	Körnermais	Süßlupine
1934	45,6	6,3	—
1935	55,9	15,8	12,2
1936	59,0	19,3	25,0

Außerdem wurde auch der Anbau der Sojabohne zum ersten Male in groß angelegten Versuchen durchgeführt. Auch der Anbau der Luzerne, unserer eiweißreichsten Pflanze, konnte in diesen zwei Jahren stark ausgedehnt werden; ihre Anbaufläche stieg von 318000 auf 404000 Hektar.

Die Vermehrung des Futters im Inland hatte einen starken Rückgang der eingeführten Futtermittel zur Folge, was ja letzten Endes auch durch die Erzeugungsschlacht beabsichtigt wurde. Die Einfuhr der wichtigsten Futtermittel ging zurück (in 1000 Tonnen):

Wirtschaftsjahr	Oelkuchen	Gerste	Mais
1934/35	1385	476	431
1935/36	1216	70	205

Bessere Ausnutzung der Flächen

Flächenausnutzung

Selbstverständlich ist, daß die bisher ungenutzten oder nur schlecht genutzten Flächen im Zeichen der Erzeugungsschlacht verringert wurden. Das geht aus der Abnahme der Brache und der Ackerweide hervor. Es waren vorhanden in 1000 Hektar:

	Ackerweide	Brache
1934	454,5	246,5
1935	309,7	160,5
1936	293,1	140,7

Hierzu gehört natürlich auch die bessere Ausnutzung der bisher kaum oder gar nicht genutzten Sumpf-, Moor-, Oed- und Unländereien.

Mehr Tiere — bessere Leistungen

Tierhaltung

Diesen Erfolgen der Landwirtschaft auf den Gebieten des Pflanzenbaues stehen ähnliche auf dem Gebiete der Tierzucht gegenüber. Das Wichtigste hierbei ist, daß trotz gewaltiger Einschränkung der Einfuhr von Futtermitteln unser Tierbestand sich der Zahl nach gehalten hat, ja zum Teil sogar angewachsen ist, ohne daß die Leistung beeinträchtigt wurde. Ja, in vielen Fällen konnte die Leistung sogar noch erheblich gesteigert werden. Besonders erfreulich ist die Vermehrung der Schafe, die ja nicht nur Fleisch, sondern auch Wolle liefern; es wurden gezählt:

1934 . . . . 3,5 Mill.
1935 . . . . 3,9 Mill.
1936 . . . . 5,0 Mill. (Juni-Zählung)

Auch die Zahl der Schweine hat sich vermehrt. Während im Dezember 1934 23 Mill. Stück gezählt wurden, waren es im September 1936 fast 26 Mill. Stück..."

Verbrauchslenkung

Mit Recht schrieb das NSK. am 22. Dezember rückschauend:

Die Sicherung der Versorgung ruht, ernährungspolitisch gesehen, heute auf drei Säulen: der Erzeugungsschlacht, der Erhaltungsschlacht — propagandistisch im Fluß durch die Parole „Kampf dem Verderb" — und schließlich der Verbrauchslenkung, also das zu kaufen, was der deutsche Boden und der Rahmen unserer Handelspolitik bietet. Damit hat das verflossene Jahr eine starke Einschaltung der Hausfrau in die Ernährungssicherung gebracht. Sie ist nicht minder wichtig als der Erzeuger.

In der Tat ist der Erfolg der nationalsozialistischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Volksernährung nicht zuletzt auch von dem nationalsozialistischen Verhalten der Verbraucher, insbesondere der deutschen Frauen abhängig. Es galt, nicht nur im eigenen Haushalt planvoll zu wirtschaften, sondern auch im Wirtschaftsleben des Volkes den großen Haushalt zu erkennen und nach dessen Möglichkeiten und Vorräten zu verfahren und zu kaufen. Die zu diesem Zwecke gegebenen Richtlinien für die Verbrauchslenkung auf dem Gebiete der Ernährung besagten, daß beim Kauf zu bevorzugen seien („Völkischer Beobachter", 11. Dezember):

Januar: Schweinefleisch, Gänse, Fische, Kohlarten, Wurzelgemüse, Obst- und Gemüsekonserven.

Februar: Schweinefleisch, Fische, Kohlarten, Wurzelgemüse, Obst- und Gemüsekonserven.

März: Schweinefleisch, Kohlarten, Wurzelgemüse, Obst- und Gemüsekonserven.

April: Schweinefleisch, Eier, Kohlarten, Wurzelgemüse, Rhabarber, Spinat, Obst- und Gemüsekonserven.

Mai: Eier, Milch, Quark, Spargel, Spinat, Salat, Kohlrabi, Rhabarber.

Juni: Hammelfleisch, Eier, Milch, Quark, Spargel, grüne Erbsen, junge Möhren, Salat, Spinat, Rhabarber, Frühkohl, Kohlrabi, Erdbeeren, Kirschen.

Juli: Hammelfleisch, Milch, Quark, Pilze, Kohlarten, Kohlrabi, grüne Erbsen, grüne Bohnen, Gurken, Salat, Beerenobst, Kirschen.

August: Hammelfleisch, Pilze, Kohlarten, grüne Bohnen, Tomaten, Gurken, Salat, Kohlrabi, Beerenobst, Pflaumen.

September: Hammelfleisch, Geflügel, Pilze, Kohlarten, Gurken, Tomaten, Bohnen, Salat, Spinat, Pflaumen, Birnen, Aepfel.

Oktober: Rindfleisch, Wild, Fische, Geflügel, Pilze, Kohlarten, Gurken, Tomaten, Salat, Spinat, Aepfel, Birnen.

November: Rindfleisch, Schweinefleisch, Geflügel, Fische, Wild, Kohlarten, Wurzelgemüse, Aepfel.

Dezember: Schweinefleisch, Fische, Wild, Gänse, Kohlarten, Wurzelgemüse, Aepfel.

Urbarmachung und Melioration

Die Erzeugungsschlacht beinhaltete selbstverständlich auch die Urbarmachung brachliegenden Landes (es sei in diesem Zusammenhang als Beispiel an die vom Reichsarbeitsdienst im Emsland durchgeführten Arbeiten — siehe 13. Abschnitt — erinnert) und Melioration (Verbesserung) von Flächen, die zwar landwirtschaftlich genutzt werden, aber wegen der Wasserverhältnisse bisher wenig ertragreich sind. Die Notwendigkeiten der Erzeugungsschlacht erfordern die intensivste landwirtschaftliche Verwertung des deutschen Raumes. Bereits die Meliorationen der Jahre 1933 bis 1935 verbesserten eine Fläche von 1,2 Millionen Hektar. Das entspricht in der landwirtschaftlichen Wertsteigerung einer Neulandgewinnung von 240000 Hektar (also etwa der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes Braunschweig!). Der Umfang der in diesen drei Jahren geleisteten Arbeiten auf dem Gebiete der Urbarmachung und der Melioration ergibt sich auch aus der Tatsache, daß im Rahmen des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms 58 Millionen Agrartagewerke geleistet worden sind!

Neubildung deutschen Bauerntums

Riedrode und Wiesmoor

So konnte auch die Neubildung deutschen Bauerntums stetige Fortschritte machen. — Das erste neue Erbhöfedorf auf urbar gemachtem Boden, die Gemeinde Riedrode im hessischen Ried, konnte am 10. Juli durch den Reichsbauernführer Pg. Darré feierlich eingeweiht werden. Als weiteres Beispiel sei das Siedlungswerk Wiesmoor in Ostfriesland genannt, wo 12000 Hektar Gartenland den Moor- und Oedlandflächen abgerungen wurden und Deutschlands größte gärtnerische Siedlung entstand. —

Erbhofrechtsverordnung und Erbhofverfahrensordnung

An rechtlichen Maßnahmen betr. das deutsche Bauerntum seien die „Erbhofrechtsverordnung" und die „Erbhofverfahrensordnung" (beide vom 21. Dezember) genannt, die das Reichserbhofgesetz vom 29. September 1933 (siehe Band 1933, Seite 276 bis 277) sinngemäß ergänzten. —

Stand der Landwirtschaft

Sowohl in der Höhe der Erzeugung (wie bereits weiter oben dargelegt worden ist) wie in den Einnahmen hat sich der Stand der Landwirtschaft in den letzten Jahren stetig verbessert. Die Zeit vor 1933, da Jahr für Jahr immer mehr Höfe durch gewissenlose Spekulanten unter den Hammer kamen und der jüdische Kapitalismus das deutsche Bauerntum vernichtete, war überwunden. Freilich gab es auch nach 1933 immer wieder einzelne Fälle von Zwangsversteigerungen — aber hier handelte es sich dann darum, daß jemand eben den Boden nicht sachgemäß bewirtschaften konnte, und an seine Stelle trat dann kein jüdischer Schieber, sondern ein deutscher Bauer, der nun den Boden im Sinne des Gesamtwohls in landwirtschaftliche Nutzung nahm. Der krasse Unterschied wird schon allein durch die Zahlen der Zwangsversteigerungen klar:

1932:	153770 Hektar
1936:	20800 Hektar

Gesetz zur Förderung der Tierzucht

Schließlich sei noch zu der bereits weiter oben behandelten Steigerung der Tierhaltung (Schweine, Schafe usw.) erwähnt, daß nicht lediglich eine quantitative Steigerung angestrebt wurde, sondern insbesondere auch eine qualitative. So erging am 17. März das „Gesetz zur Förderung der Tierzucht", in dem es heißt:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, die zur Förderung und Sicherung einer bodenständigen Tierzucht erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann insbesondere bestimmen, daß nur angekörte Vatertiere zum Decken verwendet werden dürfen, die Körung regeln sowie Vorschriften erlassen, daß nur Tiere bestimmter Rassen zur Zucht benutzt werden dürfen.

§ 2

Soweit in einer Gemeinde (einem Gemeindeverband) Vatertiere nicht oder nicht in genügender Zahl zur Verfügung stehen, kann nach näherer Bestimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern die Gemeinde (der Gemeindeverband) zu öffentlicher Vatertierhaltung verpflichtet werden; dabei kann, solange ein einheitliches Kommunalabgabenrecht für das Reich noch nicht besteht, über die Aufbringung der Kosten der Vatertierhaltung Bestimmung getroffen werden.

§ 3

Vatertiere im Sinne dieses Gesetzes sind Hengste, Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböcke. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann die Vorschriften dieses Gesetzes auf weitere Tierarten ausdehnen...

Erste Verordnung zur Förderung der Tierzucht

Und der Reichsernährungsminister hat dann auch von dieser Ermächtigung in der „Ersten Verordnung zur Förderung der Tierzucht" (26. Mai) Gebrauch gemacht und zur Durchführung der Aufgaben des Gesetzes die Körämter für die Bezirke der einzelnen Landesbauernschaften geschaffen.

Reichstierärzteordnung

Denn die Fürsorge des Staates gilt auch dem Tier — und es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß entsprechend der Reichsärzteordnung vom 13. Dezember 1935 (siehe Band 1935, Seite 289) am 3. April die „Reichstierärzteordnung" erlassen worden ist, die mit den Sätzen beginnt:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

1. Abschnitt. Der Tierarzt

§ 1

Der Tierarzt ist berufen, für die Gesundheit des deutschen Tierbestandes zu sorgen, an der Hebung seiner Zucht- und

Leistungsfähigkeit mitzuwirken und das deutsche Volk vor Gefahren und Schädigungen durch Tierkrankheiten sowie durch Lebensmittel und Erzeugnisse tierischer Herkunft zu schützen. Er erfüllt eine durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe.

§ 2

Zur Ausübung des tierärztlichen Berufs ist im Deutschen Reich nur befugt, wer von der zuständigen deutschen Behörde als Tierarzt bestallt ist...

— und in der auch die Schaffung einer Reichstierärztekammer verwirklicht wird.

19. Abschnitt:

Sozialismus der Tat

Eröffnung des Winterhilfswerks 1936/37

Zwei Tage nach dem im vorigen Abschnitt behandelten Erntedankfest eröffnete der Führer (am 6. Oktober) das Winterhilfswerk 1936/37 — in einer Großkundgebung in der Berliner Deutschlandhalle. Einleitend gab der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels, einen Rechenschaftsbericht über das Winterhilfswerk 1935/36, dem wir entnehmen, daß die Gesamtsumme sich auf 371 943 908 RM. belief, während die vorläufig geschätzte Summe, die Pg. Dr. Goebbels am 27. Mai beim Empfang der Gaubeauftragten des WHW. in der Reichskanzlei (siehe 7. Abschnitt) mitgeteilt hatte, sich auf 370 000 000 RM. belaufen hatte, nunmehr also noch überschritten worden war! (Hinsichtlich des abgeschlossenen Winterhilfswerks 1935/36 und der Vergleichszahlen der vorhergehenden Winterhilfswerke sei im übrigen auf die im 7. Abschnitt enthaltenen Einzelangaben verwiesen.)

Dann sprach Adolf Hitler und rief das Volk zum neuen Winterhilfswerk auf, zum Opfer aller für diejenigen, die in Not sind — zum gemeinsamen Einsatz im Dienste der Nation, denn: „Wir haben etwas, was unser Leben wieder lebenswert erscheinen läßt: Das ist das deutsche Volk!“

Gesetz über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes

Das Winterhilfswerk, das in drei Jahren segensreichen Wirkens nunmehr seine Kraft und seine Stabilität bewiesen hatte, wurde jetzt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet durch das „Gesetz über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ vom 1. Dezember:

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes ist rechtsfähig.

Es finden die Bestimmungen über die rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts sowie die Vorschriften der §§ 26, 27 Abs. 3, 30 und 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches sinngemäß Anwendung.

Die Verfassung des Winterhilfswerks wird durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda bestimmt.

§ 2

Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes hat seinen Sitz in Berlin.

§ 3

Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes wird durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geführt und beaufsichtigt. Auf seinen Vorschlag ernennt und entläßt der Führer und Reichskanzler den Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes. Der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes hat die Stellung des Vorstandes.

§ 4

Die zur Durchführung der Aufgaben des Winterhilfswerks notwendigen Mittel werden durch öffentliche Sammlungen aufgebracht, für die § 15 Nr. 1 des Sammlungsgesetzes vom 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) gilt.

Tag der nationalen Solidarität

Die Sammlungen für das WHW. setzten in der üblichen Weise ein; hervorgehoben sei, daß der diesjährige Tag der nationalen Solidarität (5. Dezember) wiederum eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre erbrachte:

1934/35:	4021000,— RM.
1935/36:	4162286,05 RM.
1936/37:	5363267,51 RM.

Erste Verwaltungsschule der NSV.

Ernährungshilfswerk des deutschen Volkes

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV.), deren erste Verwaltungsschule (in Falkensee bei Spandau) im September durch den Hauptamtsleiter Pg. Hilgenfeldt eingeweiht worden war, übernahm auch im Jahre 1936 noch weitere Arbeitsgebiete: Im Rahmen der vom Vierjahresplan und der Erzeugungsschlacht zu erhebenden Forderungen (siehe 16. und 18. Abschnitt) war es notwendig geworden, die Fütterung der Schweine weitgehend durch Küchenabfälle zu sichern und damit eine Entlastung der landwirtschaftlichen Erzeugung — für andere Zwecke — zu erreichen. Die Aktion zur Erfassung der Küchenabfälle auch aus den Städten, das Ernährungshilfswerk des deutschen Volkes, wurde nun von der NSV. übernommen. —

Kraft durch Freude

Weltkongreß für Freizeit und Erholung

Neben der wirtschaftlichen Sorge für die deutschen Volksgenossen hält es der Nationalsozialismus aber auch für seine Pflicht, dem deutschen Volke Freude zu geben, es teilhaben zu lassen an den geistigen Werten der Nation — ihm „Kraft durch Freude" zu vermitteln. Und die vorbildliche deutsche Leistung fand ihre besondere Hervorhebung im Rahmen des „Weltkongresses für Freizeit und Erholung", der vom 23. bis zum 31. Juli in Hamburg tagte. Der bisherige Präsident des Internationalen Beratungskomitees, der Amerikaner Kirby, schlug als neuen Präsidenten den Pg. Dr. Ley vor, dessen Wahl einstimmig durch Zuruf vorgenommen wurde. Pg. Dr. Ley dankte für das Vertrauen und führte in seiner Ansprache vor den Vertretern von über fünfzig Völkern u. a. aus:

„... Ich glaube nun einmal, daß diese Art und Methode, wie wir hier über 50 Nationen zusammengebracht haben, in dem Gedanken, für Freizeit und Erholung ihrer Menschen zu sorgen, wohl die beste

Methode ist, **Verständnis** zwischen den Völkern zu erwecken und gegenseitige Achtung.

Ich bin überzeugt, daß nicht Gewaltmaßnahmen das Glück für die Menschheit bringen können, sondern allein, wenn die Menschen in einem heiligen Glauben und in einem tiefen Feuer davon beseelt und ergriffen sind, daß sie alle nebeneinander leben müssen und auch nebeneinander Platz haben. Wenn die Völker stolz auf sich selbst sind und stolz auf ihre Eigenart, auf ihre Leistung und ihre Rasse, dann werden die Völker auch Achtung vor den übrigen Nationen der Welt haben. Wir wollen nicht unsere Ideen anderen Völkern aufdrängen. Der Führer hat es immer wieder gesagt, daß seine Idee keine Exportware ist. Als wir unsere erste Madeirafahrt machten, war es einer der glücklichsten Augenblicke, die ich in meinem Leben erlebte, als der Propagandaminister von Portugal, Antoni Ferro, zu mir sagte — es war gerade nach der Verkündung der Wehrhoheit Deutschlands, wo draußen in der Welt die Kriegsfanfaren tönten —: „Ich war auf Ihren Schiffen, ich habe Ihre Männer und Frauen gesehen und habe gesehen, daß diese Menschen glücklich sind und lachen, daß sie sich freuen; ich bin überzeugt, daß Sie den **Frieden** wollen. **Ein Volk, das die Freude hinausträgt, kann den Krieg nicht wollen**, denn der Krieg bedeutet Vernichtung!"

So haben wir in Deutschland eine Freude an unserem Werk, und Sie, meine Damen und Herren aus dem Auslande, die ich hiermit als Präsident des Weltkongresses herzlichst begrüße — nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen der gewaltigen Organisation „**Kraft durch Freude**", die ich zu vertreten habe —, bitte ich, eines zu bedenken:

Wir wollen Ihnen nichts aufdrängen von all dem, was Sie sehen, wir achten die Eigenart jeder Nation, wir wissen, daß es unmöglich ist, etwas, was aus tiefster Seele eines Volkes geboren ist, einfach schematisch auf ein anderes Volk zu übertragen.

Aber wenn Sie unsere Freude sehen und beobachten, wie die deutschen Menschen Sie überall hinführen und Ihnen etwas zeigen wollen, so bitte ich Sie, den Grund in folgendem zu suchen: Wir Deutsche waren am Abgrund einer vernichtenden Zeit. Vor uns war das Nichts, der Brudermord war in unserem Volke, der latente Bürgerkrieg war da, und ein Bürgerkrieg, meine Damen und Herren aus dem Auslande, ist viel furchtbarer, viel schrecklicher als ein sonstiger Krieg. Nun hat uns unser Führer davor bewahrt, er hat uns errettet und hat uns Impulse gegeben, Energien und Kräfte gegeben, von denen wir vorher keine Ahnung hatten, die uns völlig neu waren und die sich als eine ungeheure, nie versiegende Kraftquelle erwiesen haben. Nun müssen Sie begreifen, wie sich dieses Volk von Herzen freut, daß es wieder genesen ist, wie es sich über alles freut, was der Alltag schenkt, wie es sich über jeden Sonnenstrahl freut.

Wenn wir Ihnen so viel zeigen und Sie den Eindruck haben, als ob wir des Guten zuviel täten, so bedenken Sie auch ein anderes. Wir haben Erfolge gewaltigster Art. Vielleicht haben Sie diese in ihrem Lande auch, nur in anderer Art, aber bedenken Sie, es ist bei uns so, als wenn eine Mutter ihr junges Kindlein ihrer Umgebung zeigt und sich daran freut.

Sie werden, das glaube ich Ihnen sagen zu können, überall große Gastfreundschaft bei uns finden, und zwar aus unserer Freude heraus, daß unsere Nachbarn zu uns kommen und sich Deutschland ansehen wollen.

Vor vier Jahren war das Volk verbittert, verhärmt und haßerfüllt, und das ist gerade das Gewaltige, was unser deutsches Volk selbst so stark beeindruckt: diese lachenden Menschen. Ich habe mir sagen lassen, es soll ein großes Land geben, das ein Sechstel des Erdballs bedeckt, wo man das Lachen verlernt hat. Wenn man heute in Deutschland überall fröhliche Gesichter sieht, so ist das für uns der größte Stolz, und das danken wir unserem Führer Adolf Hitler!"

Unter den zahlreichen Veranstaltungen des Kongresses, neben Tagungen und Beratungen, sei insbesondere der „Olympiafestzug des deutschen Volkes" hervorgehoben — und der eindrucksvolle Empfang der Ehrenabordnungen auslandsdeutscher Arbeiter.

Bei der feierlichen Schlußsitzung am 30. Juli sprach Reichsminister Pg. Dr. Goebbels und sagte in seiner grundlegenden Rede u. a.:

„... Wir haben nicht die Technik, die Wirtschaft und die Rationalisierung unseres Lebens verneint, sondern sie tapfer bejaht, mit dem unbeirrbaren Entschluß: Wirtschaft, Technik und Rationalisierung nicht zu Tyrannen über die Menschen zu erheben, sondern sie zu Dienern der Menschen zu machen. Das moderne wirtschaftliche Leben erfordert den Menschen ganz und gar, und als Aequivalent dafür muß dem Menschen Freizeit und Erholung gegeben werden, nicht aus Mitleid und Erbarmen, sondern auf Grund der Vernunft einer höheren staatlichen Notwendigkeit und einer höheren staatlichen Moral..

... Die Stabilität des Staates ruht zuerst und zuletzt nicht auf der Menge der Kanonen, sondern auf der Menge der Herzen, die ihm gehören. Das Glück der Bürger unseres Staates ist die festeste Stütze unserer Nation. Wehe den Staatsmännern, die nur Macht besitzen und sich nur auf die Macht berufen können!.."

Internationales Zentralbüro für Freude und Arbeit

Die Schlußsitzung brachte noch die Schaffung des „Internationalen Zentralbüros für Freude und Arbeit", dessen Präsidium Pg. Dr. Ley übernahm. Er führte darüber unter dem starken Beifall des Kongresses aus:

„Auf Grund der Vollmacht, die mir durch das Internationale Beratungskomitee für Freizeit und Erholung und von seinem Präsidenten, Mr. Kirby, erteilt worden ist, errichte ich das „Internationale Zentralbüro für Freude und Arbeit" mit einem Internationalen Forschungsinstitut. Die Leitung dieses Internationalen Zentralbüros übernehme ich selbst. Zum Geschäftsführer des Zentralbüros ernenne ich Herrn Rentmeister. Das Internationale Zentralbüro gliedert sich in folgende Hauptabteilungen:

1. Kasse;
2. Organisation;
3. Presse und Propaganda;
4. Internationales Forschungsinstitut.

Das Internationale Forschungsinstitut für Freude und Arbeit wird in folgende Gebiete aufgeteilt:

1. Archiv;
2. Regional in die Abteilungen: anglo-amerikanisch, italienisch-iberisch, Latein-Amerika, Balkan und Vorderasien, französisch, deutsch,

skandinavisch, Naher Osten und Ferner Osten. Alle übrigen Gebiete werden in einer Sonderabteilung zusammengefaßt.

3. Fachlich in die Gebiete der auf dem Kongreß vorhandenen sieben Kommissionen.

Zur Mitarbeit im Internationalen Zentralbüro, insonderheit in seinem Forschungsinstitut, haben sich die namhaftesten Sozialpolitiker des In- und Auslandes zur Verfügung gestellt."

KdF.-Stadt am Kaiserdamm in Berlin

Der Geist der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" kam sinnfällig in den Worten zum Ausdruck: „In Deutschland darf kein Fest mehr gefeiert werden, an dem nicht der Arbeiter maßgebend beteiligt ist." Diese Worte sprach Pg. Dr. Ley am 22. Juli beim Richtfest der „KdF.-Stadt" am Kaiserdamm in Berlin: Fünf mächtige Hallen waren errichtet worden, um bei allen Feiern, Veranstaltungen und Festen in der Reichshauptstadt jeweils 7000 Arbeiter aus dem Reiche aufnehmen zu können.

Amt „Deutsches Volksbildungswerk"

Im Herbst wurde in der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" ein neues Amt geschaffen: das Amt „Deutsches Volksbildungswerk", das fortan in seinen Volksbildungsstätten, in seinen Vorträgen, Kursen, Arbeitsgemeinschaften, Besichtigungen, Lehrwanderungen usw. dem Ziele dienen soll, das in seinem Namen zum Ausdruck gebracht ist.

Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NSG. „Kraft durch Freude"

Bei der gemeinsamen Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (am 27. November) brachte Pg. Dr. Ley klar zum Ausdruck:

„... So möchte ich folgende Sätze aufrichten:

Freude und Hoffnung sind die unverwüstlichen Grundlagen allen Schaffens. Von dieser Lebensfreude muß das ganze Leben erfüllt sein, alle Gebiete müssen davon erfaßt werden. So ist es mein Wunsch und meine Hoffnung, daß Kraft durch Freude einmal das gesamte deutsche Volk in all seinen Sparten und auf allen Gebieten erfassen möge.

Ferner: Arbeit und Kunst gehören zusammen! Wir müssen alles tun und eifersüchtig darüber wachen, daß die beiden sich nie wieder trennen.

Schließlich: Unser Sozialismus ist uns kein Geschenk, das vom Himmel fällt, sondern die Mobilisation und die Organisation der Energien unseres Volkes..." —

SA. und Werkscharen

Von sonstigen Ereignissen in der Deutschen Arbeitsfront sei erwähnt die am 7. Oktober getroffene Vereinbarung über die Zusammenarbeit von SA. und Werkscharen, worüber die NSK. (Folge 234 vom 7. Oktober) meldete:

„Zwischen dem Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Ley, und dem Stabschef der SA., Viktor Lutze, ist eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der SA. und den Werkscharen getroffen worden.

Nach der Vereinbarung bilden die Werkscharen die in einem Betrieb befindlichen SA.-Männer und sonstigen Werksangehörigen. Letztere

werden zugleich SA.-Anwärter, sofern sie nicht bereits Mitglied einer anderen Gliederung der Partei sind.

Als Führer der Werkscharen werden SA.-Führer oder -Männer eingesetzt, die im Betrieb tätig und Mitglied der Deutschen Arbeitsfront sind.

Bei den Gruppen bzw. Brigaden und Standarten werden Referate für Werkscharen eingerichtet, die zugleich mit den bisherigen Sozialreferaten der SA.-Dienststellen zu vereinigen sind. Die Beauftragung hierfür erfolgt an die Gau- bzw. Kreiswerkscharführer."

— sowie die vom 29. bis zum 30. September durchgeführte Reichsarbeitstagung des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF. in Berlin, der gerade im Hinblick auf den Vierjahresplan (siehe 16. Abschnitt) besondere Bedeutung zukam. Reichstagung des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF.

An wesentlichen sozialen Maßnahmen der zweiten Jahreshälfte 1936 sei hervorgehoben die „Dritte Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten" vom 15. Dezember, die den Kreis der „Berufskrankheiten" wesentlich erweiterte und neben anderen wichtigen Bestimmungen auch dafür Sorge trug, daß bei den Berufserkrankungen die erforderliche ärztliche Untersuchung und Hilfe schnellstens einsetzt. Die Verordnung diente so einem erhöhten Schutz der Arbeitskraft. Dritte Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten

Auf der anderen Seite verdienten Fahrlässigkeiten gegenüber Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft schärfste Ahndung. Das bewies der Strafprozeß über das furchtbare Einsturzunglück in der Hermann-Göring-Straße in Berlin, das am 19. August 1935 (siehe Band 1935, Seite 365 bis 366) 19 Arbeitskameraden das Leben gekostet hatte. Das Urteil der Großen Strafkammer (beim Landgericht Berlin) vom 29. Oktober lautete: Urteil im Berliner Einsturzunglück-Prozeß

Der 50jährige Streckenbezernent Reichsbahnoberrat Curt Kellberg und der 42 Jahre alte Reichsbahnbaurat Wilhelm Schmitt wurden freigesprochen.

Wegen fahrlässiger Tötung im erschwerenden Sinne des Gesetzes wurden verurteilt der 35 Jahre alte Reichsbahnrat Wilhelm Weyher, Leiter des Neubauamtes IV, zu drei Jahren Gefängnis, der 54jährige Diplomingenieur Hugo Hoffmann, Geschäftsführer der Berlinischen Baugesellschaft, zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis, und der 42 Jahre alte Diplomingenieur Fritz Roth, örtlicher Bauleiter der Berlinischen Baugesellschaft, zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde den Verurteilten voll angerechnet. Die Haftbefehle gegen sie bleiben aufrechterhalten.

— und führte hinsichtlich der Strafzumessung u. a. aus:

„. . . Das völkische Sühnebedürfnis, die gröbliche Verletzung der Treuepflicht, erfordert eine scharfe Sühne. Die Gemeinschaft muß zu Personen, die in ihrer Stellung eine höhere Verantwortung tragen, volles Vertrauen haben können. . ." —

Ein Beispiel nationalsozialistischer Betriebsgestaltung boten die „Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke", die im Vor- Wilhelm-Gustloff-Stiftung in Suhl

jahre als Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke in den Besitz des Reiches überführt und in eine gemeinnützige Stiftung umgestaltet worden waren (siehe Band 1935, Seite 114 bis 115). Am 27. Oktober verkündete nun der thüringische Reichsstatthalter und Gauleiter Pg. Sauckel die Schaffung der „Wilhelm-Gustloff-Stiftung" (zum Andenken an den von einem jüdischen Mörder erschossenen Landesgruppenleiter der AO. in der Schweiz, Pg. Gustloff), in deren Mittelpunkt der Stiftungsbetrieb „Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke G. m. b. H." steht. Pg. Sauckel ordnete hierzu an:

1. In den Betrieben der Wilhelm-Gustloff-Stiftung wird ein ständiges Amt für die nationalsozialistische weltanschauliche Schulung aller Mitglieder der Gefolgschaft der Betriebe mit einem eigenen, vom Gauleiter zu bestimmenden Schulungsleiter errichtet. Dieses Amt untersteht dem Gauschulungsleiter bzw. dem Beauftragten für die weltanschauliche Schulung.

2. Die Wilhelm-Gustloff-Stiftung errichtet nach dem Grundsatz des § 15 des Parteiprogramms für alle ständigen und treuen Mitglieder der Gefolgschaften der Wilhelm-Gustloff-Stiftung eine nationalsozialistische Altersversorgung; deren Statuten sind sofort nach eingehender Beratung und Erforschung der besten, erprobtesten und zweckmäßigsten Methoden aufzustellen und zu verwirklichen.

3. Nach dem Grundsatz „Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben" verlange ich genau wie im vorhergehenden zweiten Absatz die Verwirklichung dieser These, und zwar sollen die Gewinnbeteiligung der Gefolgschaftsmitglieder und auch die Grundsätze der Lohn- und Gehaltszahlung in Form eines segensreichen, weisen und gerechten Familienlastenausgleichs zugunsten und zum Besten der Kinderreichen und erbtüchtigen Familien unserer Werke und zur Förderung eines starken, gesunden und glücklichen Nachwuchses deutschen besten Arbeitertums, der Erhaltung unvergleichlicher deutscher Qualitätsleistung für alle Zukunft dienen.

4. Ein zweckmäßiges, vorbildliches Wohnungs- und Siedlungsprogramm ist nach den gegebenen Möglichkeiten der Stiftung zu verwirklichen.

5. Gemäß den §§ 20 und 21 der Thesen des Führers soll im Einvernehmen mit dem Gauamtsleiter für Volkswohlfahrt ein ständiges Amt errichtet werden, das für alle Stiftungsangehörigen die Fürsorge für Mutter und Kind wahrnimmt. Ebenso soll dieses Amt ständig die Gesundheit der Kinder der Werksangehörigen betreuen. Das Amt soll ein vom Werk anzustellender tüchtiger Arzt leiten. Ebenso sind der Gefolgschaft der Betriebe weitgehende Möglichkeiten zur Betätigung gesunden Sports und Turnens zu gewähren. Es ist ein Fonds anzulegen, durch den die Beschaffung von Sportgeräten und schließlich die Errichtung von Turnhallen und eines Hallenbades einmal ermöglicht wird.

6. Wie überhaupt den Anregungen und Forderungen der Deutschen Arbeitsfront und ihrer Aemter „Kraft durch Freude" und für Wandern nach den Möglichkeiten und Mitteln der Stiftung weitgehendst zu entsprechen ist, sollen besonders die Grundsätze des Amtes „Schönheit der Arbeit" Verwirklichung finden.

7. Es soll eine Lesehalle mit einer Bücherei eingerichtet werden, damit alle Betriebsangehörigen ständig Gelegenheit haben, sich sowohl

an den schönen Werken der deutschen Literatur zu erholen und zu erbauen, als auch ihren Wissensdurst und ihr Können durch wissenschaftliche Fachliteratur zu befriedigen und zu vervollkommnen.

8. Die ganze Liebe der Betriebsführung und das sorgfältige Interesse muß der Erziehung und der Betreuung der Lehrlinge wie überhaupt des technischen und kaufmännischen Nachwuchses gelten. Es ist ein Fonds anzulegen, der es ermöglicht, daß besonders befähigte jugendliche Mitglieder der Gefolgschaft bis zur Erledigung ihres Hochschulstudiums betreut und versorgt werden können.

9. Die Arbeiter unserer Werke dürfen nur in gesunden Räumen und unter den modernsten hygienischen Voraussetzungen arbeiten, insbesondere bei gesundheitsschädigenden notwendigen Arbeiten sind alle Mittel zur Verhütung von Gesundheitsschäden sorgfältig anzuwenden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben soll das Werk einen tüchtigen Arzt anstellen. — usw. usw...

Gesetz über die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz von Fürsorgekosten

Und das Jahresende brachte noch eine sehr wichtige und fühlbare soziale Entlastungsmaßnahme: das „Gesetz über die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz von Fürsorgekosten“ vom 22. Dezember erledigte endgültig eine traurige Erbschaft aus der Niedergangszeit der Systemregierungen — und befreite alle Volksgenossen (sowie deren Unterhaltsverpflichtete), die bis zum 1. Januar 1935 die öffentliche Fürsorge hatten in Anspruch nehmen müssen, von der gesetzlich vorgesehenen Rückerstattungspflicht. Zahlreiche Volksgenossen wurden so von einer wirtschaftlich wie seelisch drückenden Last befreit. Das nationalsozialistische Deutschland zog den Schlußstrich unter ein trauriges Kapitel von Not und Elend.

20. Abschnitt:

Die Achse Berlin—Rom

Die Aktivität, die das nationalsozialistische Deutschland in seiner Außenpolitik im Jahre 1936 (siehe den 3., 8. und 11. Abschnitt) bewiesen hatte, erfuhr insbesondere in den letzten Wochen und Monaten des Jahres noch eine beachtliche Steigerung. Von einer Tendenz zur „Isolierung", wie man sie dem Reich verschiedentlich zu unterstellen versuchte, war gar keine Rede. Angesichts der unheilvollen, aber nicht mehr wegzuleugnenden, Spaltung der Welt in zwei große Lager, deren eines seit langem seinen Befehlsstand in Moskau hatte, wäre es auch verbrecherischer Leichtsinn gewesen, über kleinen Streitfragen die unvergleichlich größere Gefahr nicht sehen zu wollen, die dem Gesamtkulturgut der gesitteten Welt vom bolschewistischen Osten her drohte, wenn jenes andere Lager der positiven Kräfte nicht zu einem Abwehrblock zusammengeschweißt wurde.

Abwehr gegen den Bolschewismus

Deutschland und Italien

Seit dem Bestehen des faschistischen Italiens (1922) und insbesondere der siegreichen nationalsozialistischen Revolution, die das stolze Hitler-Deutschland als Hort des Friedens und der Kultur schuf, hat die kommunistische Weltrevolution zwei entschiedene, kompromißlose Gegner. Mit dem 11. Juli 1936 (dem deutsch-österreichischen Freundschaftsabkommen — siehe 8. Abschnitt) waren die zwischen uns und Italien bestehenden Reibungsflächen beseitigt. Spekulationen auf neue Konflikte, hervorgerufen durch Mißtrauen oder Mißverständnisse, waren nach dem deutsch-österreichischen Abkommen nicht mehr möglich. „Wir wollen Oesterreich als souveränen Staat", erklärte Bundeskanzler Dr. Schuschnigg am 17. Oktober, „jenes Oesterreich, das sich jetzt laut und deutlich als deutscher Staat bekennt, was ich in alle Zukunft auch nicht ändern will". Der Weg zu noch engerem Zusammengehen mit dem faschistischen Italien war also frei.

Außenminister Ciano in Deutschland

So war es eigentlich nicht erstaunlich, daß Graf Galeazzo Ciano den ersten diplomatischen Besuch nach seiner Ernennung zum italienischen Außenminister in Berlin und Berchtesgaden machte. Er traf am 20. Oktober in München ein, begab sich dann nach der Reichshauptstadt, wo ihm von der Bevölkerung ein Empfang bereitet wurde, wie wohl noch nie vor ihm einem Vertreter des Auslandes. In größter

Herzlichkeit wurden auch die Besprechungen mit Reichsaußenminister von Neurath und den Reichsministern Göring und Dr. Goebbels (21. und 22. Oktober) geführt. Am 24. fand dann in Berchtesgaden eine Zusammenkunft zwischen dem Führer und dem Abgesandten des Duce statt, deren Ergebnis vom DNB. folgendermaßen mitgeteilt wurde:

Berlin, 24. Oktober.

Deutsche Anerkennung des italienischen Kaiserreichs Aethiopien

Der Königlich-Italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Graf Ciano, wurde heute vom Führer und Reichskanzler empfangen. In der Unterredung hat der Führer und Reichskanzler dem Vertreter der Faschistischen Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung sich zur förmlichen Anerkennung des Italienischen Kaiserreichs Aethiopien entschlossen hat. Der italienische Außenminister brachte zum Ausdruck, daß die Faschistische Regierung von dieser Mitteilung in voller Würdigung ihrer Bedeutung mit Genugtuung Kenntnis nehme.

Deutschland hatte wieder einmal bewiesen, daß es realpolitisch dachte und handelte. Abessinien war italienisch, folglich war es unsinnig und gefährlich, von dieser Tatsache keine Kenntnis nehmen zu wollen. Man hat im Ausland so oft von der gefühlsbetonten Außenpolitik des Dritten Reichs gesprochen und ihr den „Wirklichkeitssinn" von London, Paris und Genf entgegengehalten: Schlagender konnte das Gegenteil nicht bewiesen werden!

Die Themen der deutsch-italienischen Verhandlungen

In einer Erklärung vor der in München versammelten Presse sprach Graf Ciano am letzten Tage seines Deutschlandbesuches (25. Oktober) über den Gegenstand der ausführlichen Verhandlungen in Berlin und Berchtesgaden. Sowohl die Frage des Ersatzes des Locarno-Vertrages wie das Völkerbundsproblem seien überprüft worden. Ciano fuhr fort:

„... Was die Lage im Donauraum betrifft, so kann ich sagen, daß die von uns vorgenommene Prüfung der Lage, die wir im Lichte der römischen Protokolle und des deutsch-österreichischen Abkommens vom 11. Juli vorgenommen haben, uns erlaubt, zu unserer gegenseitigen Befriedigung die praktischen und positiven Vorteile zugunsten Oesterreichs festzustellen, die die Politik der beiden Länder schon gezeitigt hat. Die beiden Regierungen werden die den Donauraum betreffenden Probleme in einem Geiste der freundschaftlichen Zusammenarbeit behandeln.

Die Spanienfrage

Wir haben auch die Lage Spaniens erörtert, und es bestand Einverständnis in der Erkenntnis, daß die nationale Regierung des Generals Franco von dem festen Willen des spanischen Volkes in dem größten Teil des Staatsgebietes getragen ist, wo es ihr gelungen ist, Ordnung und bürgerliche Disziplin wiederherzustellen im Gegensatz zu den anarchischen Zuständen, die dort geherrscht hatten. Gleichzeitig haben wir das Prinzip der Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten von neuem bestätigt, sowie die Aufrechterhaltung der in diesem Sinne eingegangenen internationalen Verpflichtungen erneut bekräftigt...

... Gegenüber den ernsten, die soziale Struktur Europas bedrohenden Gefahren haben der Führer, Freiherr von Neurath und ich anderseits

den festen Entschluß des italienischen und des deutschen Volkes erneuert, mit allen Kräften das heilige Erbgut der europäischen Zivilisation in ihren großen, auf der Familie und der Nation aufgebauten Einrichtungen zu verteidigen, auf die sie gegründet ist..."

Graf Ciano sagte weiter, man sei übereingekommen, die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien intensiver zu gestalten, und gab nochmals seiner tiefen Befriedigung über die Anerkennung des italienischen Imperiums durch Deutschland Ausdruck, wobei er betonte, es seien bei dieser Gelegenheit die italienisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen betr. Aethiopien geregelt worden. Abschließend sprach der italienische Außenminister seine aufrichtige Bewunderung für all das aus, was er während seines Aufenthaltes im nationalsozialistischen Deutschland gesehen habe, und versicherte:

Die wirtschaftliche Erschließung Aethiopiens

„Die herzliche Fühlungnahme zwischen unseren beiden Regierungen wird fortgesetzt, und unsere Mitarbeit am allgemeinen Friedens- und Wiederaufbauwerk Europas wird in Rom wie in Berlin weitergeführt werden in demselben Geist und mit derselben Entschlossenheit, wie wir sie in diesen Tagen begonnen haben."

Unfreundliches Echo aus Paris und London

Unnötig zu sagen, daß die Stimmung in London und in Paris nach diesem neuen „Schlag" — man hatte sich noch kaum von der sensationellen Neutralitätserklärung des belgischen Königs vom 14. Oktober (siehe 11. Abschnitt) erholt — denkbar schlecht war. Der überwiegende Teil der Presse ließ sich daher in seiner Enttäuschung zu unsachlichen Verdächtigungen über alle möglichen „Geheimabmachungen" Deutschlands und Italiens mit „aggressiven" Zielen verleiten. Dort begriff man noch nicht, daß die deutsch-italienische Zusammenarbeit nur dem Frieden Europas dient und daß an diesem Werke alle Nationen teilnehmen sollen und müssen, die guten Willens sind und nicht von dem Weltfeind Nr. 1, dem Kommunismus, aufgeschluckt werden wollen.

Mussolini über die Achse Berlin—Rom

In seiner großen Rede in Mailand (1. November) — der auch der zu dieser Zeit in Italien weilende Gauleiter Pg. Bohle beiwohnte — verkündete Mussolini:

„Die Zusammenkunft von Berlin hat eine Verständigung zwischen den beiden Ländern über bestimmte Probleme ergeben, von denen in diesen Tagen einige ganz besonders brennend sind. Aber diese Verständigung, die in besonderen Niederschriften festgelegt und in gebührender Form unterschrieben worden ist, diese Vertikale Berlin—Rom ist nicht eine Schnittlinie, sondern vielmehr eine Achse, um die alle europäischen Staaten, die von dem Willen der Zusammenarbeit und des Friedens beseelt sind, zusammen arbeiten können. Deutschland, obwohl man es bestürmte und ihm in den Ohren lag, hat die Sanktionen nicht mitgemacht."

So wurde das Wort von der „Achse Berlin—Rom" geprägt; es ist seither zu einem festen Begriff geworden und trat an die Stelle eines

früheren, sehr kurzlebigen: der „Front von Stresa“ (siehe Band 1935, Seite 159 bis 161)...

Tschechische Sorgen

Die belgische Königserklärung, die soviel Staub aufgewirbelt hatte, veranlaßte den tschechischen Außenminister Dr. Krofta in einem Exposé über die auswärtige Lage vom 22. Oktober (vor den auswärtigen Kommissionen des Abgeordnetenhauses und des Senats), festzustellen:

> „Unsere geographische Lage ist ganz anders als die Belgiens. Wir haben weder die Sicherheit, noch irgendeine besondere Hoffnung, daß irgendein europäischer Staat sich unser ernstlich gegen irgendeinen Angreifer militärisch annehmen würde, wenn wir uns seine Hilfe nicht im vornhinein durch unsere Gegenverpflichtung sicherstellen. Daher müssen wir nicht nur auf unseren bisherigen Bündnisverträgen beharren, sondern müssen darüber hinaus deren Festigung und Erweiterung anstreben.“ (!)

Sowjetsabotage im Nichteinmischungsausschuß betr. Spanien

Gemeint waren die Beistandspakte mit Frankreich und Sowjetrußland, dessen merkwürdige Rolle beim Londoner Ueberwachungsausschuß (betr. Spanien) wir im 11. Abschnitt bereits beleuchtet haben. Das zweideutige Spiel Moskaus, das erst mit Austritt drohte, dann aber doch wieder „mit Vorbehalten“ dablieb, wurde vom Ausschußvorsitzenden, Lord Plymouth, verurteilt und durch Angaben sowjetrussischer Neutralitätsverletzungen in Spanien ergänzt. Während das von den Russen beschuldigte Portugal die diplomatischen Beziehungen zur roten Regierung in Madrid abbrach und ebenfalls mit dem Austritt aus dem Nichteinmischungsausschuß drohte — wobei es zu schweren Zusammenstößen zwischen dem portugiesischen und dem sowjetrussischen Vertreter kam —, erbrachte Italiens Botschafter, Grandi, an Hand von 20 weiteren Fällen den Beweis für die Einmischung Moskaus in die spanischen Angelegenheiten. In der gleichen Sitzung (28. Oktober) wurden — nachdem auch Deutschland in einer Note gegen die sowjetrussischen Behauptungen protestiert und dem Londoner Ausschuß eine lange Reihe von Fällen zum Beweis der Verletzung des Waffenembargos von sowjetrussischer Seite mitgeteilt hatte (21. Oktober) — die Anklagen der Moskauer Regierung zurückgewiesen. —

Deutsche Frontkämpfer in England

Zur gleichen Zeit weilte in London eine Abordnung deutscher Frontkämpfer, die ihren im Januar wegen des Todes Königs Georgs V. abgebrochenen (siehe 3. Abschnitt) Englandbesuch jetzt nachholte (23. bis 29. Oktober) und am 28. Oktober von König Eduard VIII. auf das herzlichste empfangen wurde. Zwei Tage später empfing der englische König den neuen deutschen Botschafter von Ribbentrop zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens. Bedauerlicherweise kam es dann am 5. November zu antideutschen Demonstrationen vor der Botschaft des Deutschen Reiches. Kommunisten-

Antideutsche Demonstrationen der Kommunisten in London

horden kühlten ihre Wut über den kompromißlosen Kampf des Nationalsozialismus gegen das Moskauer Gift durch Einwerfen einiger Fensterscheiben! — Die außenpolitische Debatte im englischen Unterhaus vom gleichen Tage (5. November) brachte kaum wesentlich Neues. Außenminister Eden erwiderte in seiner Rede den deutschen Wunsch nach Vertiefung der deutsch-englischen Beziehungen, leistete sich aber insofern eine neue Entgleisung, als er behauptete, Deutschland habe ebensoviel Gelder von England geliehen bekommen, wie es an Reparationen gezahlt habe — eine naive Verdrehung der wirklichen Lage.

Außenpolitische Debatte im englischen Unterhaus

Erwähnen wir noch den großen Wahlsieg Roosevelts bei der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika (1. November), sowie eine zweite Kabinettsumbildung in Oesterreich, durch welche der letzte Einfluß Starhembergs auf die Regierung beseitigt wurde. —

Die Spannungen mit Polen

Die Spannungen mit Polen ließen nicht nacht, sondern nahmen bedauerlicherweise gegen Ende des Jahres eher noch zu. Die Hauptschuld daran traf den Völkerbund, der auf eifriges Zuraten Sowjetrußlands (!) und aus Gründen der Bequemlichkeit Polen damit beauftragt hatte, in Danzig nach dem Rechten zu sehen! Schadenfroh beobachtete man in Moskau die prompt einsetzende Versteifung der Danzig-polnischen Beziehungen. Die Warschauer Presse benutzte einen Dorfkrach im Freistaat Danzig zur Einleitung eines heftigen Pressekrieges gegen Danzig. Der Vorfall selbst war völlig entstellt und dann aufgebauscht worden. Zwar rückte die Warschauer Regierung von dem unverantwortlichen Treiben des „Kurjer Porany“ und anderer Hetzblätter ab, unternahm aber auch nichts gegen sie. Dagegen verbot der Danziger Polizeipräsident die dort erscheinende polnische Minderheitenzeitung sowie Warschauer Blätter wegen verlogener Berichterstattung. Danzig-polnische Verhandlungen besserten zunächst nichts an dem unerfreulichen Zustand. Im Gegenteil: Auf einer Kundgebung des polnischen Legionärverbandes in Gdingen (8. November) wurden die ungeheuerlichsten Drohungen gegen Danzig und seine Regierung ausgesprochen. Am 10. November wurden in Danzig reichsdeutsche Symbole von mehreren Polen in unbeschreiblicher Weise beschädigt und beschmutzt. Wegen dieser und anderer Vorkommnisse legte Danzig bei der polnischen Regierung Verwahrung ein. Der polnische Außenminister Beck führte in London mit Eden Verhandlungen über alle aktuellen Fragen; dabei wurde zweifellos auch die Danziger Frage berührt. — Am 9. November endete die Berufungsverhandlung im Kattowitzer Hochverratsprozeß mit verschärften Urteilen. — Eine Bittschrift deutscher Jugendvertreter der Wojewodschaft Schlesien an den polnischen Staatspräsidenten vom

12. November um Prüfung der traurigen wirtschaftlichen und organisatorischen Lage der jungen deutschen Generation wurde mit neuen deutschfeindlichen Verwaltungsmaßnahmen, mit Schulschließungen, Terrorurteilen usw. beantwortet. —

Sowjetterror und Schauprozesse

In Moskau begann im Rahmen der Großaktion Stalins gegen die angebliche „trotzkistische Verschwörung" eine neue Verhaftungswelle auch gegen Reichsdeutsche. Der Deutsche Stickling wurde im Nowosibirsker Schauprozeß zum Tode verurteilt (22. November) und nach schärfstem Einspruch des deutschen Botschafters zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe begnadigt. — Die offensichtlichen Mißerfolge der jüdisch-bolschewistischen Diktatur, die letzten Endes im Sadismus und der Unfähigkeit des Regimes begründet sind, wurden dort von jeher auf „Sabotageakte" von „antirevolutionären Verschwörern" zurückgeführt. Dieser „Brauch" nahm jedoch jetzt schon in einem Maße überhand, daß nach und nach die gesamte ehemalige bolschewistische „Führerschaft" — außer Stalin selbstredend — auf der Anklagebank erschien und, nach monatelanger Haft mürbe gemacht, die lächerlichsten und gigantischsten Selbstanklagen erhob. Alte „Parteipäpste", wie Radek-Sobelsohn, Sinowjew-Apfelbaum u. a., verfielen so den Schauprozessen der Sowjetjustiz und dem Henker. Es kam dabei den Sowjetjuden keineswegs darauf an, die irrsinnigsten Behauptungen aufzustellen wie etwa die, daß diese „trotzkistischen Verschwörer" mit der Geheimen Staatspolizei in Berlin in Verbindung gestanden (!), mit dem Stellvertreter des Führers verhandelt (!) hätten — und ähnlich haarsträubenden Unsinn, den kein Mensch in der Welt ernst nehmen konnte. — Aber diese immer stärkeren Aktionen gegen angebliche „Saboteure" braucht man offenbar, um über das Elend im „Arbeiterparadies" Sowjetrußland hinwegzutäuschen.

Ausländer lernen die soziale Lage in Deutschland kennen

Indes konnte Deutschland seine soziale Leistung vor aller Welt unter Beweis stellen. Auf Einladung des Reichsleiters der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Ley, hatten gegen Jahresende z. B. 15 ausländische Pressevertreter in allen Teilen des Reiches Gelegenheit, sich mit deutschen Arbeitern zu unterhalten und so durch Einblick in die Betriebe mit größerem Verständnis über die Zustände in Deutschland zu berichten. (In Dr. Labougle, der am 12. November in seiner Eigenschaft als erster Botschafter (bisher Gesandter) Argentiniens vom Führer empfangen wurde, hat Deutschland einen solchen verständnisvollen Betrachter.)

Dr. Schacht in Iran und der Türkei

Während der Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Dr. Schacht sich anschickte, in Fortsetzung seiner Balkanreise im Juni auch die türkische Hauptstadt Ankara (16. bis 18. November) und anschließend die Hauptstadt von Iran, Teheran, zu Wirtschafts-

besprechungen zu besuchen, und während man in London (nach einem weiteren scharfen Zusammenstoß zwischen Grandi und dem Vertreter Sowjetrußlands) an einem Kontrollplan betr. die Nichteinmischung in Spanien arbeitete, traf Adolf Hitler kurz nacheinander zwei wichtige Entscheidungen:

Kontrollplan für die Nichteinmischung in Spanien

Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die deutschen Ströme

Am 14. November teilte Deutschland den in den internationalen Stromkommissionen für Rhein, Donau, Elbe und Oder vertretenen Regierungen durch ein Schreiben die Kündigung der Versailler Bestimmungen über die deutschen Ströme mit und stellte die deutsche Souveränität auch auf diesem Gebiete in vollem Umfange wieder her. In dem Schreiben der Reichsregierung hieß es u. a.:

„... Die Deutsche Regierung hat sich aufs ernsteste bemüht, diese unerträgliche Regelung durch anderweitige Vereinbarungen zu beseitigen. Die deutschen Bevollmächtigten in den Kommissionen haben in langwierigen Verhandlungen versucht, spätestens zum 1. Januar 1937 einen Zustand herzustellen, der mit dem deutschen Standpunkt verträglich gewesen wäre. Ein Erfolg ist diesen Bemühungen versagt geblieben, weil die anderen beteiligten Mächte sich nicht haben entschließen können, ein System aufzugeben, das in seinen Grundlagen mit den deutschen Hoheitsrechten unvereinbar ist...

... Die Deutsche Regierung kann es nicht verantworten, die vorstehend gekennzeichnete Lage der Dinge noch länger hinzunehmen. Sie sieht sich deshalb zu der Erklärung gezwungen, daß sie die im Versailler Vertrag enthaltenen Bestimmungen über die auf deutschem Gebiet befindlichen Wasserstraßen und die auf diesen Bestimmungen beruhenden Stromakte nicht mehr als für sich verbindlich anerkennt. Sie hat dementsprechend beschlossen, die für den Rhein am 4. Mai getroffene vorläufige Vereinbarung (modus vivendi) gemäß deren Artikel 3 Absatz 2 mit sofortiger Wirkung hiermit zu kündigen, und von der Unterzeichnung der für die Elbe entworfenen Vereinbarung gleichen Charakters abzusehen. Damit entfällt eine weitere Mitarbeit Deutschlands in den Versailler Stromkommissionen. Die Vollmachten der bisherigen deutschen Delegierten sind erloschen.

Zugleich teilt die Deutsche Regierung folgende von ihr getroffene Regelung mit: Die Schiffahrt auf den auf deutschem Gebiet befindlichen Wasserstraßen steht den Schiffen aller mit dem Deutschen Reich in Frieden lebenden Staaten offen. Es findet kein Unterschied in der Behandlung deutscher und fremder Schiffe statt; das gilt auch für die Frage der Schiffahrtsabgaben. Dabei setzt die Deutsche Regierung voraus, daß auf den Wasserstraßen der anderen beteiligten Staaten Gegenseitigkeit gewährt wird.

Außerdem wird die Deutsche Regierung die deutschen Wasserstraßenbehörden anweisen, mit den zuständigen Behörden der anderen Anliegerstaaten gemeinsame Fragen zu erörtern und darüber gegebenenfalls Vereinbarungen zu treffen."

Die französische „Empörung" und Edens „Bedauern" über die neue „Samstagsüberraschung" aus Berlin wurden zwar zum Ausdruck gebracht, waren aber doch nicht stark genug, um den zuerst geplanten „kollektiven Protestschritt" zur Ausführung zu bringen.

Deutsche Anerkennung der spanischen Nationalregierung

Und am 18. November teilten Deutschland und Italien — unter Abberufung ihrer diplomatischen Vertreter bei der bisherigen „spanischen Regierung“ — der Welt ihre Anerkennung der Regierung Franco als rechtmäßiger spanischer Regierung mit, ein Schritt, der großen Jubel im nationalen Spanien auslöste. (General Franco hatte inzwischen die Führung der Nationalen Regierung übernommen.) Bezeichnend für die durch die „Achse Berlin—Rom“ hergestellte Uebereinstimmung sind die nahezu gleichlautenden Mitteilungen der deutschen und der italienischen Regierung:

Berlin, 18. November.

Nachdem die Regierung des Generals Franco von dem größten Teil des spanischen Staatsgebietes Besitz ergriffen und nachdem die Entwicklung in den letzten Wochen immer deutlicher gezeigt hat, daß in den übrigen Teilen Spaniens von der Ausübung einer verantwortlichen Regierungsgewalt nicht mehr die Rede sein kann, hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Regierung des Generals Franco anzuerkennen und zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen einen Geschäftsträger bei ihr zu bestellen.

Der neue deutsche Geschäftsträger wird sich alsbald an den Sitz der Regierung des Generals Franco begeben. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Alicante ist abberufen worden. Der Geschäftsträger der früheren spanischen Regierung hat Berlin aus eigenem Entschluß bereits Anfang November verlassen.

Rom, 18. November.

Nachdem die Regierung des Generals Franco vom größten Teil Spaniens Besitz genommen hat, und nachdem die Entwicklung der Lage immer deutlicher zeigt, daß man in den übrigen Teilen Spaniens nicht mehr von der Ausübung einer verantwortlichen Regierungsgewalt sprechen kann, hat die faschistische Regierung beschlossen, die Regierung General Francos anzuerkennen und einen Geschäftsträger zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu entsenden.

Der Geschäftsträger wird sich sofort nach Spanien begeben. Die gegenwärtige diplomatische Vertretung Italiens ist abberufen worden.

Innerhalb weniger Wochen hatte Deutschland damit zum zweiten Male bewiesen, daß seine Außenpolitik nicht von formalen Gesichtspunkten, sondern von der Wirklichkeit diktiert wird. Zum Geschäftsträger der Reichsregierung in Salamanca wurde General a. D. Faupel ernannt, während die spanische Nationalregierung Botschaftsrat de Estrada zu ihrem Geschäftsträger in Berlin bestellte.

Dr. Goebbels über die deutsch-belgischen Beziehungen

Bedeutsam in der Reihe politischer Ereignisse, die sich in der zweiten Hälfte des November zusammendrängen, ist auch ein Interview des Reichspropagandaministers Pg. Dr. Goebbels über die deutsch-belgischen Beziehungen, das am 18. November in der Brüsseler Zeitung „Le XX. Siècle“ erschien. Es sollen daraus zwei Absätze wiedergegeben werden:

„Ich bin nicht so naiv, zu glauben, daß die Neuausrichtung der Außenpolitik, die sich soeben in Belgien vollzogen hat, um unserer schönen Augen willen geschehen ist. Nur eine dumme Regierung kann Initiativen im Interesse anderer Länder ergreifen; nichtsdestoweniger habe ich mit großer Freude festgestellt, daß das kleine Belgien, das eine große Nation darstellt, nicht gezögert hat, sich aus allen Verwicklungen zurückzuziehen, die die Gefahr einschließen, den bolschewistischen Treibereien zu dienen...

... Ich habe keineswegs die Absicht, von einer Wiedergabe Eupen-Malmedys an Deutschland zu sprechen; aber ich möchte sagen, daß es außerordentlich nützlich wäre, wenn man sich in voller Oeffentlichkeit über diese Frage unterhielte, um sich über die Art ins Benehmen zu setzen, wie die Bewohner dieser Grenzmark regiert werden müssen, damit sie in ihrer freien kulturellen Entwicklung nicht durch lokale Instanzen, die immer radikaler sind als die Zentralgewalt, behindert werden. Man muß aufhören, über die Frage zu polemisieren, und ihre Diskussion den hierzu autorisierten Persönlichkeiten überlassen."

Deutscher Beitritt zum Teil IV des Londoner Seerüstungsvertrages

Der Uebergabe einer neuen englischen Westpaktnote (19. November) an die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Belgiens in London folgte am 23. November die Uebergabe einer deutschen Note durch von Ribbentrop, in der Deutschlands Beitritt zu dem Teil IV des Londoner Seerüstungsvertrages betr. die Humanisierung des Unterseebootskrieges erklärt wird. Deutschland begrüßte es, hier einen Beitrag im Sinne der vom Führer erstrebten Friedenspolitik leisten zu können. Freilich war dieses Abkommen über den U-Bootkrieg nur ein sehr bescheidener Anfang, und von Abrüstung war noch keine Rede. Aber es war — wenn auch nicht so grundlegend wie das deutsch-englische Flottenabkommen (siehe Band 1935, Seite 174 bis 175) — immerhin ein hoffnungsvoller Anfang.

Besuch des österreichischen Staatssekretärs Dr. Guido Schmidt

An Gästen konnte Deutschland im November wieder eine französische Frontkämpferabordnung und vor allem in Staatssekretär Dr. Guido Schmidt seit Jahren wieder den ersten Repräsentanten Oesterreichs begrüßen. Dr. Schmidt wurde auch vom Führer empfangen. Nach Abschluß seines dreitägigen Aufenthalts in Berlin (19. bis 21. November), dessen sachlicher Gewinn, wie er einem Vertreter des DNB. gegenüber äußerte,

„ein ebenso erfreuliches Ergebnis zeitigte, wie die vielen Zeichen herzlicher Zuneigung, die wir in diesen Tagen empfangen durften, einen unverkennbaren Beweis erbrachten, daß auch die Trennung der jüngst vergangenen Jahre die Einheit im Volkstum nicht zu zerbrechen vermochte."

Die amtliche Schlußverlautbarung unterscheidet sich wohltuend von den üblichen nichtssagenden Kommuniqués. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der österreichische Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, hat während seines Aufenthalts als Gast der Deutschen Reichsregierung in Berlin mit dem Reichsaußen-

minister Freiherrn von Neurath mehrfache politische Aussprachen gepflogen, bei denen alle aktuellen Probleme erörtert wurden. Es war dies nach dem Abschluß des Abkommens vom 11. Juli d. J. die erste Gelegenheit zu einer allgemeinen politischen Unterredung, wobei insbesondere diejenigen Fragen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur eingehend behandelt wurden, die die beiden Staaten gemeinsam angehen. Die Aussprache bewegte sich in freundschaftlichem Geiste und ergab in allen behandelten Fragen eine erfreuliche Uebereinstimmung der Auffassungen.

Es wurde vereinbart, daß der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich alsbald in Angriff genommen werden soll, um den Umfang des gegenseitigen Handelsverkehrs beträchtlich zu erweitern, schließlich, daß die diesbezüglichen Verhandlungen am 7. Dezember d. J. in Wien beginnen werden. Ebenso wurde die Frage der Finanzierung des Wintersportverkehrs nach Oesterreich von Mitte Dezember 1936 ab bereits jetzt in zufriedenstellender Weise bereinigt.

Ferner wurden alle anderen Möglichkeiten der Fortentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen gründlich durchgesprochen und hierbei festgestellt, daß sich bei Wahrung der Grundsätze des Abkommens vom 11. Juli ds. Js. auf weitem Gebiete die Möglichkeit ersprießlicher Zusammenarbeit ergibt. Beide Regierungen sind darüber einig, daß der mit dem Abkommen beschrittene Weg in Anbetracht und im Dienste des gemeinsamen Volkstums den Interessen der beiden deutschen Staaten förderlich ist und einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten vermag.

Und einen weiteren wichtigen Beitrag zur Erhaltung des vom Bolschewismus bedrohten Friedens leistete Adolf Hitler für Deutschland und darüber hinaus für ganz Europa mit dem Deutsch-japanischen Abkommen gegen die Kommunistische Internationale (Komintern). Dieses Abkommen vom 25. November lautet:

Deutsch-japanisches Abkommen gegen die Kommunistische Internationale (Komintern)

Die Regierung des Deutschen Reiches und
die Kaiserlich Japanische Regierung

in der Erkenntnis, daß das Ziel der Kommunistischen Internationale, Komintern genannt, die Zersetzung und Vergewaltigung der bestehenden Staaten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ist,

in der Ueberzeugung, daß die Duldung einer Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Verhältnisse der Nationen nicht nur deren inneren Frieden und soziales Wohlleben gefährdet, sondern auch den Weltfrieden überhaupt bedroht,

sind in dem Wunsche, gemeinsam zur Abwehr gegen die kommunistische Zersetzung zusammenzuarbeiten, in folgendem übereingekommen:

Artikel I

Die Hohen Vertragschließenden Staaten kommen überein, sich gegenseitig über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu unterrichten, über die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu beraten und diese in enger Zusammenarbeit durchzuführen.

Artikel II

Die Hohen Vertragschließenden Staaten werden dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Zersetzungsarbeit der Kommunistischen

Internationale bedroht wird, gemeinsam einladen, Abwehrmaßnahmen im Geiste dieses Abkommens zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen.

Artikel III

Für dieses Abkommen gelten sowohl der deutsche wie auch der japanische Text als Urschrift. Es tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die Hohen Vertragschließenden Staaten werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer Zusammenarbeit verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, von ihren betreffenden Regierungen gut und richtig bevollmächtigt, dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen in zweifacher Ausfertigung zu Berlin, den 25. November 1936, d. h. den 25. November des 11. Jahres der Showa-Periode.

gez. v. Ribbentrop
Außerordentlicher und Bevollmächtigter
Botschafter des Deutschen Reiches.

gez. Mushakoji
Kaiserlich Japanischer Außerordentlicher
und Bevollmächtigter Botschafter.

Zusatzprotokoll zum Abkommen gegen die Kommunistische Internationale.

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens gegen die Kommunistische Internationale sind die unterzeichneten Bevollmächtigten in folgendem übereingekommen:

a) Die zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten werden in bezug auf den Nachrichtenaustausch über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale sowie auf die Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen gegen die Kommunistische Internationale in enger Weise zusammenarbeiten.

b) Die zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten werden im Rahmen der bestehenden Gesetze strenge Maßnahmen gegen diejenigen ergreifen, die sich im Inland oder Ausland direkt oder indirekt im Dienste der Kommunistischen Internationale betätigen oder deren Zersetzungsarbeit Vorschub leisten.

c) Um die in a) festgelegte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der beiden Hohen Vertragschließenden Staaten zu erleichtern, wird eine ständige Kommission errichtet werden. In dieser Kommission werden die weiteren zur Bekämpfung der Zersetzungsarbeit der Kommunistischen Internationale notwendigen Abwehrmaßnahmen erwogen und beraten.

Berlin, den 25. November 1936,
d. h. den 25. November des 11. Jahres der Showa-Periode.

gez. v. Ribbentrop
Außerordentlicher und Bevollmächtigter
Botschafter des Deutschen Reiches.

gez. Mushakoji
Kaiserlich Japanischer Außerordentlicher
und Bevollmächtigter Botschafter.

Einen „Akt der Notwehr“ nannte mit Recht der „Völkische Beobachter“ das Abkommen, das ja im übrigen allen anderen Staaten zum

Beitritt offenstand. Auch in den Erklärungen von Ribbentrops und des japanischen Botschafters Mushakoji kam das klar zum Ausdruck, und in einer von Reichsminister Dr. Goebbels verlesenen Erklärung des Führers und der Reichsregierung über den Sinn des Vertrages heißt es u. a.:

„In diesem Abkommen wird mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß es sich dabei um ein defensives Vorgehen handeln soll. Denn nicht die beiden Hohen Vertragschließenden Mächte haben die Kommunistische Internationale herausgefordert, sondern die Kommunistische Internationale hat durch eine ununterbrochene Folge von Provokationsakten, revolutionären Aufstandsversuchen, anarchistischen Umsturzbewegungen und gewissenlosen, volkszerstörenden Zersetzungstendenzen die ganze Welt auf das tiefste zu beunruhigen und in schwerste, kaum noch übersehbare Wirren zu stürzen versucht."

Die Antwort der Presse aus Paris und London auf das deutsch-japanische Antikomintern-Abkommen bestand wieder einmal in Verdächtigungen über etwaige „Geheimklauseln". — Der Großteil der Pressekommentare verriet eine erschütternde Verständnislosigkeit gegenüber dem Abwehrkampf, den Adolf Hitler auch für Europa führt. Nachdem der englische Außenminister Eden vor dem Unterhaus beruhigende Erklärungen über den Charakter des Abkommens abgegeben hatte, ließ das Mißtrauen etwas nach. — Auf Anfrage wurde der chinesischen Regierung vom deutschen Botschafter in Nanking mitgeteilt, daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und China von dem deutsch-japanischen Abkommen in keiner Weise berührt werde.

Die Antwort Moskaus bestand in verstärkten Truppen-, Waffen- und Munitionstransporten nach Spanien, in unverhüllten Drohungen gegen Estland, Lettland und Finnland und in der Ankündigung gewaltiger Flottenrüstungen.

Ganz und gar nicht bedroht vom roten Zersetzungswillen fühlte sich jedoch die Regierung der Tschechoslowakei, die ja im Gegenteil am 16. Mai 1935 das Beistandsabkommen mit Sowjetrußland abgeschlossen hatte. Ihre Stellung zum sudetendeutschen Problem blieb ebenfalls die gleiche wie bisher: Mit geradezu selbstmörderischer Borniertheit lehnte sie — wie z. B. Ministerpräsident Hodza am 10. November vor dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses — die Forderungen der Sudetendeutschen Partei ab. Der von seinem Vorgänger Malypetr geprägte Ausspruch „200 000 Sudetendeutsche zuviel" ist von den Tschechen wirklich zur grauenhaften Maxime ihrer Bevölkerungspolitik gemacht worden. Die Arbeitslosigkeit und der Terror in jeder Form haben dem Sudetendeutschtum unersetzliche Verluste zugefügt. Versprechungen wurden nie gehalten, auch die nicht, die Staatspräsident Dr. Benesch noch im Sommer gemacht hatte. Am 13. De-

Die sudetendeutsche Frage

zember verbreitete sich der tschechoslowakische Außenminister Dr. Krofta in einem Vortrag in Karlsbad unter dem Titel „Die Deutschen im tschechischen Staat" über die Möglichkeiten zur befriedigenden Lösung des Problems, wobei er alle möglichen Argumente anführte, um darzutun, daß die Sudetendeutschen nur im tschechischen Staat, als „zweites Staatsvolk", glücklich werden könnten. Eine volle territoriale Autonomie der Sudetendeutschen lehnte Krofta ab und behauptete, ihre nationale und kulturelle Selbstverwaltung sei zum großen Teil bereits erfüllt (!); man müsse ihnen jetzt nur noch einen entsprechenden Anteil an der öffentlichen Macht im Staate und eine angemessene Vertretung in den öffentlichen Aemtern sicherstellen.

Die Antwort der Sudetendeutschen gab Senator Pfrogner am 15. Dezember im Prager Senat. Er stellte den Karlsbader Belehrungen und Forderungen die Wiederherstellung der aus dem alten Oesterreich übernommenen Autonomie, die völkische Teilung aller autonomen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Körperschaften und die volle, uneingeschränkte Freiheit aller von den Völkern des Staates aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln geschaffenen Selbsthilfeeinrichtungen auf allen Gebieten als deutsche Forderungen entgegen. Weiter sagte er:

> „Beseitigen Sie als erstes die staatsfeindlichen Umtriebe Ihrer Grenzlerorganisationen und Ihrer Tschechisierungsvereine, die die Atmosphäre durch ihre eingestandenen Eroberungsgelüste und anderes ständig vergiften und so kein sauberes Verhältnis zwischen den Deutschen und dem Staat aufkommen lassen.
>
> Der Minister verlangt von uns sogar die Erfüllung unserer historischen Aufgabe, nämlich Band und Mittler zu sein zwischen Deutschen und Slawen. Was uns der Minister zusichert, ja sogar zur Pflicht macht, das wird uns in Wirklichkeit als staatsfeindliches Verhalten angekreidet. Wir fordern Arbeitsfreiheit für unsere Volksgenossen, d. h. das Recht auf Arbeit in dem großen deutschen Siedlungsgebiet, wenn sie ihr Brot in der engeren Heimat nicht finden können. Die tschechischen Behörden dagegen verweigern unseren Arbeitsbewerbern die Pässe.
>
> Wir verlangen Lernfreiheit und verstehen darunter den Austausch der Errungenschaften auf allen wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Gebieten.
>
> Die tschechische Regierung verbietet uns deutsche Bücher, aus dem Deutschen Reich und Oesterreich stammende Lehr- und Lernbehelfe und schnürt uns so vom deutschen Geistesleben ab. Wie lassen sich diese Tatsachen mit den Versicherungen und Versprechungen des Ministers vereinbaren? Wir sind bereit, den Wunschzettel unserer bestimmten Forderungen vorzulegen. Jetzt kommt es darauf an, ob die Tschechen den Willen und den Wunsch haben, an das Problem des Staates und seine Lösung heranzugehen!"

Die deutsche Minderheit in Polen

Auch die Deutschen in Polen warten seit langem vergeblich auf die Initiative des Staates zur Klärung des untragbar gewordenen Ver-

hältnisses. „Wir müssen uns", erklärte Senator **Wiesner**, der Führer der **Jungdeutschen** Partei in Polen, Anfang Dezember,

> „darüber klar werden, welche **Rechte** dem **Staate** und welche der **Volksgruppe** **zustehen**. Während in der Verfassung unsere staatsbürgerlichen Pflichten ganz genau bis in die letzten Einzelheiten festgelegt sind, so daß darüber ein Meinungsstreit unmöglich ist, sind unsere **völkischen** Pflichten und Rechte nur ganz weit umrissen. Sie sind in dem kurzen Satz zusammengefaßt, daß jedem Bürger, der einer nationalen Minderheit angehört, jedes Recht zur freien Entfaltung seiner Eigenart zusteht. Der Mangel einer scharfen Grenzziehung zwischen Staatsbürgerpflichten und völkischen Rechten bewirkt, daß die zugestandene freie Entfaltung nicht annähernd verwirklicht wird. So mußte es kommen wie es heute ist, daß **trotz unseres heißen Bemühens das Verhältnis zum polnischen Volk nicht besser geworden ist, sondern daß die Spannungen eher zugenommen haben.**"

Den polnischen **Westmarkenverband** hinderte das nicht an weiteren Hetzkundgebungen und an deutschfeindlichen Entschließungen. Außenminister Beck nahm bei seiner großen außenpolitischen Rede vom 18. Dezember zum deutsch-polnischen Verhältnis folgendermaßen Stellung:

Der polnische Außenminister Beck über das deutsch-polnische Verhältnis

> „Eine gewisse, unserer schwierigen Zeit eigene Nervosität macht sich auch auf dem Gebiete unserer Beziehungen zu unserem **Nachbar** im **Westen** in einigen Pressestimmen und der öffentlichen Meinung bemerkbar, und zwar auf beiden Seiten der Grenze. Dies ändert jedoch nichts an meiner tiefen Ueberzeugung, daß der große und mutvolle Entschluß zu einer **freundschaftlichen** Gestaltung der Beziehungen **zwischen uns und dem Deutschen Reich** sowohl für die direkten Interessen unseres Landes wie im Gesamtkomplex der Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent weiterhin **seinen Wert behält.**"

Ueber die Beziehungen Polens zu **Danzig** äußerte er:

Polen und Danzig

> „Die **Danziger** Angelegenheiten bedeuten für uns weitaus **wichtigere** Dinge als einen Zusatz zu Völkerbundssorgen, denn sie umfassen eine Reihe unserer täglichen und lebenswichtigen Interessen. Wenn es sich darum handelt, die Respektierung dieser unserer lebenswichtigen Interessen zu sichern, die das Gebiet diplomatischer Fragen bedeutend überschreiten, so kann sich in dieser Sache nichts ändern. Ich muß übrigens feststellen, daß der Senat der Freien Stadt Danzig in allen seinen Erklärungen das Bestehen dieser unserer Rechte bestätigt, ebenso wie wir auch nicht die Absicht haben, **die Rechte der Freien Stadt in irgendeinem Punkte anzutasten.** Die Verwicklungen der letzten Zeit hatten ihre Quelle in einem Konflikt zwischen dem Senat der Freien Stadt und **Organen des Völkerbundes.** Auf Wunsch des Völkerbundes haben wir die zusätzliche Rolle übernommen, einen praktischen Ausweg aus der Situation zu finden. Beim jetzigen Stand der Dinge führen wir intensive Verhandlungen in zwei Richtungen, einmal zur Sicherung einer **wirksamen und praktischen Realisierung unserer Rechte und Interessen in der Freien Stadt** und zweitens zur Beseitigung der zwischen den Repräsentanten des Völkerbundes und dem Senat entstandenen Schwierigkeiten. Seit einer Woche schreiten diese Verhandlungen günstig fort,

und ich hoffe, daß wir auch diesmal unsere Mission werden erfüllen können."

Was Beck unter der „wirksamen und praktischen Realisierung unserer Rechte und Interessen" verstand, war nicht ganz klar. —

Ausländische Besuche

Vom 10. bis zum 16. Dezember hielt sich der ungarische Innenminister von Kozma auf Einladung des Reichsinnenministers Pg. Dr. Frick in Berlin auf, während der Herzog von Aosta beim Reichsluftfahrtminister Pg. Göring längere Zeit zu Gaste war.

England und Frankreich

In England freute man sich über die Befestigung der englisch-französischen Freundschaft (der französische Außenminister Delbos versicherte in seiner Kammerrede vom 4. Dezember England der „Sicherheitsgarantie" durch Frankreich, erklärte im übrigen Frankreichs Verständigungsbereitschaft gegenüber Deutschland) und bemühte sich, der Arbeit des Nichteinmischungsausschusses betr. Spanien zum Erfolg zu verhelfen. In der Sitzung vom 9. Dezember sprach sich Botschafter von Ribbentrop im Namen der Reichsregierung für eine schleunige Inangriffnahme der Freiwilligenfrage und nicht minder der Frage der finanziellen Unterstützung aus, wobei er die 25 000 Franzosen und 35 000 Russen in den Reihen der rotspanischen Truppen und die umfangreichen Geldsammlungen in der Sowjetunion nannte. Auf englisch-französische Vermittlungsvorschläge (unter denen sich u. a. auch der völlig unsinnige Vorschlag befand, den spanischen Bürgerkrieg durch eine Volksabstimmung abzulösen!) in der Spanienfrage antwortete die Reichsregierung mit einem Memorandum, das Reichsaußenminister von Neurath am 12. Dezember den Botschaftern Englands und Frankreichs in Berlin überreichte. Darin wird der Wunsch nach einer noch wirkungsvolleren Nichteinmischungsvereinbarung geteilt und betont, daß die Deutsche Regierung von Anfang an für eine wirkungsvolle Freiwilligensperre eingetreten ist. Es heißt dann weiter:

Die Verhandlungen des Nichteinmischungsausschusses betr. Spanien

Deutsches Memorandum zur Spanienfrage

Der Gedanke, durch eine gemeinsame Vermittlungsaktion der beteiligten Mächte den Kämpfen in Spanien ein Ende zu bereiten, verdient an sich sicherlich alle Sympathie. Die Deutsche Regierung hat indes schon durch die von ihr ausgesprochene Anerkennung der nationalen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß sie neben dieser Regierung keinen anderen Faktor in Spanien sieht, der noch den Anspruch erheben könnte, das spanische Volk zu repräsentieren.

Die dieser nationalen Regierung gegenüberstehende Partei hat überdies durch die ganze Art ihres Kampfes, durch die Ermordung politischer Gegner, durch Geiselerschießung, Verbrennungen und andere Brutalitäten die Leidenschaften bis zum äußersten aufgepeitscht. Eine Versöhnung mit dieser Partei erscheint schon wegen der in ihr offensichtlich vorherrschenden anarchischen Tendenz schwer denkbar. Wie es vollends in Frage kommen könnte, bei dieser Sachlage eine ordnungsmäßige Volksabstimmung in Spanien zu bewerkstelligen, vermag die Deutsche Regierung nicht zu erkennen. Trotzdem wird sie

aber, wenn die anderen Regierungen brauchbare konkrete Vermittlungsvorschläge glauben machen zu können, an deren Prüfung und Verwirklichung bereitwillig mitarbeiten.

Bolschewistische Brandstiftung in China

Moskau begnügte sich indessen nicht mit der blutigen Großaktion, die es in Spanien angezettelt hatte, sondern inszenierte Mitte Dezember auch in China einen Aufstand: Bei einer Militärrevolte mit bolschewistischem Hintergrund wurde Marschall Tschiangkaischek gefangengenommen. Schließlich brach die Revolte aber zusammen. —

Der Prozeß gegen den jüdischen Mörder des Pg. Gustloff

Der Mord an dem Landesgruppenleiter der NSDAP. für die Schweiz, Pg. Wilhelm Gustloff (vom 4. Februar — siehe 3. Abschnitt) fand seine gerichtliche Sühne in dem Prozeß gegen den jüdischen Mörder David Frankfurter vor dem Kantonsgericht in Chur (9. bis 14. Dezember). Dem Prozeß voraus ging ein wahres Trommelfeuer alljüdischer Propaganda für den „Märtyrer". Besonders die „Weltliga zur Abwehr des Antisemitismus" suchte Mitleid oder gar Bewunderung für den jüdischen Verbrecher zu erwecken. In frivoler Weise wurde ein feiger Mord zur Heldentat gestempelt. Dafür empfingen die marxistischen Zeitungen der Schweiz den deutschen Vertreter der Witwe Gustloffs (die als Zivilpartei an dem Strafprozeß beteiligt war), Professor Dr. Grimm, mit Drohungen und Beschimpfungen. Trotzdem gelang es dem konzentrischen Angriff der jüdischen und marxistischen Weltpresse nicht, den Gerichtshof zu beeinflussen, auch nicht den Rührseligkeitsszenen und dem tendenziösen Gutachten des medizinischen „Sachverständigen". Vom Amtskläger wurden 18 Jahre Zuchthaus gegen Frankfurter beantragt. In seinem Plädoyer stellte er nochmals fest, daß die Auslandsorganisation der NSDAP. in keiner Weise gegen die Interessen der Schweiz gearbeitet und daß Gustloff sich streng an die Gesetze seines Gastgeberlandes gehalten hat. Dann kam die Verteidigungsrede, die alle möglichen verlogenen Angriffe gegen Deutschland, aber nicht die Antwort auf die Frage nach den Hintermännern Frankfurters enthielt. Professor Dr. Grimm lehnte es in seiner Antwort ab, der Verteidigung in die Niederungen ihrer Ausführungen zu folgen. Dafür entwarf er ein Bild des Ermordeten, aus dem die Lauterkeit seines Charakters und seines Handelns sprach, und schilderte auf der anderen Seite die Person des jüdischen Mörders, wie sie wirklich war. Aus seinem Schlußwort entnehmen wir folgende Stellen:

„... Fassen wir zusammen, was über die Person des Angeklagten zu sagen ist. Wir haben diese Person vierfach gesehen:

Erstens: vor dem Verhöramt. Da sagte er die Wahrheit: „Ich bin mir der Tat vollkommen bewußt. Ich bereue nichts."

Zweitens: idealisiert als Held durch seinen Dichterverteidiger.

Drittens: In der Hauptversammlung in der Gestalt, die ihm die Verteidigung gab. Da war er kein Held mehr.

Viertens: In seiner wahren Gestalt: Brutal, zynisch, als er durch den Amtskläger entlarvt, dem Herrn Amtskläger seine ganze Wut entgegenschleuderte mit der Behauptung: „Sie haben Ihre Ausführungen wider besseres Wissen gemacht."

Sein Vorleben?

„Ein verbummelter Student", so hat ihn der Psychiater genannt, „der dem Nichtstun verfallen war."

Dreizehn Semester hat er in Leipzig, Frankfurt und Bern studiert, ohne auch nur das geringste Vorexamen gemacht zu haben. Cafés, Bars, Kinos, Frauen spielen in den Akten eine bedenkliche Rolle. Kein Wunder, daß er da Schulden gemacht hat...

... Frankfurter lügt. Er lügt überall, bei seinen Freunden, seinen Angehörigen. Er belügt seinen Vater. Er lügt noch den letzten Tag in der Pension Etania...

... Wie anders Gustloff!

Eine makellose Persönlichkeit. Er lebt für eine Idee, für den Führer, für Deutschland.

Ich habe die Briefe gelesen, die er geschrieben hat. Da ist eine gerade Linie.

Jawohl, Gustloff war ein Kämpfer, aber von wie hoher Warte, wie anständig hat er den Kampf geführt!

Ich habe Ihnen das letzte Schreiben überreicht, das er zu Neujahr 1935/36 an den Gauleiter Bohle in Berlin gerichtet hat: „Wieder geht ein altes, reiches und kampferfülltes Jahr zu Ende, das viel Mühen und Sorgen, die Sie bewegten, mit in die Vergangenheit nimmt. Vor uns aber steht leuchtend das große Ziel, das uns unser Führer gegeben hat:

„Deutschland".

Wenn auch die Widerstände im neuen Jahr, die man Ihnen und uns allen entgegensetzt, noch so groß sein werden, so kann und wird uns doch nichts von dem beschrittenen Wege abbringen, auf dem uns unser Führer vorangeht. Keine Macht dieser Welt wird uns abhalten können, getreu unserem Schwure unsere Pflicht für unseren Führer und unsere stolze Bewegung und damit für unser geliebtes Vaterland zu erfüllen. Sie können sicher sein, daß die Landesgruppe Schweiz in stolzer Geschlossenheit, aufrichtiger Kameradschaft und unerschütterlichem Kampfgeist weiter schaffen wird, um ihrem Ziel der Zusammenfassung aller Deutschen zu dienen. Sie können auch sicher sein, daß ich meinerseits auch im neuen Jahre meine ganze Kraft einsetzen werde, um diesem Wollen und diesem Ziele zu dienen."

Welche Sprache! Welche Anständigkeit der Gesinnung!..

... Ich habe Ihnen das letzte Rundschreiben Gustloff's an die Parteigenossen in der Schweiz vom 1. Januar 1936 überreicht. Darin schreibt Gustloff: „Stets werden wir unter voller Achtung der Gesetze des Gastlandes handeln und unsere Arbeit einzig und allein unseren deutschen Landsleuten zuwenden. Durch unser Vorleben wollen und müssen wir stets in unserer Umgebung die Achtung vor dem neuen Deutschland erringen und die noch abseitens stehenden deutschen Landsleute für unsere Weltanschauung und damit für unsere Landesgruppe gewinnen."

„Unsere deutschen Landsleute", ist das jetzt klar genug?

Man hat die Tätigkeit Gustloff's in der Schweiz amtlich untersucht. Der Rat von Graubünden, das Polizeikommissariat von Davos

haben amtlich bescheinigt, daß weder gegen die Tätigkeit noch gegen die Person Gustloff's das geringste einzuwenden sei. Der Bundesrat Baumann hat es vor dem Bundesrate bestätigt..."

Am 14. Dezember sprach das Graubündener Gericht sein Urteil: Entsprechend dem Antrag des Amtsklägers wurde Frankfurter wegen Mordes mit 18 Jahren Zuchthaus bestraft. Die Tat des Mörders Frankfurter war im Rahmen des Möglichen (im Kanton Graubünden gibt es keine Todesstrafe) gesühnt — noch nicht aber die seiner Hintermänner, deren Werkzeug er war. —

Die deutschen Kolonialansprüche

In England, wo am 10. Dezember mit der Abdankung König Eduards VIII. (Nachfolger Georg VI.) ein Ereignis von weittragender Bedeutung für das britische Weltreich eintrat, bekam die nicht mehr zu unterdrückende öffentliche Diskussion der kolonialen Ansprüche Deutschlands neue Nahrung durch die Ausführungen, die Dr. Schacht am 9. Dezember auf der Jahrhundertfeier des Vereins für Geographie und Statistik gemacht hatte. Er sagte dort u. a.:

„... Vor dem Weltkriege hatte Deutschland für die Zukunft seiner Nahrungsmittel- und Rohstoffbelieferung durch den Erwerb seiner afrikanischen und ozeanischen Kolonien vorgesorgt, eines Gebietes fünfmal so groß wie das Deutsche Reich mit nur rund 13 Millionen Einwohnern. Der ehemalige Staatssekretär für die englischen Dominions, Amery, hat erklärt, eine etwaige Rückgabe der deutschen Kolonien würde Deutschland gar nichts nützen. Was der englische Sachverständige vollkommen übersieht, ist folgendes: Vor dem Kriege besaß Deutschland außerhalb seiner eigenen Kolonien werbende ausländische Anlagen in Höhe von annähernd 30 Milliarden Goldmark. Es besaß einen blühenden Außenhandel mit allen Nebenerwerbszweigen, wie Schiffahrt, Versicherung, Kreditwesen usw. Die Märkte der Welt waren offen und zum größten Teil durch Handelsverträge langfristig gesichert. Der Auswanderung waren nirgends Schranken gesetzt. Aus allen diesen Gründen konnte Deutschland seine Rohstoffe auf dem Weltmarkt einkaufen und hatte keinen Anreiz, seine eigenen kolonialen Bezugsgebiete forciert zu entwickeln oder nur nach ihnen auszuwandern. Alles das ist heute anders.

Würden Deutschland seine Kolonien heute nicht noch vorenthalten, so würde es mit deutscher Arbeit und mit Einsatz von Kapital und Kredit in deutscher Währung die Entwicklung der kolonialen Rohstofferzeugung mit größtem Nachdruck in die Hand nehmen und unendlich viel mehr Nahrungsmittel und Rohstoffe schaffen, als dies heute trotz inzwischen eingetretener Entwicklung unter der Mandatsherrschaft der Fall ist.

Ich fasse zusammen: Deutschland hat einen zu geringen Lebensraum für seine Bevölkerung. Es hat alle Anstrengungen, und ganz gewiß viel größere Anstrengungen als irgendein anderes Volk, gemacht, aus seinem vorhandenen geringen Raum herauszuholen, was für seine Lebenssicherung notwendig ist. Trotz aller dieser Anstrengungen aber reicht der Raum nicht aus. Die Mangellage an industriellen Rohstoffen ist noch größer als die auf dem Nahrungsmittelgebiet. Durch handelspolitische Abmachungen irgendwelcher Art kann eine Sicherung der Daseinserhaltung des deutschen Volkes nicht erfolgen.

Die Zuteilung kolonialen Raumes ist die gegebene Lösung der bestehenden Schwierigkeiten."

Und Botschafter von Ribbentrop, der am 15. Dezember in London auf einem ihm zu Ehren von der Anglo-German Fellowship veranstalteten Empfangsabend das Wort zu einer Ansprache ergriff, in der er sich vor allem mit den deutsch-englischen Beziehungen befaßte, erklärte zur Kolonialfrage:

„... Der Führer sieht nach wie vor in dem Besitz von Kolonien für die Versorgung mit Rohstoffen einerseits und dem Welthandel andererseits die beiden wichtigsten Faktoren für die Erhaltung und Steigerung des Lebensstandards des deutschen Volkes.

Eine vernünftige Lösung der Kolonialfrage ist daher äußerst erwünscht und liegt meiner Auffassung nach, auf lange Sicht gesehen, in unser aller Interesse.

In der gegenwärtigen Welt der Besitzenden und der Besitzlosen ist ein freier Güteraustausch notwendiger denn je, damit der Lebensstandard der Länder mit der gleichen Zivilisation auf ein einigermaßen gleichmäßiges Niveau gebracht wird. Ein solcher Ausgleich ist meiner Ansicht nach mehr als irgendeine andere Maßnahme geeignet, jene Zufriedenheit zu schaffen, die die beste Garantie für den Weltfrieden und den Wohlstand ist, und in der Tat, ich glaube, daß dies die beste Lösung ist!"

Immer lauter wurden auch in England die Stimmen für eine Regelung der leidigen Frage der „Mandatsgebiete". Die großen Zeitungen öffneten ihre Spalten der Diskussion über dieses einzige Hindernis einer deutsch-englischen Freundschaft. Bloß im englischen Außenamt stellte man sich taub. Daß man dabei mitunter auch etwas geweckter sein kann, bewies der Schritt vom 21. Dezember: England und Frankreich verwandelten ihre Gesandtschaften in Addis Abeba in Generalkonsulate, was gleichbedeutend war mit der praktischen — wenn auch nicht der „juristischen" — Anerkennung des Italienischen Kaiserreichs Aethiopien. Die Vorbereitungsarbeit für das italienisch-englische Gentleman-Agreement (Anfang des Jahres 1937) war geleistet — geleistet schließlich auch unter dem Druck der deutschen Kolonialansprüche, die so lange bestehen werden, bis sie ihre gerechte Erfüllung gefunden haben.

21. Abschnitt:

Kultur im neuen Deutschland

Deutschlands Abwehrkampf gegen den Bolschewismus war gleichzeitig die Verteidigung der Kultur gegen sowjetjüdische Kulturvernichtung. Daß die jüdische Emigrantenpresse die Dinge auf den Kopf stellte und über die „Kulturbarbarei" in Deutschland zeterte, war nur eine Bestätigung dieser Tatsache — einer Tatsache, die ihre Erhärtung durch die sichtbaren Erfolge des nationalsozialistischen Kulturwerks fand. Noch nie hat je eine Regierung so viel für die kulturelle Entwicklung getan wie die Regierung Adolf Hitlers.

Die klar erkennbaren kulturellen Leistungen des nationalsozialistischen Deutschlands fanden ihren Niederschlag auch in der zweiten Arbeitstagung des Reichskultursenats (4. April), insbesondere aber in der (bereits im 7. Abschnitt erwähnten) Festsitzung der Reichskulturkammer am 1. Mai. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Dr. Goebbels, faßte hier nochmals die kulturelle Aufgabenstellung zusammen, wie sie der nationalsozialistische Staat bei seiner Machtübernahme erkannte und in der Folgezeit erfüllte: Festsitzung der Reichskulturkammer

„Vier Aufgaben waren uns bei Uebernahme der Verantwortung auf dem Gebiete der kulturellen Neugestaltung aufgegeben. Wir mußten erstens die kulturschaffenden deutschen Menschen in einer festgefügten Organisation zusammenfassen, um sie einheitlich und diszipliniert zum Wohle von Volk und Staat zum Einsatz zu bringen. Wir mußten zweitens dem deutschen Kulturschaffen die innere Verbindung zu den neuen Werten und Inhalten der deutschen Politik vermitteln und es mit der tiefen weltanschaulichen Klarheit des Nationalsozialismus erfüllen. Wir mußten drittens die Rolle, die der Staat dabei zu spielen hatte, genau und unmißverständlich umgrenzen, und zwar dahingehend, daß er selber weder Kunst schaffen konnte, noch ihre geistigen Wachstumsgesetze und Entwicklungsmöglichkeiten einengen, dagegen aber ihr großmütiger und weitherziger Auftraggeber, Anreger und Förderer sein wollte; und mußte viertens und letztens dem künstlerischen Schaffen selbst von der Politik her jenen heißen und leidenschaftlichen Impuls geben, der immer am Anfang großer kultureller Blütenperioden stand, sie gewissermaßen einleitete, antrieb, ihnen die Richtung und das Ziel zeigte."

An die Stelle der jüdisch-bolschewistischen Kulturzersetzung trat ein deutsches Kunstschaffen:

„Die jüdische Scheinkunst, die vor vier und fünf Jahren noch den deutschen Bücher- und Kunstmarkt, das deutsche Schrifttum, Presse, Film und Rundfunk beherrschte, hat einer deutschen, nationalsozialistischen Auffassung der Dinge Platz machen müssen. Das Ideal eines neuen deutschen Kunstschaffens steht uns klar und kompromißlos vor Augen. Es wird männlich und heroisch sein und frei von jeder verweichlichten Sentimentalität."

Pg. Dr. Goebbels schnitt in seiner Rede auch bereits eine Frage an, die in diesem Jahre noch ihre Lösung finden sollte (worüber weiter unten noch berichtet werden wird), die Frage der Kunstkritik:

Frage der Kunstkritik

„Der Kritiker muß, wenn er Anspruch darauf erheben will, gehört zu werden, den kritisierten Gegenstand auf das beste kennen. Er muß an ihn herantreten mit jener Ehrfurcht vor der Leistung, die die großen Kritiker der Vergangenheit immer ausgezeichnet hat. Er darf nicht den Anschein erwecken wollen, als sei seine Meinung nun die erwiesen und einzig richtige, unantastbare und nicht mehr zu bezweifelnde. Er soll mehr der Anreger als der Verdammer sein. Gewiß hat er das Recht, Gutes vom Schlechten zu scheiden; aber wo er ablehnt, darf er nicht das künstlerische Produkt für sich alleine ins Auge fassen, sondern muß er auch mit in Betracht ziehen die Umstände und die Schwierigkeiten, unter denen es an die Oeffentlichkeit tritt. Unerträglich aber wird sein Gebaren, wenn er sich aus Bosheit, Ueberheblichkeit und Mangel an Verständnis an einem wirklichen Künstler reibt und ihm, der auf Grund seines besonders leicht empfindlichen Gefühlslebens auch besonders empfänglich dafür ist, durch niederträchtige, in ihrer Böswilligkeit immer wiederholende Attacken das Leben verbittert und die Schaffenskraft lähmt. Hier ist es Aufgabe einer planvoll regelnden Kulturführung, rechtzeitig einzugreifen und dafür zu sorgen, daß nicht ein Genie zugrunde geht, damit ein Kritiker recht behält."

Verteilung des Nationalpreises für Film und Buch

Diese Festsitzung der Reichskulturkammer erhielt ihr besonderes Gepräge durch die Tatsache, daß in Gegenwart des Führers wiederum die Nationalpreise für Film und Buch zur Verteilung kamen. Pg. Dr. Goebbels teilte mit, daß der Nationale Filmpreis 1935/36 dem Regisseur Carl Froelich zuerkannt —

„Eine Reihe von Filmen der letztjährigen Produktion konnte mit besonderen Prädikaten ausgezeichnet werden. Das höchste Prädikat „staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll" erhielten die Filme: „Friesennot", „Der höhere Befehl" und „Traumulus". Sie sind damit in die engere Wahl zum Filmpreis dieses Jahres gekommen. Als „künstlerisch wertvoll" haben die Filme: „Fährmann Maria", „Mazurka", „Pygmalion", „Viktoria" und „Wenn der Hahn kräht" Anspruch auf besondere Beachtung.

Der Nationale Filmpreis 1935/36 wurde dem Mitglied des Reichskultursenats, Regisseur Carl Froelich, für seinen Film „Traumulus" zuerkannt..."

und der Nationale Buchpreis 1935/36 dem Dichter Gerhard Schumann zugesprochen wurde:

„Der Nationale Buchpreis 1935/36 wurde dem Mitglied des Reichskultursenats, SA.-Obersturmbannführer Gerhard Schumann aus Stuttgart für seinen Gedichtband „Wir aber sind das Korn" zuerkannt. Wiederum und zum drittenmal konnten wir damit unter Zu-

stimmung aller zur Preisverteilung herangezogener Gutachter einen Vertreter der kämpfenden nationalsozialistischen Bewegung auszeichnen. Gerhard Schumann ist schon viele Jahre vor der Machtübernahme in der SA. mitmarschiert. Sein ganzes dichterisches Schaffen ist aus dem Geiste des Nationalsozialismus geboren. Schon im vergangenen Jahr stand er mit in der engeren Wahl um den Nationalpreis. Die Hoffnungen, die damals auf ihn gesetzt wurden, hat er in diesem Jahre erfüllt. In seinem dichterischen Schaffen verbinden sich heiße Leidenschaft des nationalsozialistischen Kampfes mit der Zucht der dichterischen Sprache und der Gradheit weltanschaulicher Haltung.

Seine Gedichtbände: „Ein Weg führt ins Ganze", „Fahne und Stern", „Die Lieder vom Reich", „Siegendes Leben" und „Feier der Arbeit" zeigen seine stetig aufsteigende Entwicklung. Sein preisgekröntes Werk „Wir aber sind das Korn" stellt nur einen schmalen Gedichtband dar, aber es ist in allem gekonnt, sowohl was die politische als auch was die persönliche Lyrik anbetrifft." —

Vor allem aber fand die würdige und klare Stellung des nationalsozialistischen Staates zur Kultur ihre grundlegende Erörterung in der unvergleichlichen Rede des Führers auf dem Kulturkongreß des Reichsparteitages der Ehre (siehe 15. Abschnitt). —

Das neue Deutschland förderte jedoch nicht nur die Kunst als solche, sondern dachte auch an das Leben des Künstlers. So errichtete Reichsminister Pg. Dr. Goebbels am 29. Oktober (seinem Geburtstage) die Spende „Künstlerdank" im Betrage von 2 Millionen Reichsmark, die bis zur Durchführung der in Vorbereitung befindlichen Neuordnung der sozialen Fürsorge für die deutschen Künstler wenigstens der drückendsten Not der Kunstschaffenden steuern sollte. Vor den Spitzen des deutschen Kulturlebens übergab Reichsminister Dr. Goebbels die Urkunde über die Stiftung dieser Spende und bestellte als Treuhänder für ihre Durchführung namhafte Vertreter der Bühnenkünstler, der Film- und Musikschaffenden, sowie der bildenden Künstler. Generalintendant Klöpfer überbrachte die Glückwünsche der Deutschen Schauspielerschaft und gab bekannt, daß aus den Mitteln der früheren Genossenschaft der Deutschen Bühnenangehörigen eine „Dr.-Joseph-Goebbels-Stiftung" im Betrage von 200000 RM. zugunsten alter, nicht mehr berufsfähiger Bühnenkünstler errichtet worden sei. Spende „Künstlerdank"

Nahm so die nationalsozialistische Regierung auf der einen Seite den schwersten sozialen Alpdruck von der Seele des schaffenden Künstlers, so räumte sie auf der anderen Seite mit einem Erbübel auf, unter dem das Kunstleben schon seit langer Zeit schwer gelitten hatte und von dem Dr. Goebbels bereits in seiner Rede bei der Festsitzung der Reichskulturkammer (am 1. Mai) gesprochen hatte (siehe weiter oben): mit der verantwortungslosen Kunstkritik. Da das Verbot der sogenannten „Nachtkritik" (d. h. der noch in der gleichen Nacht nach der Veranstaltung „hergestellten" Kritik) und die Mahnungen auf der Kritikertagung eine befriedigende Besserung nicht gezeitigt hatten, erließ der Abschaffung der Kunstkritik

Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 27. November eine Anordnung, durch die an Stelle der bisherigen Kunstkritik der Kunstbericht und an die Stelle des Kritikers der Kunstschriftleiter trat. Von nun an galten für die Kunstbesprechung folgende Bestimmungen: Zeichnung mit vollem Namen, Nachweis ausreichender Vorbildung auf dem betreffenden Kunstgebiet, Mindestalter von dreißig Jahren. Die Ausübung des Amtes des Kunstschriftleiters kann nur nach Eintragung in die Berufsliste der Deutschen Presse erfolgen, wozu die Genehmigung erst bei Erfüllung obiger Voraussetzungen erteilt wird.

Dritte Jahrestagung der Reichskulturkammer

Diese die Atmosphäre des Kunstlebens reinigende Maßnahme bildete das Leitmotiv zu der am 27. November in der Berliner Philharmonie stattfindenden Dritten Jahrestagung der Reichskulturkammer, welche diesmal gemeinsam mit der Jahrestagung der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" begangen wurde und über die bereits im 19. Abschnitt berichtet wurde.

Dritte Arbeitstagung des Reichskultursenats

Im Anschluß an die Jahrestagung der Reichskulturkammer trat am 29. November der Reichskultursenat, in den als neue Mitglieder der Staatsrat und Generalintendant am Deutschen Nationaltheater in Weimar, Pg. Dr. Hans Severus Ziegler und der Staatsschauspieler Emil Jannings berufen worden waren, zu seiner Dritten Arbeitstagung zusammen. Sie schloß sich insofern der Jahrestagung der Reichskulturkammer an, als sie das dort aufgeworfene Thema der Kunstkritik durch den stellvertretenden Pressechef der Reichsregierung, Ministerialrat Berndt, in seinem grundlegenden Referat beleuchtete und seine mannigfachen Ausstrahlungen in einer eingehenden Aussprache erschöpfend behandelte. Noch einmal umriß Dr. Goebbels die aktuellen Fragen des deutschen Kulturlebens. —

Nationalsozialistische Kulturarbeit

Nachdem durch die Maßnahmen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda das Fundament errichtet und das organisatorische Gerippe in Jahren mühseliger Arbeit und kühner Schöpfung aufgebaut worden war, konnte eine Entwicklung anheben, deren ferner Endpunkt in der restlosen tatsächlichen Einbeziehung des gesamten deutschen Volkes in das Kulturleben der Nation, sei es durch dankbare Hinnahme, sei es durch beglückendes Schöpfertum, besteht. Von dem festen Gefüge der Reichskulturkammer, der Einzelkammern, der Fachverbände, der Kulturorganisationen ging ein vielfältiger Reichtum kultureller Betätigung und Förderung aus. Ein entscheidendes Merkmal dieser Entwicklung ist darin zu erblicken, daß die nationalsozialistische Kulturarbeit mehr und mehr von den großen und bekannten Zentren der modernen Großstädte hinweg auch auf das weite Reich strebt, wo zum guten Teil jahrhunderte-, ja jahrtausendealte Volks-

kultur ihrer glanzvollen Wiedererstehung harrt. Anderseits kehren diese großstädtischen Kulturzentren sich entschieden und gründlich von dem flachen Kunstbetrieb einer entwurzelten vergangenen Epoche ab und vertiefen aus neuem Verantwortungsgefühl ihre seelischen Lebensäußerungen. Endlich überflutet der schöpferische Kulturwille des Nationalsozialismus die Dämme „fachlicher" Abgrenzungen und weckt in der Hitlerjugend, bei den Studenten, in der Deutschen Arbeitsfront, in der SA. usw. eine solche Fülle ernster und vielseitiger Kulturbetätigung, daß eine vollzählige Erfassung auch nur der wesentlichsten Erscheinungen für den beschreibenden Betrachter fast zu einem Ding der Unmöglichkeit wird und er sich darauf beschränken muß, die allgemeinen Entwicklungslinien herauszuarbeiten und die großen Höhepunkte herauszustellen.

Die große, das Volk in allen seinen Schichten kulturell erfassende Gemeinschaft, die **NS.-Kulturgemeinde**, hatte eine klare Aufwärtsentwicklung erfahren. Einen **Rechenschaftsbericht** über diese Aufbauarbeit gab der Reichsamtsleiter Pg. Dr. Stang beim **Generalappell des Ortsverbandes Groß-Berlin** (4. März) in der Deutschlandhalle vor 16000 Volksgenossen. Pg. Dr. Stang führte aus: NS.-Kulturgemeinde

„Der Aufbau der NS.-Kulturgemeinde beruht auf drei organisatorischen Grundprinzipien: auf der Einzelmitgliedschaft, der Freiwilligkeit und der regelmäßigen Teilnahme am kulturellen Leben. Während die NS.-Kulturgemeinde im Frühjahr 1933 einen Bestand von 6000 Mitgliedern in der 4-Millionenstadt Berlin zählte, stiegen die Mitgliederzahlen 1934 auf 16652, 1935 auf 33942 und jetzt auf 70000. Auf Grund dieser ständig wachsenden Mitgliederzahl konnte ein Veranstaltungsprogramm durchgeführt werden, das sowohl durch die Zahl als auch durch die Qualität des Gebotenen den gewaltigen Aufschwung des kulturellen Lebens bewies. Die Berliner Theater wurden mit 750000 Besuchern beschickt; durch fünf Kammermusik- bzw. Solistenabende, elf große Orchesterkonzerte und 120 Konzerte in Verbindung mit den Bildungsämtern in den einzelnen Bezirken Berlins wurde ein neuer Aufschwung des Berliner Konzertlebens bewirkt. Ständige Führungen und die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften in den staatlichen Museen erschlossen die dort aufgespeicherten Kunstschätze. In dem Ausstellungsgelände der NS.-Kulturgemeinde entwickelte die Amtsleitung ein planvolles Ausstellungsprogramm für Malerei, Plastik und für das bodenständige Kunsthandwerk. Eine Wanderausstellung „Schule und Volk" geht monatlich von Bezirk zu Bezirk. Die Dichterlesungen, die gemeinsam mit den zuständigen Bildungsämtern der Bezirke veranstaltet wurden, haben sich in der Reichshauptstadt durchgesetzt. Die Mitgliedschaft der „Kulturbuchreihe", die gemeinsam mit dem Parteiverlag herausgegeben wird, wuchs sprunghaft an. Stets wachsende Bedeutung bekamen auch die Veranstaltungen der Kulturgemeinde der Jugend, gebildet durch die HJ., für die nicht nur eigene Jugendvorstellungen aller Art stattfanden, sondern die in Laienspielen, offenen Singstunden, in der selbständigen Gestaltung ihrer Dichterabende, durch Sprechchöre und Lieder ihr eigenes kulturelles Leben **selbst** entwickelte und gestaltete."

Kulturarbeit der Jugend

Diese Kulturarbeit der Jugend ließ in der Tat im Jahre 1936 die selbstschöpferischen Kräfte der deutschen Jugend, unter Führung der Hitler-Jugend und der NS.-Kulturgemeinde der Jugend immer stärker in Erscheinung treten. Unter den Veranstaltungen, die Ausdruck dieser Entwicklung waren, sei insbesondere das Kulturpolitische Arbeitslager der Reichsjugendführung (1. bis 15. Juli in Heidelberg) genannt: Nachdem bereits im Jahre 1934 in Landeck und 1935 in Warnicken an der Samlandküste von Ostpreußen vom Kultur- und Rundfunkamt der Reichsjugendführung Lager junger Dichter, Musiker, Schriftsteller, Maler und aller sonstigen kulturschöpferischen Kräfte der jungen Generation veranstaltet worden waren, gelangte das diesjährige Lager in Heidelberg zur Durchführung, wo auch der Reichsjugendführer, Pg. Baldur von Schirach, und Reichsminister Pg. Dr. Goebbels sprachen. —

Woche der NS.-Presse

Auf dem Gebiet der deutschen Presse ist insbesondere die „Woche der NS.-Presse" (19. bis 26. Januar) zu erwähnen, in der eine aufrüttelnde, großzügige und erfolgreiche Werbeaktion für die Parteipresse durchgeführt wurde.

Lehrstuhl für ausländisches Pressewesen

Anfang April hielt der Leiter der Pressestelle im Außenpolitischen Amt der NSDAP., Dr. Bömer, dem der erste Lehrstuhl für das ausländische Pressewesen an der Universität Berlin übertragen worden war, seine Antrittsvorlesung über das Thema „Das Gesetz der Verantwortung in der Presse des Auslandes". Er stellte die deutsche Presse als ein Instrument des Volkes der französischen und angelsächsischen Presse gegenüber, die Gruppen-, Massen- oder Kundenzeitung ist, die sich entweder nach den Interessen der Anzeigenkunden oder den hinter ihr stehenden Finanzgruppen auszurichten hat.

Haus der NS.-Presse

Am 22. April fand die Einweihung des „Hauses der NS.-Presse" in Berlin (Charlottenstraße) statt, in dem sich jetzt außer der Geschäftsstelle des „Völkischen Beobachters" die Berliner Schriftleitungen aller Parteizeitungen aus dem Reich befinden. Reichspressechef Pg. Dr. Dietrich betonte in seiner Einweihungsrede, daß dieses Haus ein Symbol für ein großes Gemeinschaftswerk und Ausdruck dafür sei, daß die nationalsozialistische Presse aus eigener Kraft neue Wege fruchtbarer journalistischer Arbeit beschreite. Sodann legte er die Leitung in die Hände des Reichsamtsleiters Pg. Sündermann.

Neues Haus der Reichspresseschule

Zwei Tage später wurde in einem feierlichen Einweihungsakt das neue Haus der Reichspresseschule in Berlin-Dahlem seiner Bestimmung übergeben. Hauptschriftleiter Pg. Weiß begrüßte als Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Presse die Gäste und die Teilnehmer des vierten Lehrganges und stellte fest, daß Journalismus eine Kunst

ist, die nicht „gelernt" werden kann. Wir können nur feststellen, ob die Anlagen für den Beruf vorhanden sind, und diese Anlagen zielbewußt fördern und entwickeln. Der Nachwuchs der gesamten Presse soll durch diese Schule gehen, die anständige Charaktere, politische Menschen und tüchtige Journalisten erziehen will. Pg. Weiß überreichte die Schlüssel dem Leiter der Schule, Pg. **Meyer-Christian**.

Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitschriftenverlagswesens

Zu erwähnen ist ferner die am 30. April vom Präsidenten der Reichspressekammer, Reichsleiter Pg. Max Amann, erlassene „**Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitschriftenverlagswesens**", die das Reformwerk der deutschen Presse an Haupt und Gliedern fortführte und insbesondere die „Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens" vom 24. April 1935 (siehe Band 1935, Seite 215) sinngemäß ergänzte. Die neue Anordnung sollte u. a. dafür sorgen, daß die Abwälzung des verlegerischen Risikos ganz oder teilweise auf pressefremde Personen oder Einrichtungen in Zukunft unmöglich sein wird. Die deutschen Fachzeitschriften dürften nicht durch Großauflagen von Standeszeitschriften erdrückt werden, deren Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag zur betr. Standesorganisation bereits mit enthalten ist und denen gegenüber jeder Leistungswettbewerb aussichtslos ist.

Tagung der NS.-Presse

Auf der **Tagung der Hauptschriftleiter der NS.-Presse und der Presseamtsleiter** in München (24. Juni) stellte der Reichspressechef der NSDAP., Pg. Dr. Dietrich, die Aufwärtsentwicklung der NS.-Presse fest, sowohl hinsichtlich der Höhe der Auflagen als auch der redaktionellen und journalistischen Ausgestaltung. Sodann gab er die Grundsätze bekannt, nach denen in Zukunft die Nachwuchsauslese der Parteipresse erfolgen solle. (Nach Ablauf einer zweijährigen Ausbildung und Schulung in der praktischen Arbeit der Redaktionen eröffne sich den befähigten jungen nationalsozialistischen Journalisten der Weg zu einem führenden journalistischen Wirkungskreis.)

Arbeitstagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse

Die Nachwuchsfrage spielte auch auf der **Arbeitstagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse** (16. und 17. Juli im Haus der Deutschen Presse zu Berlin) eine bedeutende Rolle. Hauptschriftleiter Pg. **Weiß** gab die Einrichtung von Aufnahmeausschüssen bei den Landesverbänden bekannt, von denen künftig jeder Berufsanwärter geprüft wird, bevor er seine endgültige Zulassung als Schriftleiter erhält. —

Nationalsozialistische Filmpolitik

Marksteine nationalsozialistischer **Filmpolitik** in den vergangenen Jahren waren die Errichtung der Reichsfilmkammer, die Gründung der Filmkreditbank, die Abschaffung des Zweischlagerprogramms, die Regelung der Eintrittspreise, die Neuordnung der Filmauszeichnungen durch die Zensur, das Verbot des Vermittlungswesens, die Regelung

der Bedürfnisfrage, das Verbot unlauterer Werbemethoden, die Errichtung eines Darstellernachweises, soziale Einrichtungen für Filmschaffende, Filmfachschulen und vieles andere mehr. Die Folgen waren Wertsteigerung der Filmproduktion, Erhöhung der Besucherzahlen und wachsende Auswertungsmöglichkeiten auf dem deutschen Markt. Unter Führung des neuernannten Präsidenten der Reichsfilmkammer, Professor Dr. Lehnich, der um die Jahreswende aus seiner Stellung als württembergischer Wirtschaftsminister ausgeschieden war, schritt das Erneuerungswerk des deutschen Films auch im neuen Jahr unaufhaltsam und erfolgreich weiter.

Richtlinien zur Reorganisation des wirtschaftlichen und künstlerischen Schaffens

Nachdem durch Anordnung vom 15. Februar die Verwendung einheitlicher Eintrittskarten bestimmt und durch Anordnung vom 19. Februar die Länge der Filmrollen bei Normalfilmvorführungen auf 600 Meter begrenzt worden war, erließ der Präsident der Reichsfilmkammer, der es als seine vordringlichste Aufgabe nach der Uebernahme des neuen Amtes bezeichnete, dem deutschen Film eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu geben, am 31. März „Richtlinien zur Reorganisation des wirtschaftlichen und künstlerischen Schaffens“, die eine völlige Verlagerung der Filmindustrie und eine bedeutende Arbeitserleichterung für den Filmkünstler bezweckte. Professor Lehnich begründete diese Neuordnung vor der Presse damit, daß er als wesentlichstes Störungsmoment den planlosen, stoßweisen Ablauf der Filmproduktion ansah. (7 bis 8 Monate wurde in den Ateliers mit Ueberstürzung gearbeitet; in den übrigen 4 bis 5 Monaten befaßte sich niemand mit der Filmproduktion.) Nach den neuen Richtlinien wird die Filmherstellung auf das ganze Jahr verteilt, und zwar durch die Gewährung von Preisnachlässen bei der Atelierbenutzung in der sonst ruhigen Zeit, von Lizenzermäßigungen für die Tonaufnahmeapparaturen, von Krediterleichterungen bei der Filmfinanzierung, von Verbilligungen bei der Kopierarbeit usw. Auch für den schaffenden Künstler brachte die Neuordnung wesentliche Vorteile. Er erhielt Zeit zum Einleben in die Rolle und wurde von den unangenehmen Ueberschneidungen der Arbeit an Bühne und Film befreit. Zur Sicherung der Produktionsplanung in künstlerischer Hinsicht wurde darüber hinaus angeordnet, daß in Zukunft den Hauptdarstellern und dem Spielleiter bereits 10 Tage vor Drehbeginn der Drehbuchentwurf, aus dem Aufbau und Rollenführung des Films ersichtlich sein müssen, zugeleitet wird.

Filmarbeit der NSDAP.

Ueber die Filmarbeit der Partei sprach Reichsamtsleiter Pg. Neumann auf der Februar-Tagung der nationalsozialistischen Propagandisten in München. Aus der kleinen Reichsfilmstelle in der Berliner Hedemannstraße ist bei der Machtübernahme die Hauptabteilung IV

der Reichspropagandaleitung geworden, die unter Anpassung an den Parteiapparat eine Filmorganisation mit Landes-, Gau-, Kreis-, Orts- und Stützpunktfilmstellen und einem Mitarbeiterstab von 25000 Parteigenossen geschaffen hat.

Im Jahre 1935 wurden 121345 Filmveranstaltungen, davon 48615 als Schulfilmveranstaltungen, durchgeführt, die von 21767784 Volksgenossen, darunter 10 Millionen Kinder, besucht wurden. Ende 1935 standen 360 transportable Filmapparaturen und 253 Transportgeräte zur Durchführung der Aufgaben zur Verfügung.

Durch die Arbeit der Gaufilmstellen wurden unendlich viele Volksgenossen für den Film überhaupt erst gewonnen. Auch die in eigener Regie herausgebrachten Filme wie z. B. „Friesennot“ haben stärksten Widerhall gefunden.

Reichsfilmdramaturg Nierentz

Zum 1. April wurde eine Aenderung im Amte des Reichsfilmdramaturgen nötig, da der bisherige Träger dieses Amtes, Pg. Willi Krause, sich für den freien Künstlerberuf in der Filmproduktion entschied. Zu seinem Nachfolger wurde vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda der frühere Mitarbeiter des „Angriff“ und bisherige Mitarbeiter des Reichsfilmdramaturgen, Pg. Hans-Jürgen Nierentz, ernannt.

Tagung des Internationalen Verbandes der Filmpresse

Vom 18. bis zum 21. April tagte in Rom der Internationale Verband der Filmpresse (FIPRESCI) unter Beteiligung einer starken deutschen Delegation. Das Hauptergebnis bestand in der Gründung einer internationalen Vereinigung der Wochenschauleute, die Wochenschauoperateure, -redakteure und -sprecher umfaßt. Zum Präsidenten wurde der Belgier Henri Piron, zum Vizepräsidenten Pg. Hans Weidemann (der Vizepräsident der Reichsfilmkammer) bestellt. Als ihre Aufgabe wurde bezeichnet, keine Wochenschauen mehr herzustellen oder ihre Aufführung zu dulden, die geeignet sind, das gute Einvernehmen zwischen den Völkern zu stören. —

Der Farbfilm

Der nationalsozialistische Staat begnügte sich nicht mit dem Um- und Ausbau vorhandener Kulturinstrumente. So wie das Problem des Fernsehens durch deutschen Erfindergeist gelöst worden war, so steht das Problem des Farbfilms vor seiner Lösung. Am 17. Juni stattete Reichsminister Pg. Dr. Goebbels dem Schaltwerk Siemens einen Besuch ab, um sich über den neuesten Stand des Farbfilmversuchs zu unterrichten. Im Anschluß an die Vorführung eines neuen Farbkurzfilmes von Carl Froelich sprach Dr. Goebbels seine Anerkennung über die erreichten Fortschritte aus und ordnete an, daß die bisherigen Versuche einer breiteren Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. —

Internationaler Amateurfilmkongreß in Berlin

Der 2. Internationale Amateurfilmkongreß (vom 25. bis 29. Juli in Berlin), verbunden mit dem 5. Internationalen Wettbewerb um den besten Amateurfilm, an dem sich 15 Nationen mit ihren besten,

im nationalen Ausscheidungskampf ausgelesenen Filmen beteiligten, bewies auch auf diesem Gebiete die deutsche Spitzenleistung. Das Urteil des Preisgerichtes wurde zu einem Sieg des deutschen Amateurfilms, der von sieben ersten und sechs zweiten Preisen drei erste und einen zweiten Preis erringen konnte. —

Anordnung zur Sicherung des künstlerischen Filmschaffens

Durch die Richtlinien vom 31. März (siehe weiter oben) hatte der Präsident der Reichsfilmkammer bereits die größten Mißstände für die Filmkünstler, die sich aus der Ueberschneidung von Engagements ergaben, beseitigt. Um den Künstlern noch sicherer die nötige Ruhepause zwischen zwei Werken zu verschaffen, erging am 27. Juli die „Anordnung zur Sicherung des künstlerischen Filmschaffens", laut welcher die Spielleiter, die Kameraoperateure und die Hauptdarsteller Verträge über ihre Mitwirkung in abendfüllenden Spielfilmen nur in der Weise schließen dürfen, daß zwischen dem letzten Tage, zu dem sie vertraglich für einen Film zur Verfügung zu stehen haben, und demjenigen, an dem sie zur Aufnahme ihrer Tätigkeit für einen neuen Film verpflichtet sind, ein Zeitraum von mindestens zwei Wochen liegt. (Wenn es sich um einen Film handelt, der überwiegend auf Gesang aufgebaut ist, beträgt die Frist drei Wochen.)

Gesetz zur Erleichterung der Filmberichterstattung

An gesetzgeberischen Maßnahmen betr. den Film ist noch zu erwähnen das „Gesetz zur Erleichterung der Filmberichterstattung" (30. April):

> Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:
>
> Unternehmen, die von der Reichsfilmkammer zur Herstellung von Filmberichten über Tagesereignisse zugelassen sind, ist es gestattet, bei der Aufnahme solcher Berichte auch urheberrechtlich geschützte Werke, die im Verlauf der festgehaltenen Vorgänge für Auge und Ohr wahrnehmbar werden, auf die Bild- oder Schallvorrichtungen zu übertragen.
>
> Die Vorrichtungen dürfen für Zwecke der Filmberichterstattung vervielfältigt, verbreitet und zur öffentlichen Wiedergabe benutzt werden."

Gesetz über die Vorführung ausländischer Filme

und das „Gesetz über die Vorführung ausländischer Filme" vom 11. Juli, das die Regelung der Zulassung ausländischer Filme dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda übertrug.

IV. Internationale Filmkunstschau in Venedig

Zu einem Triumph deutschen Filmkönnens wurde die IV. Internationale Filmkunstschau in Venedig (10. bis 31. August), die auch von Reichsminister Pg. Dr. Goebbels besucht wurde. Luis Trenker erhielt für seinen Film „Der Kaiser von Kalifornien" den höchsten aller zu vergebenden Preise, den Mussolini-Pokal. Als bester dokumentarischer Film erhielt der Filmbericht über die Olympischen Winterspiele „Jugend der Welt", den die Reichspropagandaleitung der NSDAP., Amtsleitung Film, unter der künstlerischen Oberleitung des Vizepräsidenten der Reichsfilmkammer, Hans

Weidemann, hergestellt hatte, den Luce-Preis, während der Film „Schlußakkord“ durch Verleihung des Preises des Theaterinstituts als bester Musikfilm geehrt wurde. Die Spielfilme „Ave Maria“ und „Verräter“, sowie die Kunst- und Lehrfilme „Metall des Himmels“, „Ein Meer versinkt“ und „Die Kamera fährt mit“ wurden mit Medaillen ausgezeichnet. Deutschland erhielt damit die höchste Zahl von Preisen und das filmische Aufbauwerk der nationalsozialistischen Regierung eine Rechtfertigung, wie sie glänzender und überzeugender kaum gedacht werden konnte.

Internationale Filmkammer

Im Rahmen dieser Filmkunstschau fanden in Venedig mehrere internationale Filmtagungen statt. Unter dem Vorsitz des im Juli einstimmig zum Präsidenten der Internationalen Filmkammer ernannten Professors Dr. Lehnich trat der Vollzugsausschuß der Internationalen Filmkammer zu einer Arbeitstagung zusammen, auf der Professor Lehnich die völkerverbindende Rolle des Films, das Urheberrecht und das Fernsehen behandelte. Daran schloß sich die Jahrestagung der „Fédération Internationale des Associations de Cinemas“ (Internationale Filmtheaterbesitzer-Vereinigung), unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Fritz Bertram (Deutschland), auf der beschlossen wurde, allen Mitgliedsstaaten die Einführung des Einschlagerprogramms nahezulegen. —

Oskar Meßter 70 Jahre alt

Der 70. Geburtstag von Oskar Meßter (am 21. November), dem Begründer der deutschen Film- und Kinoindustrie, gab dem Präsidenten der Reichsfilmkammer Gelegenheit, in einer Festsitzung die Verdienste dieses Mannes zu würdigen, dem der Uebergang von der Photographie zur Kinematographie, das regelmäßige Ablaufen des Bildstreifens, die ersten Vorführungsgeräte, der erste Tonfilm, die Wochenschau und vieles andere aus dem Filmleben zu verdanken ist. —

Bühnenbildwesen

Aus dem Gebiet des Theaters ist die (Anfang Januar erfolgte) Berufung des bekannten Bühnenbildners Benno von Arent in das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu erwähnen (um im Einvernehmen mit der Reichstheaterkammer für eine einheitliche Ausrichtung des deutschen Bühnenbildwesens zu sorgen) — ferner die Anfang April dadurch erfolgte Erweiterung des Wirkungskreises der Reichstheaterkammer, daß neben der Reichsfachschaft Bühne und der Reichsfachschaft Artistik eine neue Abteilung der Kammer, die „Reichsfachschaft Tanz“ errichtet wurde, deren Leitung August Bürger übertragen wurde.

Regelung des Bühnennachweises

Durch Anordnung des Präsidenten der Reichstheaterkammer vom 9. März fand die Frage des Bühnennachweises ihre Regelung.

Der Bühnennachweis wurde zur allein befugten Stelle zur Vermittlung von Bühnendienstverträgen aller Art erklärt. Seine Inanspruch-

nahme setzt Mitgliedschaft in der Fachschaft Bühne und den Nachweis der Vermittlungsfähigkeit voraus. (Die Bühnenleiter können Bühnendienstverträge auch unmittelbar abschließen, jedoch müssen sie derartige Vertragsabschlüsse dem Bühnennachweis melden und alle offenen Stellen dort unverzüglich bekanntgeben.) Ein Sonderbeitrag von 2% des Arbeitsentgeltes, wovon je die Hälfte der Bühnenangehörige und der Theaterveranstalter trägt, wird durch die Reichstheaterkammer für die Zwecke des Bühnennachweises, sowie für die Berufsberatung und die Betreuung des Nachwuchses einbehalten.

Reichstheaterfestwoche

Die Reichstheaterfestwoche des Jahres 1936 fand in München (vom 10. bis zum 17. Mai) statt. Ihre glanzvolle Durchführung machte der Hauptstadt der Bewegung und der Stadt der deutschen Kunst alle Ehre. Im Rahmen der Reichstheaterfestwoche hielt die Fachgruppe 1 der Fachschaft Bühne eine Tagung ab, die Ministerialrat Pg. Dr. Schlösser mit einer Ansprache eröffnete. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen von Ministerialrat Pg. Dreßler-Andreß über die durch die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" geleistete Kulturarbeit:

Kulturarbeit der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"

Im Jahre 1935 wurden 46750 künstlerische Veranstaltungen, darunter 10000 Schauspielabende, 1500 Opernabende, 3000 Konzerte, 7000 volkstümliche Musikabende, 8000 Museumsführungen, 10000 Filmvorführungen, 15000 Bunte Abende und 7000 Dorfabende veranstaltet.

Reichsfestspiele in Heidelberg

Ebenso wie die Reichstheaterfestwochen sind die Reichsfestspiele in Heidelberg zur festen Tradition des deutschen Theaterlebens geworden. Auch in diesem Jahr fanden sie unter der Schirmherrschaft von Reichsminister Pg. Dr. Goebbels im Heidelberger Schloßhof statt (vom 12. Juli bis 30. August) — als Höhepunkt und Ansporn der sommerlichen Freispielzeit.

Internationale Tanzfestspiele

Erwähnung verdienen ferner die „Internationalen Tanzfestspiele", die sich zu einer vielfarbigen und doch durch das leidenschaftliche Streben nach vollendetem Ausdruck zur Einheit geformten Schau der Tanzkunst in den verschiedenen Ländern gestalteten. Sie fanden vom 15. bis zum 31. August im Theater am Horst-Wessel-Platz zu Berlin als Auftakt zu den XI. Olympischen Spielen statt.

Künstlerehrungen

Ministerpräsident Hermann Göring, der sich von Anbeginn auch dem Neubau des deutschen Theaters gewidmet hatte, ehrte auch im Jahre 1936 eine Reihe bekannter Bühnenkünstler und damit den ganzen Berufsstand. Er ernannte den Intendanten des Preußischen Staatlichen Schauspielhauses, Gustaf Gründgens, angesichts seiner Verdienste um die darstellende Kunst, besonders wegen der Emporhebung des Preußischen Staatlichen Schauspielhauses zur führenden Bühne Deutschlands, und den Generalintendanten Tietjen in Würdigung seiner Verdienste um die Bayerischen Festspiele zu preußischen Staatsräten. Außerdem ernannte er Käthe Dorsch, Käte Gold und Emil

Jannings in Anerkennung ihrer hervorragenden Leistungen an den Preußischen Staatsschauspielen zu Staatsschauspielern.

Ein wichtiges Ereignis des deutschen Theater- und Musiklebens bildete die durch Gauleiter Staatsminister Wagner im Einvernehmen mit Ministerpräsident Göring und Reichsminister Dr. Goebbels am 5. September erfolgte Berufung des Berliner Staatsoperndirektors Clemens Krauß als künstlerischen Leiter der Bayerischen Staatsoper. Er wurde vom Führer zum künftigen künstlerischen Leiter des neuen großen Opernhauses, dessen Bau beschlossen ist, ausersehen. Sein Sonderauftrag ging dahin, bis zur Fertigstellung des Theaterbaues ein Opernensemble zu schaffen, das in der Gestaltung der Aufführungen jenen Grad der Vollkommenheit erreichen soll, der der idealen Bestimmung des neuen Hauses gerecht zu werden vermag.

Altersversorgung der Schauspieler

In Ergänzung der Stiftung „Künstlerdank" (siehe weiter oben) ging Reichsminister Pg. Dr. Goebbels nunmehr daran, eine Altersversorgung der Schauspieler zu schaffen. Die Presse konnte darüber am 6. November melden:

> Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, hat gemäß seiner Ankündigung aus Anlaß der Errichtung der Stiftung „Künstlerdank" in Höhe von 2 Millionen Reichsmark nunmehr angeordnet, daß sofort eine grundlegende Neuordnung der sozialen Fürsorge für die deutschen Schauspieler, insbesondere hinsichtlich einer ausreichenden Altersversorgung, in Angriff genommen werden soll. Mit der Durchführung dieser Aufgaben hat Reichsminister Dr. Goebbels den Schauspieldirektor Ludwig Körner beauftragt, der zu diesem Zwecke in die Reichstheaterkammer entsandt wird und dort die Bearbeitung aller sozialen Angelegenheiten übernimmt.

Die städtischen Musikbeauftragten

Auf dem Gebiet der Musik ist neben zahlreichen wertvollen Musikfesten und -veranstaltungen insbesondere die Ausgestaltung des im Vorjahre geschaffenen Amtes des „städtischen Musikbeauftragten" (siehe Band 1935, Seite 228) hervorzuheben. Da sich die Einrichtung städtischer Musikbeauftragter in Gemeinden über 5000 Einwohnern bewährt hatte, wurde im April mit Genehmigung des Reichsministers des Innern zwischen dem Geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Gemeindetages, Dr. Kurt Jeserich, und dem Präsidenten der Reichsmusikkammer, Professor Dr. Peter Raabe, ein förmlicher Vertrag geschlossen, der die Rechtsgrundlage für die Einsetzung und die Befugnisse der Musikbeauftragten schuf. Die Musikbeauftragten üben ihr wichtiges Amt nunmehr gestützt auf eine sichere Rechtsgrundlage aus. Sie werden gleichzeitig als gemeindliche Ehrenbeamte und als Beauftragte der Reichsmusikkammer eingesetzt. Der Leiter der Gemeindeverwaltung ernennt den Musikbeauftragten, nachdem das Einvernehmen des Präsidenten der Reichsmusikkammer feststeht. Auf Grund einer Verfügung des Stellvertreters des Führers wurde auch

die Mitarbeit aller Parteistellen bei dieser neuen Einrichtung gesichert.

Ueber den Aufgabenkreis und die Vollmachten der Musikbeauftragten sagt die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Gemeindetag und der Reichsmusikkammer folgendes:

> Der Musikbeauftragte beruft einen Konzert-Beirat, der aus den Leitern des gemeinnützigen und berufsmäßigen Konzertwesens besteht. In diesem Beirat werden schon im Sommer die Konzertveranstaltungen der Spielzeit besprochen und nach Zeit und Plan aufeinander abgestimmt. Die Konzertveranstalter sind im übrigen verpflichtet, ihre Pläne umgehend dem Musikbeauftragten zu melden, der dafür haftet, daß die Konzerte sich in den Gesamtplan organisch einbauen. Fügt sich ein Konzertveranstalter etwaigen Bedenken des Musikbeauftragten nicht, so kann der Musikbeauftragte das Verbot der Veranstaltung bei der Reichsfachschaft Konzertwesen beantragen.

Bayreuther Festspiele

In Anwesenheit des **Führers** begannen am 19. Juli die **Bayreuther Festspiele** mit einer Aufführung von Wagners „Lohengrin" unter der Leitung **Furtwänglers**. Wie im vergangenen Jahr übertrug der Rundfunk in einer Weltsendung diese große Offenbarung des deutschen Genius. Es folgte dann der ganze „Ring der Nibelungen". Die zweite Folge der Bayreuther Bühnenfestspiele begann am 19. August mit einer Aufführung des „Parsival". Bei dieser und allen weiteren Aufführungen feierten Furtwängler als Dirigent, Generalintendant Staatsrat **Tietjen**, **Pretorius** als Bildgestalter und die besten deutschen Wagnerdarsteller beispiellose Triumphe. —

Die Ausstellungen des Jahres 1936

Unter den kulturellen Leistungen des neuen Deutschlands seien nicht vergessen die verschiedenen großen **Ausstellungen**. Sie waren neben ihrem unmittelbaren Zweck, der den verschiedensten, meist wirtschaftlichen Bedürfnissen diente, zugleich durch Form und Geist Ausdruck völkischen Kulturwillens. (Wenn im Jahre 1935 neun Ausstellungen am Kaiserdamm in Berlin an 163 Ausstellungstagen insgesamt 3190000 Besucher zählen konnten, so ist diese Rekordziffer zweifelsohne auf die neuartige, lebendige, aus nationalsozialistischem Geiste geborene Ausstellungsform zurückzuführen.) Auch das Jahr 1936 brachte eine Reihe von solchen willensgetragenen und willensformenden Ausstellungen, wie die Ausstellung zur „Grünen Woche" (siehe 18. Abschnitt), die Internationale Automobil-Ausstellung (siehe 2. Abschnitt), die Große Wassersport-Ausstellung, die Ausstellung „Die deutsche Gemeinde" (siehe 17. Abschnitt), die Olympische Kunst-Ausstellung, die Große Deutsche Rundfunk-Ausstellung, die Jahresschau für das Gastwirts-, Hotelier-, Bäcker- und Konditorengewerbe und die Deutsche Weihnachtsschau am Funkturm.

Ausstellung „Deutschland"

Den geistigen **Mittelpunkt** und die gestalterische Höchstleistung brachte die **Ausstellung „Deutschland"** vom 18. Juli bis zum

16. August, die den ausländischen Olympiabesuchern einen lebendigen Eindruck unseres Vaterlandes vermittelte. Sie zeigte alle wesentlichen Gebiete, die am Bau der Volksgemeinschaft mitbeteiligt sind, wie Jugenderziehung, Siedlung, Wirtschaft, Bauerntum, soziale Hilfe, politische Schulung, Staatsführung; sie veranschaulichte weiterhin die Verbundenheit von Mensch, Landschaft und Kultur und schilderte endlich in einer Sonderschau „Berlin — das Schaufenster des Reiches" die Rolle Berlins als Hauptstadt im Leben des Reiches. Die Eröffnung fand am 18. Juli durch Reichsminister Pg. Dr. Goebbels statt, der die Monumentalausstellung mit Recht als Zeugnis für den neuerwachten Lebenswillen der Nation und als Schau der deutschen Leistung bezeichnete.

Die Olympischen Kämpfe (siehe 12. Abschnitt) gaben dem Jahr 1936 ihr Gepräge. Wenn auch die eigentlichen sportlichen Kämpfe der besten Athleten der Welt im Mittelpunkt standen, so zog die Idee dieses friedlichen Wettstreites der Nationen naturgemäß alle übrigen Lebensgebiete in ihren Bann, um so mehr, als im Rahmen der Olympischen Spiele auf deutsche Anregung dem Ringen der Geister ebenfalls entsprechender Raum gewährt worden war.

Festkundgebung der Reichsschrifttumskammer

Den musischen Auftakt bildete eine festliche Kundgebung der Reichsschrifttumskammer in der Krolloper am 22. Juli. Der Präsident der Reichsschrifttumskammer, Staatsrat Hanns Johst, stellte fest, daß im Deutschland Adolf Hitlers Leib und Seele wieder eine organische, harmonische und gesunde Einheit geworden seien, in der sich kein Teil des anderen zu schämen brauche. Das Gesunde sei heroischer Befehl und der gesunde Körper gebe dem Begriff vom Heldischen neue Form und neue Gestalt.

Olympischer Kunstwettbewerb

Bei der Preisverteilung im Olympischen Kunstwettbewerb erhielt Deutschland nicht weniger als fünf goldene, fünf silberne und zwei bronzene Medaillen.

Die goldene Medaille für städtebauliche Entwürfe erhielt der Architekt March für den Entwurf des Reichssportfeldes, die silberne Medaille für Rundplastiken der Bildhauerkunst Arno Breker für „Zehnkämpfer", die Goldmedaille für Reliefs Emil Sutor für „Hürdenläufer", auf dem Gebiet der Musik Professor Paul Höffer für den „Olympischen Schwur" die Goldmedaille und Professor Kurt Thomas die Silbermedaille für die „Kantate zur Olympiade 1936", eine Goldmedaille Werner Egk für seine „Olympische Festmusik"; die Goldmedaille für Literatur Felix Dhünen für sein lyrisches Werk „Der Läufer", die Silbermedaille Wilhelm Ehmer für „Um den Gipfel der Welt".

Beendigung des Schallplattenprozesses

Aus dem Gebiet des Rundfunkwesens ist zu berichten, daß der Schallplattenprozeß (siehe Band 1935, Seite 226 bis 227) seine endgültige Erledigung fand. Gegen die gerichtliche Entscheidung vom 28. Mai 1935 hatten beide Parteien, sowohl die Reichsrundfunkgesell-

schaft wie die Schallplattenindustrie, Berufung eingelegt. Die Berufungsverhandlung endigte am 10. Februar mit dem gleichen Ergebnis: daß nämlich der Rundfunk musikbespielte Platten unentgeltlich und ohne besondere Genehmigung spielen darf, während er zur Aufführung von Sprechplatten die Genehmigung der betreffenden Herstellerfirma einholen muß. Daraufhin gab am 2. März der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda die Anweisung, die Sendungen von Musikschallplatten in angemessenem Umfange wieder aufzunehmen. —

13. Große Rundfunkausstellung

Infolge der Olympischen Spiele konnte in diesem Jahr die Eröffnung der 13. Großen Rundfunkausstellung, die nach den Worten des Staatskommissars Pg. Lippert „ein Panorama des deutschen Funkwesens" gab, erst am 28. August erfolgen. Reichsminister Pg. Dr. Goebbels würdigte zunächst die einzigartige Leistung des Olympiasenders:

> In 28 Sprachen haben 140 Sprecher, davon 70 Ausländer, täglich gesendet. In 16 Tagen hat man 3000 Berichte, und zwar 500 über die deutschen und 2500 über die ausländischen Sender gesandt. Allein 10000 Platten sind in den Hauptsprachen der Welt aufgenommen worden. — Die Besucherzahl der Rundfunkausstellungen ist von 114000 Menschen im Jahre 1933 auf 480000 im Jahre 1935 angewachsen.

Pg. Dr. Goebbels gab dann u. a. einen Ueberblick über die Steigerung im Absatz der Rundfunkgeräte und der Zahl der im Rundfunk angestellten Personen, sowie über die durch den Hörerzuwachs verursachte Erhöhung der Honorar- und Sendegebühren von jährlich 9,5 auf 17 Millionen Mark. —

NS.-Bibliographie

Hinsichtlich des Arbeitsgebiets des deutschen Schrifttums sind zwei wesentliche Verfügungen über die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums und die von ihr herausgegebene NS.-Bibliographie zu erwähnen. Die erste dieser beiden Verfügungen wurde am 6. Januar vom Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, erlassen, um das Parteilektorat straffer zusammenzufassen und eine Auswertung seiner Prüfungsarbeit durch eine NS.-Bibliographie zu veranlassen. Die Verfügung lautet:

> „Im Zuge des Ausbaues der Arbeit der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums ordne ich an:
>
> Die Parteiamtliche Prüfungskommission kann innerhalb ihres Arbeitsgebietes, das ist die Prüfung des nationalsozialistischen Schrifttums, die Herstellung der NS.-Bibliographie und die Aufstellung des für ihre Arbeiten notwendigen parteiamtlichen Lektorats, Parteidienststellen oder einzelne Parteigenossen mit bestimmten Aufgaben betrauen. Die Ausführung dieser Aufträge gilt als wichtiger Parteidienst und ist dementsprechend in allen Fällen schnell und sorgfältig zu erledigen.

Dem Vorsitzenden der Parteiamtlichen Prüfungskommission bleibt es im einzelnen überlassen, in welcher Form er Parteidienststellen oder Parteigenossen zur Mitarbeit heranzieht."

Und der Vorsitzende der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums, Pg. **Bouhler**, erließ am 30. April folgende Verfügung:

„Ich sehe mich veranlaßt, im Zusammenhang mit dem nunmehrigen Erscheinen der **NS.-Bibliographie**, die in monatlichen Folgen allen Dienststellen der Partei und der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht wird, und mit Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Arbeiten der Zusammenfassung, Sichtung und Ordnung des nationalsozialistischen Schrifttums folgendes anzuordnen:

Einzelzusammenstellungen über nationalsozialistisches Schrifttum von Personen und Dienststellen der Partei außerhalb des Rahmens der Nationalsozialistischen Bibliographie sind nicht mehr gestattet.

Soweit es erforderlich ist, aus dem Bereich des nationalsozialistischen Schrifttums zu besonderen Zwecken Sonderzusammenstellungen zu machen, ist Vorsorge getroffen, daß dies in Form von Sonderheften der NS.-Bibliographie geschehen kann. In der Regel geschieht die Bearbeitung solcher Sonderhefte durch die mit der verantwortlichen Führung des betreffenden Dienstbereichs betrauten Dienststellen der Partei.

Soweit Ausnahmen von dieser Regelung notwendig sind, werden sie durch mich persönlich entschieden.

Alle Verzeichnisse über nationalsozialistisches Schrifttum erscheinen ausschließlich im Parteiverlag."

Reichsschulungslehrgang für die Gauschrifttumsbeauftragten

Zur weltanschaulichen und klaren schrifttumspolitischen Ausrichtung fand vom 11. bis zum 16. Mai in der Gauschule Rissen bei Hamburg ein **Reichsschulungslehrgang für die Gauschrifttumsbeauftragten**, die Vorlektoren der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums und die Geschäftsführer der Landesdienststellen statt. Der Leiter des Amtes Schrifttumspflege in der **Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums**, Pg. **Hans Hagemeier**, gab dem Lehrgang die Blickrichtung, indem er feststellte, daß der Dienst am Schrifttum nicht vom Standpunkt des einzelnen, sondern von dem der Mannschaft aus betrachtet werden muß.

XI. Internationaler Autorenkongreß in Berlin

An dem **XI. Internationalen Autorenkongreß** (28. September bis 3. Oktober), der in Berlin unter der Schirmherrschaft von Reichsminister Pg. Dr. **Goebbels** und unter dem Vorsitz des italienischen Propagandaministers **Dino Alfieri** tagte, nahmen die Vertreter von 17 Nationen teil. Staatssekretär **Funk** als Vertreter der Reichsregierung schilderte bei der Eröffnung die hervorragende Rolle, die der Rechtsschutz der geistigen Arbeit in der Gesetzgebung des nationalsozialistischen Staates einnehme, und Reichsminister Dr. **Goebbels** versicherte bei dem späteren Bankett, daß die Beschlüsse des Kongresses im Reiche verwirklicht werden, weil Deutschland gewillt ist, dem geistigen Arbeiter Schutz und inneren Halt zu geben.

Woche des Deutschen Buches

Die diesjährige Woche des Deutschen Buches (25. Oktober bis 1. November) brachte wieder einen großen Werbefeldzug für das deutsche Buch. Elf Millionen Auswahlverzeichnisse gelangten zur Verteilung, die den buchfremden Menschen die Möglichkeit einer Kenntnis und Auswahl vermittelten. Presse, Film und Rundfunk stellten sich in den Dienst des deutschen Buches, Buchausstellungen und Dichterlesung warben für das wertvolle Schrifttum. In einem feierlichen Staatsakt in Weimar am 25. Oktober eröffnete Reichsminister Pg. Dr. **Goebbels** die Buchwoche. Er stellte fest, daß mit der erfolgten Auflösung des Bundes Reichsdeutscher Buchhändler und der Eingliederung in die Reichsschrifttumskammer die Organisation des deutschen Schrifttums in der Reichskulturkammer nunmehr endgültig zum Abschluß gekommen sei. Die Vereinheitlichung der Kräfte im Dienst gemeinsamer Ziele habe ihre Erfolge gezeitigt, denn die wirtschaftliche Belebung des Buchhandels halte an.

Dritte Reichsarbeitstagung der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums

Vom 19. bis zum 22. November gelangte die **Dritte Reichsarbeitstagung der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums** zur Durchführung. Ihren Charakter erhielt sie durch die Ausrichtung auf ein besonderes Gebiet des deutschen Schrifttums: die Wissenschaft — da die Tagung der wissenschaftlichen Lektoren mit dieser Reichsarbeitstagung verbunden wurde.

Im Rahmen der Reichstagung fand ein Empfang deutscher Verleger und Autoren durch die Reichsstelle mit einem Referat von Pg. Dr. Payr über Sichtung und Wertung des Schrifttums, sowie insbesondere die Eröffnung der Ausstellung „**Das politische Deutschland**" in der Preußischen Staatsbibliothek durch Reichsleiter Pg. Alfred **Rosenberg** statt. —

Bildende Kunst

Die bildende Kunst diente dem Führer, seiner Bewegung und seinem Staat in besonderem Maße als geistiger Ausdruck seiner Idee. Immer von neuem gab er hier schöpferische und weitschauende Anregungen. So teilte der bayrische Staatsminister Pg. **Wagner** am 21. April auf einer Münchener Pressekonferenz mit, daß der Führer in **München** den Neubau einer **Großen Oper**, die die schönste Oper der Welt werden solle, befohlen habe. Die Pläne nahmen nach seinen Mitteilungen immer festere Gestalt an.

Gegen Ende November vollzog sich im Präsidium der Reichskammer der bildenden Künste ein Wechsel: Die Stelle des Präsidenten übernahm der bisherige Stellvertreter Professor Adolf **Ziegler**. —

Kulturelle Beziehungen zum Ausland

Wie wenig das Dritte Reich bei aller Verwurzelung im eigenen Wesen gesonnen war, der Umwelt starr und engherzig gegenüber zu verharren, wie im Gegenteil das völkische **Selbstbewußtsein** gerade Voraussetzung für wahres Verständnis **fremder Volksarten** ist,

bewiesen die mannigfachen Kulturbrücken, die nationalsozialistischer Kulturwille zu anderen Völkern schlug. — So gestaltete sich die auf Einladung der Finnischen Regierung in Erwiderung der vorjährigen Finnischen Ausstellung veranstaltete Deutsche Kunstausstellung in Finnland mit Werken von lebenden Künstlern sowie von Meistern des vorigen Jahrhunderts zu einem großen Erfolg und zu einer Besiegelung deutsch-finnischer Freundschaft. — Im Zeichen von Olympia und aus Anlaß des griechischen Nationalfeiertages veranstaltete die Reichsrundfunkgesellschaft Berlin am 25. März einen deutsch-griechischen Abend, auf dem Reichsleiter Rosenberg und der griechische Gesandte Rizo-Rengabé die tiefe innere Verbundenheit des griechischen und des deutschen Volkes feierten. — Trotz gegensätzlicher Auffassungen auf dem Gebiete der Politik spannen sich auch Verbindungsfäden zwischen Deutschland und Frankreich auf kulturellem Gebiet. So sprach Professor Bäumler in Paris am 31. März über „Hölderlin" und am 1. April über das Thema „Deutscher Geist und nationalsozialistischer Geist sind eins" und dirigierte Furtwängler vor ausverkauftem Haus und unter großem Beifall am 20. Mai in der Großen Pariser Oper „Die Meistersinger" in deutscher Besetzung. — Am 24. Mai traf der ungarische Kultusminister Dr. Homann zu einem mehrtägigen Besuch ein, der mit der Unterzeichnung eines Deutsch-Ungarischen Kulturabkommens (durch die Reichsminister Pg. Dr. Goebbels und Pg. Rust für Deutschland und Kultusminister Dr. Homann für Ungarn) seinen bedeutsamen Abschluß fand. — Am 23. Oktober kam in Ergänzung und Auswirkung dieses Abkommens in Berlin zwischen einer ungarischen Delegation und dem Präsidenten der Reichsfilmkammer eine Verständigung über den Abschluß eines Filmabkommens zustande. — Im November feierte die Dresdner Staatsoper bei ihren Gastspielen in London glänzende Triumphe, während das Londoner Philharmonische Orchester unter seinem Dirigenten Sir Thomas Beecham bei seinem Konzert in Anwesenheit des Führers und des Reichsministers Dr. Goebbels einen großen Erfolg davontrug. — Weitgehende Uebereinstimmung über enge politische, wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Italien und Deutschland auf dem Gebiet des Films erzielte Professor Dr. Lehnich bei seinen Verhandlungen in Rom Anfang November. — Ebenso wurde in Warschau Ende November mit den verantwortlichen Filmmännern Polens die Frage des Ausbaus des deutsch-polnischen Filmaustausches besonders in ihrer kulturpolitischen Bedeutung eingehend besprochen. —

Kulturkreis der SA.

Im Rahmen der weltanschaulichen Bedeutung und Arbeit der SA. schuf der Stabschef Pg. Lutze mit Wirkung vom 19. Februar den

Kulturkreis der SA. als kulturelle und künstlerische Kampfkameradschaft, in die er berief:

1. Oberführer Franz Moraller, Berlin.
2. Brigadeführer Josef Berchtold, München.
3. Obersturmbannführer Gerhard Schumann, Stuttgart.
4. Obersturmführer Herbert Böhme, München.
5. Oberscharführer Herybert Menzel, Tirschtiegel.
6. Obertruppführer Lembeck, München.
7. Standartenführer Schaudinn, Berlin.
8. Sturmbannführer Götz Otto Stoffregen, Berlin.
9. SA.-Mann Dietrich Lober, München.
10. Truppführer Schloberer, München.
11. Pg. Heinrich Anacker, Berlin.
12. Obertruppführer Hans Duffner, Hugstetten i. Breisgau.
13. Obertruppführer Dr. Hans Volz, Berlin.
14. Brigadeführer Giesler, Oldenburg.
15. Truppführer Hans Schlenck, München.
16. Oberscharführer Helmuth Hansen, Berlin.

(Die erste Arbeitstagung dieses Kreises fand am 7. und 8. März in Berlin statt.) —

Der Naturschutz

Ausdruck der inneren Kultur eines Volkes und eines Staates ist auch ihre Einstellung zur Natur. Hatte der nationalsozialistische Staat bereits mit dem „Reichsnaturschutzgesetz" vom 26. Juni 1935 (siehe Band 1935, Seite 56 bis 57) bahnbrechend gewirkt, so ging er nun auf dem beschrittenen Wege folgerichtig weiter. Unter den ergänzenden Maßnahmen sei die „Verordnung zum Schutze der wild wachsenden Pflanzen und der nicht jagdbaren wild lebenden Tiere" vom 18. März genannt und das am 1. Dezember erlassene „Zweite Gesetz zur Aenderung und Ergänzung des Reichsnaturschutzgesetzes", in dem es u. a. heißt:

> Die Oberste Naturschutzbehörde kann für solche Grundflächen, auch für geschlossene Ortschaften und sonstige bebaute Flächen, an Stelle der Enteignung die für Naturschutzgebiete vorgesehenen Sondermaßnahmen treffen. Sofern die Maßnahmen eine Beschränkung des Bauens enthalten, ist das Einverständnis des Reichsarbeitsministers erforderlich.

Die Erhaltung der Naturschönheiten ist gerade im Rahmen der intensiven Bewirtschaftung eines Raumes nicht zuletzt auch eine kulturelle Verpflichtung gegenüber der Zukunft.

22. Abschnitt:

Das Gesetz der Hitlerjugend

Der 1. Dezember 1936, der eine solche Fülle von bedeutenden Gesetzen gebracht hat wie die im 16. Abschnitt behandelten („Gesetz gegen Wirtschaftssabotage", „Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen", die verschiedenen Gesetze zur Realsteuerreform), außerdem das „Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin" (siehe 17. Abschnitt) und das „Gesetz über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes" (siehe 19. Abschnitt), brachte vor allem auch noch ein Gesetz von grundlegender Bedeutung — das „Gesetz über die Hitlerjugend": Gesetz über die Hitlerjugend

„Von der Jugend hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muß deshalb auf ihre künftigen Pflichten vorbereitet werden.

Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammengefaßt.

§ 2

Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen.

§ 3

Die Aufgabe der Erziehung der gesamten deutschen Jugend in der Hitlerjugend wird dem Reichsjugendführer der NSDAP. übertragen. Er ist damit „Jugendführer des Deutschen Reiches". Er hat die Stellung einer Obersten Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin und ist dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellt.

§ 4

Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Führer und Reichskanzler."

In diesem Gesetz ist ein Teil der nationalsozialistischen Bewegung, die Hitlerjugend, gleichzeitig zu einer Einrichtung des Reiches geworden. Rechtlich besonders beachtlich ist die Tatsache, daß hier zum erstenmal die Betrauung mit einem Amt der NSDAP. (Reichsjugendführer der NSDAP.) gesetzliche Voraussetzung für die Betrauung mit einem staatlichen Amt (Jugendführer des Deutschen Reiches) geworden ist —

eine Tatsache, die eine besonders starke Verbindung von Partei und Staat zum Ausdruck bringt.

So tritt neben Schule und Elternhaus als selbständiger Erziehungsfaktor die Hitlerjugend. Der Reichsjugendführer der NSDAP. hat als Jugendführer des Deutschen Reiches die Ermächtigung erhalten, die ganze deutsche Jugend zum Dienst in der Hitlerjugend heranzuziehen.

Der Reichsjugendführer der NSDAP., Pg. Baldur von Schirach, der langjährige Führer der Hitlerjugend und ihr Gestalter in ihrer heutigen Form, bereits am 17. Juni 1933 zum „Jugendführer des Deutschen Reiches" ernannt (siehe Band 1933, Seite 199), erhielt dieses Amt nun in einer neuen, umfassenderen Form — entsprechend der von ihm in der deutschen Jugend geschaffenen Einheit. Das Gesetz hat als bedeutendes Merkmal noch die Tatsache, daß der Jugendführer des Deutschen Reiches dem Führer und Reichskanzler unmittelbar — ohne Zwischenschaltung eines Ministeriums — unterstellt ist, und bringt damit den Willen Adolf Hitlers zum Ausdruck, angesichts der gewaltigen Bedeutung der deutschen Jugenderziehung persönlich und direkt mit der Hitlerjugend, ihrem Führer und ihrer Gestaltung in Verbindung zu stehen.

Erklärung des Jugendführers des Deutschen Reiches

Am Tage nach dem Erlaß des „Gesetzes über die Hitlerjugend" — am 2. Dezember — sprach vor Vertretern der deutschen Presse der Stabsführer der HJ., Pg. Lauterbacher, im Auftrage des Jugendführers des Deutschen Reiches, Pg. von Schirach, und verlas folgende Erklärung:

„Die Reichsregierung hat am 1. Dezember ein Gesetz beschlossen, dessen Bedeutung für die Erziehung unserer Jugend erst in späteren Jahren ganz verstanden werden wird. Obwohl das Gesetz über die Hitlerjugend etwas Einzigartiges und Einmaliges in der Geschichte der menschlichen Erziehung darstellt, ist es praktisch doch nichts anderes, als die staatliche Anerkennung einer bereits vollzogenen Entwicklung. Denn die Jugend, die nunmehr durch Gesetz und Unterschrift des Führers und Reichskanzlers in der Hitlerjugend Dienst tun soll, ist zum weitaus größten Teil bereits hinter unseren Fahnen angetreten. Nicht dieses, noch irgendein anderes früheres Gesetz hat die Jugend für die nationalsozialistische Staatsidee mobilisiert; sie ist aus freiwilligem Entschluß, aus Begeisterung und echtem sozialistischen Gefühl zur HJ. gestoßen.

Als ich zu Beginn dieses Jahres die kommenden 12 Monate als das Jahr des Deutschen Jungvolks erklärte, konnte ich trotz größter Zuversicht nicht damit rechnen, daß über 90% der im Jungvolkalter befindlichen Jugendlichen meinem Ruf Folge leisten und auch in den älteren Jahrgängen Hunderttausende und aber Hunderttausende neuer Kameraden und Kameradinnen sich uns anschließen würden. Heute, am Beginn des letzten Monats des Jahres 1936, haben Führer und Reichsregierung dem freiwilligen Einsatz der Jugend die höchste Anerkennung zuteil werden lassen, die ein Staat zu vergeben hat.

Aber gerade in diesem Zeitpunkt scheint es mir wichtig und wesentlich, daß wir uns der Grundsätze erinnern, nach denen diese Jugend einst angetreten ist und gekämpft und gesiegt hat. Das große und weise Wort: Jugend muß von Jugend geführt werden, das der Führer mir einst in der schwersten Zeit des Kampfes auf meinen Weg mitgab, als er mir den Sektor Jugend der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei anvertraute, wird auch in Zukunft Richtlinie unserer Arbeit bleiben. Auch ich selbst gedenke nicht, dereinst mit langem Bart vor meiner Jugend herzuwanken. Die Führung jeder Einheit der Jugend muß dem Geiste der Jugend entsprechen!

Nicht unreife Nichtkönner, sondern junge Aktivisten, die in unseren Führerschulen und Akademien hart angefaßt worden sind, werden auch in Zukunft der Jugend vorangestellt werden. Aber auch hier werden wir nicht dogmatisch verfahren, und werden uns erst recht, nachdem wir nun eine oberste Reichsbehörde geworden sind, uns davor hüten, Paragraphen zu reiten und den gesunden Instinkt mit Aktenstaub zu ersticken. Zu allen Zeiten unseres Kampfes habe ich in meiner Umgebung eine Reihe von Mitarbeitern besessen, die an Jahren alt waren, aber in ihrer inneren Jugendlichkeit und Elastizität selbst in grauen Haaren Vorbilder jedes Pimpfen waren.

Ich sehe es ferner als meine Aufgabe an, das Prinzip der Freiwilligkeit auch unter den veränderten Verhältnissen nach Verkündung des Gesetzes in einer mir bereits klar vorschwebenden Form aufrechtzuerhalten. Die Jungen und Mädel, die vor dem 1. Dezember 1936 in die eigentliche HJ. oder den BDM., d. h. in die Altersstufe der 15- bis 18jährigen (beim BDM. 15- bis 21jährigen) eingetreten sind, werden von den später hinzukommenden in einer bestimmten Form unterschieden werden. Trotzdem habe ich nicht die Absicht, in der deutschen Jugend zwei verschiedene Rangstufen zu schaffen und damit einen Grund zur Eifersucht und Zwietracht. Wohl aber will ich eine Leistungsstufe errichten, die jeder auch nach dem 1. Dezember in unsere Gemeinschaft eintretende Jugendliche durch Treue und Pflichterfüllung und Einsatzbereitschaft physischer und seelischer Art erklimmen kann.

Der Kampf um die Einigung der deutschen Jugend ist beendet. Ich habe es für meine Pflicht angesehen, ihn hart und kompromißlos durchzuführen. Viele mögen es nicht verstanden haben, daß hierbei um die Jugend soviel Aufhebens gemacht wurde. Und doch: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, als deren Treuhänder ich mich stets gefühlt habe und stets fühlen werde, diese Partei hat im Kampf ihrer Jugend die Entscheidung über die Zukunft des deutschen Volkes gesehen. Daß der Nationalsozialismus diesen Kampf siegreich bestand, die Herzen der jungen Generation unseres Volkes eroberte und die Jugend froh und glücklich machte, sichert ihm auch in kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten seine entschlossene und kompromißlose Gefolgschaft.

Meine Tätigkeit in der Zukunft wird nunmehr ganz der Führung und Ausrichtung meiner Millionengefolgschaft gewidmet sein. Der Streit um die Einheit der Jugend ist vorüber und so, wie ich die Millionen einst in marxistischen Jugendverbänden organisierter Jugendlicher versöhnt und als treue Kameraden und Mitarbeiter gewonnen habe, hoffe ich, auch alle anderen, die nunmehr durch den Willen des Reiches in unsere Gemeinschaft kommen, zu versöhnen und innerlich zu gewinnen.

Ich gedenke weder in den Wäldern Germaniens heidnische Opferstätten zu errichten und die Jugend zu irgendeinem Wotanskult zu

bringen, noch das junge Deutschland sonstwie den Zauberkünsten irgendwelcher bärtigen Krautapostel auszuliefern. Im Gegenteil: Möge jeder der religiösen Ueberzeugung dienen, die er vor seinem Gewissen verantworten kann.

Die Hitlerjugend ist keine Kirche und die Kirche keine Hitlerjugend. Die von mir geführte und verantwortete Gemeinschaft wird im Sinne des Führers für den nationalsozialistischen Staat ausschließlich durch mich und meine Unterführer bestimmt werden. Und ich gebe der deutschen Oeffentlichkeit das Versprechen ab, daß die Jugend des Deutschen Reiches, die Jugend Adolf Hitlers, im Sinne des Mannes, dem allein ihr Leben gehört, ihre Pflicht erfüllen wird.

gez. Schirach."

Rede des Pg. von Schirach an die deutsche Elternschaft

Und am 10. Dezember sprach Pg. von Schirach über alle deutschen Sender zur Elternschaft. Angesichts der immer wieder von konfessionellen Kreisen erhobenen Angriffe gegen die Hitlerjugend erklärte er auch hier nochmals die klare und verständliche Einstellung der Hitlerjugend zu den Konfessionen:

Hitlerjugend und Konfessionen

„... Manche verirrten Geistlichen haben mich als einen Feind der religiösen Erziehung hinzustellen versucht. Wenn ihre Worte in der Jugend selbst keinen Widerhall fanden, so liegt das daran, daß mich die Jugend besser kannte. Denn ich habe in der Hitlerjugend niemals einen Gottlosen geduldet.

Wer auf die HJ.-Fahne schwört, band sich damit nicht nur an diese Fahne, sondern zugleich auch an eine höhere Macht. Und schon lange vor dem 1. Dezember mußte die Jugend, die in unsere Gemeinschaft eintrat, ihr Gelöbnis der Treue mit dem Zusatz bekräftigen: „So wahr mir Gott helfe!"

Was nun die Konfessionen an sich anbetrifft, kann ich als Jugendführer des Deutschen Reiches, da wir nun einmal mehrere Konfessionen besitzen, keine bestimmte als für die Jugend verbindliche erklären.

Ich überlasse es also den Kirchen, die Jugend im Sinne ihrer Konfessionen religiös zu erziehen und werde ihnen auch in die Erziehung niemals hineinreden.

Mein Auftrag wurde mir vom Deutschen Reich gegeben. Ich bin dem Reich dafür verantwortlich, daß die gesamte Jugend im Sinne der nationalsozialistischen Staatsidee körperlich, geistig und sittlich erzogen wird. Für die Durchführung dieser erzieherischen Aufgabe wird ein bestimmter Dienst angesetzt werden. Und ich habe nichts dagegen, daß außerhalb dieses Dienstes jeder Jugendliche religiös dort erzogen wird, wo das seine Eltern wollen oder er selber will.

An den Sonntagen wird während der Kirchzeit grundsätzlich kein Dienst angesetzt werden, so daß jedem Gelegenheit gegeben ist, die Kirchen seiner Konfession besuchen zu können..."

Es ist an dieser Stelle notwendig, die organisatorische Entwicklung der Hitlerjugend im Jahre 1936 bis zu der entscheidenden Krönung dieser Entwicklung am 1. Dezember kurz aufzuzeigen.

Jahr des Deutschen Jungvolks

Der Reichsjugendführer hatte das Jahr 1936 zum „Jahr des Deutschen Jungvolks" erklärt, in welchem alle deutschen Jungen

im entsprechenden Alter für das Jungvolk geworben und dort zunächst einer Probedienstzeit unterworfen werden sollten. Eine jahrgangsweise Erfassung aller 10- bis 14jährigen Jungen und Mädel wurde in die Wege geleitet.

Am 2. April wurde der Aufbau der körperlichen Schulung im Deutschen Jungvolk mitgeteilt (Pimpfenprobe, nach Lebensaltern gestufte Anforderungen und Uebungen usw.). Am 10. Juli ergingen die Richtlinien des Reichsjugendführers für die körperliche Ertüchtigung des Deutschen Jungvolks, in denen bis ins einzelne genaue Anweisungen für Fahrt, Lager, Leibesübungen und Heimabend gegeben wurden.

Richtlinien des Reichsjugendführers für die körperliche Ertüchtigung des Deutschen Jungvolks

Der Erfolg der Werbeaktion war derart, daß der Reichsjugendführer Pg. von Schirach bereits am 26. Mai eine Mitgliedersperre für die gesamte Hitlerjugend verfügte:

Mitgliedsperre für die HJ.

„Im Jahre des Deutschen Jungvolks sollte der Versuch unternommen werden, alle 10- bis 14jährigen Jugendlichen für die Jugendbewegung Adolf Hitlers zu gewinnen. Die deutsche Jugend hat dem Aufruf der Hitlerjugend so schnell Folge geleistet, daß meine zu Beginn des Jahres erhobene Forderung heute bereits erfüllt ist. Ich verfüge deshalb ab heute die totale Mitgliedersperre für alle Gliederungen der Hitlerjugend (HJ., DJ., BDM. und JM.). Der nächste Eintrittstermin in die nationalsozialistischen Jugendverbände ist der 20. April 1937."

(Kurz vorher [19. bis 25. Mai] war in Braunschweig das erste Reichsführerlager der Hitlerjugend durchgeführt worden.)

Am 28. Juli schloß der Reichsjugendführer mit dem Reichssportführer ein Abkommen über die körperliche Jugendertüchtigung (dessen Wortlaut im 12. Abschnitt wiedergegeben ist); am 23. Oktober ergingen hierzu die Ausführungsbestimmungen. Gemäß der durch das „Gesetz über die Hitlerjugend" vom 1. Dezember geschaffenen Sachlage wurde dann der Reichssportführer Pg. von Tschammer und Osten zum Beauftragten des Jugendführers des Deutschen Reiches für die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend ernannt. Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Pg. von Schirach, gab hierzu in seiner (weiter oben schon erwähnten) Rundfunkansprache an die deutsche Elternschaft (am 10. Dezember) bekannt:

Abkommen mit dem Reichssportführer

Reichssportführer von Tschammer und Osten Beauftragter des Jugendführers des Deutschen Reiches für die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend

„... Ich wende mich nun einem anderen Aufgabengebiet zu, das mir durch das Gesetz vom 1. Dezember über die Hitlerjugend zugewiesen wurde. Nachdem mir die Verantwortung für die körperliche Erziehung der deutschen Jugend übertragen wurde, habe ich mit Genehmigung des Führers und Reichskanzlers den Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten zu meinem Beauftragten für die körperliche Ertüchtigung der gesamten deutschen Jugend ernannt.

Ich weiß, daß das ganze deutsche Volk mit mir sich darüber freuen wird, daß dieser Mann, dessen außerordentliche erzieherische Fähig-

keiten gerade auf diesem Gebiet nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt rückhaltlos anerkannt werden, sich dieser Aufgabe in der von mir geführten Obersten Reichsbehörde zur Verfügung gestellt hat. Der Reichssportführer hat als aktiver SA.-Gruppenführer und später als Sportreferent in der Obersten SA.-Führung an der Durchführung der nationalsozialistischen Leibeserziehung mit großem Erfolg gewirkt. Ich betrachte es also auch als ein Zeichen der Verbundenheit von Jugend und SA., wenn ich mit Zustimmung meines Führers diesem Manne eine der größten Aufgaben übertrage, die das Reich überhaupt zu vergeben hat..."

Erste Jungvolk-Führerschule

Erstes Reichsführerinnenlager des BDM.

An wesentlichen Daten sei ferner erwähnt der 30. August mit der feierlichen Einweihung der ersten Jungvolk-Führerschule auf Schloß Halden im Nordosten Westfalens — ferner das erste Reichsführerinnenlager des BDM., das Ende September im Friesenhaus auf dem Reichssportfeld durchgeführt wurde.

Jugendherbergswerk

Große Fortschritte machte im Jahre 1936 das Jugendherbergswerk. Erinnert sei an den „Reichswerbe- und Opfertag des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen" (16. und 17. Mai), zu dem der Reichsjugendführer Pg. von Schirach folgenden Tagesbefehl erließ:

Jugend Adolf Hitlers!

Der Deutsche Jugendherbergsverband hat sich seit jeher das Ziel gesetzt, der deutschen Jugend durch Errichtung zweckmäßiger und schöner Unterkunftsstätten die Möglichkeit zu schaffen, unser deutsches Vaterland auf Fahrt und Wanderung kennenzulernen. Weit über 2000 Jugendherbergen dienen in allen Teilen des Reiches dieser Aufgabe. Der letzte Reichswerbe- und Opfertag gab uns die Möglichkeit, im Jahre 1935 56 neue Jugendherbergen zu errichten, die in ihrer architektonischen Gestaltung und schlichten Schönheit weit über Deutschlands Grenzen hinaus Bewunderung gefunden haben. Fast 110000 Uebernachtungen ausländischer Jugendlicher sind im vergangenen Jahr zu verzeichnen gewesen. Sie sind der Beweis für die kameradschaftliche Verständigung zwischen den jungen Generationen der Völker. Die deutsche Jugend hat mit 6,5 Millionen Uebernachtungen das deutsche Jugendherbergswerk zu einer erzieherischen Einrichtung von Weltrang erklärt.

In diesem Jahr geht es darum, dem Jugendherbergsgedanken neue Freunde und neue Mittel zu gewinnen. Jeder von uns muß durch unermüdlichen Sammeleifer auch in diesem Jahr mithelfen, eine Reihe neuer Jugendherbergen zu bauen, damit jede deutsche Landschaft unseren wandernden Kameraden und Kameradinnen ganz erschlossen wird. Der verstorbene Herr Reichspräsident hat sich als einer der eifrigsten Förderer unseres Werkes einst persönlich für den Ausbau des Deutschen Jugendherbergsverbandes eingesetzt. Unser Führer Adolf Hitler kümmert sich in liebevoller Sorge um alle Einheiten unseres Bauprogramms.

Du, deutsche Jugend, mußt nun auch deinerseits dafür sorgen, daß jeder deutsche Volksgenosse und jede Volksgenossin am kommenden Sonnabend und Sonntag ihr Opfer geben. Wer für das deutsche Jugendherbergswerk gibt, bringt unserer Jugend Glück und Gesundheit.

Und ein von sämtlichen Reichsministern unterzeichneter Aufruf sagte:

> Durch alle Gaue unseres schönen freien Vaterlandes wandern heute die fröhlichen Gruppen deutscher Jugend. Aus ihren Liedern klingt die Liebe zu Volk und Führer. Sie kommen aus den Straßen und Gassen der Städte, aus den Betrieben und Schulen. Sie wollen Deutschland sehen und es kennenlernen, dieses Deutschland, das durch die Tat des Führers schöner geworden ist. All unsere Sorge und die Liebe des Führers gehört dieser Jugend, die einstmals unser Werk weiterführen soll. Wir wollen ihr helfen und mit uns jeder deutsche Volksgenosse. Helft mit am Bau von Jugendherbergen und Heimen!

Vor allem aber sei die erfreuliche Tatsache hervorgehoben, daß es auch in diesem Jahre — am 18. Oktober — möglich war, 49 neue Jugendherbergen in allen Gauen des Reiches ihrer Bestimmung zu übergeben und gleichzeitig für 12 weitere Neubauten den Grundstein zu legen. Von Berchtesgaden aus, wo er die Weihe der Adolf-Hitler-Jugendherberge vornahm, sprach Pg. von Schirach an diesem Tage über alle deutschen Sender. — *49 neue Jugendherbergen*

Der Reichsberufswettkampf des Jahres 1936 fand seine Eröffnung am 1. Februar im Berliner Sportpalast. Es sprachen Pg. Dr. Ley und Pg. von Schirach, der u. a. darauf hinwies, daß diesmal die Landjugend in Stärke von fast einer Viertelmillion (im Vorjahre nur 70000) vertreten sei — und insbesondere darauf, daß diesmal dem Reichsberufswettkampf auch der Reichsleistungskampf der Studenten (siehe 23. Abschnitt) angegliedert wurde —, ein Symptom der Einheit der deutschen Jugend und der Einheit der Hand- und Kopfarbeit. Im übrigen spielte sich der Reichsberufswettkampf in dem in den Vorjahren geschaffenen Rahmen (siehe Band 1934, Seite 216, Band 1935, Seite 83 bis 84) ab — im Dienste einer gesteigerten Leistung des deutschen Menschen, die im Zeichen des Vierjahresplans mehr denn je das Gebot der Stunde war. *Reichsberufswettkampf 1936*

Nicht unerwähnt soll die Arbeit des Landdienstes der HJ. bleiben, über dessen Sinn der Reichsjugendführer Pg. von Schirach sagte (am 6. September beim ersten Reichstreffen des Landdienstes in Tilsit): *Landdienst der HJ.*

> „... So sehe ich den Landdienst der Hitlerjugend als eine Forderung, die der Boden unserer Heimat an alle die stellt, die in den Städten unseres deutschen Vaterlandes wirken. Wenn wir viele arbeitslose Jungen und Mädel auf solche Weise aufs Land gebracht haben, dann ist es aber auch nicht immer ein Fehlschlag, wenn einzelne von ihnen oder vielleicht von einzelnen Gruppen alle wieder in die Stadt zurückkehren, wenn wieder ein Arbeitsplatz für sie freigeworden ist. Die Zeit, die einer in seinem Leben einmal arbeitend auf dem Lande zugebracht hat, ist nie verloren, und wenn nichts anderes erreicht wurde als das, daß ein großer Teil der heutigen Jugend in seinem späteren Leben eine gerechte und vernünftige Einstellung zur Landarbeit als solcher besitzt — dann wäre schon unendlich viel

gewonnen. Wir würden damit einer Möglichkeit eines Nichtverstehens zwischen Stadt- und Landbevölkerung entgegenwirken. Wir würden damit im Sinne der Gemeinschaftslehre unseres Führers wirken und zu einem allgemeinen Verstehen aller deutschen Menschen beitragen..."

Im Jahre 1936 konnten 462 Landdienstgruppen (mit insgesamt 6608 Arbeitskräften) angesetzt werden.

Kulturarbeit der Hitlerjugend

Besondere Beachtung verdient die Kulturarbeit der Hitlerjugend, über die im vorhergehenden Abschnitt bereits berichtet worden ist. Unter den zahlreichen wertvollen kulturellen Veranstaltungen sei das Dritte Kulturpolitische Arbeitslager der Reichsjugendführung in Heidelberg (1. bis 15. Juli) hervorgehoben, das u. a. auch den Besuch von über 200 Ausländern erlebte, die sich hier davon überzeugen konnten, wie das Gesicht des jungen Deutschlands wirklich ist.

HJ. und Ausland

Pg. von Schirach mit 450 Hitlerjungen in Italien

Zahlreiche Fühlungnahmen der Jugend Adolf Hitlers mit der Jugend fremder Nationen dienten der Weitung des Blicks, dem Begreifen deutscher Wesensart von der anderen Seite und damit letzten Endes dem gegenseitigen Verstehen. Am bedeutsamsten war der Besuch von 450 Hitlerjungen in Italien (15. bis 25. September). Am 19. September begab sich auch der Reichsjugendführer, Pg. von Schirach, der Einladung des italienischen Jugendführers, Staatsministers Ricci, folgend, nach Rom. Mit Recht schrieb die NSK. (Folge 221 vom 22. September) über diesen Besuch:

> ... Ein Staat, der mit allen Mitteln bemüht ist, seine Jugend in die Welt zu schicken, um sie gereifter und urteilsfähiger für seinen Dienst zurückzuerhalten, bekennt vor der Welt sein offenes und freies Gewissen, will zum Ausdruck bringen, daß er nichts zu fürchten und nichts zu verbergen hat.
>
> Der Bolschewismus schickt unter Decknamen und falschen Pässen heimlich Agenten in die Welt. Wir schicken Jugend, die bekanntlich am offensten, am absichtslosesten und am treuherzigsten ist. Der Pimpf und der Hitlerjunge sind die besten Mittler zum Verständnis der nationalsozialistischen Idee, weil das freie, ungezwungene Wort, die Art des Aufhorchens und die leicht abzulesende Gesinnung eines jungen Menschen die beste Visitenkarte eines Volkes und einer Weltanschauung sind. Der Weg der Jugend von Volk zu Volk, die Aussprache der Nationen untereinander durch ihre unverbildete, aber in ihrem Geist und Charakter erzogene Jugend ist ein Stück revolutionärer Politik, die am ehesten und wirksamsten von den jungen Völkern Europas getragen wird...

Der 23. September brachte den Aufmarsch der 450 Hitlerjungen vor Mussolini und der 25. September eine Privataudienz des Pg. von Schirach im Palazzo Venezia bei Mussolini, dem italienischen Staatschef.

So wurde die Hitlerjugend auch im Ausland zu einem Träger deutschen Ansehens und deutscher Würde, deutscher Leistung und deutschen Zukunftswillens.

23. Abschnitt:

Staat und Erziehung

Um die gleiche Zeit, als durch das „Gesetz über die Hitlerjugend" (vom 1. Dezember — siehe 22. Abschnitt) die HJ. auch rechtlich zu einem selbständigen Erziehungsfaktor neben Schule und Elternhaus wurde, entschloß sich der Reichserziehungsminister zu einem entscheidenden Schritt: Durch Erlaß vom 30. November ordnete er an, daß die Unterprimaner der Höheren Schulen bereits am Schluß des Schuljahres 1936/37 die Reifeprüfung ablegen sollen, also bereits ein Jahr früher als vorgesehen. Damit war praktisch und mit sofortiger Wirkung die 12jährige Schulzeit an den Höheren Schulen (für Jungen) eingeführt, um beim Entwicklungsgang der männlichen Jugend das durch die verlängerte Dienstzeit bei der Wehrmacht (siehe 14. Abschnitt) hinzugekommene Jahr in der Schulzeit vorher auszugleichen — ein Ausgleich, der um so notwendiger war, als sowohl aus bevölkerungspolitischen wie aus volkswirtschaftlichen Gründen eine möglichst frühzeitige Eingliederung des Nachwuchses in den Beruf dringende Notwendigkeit ist. Durch die revolutionäre Maßnahme des Reichserziehungsministers wurde verhindert, daß die zweijährige Dienstpflicht bei der Wehrmacht eine Verlängerung der an sich schon sehr reichlichen und wirtschaftlich schwer tragbaren Ausbildungszeit gerade in den akademischen Berufen bewirkte. 12jährige Schulzeit an den Höheren Schulen

Das Jahr 1936 hatte im übrigen bereits eine ganze Reihe weiterer wesentlicher Aenderungen auf dem Gebiet der Schule gebracht:

Der Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen wurde mit einem Erlaß des Reichserziehungsministers vom 4. April in Angriff genommen, der besagte, daß vom Schuljahr 1936 an Lernanfänger dort nicht mehr aufgenommen werden dürfen. Im Interesse der Volksgemeinschaft wurde so erreicht, daß von nun an die deutschen Kinder aller Stände gemeinsam die Volksschule besuchen — wenigstens in den ersten Jahren. (Auf jüdische Privatschulen fand der Erlaß selbstverständlich keine Anwendung.) Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen

Anfang Mai ordnete der Reichserziehungsminister an, daß an den Höheren Schulen die englische Sprache als erste Fremdsprache einzuführen ist. Englisch erste Fremdsprache

Nicht davon betroffen wurden die Gymnasien für Jungen. Die Anordnung gilt aber dennoch für diejenigen Gymnasien, welche die einzigen grundständigen Höheren Schulen eines Ortes sind, sowie für die Realgymnasien. Nur ausnahmsweise dürfen Alleinschulen eines Ortes als Gymnasien bestehen bleiben, wenn diese Anstalten von besonderer Bedeutung sind und wenn gegen ihre Umwandlung mit Rücksicht auf eine ehrwürdige Ueberlieferung begründete Bedenken bestehen.

Vereinheitlichung der Höheren Schulen

Und am 28. Dezember folgte dann der grundlegende Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung über die Vereinheitlichung der Höheren Schulen, der an die Oberpräsidenten, die Unterrichtsverwaltungen der Länder und den Reichskommissar für das Saarland gerichtet war und in dem es heißt:

1. Bei Alleinschulen kann die Beibehaltung der gymnasialen Form ausnahmsweise nur in Frage kommen, wenn die beiden in meinem Erlaß genannten Vorbedingungen erfüllt sind. Der Wunsch kirchlicher Stellen, eine Schule wegen der Vorbereitung für das Theologiestudium als Gymnasium zu behalten, ist kein ausreichender Grund, auch wenn ein konfessionelles Schülerheim mit der Schule verbunden ist. Soweit hiernach Anträge, Alleinschulen als Gymnasien zu belassen, aufrechterhalten werden, ist mir zu berichten.

2. Für Orte, wo mehr als zwei grundständige höhere Vollanstalten für Jungen vorhanden sind, überlasse ich Ihnen die Entscheidung über die künftigen Schulreformen. Hierbei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Hauptform überall mit einer größeren Zahl vertreten bleibt als die Nebenform. In den Fällen, wo ein Ort nur zwei derartige Schulen hat, kann das Verhältnis 1:1 gestattet werden, solange die Schule in Hauptform durch die Zulassung eines Gymnasiums nicht in ihrem Bestande oder in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird.

3. Bei der Prüfung ist zu beobachten, daß für die Hauptform das Lateinische als zweite Pflichtfremdsprache vorgesehen ist.

4. Eine Vereinigung der Haupt- und Nebenform an Doppelanstalten unter einer Leitung muß aus inneren Gründen grundsätzlich abgelehnt werden. Sollten dringende äußere Umstände vereinzelt eine Ausnahme befürworten, so sind mir diese Fälle vorzulegen. Voraussetzung dafür ist, daß ein selbständiges Gymnasium für den Ort nicht in Frage kommt, daß die Vereinigung nicht den Bestand und die Leistungsfähigkeit der Hauptform beeinträchtigt und daß Sie die Ausnahme befürworten.

5. Wünschen eines Unterhaltsträgers, ein Gymnasium in die Hauptform umzuwandeln, ist stattzugeben. Eine Umwandlung anderer Schulformen in Gymnasien kommt nicht in Frage.

(Unter der „Hauptform" ist die Höhere Schule mit Englisch als erster Fremdsprache zu verstehen, unter „Nebenform" das Gymnasium.)

Ausstellung „Schule und Luftfahrt"

Der neue frische Wind, der in den Schulen wehte, fand seinen Ausdruck auch in der am 27. Januar eröffneten Ausstellung „Schule und Luftfahrt" (in Berlin), die ein Gemeinschaftswerk von Schule, Hitlerjugend, NS.-Lehrerbund und Reichsluftsportführer war. —

Kampf um die Gemeinschaftsschule

Ein heftiger Kampf wurde seitens bestimmter konfessioneller Kreise um die Frage der Gemeinschaftsschule entfesselt; es waren die

gleichen Kreise, die immer wieder ihre Angriffe gegen die Hitlerjugend zu richten versuchen. In dieser Frage stehen sich zwei Schulformen gegenüber: 1. die Gemeinschaftsschule, die Kinder aller Glaubensrichtungen gemeinsam erzieht, den Religionsunterricht jedoch nach Konfessionen getrennt durchführen läßt — 2. die konfessionelle Schule, die nur Kinder der gleichen Konfession umfaßt und auch wiederum nur von Lehrkräften dieser selben Konfession erziehen läßt.

Es ist selbstverständlich, daß der nationalsozialistische Staat hier die Gemeinschaftsschule vorzieht, die bei der Erziehung des Nachwuchses konfessionelle Gegensätze erst gar nicht weckt und trotzdem die Interessen der Konfessionen (Religionsunterricht) nicht schädigt. Indes die Gegner der Gemeinschaftsschule — sowohl aus dem katholischen wie dem protestantischen Lager — glauben, den Anspruch erheben zu müssen, daß auch der sonstige Unterricht (außerhalb der Religionsstunden) wie Geschichte, Deutsch, Naturwissenschaften usw. von „katholischem“, bzw. „protestantischem“ Geiste erfüllt sein müsse (!), weshalb sie wieder einmal unter der unwahren Parole „die Religion ist in Gefahr“ gegen die Gemeinschaftsschule hetzten und die Aufrechterhaltung der konfessionellen Schulform verlangten. Sie scheuten sich in ihrem unsachlichen Kampf mitunter nicht, die völlig verlogene Behauptung aufzustellen, mit der Einführung der Gemeinschaftsschule verschwinde der Religionsunterricht!

Wenn der Nationalsozialismus die Gemeinschaftsschule als geeignetere Schulform erkannt hat, so deshalb, weil er im Interesse der Nation und ihrer Zukunft, im Interesse aller Volksgenossen und deren Kinder und Nachkommen dafür sorgen will, daß konfessioneller Haß und Hader verschwinden — daß bei völliger persönlicher Glaubensfreiheit alle deutschen Volksgenossen sich als Einheit fühlen und erkennen — und daher nicht von vornherein gegeneinander erzogen werden dürfen.

Grundlegende Ausführungen über die deutsche Gemeinschaftsschule machte gegen Anfang des Jahres Stadtschulrat Bauer in einer Münchener Pressekonferenz:

> Der Nationalsozialismus erblicke in der Gemeinschaftsschule, der Schule, in der alle deutschen Kinder zwar einen nach christlichen Bekenntnissen getrennten Religionsunterricht, den übrigen Unterricht aber gemeinsam ohne Unterschied des christlichen Bekenntnisses erhalten, die Schulgattung, die am meisten der nationalsozialistischen Weltanschauung entspreche. Dem Anspruch der katholischen und evangelischen Kirche gegenüber auf Durchdringung auch der übrigen Schulfächer von dem Geist ihrer Bekenntnisse erklärte er es als unnötig, beispielsweise den rassekundlichen Unterricht oder den Geschichtsunterricht bekenntnismäßig aufzubauen. Nationalsozialistische Aufgabe sei es nicht, die konfessionelle Spaltung künstlich weiterzutreiben, sondern sie überall zu überbrücken nach der Mahnung von Reichsminister Rust: „Betet

in Euren Kirchen, aber marschiert in unseren Reihen!" Die Parole für die Schuleinschreibung lautete daher: Ein Volk, ein Führer, eine Schule! Alle Kinder in die Deutsche Gemeinschaftsschule!

Sieg der Gemeinschaftsschule in München und Nürnberg

Die Schuleinschreibungen am 31. Januar in Nürnberg und am 2. Februar in München lieferten den Beweis, daß dieser Appell bei den Eltern nicht ungehört verhallt war, denn mit einer überwältigenden Mehrheit stellte sich die Elternschaft auf den Boden der Gemeinschaftsschule:

Insgesamt wurden in der Stadt Nürnberg 4871 zur Schule angemeldet gegenüber 5125 Kindern im Vorjahre. Für die Gemeinschaftsschule wurden hiervon angemeldet 3999 gegen 3349 im Vorjahre, für die evangelische Schule 288 gegen 892 und für die katholische Schule 584 gegen 838 Kinder im letzten Jahre. Somit kamen rund 82,1 % aller neuangemeldeten Nürnberger Kinder in die Gemeinschaftsschule, 5,91 % in die evangelische Schule und 11,99 % in die katholische Schule.

An Ummeldungen wurden aus elf evangelischen Schulen 3000 Kinder für die Gemeinschaftsschulen gemeldet, aus den katholischen Schulen rund 1000 Kinder.

Von 55220 Kindern, die im kommenden Schuljahr die Münchener Volksschulen besuchen sollten, wurden 35954 für die Gemeinschaftsschule angemeldet, also 65,11 %, während noch im Vorjahre für die Gemeinschaftsschulen nur 34,55 % Kinder angemeldet worden waren. Für die Bekenntnisschulen wurden 19266 Kinder angemeldet, das sind 34,89 %, im Vorjahr waren es 65,45 %. —

Führertagung des NSLB.

Der Hauptamtsleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB.), Pg. Wächtler (der am 27. Januar auch zum Sachbearbeiter für alle Schulfragen beim Stellvertreter des Führers ernannt worden war) berief zum 28. Januar eine Führertagung des NSLB. nach Bayreuth ein, in der die programmatischen Richtlinien für das kommende Jahr durchgesprochen wurden. Zum ehrenden Gedächtnis des am 9. März 1935 tödlich verunglückten nationalsozialistischen Lehrerführers Pg. Hans Schemm (siehe Band 1935, Seite 72) schuf Pg. Wächtler im März die „Hans-Schemm-Stiftung" mit der Zweckbestimmung, volkspolitische und kulturelle Aufgaben des NSLB. zu erfüllen, neue Schulen in armen Grenzlandgemeinden zu bauen, Lehr- und Lernmaterial zu beschaffen, wo andere Mittel fehlen usw.

Hans-Schemm-Stiftung

Reichstagung des NSLB.

Zu einer Kundgebung der neuen Erziehungsideale gestaltete sich die Reichstagung des NSLB. in Bayreuth (11. bis 13. Juli), die mit der feierlichen Einweihung des Hauses der deutschen Erziehung verbunden war. Mehr als 30000 deutsche Lehrer und Lehrerinnen waren versammelt, um sich innere Kraft und geistige Klarheit für ihre verantwortungsvolle Arbeit zu holen. Eine Reihe von Sondertagungen der Reichsfachschaftsleiter, Reichsfachbearbeiter und Leiter der Hauptstelle Erziehung und Unterricht in den Gauen, weiterhin des

NS.-Dozentenbundes, der Fachschaften Höhere Schulen, Mittelschulen, Volksschulen, Sonderschulen, Berufs- und Fachschulen, ferner der Hauptstelle Schrifttum- und Familienkunde bildeten die Einleitung zu der Haupttagung, die im Zeichen der engen Zusammenarbeit der deutschen Erzieherschaft mit anderen Gliederungen der Bewegung und ihren Zentralämtern stand. —

Vereinbarung des Reichserziehungsministers mit dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

Bedeutsam war auch eine **Vereinbarung** zwischen dem Reichserziehungsminister Pg. Rust und dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP., Pg. Ley, über die Aufgaben von NSDAP. und DAF. im Schulwesen — in der es (nach einem Schreiben des Reichserziehungsministers vom 28. September) heißt:

> Der Reichserziehungsminister und der Reichsorganisationsleiter der NSDAP. und Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront sind sich einig über den gemeinsamen Einsatz zur Erreichung folgender Ziele:
>
> 1. Für die Aufbauschule, die vorwiegend den Nachwuchs aus der ländlichen Bevölkerung nach einem sechsjährigen Besuch der Volksschule in weiteren sechs Jahren durch eine intensive Internatserziehung zum Abiturium führen soll, wird neben den bisherigen Trägern die NSDAP. als Schulträger zugelassen.
>
> 2. Für die Berufsschule wird in Zukunft neben den vorhandenen Schulträgern auch die Arbeitsfront als Schulträger zugelassen.
>
> 3. Auch die vorstehend genannten Schuleinrichtungen unterliegen der staatlichen Schulaufsicht.
>
> 4. Für die besonderen Aufgaben der fachlichen und beruflichen Heranbildung zur Gemeinschaftsarbeit der Studierenden an den Fach- und Hochschulen wird die Reichsfachschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen als zuständig anerkannt. Einbezogen ist hierin auch die Zuständigkeit für die Durchführung des Reichsberufswettkampfes an den Hoch- und Fachschulen.
>
> 5. Der Reichserziehungsminister und der Reichsorganisationsleiter und Führer der Deutschen Arbeitsfront werden unverzüglich auf dieser Grundlage in eine gemeinsame Arbeit zur Durchführung dieser Grundsätze eintreten.

Acht neue Hochschulen für Lehrerbildung

Am 11. November nahm der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Pg. Rust, die feierliche Eröffnung von **acht neuen Hochschulen für Lehrerbildung** vor (so in Trier, Saarbrücken, Karlsruhe, Würzburg, Bayreuth, Oldenburg, Hamburg). Pg. **Rust**, der bei diesem Anlaß von Trier aus die feierliche Ansprache hielt, sagte u. a.:

> „... Damit sind wir bei jener entscheidenden Feststellung angelangt, daß in einer Zeit, in der ein neues Deutschland entsteht, in der eine neue Jugend heranwächst, auch ein neuer Lehrer gebildet werden muß, ein Lehrer, der nicht nur aus Büchern schöpft, sondern aus der völkischen Wirklichkeit, der nicht nur das Vergangene neu lehrt, sondern in der Gegenwart mitlebt, der nicht nur geistig überlegt, sondern mindestens auch dem mutigen, körperlichen Einsatz der Jugend gewachsen ist, der nicht nur unterrichtet, sondern führt.

Damit lenkt sich der Blick auf die erste und entscheidende Aufgabe: Die Gestaltung der neuen Schule wird entschieden durch die Neuformung des deutschen Lehrers!..."

Das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland

Aus der wissenschaftlichen Arbeit des Jahres ist insbesondere die Tätigkeit des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland" (siehe Band 1935, Seite 350) zu erwähnen. Am 12. April wandte sich Professor Walter Frank, der Präsident des Reichsinstituts, mit der Mitteilung an die Oeffentlichkeit, daß das Reichsinstitut ab 1. April 1936 mit einem vielfach erhöhten Etat in den Reichshaushalt eingesetzt worden sei. Das Reichsinstitut stattete seinen Dank durch ein vervielfältigtes Arbeitsprogramm ab. Ab 1. April seien drei neue Forschungsabteilungen errichtet worden, und zwar eine Abteilung „Judenfrage" (mit Professor Karl Alexander von Müller als Leiter), eine Forschungsabteilung „Politische Führung im Weltkrieg" (Leiter: Oberst a. D. Walter Nicolai) und schließlich eine Forschungsabteilung „Nachkriegsgeschichte, insbesondere Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung", die unter seiner persönlichen Leitung in engstem Einvernehmen mit dem Hauptarchiv der NSDAP. arbeite. Er richtete an die deutsche Oeffentlichkeit den Aufruf, diese Arbeitspläne durch tätige Mitarbeit, durch Uebermittlung schriftlichen Materials und mündlicher Mitteilungen zu unterstützen.

Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichte

Der Gründung des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland" folgte am 11. April die Umwandlung der (im Jahre 1819 vom Freiherrn vom Stein begründeten) „Monumenta Germaniae Historica" in das „Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichte" durch Reichsminister Rust. Mit der kommissarischen Leitung wurde Staatsarchivrat und Privatdozent Dr. Wilhelm Engel betraut.

3. Arbeitstagung für deutsche Vorgeschichte

Von entscheidender Bedeutung für die deutsche Vorgeschichtswissenschaft wurde die 3. Arbeitstagung für deutsche Vorgeschichte (vom 17. bis zum 21. Oktober in Ulm).

Wieder gab Alfred Rosenberg mit seiner Rede über „Germanische Charakterwerte im Neubau Deutschlands" die große Linie. Mit der deutschen Vorgeschichte sei die Entschleierung des uralten verdeckten Bildes fernster Vergangenheit begonnen worden, nicht nur Deutschlands, sondern aller Völker überhaupt. Reichsleiter Rosenberg nahm auch die Eröffnung der Ausstellung „Lebendige Vorzeit" vor. Von wesentlicher Bedeutung waren die Ausführungen des Bundesführers Professor Dr. Reinerth über die nordisch-germanische Sendung des deutschen Südens. Am 20. Oktober wurde der weittragende Beschluß einer Neubenennung und Neugliederung der Zeitstufen der Vor- und Frühgeschichte gefaßt. Auf Vorschlag von Professor Matthes (Hamburg) wurde die Hauptperiode von rund 2000 vor der Zeitrechnung bis rund 500 v. d. Z. „urgermanische Zeit" und die Hauptepoche von da an bis rund 1000 n. d. Z. „großgermanische Zeit" genannt, wobei beide Epochen noch jeweils in eine ältere, mittlere und jüngere Zeit gegliedert wurden.

Erste Pflegestätte für Germanenkunde in Detmold

Erinnert sei hier auch an die feierliche Eröffnung der ersten Pflegestätte für Germanenkunde (am 5. Oktober in Detmold) durch SS.-Brigadeführer Pg. Dr. Reischle — im Auftrage des Reichsführers SS. Pg. Himmler. —

550-Jahrfeier der Universität Heidelberg

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung deutscher Wissenschaft wurde die 550-Jahrfeier der Universität Heidelberg (27. bis 30. Juni). Ihr ging vom 24. bis zum 27. die III. Internationale Universitätskonferenz voraus, bei der 1500 Gelehrte aus aller Welt zugegen waren, die auch beim anschließenden Universitätsjubiläum teilnahmen. Beim Festakt am 29. Juni hielt Reichsminister Rust eine bedeutsame Rede über das Verhältnis des Nationalsozialismus zur Wissenschaft. — Im Zusammenhang mit dem Heidelberger Universitätsjubiläum bedarf noch ein Ereignis der Erwähnung, das ebenso bedauerlich wie bezeichnend ist: Auf die von der Heidelberger Universität ergangene Einladung (wie sie an die ausländischen Universitäten versandt wurden) kam aus England von der Universität Birmingham eine ablehnende Antwort mit der Begründung, daß ihr die in Deutschland herrschenden politischen Prinzipien nicht zusagten. Eine Antwort auf diese bemerkenswerte Absage erteilte ein Aufruf der Heidelberger Studentenschaft, den auch die ausländischen Studierenden aus 18 Nationen unterzeichneten:

„Zu einem Zeitpunkt und in einem Zustande, wo keine Gelegenheit versäumt werden sollte, im Interesse des europäischen Friedens die aufrichtigen und freundschaftlichen Beziehungen der Nationen untereinander zu fördern und die Brücken zum gegenseitigen Verstehen zu suchen, hat die Universität in Birmingham die Einladung zur Feier des 550jährigen Bestehens der Universität Heidelberg abgelehnt, weil die politischen Prinzipien des neuen Deutschlands die Annahme einer solchen Einladung unmöglich machten.

Diese Haltung wirkt um so unverständlicher, als nie und nirgends in Deutschland die politischen Prinzipien einer anderen Nation Anlaß gegeben haben, an der Trauer oder an der Freude benachbarter Völker nicht aufrichtigen Anteil zu nehmen.

In blutigen Bürgerkriegen hat England sein politisches Gesicht geformt. Nach schweren inneren Unruhen hat Deutschland sein Gleichgewicht gefunden. Der reale politische Sinn einer neuen deutschen Jugend sieht die Gegensätze und sieht den einzig möglichen Weg des friedlichen Ausgleiches, weil sie wie keine andere Jugend der Welt die Folgen des Krieges kennt.

Die Heidelberger Studentenschaft kennt gegenüber den ausländischen Studierenden der Universität Heidelberg nur ein politisches Prinzip: Das der Kameradschaft! Es ist kein Zufall, daß diejenigen Männer, die sich in England gegen die Stellungnahme der Universität Birmingham ausgesprochen haben, viele Wochen in Deutschland und Heidelberg zugebracht haben. Der Sieg dieses Prinzips von Jugend zu Jugend muß das Aufreißen künstlicher Gegensätze verhindern, die den Weg zum Frieden verbauen und die Geister verwirren und verbittern.

Die Heidelberger Studentenschaft weiß sich mit ihren ausländischen Kameraden eines Sinnes, wenn sie die Haltung der Universität Bir-

mingham tief bedauert und bekennt, daß hiermit dem Frieden der Welt und den Beziehungen der Völker ein schlechter Dienst erwiesen wurde."

Arbeitstagung des NS.-Dozentenbundes

Zu einer Arbeitstagung nach Alt-Rehse lud der Reichsamtsleiter des NS.-Dozentenbundes, Ministerialdirektor Professor Dr. Schultze, im Juli sämtliche Dozentenbundführer. Die Tagung, die unter Leitung von Professor Dr. Ernst Krieck stand, erbrachte den Beweis, daß die deutsche Forschung nicht nur gegen den alten liberalen Geist aufgestanden ist, sondern was noch viel wesentlicher war, daß die Neuformung deutscher Wissenschaft erfolgreich begonnen hat. Abschluß und Höhepunkt der Tagung bildete der gemeinsame Besuch des Reichsministers Rust und des Reichsführers SS. Himmler.

Akademie für Landesforschung und Reichsplanung

Mit der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung hat der NS.-Dozentenbund im Januar ein Arbeitsabkommen geschlossen, in dem es heißt:

Die Mitarbeit der Gliederungen des NS.-Dozentenbundes an den Aufgaben der Reichsplanung erfolgt ausschließlich im Rahmen der Akademie. Die Akademie für Landesforschung führt die Auslese der dozentischen Mitarbeit für ihre Aufgaben nur im Einvernehmen mit dem NS.-Dozentenbund durch. Die Reichsführung des NS.-Dozentenbundes stellt für die fachliche Mitarbeit an den Aufgaben der Akademie die Aemter für Wissenschaft des Dozentenbundes an den einzelnen Hochschulen zur Verfügung und erläßt entsprechende Anordnungen. Die Amtsleiter für Wissenschaft des NS.-Dozentenbundes treten an maßgebender Stelle in die örtlichen Gliederungen der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung ein.

Ein entsprechendes Arbeitsabkommen schloß am 22. Januar auch der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSD.-Studentenbund):

Im Verfolg der am 10. Januar 1936 festgelegten grundsätzlichen Zusammenarbeit zwischen dem NSDStB. und der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung wird folgendes Arbeitsabkommen getroffen:

1. Der NSDStB., Abteilung studentischer Einsatz, arbeitet in allen Fragen der Landesforschung und Reichsplanung ausschließlich mit der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung zusammen. Ebenso erkennt die Akademie in allen studentischen Angelegenheiten, die ihr Arbeitsgebiet berühren, die ausschließliche Zuständigkeit des NSDStB. an.
2. Die Schulung im Rahmen des studentischen Einsatzes wird, soweit sie die Fragen der Landesforschung und Reichsplanung betrifft, gemeinsam von der Akademie mit dem NSDStB. durchgeführt.
3. Das aus dem Landdienst und Fabrikeinsatz gesammelte Material wird der Akademie und ihren örtlichen Dienststellen zur gemeinsamen Auswertung zur Verfügung gestellt. Die örtlichen Leiter der Abteilung „studentischer Einsatz" des NSDStB. treten an maßgebender Stelle in die Arbeitskreise der Akademie ein.

Zehnjahresfeier des NSDStB.

Der NSD.-Studentenbund konnte am 25. Januar auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Im Rahmen der Zehnjahresfeier, zu der auf Einladung des Reichsführers Pg. Derichsweiler auch

die alten Studentenbundskameraden aus der Kampfzeit der Bewegung erschienen — und u. a. auch die früheren Reichsführer des NSDStB. (der Reichsjugendführer Pg. Baldur von Schirach und die Parteigenossen Tempel, Rühle und Staebel) — wurden dem NSD.-Studentenbund neue Fahnen durch den Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, verliehen. In seiner Ansprache erinnerte Pg. Heß an die Zeiten des Kampfes um die Macht, und sagte bei dieser Gelegenheit über den Weg der durch die nationalsozialistische Entwicklung überholten studentischen Korporationen: Das Ende der Korporationen

„... Wir wußten damals schon, daß die in Verbänden mit alter Tradition zusammengeschlossenen Studenten wohl in bestem Wollen ihren alten Ueberlieferungen lebten, den Wahlspruch „Für Freiheit, Ehre, Vaterland“ vor Augen. Wir wußten aber auch, daß neue revolutionäre Wege beschritten werden mußten, um wieder Freiheit, Ehre und ein würdiges Vaterland Wirklichkeit werden zu lassen — Wege, auf denen die Verbände aus ihrer gealterten Form heraus uns nicht zu folgen vermochten.

Wir wissen, daß viele dieser Verbände einst auch revolutionär entstanden, daß sie revolutionären Zielen anhingen und daß sie damals wesentlich mithalfen, Neues und Gutes für Volk und Vaterland zu erringen. So wie sie einst aber mithalfen, Ueberlebtes zu überwinden, so müssen sie heute, als wiederum überlebt, neuem weichen.

Wir erkennen an, daß sie für ihre Zeit eine gute Erziehungsschule waren. Sie waren es für Menschen in einem Volk, das ohnehin in Klassen und Stände aufgespalten war. Sie wirkten damals im Rahmen des allgemeinen „Stände“- und Klassenbewußtseins und selbst teilweise Erziehung zum Standesdünkel lag in der Linie der damaligen Zeit. Nach Ueberwindung dieser Epoche durch den Nationalsozialismus müssen die überlebten Formen studentischen Gemeinschaftslebens neuen weichen, die aufgebaut sind auf den Grundsätzen einer neuen Zeit. Sie werden auf die Dauer selbst dann weichen müssen, wenn versucht würde, sie der neuen Zeit etwas anzugleichen, weil ihnen im Volk zu stark die Erinnerung an Vergangenes anhaftet.

Ich weiß, daß es für diejenigen, welche aufgewachsen sind in alten Formen und an einer ihnen liebgewordenen Erinnerung hängen, schwer ist, sich davon zu trennen. Aber höher als Ueberlieferungen und Formen stehen die Ideale, die durch diese Formen und durch diese Ueberlieferungen hochgehalten werden sollten. Die alten ewig gültigen Ideale: „Freiheit, Ehre, Vaterland“ aber waren verloren in langen schweren Jahren unserer Geschichte, verloren auch deshalb, weil der überlebte Geist, der in alten Verbänden herrschte, beitrug, das Volk innerlich zu zerreißen.

Wiedergewonnen wurde die Freiheit der Nation — wiedergewonnen wurde ein wirklich deutsches Vaterland, weil ein diesem Geist entgegenstehender neuer Geist das Volk erfaßte, ins Volk getragen durch die Kämpfer für diesen Geist, die Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung.

Wären diese Kämpfer nicht gekommen, hätten sie nicht den neuen Glauben gepredigt, hätten sie nicht gesiegt: Formen und Ueberlieferungen der alten Verbände könnten vielleicht einige Zeit noch weiter bestehen, „Freiheit, Ehre und Vaterland“ aber wären tot. Ueber kurz oder lang wären auch die Formen und Traditionen

gestorben, weil sie ohne ihren Inhalt nicht leben können und weil sie nicht leben können, wenn das Volk vergeht, das ihre Träger hervorbringt..."

Adolf Hitler zu seinen Studenten

Im Mittelpunkt dieser Zehnjahresfeier aber stand die begeistert aufgenommene Rede Adolf Hitlers an seine Studenten! Der naturnotwendige Wandel der Formen im Sinne der höheren Interessen der Nation kam in seinen Worten klar zum Ausdruck. Und so wie überalterte Formen im studentischen Leben weichen mußten, so auch im staatlichen Leben. Denen, die der im Jahre 1933 beseitigten Eigenstaatlichkeit der Länder aus sentimentalen Traditionsgefühlen nachtrauern, sagte der Führer:

„Ich weiß, was ihr verliert, aber ich weiß auch, was ich euch dafür gebe. Ihr verliert die Vergangenheit, aber ihr gewinnt die deutsche Zukunft. Deutsch sein heißt klar sein, klar sein heißt logisch denken und handeln, logisch handeln heißt zweckmäßig handeln, und ich handle zweckmäßig, wenn ich dem Volke jene Verfassung gebe, die es stark macht. Das deutsche Volk als lebendige Substanz lebt länger als bayerische oder preußische Landtage gelebt haben."

Und über die notwendige Erziehungsarbeit der nationalsozialistischen Bewegung stellte er fest:

„Niemals wird diese Erziehungsarbeit ein Ende nehmen, solange unser Volk fruchtbar bleibt, weil sich bei jedem neuen Kinde die Arbeit wieder erneuert. Weil wir das erkennen, ist es notwendig, die Bewegung ewig als Bewegung zu erhalten, das heißt, die Partei stets und immer wieder zu erneuern, ihr frisches Blut zuzuführen und sie zum kraftvollen Gestalter der nationalsozialistischen Ideenwelt zu machen."

Stamm-Mannschaften im NSDStB.

Im Frühjahr 1936 ging der NSDStB. dazu über, besonders bewährte Kameraden zu Stamm-Mannschaften zusammenzufassen, um so einen festen Kern für die Studentenarbeit zu bilden. In einer darüber mit der Obersten SA.-Führung am 15. April getroffenen Vereinbarung heißt es:

Erfahrungen haben gelehrt, daß eine Durchdringung der Studentenschaft und der Hoch- und Fachschulen mit dem nationalsozialistischen Gedankengut nur dann ermöglicht wird, wenn der NSDStB. über eine eigens für diese Arbeit geschulte Mannschaft verfügt. Somit wird der NSDStB. mit Beginn des Sommersemesters 1936 die Aufstellung von Stamm-Mannschaften in den Orten, in denen Hoch- und Fachschulen bestehen, vornehmen. Die Höchststärke jeder Stamm-Mannschaft beträgt 60 Mann...

... 1. Die Mitglieder der Stamm-Mannschaften des NSDStB., die der SA. angehören, bleiben weiterhin Angehörige der SA., werden jedoch für die Dauer des Studentendienstes in der Stamm-Mannschaft vom SA.-Dienst beurlaubt. Während der Dauer dieser Beurlaubung ist der Angehörige der Stamm-Mannschaft berechtigt, den SA.-Dienstanzug zu tragen.

2. Nach drei Semester Dienstleistung in der Stamm-Mannschaft tritt der Student in seine SA.-Einheit zurück. Der in der Stamm-

Mannschaft geleistete Dienst wird als SA.-Dienst gewertet und angerechnet...

Eine entsprechende Vereinbarung kam kurze Zeit darauf auch mit dem NSKK. zustande.

In Dresden (wo am 19. April das erste Kameradschaftshaus des NSDStB. eingeweiht wurde) fand am 18. April eine Reichstagung des NSDStB. statt, in deren Rahmen der Reichsstudentenbundsführer folgenden Befehl ausgab: Reichstagung des NSDStB.

1. Bis zum 1. Mai 1936, dem nationalen Feiertag des deutschen Volkes, haben alle Mitglieder und Anwärter des NSD.-Studentenbundes sich zur Dienstleistung bei einer Gliederung (SA., SS., NSKK., HJ., BDM., Frauenschaft) der nationalsozialistischen Bewegung zu melden, oder als Politische Leiter Dienst zu tun.

2. Alle 1. bis 3. Semester des NSDStB. sind in einer Stärke von 30 Mann in Kameradschaften zusammenzufassen.

3. Die Aufstellung der Kameradschaften hat entsprechend der Zugehörigkeit der Studentenbundsmitglieder zu einer Gliederung der NSDAP. zu erfolgen.

Danach sind die SA., SS., NSKK. und HJ.-Angehörigen jeweils in Kameradschaften zusammenzufassen.

4. Gemäß meinem Aufruf vom 3. April 1936 sind die Studierenden des 1. bis 3. Semesters, die sich freiwillig bis zum 1. Mai zur Dienstleistung bei den Gruppen des Studentenbundes gemeldet haben, in Kameradschaften einzuweisen.

Ihre Mitgliedschaft schließt noch nicht die Mitgliedschaft im Studentenbund ein, da mit Wirkung vom 1. Mai 1936 die Aufnahme in den Studentenbund durch Berufung erfolgt. Hierunter fallen nicht die Parteigenossen, die auf Grund einer Anordnung des Reichs-Organisationsleiters der NSDAP. Mitglieder des Studentenbundes sein müssen.

Studenten, die noch keiner Gliederung der Partei angehören und sich freiwillig gemeldet haben, müssen bis 1. Mai bei einer Gliederung den Antrag auf Aufnahme gestellt haben.

5. Diese Kameradschaften sind vom Studentenbund für die Durchführung der ihm von Staat und Bewegung an den Hoch- und Fachschulen gegebenen Aufgaben aufgestellt.

6. Ueber diese allgemeine Regelung hinaus stellt der Studentenbund entsprechend den örtlichen Erfordernissen bei den Studentenbundsgruppen eine Stamm-Mannschaft in Stärke von 30 bis 40 Mann auf. In die Stamm-Mannschaften werden besonders bewährte Studenten, d. h. Studenten, die ihre nationalsozialistische Einsatzbereitschaft in einer Gliederung der Partei schon unter Beweis gestellt haben, eingewiesen.

Nähere Anordnungen werden noch gemäß den Vereinbarungen mit den Gliederungen der Partei ergehen.

7. Ueber die Erfassung der Studentinnen im BDM. und in der Frauenschaft ergehen noch genaue Anweisungen.

8. Der Studentenbund wird mit Wirkung vom Wintersemester 1936/37 die Kameradschaftserziehung auf alle Studierenden des 1. bis 3. Semesters ausdehnen.

9. Die zu diesem Befehl erforderlichen Ausführungsbestimmungen, insbesondere zur inhaltlichen Ausgestaltung der Kameradschaftserziehung, ergehen von der Hauptstelle für Kameradschaftserziehung des NSDStB."

Brachte dieser Befehl die starke Verbundenheit des NSDStB. mit der NSDAP. und ihren Gliederungen zum Ausdruck, so zeigte sich die Eingliederung der Studentenschaft in die Volksgemeinschaft eindrucksvoll in dem erstmalig durchgeführten Reichsleistungskampf der Studenten, der im Rahmen des Reichsberufswettkampfes der gesamten deutschen Jugend (siehe 22. Abschnitt) stattfand. In einem Aufruf des damaligen Reichsführers der „Deutschen Studentenschaft", Pg. Feickert, vom 28. August 1935 hatte es geheißen:

Reichsleistungskampf der Studenten

„Die schaffende Jugend Deutschlands hat zweimal im Rahmen des Reichsberufswettkampfes ihren Leistungswillen und ihre Leistungskraft bezeugt. Im letzten Jahre waren zum erstenmal an diesem Wettkampf die Studenten der deutschen Fachschulen beteiligt. Für das Jahr 1936 wird es darauf ankommen, daß die gesamte, an den deutschen Hoch- und Fachschulen studierende Jugend geschlossen im Rahmen eines Leistungskampfes den Aufbauwillen der deutschen Jugend bekundet.

Ich rufe daher Deutsche Studentenschaft und Deutsche Fachschulschaft zu einem Reichsleistungskampf der studierenden Jugend Deutschlands im Rahmen des Reichsberufswettkampfes auf! ..."

Lernende und Lehrende vereinigten sich in der Aufgabe, Zeugnis abzulegen über den Stand wissenschaftlicher Leistung im Dritten Reich. Die Bearbeitung der wissenschaftlichen Themen sollte in einem bestimmten Verhältnis zu den völkischen und politischen Notwendigkeiten des Reiches stehen. Die Gesamtarbeit wurde wesentlich als Mannschaftskampf durchgeführt. Die Zentralaufgaben betrafen das deutsche Dorf, den Betrieb als Einheit, den Einfluß des Judentums in Wissenschaft und Kunst und die völkische Idee als kulturell gestaltende Kraft. An diesem Wettbewerb beteiligten sich rund 5000 Studenten. Die Verkündigung der Sieger erfolgte durch die Reichsführung der Deutschen Studentenschaft am 20. April.

Zwischen der Deutschen Studentenschaft und dem Reichsstudentenwerk kam dann im September eine Vereinbarung zustande, derzufolge minderbemittelte Studenten, die ihre gute Leistung und ihren Gemeinschaftswillen beim Reichsleistungskampf unter Beweis gestellt haben, wirtschaftlich gefördert werden sollen.

Nationalsozialistische Studentenkampfhilfe

Zur finanziellen Unterstützung der wichtigen Arbeit des NSDStB. wurde durch Erlaß (vom 3. Juni) des Stellvertreters des Führers, Pg. Rudolf Heß, die „Nationalsozialistische Studentenkampfhilfe" (die in den früheren Kampfjahren schon einmal bestanden hatte) erneut ins Leben gerufen und ihre Leitung dem Gauleiter des Traditionsgaues München-Oberbayern, Pg. Adolf Wagner, übertragen. Pg. Wagner trat dann im Juli mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, der die Aufgaben der neugeschaffenen Einrichtung kennzeichnete und sich besonders an die Altakademiker wandte:

„Nationalsozialisten, Altakademiker!

Der Stellvertreter des Führers hat mich beauftragt, mit Erlaß vom 3. Juni 1936, die Leitung der Nationalsozialistischen Studentenkampfhilfe zu übernehmen.

Ich übernehme die Leitung dieser Organisation der Altakademiker um so lieber, weil ich weiß, daß damit ein Gedanke verwirklicht wird, den der Führer bereits in den früheren Kampfjahren der Bewegung proklamierte.

Das Altakademikertum der vergangenen Epoche war genau so wie unser Volk in alle möglichen Gruppen, Verbände und Verbändchen zersplittert. Es kannte in studentischen Dingen höchstens die Sorge um den eigenen Bund oder noch die Sorge um den eigenen Verband.

An die Stelle dieser Zersplitterung soll durch die nunmehr ins Leben gerufene Nationalsozialistische Studentenkampfhilfe eine geschlossene Einheit treten mit dem Ziel, dem nationalsozialistischen deutschen Studententum, das sich unter der Führung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes zusammengeschlossen hat, tatkräftige, nachhaltige und dauernde Hilfe zu bringen, um es instand zu setzen, seine hohen Aufgaben im nationalsozialistischen Dritten Reich zu erfüllen.

Altakademiker! Nationalsozialisten!

So wie unser ganzes deutsches Volk, sucht und ringt auch unser junges Akademikertum, um neue Formen für das Leben in seiner eigenen Gemeinschaft zu finden, und um sich, als so neugeformte Gemeinschaft, einzufügen in die große Volksgemeinschaft der deutschen Nation. Ich rufe euch als der Beauftragte der Partei auf, mitzuhelfen zur Erreichung dieser Ziele.

Die Nationalsozialistische Studentenkampfhilfe ist das Mittel für diesen Zweck. Ich weiß, daß dieser mein Ruf nicht vergeblich an die Altakademiker Deutschlands gerichtet ist, denn auch sie kennen aus der Tradition ihrer Erziehung heraus nichts anderes als Dienst am Volk, Dienst am Vaterland, als Kampf um die Ehre und Freiheit der deutschen Nation..."

Reichsstudentenführer Pg. Dr. Scheel

Der 5. November brachte eine entscheidende Maßnahme: Der Stellvertreter des Führers, Pg. Rudolf Heß, berief den bisherigen Reichsstudentenbundsführer Pg. Derichsweiler für andere Aufgaben in seinen Stab und ernannte an seiner Stelle den SS.-Obersturmbannführer Pg. Dr. Scheel, einen alten nationalsozialistischen Studentenführer aus der Kampfzeit. Gleichzeitig ernannte ihn der Reichserziehungsminister Pg. Rust zum Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, so daß nunmehr wieder beide Aemter (NSDStB. und DSt.) in einer Hand vereinigt waren: Die Einheit der studentischen Führung war hergestellt. Die Amtsbezeichnung des Pg. Scheel lautete nunmehr „Reichsstudentenführer"!

Neuaufbau des deutschen Studententums — NSDStB. und DSt.

Der Reichsstudentenführer berief die gesamte Führerschaft der deutschen Studenten zu einer Tagung nach Stuttgart (10. November), wo er den Neuaufbau des deutschen Studententums umriß und die Gemeinschaftsarbeit zwischen NSDStB. und DSt. darlegte.

Folgende Gesichtspunkte wurden herausgestellt (NSK., Folge 263 vom 10. November):

Die Arbeit der neuen Reichsstudentenführung geht grundsätzlich davon aus, daß der NSD.-Studentenbund der nationalsozialistische Kerntrupp und die Führerorganisation der Gesamtstudentenschaft ist. Er ist insbesondere Träger der gesamten politisch-weltanschaulichen Erziehung der Gesamtstudentenschaft nach den Richtlinien der NSDAP. und hat besondere fachliche Aufgaben nach den Richtlinien der Partei durchzuführen. Die Deutsche Studentenschaft dagegen hat als Zusammenschluß aller Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache an den deutschen Hoch- und Fachschulen die Aufgabe der Vertretung der gesamten Studentenschaft im Rahmen der Hochschule. Sie ist zuständig für die Gesamterfassung und einheitliche Ausrichtung aller Studenten und für die Durchführung fachlicher Aufgaben für die gesamte Studentenschaft.

In der inneren Organisation des NSD.-Studentenbundes und der Deutschen Studentenschaft werden eine Reihe von wichtigen Arbeitsgebieten in Personal- und Realunion besetzt. Der Sitz der neuen Reichsstudentenführung, der Reichsführung des NSD.-Studentenbundes und der Reichsführung der Deutschen Studentenschaft, ist München. In Berlin wird eine Verbindungsstelle eingerichtet.

Hauptstelle für Fachschulfragen.

Die „Reichsfachschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen" als solche wird aufgehoben werden und die Fachschulschaft als Hauptabteilung für Fachschulen der Deutschen Studentenschaft angegliedert werden. Die Einrichtung einer Hauptstelle für Fachschulen im NSD.-Studentenbund gewährleistet die gleichmäßige Behandlung aller Fachschulfragen seitens der Partei. Eine Minderbewertung des Fachschulwesens gegenüber den Hochschulen wird in dieser Umorganisation nicht erblickt werden können, da erst die geplante Neugliederung eine aktive studentische Arbeit an den Fachschulen ermöglichen wird.

Um sämtliche Studenten erfassen zu können, wird angeordnet, daß alle Studierenden sich bei der Immatrikulation bei der Dienststelle des örtlichen Studentenführers zu melden haben.

Erste drei Semester an gleicher Hochschule.

Sämtliche Studierenden im ersten bis zum dritten Semester werden in Zukunft von der politisch-weltanschaulichen Erziehung des NSD.-Studentenbundes erfaßt. Zur planvollen Durchführung dieser Arbeit und darüber hinaus zur stärkeren Verwurzelung jedes Studenten an seiner Hochschule wird — wie Pg. Scheel mitteilen konnte — der Reichserziehungsminister eine Anordnung erlassen, nach der alle Hochschulstudenten während ihrer ersten drei Semester an derselben Hochschule verbleiben. Für die speziellen Hochschulen (Hochschule für Lehrerbildung usw.) und für die Fachschulen werden voraussichtlich Sonderbestimmungen ergehen.

Durch die Kameradschaft in den NSDStB.

Jeder deutsche Student hat dabei die Möglichkeit, sich während seiner ersten drei Semester einer vom NSD.-Studentenbund geführten Kameradschaft anzuschließen. Er verpflichtet sich mit der Meldung auf die Dauer von drei Semestern. Jeder Parteigenosse muß sich bei einer solchen Kameradschaft melden. Jede Studentenbundgruppe an einer Hochschule hat eine Stamm-Mannschaft (mit dem Stammhaus als Mittelpunkt), in der der Studentenführernachwuchs herangebildet

wird. Die Mitglieder der Stamm-Mannschaft werden grundsätzlich nur aus den Kameradschaften auf Vorschlag der Kameradschaftsführer durch den Studentenbundsgruppenführer berufen.

Die der Stamm-Mannschaft angehörenden Studenten werden zugleich als Mitglieder des NSD.-Studentenbundes berufen. Sie werden für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Stamm-Mannschaft vom Dienst in ihrer Parteigliederung beurlaubt. Die gesamte Studentenbundgruppe soll als Auslese- und Führerorganisation des Deutschen Studentenbundes nur wirklich befähigte und nationalsozialistisch bewährte Studenten umfassen. Grundsätzlich können nur Angehörige von Kameradschaften vom Studentenbundführer in den NSD.-Studentenbund berufen werden. Die Berufung erfolgt in der Regel nach einsemestriger Bewährung in einer Kameradschaft; sie wird vom Reichsstudentenbundführer bestätigt. Jeder Student, der Mitglied einer Kameradschaft ist, und alle Mitglieder des NSD.-Studentenbundes müssen einer Gliederung der Partei angehören. Nach dem dritten in einer Kameradschaft verbrachten Semester werden die Mitglieder der Kameradschaft geschlossen in die Studentenkampfhilfe übergeführt.

Mit dem vierten Semester beginnt die Facharbeit, die sich nach den Studiengebieten gliedert. Außerdem werden vom vierten Semester an die weiteren speziellen Arbeitsgebiete durchgeführt. Führend können bei diesen Arbeiten nur solche Studenten tätig sein, die die Kameradschaftserziehung durchlaufen haben.

Die Studentenführer unterstehen in ihrer amtlichen Eigenschaft dem Reichsstudentenführer. Es ist ihre Aufgabe, die Einheit der Hochschule zu gewährleisten.

Ankündigung neuer studentischer Verfassung.

Zum Schluß dieser Darstellung des Neuaufbaues des deutschen Studententums kündigte der Reichsstudentenführer an, daß er den Auftrag erhalten habe, den Entwurf einer neuen studentischen Verfassung vorzulegen, die geeignet ist, die bisherigen Erfahrungen der politischen und fachlichen Arbeit in rechtlich bindende Normen zu bringen. In dieser Verfassung wird auch die Stellung des Reichsstudentenwerkes als eines mit der Arbeit und Zielsetzung der Gesamtstudentenschaft organisatorisch verbundenen Gliedes vorhanden sein...

Am 25. November wurde der neue Reichsberufswettkampf der Studenten eröffnet, zu dem der Reichsstudentenführer Pg. Scheel folgenden Aufruf erließ: Der neue Reichsberufswettkampf

„Ein geeintes deutsches Studententum stellt sich im vierten Jahre des Reichsberufswettkampfes geschlossen in die Front der schaffenden deutschen Jugend. Nachdem bereits 1936 die Gesamtheit der deutschen Hoch- und Fachschulstudenten an diesem Wettkampf des Körpers und des Geistes beteiligt war, wollen sie erneut die Kameradschaft der studentischen Jugend mit der handarbeitenden Jugend bekunden.

Alle Kräfte der Jungmannschaften an den deutschen Hoch- und Fachschulen, Lehrende und Lernende, stellen sich damit in den Dienst einer großen Aufgabe.

Deutsche Studenten, stellt unter Beweis, daß die neugewonnene Kraft dieser Kameradschaft die Quelle unserer Leistung ist.

Deutsche Studenten, stellt euch in die gemeinsame Front der schaffenden deutschen Jugend.

Tretet an zum zweiten Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten!“

Vereinbarung des NSDStB. mit dem DLV.

Im Dezember kam noch eine Vereinbarung des NSDStB. mit dem Deutschen Luftsportverband (DLV.) zustande, die den im April geschlossenen Vereinbarungen mit der SA. und dem NSKK. (siehe weiter oben) entsprach.

Verfassungsausschuß der Reichsstudentenführung

Zur Vorbereitung des vom Reichsstudentenführer in Stuttgart angekündigten Verfassungsentwurfs bildete er am 15. Dezember einen Verfassungsausschuß der Reichsstudentenführung aus führenden und auf diesem Gebiet erfahrenen Parteigenossen. —

Jahresende

Das inhaltsreiche Jahr 1936 neigte sich seinem Ende zu. Es hatte eine weitere Festigung des nationalsozialistischen Staates gebracht, neue gewaltige Leistungen auf allen Gebieten. Blicken wir über die Grenzen des Reiches, so erkennen wir in jenen letzten Tagen des Jahres — neben kleineren Ereignissen (deutschfeindliche Zwischenfälle in Holland anläßlich der bevorstehenden Hochzeit der niederländischen Thronfolgerin Juliane mit dem deutschen Prinzen zur Lippe-Biesterfeld, die einen deutschen Einspruch erforderlich machten) — eine bange Frage für Europa, die groß und schicksalsschwer zwischen dem alten und dem kommenden Jahr stand: Würde der Generalangriff des Weltbolschewismus abgewehrt werden können oder würde das unglückliche Spanien nur die erste Etappe auf dem Weg zur Vernichtung sein? Würden die Nationen Europas die Gefahr noch rechtzeitig erkennen oder würde die „Achse Berlin—Rom" das einzige Gegengewicht gegenüber der kulturzerstörerischen Arbeit Moskaus bleiben? Deutschlands Wille zum Frieden, zur Erhaltung der edelsten Kulturgüter der Menschheit war unerschütterlich. Rudolf Heß sprach es aus in seiner — wie alljährlich — am Weihnachtsabend an die Deutschen im Ausland und die deutschen Seefahrer gerichteten Rundfunkbotschaft:

Weihnachtsansprache des Stellvertreters des Führers

„... Auch in dieser Stunde hören mit ihren Volksgenossen daheim und draußen viele deutsche Soldaten diesen Worten zu, und sie hören auch das Bekenntnis, für das diese feierliche Stunde weihevoller Anlaß ist. Sie hören das Bekenntnis, daß das deutsche Volk in der Sicherung des Friedens für sich und die Welt eines der erstrebenswertesten Ziele menschlicher Anstrengungen sieht und daß es als größten Wunsch den Wunsch an das Schicksal empfindet, es möge den bedrängten Völkern Friede werden.

Um so inniger hegt es diesen Wunsch, als gerade im zu Ende gehenden Jahre die Bedrohung des Friedens der Welt durch den Bolschewismus zugenommen hat.

Aber zum Glück der Kulturvölker hat mit der wachsenden Gefahr auch die wachsende Erkenntnis um sich gegriffen, daß nur dieser Weltfeind es ist, der den arbeitsamen Frieden der Völker, das Glück der Staaten und die Wohlfahrt der Nationen ständig bedroht — hat die Erkenntnis um sich gegriffen, daß Bolschewismus die Zerstörung des Edlen und Guten durch eine Weltrevolution des Niedrigen und Schlechten bedeutet.

Einige führende Männer haben die große Gefahr unserer Zeit in ihrer ganzen Tragweite erkannt und haben das ihre getan, eine Einheit zur Abwehr dieser Gefahr zu schaffen..."

Und wir wollen mit den Schlußworten der Weihnachtsbotschaft des Stellvertreters des Führers zugleich unser Buch beschließen:

„Wir alle, die wir litten unter dem Zusammenbruch des Deutschlands von einst, die wir litten unter der Entehrung, unter der Schmach, unter der Ohnmacht, unter der Not, die über unsere Heimat gekommen war, wir können das Fest der Deutschen nicht vorübergehen lassen, ohne in tiefster Dankbarkeit des Mannes zu gedenken, der das neue Deutschland, das Deutschland unserer Liebe, unserer Hoffnung und unseres Stolzes werden ließ — des Mannes, der mit einer Hingabe sondergleichen über diesem Deutschland und über dem Wohl und Wehe seiner Kinder herinnen und draußen wacht, dessen Leben aufgeht in der Sorge um Deutschland. Und wir können zugleich nicht Weihnacht feiern, ohne von ganzem Herzen dem Höheren zu danken, der den Deutschen in schwerster Not ihren Führer sandte und so sichtbarlich seinen Segen gab. Wir bitten zugleich den göttlichen Lenker der Welten, daß er auch im kommenden Jahre dem Führer und seinem Volke seinen Segen schenken möge. Wir wollen zugleich versprechen, uns seines Segens würdig zu erweisen."

Zeittafel 1936

Januar

1\. Januar Neujahrsbotschaft des Führers. 17—18.

4\. Januar Eintreffen einer deutschen Frontkämpferabordnung i. London. 55.

6\. Januar Einweihung der ersten Kriegsopfersiedlung in Westdeutschland (Salzkotten bei Paderborn). 50.

7\. Januar Verordnung über die Rechtsverhältnisse der Angehörigen der Landespolizei. 89.

9\. Januar Beginn des Internationalen Luftverkehrskongresses in Berlin (bis 11. Januar). 88.
Die Potsdamer Kriegsschule wird durch General v. Fritsch ihrer Bestimmung übergeben. 93.

10\. Januar Neujahrsempfang der ausländischen Diplomaten b. Führer. 56.

11\. Januar Erste Tagung der Deutsch-Englischen Gesellschaft. 55.

12\. Januar Runderlaß des Reichsinnenministers betreffend die Vereinheitlichung des Feuerlöschwesens. 90.

13\. Januar Jahrestag der Saarbefreiung: Saarerinnerungsfeiern, Saarlouis erhält seinen alten Namen Saarlautern. 86—87.
Gauleiter Pg. Bürckel gibt die Vereinigung von Saar und Pfalz zum Gau Saar-Pfalz bekannt. 87.
Der zum Präsidenten der Reichsfilmkammer ernannte Professor Dr. Lehnich wird auf seinen Antrag vom Führer aus seinem Amt als württembergischer Wirtschaftsminister entlassen. Die Leitung des Ministeriums übernimmt der württembergische Innenminister Dr. Schmidt. 84.

15\. Januar Gedenkfeier f. d. Lippischen Landtagswahlen 1933 i. Detmold. 18.

16\. Januar Der ungarische Handels- und Verkehrsminister Winchkler beim Führer. 58.

17\. Januar Bericht des hohen Kommissars Lester vor dem Völkerbund gegen Danzig. 57.
Verordnung über den Waffengebrauch der Wehrmacht. 98.
Sechste Durchführungsverordnung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche. 152.

19\. Januar Eintreffen einer weiteren deutschen Frontkämpferabordnung in London. 55.
Beginn der Woche der NS.-Presse (bis 26. Januar). 326.

20\. Januar König Georg V. von England †. 58.

22\. Januar Rücktritt des Kabinetts Laval in Frankreich. 58.
Abkommen des NSDStB. mit der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung. 356.

23\. Januar Senatspräsident Greiser widerlegt den Bericht des hohen Kommissars Lester. 57.
Kabinett Sarraut in Frankreich. 58.

24\. Januar Entschließung des Völkerbundsrates in der „Danziger Frage". 57.
Pg. Hermann Göring spricht in Berlin vor 20000 Amtsträgern des Reichsluftschutzbundes über die Aufgaben des Luftschutzes. 93.
Beginn d. Berliner Reit- und Fahrturniers (bis 2. Febr.). 178.

25. Januar	Zehnjahresfeier des NSDStB. in München. 356.
	Diplomatischer Schritt der Reichsregierung in Riga wegen der Beschlagnahme der Gildehäuser. 54.
	Eröffnung der „Grünen Woche" in Berlin. 282.
27. Januar	Eröffnung der Ausstellung „Schule und Luftfahrt". 350.
	Hauptamtsleiter Pg. Wächtler Sachbearbeiter für alle Schulfragen beim Stellvertreter des Führers. 352.
29. Januar	Der chilenische Botschafter und der brasilianische Gesandte beim Führer. 58.
30. Januar	Dritter Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution — Aufmarsch der 30 000 ältesten SA.-Männer. 18.
	Deutsch-dänisches Abkommen über den Warenverkehr. 101.
31. Januar	Verordnung über die Heranziehung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland zum aktiven Wehrdienst und zum Reichsarbeitsdienst. 98.

Februar

1. Februar	Eröffnung des Reichsberufswettkampfes 1936. 347.
	Mitgliedersperre bei der NS.-Frauenschaft. 25.
	Der thüringische Ministerpräsident übernimmt die Leitung des thüringischen Volksbildungsministeriums. Das thüringische Innenministerium wird dem Reichsstatthalter unmittelbar unterstellt. 84.
	Der Führer beauftragt den Reichsstatthalter Dr. Meyer mit der Führung der lippischen Landesregierung. 85.
3. Februar	Mitglieder des Comité France-Allemagne als Gäste bei der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Berlin. 59.
	Einweihung der ersten Reichs-Segelflug-Führerschule (in Borkenberge). 177.
4. Februar	Ermordung des Landesgruppenleiters der AO. der NSDAP. in der Schweiz, Pg. Gustloff, durch den Juden David Frankfurter. 59.
	Gesetz zur Uebernahme von Reichsbürgschaften. 48.
	Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Olympischen Spiele 1936. 180.
5. Februar	Verurteilung 10 heimattreuer Eupen-Malmedyer durch die belgische Justiz. 54.
	Lord Londonderry beim Führer. 62.
	Verordnung der Reichsregierung über die Zuständigkeit der Sondergerichte. 140.
6. Februar	Beginn der Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen (bis 16. Februar). 181.
7. Februar	Polnische Einschränkungen im Korridor — Durchgangsverkehr vom Reich nach Ostpreußen. 60.
8. Februar	Schaffung des Reichsausschusses zum Schutze des deutschen Blutes. 148.
10. Februar	Preußisches Gesetz über die Geheime Staatspolizei. 88.
	Beginn der Stillhalte-Konferenz in Berlin (bis 20. Febr.). 103.
	Olympiaempfang der Reichsregierung und der Bayrischen Regierung in München. 181.
	Berufungsurteil im „Schallplattenprozeß". 335.
11. Februar	Erste Tagung des Reichsarbeits- und Wirtschaftsrates. 29.
12. Februar	Reichsminister Dr. Frank in Polen (bis 20. Februar). 60.

15. Februar Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung in Berlin durch den Führer. 28.
Verordnung über die Regelung der Bebauung. 49.
Erste Verordnung zur Durchführung der Reichs- und Landesplanung. 52.
16. Februar Senatspräsident Greiser in Warschau. 61.
Wahlsieg der Linken in Spanien. 61.
18. Februar Die schweizerische Bundesregierung verbietet die Auslandsorganisation der NSDAP. in der Schweiz. 59.
19. Februar Ministerpräsident Göring zu Besuch beim polnischen Staatspräsidenten (bis 24. Februar). 60.
Reichsorganisationsleiter Dr. Ley in Danzig (bis 20. Febr.). 61.
Schaffung des Kulturkreises der SA. 339.
20. Februar Kreditabkommen 1936 (Schluß der Stillhalte-Konferenz). 103.
21. Februar Beginn der Ausmusterung für die Ordensburgen d. NSDAP. 19.
Bekanntmachung der neuen Fassung der Rechtsanwaltsordnung (Reichsrechtsanwaltsordnung). 141.
22. Februar Einführung des Judenbegriffs für die Aerzteschaft. 149.
24. Februar Deutscher Wahlsieg bei den Kreistagswahlen im Memelland. 61.
Anordnung des Führers über die Erringung der Lehrberechtigung für das SA.-Sportabzeichen durch die SA.-Führer. 24.
25. Februar Parteigründungsfeier in München. 19.
Dienststrafordnung für die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes. 206.
27. Februar Reichssportführer von Tschammer und Osten spricht bei einem Vortragsabend des Außenpolitischen Amtes. 62.

März

1. März Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse (bis 9. März). 27.
Erstes öffentliches Fernsehgespräch Berlin—Leipzig. 27.
6. März Der Französisch-Sowjetrussische Beistandspakt vor dem französischen Senat. 62.
Anordnung über die Erfassung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland für den aktiven Wehrdienst und Reichsarbeitsdienst im Jahre 1936. 98.
7. März Rheinlandbefreiung: Wiederbesetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone — Führerrede vor dem Deutschen Reichstag — Deutsches Memorandum an die Signatarmächte des Locarnopakts. 63—70.
Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Auflösung und Neuwahl des Reichstags. 70.
Gesetz über das Reichstagswahlrecht. 77.
Erste Verordnung zur Reichstagswahl. 78.
Verordnung über die Gestaltung des Hoheitszeichens d. Reichs. 84.
Erlaß über die Reichssiegel. 84.
Beginn der Südostausstellung in Breslau (bis 10. März). 102.
Erste Arbeitstagung des Kulturkreises der SA. in Berlin (bis 8. März). 340.
8. März Ablehnende Stellungnahme des französischen Ministerrats zum deutschen Schritt. 70.
Der Führer spricht in einer Führerkundgebung im ehemaligen Herrenhaus in Berlin über die politischen Gesichtspunkte des bevorstehenden Wahlkampfes. 78.
Heldengedenkfeier in der Berliner Staatsoper — Kranzniederlegung am Ehrenmal — Vorbeimarsch — General Göring weiht das Richthofen-Denkmal. 94.

9. März	Erklärungen Baldwins und Edens vor dem englischen Unterhaus über den deutschen Schritt. 71.
	Anordnung über den Bühnennachweis. 331.
10. März	Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels eröffnet den Reichstagswahlkampf in der Deutschlandhalle. 78.
	Verfügung des Führers über die Aufstellung des Nationalsozialistischen Reiterkorps. 24.
11. März	Führer-Interview mit Ward Price. 71.
12. März	Weitere deutsche Erklärung zur Rheinlandbefreiung. 71.
	Beginn der Verhandlungen der Locarno-Mächte in London. 74.
	Der Führer beginnt seine Deutschlandreise mit einer Kundgebung in Karlsruhe. 79.
14. März	Tagung des Völkerbundsrates wegen der deutschen Wiederbesetzung der Rheinlande. 71.
	Einladung an Deutschland, an den Verhandlungen des Völkerbundsrates teilzunehmen. 75.
15. März	Beginn der Polizeiaufklärungswoche (bis 20. März). 89.
16. März	Jahrestag der deutschen Wehrfreiheit. 94.
	Verleihung von Truppenfahnen. 94.
	Verordnung über die Stiftung von Dienstauszeichnungen. 95.
17. März	Gesetz zur Förderung der Tierzucht. 292.
18. März	Verordnung zum Schutze der wildwachsenden Pflanzen und der nichtjagdbaren wildlebenden Tiere (Naturschutzverordnung). 88.
19. März	Deutschland nimmt an den Verhandlungen des Völkerbundsrates wegen der Rheinlandbesetzung teil — Entschließung des Völkerbundsrates gegen Deutschland — Memorandum der Locarno-Mächte gegen Deutschland. 75.
21. März	Verordnung über die Musterung und Aushebung. 98.
24. März	Deutsche Antwortnote auf das Locarno-Memorandum (vom 19. März). 76.
	Vertagung des Völkerbundsrates. 76.
	Aufruf des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda über die Gestaltung der beiden letzten Tage des Reichstagswahlkampfes. 81.
26. März	Gesetz über den Reichsfremdenverkehrsverband. 88.
	Erlaß des Reichsinnenministers über die Bekämpfung von Schadenfeuern und Katastrophen. 90.
27. März	Der Führer spricht von der Lokomotivbauwerkstelle der Essener Kruppwerke aus zu den deutschen Arbeitern und Soldaten. 82.
28. März	Führerrede in den Kölner Messehallen: Friedensappell des Führers. 82.
	Huldigung der rheinischen Stände im Kölner Gürzenich. 82.
29. März	Reichstagswahl: 98,8 % nationalsozialistische Stimmen. 84.
30. März	Gesetz über die Unterstützung der Angehörigen der einberufenen Wehrpflichtigen und Arbeitsdienstpflichtigen (Familienunterstützungsgesetz). 99.
	Gesetz zur Aenderung des Finanzausgleichs. 44.
	von Kamptz General der Gendarmerie. 91.
31. März	Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der Vertrauensräte. 78.
	Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Reichsärzteordnung. 277.
	Richtlinien zur Reorganisation des wirtschaftlichen und künstlerischen Schaffens (betr. den Film). 328.

April

1\. April Botschafter von Ribbentrop überreicht der Britischen Regierung den großen Friedensplan der Reichsregierung. 118.
Einführung d. Allgemeinen Bundesdienstpflicht i. Oesterreich. 122.
Erweiterung der motorisierten Straßenpolizei. 90.
SS.-Obergruppenführer von Eberstein Polizeipräsident von München. 91.
Hans-Jürgen Nierentz Reichsfilmdramaturg. 329.

2\. April Gesetz zur Aenderung der Vorschriften über die Steuerbefreiung des Neuhausbesitzes. 48.

3\. April Reichsminister Dr. Frank in Rom. 123.
Reichstierärzteordnung. 292.

4\. April Abbau privater Vorschulen und Vorschulklassen. 349.

7\. April Sämtliche Räume des deutschen Dommuseums in Riga versiegelt. 123.

8\. April Französisches Memorandum zum deutschen Friedensplan vom 1. April. 122.

10\. April Botschafter von Hoesch †. 123.

11\. April Schaffung d. Reichsinstituts f. ältere deutsche Geschichte. 354.

12\. April Die italienischen Truppen am Tana-See. 125.

15\. April Errichtung der Reichsakademie für Leibesübungen. 174.
Abkommen des NSDStB. mit der SA. betr. die Stamm-Mannschaften. 358.

16\. April Einweihung der Luftkriegsschule in Dresden. 93.

18\. April Gesetz zur Aenderung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes. 116.
Gesetz über den Volksgerichtshof und über die 25. Abänderung des Besoldungsgesetzes. 139.
Reichstagung des NSDStB. in Dresden. 359.
Erste Reichstagung der „Arbeitsgemeinschaft für eine neue deutsche Heilkunde“ in Wiesbaden (bis 20. April). 149.

19\. April Aufnahme von Angehörigen der HJ. und des BDM. in die NSDAP. 23.
Aufstellung des Nationalsozialistischen Reiterkorps. 24.
Großkundgebung des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen in der Deutschlandhalle in Berlin. 174.
Weihe des ersten Kameradschaftshauses des NSDStB. (in Dresden). 359.

20\. April Geburtstag des Führers — Paraden und militärische Feiern. 23—24, 95—97.
Vereidigung der politischen Leiter. 23.
Schaffung des Dankopfers der Nation durch die SA. 23.
Siegerverkündung im Reichsleistungskampf der Studenten. 360.

21\. April Tag der Luftwaffe. 96.
Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Förderung der Kleinsiedlung. 49.

22\. April Einweihung des Hauses der NS.-Presse in Berlin. 326.

23\. April Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit. 144.
Gesetz über die vorläufige Reichsarbeitsdienstversorgung. 206.
Errichtung des Reichssportamtes i. Reichsinnenministerium. 174.
Eröffnung der Elbbrücke bei Dömitz. 47.

24\. April Die Ordensburgen Vogelsang, Crössinsee und Sonthofen werden ihrer Bestimmung übergeben. 22.
Eröffnung der Reichs-Gartenschau in Dresden. 282.
Einweihung d. neuen Hauses d. Reichspresseschule i. Berlin. 326.

26. April	Marxistischer Wahlsieg in Frankreich. 126.
27. April	Pg. Hermann Göring Beauftragter für alle Devisen- und Rohstofffragen. 104.
	Einsetzung des Obersten Ehren- und Disziplinarhofes der DAF. 114.
29. April	Dritte Arbeitstagung der Reichsarbeitskammer. 117.
30. April	Abkommen über den Warenaustausch zwischen Deutschland und Mandschukuo. 101.
	Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitschriftenverlagswesens. 327.
	Gesetz zur Erleichterung der Filmberichterstattung. 330.
	Verfügung der Parteiamtlichen Prüfungskommission z. Schutze des NS.-Schrifttums über die NS.-Bibliographie. 337.

Mai

1. Mai	Nationaler Feiertag des deutschen Volkes — Staatsakt im Lustgarten — Führerrede — Festsitzung der Reichskulturkammer — Verteilung des Nationalpreises für Film und Buch. 113—114, 321—323.
5. Mai	Patentgesetz. 145.
	Gebrauchsmustergesetz. 146.
	Warenzeichengesetz. 147.
	Gesetz über die patentamtlichen Gebühren. 147.
	Urkundensteuergesetz. 44.
	Eröffnung der zweiten Reichsfinanzschule in Ilmenau. 41.
	Italienische Besetzung von Addis Abeba. 125.
6. Mai	Mussolini verkündet: „Abessinien ist italienisch!“ 125.
7. Mai	Ueberreichung des englischen Fragebogens an Deutschland. 126.
	Beginn der Reichstagung des Arbeitsdienstes in Eisenach (bis 9. Mai). 204.
9. Mai	Proklamation Abessiniens zum italienischen Kaiserreich — Neugründung des Imperium Romanum. 125.
10. Mai	Beginn d. Reichstheaterfestwoche i. München (bis 17. Mai). 322.
12. Mai	Kundgebung der französischen Frontkämpfer an ihre deutschen Kameraden. 126.
13. Mai	Regierungsumbildung in Oesterreich. 123.
14. Mai	Ministerialdirektor Dr. Gütt spricht bei einem Empfangsabend des Außenpolitischen Amts. 127.
16. Mai	SS.-Brigadeführer Julius Schreck †. 25.
	Deutsche Antwort an die französischen Frontkämpfer. 126.
	Reichswerbe- und Opfertag des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen (bis 17. Mai). 346.
17. Mai	Beginn d. Deutschen Juristentages i. Leipzig (bis 20. Mai). 136.
	Eröffnung der 3. Reichsnährstandsausstellung in Frankfurt am Main. 282.
20. Mai	16. Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit. 116.
24. Mai	Eintreffen des ungarischen Kultusministers zu seinem Deutschlandbesuch, in dessen Rahmen das deutsch-ungarische Kulturabkommen geschlossen wurde. 339.
25. Mai	Einweihung des Reichsinstituts für Lebensmittelfrischhaltung.
	Fünfte Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung. 282.
	Absolute deutsche Mehrheit bei den Stadtverordnetenwahlen in Memel. 128.

26. Mai Beginn der klösterlichen Sittlichkeitsprozesse. 156.
Erste Verordnung zur Förderung der Tierzucht. 292.
Mitgliedssperre für die HJ. 345.
27. Mai Empfang der Gaubeauftragten des WHW. beim Führer. 110.
28. Mai Pg. General Litzmann †. 26.
29. Mai Große Flottenübung und Flottenparade in der Kieler Bucht in Gegenwart des Führers. 97.
30. Mai Weihe des Marineehrenmals in Laboe. 97.

Juni

1. Juni Beginn des Internationalen Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz in Berlin (bis 6. Juni). 138.
3. Juni Generalleutnant Weber †. 97.
Erlaß des Stellvertreters des Führers über die „Nationalsozialistische Studentenkampfhilfe"; Leiter: Gauleiter Adolf Wagner. 360.
Beginn der Reichstagung der Aerzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Warnemünde (bis 6. Juni). 149.
4. Juni „Volksfront"regierung Blum in Frankreich. 126.
5. Juni Eröffnung der Reichssteuerschule in Starnberg. 41.
6. Juni Tagung d. Vorstände d. Deutschen Gemeindetages i. Berlin. 276.
Reichstagung des Reichsbundes der Kinderreichen in Köln (bis 7. Juni). 148.
Beginn des Reichshandwerkertages (und der Internationalen Handwerkerkonferenz) in Frankfurt a. M. (bis 10. Juni). 46.
7. Juni Wahlerfolg der heimattreuen Front in Eupen-Malmedy bei den Provinzialwahlen. 127.
Beginn des VI. Internationalen Gemeindekongresses (in Berlin bis 11. Juni, in München vom 12. bis zum 14. Juni). 276.
Eröffnung der Ausstellung „Die Deutsche Gemeinde" in Berlin. 276.
8. Juni Ausnahmeverordnung gegen die Deutschen in Eupen-Malmedy. 128.
9. Juni Danzig-polnische Einigung betr. die neue polnische Devisengesetzgebung. 124.
11. Juni Beginn der Donau- und Balkanreise Dr. Schachts (bis 19. Juni). 128.
Die Schweiz lehnt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland ab. 129.
13. Juni Stapellauf d. Schulschiffes „Horst Wessel" d. Kriegsmarine. 93.
Gründung des Reichskolonialbundes. 129.
15. Juni Eröffnung d. ersten deutschen Reichssiedlerschule i. Erlangen. 49.
17. Juni Erlaß über die Einsetzung eines Chefs der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern: Reichsführer SS., Pg. Himmler, Chef der Deutschen Polizei. 268—269.
Empfang des brasilianischen Botschafters beim Führer. 127.
Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Milchwirtschaft. 284.
18. Juni Einführung des Reichsführers SS., Pg. Himmler, als Chef der Deutschen Polizei. 269.
19. Juni Boxsieg Max Schmelings gegen den Neger Louis in New York. 178.
Beginn der Dritten Reichstagung der Nordischen Gesellschaft in Lübeck (bis 21. Juni). 282.
20. Juni Einheitliche neue Polizeiuniform. 270.

21. Juni Conrad Henlein erneut zum Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei gewählt. 128.
Staatssekretär von Bülow †. 130.
22. Juni Gesetz gegen den erpresserischen Kindesraub. 142.
24. Juni Tagung der Hauptschriftleiter der NS.-Presse und der Presseamtsleiter der NSDAP. in München. 327.
Verordnung über die Erfassung militärisch ausgebildeter Wehrpflichtiger älterer Geburtsjahrgänge. 99.
Beginn der III. Internationalen Universitätskonferenz in Heidelberg (bis 27. Juni). 355.
25. Juni Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betr. die Anzeigepflicht bei größeren öffentlichen Bauten. 45.
26. Juni Deutsch-italienisches Luftverkehrsabkommen. 98.
Gesetz zur Aenderung des Wehrgesetzes. 99.
Gesetz über die Wiedereinrichtung eines Obersten Gerichtshofs der Wehrmacht. 208—210.
Umlegungsgesetz. 286.
27. Juni 550-Jahrfeier der Universität Heidelberg (bis 30. Juni). 355.
29. Juni Verordnung über die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Devisensachen. 103.
Arbeitsabkommen der Reichsfrauenführerin mit dem NS.-Lehrerbund. 25.

Juli

1. Juli Eröffnung des Olympischen Dorfes bei Berlin. 184.
Beginn des Kulturpolitischen Arbeitslagers der Reichsjugendführung in Heidelberg (bis 15. Juli). 326, 348.
Beginn der laufenden Kinderbeihilfen an kinderreiche Minderbemittelte. 42.
2. Juli Gesetz zur Aenderung des Strafgesetzbuches. 143.
Gesetz über Hypothekenzinsen. 44.
Aufruf Reichsminister Dr. Goebbels' an das deutsche Volk, die Olympiagäste würdig aufzunehmen. 185.
Beginn des Reichskriegertages in Kassel (bis 5. Juli).
3. Juli Beginn der Erinnerungsfeiern an den Weimarer Reichsparteitag (bis 5. Juli). 26.
4. Juli Rede des Danziger Senatspräsidenten Pg. Greiser vor dem Völkerbundsrat. 130.
6. Juli Verordnung über das Reichspatentamt. 147.
8. Juli Eröffnung des Flug- und Luftschiffhafens Frankfurt a. M. 47.
10. Juli Richtlinien des Reichsjugendführers für die körperliche Ertüchtigung des deutschen Jungvolks. 345.
Weihe der Gemeinde Riedrode, des ersten neuen Erbhöfedorfes im hessischen Ried, durch den Reichsbauernführer Pg. Darré. 291.
11. Juli Deutsch-österreichisches Freundschaftsabkommen. 134.
Gesetz über die Vorführung ausländischer Filme. 330.
Reichstagung des NSLB. in Bayreuth (bis 13. Juli). 352.
15. Juli Meldung der deutschen Teilnehmer zu den Olympischen Spielen. 184.
16. Juli Arbeitstagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Berlin (bis 17. Juli). 327.
18. Juli Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges. 159.
Eröffnung der Ausstellung „Deutschland" (bis 16. August). 334.
19. Juli Beginn der Bayreuther Festspiele. 334.

20. Juli Beginn des Olympischen Fackellaufs vom griechischen Olympia zum Reichssportfeld in Berlin. 186.

22. Juli Klärung zwischen Danzig und Polen (Aussprache zwischen Senatspräsident Greiser und Minister Papée). 160.
Politische Amnestie in Oesterreich. 160.
Reichsrichtlinien zur Organisation der Gemeindepolizeiverwaltungen. 271.
Richtfest der „KdF.-Stadt“ am Kaiserdamm in Berlin. 298.
Festkundgebung der Reichsschrifttumskammer. 335.

23. Juli Locarno-Dreierkonferenz in London. 161.
Beginn des Weltkongresses für Freizeit und Erholung in Hamburg (bis 31. Juli). 295.

24. Juli von Papen zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in besonderer Mission ernannt. 160.
Deutschland wandelt seine Gesandtschaft in Addis Abeba in ein Generalkonsulat um. 161.
Eröffnung des VI. Welt-Geflügelkongresses in Leipzig. 282.

25. Juli Beginn des 2. Internationalen Amateurfilmkongresses in Berlin (bis 29. Juli). 329.

27. Juli Beginn d. deutsch-österreichischen Wirtschaftsbesprechungen. 160.
Englische Unterhausdebatte über die deutschen Kolonialansprüche. 161.
Anordnung zur Sicherung des künstlerischen Filmschaffens. 330.
Die erste Teilstrecke der Berliner Nord-Süd-Bahn wird dem Verkehr übergeben. 48.

28. Juli Abkommen der Reichsjugendführung mit dem Reichssportführer über die körperliche Jugendertüchtigung. 175.
Eröffnung des Internationalen Sportärztekongresses in Berlin. 149.
Sechste Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen. 279.

30. Juli Schaffung des Internationalen Zentralbüros für Freude und Arbeit unter Leitung von Pg. Dr. Ley. 297.

31. Juli Der Führer beauftragt den Reichsstatthalter Kauffmann mit der Führung der Hamburgischen Landesregierung. 85.
Das Internationale Olympische Komité legt die Olympischen Spiele 1940 nach Tokio. 186.
Stiftung der deutschen Olympia-Erinnerungsmedaille. 189.

August

1. August Der Führer eröffnet die Olympischen Spiele 1936 in Berlin (bis 16. August). 187.
Deutschland und Italien stimmen der geplanten Fünferkonferenz (der Locarno-Mächte) zu. 161.

5. August Deutsch-litauisches Wirtschaftsabkommen. 105.

7. August Pg. Stürtz Gauleiter und Oberpräsident in der Kurmark. 85.

10. August Beginn der IV. Internationalen Filmkunstschau in Venedig (bis 31. August). 330.

11. August von Ribbentrop deutscher Botschafter in London. 162.

12. August Deutsch-österreichische Vereinbarungen über den Waren- und Reiseverkehr sowie den kleinen Grenzverkehr. 160.

15. August Beginn der Internationalen Tanzfestspiele in Berlin (bis 31. August). 332.

16. August Schlußtag der Olympischen Spiele 1936 in Berlin. 189.
Beginn der Kieler Woche (Segelsport) — bis 23. August. 177.

17. August	Französische Anfrage in Berlin betr. eine Neutralitätsvereinbarung gegenüber Spanien (Deutschland sagte unter bestimmten Bedingungen zu). 162.
	Feierliche Rückgabe der Schiffsglocke des im Weltkrieg versenkten deutschen Schlachtkreuzers „Hindenburg“ durch die englische Kriegsmarine. 211.
19. August	Rotspanische Aktion gegen den deutschen Dampfer „Kamerun“. 163.
	Generalfeldmarschall von Mackensen Chef des Reiterregiments 5. 212.
21. August	Bekanntmachung der neuen Fassung des Luftverkehrsgesetzes. Verordnung über den Luftverkehr. 277.
22. August	Deutscher Protest in Moskau und Madrid gegen die Verleumdungen der bolschewistischen Sender. 163.
	Neuerliche kommunistische Radauszenen bei der Abfahrt der „Bremen“ von New York. 163
	Der ungarische Reichsverweser von Horthy beim Führer. 163.
23. August	Beginn der 24. Deutschen Ostmesse in Königsberg (bis 26. August). 102, 265.
24. August	Gesetz über den Reiseverkehr mit Oesterreich. 161.
	Deutschland kündigt das Waffenembargo gegenüber Spanien an. 163.
	Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht: Zweijährige Dienstpflicht! 164.
25. August	Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht i. Paris (bis 28. Aug.) 164.
26. August	Tagung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart. 166.
27. August	Einweihung des Günther-Groenhoff-Hauses auf der Wasserkuppe. 177.
	Gesetz zur Aenderung des Körperschaftssteuergesetzes. 267.
28. August	Eröffnung der 13. Großen Rundfunkausstellung. 336.
30. August	Beginn der Leipziger Herbstmesse (bis 3. September). 265.
	Einweihung der ersten Jungvolk-Führerschule (auf Schloß Haldem/Westfalen). 346.
31. August	Verlegung der Deutschen Botschaft in Madrid (wegen des roten Terrors) nach Alicante. 165.
	Deutsch-polnisches Abkommen über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen. 166.

September

2. September	Beginn der IV. Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP. in Erlangen (bis 7. September). 216.
4. September	Lloyd George beim Führer. 167.
6. September	Erstes Reichstreffen des Landdienstes der HJ. in Tilsit. 347.
8. September	Beginn des Reichsparteitages der Ehre (bis 14. September). 217.
	Beginn der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen in München (bis 24. September). 106.
	Runderlaß über die Regelung des Anbaus an Verkehrsstraßen. 4—9.
	Verlobung der holländischen Kronprinzessin Juliane mit dem deutschen Prinzen Bernhard Leopold zu Lippe-Biesterfeld. 168.
9. September	Eröffnung des Parteikongresses — Proklamation des Führers: Verkündung des Vierjahresplans — Kulturtagung. 217—221.

10. September Aufmarsch des Reichsarbeitsdienstes — Reichsarbeitsführer Pg. Hierl Reichsleiter der NSDAP. 222.
Erstmaliger Zusammentritt des „Nichteinmischungsausschusses" in London. 167.
Verordnung über die Zuweisung der Patentstreitsachen an die Landgerichte. 147.
11. September Appell der Politischen Leiter — Tagung der NS.-Frauenschaft — Weihestunde der Auslandsorganisation der NSDAP. 230—232.
12. September Appell der Hitlerjugend — 4. Jahrestagung der DAF. 232 bis 233.
13. September Appell der SA., SS., des NSKK. und der Flieger — Vorbeimarsch. 236.
14. September Vorführungen der Wehrmacht — Verleihung der neuen Truppenfahnen — Schlußsitzung des Parteikongresses — Führerrede. 237—239.
15. September 450 Hitlerjungen in Italien (bis 25. September). 348.
Der französische Handelsminister Bastid bei Dr. Schacht. 167.
20. September Reichsminister Dr. Goebbels in Griechenland (bis 28. September). 168.
Beginn d. Tagung d. Naturforscher u. Aerzte i. Dresden. 149.
21. September Erlaß der Satzung der Reichsrechtsanwaltskammer. 141.
23. September Bestätigung des Verbots der Kommunistischen Partei und der roten Gewerkschaften durch das Danziger Obergericht. 169.
Verordnung des Stellvertreters des Führers über das Ehrenbuch der Alten Garde. 240.
25. September Aufhebung der Finanzkontrolle des Völkerbundes über Oesterreich. 161.
Der Reichsjugendführer Pg. von Schirach bei Mussolini. 348.
26. September Frankenabwertung in Frankreich (zahlreiche andere Staaten folgen). 170.
Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Dauer der Dienstzeit des Reichsarbeitsdienstes und die Stärke des Reichsarbeitsdienstes und des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend. 205.
Verordnung über Unterbringung ausgeschiedener Arbeitsmänner und Wehrpflichtiger. 213.
Austragung der Polizeimeisterschaft 1936 in Halle/Saale. 275.
27. September Nationalspanische Entsetzung des Alkazar in Toledo. (Glückwunschtelegramm des Stellvertreters des Führers.) 167.
28. September Beginn des XI. Internationalen Autorenkongresses in Berlin (bis 5. Oktober). 337.
Vereinbarung des Reichserziehungsministers mit dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP. (betr. die Trägerschaft von NSDAP. und DAF. im Schulwesen). 353.
29. September Militärstrafgerichtsordnung — Neufassung. 213.
Einführungsgesetz zur Militärstrafgerichtsordnung — Neufassung. 213.
Beginn der Reichstagung des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF. (bis 30. September). 299.
30. September Abberufung des Völkerbundskommissars Lester in Danzig. 169.
Verordnung über die Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner. 213.
Gesetz über die Vereidigung durch die Parteigerichte. 145.
Gesetz über die Zahlung u. Sicherung v. Anliegerbeiträgen. 49.

Oktober

1. Oktober	Neuordnung der Hamburgischen Verwaltung nach dem nationalsozialistischen Führergrundsatz. 85.
	Neuordnung der Verwaltung in Baden. 85.
	Zusammentritt des neuen Reichskriegsgerichts. 210.
	Verordnung über die Wehrbezirkseinteilung für das Deutsche Reich. 214.
	Der Reichsverkehrsminister überträgt auf 2 Jahre die Anwendung der Reichsstraßenverkehrsordnung auf den Chef der Deutschen Polizei. 272.
3. Oktober	Stapellauf des Schlachtschiffes „Scharnhorst". 210.
4. Oktober	Erntedankfest — Führerrede auf dem Bückeberg — Flachsspende des deutschen Landvolks. 280—281.
5. Oktober	Eröffnung des Rügendammes. 266.
	Eröffnung der ersten Pflegestätte für Germanenkunde (in Detmold) im Auftrage des Reichsführers SS. 355.
6. Oktober	Der ungarische Ministerpräsident Gömbös †. 170.
	Eröffnung des Winterhilfswerks 1936/37 durch den Führer. 294.
7. Oktober	Bildung eines Führerrates der Sudetendeutschen Partei.
11. Oktober	Unflätige Hetzrede d. französischen Kommunistenführers Thorez (in Straßburg) gegen Adolf Hitler und Deutschland. 171.
	Einweihung der Adolf-Hitler-Halle in Hof durch Pg. Rudolf Heß. 283.
	Eröffnungssitzung des Polizeirechtsausschusses in der Akademie für Deutsches Recht. 274.
13. Oktober	Verurteilung von 10 Memeldeutschen in Kowno (wegen Schlägereien bei der Wahl zum Memellandtag). 170.
14. Oktober	Verbot der Sozialdemokratischen Partei in Danzig. 169.
	Der belgische König proklamiert die Unabhängigkeit der belgischen Politik. 172.
	Verordnung des Führers und Reichskanzlers zum Wehrmachtsversorgungsgesetz. 213.
	Fünf Erlasse zur Vereinheitlichung der Sicherheitspolizei. 271.
15. Oktober	Neuer litauischer Gouverneur f. d. Memelgebiet: Kubilius. 170.
	Beginn des Italienbesuchs des Generals Milch. 212.
17. Oktober	Dritte Arbeitstagung für deutsche Vorgeschichte in Ulm (bis 21. Oktober). 354.
18. Oktober	Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans: Pg. Hermann Göring Beauftragter für den Vierjahresplan. 250.
	Einweihung von 49 neuen Jugendherbergen durch den Reichsjugendführer. 347.
19. Oktober	Beginn der deutsch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen (bis 21. Oktober). 106.
20. Oktober	Besuch des italienischen Außenministers Graf Ciano in Deutschland (bis 25. Oktober). 302.
	Verordnung über den Zusammenschluß der Forst- und Holzwirtschaft zur Durchführung des Gesetzes über die Marktordnung auf dem Gebiete der Forst- und Holzwirtschaft. 284.
21. Oktober	Der Reichsführer SS. und Chef der Deutschen Polizei, Pg. Himmler, bei Mussolini. 275.
	Deutschland beweist vor dem Nichteinmischungsausschuß die sowjetrussische Einmischung in Spanien. 305.
22. Oktober	Deutsch-kanadisches Handels- u. Waren-Zahlungsabkommen. 106.
23. Oktober	Deutscher Frontkämpferbesuch in England (bis 29. Okt.). 305.

24. Oktober — Der italienische Außenminister Graf Ciano beim Führer in Berchtesgaden — Deutschland erkennt das italienische Kaiserreich Aethiopien an. 303.
Beginn der Reichstagung des Reichsheimstättenamts in Würzburg (bis 27. Oktober). 49.

26. Oktober — Beginn der Wirtschaftsverhandlungen mit Estland (bis 2. November). 106.

27. Oktober — Wilhelm-Gustloff-Stiftung: Berlin-Suhler-Waffenwerke. 299.

28. Oktober — Italien beweist vor dem Nichteinmischungsausschuß die sowjetrussische Einmischung in Spanien — Zurückweisung der Moskauer Anklagen. 305.
Empfang der deutschen Frontkämpferabordnung durch den englischen König. 305.
Sechste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung. 106.

29. Oktober — Rede des Ministerpräsidenten Pg. Göring im Berliner Sportpalast über den Vierjahresplan. 253.
Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung. 258.
Feierliche Eröffnung des neuen Reichskriegsgerichts durch den Reichskriegsminister. 210.
Beginn der Zehnjahresfeier des Gaues Berlin (bis 1. November). 239.
Urteil im Berliner Einsturzunglück-Prozeß. 299.
Errichtung der Spende „Künstlerdank". 323.
Verordnung über die Zulässigkeit befristeter Bausperren. 49.

November

5. November — Pg. Dr. Scheel Reichsstudentenführer. 361.
Zweite Verordnung zur Durchführung d. Vierjahresplans. 260.
Kommunistische Demonstrationen vor der Deutschen Botschaft in London. 305.

6. November — Neuauflegung einer 500-Millionen-Anleihe. 267.

7. November — Erste Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses. 260.
Zweite Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung des Bedarfs an Metallarbeitern für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufträge der Eisen- und Metallwirtschaft. 261.
Dritte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Rückführung von Metallarbeitern und Bauarbeitern in ihren Beruf. 261.
Vierte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Sicherstellung der Arbeitskräfte und des Bedarfs an Rohstoffen für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Bauvorhaben. 262.
Fünfte Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Beschäftigung älterer Angestellter. 262.
Sechste Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über das Verbot von Kennwortanzeigen für die Erwerbung oder Vermittlung v. Metallarbeitern u. Baufacharbeitern. 262.

8. November — Beginn der Erinnerungsfeier an den 9. November 1923 (bis 9. November). 239.

10. November — Vereidigung der SS.-Rekruten vor der Münchner Feldherrnhalle. 240.
Führertagung der deutschen Studenten in Stuttgart. 361.

11. November	Eröffnung von 8 neuen Hochschulen für Lehrerbildung durch den Reichserziehungsminister. 353.
12. November	Empfang des argentinischen Botschafters beim Führer. 307.
14. November	Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die deutschen Ströme. 308.
	Austragung der ersten SS.-Fechtmeisterschaft in Berlin (bis 15. November). 177.
16. November	Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht in der Türkei (bis 18. November). 307.
18. November	Deutschland und Italien erkennen die spanische Nationalregierung des General Franco als rechtmäßige spanische Regierung an — General a. D. Faupel deutscher Geschäftsträger in Spanien. 309.
	Goebbels-Interview über die deutsch-belgischen Beziehungen in „Le XX. Siècle". 309.
19. November	Englische Westpaktnote an Deutschland, Frankreich, Italien und Belgien. 310.
	Der österreichische Staatssekretär Dr. Guido Schmidt in Deutschland (bis 21. November). 310.
	Dritte Reichsarbeitstagung der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums (bis 22. November). 338.
	Siebente Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Devisenbewirtschaftung. 106.
20. November	Untergang von U 18. 211.
21. November	Ehrung des 70jährigen Oskar Meßter, des Begründers der deutschen Filmindustrie. 331.
22. November	Sowjetrussisches Todesurteil gegen den Deutschen Stickling im Nowosibirsker Schauprozeß. 307.
23. November	Deutscher Beitritt zum Teil IV des Londoner Seerüstungsvertrages (Humanisierung des U-Bootkrieges). 316.
	Beginn des Vierten Reichsbauerntages in Goslar (bis 29. November). 282.
24. November	Beginn des Kontinentalen Reklamekongresses in Berlin (bis 28. November). 266.
25. November	Deutsch-japanisches Abkommen gegen die Kommunistische Internationale (Komintern). 311.
	Eröffnung des neuen Reichsberufswettkampfes d. Studenten. 363.
	Beginn der Woche des deutschen Buches (bis 1. Dezember). 338.
26. November	Ueberleitungsverordnung zum Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplans. 263.
	Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen. 263.
	Erste Ausführungsverordnung zur Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen. 264.
27. November	Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NSG. „Kraft durch Freude". 298.
	Abschaffung der Kunstkritik. 323—324.
28. November	Der Führer beauftragt den bayrischen Ministerpräsidenten Siebert mit der Leitung des bayrischen Wirtschaftsministeriums und den bayrischen Innenminister Wagner mit der Leitung des bayrischen Kultusministeriums. 85.
29. November	Dritte Arbeitstagung des Reichskultursenats. 324.
30. November	12jährige Schulzeit an den Höheren Schulen eingeführt. 349.

Dezember

1. Dezember	Gesetz über die Hitlerjugend. 341.
	Gesetz über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes. 294.

Gesetz gegen Wirtschaftssabotage. 264.
Gesetz zur Erschließung von Bodenschätzen. 265.
Anordnung des Führers über die Schaffung der Nationalsozialistischen Kampfspiele. 239.
Gesetz über die Vernehmung von Angehörigen der NSDAP. und ihrer Gliederungen. 145.
Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin 276.
Zweites Gesetz zur Aenderung und Ergänzung des Naturschutzgesetzes. 340.
Einführungsgesetz zu den Realsteuern. 267.
Gesetz zur Aenderung der Vorschriften über die Gebäudeentschuldungssteuer. 267.
Gewerbesteuergesetz. 267.
Grundsteuergesetz. 267.

5. Dezember Tag der nationalen Solidarität. 295.
8. Dezember Stapellauf des Schlachtschiffes „Gneisenau". 210.
9. Dezember von Ribbentrop fordert im Nichteinmischungsausschuß betr. Spanien die baldige Klärung der Freiwilligenfrage und der Frage der finanziellen Unterstützung. 316.
Beginn des Prozesses gegen den Juden Frankfurter — wegen Ermordung des Landesgruppenleiters Pg. Gustloff — vor dem Kantonsgericht in Chur (bis 14. Dezember). 317.
10. Dezember Deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen. 109.
Der ungarische Innenminister in Berlin (bis 16. Dez.). 316.
Rundfunkansprache des Reichsjugendführers Pg. von Schirach an die deutsche Elternschaft. 344.
12. Dezember Deutsches Memorandum zur Spanienfrage. 316.
14. Dezember Der Jude David Frankfurter wird von dem Kantonsgericht in Chur wegen Mordes an dem Landesgruppenleiter Pg. Gustloff zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. 319.
15. Dezember Rede von Ribbentrops bei einem Empfangsabend der Anglo-German-Fellowship in London über die deutsche Kolonialfrage. 320.
Verfassungsausschuß der Reichsstudentenführung gebildet. 364.
Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwiderhandlungen. 108.
Dritte Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten. 299.
21. Dezember Warenverkehrsabkommen mit der Südafrikanischen Union. 109.
Erbhofrechtsverordnung. 291.
Erbhofverfahrensordnung. 291.
22. Dezember Gesetz über die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz von Fürsorgekosten. 301.
Schaffung des Reichsfeuerwehr-Ehrenzeichens. 275.
23. Dezember Deutsch-holländisches Verrechnungs- und Warenverkehrsabkommen. 109.
Gesetz über Abwertungsgewinne. 108.
24. Dezember Weihnachtsbotschaft des Stellvertreters des Führers an die Deutschen im Ausland und die deutschen Seefahrer. 364.
27. Dezember Generaloberst a. D. von Seeckt †. 213.
28. Dezember Erlaß des Reichserziehungsministers über die Vereinheitlichung der Höheren Schulen. 350.

SONDERNUMMER

zum Jahrestag der Machtübernahme

zum Jahrestag der Machtübernahme

„Freiheit und Brot"



Für die Bezieher der Berliner Ausgabe, Potsdamer Ausgabe u. Norddeutschen Ausgabe

Berlin, 30. Januar 1936

Deutschland hat, indem es politische Gruppierungen und Lebensbetrachtungen der Vergangenheit innerlich und äußerlich stürzte, eine Revolution allergrößten Umfanges durchgeführt; zugleich aber hat es durch alle erstarrten Traditionsformen hindurch die ewig gültigen Überlieferungen des deutschen Charakters erst recht wieder ans Tageslicht gezogen.

Das ist wohl mit das Entscheidende und Charakteristische der nationalsozialistischen Volkserhebung, daß sie in modernster Vertretung aller Notwendigkeiten unseres Jahrhunderts, in unbeirrbarer Verteidigung der uns gemäßen Auffassungen doch zugleich immer wieder verstanden hat, das in allen Zeitepochen hervortretende Bleibende des deutschen Wesens zu betonen, ja, dies erst recht von den Verzerrungen späterer Schilderungen zu befreien.

Der Nationalsozialismus ist sich dessen bewußt, daß nach einer vieltausendjährigen deutschen Geschichte das Hervortreten von etwas absolut Neuem, noch nie Dagewesenem nicht das Zeichen einer wirklich großen Revolution, sondern nur das Zeichen für einen großen Untergang eines Volkstums bedeuten würde. Neu werden die Mittel der Lebensgestaltung sein, neu und zielbewußt werden manche Wege unserer Außenpolitik sein, neu viele Methoden in der Führung der Wirtschaftspolitik; aber sie alle werden in sich bergen müssen eine ewige, unveränderliche Charakterform, getragen werden müssen von den gleichen höchsten Werten, die einst die großen Deutschen der Vergangenheit in all dem leiteten, was an ihnen selbst groß und für die deutsche Geschichte erhebend war. Darum rückt dieses Deutsche Reich neben die anderen vergangenen Reiche der Deutschen als eine organische Zukunft in sich tragen. Alles das, was heute geschieht, wird Tradition für kommende Geschlechter und fordert von uns immer wieder ernsteste Überlegung, ehe feste Formen ins Leben gesetzt werden können. Wer sehenden Auges durch Deutschland gegangen ist, wird feststellen können, daß vieles im Entstehen begriffen, daß aber auch schon vieles sichtbar für alle in klarer Form emporgewachsen ist, daß gesellschaftliche Gebilde schon vor uns stehen, die die Grundlagen für das kommende Leben abgeben und bereits gesicherte Überlieferungskraft in sich bergen.



Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staat!
Nicht der Staat hat uns geschaffen, sondern wir schufen uns unseren Staat!

(Der Führer an die Politischen Leiter auf dem Reichsparteitag zu Nürnberg 1934)

Wenn der Führer auch oft in seinen Reden gesagt hat, daß, wenn es ihm möglich geworden sei, heute an der Spitze des Reiches zu stehen, er dies vor allem seinen Mitkämpfern verdanke, die diese schweren Jahre unbeirrbar mit ihm um Deutschland kämpften, so weiß die ganze nationalsozialistische Bewegung und mit ihr das ganze Deutsche Volk doch nur zu gewiß, daß alle noch so gutgemeinten Versuche, alle Einzelopfer bester Deutscher umsonst gewesen wären, wenn sich nicht aus der kämpferischen Schar ein Mann herausgeschält und aus einem unbeirrbaren Instinkt, unerschütterlichen Glauben und damit größter Zähigkeit die Tat vorweggenommen, innerlich vorausgelebt hätte und damit uns alle hinführte in ein neues Leben.

An all dies denkt heute die gesamte nationalsozialistische Bewegung und dankt mit dem ganzen Volke dem Führer für jenen Kampf bis 1933 und für alle jene Taten seit dieser Stunde vom Januar 1933, an die wir heute alle denken. Dieser Tag wird ein neuer Ansporn sein, im Sinne des großen Kampfes auch weiterhin die beste Kraft für die Gestaltung des großen Werkes des Führers einzusetzen.





Werbeplakate des NSDStB.









Reichsberufswettkampf
der deutschen Jugend
1936

ANMELDUNG!

Ich melde mich hiermit zur Teilnahme am dritten Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend für die Gruppe BERGBAU an und bin am Wettkampfort zum festgesetzten Zeitpunkt pünktlich zur Stelle.

(Name) (Vorname) 6. 10. 1920 (geboren)

Beschäftigt auf der Schachtanlage:

Fachgruppe:

Beruf:
(z. B.: Berg... über Tage oder unter Tage, nicht aber: Bergmann)

Seit wann in der Lehrwerkstatt? 1934 Seit wann im Betrieb? 1934

Mitglied der HJ, ~~SA, SS, Partei~~? Ja Mitglied der DAF? Ja

Mitglied anderer Organisationen oder Jugendverbände? ÷

Hast Du an einem der vorherigen Reichsberufswettkämpfe teilgenommen? Ja

Teilnahme an Berufs- oder Fachschulen? Ja

Teilnahme an welchen Lehrgängen der zusätzlichen Berufsschulung der Berufs-(Fach-)schule?

(Ort)

Unleserliche und halbfertige Anmeldungen werden nicht berücksichtigt!

Hier abtrennen!

ANMELDEBESTÄTIGUNG!

Js.
hat Anmeldung zum Berufswettkampf abgegeben.

Leistungsklasse: I

(Ort), den 10. 1 1936

Örtlicher Wettkampfleiter oder Beauftragter

Der völkische Staat wird, wenn notwendig, selbst durch jahrhundertelange Erziehung, mit dem Unfug, körperliche Tätigkeit zu mißachten, brechen müssen. Er wird grundsätzlich den einzelnen Menschen nicht nach der Art seiner Arbeit, sondern nach Form und Güte der Leistung zu bewerten haben. Adolf Hitler

Reichsberufswettkampf 1936 (ab 1. 2. 1936)



Weltanschauliche Fragen

der männlichen Jugend

Wettkampfgruppen Friseure, Eisen und Metall, Verkehr und öffentliche Betriebe, Bau

Leistungsklasse 1 — Jahrgang 1920 und jünger.

1. Wann und wo wurde der Führer geboren?
2. Warum braucht Deutschland Bauern?
3. Warum ist der Nationalsozialismus ein Gegner des Judentums?
4. Weißt Du, woher das Hakenkreuz kommt?

Leistungsklasse 2 — Jahrgang 1919 und 1918.

1. Welche bedeutenden Ereignisse aus dem Leben des Führers kennst Du?
2. Gib den Geburtsort des Führers an und die besondere Lage.
3. Warum wurde die deutsche Luftwaffe stark ausgebaut?
4. Warum soll jeder deutsche Mensch Ahnenforschung betreiben?

Leistungsklasse 3 — Jahrgang 1917 und 1916.

1. Wo sind die Forderungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf eine kurze Formel gebracht?
2. Worin liegt der erzieherische Wert des deutschen Volksheeres gegenüber dem vergangenen Berufsheer, der Reichswehr?
3. Warum gibt es eine HJ?
4. Welchen Sinn hat die Prägung der Begriffe „Betriebsführer" und „Betriebsgefolgschaft"?

Leistungsklasse 4 — Jahrgang 1915 und älter.

1. Inwiefern hat das Weltkriegserlebnis des Führers die nationalsozialistische Lehre beeinflußt?
2. Wo findet die Stellung der Partei über Staat und Wehrmacht ihren sichtbaren Ausdruck?
3. Was besagt der Grundsatz „Jugend muß von Jugend geführt werden"?
4. Was bedeutet uns der 9. November 1923?

Allgemeine und hauswirtschaftliche Aufgaben für Mädel

Gruppe: Friseusen, Hausgehilfen

Leistungsklasse 1 (15 und 16 Jahre).

Deutscher Aufsatz: Zeitdauer 1 Stunde.
Wie gedenke ich meine Freizeit (Ferien) 1936 zu gestalten?

Weltanschauliche Fragen: Zeitdauer 30 Minuten.
Wer ist der Stellvertreter des Führers?
Wann und unter welchen Bedingungen werde ich als deutsches Mädel in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei aufgenommen?

Hausarbeit: Zeitdauer 1½ Stunden.
1. Wie bewahre ich im Haushalt Lebensmittel auf?
2. Wie reinige ich den Lebensmittel-Vorratsraum? (Lebensmittelschrank-Speisekammer)
3. Wie pflege ich meine Schuhe?
4. Was habe ich beim Tischabräumen zu beachten?
5. Wie hebe ich meine Wollsachen im Sommer auf?

Leistungsklasse 2 (17 und 18 Jahre).

Deutscher Aufsatz: Zeitdauer 1 Stunde.
Der Rundfunk im Dienste des Staates.

Weltanschauliche Fragen: Zeitdauer 30 Minuten.
Wodurch verhütet der Staat die Vermehrung der Minderwertigen?
Welche Bedeutung hat der 9. November für die nationalsozialistische Bewegung?

Nähen: Zeitdauer 1½ Stunden.
Pulswärmer (Handmüffchen) stricken. Maschenanschlag: 60 Maschen insgesamt.

Leistungsklasse 3 (19, 20 und 21 Jahre).

Deutscher Aufsatz: Zeitdauer 1 Stunde.
Welche Aufgabe hat die Familie dem Staat gegenüber?

Weltanschauliche Fragen: Zeitdauer 30 Minuten.
Wie vollzieht sich der Einsatz der deutschen Jugend zur Mitarbeit auf dem Lande?
Welche Gesetze wurden auf dem Parteitag der Freiheit verkündet?

Kochen: Zeitdauer 1½ Stunden.
Eintopfgericht: Sauerkohl (Weißkohl) mit Speck und Kartoffeln – für 4 Personen.

Zutaten: 60–80 g Speck,
1 Zwiebel,
1 Apfel,
¾ l Wasser,
1½ Pfund Kartoffeln,
Salz,
Zucker,
Kümmel,
¾ Pfund Sauerkohl.

Fragebogen zum Reichsberufswettkampf 1936

Dienstauszeichnung 4. Klasse
(für 4-jährige Dienstzeit)



(mattsilbern)

Dienstauszeichnung 3. Klasse
(für 12-jährige Dienstzeit)



(hellbronziert)

Dienstauszeichnung 2. Klasse
(für 18-jährige Dienstzeit)



(versilbert)

Dienstauszeichnung 1. Klasse
(für 25-jährige Dienstzeit)



(vergoldet)

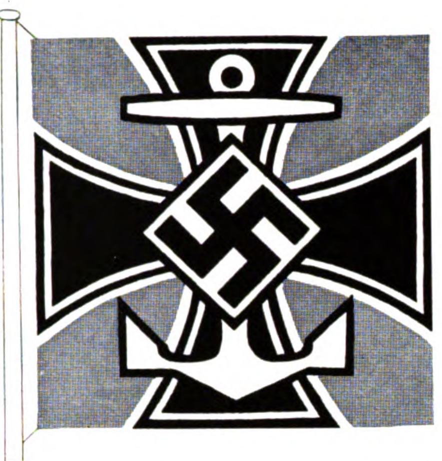
Die Dienstauszeichnungen der Wehrmacht

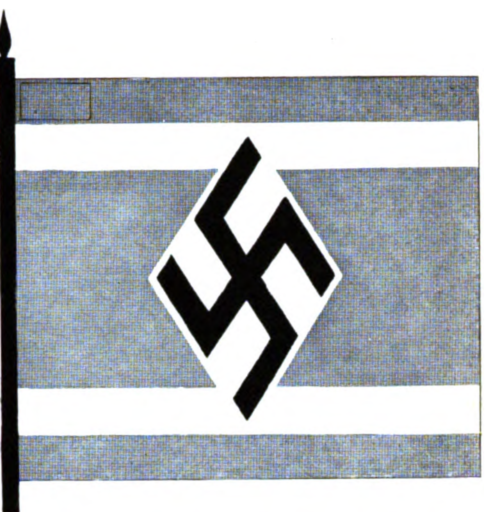




Das neue Hoheitszeichen des Deutschen Reiches
Oben: Reliefausführung
Unten: Druckausführung







Die neuen Fahnen des

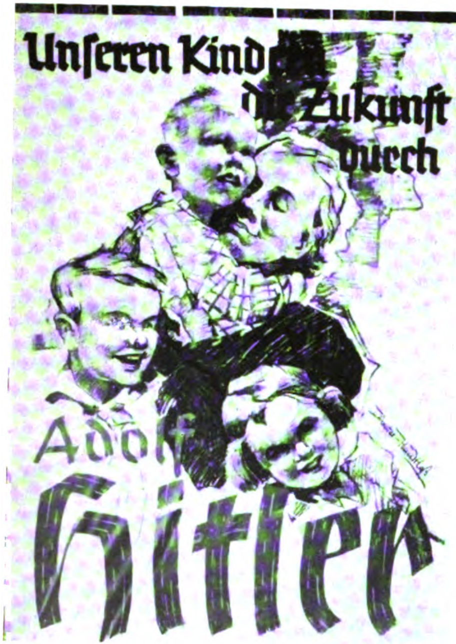
NS.-Soldatenbundes

NS.-Marinebundes

NS.-Studentenbundes









Plakate zur Wahl am 29. 3. 1936



Plakate zur Wahl am 29. 3. 1936



Reichstag für Freiheit und Frieden

Wahlkreis . . .

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Adolf Hitler

Heß Frick Göring Goebbels

Stimmzettel zur Reichstagswahl

Vorläufiges Ergebnis: **98,79 Prozent**

Fast 99 v. H. des Volkes bekannten sich zum Führer

Ein in der Geschichte beispielloses Wahlergebnis

44,4 Millionen für Adolf Hitler

98,79 Prozent aller Stimmen – 98,95 % Beteiligung

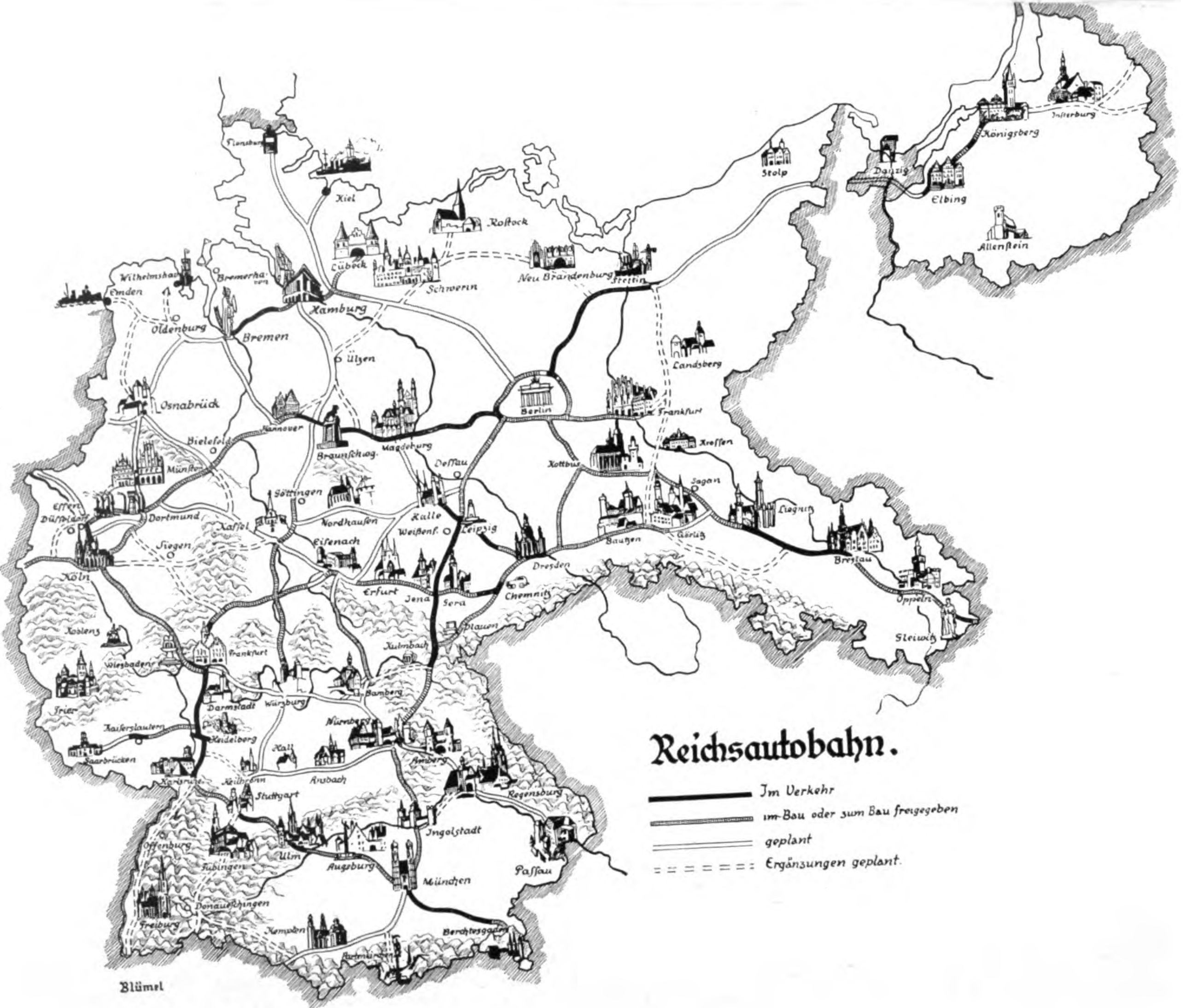
Deutschland stimmte:

Adolf Hitler

Die Welt gibt zu: Ein beispielloses Ergebnis

Jetzt sieht die ganze Welt: Wenn Adolf Hitler spricht, spricht das deutsche Volk!

Das Wahlergebnis vom 29. März 1936 in Schlagzeilen der Deutschen Presse



Plan der Reichsautobahnen

Die Fahnen von 53 Nationen wehen über dem Reichssportfeld

Nun kämpft die Jugend der Welt

Die XI. Olympischen Spiele vom Führer feierlich eröffnet

Dentschland gewinnt nach dramatischen Kämpfen 4 Goldmedaillen im Rudern

Dentschlands Turner im Kampf mit deu Weltbesten um 7 Goldmedaillen

Deutschland und Amerika jetzt mit je 18 Goldmedaillen an der Spitze

Deutschland führt nach großartigen Reitersiegen mit 21 Goldmedaillen

Schlagzeilen der deutschen Presse während der Olympischen Wettkämpfe



Ein Tagesprogramm der Olympischen Spiele
(eingelegt eine Eintrittskarte zu der Eröffnungsfeier)



Der amtliche Führer zu den Olympischen Spielen
(eingelegt eine Eintrittskarte zu den Schwimmwettkämpfen)

Verordnung des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Olympischen Spiele 1936.

Vom 4. Februar 1936.

1

Zum sichtbaren Ausdruck meiner Anerkennung und des Dankes des deutschen Volkes für Verdienste um die Deutschland übertragenen Olympischen Spiele 1936 stifte ich das

„Deutsche Olympia-Ehrenzeichen".

2

Das Ehrenzeichen wird in zwei Klassen verliehen.

3

Anlage (A) Die erste Klasse ist ein aus fünf Balken bestehender weiß emaillierter goldumrandeter Stern, der von fünf goldenen gerieften Strahlen unterbrochen ist. Die Mitte des Sternes trägt die fünf olympischen Ringe in weißer goldumrandeter Emaille. Über dem oberen Strahl schwebt mit ihm verbunden das Hoheitszeichen des Reichs gleichfalls in weißer goldumrandeter Emaille. Das Ehrenzeichen wird an einem fünf Zentimeter breiten ziegelroten, schwarzumrandeten, in der Mitte von fünf weißen Streifen durchzogenen Band am Halse getragen.

4

Anlage (B) Die zweite Klasse ist von gleicher Form und Ausführung wie die erste Klasse, jedoch etwas kleiner und wird an einem drei Zentimeter breiten Band von gleicher Ausführung wie das der ersten Klasse im Knopfloch oder auf der linken Brustseite getragen.

5

Das Ehrenzeichen wird von mir auf Antrag des Reichsministers des Innern verliehen.

6

Der Beliehene erhält ein von mir unterzeichnetes Besitzzeugnis.

7

Nach dem Tode des Inhabers verbleibt das Ehrenzeichen den Hinterbliebenen als Erinnerungszeichen.

8

Die Verleihungen sind im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger bekanntzugeben.

9

Mit der Durchführung der Verordnung beauftrage ich den Reichsminister des Innern.

Berlin, den 4. Februar 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

A. Deutsches Olympia-Ehrenzeichen erster Klasse

B. Deutsches Olympia-Ehrenzeichen zweiter Klasse

Das Olympische Ehrenzeichen



Der Weg des Olympischen Staffellaufes



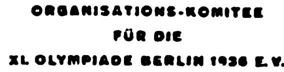
OLYMPIA ZEITUNG

Offizielles Organ der XI. Olympischen Spiele 1936 in Berlin. Herausgegeben im Reichssportverlag

NUMMER 1 — 21. JULI 1936 — PREIS 20 PF.

OLYMPISCHE KAMERADSCHAFT

Erste Nummer der Olympiazeitung



ORGANISATIONS-KOMITEE
FÜR DIE
XI. OLYMPIADE BERLIN 1936 E. V.

Schießen

40

B. Scheibenpistolenschießen auf 50 m

Vom Standkontrolleur auszufüllen — Nur von der Auswertungsgruppe auszufüllen

Stand Nr.: 10 — Name: Ullman Torsten

Rotte Nr.: 5 — Nation: Schweden

Anfang: 8 Uhr 12

18 Probeschüsse	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	10	9	9	10	9	9			
	10	11	12	13	14	15	16	17	18

											Sa.
Scheibe Nr. 1	9	10	10	10	10	10	9	9	9	9	95
„ „ 2	9	10	10	9	9	8	9	10	9	9	92
„ „ 3	9	9	10	9	9	9	10	10	10	9	94
„ „ 4	9	9	9	9	9	9	9	9	9	10	91
„ „ 5	9	9	10	10	10	9	9	9	7	10	92
„ „ 6	10	9	10	9	10	9	10	9	10	9	95
Gesamtringzahl											559

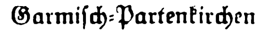
Auswertung: ...

Kontrolle: ...

Berlin, den 7.8.36.

Empfangsbescheinigung: ______

Eine Schießkarte



Garmisch-Partenkirchen

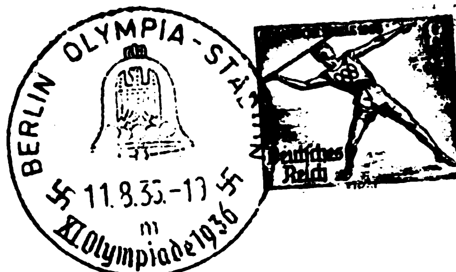
Berlin
Die Goldmedaillen der XI. Olympiade



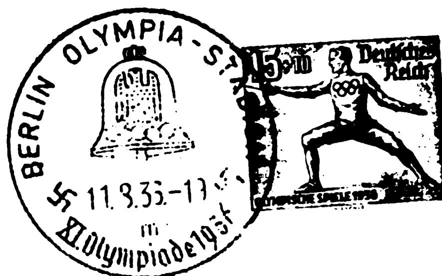




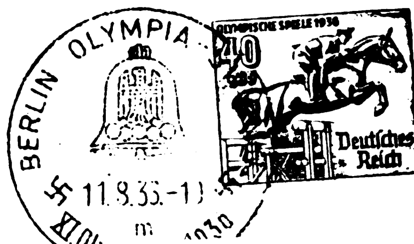












Sonderbriefmarken der Deutschen Reichspost zu den Olympischen Wettkämpfen 1936











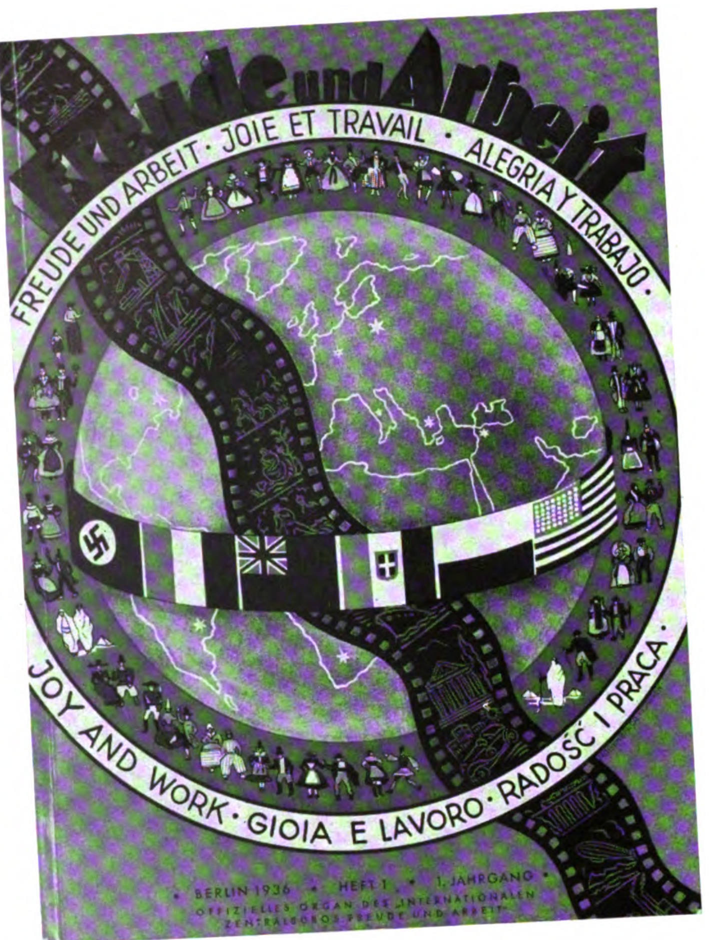








Sonderbriefmarken der Deutschen Reichspost zum WHW. 1936/37



Erste Nummer der Zeitschrift „Freude und Arbeit"



Englische Ausgabe des Werbeplakates
für den Freizeitkongreß in Hamburg

Ein Buch geht um die Welt

In der Stille der Zelle 7 der Festungsanstalt zu Landsberg am Lech entstand im Jahre 1924 der grundlegende Teil jenes Werkes, das in einem knappen Dutzend Jahren einen noch nie erlebten Siegeszug um die Welt vollendet haben sollte. In den Tagen der ihm von den Machthabern System-Deutschlands zwangsweise auferlegten Muße schuf hier der Führer sein Buch, das heute schon zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Weltliteratur und uns Deutschen zum Leitfaden und Vermächtnis geworden ist für ewige Zeiten. Waren es zuerst Tausende in Deutschland, die zum Buche fanden, so wurden es gar bald Zehntausende und Hunderttausende. Und als am 30. Januar 1933 die große Wende kam, wuchs ihre Zahl auf Millionen, um wahr zu machen, was der Führer im Vorworte zur ersten Auflage des Buches im Jahre 1925 geschrieben hatte: „Ich wende mich mit diesem Werk nicht an Fremde, sondern an diejenigen Anhänger der Bewegung, die mit dem Herzen ihr gehören und deren Verstand nun nach innigerer Aufklärung strebt." Heute hat es an die drei Millionen deutscher Familien, in deren Heim das Buch des Führers seinen Ehrenplatz gefunden hat. Drei Millionen deutscher Familien, die aus „Mein Kampf", dem Buch der Deutschen, Erkenntnis schöpfen, wie sie ihr Leben zu gestalten hätten nach dem Leitsatz des Führers: „Du bist nichts, dein Volk ist alles!" — Als der Führer die Macht ergriffen hatte, erreichte das schon früher erweckte Interesse weitester Kreise des Auslandes für sein Buch einen Höhepunkt. Der Wunsch, sich eingehend und authentisch über den Nationalsozialismus zu informieren, wurde immer dringender. Das Verlangen nach fremdsprachigen Ausgaben wurde immer größer, so daß der Führer in den Jahren 1933 und 1934 die Bewilligung gab, daß sein ursprünglich nur für uns Deutsche bestimmtes Buch in sieben Sprachen übersetzt werde. Trotz aller Quertreibereien, die von jüdischer Seite noch vor Erscheinen der ersten fremdsprachigen Ausgabe einsetzten, trotz aller jüdischen Drohungen und trotz der Tatsache, daß — wie einst in Deutschland — das Verlagswesen in aller Welt zu den jüdischen Domänen gehört, haben bis heute die meisten fremdsprachigen Ausgaben verschiedentlich Neuauflagen erlebt. Weit über 50000 Exemplare haben bis heute Absatz gefunden. Unter dem Titel „My Battle" erschien schon am 11. Oktober 1933 die amerikanische Ausgabe des Führerbuches, der zwei Tage später eine englische „My Struggle" folgte. Im Januar 1934 kam die dänisch-norwegische Ausgabe „Min Kamp" heraus, der sich in kurzen Abständen die italienische „La mia battaglia", die portugiesische „Minha luta" und die schwedische „Min Kamp en uppgörelse" anschlossen. Schließlich folgten Mitte 1935 eine spanische Ausgabe unter dem Titel „Mi lucha" und eine ungarische „Harcom". Schließlich erschienen, wenn auch unautorisiert, so doch von lauteren Beweggründen diktiert, große Teile des Führerbuches in russischer Übersetzung unter dem Titel „Moja Borba" in der in Amerika herausgegebenen russischen Emigrantenzeitschrift „Der russische Faschist". — So ist dieses Buch um die Welt gegangen, hat die Herzen der Ehrlichen in der Welt beglückt und hat Kunde gegeben von der neuen Lehre, die Deutschland und dem deutschen Volke eine neue Zukunft geschenkt hat.

Adolf Hitlers Buch in aller Welt (aus „Der SA.-Mann")

Preis 15 Pf.

Der SA-Mann

München, 12. Dezember 1936
50. Folge / 5. Jahrgang

Wie schreiben heute

Juden als Antisemiten! Wer lacht da?
Das edle Hohenzollernhaus
Heinrich Heine auf Kundenfang
Da stimmt doch etwas nicht
Klärung und Vormarsch in Schweden
Miesmacherei statt Seelsorge
. . . und der große Erlebnisbericht
der Schriftleitung vom
„Tag der Nationalen Solidarität"

Kampfblatt der Obersten SA.-Führung der N[...]P.

Armer Irrer!

In Prag wandeln viele sonderbare Gestalten unter den Mauern des Hradschin. Eine der sonderbarsten ist Otto Straßer, seines Zeichens Vereinsvorstand der Schwarzen Front. Und während über seinem Haupte die Sonne Böhmens scheint, wie über den Häuptern aller übrigen Zeitgenossen in der schönen Hauptstadt, umhüllen dichte Nebel Verein und Vorstand und umgeben sie mit dem Dunkel der politischen Bedeutungslosigkeit und des Vergessens. Herr Otto Straßer ist über diese Tatsache nur sehr mäßig begeistert, und so versucht er mit viel Geschrei den Beweis dafür anzutreten, daß er noch lebt. Sein Blättchen, dem er den stolzen, aber durch nichts gerechtfertigten Namen „Deutsche Revolution" gegeben hat, muß als Nebelhorn herhalten.

Daß Otto bei seinen fruchtlosen Bemühungen, „wer zu sein", statt den Nagel auf den Kopf zu treffen, sich selbst stets kräftig auf die Finger haut, ist zwar keine erschütternde Neuigkeit, aber immerhin ein Beweis dafür, daß selbst jahrelange Übung im Lügen durchaus nicht immer den Meister macht.

Von Zeit zu Zeit dringt aus dem Straßerschen Nebel auch ein uns zugedachtes Lallen, wobei sich die Redakteure der Deutschen Revolution wohl der durchaus trügerischen Hoffnung hingeben, daß wir als Kampfzeitung der SA. nichts Besseres zu tun hätten, als uns mit Juden und Landesverrätern herumzubalgen. Wir kennen diese Taktik aus der Systemzeit her, wo wir auch mit Kübeln von Dreck, mit Haß und Verleumdung übergossen wurden, damit unsere Kräfte durch die Abwehr gebunden und so für den Angriff lahmgelegt würden. Man hat sich damals in uns getäuscht! Und Straßer und Konsorten täuschen sich auch heute, wenn sie glauben, daß wir als politische Soldaten des Führers auf ihre dummdreisten Anrempeleien eingehen würden.

Wenn das Kampfblatt der SA. irgendwelche Mißstände, die Überbleibsel aus der Systemzeit, an den Pranger stellt und in aufbauendem Sinne Kritik übt, so ist das, bitte, lassen Sie sich das gesagt sein, Herr Straßer, kein Zeichen für eine „Mißstimmung innerhalb der SA.", sondern nicht nur unser Recht, sondern eine Verpflichtung, die sich aus den Opfern und aus dem Blute der SA. für die nationalsozialistische Revolution herleitet.

Dieses Recht sprechen wir aber jenen Lumpen ab, die, von Juden bezahlt, ihr Gift außerhalb der Grenzen gegen unser Reich verspritzen. Für die SA. ist und bleibt oberstes Gebot der Befehl des Führers.

Aber was sollen wir uns mit ein paar armen Irren sachlich auseinandersetzen. Wir brauchen unseren Kameraden ja nur den neuesten Blödsinn des Prager Vereins und seines sauberen Vorstandes vorzuziehen, um ihnen zu zeigen, wes Geistes Kind die Emigrantenclique um Otto Straßer ist. Man soll aber in Prag so nicht glauben, daß wir uns nun künftig mit dem Mist der „Deutschen Revolution" beschäftigen werden. Wenn wir es heute tun, dann nur aus dem Grund, weil unsere Männer gerne lachen, und Lachen bekanntlich sehr gesund ist. Daß wir dabei sachlich bleiben, wird wohl kein vernünftiger Mensch von uns verlangen und wenn der Inhalt unseres Aufsatzes noch un[...]

Die deutsche Revolution

Organ der Schwarzen Front
Herausgeber Dr. Otto Straßer

Prag I, [...] Kopenhagen V.

Aus dem INHALT

Die Vernichtung des Kleinhandels
Regierungsumbildung in Wien
Restaurierung der Habsburger?
Ciano und Beck nach London
England und Ribbentrop
Roosevelts Wiederwahl

England - Deutschland - Italien

Redekampf Göring-Mussolini-Eden. — Der Aufmarsch der Fronten. — Hitlers neowilhelminische Politik

Der weiss-rote Strudel
Kampf um die Erneuerung Europas
Karl Folten

Neue Massenverhaftungen

Wachsende Unzufriedenheit in den Parteiorganisationen. - SA Gruppenführer Schepmann zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt

SA.-Gruppenführer Schepmann zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt

Nach zahlreichen Nachrichten, die wir aus den verschiedensten Gegenden des Reiches erhalten, wird der Terrorapparat des Hitlersystems in stärkerem Maße als je zuvor gegen die aus Kriegsangst und Lebensmittelnot geborene, immer mehr um sich greifende Unzufriedenheit der Bevölkerung eingesetzt. Das ganz Deutschland überziehende Spitzelnetz wird weiter ausgebaut und verdichtet, die Organisation der Block- und Zellenwarte ist nunmehr abgeschlossen; jeder dieser Funktionäre ist für je 60 in seinen Rayon fallende Familien hinsichtlich deren politischer Zuverlässigkeit verantwortlich.

Typisch für die wachsende Gegnerschaft aus Kreisen der SA. ist es, daß dem SA.-Gruppenführer von Sachsen, Schepmann, wegen „revolutionärer Umtriebe" der Prozeß gemacht wurde. Das selbstverständlich in voller Heimlichkeit durchgeführte Verfahren endete mit einer Verurteilung zu 10 Jahren Zuchthaus.

Eines von vielen Beispielen
der internationalen Presseheße gegen das nationalsozialistische Deutschland

Dem
Führer
des
Deutschen Volkes
in Dankbarkeit
und Treue
der Reichsbund der
Kinderreichen
Berlin, im Julmond 1936
Reichsbundesleiter

[illegible]

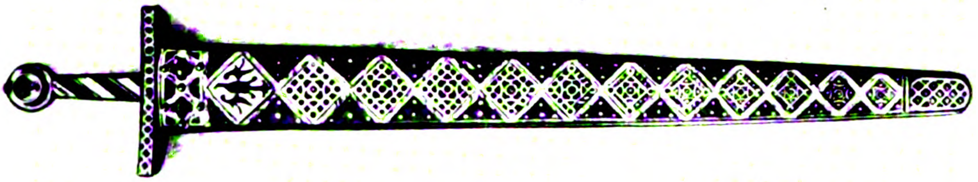
wurde und durch den Geburtenschwund erst recht herbeigeführt wird, liefert das Abendland dem Untermenschentum aus. Wir dürfen die Augen davor nicht verschließen, daß allen Erfolgen unseres Führers die Dauer, ja daß unserem Volke die Zukunft und das Fortleben versagt wäre, wenn es nicht gelingen würde, den Geburtenrückgang zu überwinden.

Wir glauben an die Ewigkeit des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk hat im Weltkrieg durch die Abwehr einer Welt von Feinden und – durch den Nationalsozialismus zu neuem Leben und Wollen erweckt – in der deutschen Erhebung bewiesen, daß in ihm der Wille und die sittlichen Kräfte leben zu seiner Selbsterhaltung und zur Erfüllung seiner Mission.

Wir sind bereit, den Kampf mit allen Kräften aufzunehmen gegen alles, was unser Volk in den Volkstod treibt, deshalb haben wir uns zusammengeschlossen zu einem Kampfbund, weil wir als Kinderreiche der natürliche Feind des Volkstodes sind.

Ehrengabe des Reichsbundes der Kinderreichen an den Führer



Nachbildung eines alten Reichsschwertes,
das die Stadt Nürnberg dem Führer anläßlich des Reichsparteitages überreichte



Ein handgeschriebenes Exemplar des Buches „Mein Kampf“,
welches die Deutsche Beamtenschaft dem Führer zu seinem 47. Geburtstag überreichte



Weimar 3. bis 5. Juli 1936

Teilnehmer-Ausweis

Inhaber dieses Ausweises

Parteigenosse [illegible]

in Berlin N.W.

war Teilnehmer des 1. Reichsparteitages in Weimar nach Wiedergründung der Partei am 3. und 4. Juli 1926 und ist als solcher zu den Feierlichkeiten anläßlich der 10jährigen Wiederkehr dieses Tages vom 3. bis 5. Juli 1936 nach Weimar eingeladen.



Gauleitung Thüringen der N.S.D.A.P.

Siekmeier, stellv. Gauleiter

Nr. 1189.

Nicht übertragbar!

Teilnehmer-Ausweis zur Zehnjahresfeier des Weimarer Reichsparteitages



Plakette zur Zehnjahresfeier in Weimar



Plakette zur Zehnjahresfeier des Gaues Berlin



Plakat zur zehnjährigen Wiederkehr des Weimarer Parteitages



Sonderausgabe des „Angriff" zur Zehnjahresfeier des Gaues Berlin

Note Lissabons an Madrid:
Abbruch der Beziehungen

Französische Häfen
als Stützpunkte der Sowjetschiffe?

Zwei deutsche Panzerschiffe nach der
Küste Spaniens ausgelaufen

Panzerschiff „Deutschland" befreit
deutschen Dampfer aus roter Gewalt

26 Sowjetschiffe mit Kriegsmaterial
im Schwarzen Meer zur Ausfahrt bereit

Deutsches Kriegsschiff rettet Ausländer
vor der Ermordung durch die Roten

Der Beginn des spanischen Bürgerkrieges in Überschriften der deutschen Presse

[redacted] [redacted] 11. Dez. 1936.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Nobels Friedenspreis wurde heute ausgeteilt. Der norwegische König (der selbstverständlich immer dabei ist) war heute abwesend, und mit ihm alles was noch in Norwegen anständig denkt und fühlt.

Wir entschuldigen uns nicht. Wir wissen schon unlängst, dass der Marxismus uns so weit angefressen hat, dass wir schwach geworden sind. Die Verwesung ist überall merkbar. Unsere Demokratie hat das schlechteste im norwegischen Volke in Vordergrund gebracht. Die Zeit der Strassenjungen kommt jetzt zu uns. Die Lüge ist zu politischem Postulat erhöht worden.

Als Arzt hab' ich täglich Gelegenheit den Moral des Volkes zu messen. Fast täglich muss ich Leute abweisen wegen Betrugsversuche der Öffentlichkeit gegenüber. Kein persönliches Gewissen giebt es kaum mehr. Ich glaube, wir müssen, wie die Spanier, kämpfen um wieder anständige Menschen zu werden. Wenn nicht auch bei uns wie in Deutschland ein Mann kommt.

Ich bin Ihr tief unglücklicher Kollege

[redacted]

Abschrift.

Abschrift.

[redacted] [redacted] 11.Dezember 1936.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nobels Friedenspreis wurde heute ausgeteilt. Der norwegische König (der selbstverständlich immer dabei ist) war heute abwesend, und mit ihm alles was noch in Norwegen anständig denkt und fühlt.

Wir entschuldigen uns nicht. Wir wissen schon unlängst, dass der Marxismus uns soweit angefressen hat, dass wir schwach geworden sind. Die Verwesung ist überall merkbar. Unsere Demokratie hat das schlechteste im norwegischen Volke in Vordergrund gebracht. Die Zeit der Strassenjungen kommt jetzt zu uns. Die Lüge ist zu politischem Postulat erhöht worden.

Als Arzt hab' ich täglich Gelegenheit den Moral des Volkes zu messen. Fast täglich muss ich Leute abweisen wegen Betrugsversuche der Öffentlichkeit gegenüber.

Ein persönliches Gewissen gibt es kaum mehr.

Ich glaube, wir müssen wie die Spanier kämpfen um wieder anständige Menschen zu werden. Wenn nicht auch bei uns wie in Deutschland, ein Mann kommt.

Ich bin Ihr tief unglücklicher Kollege

[redacted]

Brief eines norwegischen Arztes an einen deutschen Kollegen anläßlich der Verleihung des „Friedens-Nobelpreises" an den notorischen Landesverräter Ossietzki

Abkommen gegen die Kommunistische Internationale.

Die Regierung des Deutschen Reiches
und
Die Kaiserlich Japanische Regierung

In der Erkenntnis, daß das Ziel der Kommunistischen Internationale, Komintern genannt, die Zersetzung und Vergewaltigung der bestehenden Staaten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ist,

In der Überzeugung, daß die Duldung einer Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Verhältnisse der Nationen nicht nur deren inneren Frieden und soziales Wohlleben gefährdet, sondern auch den Weltfrieden überhaupt bedroht,

Sind in dem Wunsche, gemeinsam zur Abwehr gegen die kommunistische Zersetzung zusammenzuarbeiten, in folgendem übereingekommen:

Artikel I

Die Hohen Vertragschließenden Staaten kommen überein, sich gegenseitig über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu unterrichten, über die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu beraten und diese in enger Zusammenarbeit durchzuführen.

Artikel II

Die Hohen Vertragschließenden Staaten werden dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Zersetzungsarbeit der Kommunistischen Internationale bedroht wird, gemeinsam einladen, Abwehrmaßnahmen im Geiste dieses Abkommens zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen.

Artikel III

Für dieses Abkommen gelten sowohl der deutsche wie auch der japanische Text als Urschrift. Es

共産「インターナショナル」ニ對スル協定

大日本帝國政府及
獨逸國政府ハ
共産「インターナショナル」（所謂「コミンテルン」）ノ目的ガ其ノ執リ得ル有ラユル手段ニ依ル現存國家ノ破壞及暴壓ニ在ルコトヲ認メ
共産「インターナショナル」ノ諸國ノ國内關係ニ對スル干渉ヲ看過スルコトハ其ノ國内ノ安寧及社會ノ福祉ヲ危殆ナラシムルノミナラズ世界平和全般ヲ脅スモノナルコトヲ確信シ
共産主義的破壞ニ對スル防衞ノ爲協力センコトヲ欲シ左ノ通協定セリ

第一條

締約國ハ共産「インターナショナル」ノ活動ニ付相互ニ通報シ、必要ナル防衞措置ニ付協議シ且緊密ナル協力ニ依リ右ノ措置ヲ達成スルコトヲ約ス

第二條

締約國ハ共産「インターナショナル」ノ破壞工作ニ依リテ國内ノ安寧ヲ脅サルル第三國ニ對シ本協定ノ趣旨ニ依ル防衞措置ヲ執リ又ハ本協定ニ參加センコトヲ共同ニ勸誘スベシ

第三條

本協定ハ日本語及獨逸語ノ本文ヲ以テ正文トス

tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die Hohen Vertragschließenden Staaten werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer Zusammenarbeit verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, von ihren betreffenden Regierungen gut und richtig bevollmächtigt, dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen in zweifacher Ausfertigung zu Berlin, den 25ten November 1936, d. h. den 25ten November des 11ten Jahres der Showa-Periode.

Joachim von Ribbentrop
Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter des Deutschen Reiches

Vicomte Kintomo Mushakoji
Kaiserlich Japanischer Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter

本協定ハ署名ノ日ヨリ實施セラルベク且五年間效力ヲ有ス締約國ハ右期間滿了前適當ノ時期ニ於テ爾後ニ於ケル兩國協力ノ態樣ニ付了解ヲ遂グベシ

右證據トシテ下名ハ各本國政府ヨリ正當ノ委任ヲ受ケ本協定ニ署名調印セリ

昭和十一年十一月二十五日卽チ千九百三十六年十一月二十五日「ベルリン」ニ於テ本書二通ヲ作成ス

大日本帝國特命全權大使　子爵　武者小路　公共

獨逸國特命全權大使　Joachim von Ribbentrop

Zusatzprotokoll

gegen die Kommunistische Internationale

887

Reichsgesetzblatt

Teil I

1936	Ausgegeben zu Berlin, den 19. Oktober 1936	Nr. 96

Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes.

Vom 18. Oktober 1936.

Die Verwirklichung des von mir auf dem Parteitag der Ehre verkündeten neuen Vierjahresplanes erfordert eine einheitliche Lenkung aller Kräfte des Deutschen Volkes und die straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat.

Die Durchführung des Vierjahresplanes übertrage ich dem Ministerpräsidenten Generaloberst Göring.

Ministerpräsident Generaloberst Göring trifft die zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe erforderlichen Maßnahmen und hat soweit die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Er ist berechtigt, alle Behörden, einschließlich der Obersten Reichsbehörden, und alle Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen Verbände anzuhören und mit Weisungen zu versehen.

Berchtesgaden, den 18. Oktober 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Reichsgesetzbl. 1936 I

Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes

1. Jahrgang Nr. 1
Einzelpreis: RM. 1,20

Berlin, Januar 1937

Der Vierjahresplan

Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik

mit den

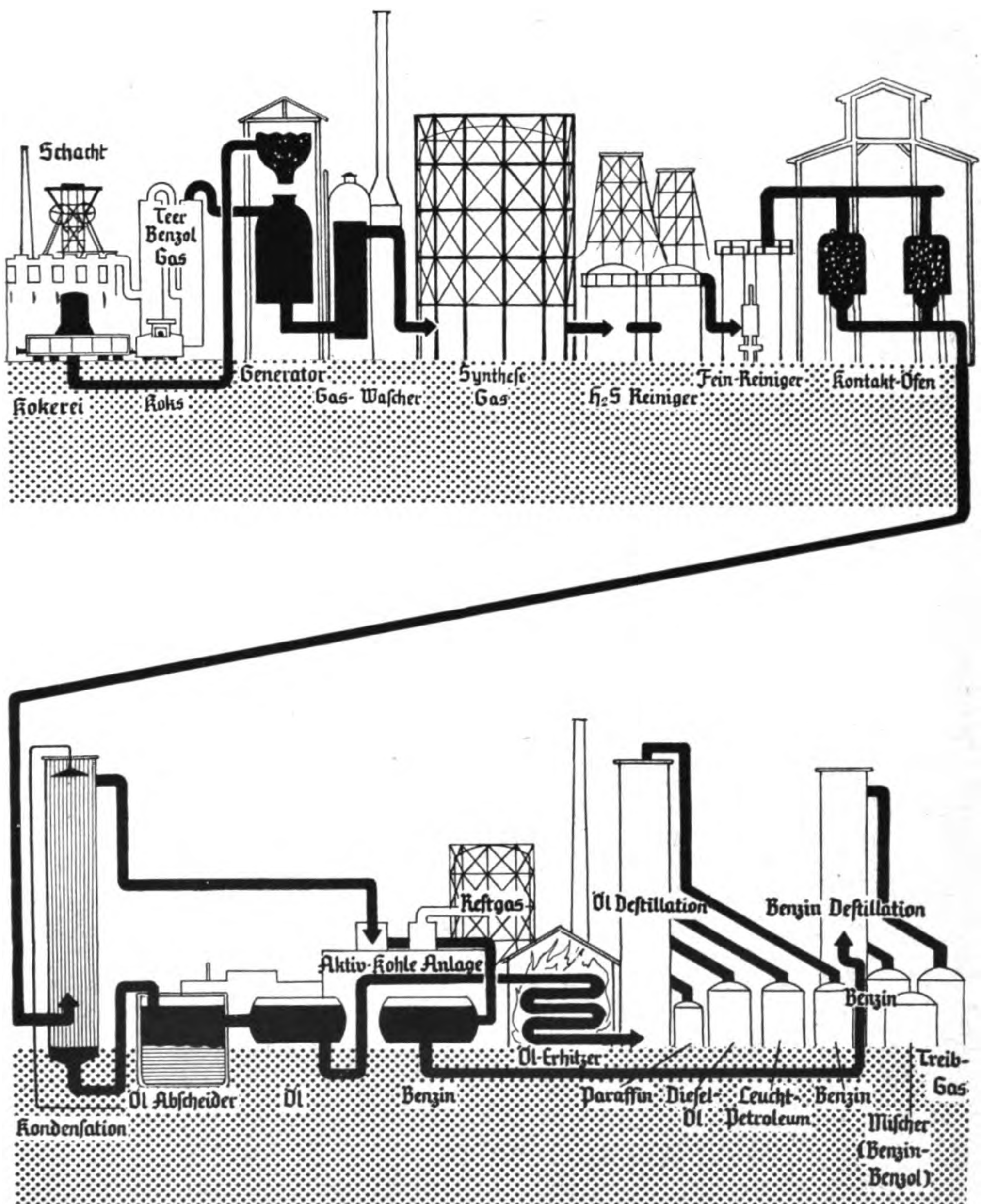
Amtlichen Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generaloberst Göring



Eine geschichtliche Stunde:

[illegible]

Die erste Nummer der Zeitschrift „Der Vierjahresplan"



Schema der Herstellung von Benzin aus Kohle



Schema der Herstellung von synthetischem Gummi (Buna)





Werbeplakate des Reichsluftschutzbundes





Plakate zur Gemeinschaftswerbung der deutschen Presse



Pg. Hermann Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan



Paul Körner
Stellvertreter Görings



Dr. Wilhelm Keppler
Roh- und Werkstoffe



Walter Köhler (Baden)
Rohstoffverteilung



Fritz Löb
Mineralölwirtschaft



Joseph Wagner (Breslau)
Preisbildung



Dr. Werner Mansfeld
Arbeitseinsatz



Dr. Friedrich Syrup
Arbeitseinsatz



Dr. Aloys Lammers
Roh- und Werkstoffe



Herbert Backe
Landwirtschaftliche Erzeugung



Erich Neumann
Devisenangelegenheiten

Die zehn Mitarbeiter Görings zur Durchführung des Vierjahresplanes



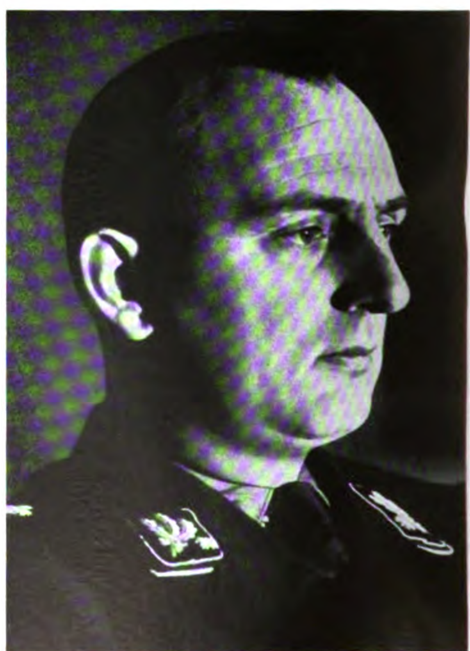
SS.-Gruppenführer Heydrich,
Chef der Sicherheitspolizei



Reichsführer der SS. Heinrich Himmler,
Chef der Deutschen Polizei



SS.-Obergruppenführer Freiherr v. Eberstein,
der neue Polizeipräsident
der Hauptstadt der Bewegung



SS.-Obergruppenführer Daluege,
Chef der Ordnungspolizei



Pg. Emil Stürtz,
Gauleiter des Gaues Kurmark, Oberpräsident der Provinzen Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen



Ministerialdirigent Goitzbach,
Pressechef des Ministerpräsidenten Göring



Jürgen Nierentz,
Reichsfilmdramaturg



v. Kamptzsch,
General der Gendarmerie



Ministerialrat Berndt,
stellvertr. Reichspressechef



General a. D. Faupel,
deutscher Geschäftsträger in Spanien



Professor Lehnich,
Präsident der Reichsfilmkammer



Dr. Scheel,
Reichsstudentenführer



Ernst Baier



Maxi Herber



Franz Pfnür



Christl Cranz

Die deutschen Teilnehmer an der Olympiade, die mit der Olympischen Goldmedaille ausgezeichnet wurden



H. Woellke
(Kugelstoßen)



K. Hein
(Hammerwerfen)



G. Stöck
(Speerwerfen)



G. Handrick
(Mod. Fünfkampf)



Van Oyen
(Pistolenschießen)



T. Fleischer
(Speerwerfen)



G. Mauermeyer
(Diskuswerfen)



T. Merkens
(1 km Radrennen)



Ihbe-Lorenz
(2 km Tandemfahren)



Oberlt. Hasse
(Preis der Nationen)



Dressurprüfung — Mannschaftswettbewerb



Preis der Nationen (Mannschaft): Vielseitigkeitsprüfung



J. Manger
(Gewichtheben)





Hauptm. Stubbendorff
(Vielseitigkeitsprüfung)



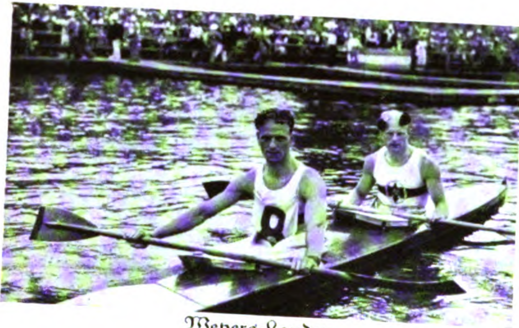
Oblt. Pollay
(Dressurprüfung)



Handballmannschaft



Bischoff
(Segel-Starklasse)



Wevers-Landen
(Kajakzweier)



Zweier mit Steuermann
(während der Siegerehrung)



Vierer mit Steuermann



Vierer ohne Steuermann



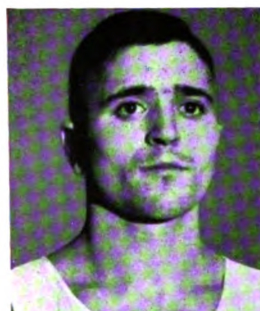
Schäfer
(Skiff)



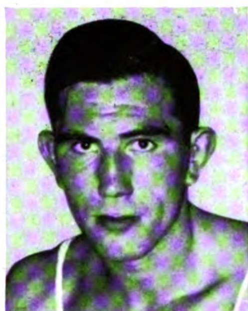
Krebs
(Kajak-Einer)



Eichhorn-Strauß
(Zweier ohne)



K. Frey
(Barren und Seitenpferd)



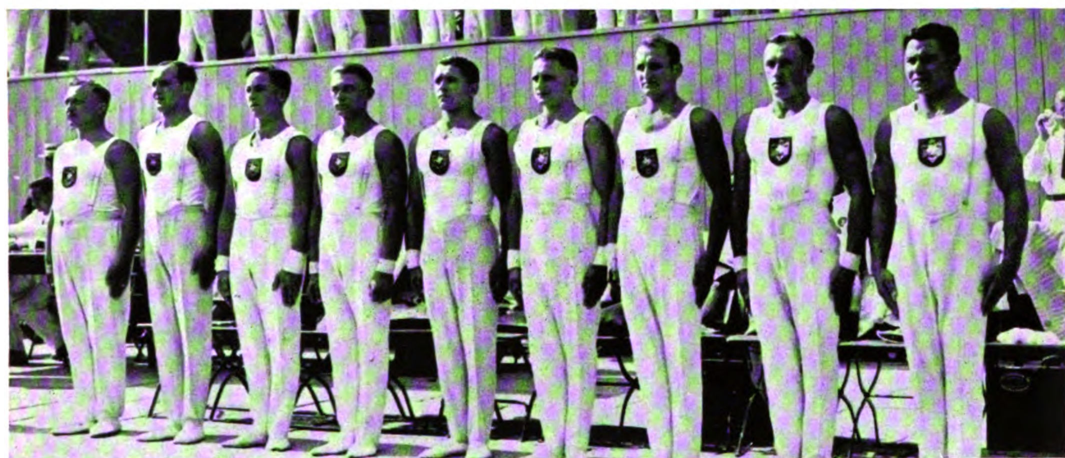
W. Runge
(Schwergewicht)



Schwarzmann
(Langpferd und Zwölfkampf)



Kaiser
(Fliegengewicht)



Turnen — Mannschaftskampf



Turnen — Mannschaftskampf (Frauen)



Wilhelm Gustloff
Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP. in der Schweiz († 4. 2. 1936)



SS.-Brigadeführer Julius Schreck,
der langjährige Fahrer Adolf Hitlers
(† 16. 5. 1936)



Der Arbeitsdichter Heinrich Lersch
(† 18. 6. 1936)



Leopold v. Hoesch
Deutscher Botschafter in London († 10. 4. 1936)

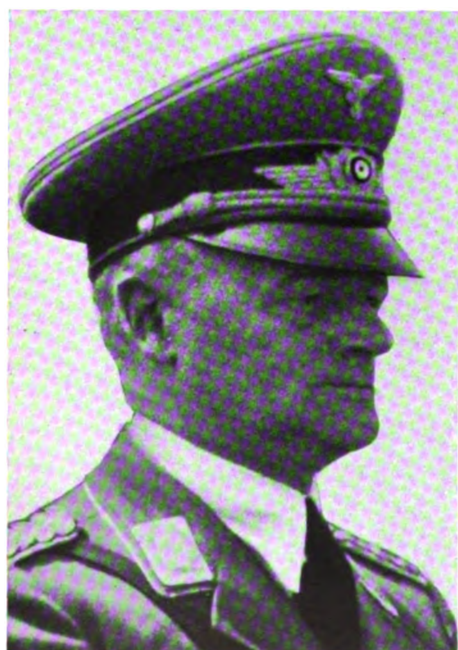
Die Toten des Jahres 1936



General Litzmann
(† 28. 5. 1936)



Generaloberst v. Seeckt
(† 27. 12. 1936)



General Wever
(† 3. 6. 1936)



Obermusikmeister Fürst,
der Komponist d. Badenweiler Marsches († 6. 2. 36)



Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps beim Führer (10. 1. 1936)



Nächtliche Gedenkstunde deutscher u. französischer Frontsoldaten auf dem Schlachtfeld von Verdun



Fackelzug der SA. zur Erinnerung an die Machtübernahme (30. 1. 1936)



Appell der alten Garde der SA.
am Jahrestag der Machtübernahme im Berliner Lustgarten (30. 1. 1936)



Parteigründungsfeier in München, Bürgerbräukeller (25. 2. 1936)





Die Stadt Saarlouis erhält ihren alten Namen Saarlautern zurück
Ansprache des Reichsinnenministers Pg. Dr. Frick (13. 1. 1936)



Der Leiter des RdP., Hauptmann a. D. Weiß, bei dem ersten Fernsehgespräch Berlin-Leipzig



Dr. Goebbels eröffnet die Leipziger Messe (1.—9. 3. 1936)



Eröffnung des Reichsberufswettkampfes 1936
Pg. Dr. Ley spricht (1. 2. 1936)





Reichsberufswettkampf 1936



Aufbahrung des von dem Juden Frankfurter ermordeten Schweizer Landesgruppenleiters der AO. der NSDAP. Wilhelm Gustloff († 4. 2. 1936)



Zehnjahresfeier des Weimarer Reichsparteitages 1936 (3.—5. 7. 1936)



Eröffnungsfeier der Winterolympiade in Garmisch (6.—16. 2. 1936)



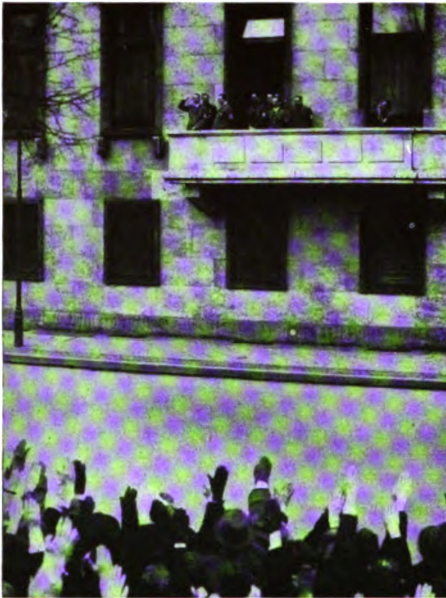
Schlußfeier der Winterolympiade in Garmisch (6.—16. 2. 1936)



Feierliche Einholung der Olympischen Fahne nach der Winterolympiade



Vorsieg Max Schmelings über den Halbneger Joe Louis (19. 6. 1936)



Eine begeisterte Volksmenge jubelt dem Führer vor der Reichskanzlei zu (7. 3. 1936)





Blick in den Saal der Kroll-Oper nach der Sitzung

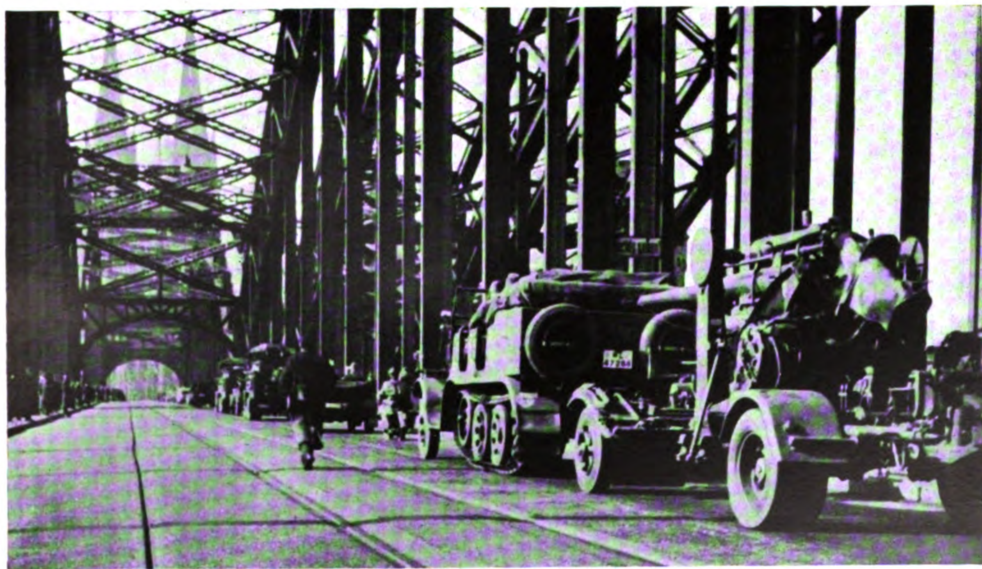
Auf allen Straßen und Plätzen hört das Volk dem Führer zu (oben)



Reichstagsrede des Führers (7. 3. 1936)

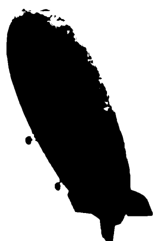


Deutsche Truppen beim Einmarsch ins Rheinland (7. 3. 1936)





Der Führer spricht in Karlsruhe vor 60 000 Volksgenossen (12. 3. 1936)

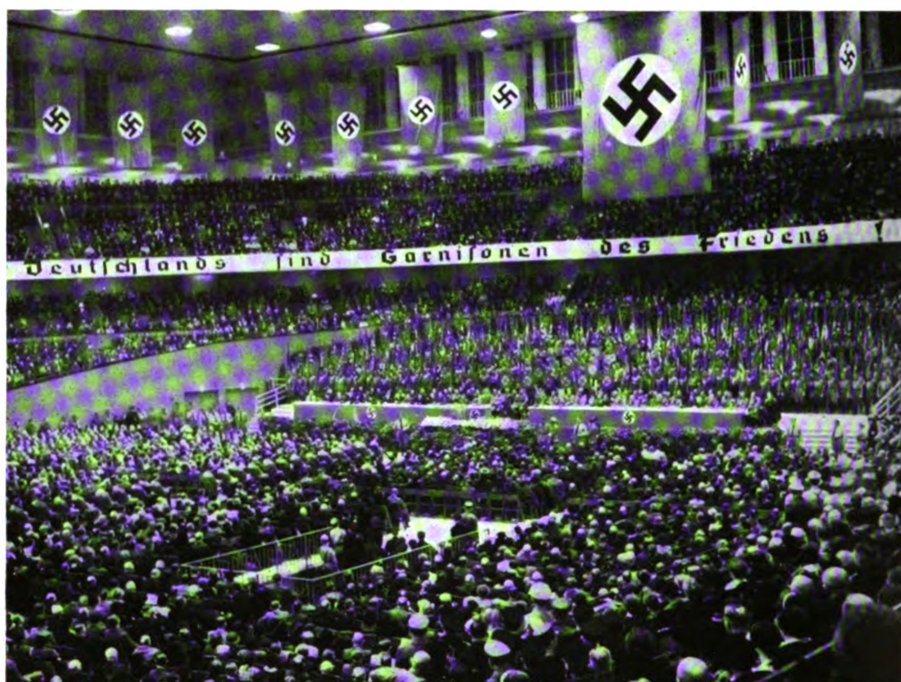




„Graf Zeppelin" u. „Hindenburg" auf ihrem Wahlpropagandaflug über dem „Brandenburger Tor" (28. 3. 36.)



Der Potsdamer Bahnhof in Berlin



Reichstagswahlkundgebung
in der Deutſchlandhalle



Reichsſtraßenpolizei



Der französische Ministerpräsident Sarraut während seiner gegen Deutschland gerichteten Rundfunkansprache (8. 3. 1936)



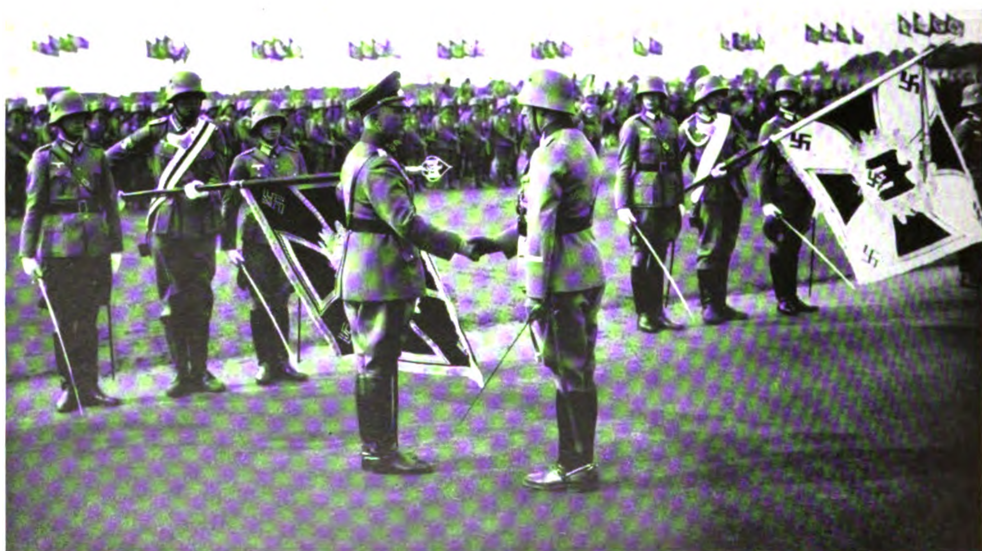
Der russische Botschafter Potemkin verläßt den Quai d'Orsai nach seiner Besprechung mit Flandin



Sitzung des Völkerbundsrates im St.-James-Palast (17. 3. 1936)



Generaloberst Göring übergibt neue Truppenfahnen an die Luftwaffe



Auf dem Reichsparteitag übergibt Generaloberst v. Fritsch neue Fahnen des Heeres



Zehnjahresfeier des NSDStB. in München
Der Stellvertreter des Führers, Pg. Heß, übergibt die neuen Studentenbundfahnen



Das erste Kameradschaftshaus des NSDStB. in Dresden


Parade zum Geburtstag des Führers (20. 4. 1936)


Parade zum Geburtstag des Führers (20. 4. 1936)



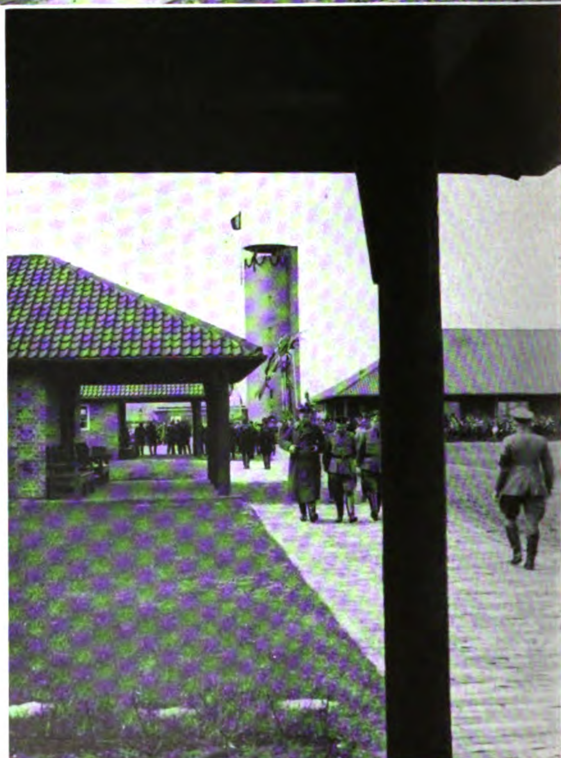
Einzeichnung zum Dankopfer der SA.



Siedlung aus den Mitteln des Dankopfers der SA.

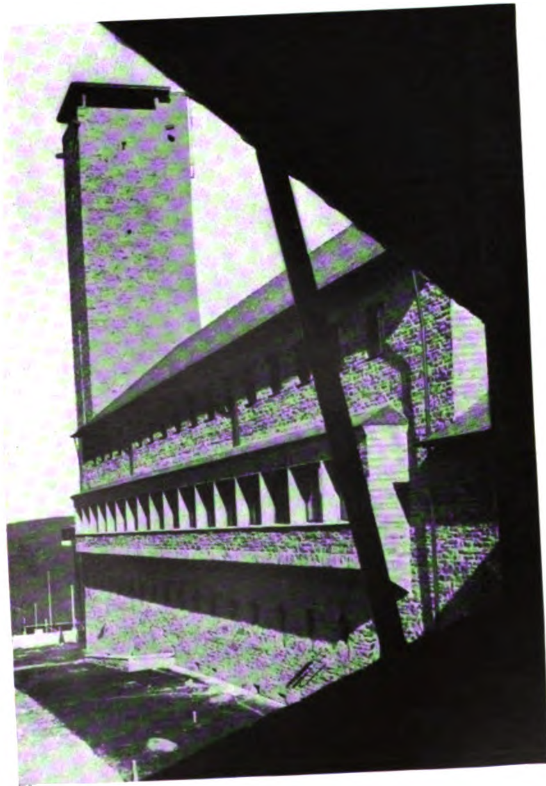


Ordensburg Sonthofen

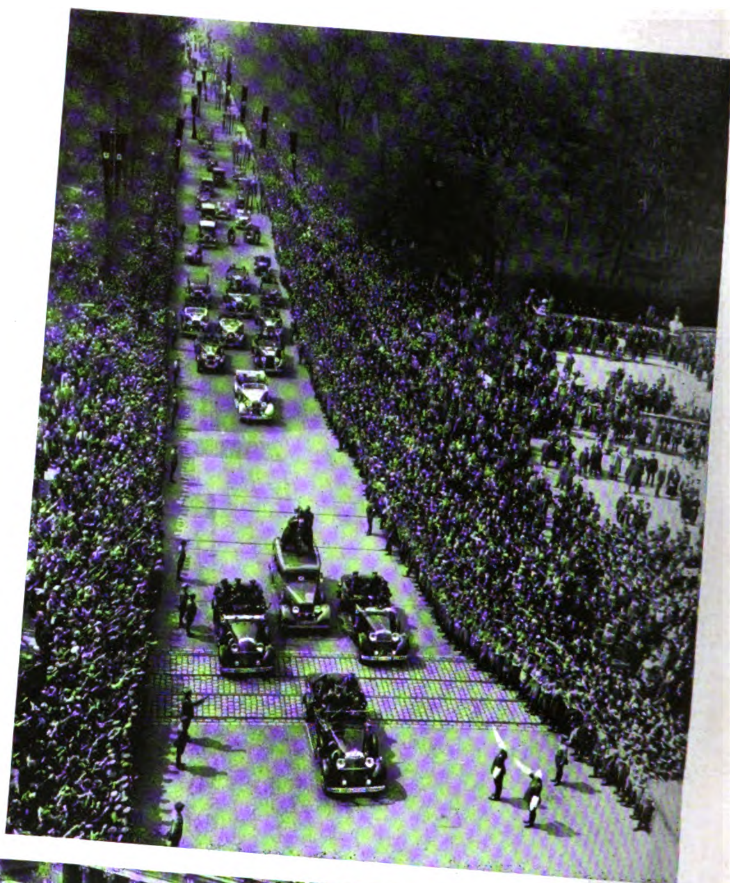


Ordensburg Crössinsee

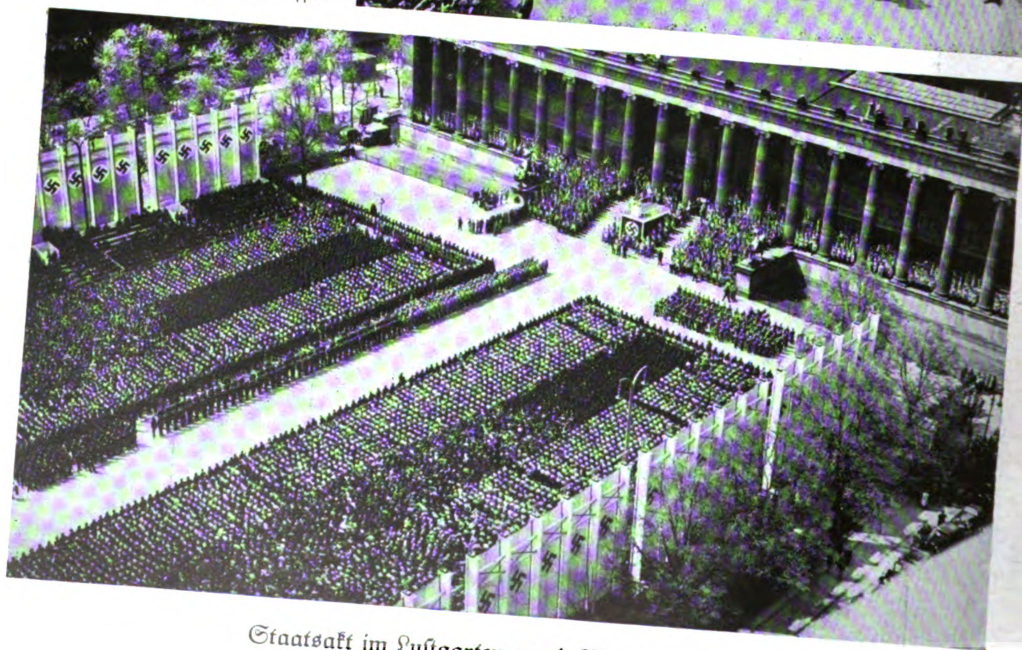




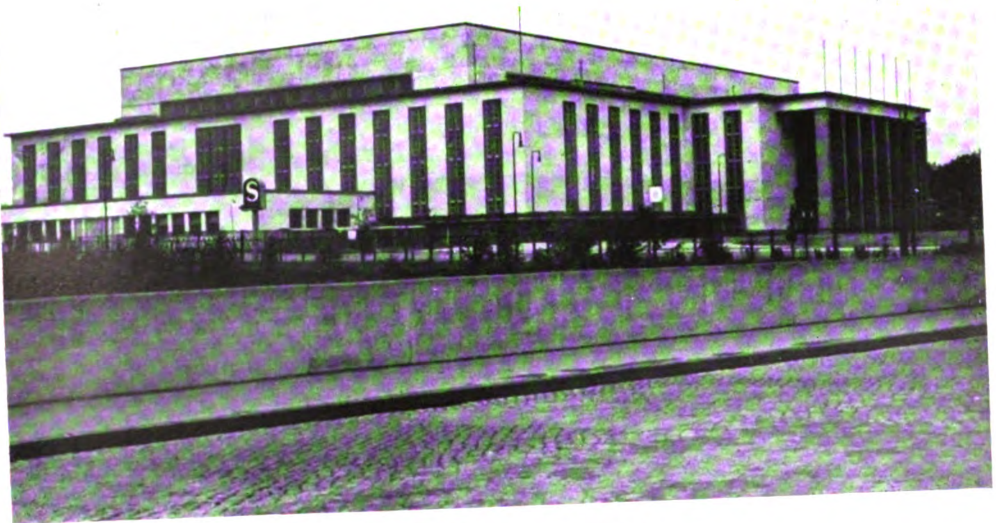
Ordensburg Vogelsang



Der Führer auf der Charlottenburger Chaussee



Staatsakt im Lustgarten am 1. Mai in Berlin



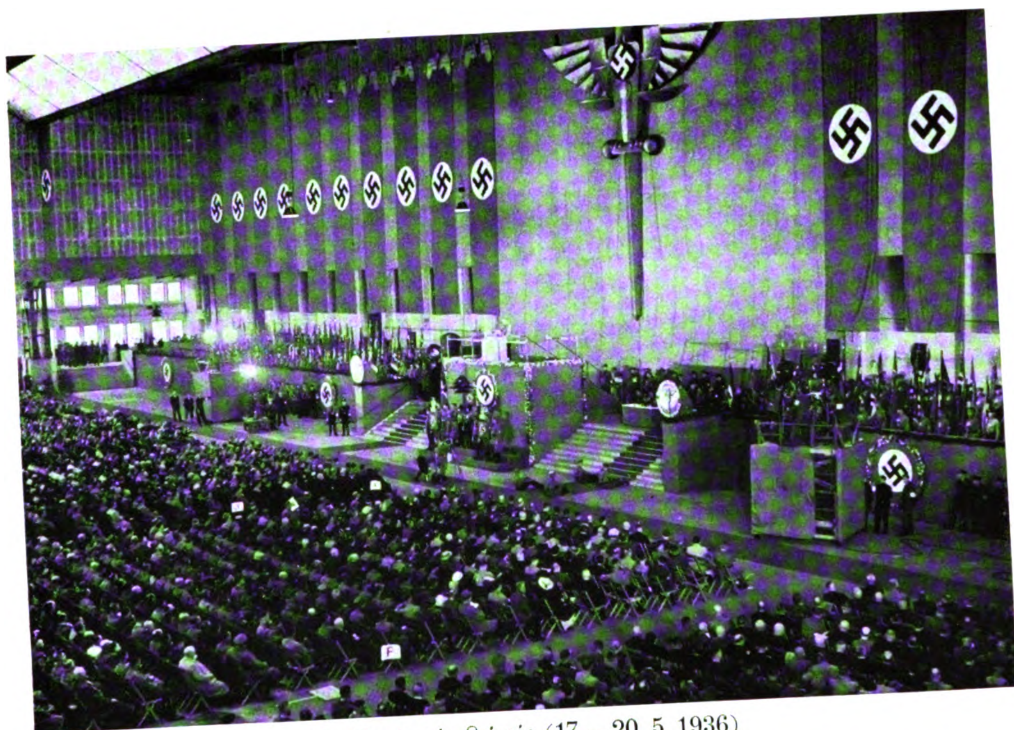
Die Deutschlandhalle in Berlin
Das Olympische Stadion in Berlin (oben)

Verkündigung
des „Imperium Romanum"
in Rom

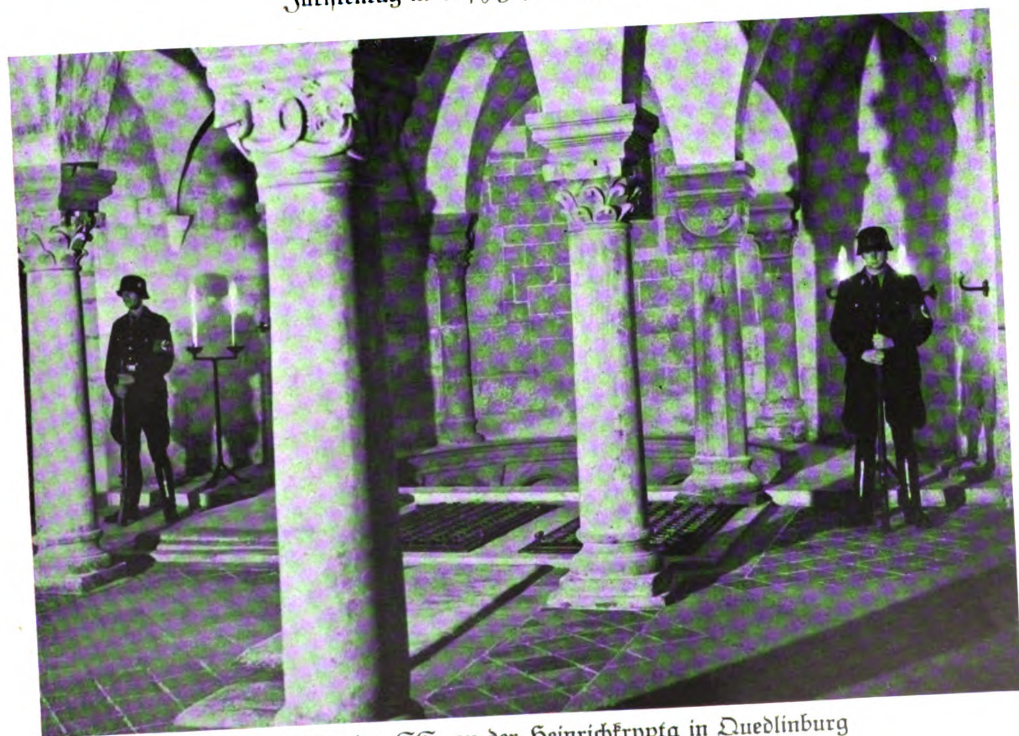




Einzug des Eroberers Abessiniens, Marschall Badoglio, in Rom



Juristentag in Leipzig (17.—20. 5. 1936)



Ehrenposten der SS. an der Heinrichkrypta in Quedlinburg
anläßlich der 1000-Jahrfeier für Heinrich I.



Flottenmanöver vor dem Führer (29. 5. 1936)

Flottenmanöver vor dem Führer (29. 5. 1936)



Einweihung
des Marine-Ehrenmals in Laboe
(30. 5. 1936)

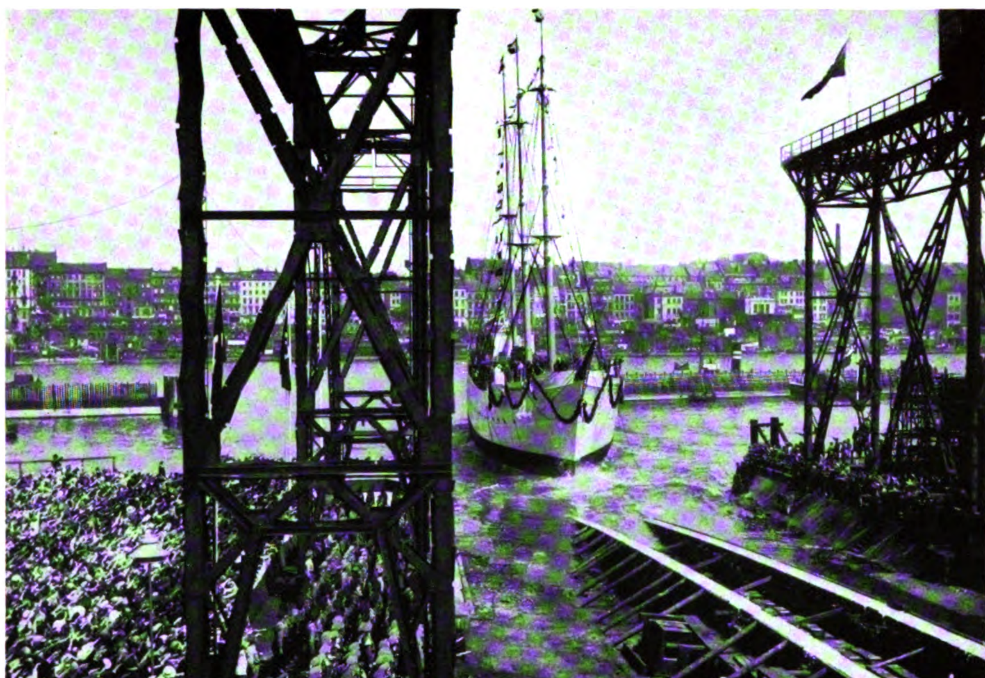




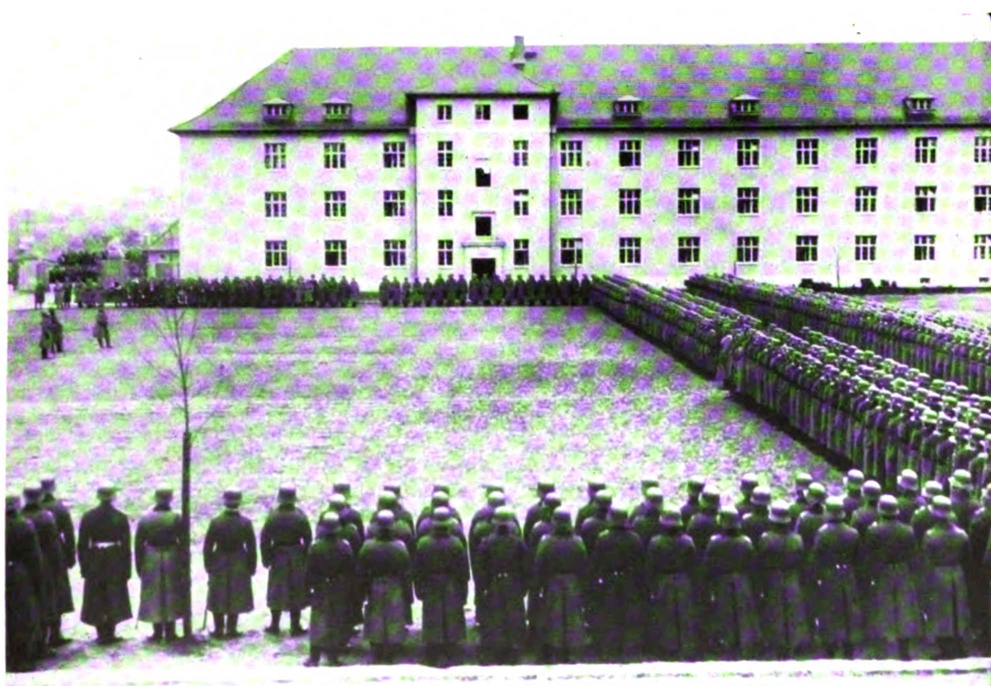
Beisetzung des Pg. General Litzmann († 28. 5. 1936)



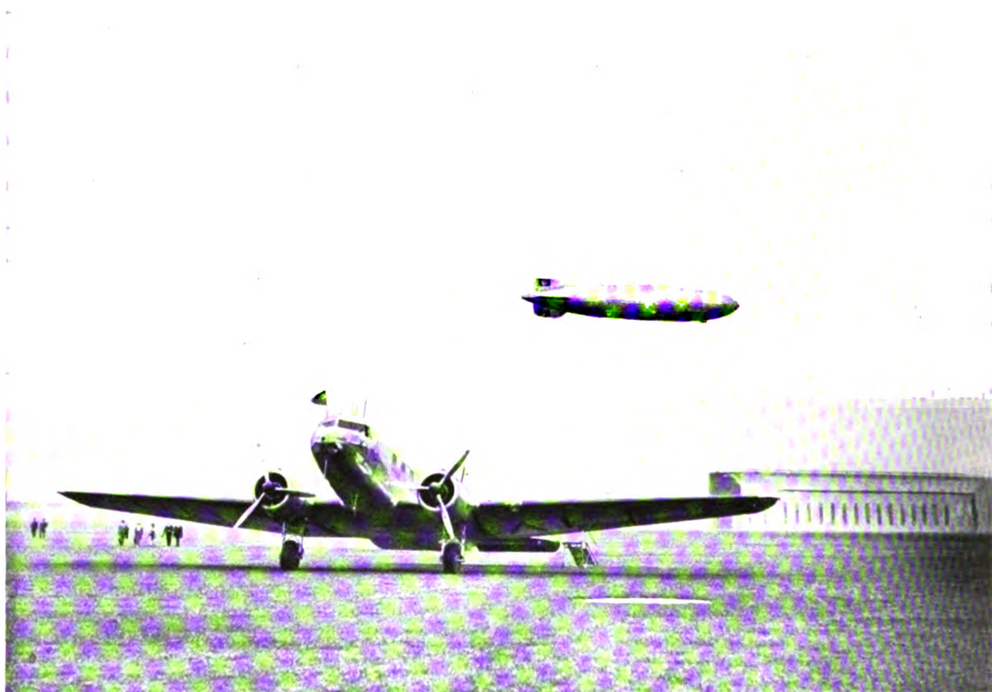
Beisetzung des Generaloberst v. Seeckt († 27. 12. 1936)



Stapellauf des Segelschulschiffes „Horst Wessel" (13. 6. 1936)



Einweihung der Kriegsakademie in Potsdam durch Generaloberst v. Fritsch



Weltflughafen Frankfurt am Main



Das Reichsluftfahrtministerium



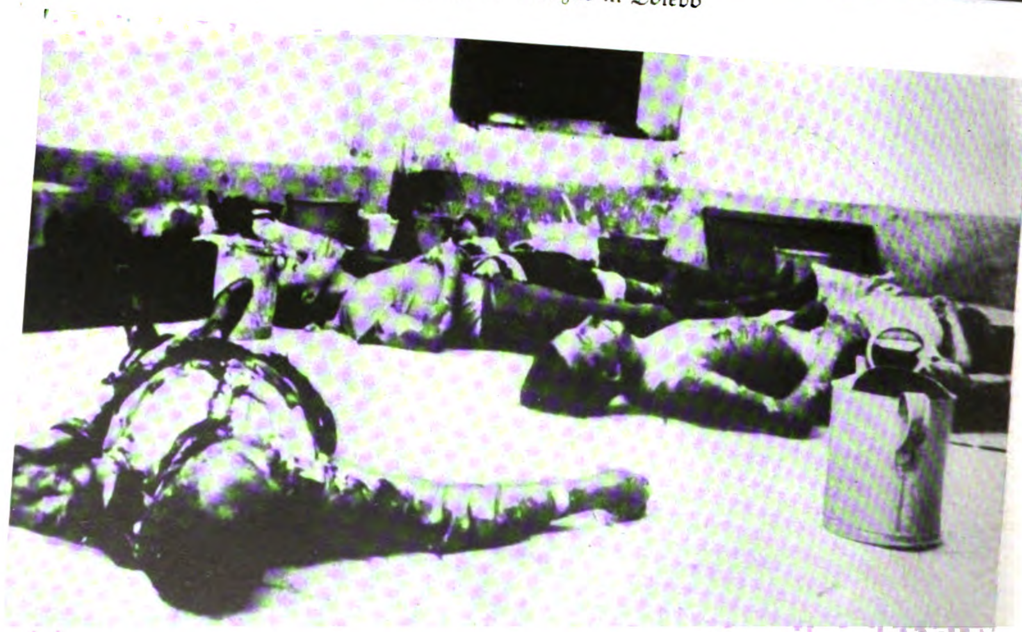
Pater Columban als Zeuge in einem klösterlichen Sittlichkeitsprozeß
C. war einer der wenigen, die gegen den Sittenverfall in den Klöstern kämpften



Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Priester und Mönche

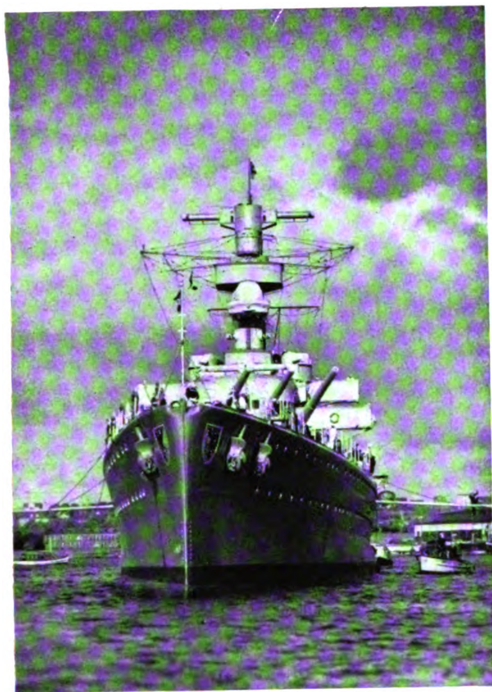


Der zerstörte Alkazar in Toledo

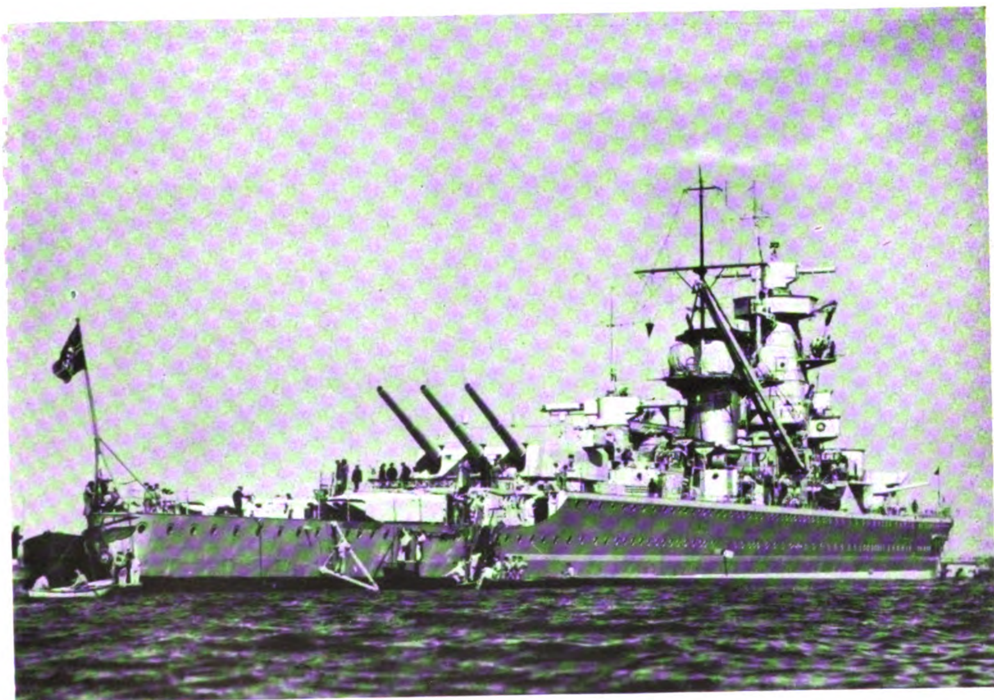


Von Bolschewisten viehisch ermordete Geiseln

Bürgerkrieg in Spanien (seit 18. 7. 1936)



Panzerschiff „Deutschland"



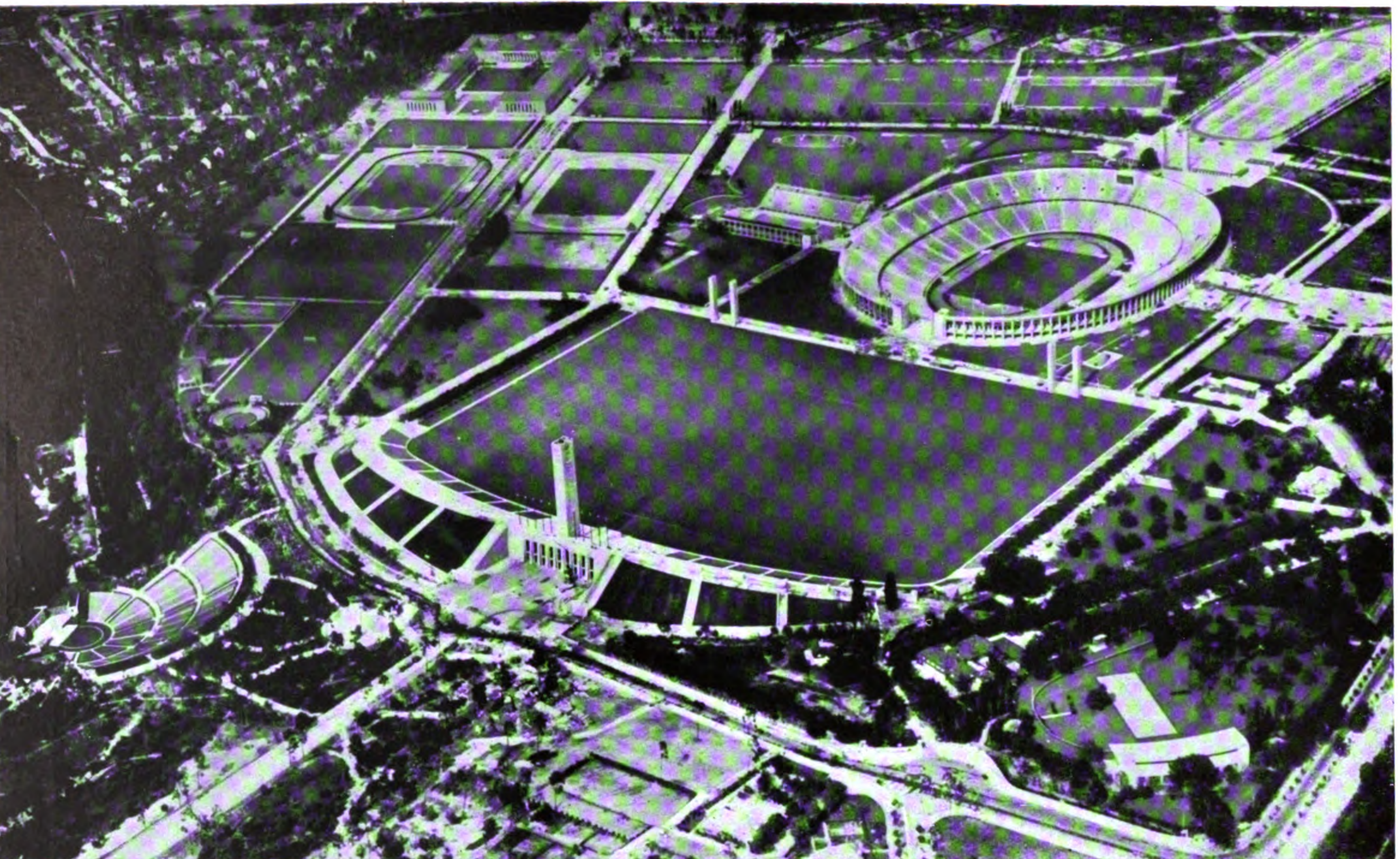
Panzerschiff „Admiral Scheer"
Die Panzerschiffe liefen zum Schutze der Deutschen nach Spanien aus (24. 7. 1936)



Weltkongreß für Freizeit und Erholung in Hamburg (23.—31. 7. 1936)

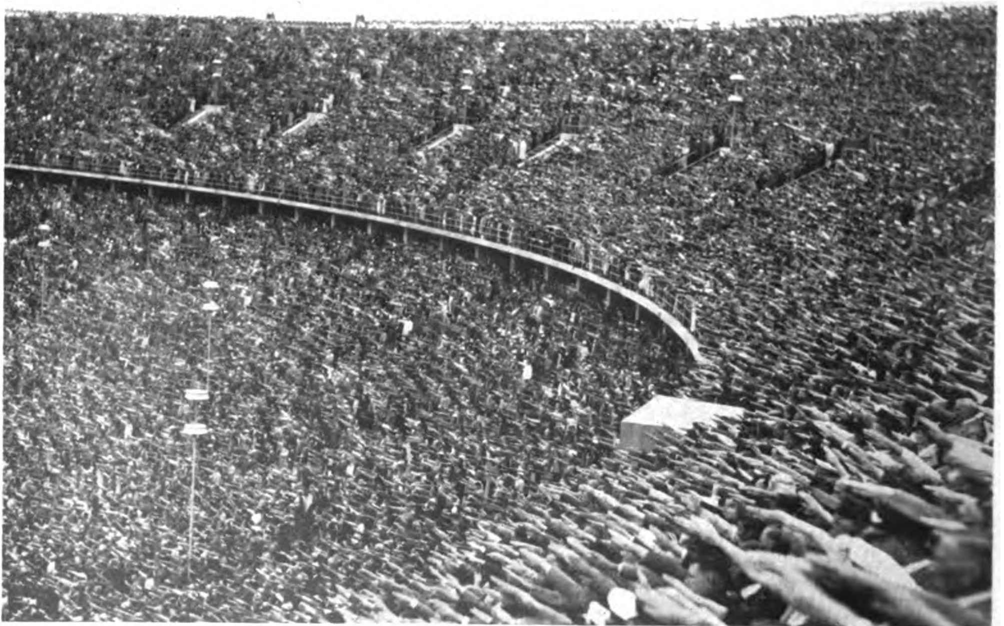


Pg. Rudolf Heß spricht

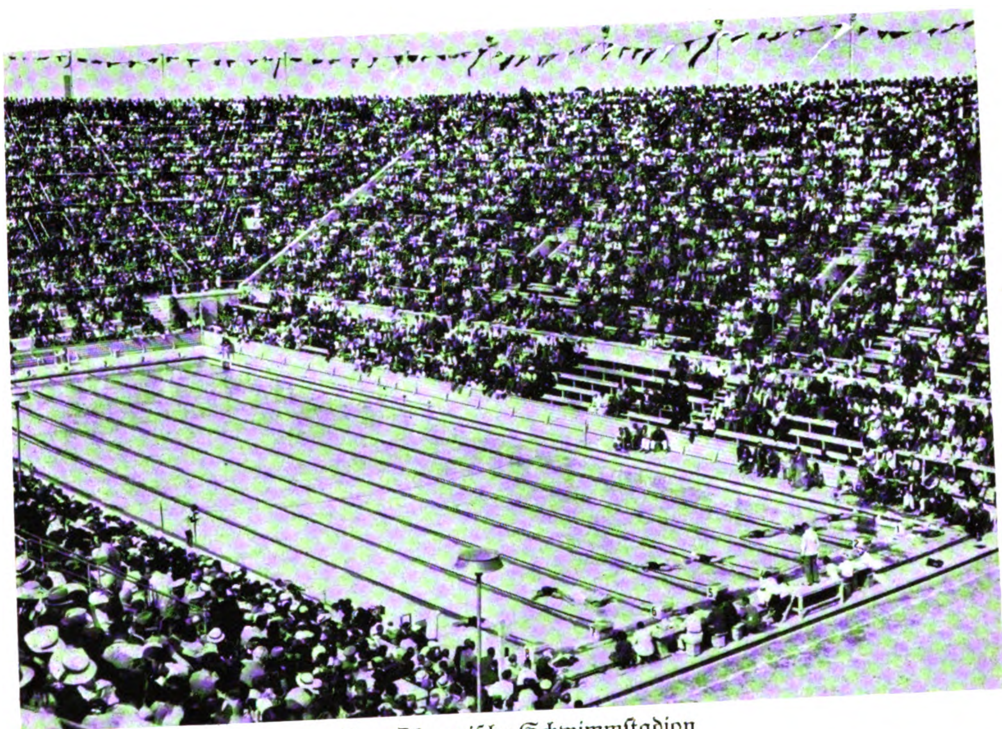


Das Reichssportfeld in Berlin





Das Olympiastadion in Berlin



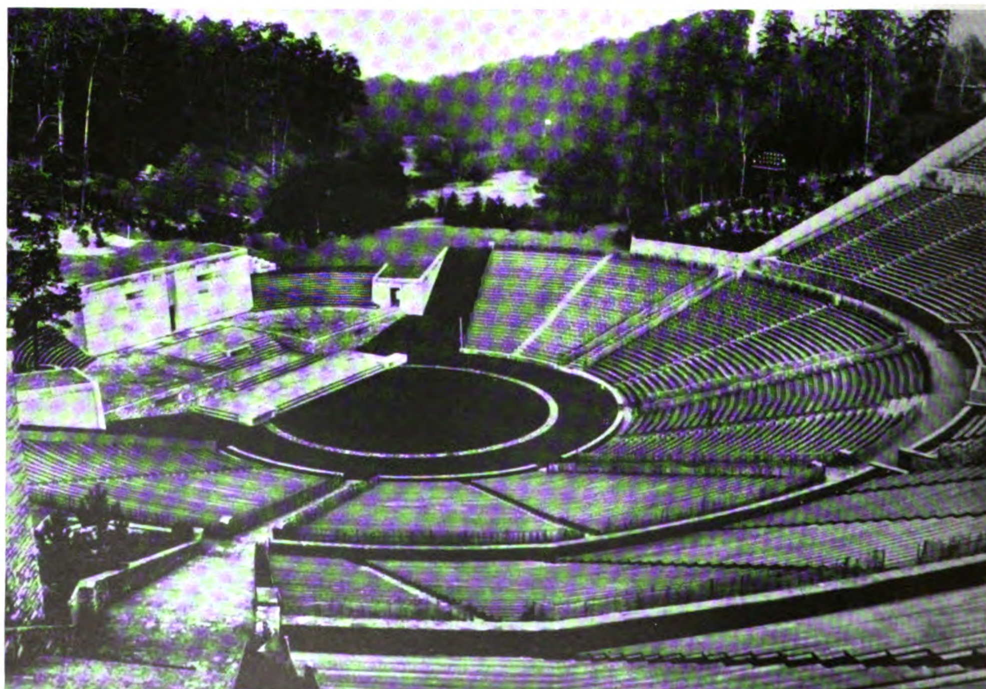
Das Olympische Schwimmstadion



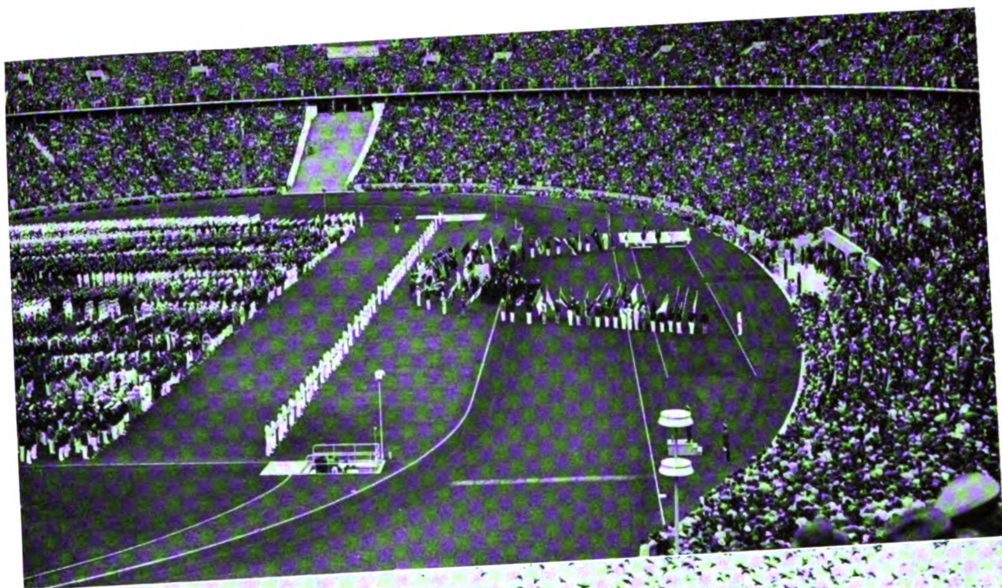
Das Olympische Dorf

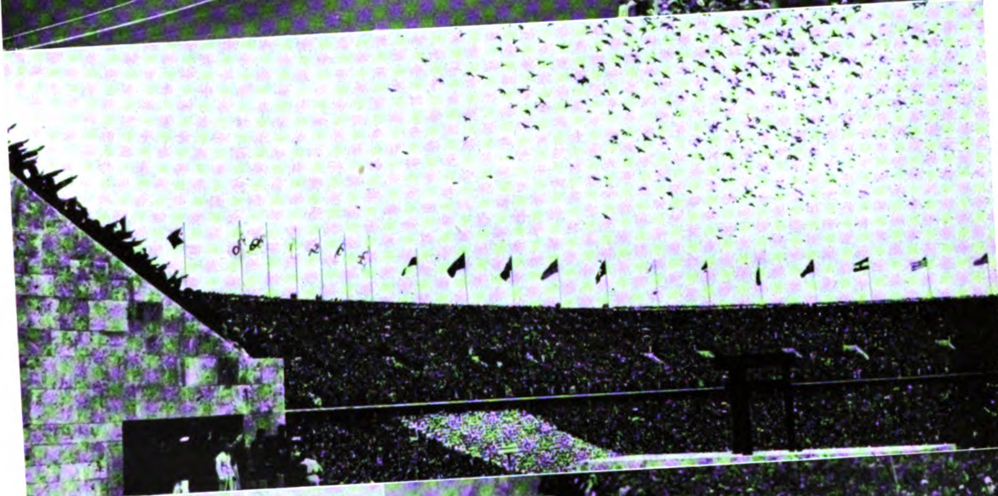


Blick auf das Olympia-Stadion vom Luftschiff „Hindenburg“ aus



Die Dietrich-Eckardt-Bühne auf dem Reichssportfeld







a) Die Teilnehmer leisten den olympischen Eid
b) 30 000 Brieftauben verkünden aller Welt die Eröffnung der Olympischen Spiele
c) Der Führer betritt das Olympische Stadion





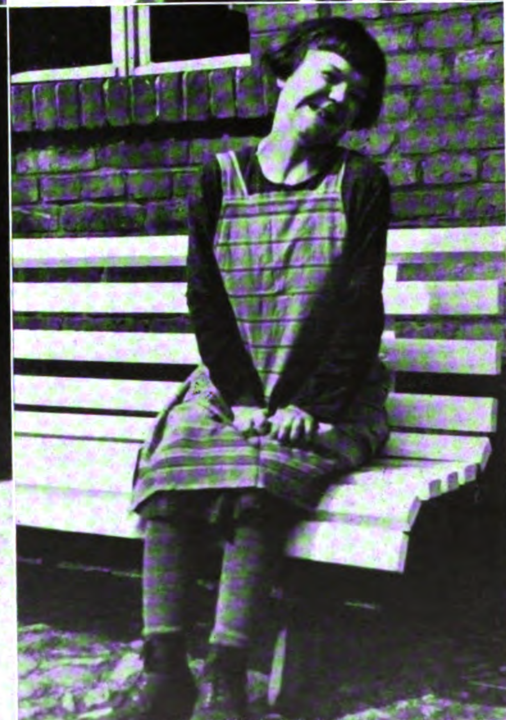


Konzentrationslager

Der nationalsozialistische Staat schützt das Deutsche Vo

und durch seine Rassegesetzgebung vor de



Insassen von Irrenanstalten

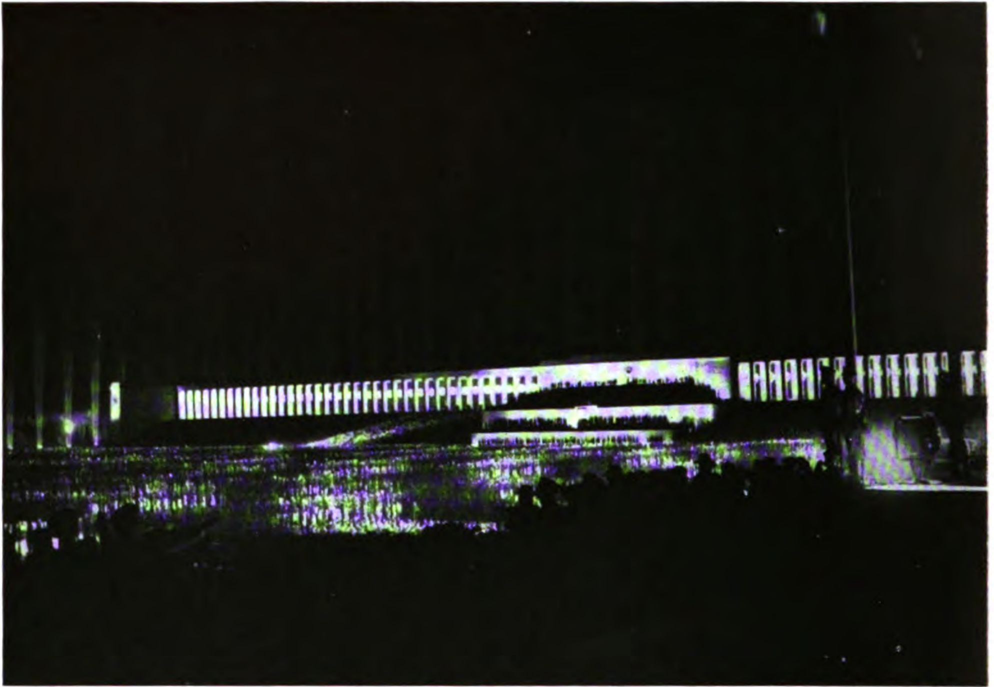
urch seine Strafgesetzgebung vor Schädlingen
ortpflanzung der Minderwertigen



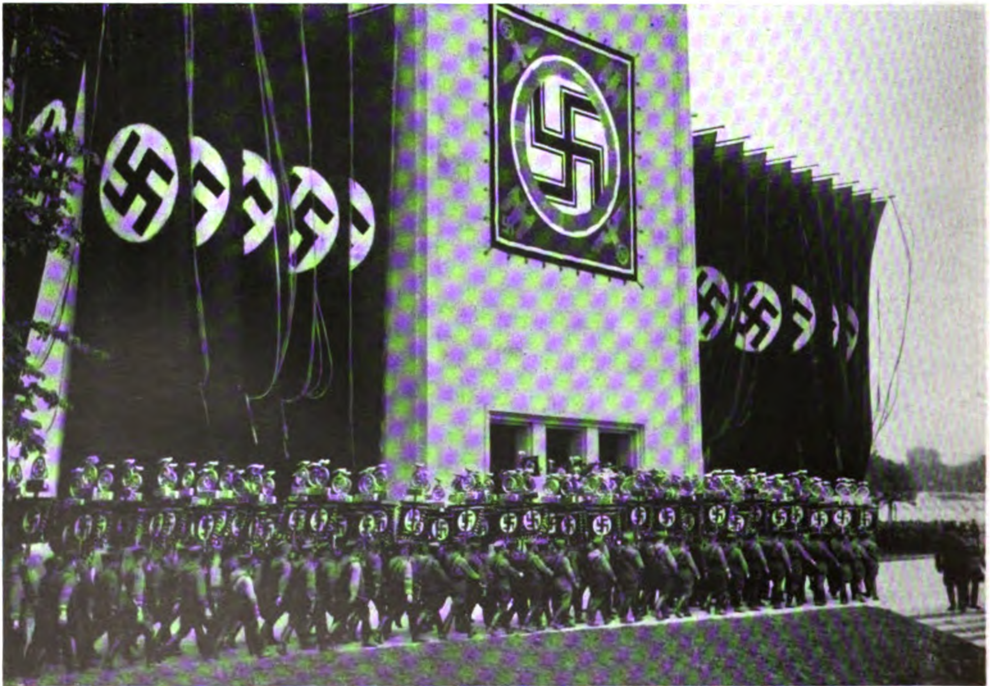
Reichsparteitag 1936 (9.—14.9. 1936)



Reichsparteitag 1936 (9.—14. 9. 1936)



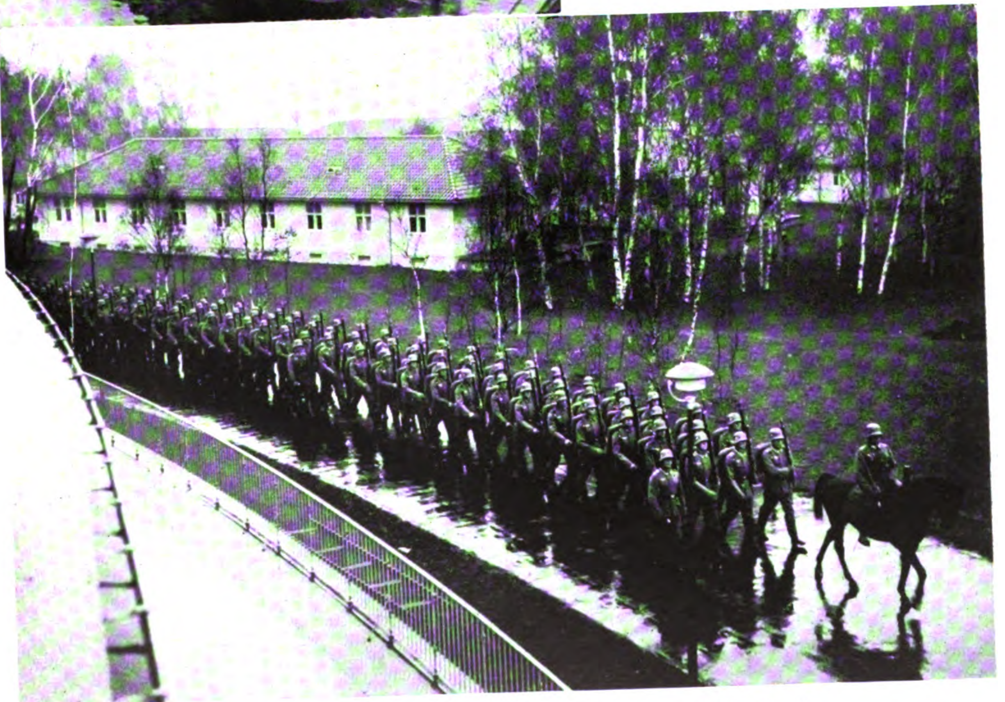
Appell der Politischen Leiter auf der Zeppelinwiese



Einmarsch der Standarten in die Luitpoldhalle (zum Kongreß)



Indienststellung des Panzerschiffs „Admiral Graf Spee“



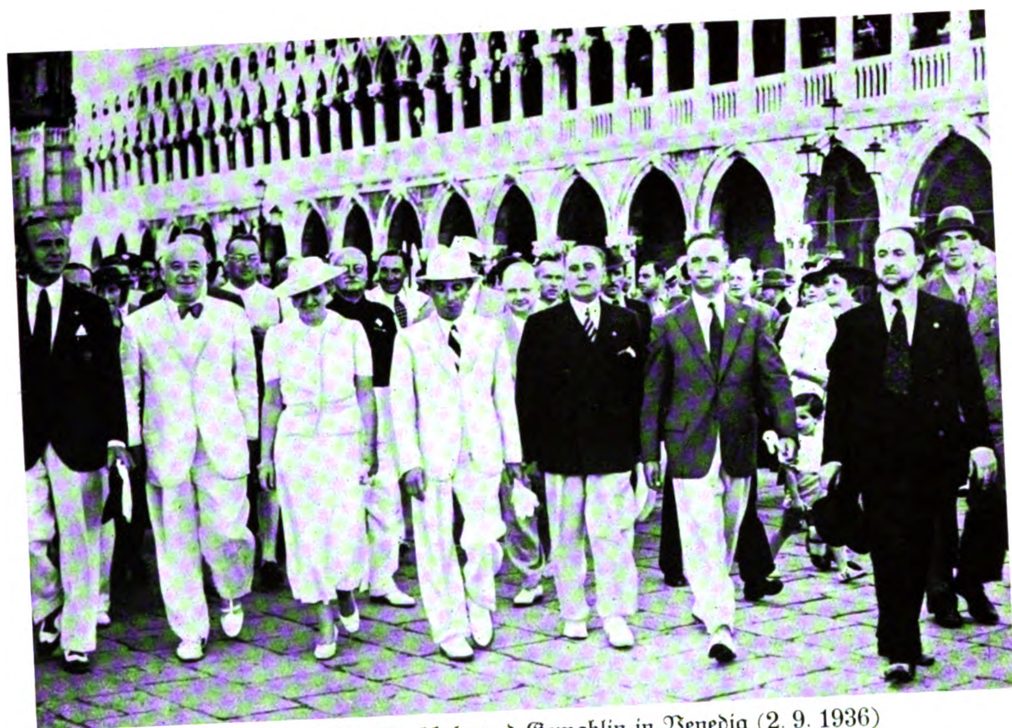
Das Infanterielehrregiment bezieht das Olympische Dorf



500 Hitlerjungen marschieren in Rom an Mussolini vorbei
(ganz links der Reichsjugendführer Pg. v. Schirach, hinter Mussolini Reichsminister Pg. Dr. Frank)



Ministerpräsident Göring in Warschau



Reichsminister Dr. Goebbels und Gemahlin in Venedig (2. 9. 1936)



Reichsminister Dr. Frank und Gemahlin in Rom



Überführung des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös († 6. 10. 1936 in München)



Reichsjugendführer v. Schirach spricht über alle deutschen Sender über das „Gesetz über die Hitlerjugend“ (9. 12. 1936)

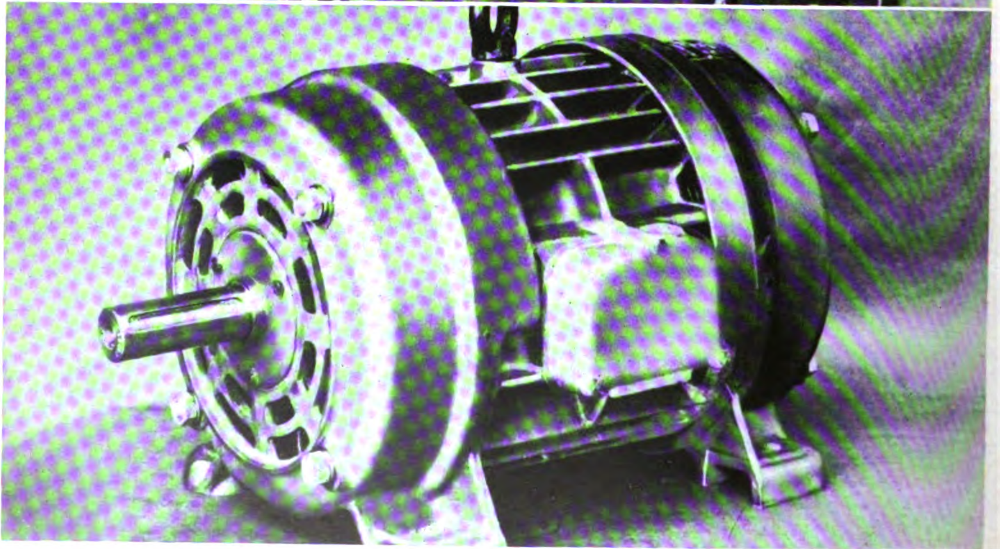




Herbstmanöver

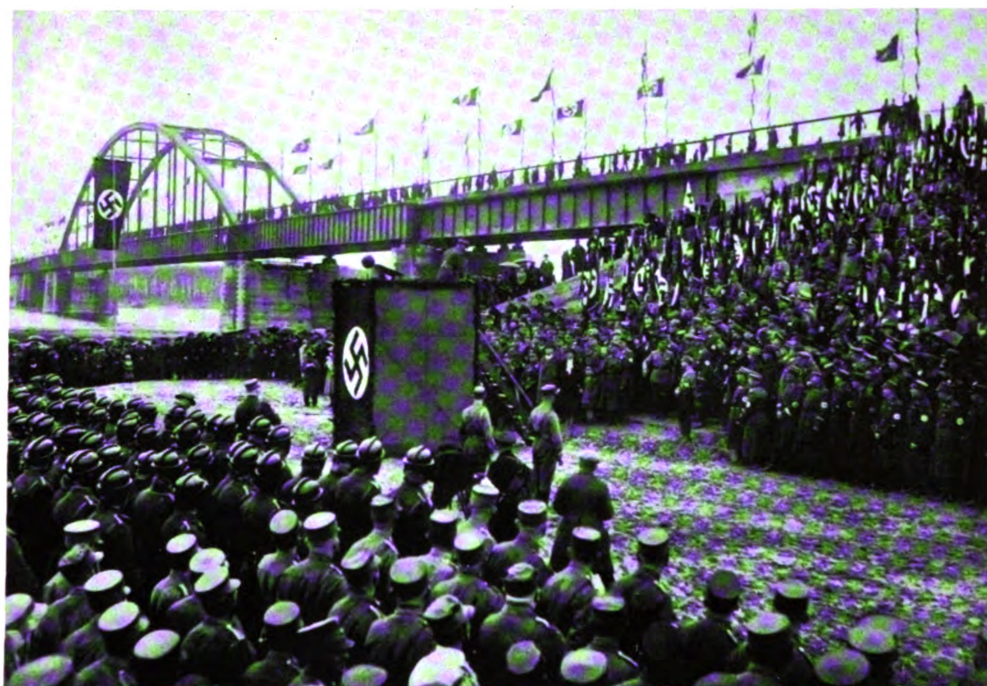






Neue Roh- und Werkstoffe

a) Kunstfaserherstellung
b) Synthetischer Gummi (Buna)
c) Leichtmetallmotor



Einweihung der Hermann-Göring-Elbebrücke bei Dömitz



Einweihung des Rügendammes (5. 10. 1936)



Der Führer eröffnet das WHW. 1936/37 (6. 10. 1936)



Dreijahresfeier der Reichskulturkammer und der NS.-Gemeinschaft „KdF." (27. 11. 1936)



×
Besuch des österreichischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Guido Schmidt (×) in Berlin (19.—21.11.1936)



Unterzeichnung des deutsch-japanischen Abkommens gegen die Kommunistische Internationale
(25. 11. 1936)



×
Das Haus (×) in dem Wilhelm Gustloff in Davos ermordet wurde



×
Der Prozeß gegen den Juden Frankfurter, den Mörder (×) Wilhelm Gustloffs (9.—14. 12. 1936)

Sachregister